

Steffen Henke

Fließendes Geld für eine gerechtere Welt

Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen,
wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat



Steffen Henke

Fließendes Geld für eine
gerechtere Welt

Steffen Henke

Fließendes Geld für eine gerechtere Welt

Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen,
wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat

Tectum Verlag

Steffen Henke/Neues Geld gemeinnützige GmbH
Fließendes Geld für eine gerechtere Welt
Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen, wie es funktioniert
und welche Auswirkungen es hat

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017
eISBN 978-3-8288-6783-3
(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN
978-3-8288-4023-2 im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlaggestaltung: Tectum Verlag, unter Verwendung
des Bildes # 24536978 von Lucocattani | www.fotolia.de

Besuchen Sie uns im Internet

www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Angaben sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----|
| Inhaltsverzeichnis | 5 |
| Vorwort | 9 |
| Lesehinweise | 13 |
| Einleitung..... | 15 |
| Kapitel I | 21 |
| 1. Was ist Geld?..... | 21 |
| 2. Der Geldmengenbegriff in der herrschenden Ökonomie | 35 |
| 3. Neue Wege bei der Gelddefinition..... | 39 |
| 4. Die Formen von Zentralbankgeld – Offenmarktgeschäfte..... | 41 |
| 5. Die Geldmengenaggregate | 45 |
| 6. Systemrelevante Banken..... | 51 |
| 7. Die Mindestreserve | 60 |
| 8. Das gesetzliche Zahlungsmittel | 63 |
| 9. Der Einsatz von Geld | 73 |
| Kapitel II..... | 77 |
| 1. Die Kontrolle der Geschäftsbanken..... | 77 |
| 2. Das Kreditwesengesetz | 80 |
| 2.a Paragraf 6, Absatz 1 KWG..... | 80 |
| 2.b Paragraf 10 KWG..... | 81 |
| 2.c Paragraf 11 KWG..... | 82 |
| 2.d Paragraf 32 KWG..... | 84 |
| 3. Das Handelsrecht | 85 |
| 4. Die Bankbilanz | 91 |
| 5. Der Bank Run | 95 |
| 6. Die Bodensatztheorie..... | 105 |
| 7. Das Vollgeld | 108 |
| 8. Die Vollgeldinitiativen | 112 |
| 9. Die Europäische Zentralbank (EZB) | 116 |
| 10. Die Aufgaben der Geschäftsbanken..... | 121 |
| 10.a Der Geldkreislauf..... | 121 |

| | |
|--|-----|
| 10.b Die Losgrößentransformation | 128 |
| 10.c Die Risikotransformation | 129 |
| 10.d Die Fristentransformation | 131 |
| 11. Die Einlagensicherungssysteme | 145 |
| Kapitel III..... | 153 |
| 1. Die Wege der Geldemission: Wer gibt es aus? | 153 |
| 1.a Die Geldausgabe durch die Regierung | 153 |
| 1.b Die Geldausgabe regelt der Markt | 158 |
| 1.c Die Geldausgabe über eine unabhängige Instanz | 161 |
| 2. Wie gelangt neues Geld in den Wirtschaftskreislauf? | 162 |
| 3. Die Ratingagenturen | 164 |
| 4. Geldschöpfung der Geschäftsbanken? | 174 |
| 4.a Der Kreditmitteleinsatz durch Barzahlung | 181 |
| 4.b Der Kreditmitteleinsatz durch Überweisung | 183 |
| 4.b.a Der Bilanzausgleich durch Saldierung | 185 |
| 4.b.b Der Bilanzausgleich durch Interbankenhandel | 187 |
| 4.b.c Der Bilanzausgleich durch Zentralbankgeld | 192 |
| 5. Zwischenfazit..... | 196 |
| 6. Die Zinsstrukturkurve | 200 |
| 7. Die Geldumlaufsicherung | 203 |
| 7.a Die Quantitätsgleichung | 204 |
| 7.b Eine Gebühr auf Zentralbankgeld – Fließendes Geld..... | 206 |
| 7.c Ein Zins größer null Prozent | 217 |
| 7.c.a Die Eigenschaften von exponentiellen Wachstumsprozessen | 225 |
| 7.c.b Die menschlichen Herausforderungen | 227 |
| 7.c.c Ohne Feindbilder Teil der Veränderung sein | 229 |
| 7.c.d Guthaben und Schulden – zwei Seiten derselben Medaille? | 235 |
| 7.c.e Der Preis des Geldes..... | 241 |
| 7.d Inflation..... | 246 |
| 7.e Deflation..... | 250 |
| 8. Die Eigenkapitalanforderungen..... | 251 |
| 9. Der Geldschöpfungsgewinn..... | 269 |
| 10. Der Kreditausfall | 281 |
| 11. Weitere Positionen zum Geldbegriff und zur Schöpfungsthematik | 284 |

| | | |
|------|--|-----|
| 11.a | Matthias Weik und Marc Friedrich | 284 |
| 11.b | Mathias Binswanger..... | 286 |
| 11.c | Christoph Pfluger..... | 291 |
| 11.d | Christian Felber – Gemeinwohl-Ökonomie..... | 302 |
| | Kapitel IV | 313 |
| 1. | Aufgaben vor der Einführung des Fließenden Geldes | 313 |
| 1.a | Immobilien | 324 |
| 1.b | Aktien und Aktienfonds..... | 331 |
| 1.c | Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) und Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) der Banken und Stiftungen..... | 337 |
| 2. | Die Einführung von Fließendem Geld..... | 340 |
| 3. | Eine einfache Rechnung..... | 346 |
| 4. | Wirkungen des Fließenden Geldes | 361 |
| 4.a | Umweltschutz..... | 361 |
| 4.b | Soziales Gleichgewicht..... | 374 |
| 4.c | Demokratie..... | 386 |
| 4.d | Frieden | 391 |
| 5. | Die Hürden des Fließenden Geldes | 397 |
| 6. | Technische Umsetzungsvarianten des Fließenden Geldes | 407 |
| 7. | Beispiele von Fließendem Geld in der Geschichte | 420 |
| 7.a | Die Brakteatenzeit (ca. 1150 – 1450) | 420 |
| 7.b | Der Feldversuch von Wörgl..... | 425 |
| 7.c | Regionale Tauschmittelsysteme | 427 |
| 8. | Zusammenfassung der Forderungen im Sinne eines krisenfreien Geldsystems | 433 |
| 9. | Fünf Hauptsätze der alternativen Wirtschaftswissenschaft..... | 434 |
| | Danksagung | 437 |
| | Schlusswort | 439 |
| | Milliardärsgespräch | 441 |
| | Literaturverzeichnis..... | 443 |
| | Namensverzeichnis..... | 461 |
| | Abbildungsverzeichnis | 463 |

Vorwort

Ziel aller Forschung und jedes Strebens nach Erkenntnis ist sicheres unbezweifelbares Wissen. Aber Wissen ist kein Zustand, sondern ein fortlaufender Prozess. Wissen bedeutet Veränderung und allzu häufig stellt sich heraus, dass die Dinge anders sind, als sie vordergründig erscheinen. Oft dauert es Jahrhunderte, bis dieses neue Wissen zum Allgemeingut wird.

Da fährt das Schiff des französischen Seefahrers Cartier im Jahr 1535 nach Neufundland. Doch seine Mannschaft erreicht das Ziel nicht vollzählig, viele Matrosen sterben auf der Reise über das Meer. Die an Skorbut, einer damals noch unbekannten Krankheit, leidende Crew, bekommt von Einwohnern einen Trank verabreicht. Diese wirksame Hilfe erlaubt den überlebenden Seefahrern in ihre Heimat zurückzukehren.

Zuhause angekommen erzählen sie von dieser Begebenheit, doch niemand nimmt sie ernst. Heute wissen wir, dass Skorbut eine Vitamin-C-Mangelerkrankung ist. 1601 verfasst Ernst Hettenbach der Ältere, Professor in Wittenberg, eine erste Abhandlung über diese Krankheit, allerdings in Latein. Erst im Jahr 1754, also noch mal 150 Jahre später, beweist der britische Schiffsarzt James Lind, dass Zitrusfrüchte vor Skorbut schützen. Insgesamt sind demnach über 200 Jahre vergangen, bis sich diese neue Erkenntnis durchgesetzt hat, obwohl offensichtlich war, dass der helfende Trank der indigenen Bevölkerung aus stark Vitamin-C-haltigen Zutaten bestand.

Um der Inquisition zu entgehen, musste Galilei Galileo 1637 vor einem Tribunal seine Behauptungen widerrufen, dass nicht die Erde, sondern die Sonne im Zentrum unseres Sonnensystems steht. Vom Papst zu Lebzeiten unter Hausarrest gestellt, wurde Galileo erst 1992 von der Katholischen Kirche rehabilitiert.

1782 wurde die letzte als Hexe bezeichnete Frau verbrannt. Sie hieß Anna Göldi und stand im Kanton Glarus in der Schweiz auf dem Scheiterhaufen. Im 18. Jahrhundert waren Frauen weitgehend von einem Universitätsstudium ausgeschlossen. Ihnen wurde gesellschaftlich die Rolle in Ehe und Familie zugewiesen. Der weiblichen Intelli-

genz wurden begrenzte Fähigkeiten angedichtet. Nur in privaten Zirkeln gelang es Frauen, ihrem Bildungswunsch nachzukommen.

Schon seit der Französischen Revolution 1791 fordern Frauen ihr Wahlrecht ein. Doch fast zwei Jahrhunderte hat es gedauert, bis letztlich auch die Schweiz 1971 das Wahlrecht für Frauen einföhrte. In Deutschland ging die erste Frau am 19.01.1919 wählen. Die damaligen Begründungen der von Männern dominierten Gesellschaften, den Frauen das Wahlrecht zu verweigern, sind für uns heutzutage schwer nachvollziehbar. Wobei selbst heute die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau noch nicht erreicht ist.

Oft dauert es Jahrhunderte, bis sich Wahrheiten durchsetzen, manchmal sogar Jahrtausende, wie beim Thema dieses Buches.

Schon Aristoteles und Platon verurteilten das Zinsnehmen. Jesus hat die Wucherer aus dem Tempel geworfen und Martin Luther die Zinsnahme kritisiert. Silvio Gesell hat Anfang des 20. Jahrhunderts den dem zinsbasierten Geld zugrunde liegenden Mechanismus genau erkannt, der Ursache für viele Katastrophen der Menschheitsgeschichte war und immer noch ist. Weil unser Geldsystem mit dem Zinseszinseffekt ausgestattet ist, müssen wir Menschen in regelmäßigen Abständen wirtschaftliche Zusammenbrüche mit verheerenden Folgen ertragen. In geschichtlichen Phasen, in denen exakt diese Wirkungen eingetreten sind, fanden Not, Elend und Zerstörung an vielen Orten statt.

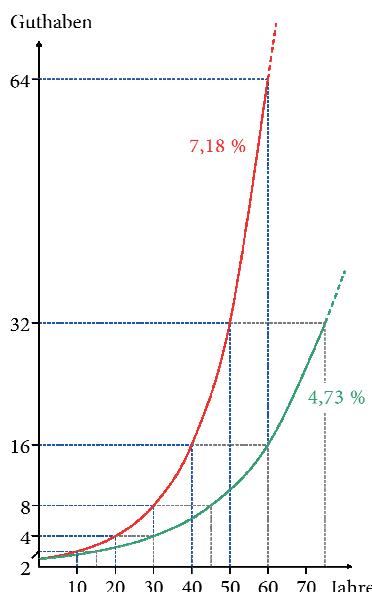
Wenn es sich so verhält, weshalb lassen wir derart Destruktives zu? Es scheint gleich einem Naturgesetz zu sein, dass Geld nur für einen Zins größer null Prozent verliehen wird. Und legt der Zinsempfänger seinen vereinnahmten Betrag erneut verzinslich an, stellt sich der sogenannte Zinseszinseffekt ein. Ein solcher Mechanismus führt mathematisch belegbar zu exponentiellen¹ Wachstumsprozessen, die über

1 exponentiell: Bei exponentiellem Wachstum vergrößert sich ein Wert in gleichen Zeiteinheiten um denselben Faktor. Bei einem Zins von zum Beispiel 4,73 Prozent pro Jahr verdoppelt sich der Ursprungswert ca. aller 15 Jahre, insofern die Zinsen ebenfalls zum genannten Zins wieder angelegt werden (Zinseszinseffekt). So entstehen aus einer Million Euro nach 15 Jahren zwei Millionen Euro, 15 Jahre später sind es dann vier Millionen Euro. Wiederum 15 Jahre später ist der Betrag bereits auf acht Millionen Euro angewachsen. Stellt man einen solchen Verlauf in einer Grafik als Kurve dar, verläuft diese erst flach, steigt immer weiter an, bis sie fast senkrecht in den Himmel schießt (siehe Abbildung 1).

kurz oder lang an den Anschlag stoßen müssen. Nichts auf der Welt kann unendlich wachsen.

Exponentielles Wachstum kann man sich ganz einfach vorstellen: Man nimmt einen beliebigen Betrag und verdoppelt diesen immer wieder von neuem. Der sich hieraus ergebende Verlauf wird in unten abgebildeter Grafik gezeigt:

Abbildung 1: Exponentialfunktionen bei 4,73 Prozent und 7,18 Prozent



Aus der Grafik wird schon auf den ersten Blick klar: Ein Betrag kann nicht unendlich verdoppelt und wieder verdoppelt werden.

Es soll in diesem Buch unter anderem folgenden Fragen nachgegangen werden: „Was muss am Geldsystem geändert werden, damit stabile Gesellschaften entstehen, frei von Zusammenbrüchen und daraus folgender Not, Elend und Krieg? Wie sehen brauchbare Alternativen aus, die auch unsere Umwelt schützen und wie kann es gelingen, diese Wirklichkeit werden zu lassen?

Lesehinweise

Sie haben sich eine besondere Aufgabe gestellt: Sie möchten das Geldsystem besser verstehen. Im Geldsystem gibt es elementare Mechanismen, zum Beispiel die Wirkungen des Zinseszinseffektes, die gut nachvollzogen werden können. Hier besteht eher die Herausforderung, die Bereitschaft zu haben, Allgemeingültiges in Frage zu stellen und neu zu denken.

Es gibt Inhalte in dieser Arbeit, die sehr komplex sind, beispielsweise Bilanzierungsregeln oder Eigenkapitalvoraussetzungen von Banken. Die Bereiche im Buch, die sehr ins Detail gehen und für den Gesamtzusammenhang nicht zwingend notwendig sind, wurden rechts neben den jeweiligen Absätzen mit einem senkrechten Strich versehen. Sie können diese Absätze überspringen oder später lesen, ohne dass Ihnen dadurch der rote Faden verlorenginge.

Wenn in einem Textabschnitt ein Begriff auftaucht, der in einem eigenen Absatz behandelt wird, ist ein Verweis darauf eingefügt. Sie können dann entscheiden, ob Sie zuerst an diese Stelle des Buches springen, um die zuvor gelesenen Passagen besser nachvollziehen zu können oder weiterlesen.

Manche Themen erschließen sich erst in späteren Kapiteln vollständig. Zum Beispiel ist das Thema zur Fristentransformation elementar, um auch andere Inhalte, die zuvor beschrieben werden, besser verbinden zu können.

Das Ihnen vorliegende Buch liefert auch dann brauchbare Erkenntnisse, sollten Sie sich für Teilbereiche nicht interessieren. Wenn Sie beispielsweise Bilanzierungsregeln außen vor lassen, ist es dennoch nützlich, wenn Sie sich mit den Inhalten zum Fließenden Geld auseinandersetzen.

Es wurde versucht, geschlechtsneutrale Bezeichnungen zu verwenden. Manchmal sind explizit beide Geschlechter angesprochen. An anderer Stelle stehen die männlichen Formen der Wörter, obwohl Männer und Frauen angesprochen werden. Sollte dies zu Unmut führen, entschuldige ich mich dafür. Ich wünsche Ihnen nun gute Erkenntnisgewinne beim Lesen!

Steffen Henke

Einleitung

Beginnen wir mit einem einfachen Gedankenspiel.

Person A bekommt zum Geburtstag von ihren Eltern 100 Euro in Form einer Banknote geschenkt. Da sie dieses Geld² gegenwärtig nicht benötigt und die Banknote nicht zu Hause herumliegen lassen möchte, bringt sie sie zur Bank. Ihr bisheriger Kontostand beträgt zu diesem Zeitpunkt null Euro. Sie überreicht nun den Schein dem Bankangestellten. Durch Übereinkunft geht die Banknote in diesem Augenblick in das Eigentum der Bank über. Im Gegenzug dazu weist das Konto von Person A kurze Zeit später ein Guthaben in Höhe von 100 Euro auf.

Ein anderer Kunde derselben Bank, nennen wir ihn Person B, möchte sich ein gebrauchtes Fahrrad im Wert von 100 Euro kaufen. Da ihm diese 100 Euro gerade fehlen, nimmt er einen Kredit³ bei derselben Bank über 100 Euro mit einer Laufzeit von drei Jahren auf. Nach den erforderlichen Formalitäten lässt er sich seinen Kredit in bar auszahlen. Das Kreditinstitut verwendet nun – rein hypothetisch angenommen – genau die Banknote, die Person A zuvor zur Bank getragen hat. Mit der erhaltenen Banknote bezahlt der Kreditnehmer sein neues Fortbewegungsmittel.

Das Beispiel soll den Focus auf den Begriff Geldmenge lenken. Nach Ansicht der meisten Ökonomen hat Person A mit der Einzahlung ihrer Banknote Voraussetzungen für eine vermeintliche Geldschöpfung geschaffen. Die Vertreter der Vollgeldtheorie (siehe Kapitel

2 Der Begriff Geld wird ausführlich im Kapitel I.1: „Was ist Geld?“ behandelt.

3 Ein Kredit ist ein schuldrechtlicher Vertrag zwischen einem Kreditgeber und einem Kreditnehmer. Sprachlich wird auch der Begriff des Darlehens für diesen schuldrechtlichen Vertrag verwendet. Das Darlehen stellt eine „Unterform“ des Kredits dar. Rechtlich sind solche Verträge im § 488 f. BGB geregelt. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Darlehen und Kredit besteht in Laufzeit und Darlehenshöhe. Bei Laufzeiten bis vier Jahren und kleineren Volumina spricht man von einem Kredit. Die Einteilung von Krediten kann nach der Laufzeit, nach dem Mitteleinsatz, der Art der Bereitstellung und der Besicherung unterschieden werden. In der Praxis werden die Begriffe Darlehen und Kredit wechselseitig, geradezu beliebig verwendet.

III.4: „Geldschöpfung der Geschäftsbanken?“ und Kapitel II.7: „Das Vollgeld“), wie auch die Mehrheit der Mainstreamökonomen bezeichnen die so entstandene Sichteinlage in Höhe von 100 Euro auf dem Konto von Person A als Geld. Das ist irreführend. Auch werden Begriffe wie Bankengeld, Girogeld, Buchgeld, Transaktionsgeld usw. für täglich fällige Einlagen auf Bankkonten verwendet. Diese babylonische Sprachverwirrung schiebt das klare Bild in den Nebel. So schreiben Mayer und Huber:

„Im Euro-Raum waren von 2008 bis 2012 im Durchschnitt 4.676 Milliarden Euro im Umlauf, von den Statistikern auch ‚Geldmenge M1‘ genannt. Diese bestanden aus 864 Milliarden Bargeld der Europäischen Zentralbank (EZB) und 3.811 Milliarden Girogeld der Banken. Die Banken stellten also 81 Prozent aller Euros her.“⁴

Würde man demnach die Sichteinlage von Person A in Höhe von 100 Euro (Guthaben von Person A laut Kontoauszug nach Geldeinzahlung) der Banknote gleichsetzen, hätte sich die Geldmenge nach Kreditvergabe der Hausbank an Person B um 100 Euro erhöht. Denn es wäre die von Person A eingezahlte Banknote nach Kreditvergabe durch das Bezahlen des gebrauchten Fahrrads von Person B wieder im Umlauf. Parallel hierzu gibt es unverändert das Kontoguthaben von Person A. Kann man nun, wie es oben Mayer und Huber ausführen, davon reden, dass die Hausbank durch Auszahlung der Banknote an Person B Geld „hergestellt“ hat?

Die herrschende Ökonomie definiert die Geldmenge M1 als das im Umlauf befindliche Bargeld, hier zugehörig die im Beispiel verwendete 100-Euro-Banknote plus die täglich fälligen Sichteinlagen, hier zugehörig das Kontoguthaben von Person A über ebenfalls 100 Euro. Durch den beschriebenen Prozess ist demnach M1 um 100 Euro gestiegen, danach wurden scheinbar 100 Euro geschöpft.

Warum wird von so vielen Menschen, die sich mit diesen Prozessen auseinandersetzen, so wenig präzise zwischen Geld und Forderung auf Geld unterschieden?

4 Mayer, Thomas / Huber, Roman: „Vollgeld – Das Geldsystem der Zukunft“, Tectum Verlag Marburg, 2014, S. 54

Als Julia Köhn in einer Studie der GLS Bank⁵ den Versuch unternahm, zwischen Geld – die Banknote als Zentralbankgeld – und der täglich fälligen Sichteinlage als Forderung auf Geld – das Girokontoguthaben – zu unterscheiden, wurde sie von einem der Hauptvertreter der Geldschöpfungskritiker, Herrn Joseph Huber, deutlich zurechtgewiesen. So formuliert er in seiner Arbeit:

„Wörtlich genommen bedeuten die diesbezüglichen Auslassungen der Autorin, den Geldbegriff auf Zentralbankgeld (Bargeld und Reserven) zu reduzieren. Girogeld wäre per Definition ‚kein Geld‘. Das wäre in Anbetracht der alles dominierenden Stellung des Girogeldes freilich definitorische Willkür.“⁶

Bei oberflächlicher Betrachtung ist diese Sichtweise verständlich. Nichtsdestotrotz ist es extrem wichtig, strikt zwischen Zentralbankgeld und der Forderung auf Zentralbankgeld als täglich fällige Sichteinlage auf dem Girokonto zu unterscheiden. Mit ersterem kann man direkt bar bezahlen, mit letzterem „bezahlt“ man, indem man seinen Anspruch auf Zentralbankgeld auf Dritte mit Hilfe einer Überweisung oder mit Kredit- und Girokartenzahlung überträgt. Umgangssprachlich werden beide Vorgänge mit „Bezahlen“ bezeichnet, dies rechtfertigt jedoch nicht deren begriffliche Gleichsetzung. Welche Ableitungsfehler entstehen, wenn eine begriffliche Gleichsetzung erfolgt, wird später aufgezeigt. Leider werden die unsauberen Definitionen bezüglich der Begriffe für die verschiedenen Mengen⁷ in der Volkswirtschaftslehre auch von den Kritikern des bestehenden Geldsystems verwendet.

Zurück zum anfangs geschilderten Beispiel: Was wäre, wenn Person A ihre durch die Hausbank an B verliehene 100-Euro-Banknote zurückhaben will? Wenn Person A quasi ihren ganz privaten „Bank

5 Köhn, Julia: „Kredite entstehen aus Einlagen – eine kritische Untersuchung der Kreditschöpfung der GLS Gemeinschaftsbank“, Universität Witten/Herdecke

6 Huber, Joseph: „Stellungnahme zur Studie: „Kredite entstehen aus Einlagen. Eine kritische Untersuchung der Kreditschöpfung der GLS Gemeinschaftsbank“, Em Lehrstuhl für Wirtschaftssoziologie Martin Luther Universität, 06099 Halle an der Saale, 4. Februar 2016

7 zum Beispiel: Geld und Einlagen mit verschiedenen Laufzeiten

Run⁸ durchführen und die sofortige Herausgabe einer 100-Euro-Banknote verlangen würde? Sie brächte gegebenenfalls die Bank in Bedrängnis, wenn sich viele andere Kontoinhaber vergleichbar verhalten würden und die Bank müsste nun Aktivitäten unternehmen, um sich eine andere Banknote zu beschaffen, damit sie der Forderung auf Zentralbankgeld von Person A nachkommen kann.

Doch wie ist die Bank in unserem Beispiel in diese Situation gekommen, in der sie der Forderung von Person A vielleicht nicht nachkommen kann?

Die Bank hat, und dies ist ein ganz normaler Vorgang, eine Fristentransformation⁹ (siehe Kapitel II.10.d: „Die Fristentransformation“) vorgenommen. Sie hat die Banknote, die Person A täglich zurückfordern kann, längerfristig verliehen und einen Kredit mit einer Laufzeit von drei Jahren verkauft. Dazu hat sie die Banknote genutzt, die ihr nur mit kurzfristiger Laufzeit (im Beispiel täglich fällig) zur Verfügung gestellt worden ist. Die Bank ist dadurch ein gewisses Risiko eingegangen.

Nehmen wir an, die Bank hätte Person A vorgeschlagen, dass sie ihre 100 Euro Sichteinlage auf ihrem Girokonto für drei Jahre festsschreibt. Als Motivation hätte die Bank Person A einen Zins größer

8 Bei einem Bank Run (siehe Kapitel II.5: „Der Bank Run“) versuchen gleichzeitig viele Kontoinhaber ihre täglich fälligen Sichteinlagen (Guthaben auf Girokonten) abzuheben. Da eine Bank nur einen gewissen Teil dieser täglich fälligen Einlagen als Bargeld bereithält, kann dies zur Insolvenz einer Bank führen. Allerdings kann sich eine Geschäftsbank kurzfristig zusätzliches Bargeld von der nationalen Notenbank (NNB) beschaffen.

9 Sparer vereinbaren mit ihrer Bank einerseits keine Laufzeit bezüglich ihrer Einlage, dies ist der Fall, wenn sie Geld einzahlen und sie dann diesen Betrag als Forderung an ihr Institut auf ihrem Girokonto ausgewiesen bekommen oder der Betrag auf einem Tages-„Geld“-Konto liegt. Der Begriff Tages-„Geld“-Konto ist irreführend, da es sich bei der Verwendung eines solchen Produkts bei der Einlage nicht um Geld, sondern um eine Geldforderung handelt. Besser wäre für diese Art von Konto der Begriff Tageseinlagenkonto. Legt der Sparer andererseits sein Geld längerfristig an, spricht man z. B. von Fest- oder Termingeld. Auch hier wäre zielführend, ausschließlich von Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder z. B. Termineinlagen zu sprechen. Eine Geschäftsbank vergibt Kredite mit verschiedenen Laufzeiten. Diesen Krediten stehen Einlagen gegenüber. Werden Einlagen mit kurzfristigen Laufzeiten langfristig verliehen, transformiert die Geschäftsbank dadurch die Frist. Man spricht deshalb von Fristentransformation.

null Prozent geboten und Person A wäre auf das Geschäft eingegangen. Jetzt entspräche die Laufzeit der Einlage von Person A der Laufzeit des vergebenen Kredits an Person B. Man spricht von Fristenkongruenz und der geplante Bank Run von Person A fällt aus. Dieses Beispiel zeigt klar, dass auch das Betrachten von Fristigkeiten von Einlagen und von vergebenen Krediten elementar ist.

Im gewählten Beispiel wurde zuerst Zentralbankgeld eingezahlt und danach vom betreffenden Bankhaus ein Kredit vergeben. In der Realität laufen die Vorgänge wesentlich komplexer ab. Derartige komplexe Abläufe werden später ausführlich diskutiert. An dieser Stelle soll jedoch deutlich zum Ausdruck gebracht werden, dass es unabdingbar ist, zwischen Zentralbankgeld und Forderung auf Zentralbankgeld zu unterscheiden, um den Nebel um das Geld zu lichten.

Kapitel I

1. Was ist Geld?

Die Definition des Begriffes Geld hat schon die Gemüter von Generationen von Wirtschaftswissenschaftlern und Kritikern des Geldsystems erhitzt. Erst recht die derjenigen, die sich für notwendige Veränderungen in diesem Bereich einsetzen.

Doch was ist überhaupt Geld? Was Bargeld ist, weiß jedes Kind, nämlich das, womit wir beim Bäcker unsere Brötchen bezahlen. Wie in der Einleitung erwähnt, nennen wir dieses Bargeld auch Zentralbankgeld, weil es von den nationalen Zentralbanken der Staaten herausgegeben wird. Nationale Zentralbanken werden auch als nationale Notenbanken bezeichnet. Wir arbeiten zukünftig mit dem Begriff: Nationale Notenbanken, kurz NNB.

Mit Erstaunen nimmt man zur Kenntnis, dass weder innerhalb der herrschenden theoretischen Ökonomie und den Bankensystemen, noch in der Geldreformbewegung mit eindeutigen Begriffsdefinitionen gearbeitet wird. Damit ist leider jeglicher wissenschaftlichen Herangehensweise das Fundament entzogen. So schreibt die Bundesbank in einer ihrer Schriften:

„Da die Übergänge zwischen den unterschiedlichen Einlagearten und kurzfristigen Finanzinstrumenten fließend sind, lässt sich die Geldmenge nicht eindeutig definieren. Letztlich hängt es beispielsweise von der Fragestellung einer Untersuchung ab, welche Einlagearten man zum Geld rechnet und welche nicht bzw. welche Geldmenge man in der Untersuchung verwendet.“¹⁰

Ulrike Herrmann sieht es vergleichbar:

„[...] so alt und so alltäglich Geld ist – es bleibt rätselhaft. Dies zeigt sich schon daran, dass keine klare Definition existiert, was genau als Geld zu betrachten ist. Stattdessen werden ‚Geldmengen‘ kreiert, die jede Zentralbank selbst festlegt. Es gibt keine eindeutige

¹⁰ Deutsche Bundesbank: „Geld und Geldpolitik“, Stand: Frühjahr 2015, S. 72

globale Übereinkunft, was als Geld zu zählen ist. Beim Geld versagt die internationale Normierung, die bei jedem Kopierer und jedem Auto selbstverständlich ist.“¹¹

Raimund Brichta und Anton Voglmaier halten es bei der Begriffsdefinition ebenfalls recht leger:

„Spezialisten können zwar stundenlang darüber diskutieren, was man eigentlich unter Geld versteht. Da dabei aber der Überblick für das Wesentliche leicht verloren geht, lassen wir uns auf eine solche Diskussion gar nicht erst ein. Wir meinen mit Geld einfach das, was jeder spontan als solches erkennt, also Scheine, Münzen und die Guthaben auf Bankkonten. [...] Außerdem verwenden wir für die Guthaben auf Bankkonten auch gleichbedeutende Begriffe wie Einlagen, Kontoeinlagen oder ganz allgemein Buchgeld.“¹²

In den Begriffen *Buchgeld*, *Bankengeld*, *Giralgeld*, *Tagesgeld*, *Transaktionsgeld*, *Geldvermögen*, *Geldmenge*, *Regiogeld* ist das Wort *Geld* enthalten, die verschiedensten Autoren verwenden nun in ihren Texten diese Ausdrücke und meinen damit ganz unterschiedliche Aggregate.

Die Monetative e.V. schreibt beispielsweise in einem Faltblatt: „[...] Giralgeld oder Buchgeld ist jedoch nur eine Forderung des Kontoinhabers auf Auszahlung von Bargeld [...]“¹³, an anderer Stelle im selben Dokument heißt es allerdings, dass „[...] jede Kreditvergabe zusätzliches Geld erzeugt“.

Bei eindeutiger Begriffsdefinition betrachtet, ein Widerspruch im Abstand weniger Zeilen, denn: Bei einer Kreditvergabe ergibt sich im ersten Moment ein Buchungssatz, der sich aus einer Forderung der Bank gegenüber dem Darlehensnehmer – dem Kreditvertrag – und einer täglich verfügbaren Einlage – dem Guthaben auf einem Konto des Darlehensnehmers – zusammensetzt. Im zuletzt genannten Zitat

11 Herrmann, Ulrike: „Der Sieg des Kapitals. Wie der Reichtum in die Welt kam: Die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen“, Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main, 2013, 4. Auflage Juni 2016, S. 109

12 Brichta, Raimund / Voglmaier, Anton: „Die Wahrheit über Geld. Wie kommt unser Geld in die Welt – und wie wird aus einem Kleinkredit ein großer Finanzcrash“, Börsenmedien AG, Kulmbach, 2013, S. 16

13 Monetative e.V.: „Die Vollgeldreform – Warum wir eine neue Geldordnung brauchen“, Flyer Version: 2.0

wird nun die eben erwähnte Einlage auch als Geld bezeichnet, was, wie bereits gesagt, irreführend ist.

Bereits vor Jahrzehnten versuchte unter anderem Karl Walker die einfache Frage zu beantworten:

„Ist Bargeld + ‚Buchgeld‘ = Geldmenge? [Hervorhebungen getilgt]“¹⁴

Die Deutsche Bundesbank, das ist die nationale Notenbank der BRD, trägt bei dieser Frage nicht zur Aufklärung bei, da sie selbst mit dem Begriff Buchgeld arbeitet und in Texten Geld und Buchgeld im Allgemeinen als *Geld* bezeichnet. Beispielsweise erklärt sie:

„Sowohl die Zentralbank als auch die Banken können Geld schaffen.“¹⁵

Damit will die Bundesbank aussagen, dass die Zentralbank Zentralbankgeld erzeugt und die Geschäftsbank sogenanntes Buchgeld herstellt. Wenn sogar die Deutsche Bundesbank von einer Geldschöpfung der Geschäftsbanken spricht, muss es sich doch um eine erwiesene Sache handeln. Oder? Die Unterstützer dieser Ansicht fühlen sich bestärkt und die Notwendigkeit der Überprüfung der von höchster Instanz getroffenen Aussage wird negiert. Doch dies ist bei einem wissenschaftlichen Ansatz nicht vertretbar und so müssen offensichtlich auch Bundesbankpositionen hinterfragt werden. Schauen wir, zu welchen Erkenntnissen uns die Untersuchungen rund um das Geld bringen werden.

Stellen wir uns zwei Physiker vor, die sich über thermodynamische Prozesse austauschen wollen. Der eine denkt in Grad Fahrenheit und der andere in Grad Celsius. Können wir ein brauchbares Ergebnis bei einer wissenschaftlichen Diskussion auf dieser Grundlage erwarten? Eher nicht. Es käme auch kein Landwirt auf die Idee, 100 kg Äpfel und 150 kg Erdäpfel zu einer Apfelmenge mit einem Gewicht von 250 kg sprachlich zusammenzuführen.

14 Walker, Karl: „Das Buchgeld. Ein Beitrag zur theoretischen Klärung“, Vita-Verlag, Heidelberg-Ziegelhausen, 1951, S. 9

15 Bundesbank: „Das Buchgeld. Das Wichtigste im Überblick“, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Dossier/Service/schule_und_bildung_kapitel_3.html?notFirst=true&docId=147644#chap (abgerufen am 10.02.2017)

Um den Kontrast bei der Eindeutigkeit von Begriffsdefinitionen zwischen der Naturwissenschaft Physik und der Wirtschaftswissenschaft noch deutlicher zu veranschaulichen, an dieser Stelle die Definitionen für Meter, Kilogramm und Kelvin:

Meter:

Die Verwendung eines einheitlichen Längenmaßes geht auf einen Beschluss der französischen Nationalversammlung zurück. Am 20.05.1875 kamen 17 Länder zusammen und unterzeichneten die Internationale Meterkonvention. Ziel war die internationale Einigung auf einheitliche Normen beim metrischen System.

„Grundlage der Längenmessung war das Urmeter, ein in Paris aufbewahrter Stab aus einer Platin-Iridium-Legierung. [...] Seit 1983 wird das Meter über die Vakuumlichtgeschwindigkeit definiert, die zu exakt 299 792 458 m/s festgesetzt wurde. Das Meter ist der Weg, den das Licht im Vakuum innerhalb von 1/299 792 458 Sekunden durchläuft.“¹⁶

Irving Fisher beschreibt in seinem Werk, dass in der Geschichte als Längenmaß zum Beispiel auch der Leibesumfang eines Häuptlings, die Armlänge König Henry des I. oder die Länge eines Gitterstabes im Tower von London gedient hätten.¹⁷

Kilogramm:

„Das Kilogramm ist definiert als die Masse des internationalen Kilogrammprototyps, eines in Paris aufbewahrten Zylinders aus Platin-Iridium von 39 mm Höhe und 39 mm Durchmesser.“¹⁸

Kelvin:

„Das Kelvin ist der 273,16te Teil der Temperatur des Tripelpunktes von reinem Wasser.“¹⁹

16 Kuchling, Horst: „Taschenbuch der Physik“, Fachbuchverlag Leipzig im Carl Hanser Verlag München, 21. aktualisierte Auflage 2014, S. 50

17 vgl. Fisher, Irving: „100 %-Geld“, Gauke GmbH, Verlag für Sozialökonomie Kiel, 2007, S. 69

18 Kuchling, Horst (2014), a. a. O., S. 54

19 ebd. S. 278

Stellt man die Siedepunktkurve (Dampfdruckkurve der flüssigen Phase), die Schmelzpunktkurve und die Sublimationskurve (Dampfdruckkurve der festen Phase) grafisch dar, ist der Tripelpunkt der gemeinsame Punkt, in dem alle drei Kurven zusammenlaufen.²⁰

Seit Jahrzehnten sind Naturwissenschaftler mit der Definition eines Kilogramms unzufrieden, denn dabei verwendet man ein Urkilogramm, anstatt sich wie bei Meter und Kelvin auf eine Naturkonstante zu beziehen. Vergleicht man die dargestellte Herangehensweise bei Definitionen zu physikalischen Einheiten mit der der herrschenden Ökonomie zum Geldbegriff, so ist die mangelnde Präzision sofort augenscheinlich.

Die Europäische Zentralbank definiert verschiedene Geldmengenaggregate wie folgt:

- M0: Banknoten und Münzen, die sich im Umlauf außerhalb des Bankensystems bei Nichtbanken²¹ befinden (ohne Kassenbestände der Geschäftsbanken, mit Banknotenumlauf im Ausland) zuzüglich dem Zentralbankgeldbestand der Kreditinstitute bei der Zentralbank (Mindestreserven + Überschussreserven)
- M1: Bargeldumlauf zuzüglich täglich fällige Sichteinlagen der Nichtbanken
- M2: M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu zwei Jahren und Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist bis zu drei Monaten
- M3: M2 zuzüglich Anteile an Geldmarktfonds, Rückkaufverbindlichkeiten (echte Pensionsgeschäfte), Geldmarktpapieren und Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren.

20 vgl. ebd. S. 277

21 Nichtbanken: Unternehmen (ohne Geschäftsbanken – in der Fachwelt als MFIs bezeichnet, MFI steht für Monetäres Finanzinstitut), Staat, private Haushalte und Ausland

Abbildung 2:

Geldmengen der herrschenden Volkswirtschaftslehre (M0, M1, M2 und M3), Mai 2014²²

| Bestandteile von M3 im Mai 2016 in Milliarden Euro (Daten an saisonale Effekte angepasst) | | Monatsende 05/2014 |
|--|--|-----------------------|
| (0) | M0 | 1.169 |
| (1) | M3 (= 1.3 + 1.6 + 1.11) | 9.924 |
| (1.1) | Bargeldumlauf | 929 |
| (1.2) | täglich fällige Sichteinlagen | 4.602 |
| (1.3) | M1 (= 1.1 + 1.2) | 5.531 |
| (1.4) | Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren | 1.673 |
| (1.5) | Einlagen mit bis zu 3 Monaten Kündigungsfrist | 2.127 |
| (1.6) | Summe: 1.4 und 1.5 | 3.800 |
| (1.7) | M2 (= 1.3 + 1.6) | 9.331 |
| (1.8) | Rückkaufvereinbarungen (echte Pensionsgeschäfte) | 121 |
| (1.9) | Geldmarktfondsanteile und -einheiten | 395 |
| (1.10) | Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von bis zu 2 Jahren | 77 |
| (1.11) | marktfähige Papiere (= 1.8 + 1.9 + 1.10) | 593 |

Nochmal: Solange nicht sauber zwischen Geld (Zentralbankgeld) und Guthaben (Forderung auf Zentralbankgeld) unterschieden wird, ergeben sich extreme Ableitungsfehler mit verheerenden Verständniskonsequenzen.

Das folgende Beispiel soll dies verdeutlichen: Prof. Franz Hörmann sagt in einem am 20.06.14 auf YouTube²³ veröffentlichten Interview mit Ken Jebsen, dass das Buchgeld – die meisten Ökonomen und Geldsystemkritiker meinen mit Buchgeld täglich fällige Sichteinlagen –

22 EZB, Press Release: "Monetary developments in the euro area: May 2014", 30.06.2014, <http://www.ecb.europa.eu/press/pr/stats/md/html/index.en.html> (abgerufen am 09.01.2017); Die Summen (M1, M2 und M3) können abweichen, da die Summanden vorab gerundet wurden. Die Informationen in dieser Tabelle basieren auf konsolidierten Bilanzstatistiken, die von monetären Finanzinstituten (MFIs) gemeldet werden. Dazu gehören das Eurosystem, Kreditinstitute und Geldmarktfonds im Euro-Währungsgebiet.

23 Ken Jebsen im Gespräch mit Franz Hörmann über das Geldsystem, <https://www.youtube.com/watch?v=xHD7JFvb3uU> (abgerufen am 25.05.2016)

97 Prozent der gesamten Geldmenge entspräche (1:23 min). Joseph Huber und James Robertson erklären, dass 95 Prozent des neu geschöpften Geldes von Geschäftsbanken [damit ist wieder das „Buchgeld“ gemeint; Anm. S. H.] emittiert werden würde.²⁴ Nimmt man hypothetisch an, mit „Geldmenge“ meinen oben genannte drei Autoren M3 (siehe auch Kapitel I.5: „Die Geldmengenaggregate“), ergibt sich folgende Berechnung: Laut Veröffentlichung der EZB belief sich das Volumen des Aggregates M3 im Euroraum im Mai 2014 auf 9.924 Milliarden Euro. Das sich im Umlauf befindliche Zentralbankgeld betrug 929 Milliarden Euro. Aus diesen Zahlen ergibt sich ein Anteil von in Umlauf befindlichem Zentralbankgeld an M3 von 9,36 Prozent. Nun verwendet speziell Hörmann im gleichen Atemzug auch den Begriff *Giralgeld*. Insofern wäre das Zugrundelegen von M3 ein Fehler, denn M3 enthält zum Beispiel auch Papiere mit Laufzeiten von bis zu zwei Jahren. Als Giralgeld dürfte man, wenn überhaupt, lediglich die täglich verfügbaren Sichteinlagen heranziehen. Das meint auch Thomas Mayer, denn Sparguthaben der Geldmenge M2 und M3 müsse man zuerst in Giralgeld der Geldmenge M1 umtauschen, um damit bezahlen zu können.²⁵ M1 hatte im Mai 2014 in der Eurozone ein Volumen von 5.531 Milliarden Euro. Verwendet man die eben genannten Zahlen als Grundlage, macht das zirkulierende Zentralbankgeld 16,8 Prozent aus. Wollte man fälschlicherweise wirklich von Giralgeld oder Buchgeld sprechen, hätte dies im Mai 2014 83,2 Prozent von M1 ausgemacht. Wie Hörmann auf 97 und Huber und Robertson auf 95 Prozent kommen, ist nicht nachvollziehbar.

Davon abgesehen befinden wir uns im fortgeschrittenen Stadium der Finanzkrise aus 2007. Man sollte sich die oben genannten Zahlen auch über längere Zeiträume ansehen, um die krisenbedingten Effekte herauszufiltern.

Vergleichbar unglücklich tangiert Dirk Müller das Geldmengenthema, wenn er sagt, dass die tatsächlich geprägten Münzen oder gedruckten Geldscheine weniger als 10 Prozent des gesamten im Umlauf

24 vgl. Huber Joseph und Robertson, James: „Geldschöpfung in öffentliche Hand. Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter“, Gauke GmbH / Verlag für Sozialökonomie, 2008, S. 8

25 vgl. Mayer, Thomas / Huber, Roman: „Vollgeld – Das Geldsystem der Zukunft“, Tectum Verlag Marburg, 2014, S. 55

befindlichen „Geldes“ ausmachen würden, insofern er mit „Geld“ das Aggregat M1 meint.²⁶ Unter eben formulierter Annahme müsste er von ca. 17 Prozent sprechen.

Die oben genannten Prozentsätze zu den Mengenverhältnissen sagen noch nichts über die Intensität der Verwendung der jeweiligen Aggregate aus. Damit ist gemeint, mit welcher Geschwindigkeit das Zentralbankgeld im Markt zirkuliert bzw. wie viele Geschäftsvorfälle mit dem Bargeld von Marktteilnehmern über einen definierten Zeitraum getätigt werden. So ist in zahlreichen Fällen eine Sichteinlage, also ein Guthaben auf einem Girokonto, eine geparkte Liquidität. Viele Menschen haben regelmäßig einen gewissen Betrag auf ihrem Girokonto liegen, über den sie schnell, also täglich verfügen können, es jedoch kaum machen.

Auch ist eine große Menge an Marktteilnehmern gegenwärtig wegen des sehr geringen Zinses nicht bereit, langfristige Anlagen einzugehen. Infolge dieser Situation sind immense Teile von bisher langfristig angelegten Mitteln nach Auslaufen der ursprünglichen Zinsvereinbarung in der kurzfristig verfügbaren Liquidität gelandet.

Im selben oben genannten Gespräch mit Jebsen trifft Hörmann die Aussage (1:41 min), dass es keinen Gegenwert für unsere Münzen und Scheine gäbe. Diese Münzen und Scheine werden täglich und im großen Umfang als Tauschmittel für Waren und Dienstleistungen verwendet. Schaut man sich die Mengenentwicklung des Bargeldes im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung in der BRD an – ohne Berücksichtigung der krisenbedingten Ausweitung der Basisgeldmenge der Zentralbank – ist eine annähernd gleichbleibende Relation zwischen Zentralbankgeld und Bruttoinlandsprodukt²⁷ über Jahrzehnte klar zu erkennen. Erst beim Blick auf alle Guthaben und alle Schulden, auch hier prozentual zur Wirtschaftsleistung betrachtet, wird das krankhafte

26 vgl. Müller, Dirk: „Crashkurs. Weltwirtschaftskrise oder Jahrhundertchance? Wie Sie das Beste aus Ihrem Geld machen“, Droemer Verlag, München, 2009, überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Taschenbuchausgabe, Juni 2010, S. 68

27 Bruttoinlandsprodukt: Zeigt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft an. Es entspricht dem Wert aller Waren und Dienstleistungen, die im Zeitraum eines Jahres innerhalb einer Volkswirtschaft erzeugt werden (ohne Vorleistungen – das sind im Produktionsprozess verbrauchte, verarbeitete und umgewandelte Güter und Dienstleistungen).

Anschwellen der betreffenden Größen deutlich. So lag das Bruttoinlandsprodukt von Deutschland 1950 bei 49,69 Milliarden Euro und ist bis zum Jahr 2012 auf 2.645 Milliarden Euro angewachsen.²⁸ Dies entspricht ca. dem 53-fachen. Der Bargeldumlauf dehnte sich in Deutschland im selben Zeitraum von 4,3 Milliarden Euro²⁹ auf 222 Milliarden Euro³⁰ aus, das ist knapp das 52-fache. Hier ist demnach eine parallele Entwicklung zu erkennen. Die Einlagen mit längerfristigen Laufzeiten von Nichtbanken sind dagegen von 13,9 Milliarden Euro (1950) auf 6.856 Milliarden Euro (2012)³¹ gestiegen. Dies entspricht ca. dem 493-fachen! Die Ausweitung der Schulden muss systembedingt in ähnlicher Größenordnung liegen.

Nun muss man die wirklichen Ursachen für das Anwachsen der einzelnen Aggregate, Zentralbankgeld und Ansprüche auf Zentralbankgeld, diskutieren. Doch das begründet nicht, weshalb verschiedene Aggregate addiert werden und den Begriff *Geld* erhalten. Eine Floristin würde ihren Kunden auch nie fünf Rosen und zehn Nelken für fünfzehn Rosen verkaufen. Vermutlich würde sie die fünfzehn Blumen als Blumenstrauß bezeichnen. Noch nie war ein Marktteilnehmer mit einem verzinslichen Wertpapier, beispielsweise mit einer Staats- oder Unternehmensanleihe im Supermarkt und hat dieses Papier gegen Lebensmittel eingetauscht. Wenn, dann wird zuerst das Wertpapier verkauft, also in Geld oder in eine täglich verfügbare Sichteinlage transformiert und die dadurch erhaltenen finanziellen Mittel werden zum Einkauf im Supermarkt verwendet.

Insofern ist die Verbindung zwischen Zentralbankgeld, täglich fälliger Sichteinlage, Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und festverzinslichen Wertpapieren betrachtungswürdig. Thomas Mayer sieht das anders. Für ihn sind der Kreislauf des Zentralbankgeldes und der

²⁸ Statista GmbH Hamburg: „Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 1950 bis 2016 (in Milliarden Euro)“, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4878/umfrage/bruttoinlandsprodukt-von-deutschland-seit-dem-jahr-1950> (abgerufen am 02.04.2017)

²⁹ Deutsche Bundesbank: „Das Bargeld. Bargeldumlauf“, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Dossier/Service/schule_und_bildung_kapitel_2.html?docId=149302¬First=true (abgerufen am 02.04.2017)

³⁰ Helmut Creutz, Grafik, Nr.: 027: „Bargeld und ‚Geldmengen‘. Bankeinlagen und Kredite“, <http://helmut-creutz.de/grafiken.htm> (abgerufen am 02.04.2017)

³¹ ebd.

Kreislauf des Bankengeldes – damit meint er die täglich verfügbaren Sichteinlagen – getrennt zu behandeln, es bestünde kein direkter Übergang.³² Deshalb wird dem Leser empfohlen, abweichend von anderen Positionen und der herrschenden Volkswirtschaftslehre, prinzipiell sauber zwischen den einzelnen Aggregaten zu unterscheiden. Erst wenn das gelingt, können wir mit den auch dadurch frisch gewonnenen Erkenntnissen Neues gestalten.

Bereits 1962 kritisiert Karl Walker in einem Vortrag die fehlende Differenzierung zwischen Geld und Einlage:

„Bei den heutigen Liquiditätstheoretikern gehört bald alles zur Geldmenge, was in einer angemessenen Frist zu Geld gemacht werden kann, natürlich auch Spareinlagen. [...] Gehen wir nun aber der Sache nach, dann stoßen wir hier und dort und überall auf die verballhornte Geldtheorie, auf das Verquicken von Geld und Guthaben.“³³

Interessant ist ein Satz in einem Dokument der Deutschen Bundesbank zu den Eigenkapitalvorschriften:

„Die Überarbeitung der bankaufsichtlichen Eigenkapitaldefinition durch den Baseler Ausschuss ist der Kern des Basel-III-Rahmenwerks.“³⁴

Offensichtlich arbeitet man beim Eigenkapitalbegriff an einer Harmonisierung auf internationaler Ebene. Warum soll man das nicht auch bei der Definition des Geldbegriffs angehen können?

Weitere Beispiele zur Begriffsverwirrung liefern Thomas Mayer und Milton Friedman. Thomas Mayer sagt, da Papiergegeld und Buchgeld über Kreditvergabe erzeugt würden, könne man beide Aggregate

32 vgl. Mayer, Thomas / Huber, Roman (2014), a. a. O., S. 79

33 Walker, Karl: „Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie“, Vortrag anlässlich der Internationalen Kundgebung im hundertsten Geburtstag Silvio Gesells, gehalten am 23.06.1962 in St. Vith, Herausgeber: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V. Rudolf Zitzmann Verlag Lauf, 1973, S. 14 f.

34 Deutsche Bundesbank: „Basel III – Leitfaden zu den neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln für Banken. Zentralbereich Banken und Finanzaufsicht“, 2011, S. 7

mit dem Begriff *Kreditgeld* zusammenfassen.³⁵ Mit Papiergegeld meint Mayer Zentralbankgeld in Form der Banknote und als Buchgeld bezeichnet er hier die täglich fällige Sichteinlage. Diesem so definierten Kreditgeld steht Mayer ablehnend gegenüber. Kritische Bemerkungen unter Bezugnahme auf *Kreditgeld* findet man ebenso bei Milton Friedman, dem großen Theoretiker der Chicagoer Schule des Monetarismus, auch wenn er Kreditgeld abweichend definiert. Er schreibt:

„Kreditgeld bedeutet einen Vertrag darüber, dass Warengeld ge-
zahlt wird.“³⁶

Zum Warengeld erklärt Friedmann:

„Historisch gesehen war die Lösung, die man im Lauf der Jahrhun-
derte gefunden hat, eine Warenwährung: also die Anwendung von
Gold und Silber, Messing und Zinn, Zigaretten oder Cognac oder
anderer Güter als Zahlungsmittel.“³⁷

Bei Mayer heißt es weiter:

„Da in diesem System [dem gegebenen Finanzsystem; Anm. S. H.]
sowohl Papier- als auch Buchgeld Verbindlichkeiten darstellen und
diese auf der Passivseite der Bilanz verbucht werden, habe ich Kred-
itgeld auch als Passivgeld bezeichnet.“³⁸

Betrachtet man beim Zentralbankgeld die Bilanz der Zentralbank und bei den Guthaben auf Girokonten die Bilanz der Geschäftsbanken, mag die Aussage stimmen. Ist es nun richtig, hier die Bilanz der Zentralbank mit den Bilanzen der Geschäftsbanken gedanklich zusammenzuführen? Nein. Denn, schaut man sich die Bilanz einer Geschäftsbank (siehe Kapitel II.4: „Die Bankbilanz“) an, sieht man, dass das Zentralbankgeld auf der Aktivseite und die täglich fällige Sichteinlage auf der

35 vgl. Mayer, Thomas: „Die neue Kunst Geld anzulegen. Mit Austrian Finance zu einem besseren Portfoliomanagement.“ FinanzBuch Verlag München, 1. Auflage 2016, S. 26

36 Friedman, Milton: „Kapitalismus und Freiheit“, © der deutschsprachigen Ausgabe: Eichborn AG, Frankfurt am Main, 2002, ungekürzte Taschenbuchausgabe, Piper Verlag GmbH, München, 6. Auflage September 2009, S. 64 f.

37 ebd. S. 63

38 Mayer, Thomas (2016), a. a. O., S. 26

Passivseite verbucht werden. Bei dieser Herangehensweise ist Mayers Aussage falsch und der Begriff Passivgeld irreführend.

Im folgenden Text seiner Arbeit bezeichnet er Kreditgeld auch als Schwundgeld.³⁹ Unter Berücksichtigung von Inflation kann dem Autor zugestimmt werden. Allerdings verwendet Mayer den Schwundgeldbegriff in einem anderen Zusammenhang, denn er meint, dass in einem Kreditgeldsystem der innere Geldwert nicht gesichert wäre, sogar systematisch ausgehöhlt würde.⁴⁰ Er verwendet demnach den Begriff Schwundgeld, da ihm beim Kreditgeld ein gesicherter *innerer Wert* fehlt. Dagegen sind Gold, Silber und die Verwahrscheine für diese Metalle nach Ansicht Mayers Aktivgeld. Ein solches Tauschmittel favorisiert er offensichtlich, da es einen *inneren Wert* hätte.⁴¹ James Turk und John Rubino widersprechen dem, sie glauben nicht, dass ein innerer Wert dafür verantwortlich wäre, dass das Edelmetall seinen Wert behielte. Sie denken, der Vorteil von Gold läge darin, dass es nur in begrenztem Umfang verfügbar und definitionsgemäß immun gegen Manipulationen durch Regierungen wäre.⁴² Mayer formuliert seinen Lösungsansatz nun folgendermaßen:

„Würde ein privates Angebot von Geld als Mittel zum Tausch und zur Wertaufbewahrung möglich sein, würden die Mängel des Kreditgeldes eine unternehmerische Chance zur Herausgabe besseren Geldes bieten. Doch die hoheitliche Organisation der Geldemission unterdrückt die unternehmerische Mängelbeseitigung.“⁴³

Was alles zum privaten Angebot von Geld zählt, das von profitorientierten Unternehmen aus unternehmerischer Gewinnerzielungsabsicht herausgegeben werden kann, beschreibt Mayer nicht umfassend. Dieser Vorschlag klingt nach einem System, das bereits in vergangenen Jahrhunderten zum Tragen kam. Letztendlich handelt es sich im Kern um die klassische Denkrichtung der österreichischen Schule. So wenig wie möglich Staat, jeder privatwirtschaftlich aufgestellte Marktteil-

39 vgl. ebd. S. 39

40 vgl. ebd. S. 39

41 vgl. ebd. S. 41

42 vgl. Turk, James / Rubino, John: „Der Kollaps des Dollars. Der Untergang einer Weltwährung. Und wie Anleger davon profitieren können“, FinanzBuch Verlag GmbH, München, 2005, S. 69

43 Mayer, Thomas (2016), a. a. O., S. 199

nehmer darf Geld emittieren. Das beste Geld soll sich durchsetzen, das wird dann vor allem Gold und Silber sein. Mayer übernimmt damit einen bestehenden fundamentalen Fehler der herrschenden Volkswirtschaftslehre. Er schreibt dem Geld die sich widersprechenden Funktionen und zwar die Tausch- und die Wertaufbewahrungsfunktion gleichzeitig zu. Gold und Silber sind jedoch destruktive Tauschmittel für jede arbeitsteilige Gesellschaft, das belegt die Geschichte.⁴⁴ Jede und jeder, der solches Geld im Eigentum hält, kann es zurückhalten. Ist der Zins nicht genügend hoch, entzieht sich das Tauschmittel dem Wirtschaftskreislauf und es kommt zu ökonomischen Krisen. Wird ein ausreichend hoher Zins geboten, werden solche finanziellen Mittel freigegeben und der Zinseszinseffekt mit seinen verheerenden Folgen greift. Manche Länder verfügen über natürliche Ressourcen an Edelmetallen, andere müssten sie sich über wirtschaftliche Aktivität erst beschaffen. Fließt Gold durch Handelsdefizite ins Ausland ab, ergeben sich dramatische Situationen für die Wirtschaft eines Landes.

Einige Vertreter dieser Lehre sprechen auch von einem natürlichen Zins, da sich die Zinshöhe im Markt je nach Geldnachfrage einstellt. Allerdings vermittelt der Begriff *natürlich* den Eindruck, dass es einen von Natur gegebenen Zins gäbe. Das ist nicht richtig, da ein derartiges System von Menschen gemacht ist und der sich einstellende Zins eine Folge der verwendeten Mechanismen darstellt. Roland Leuschel und Claus Vogt schreiben:

„Nur ein durch den freien Markt bestimmter Zinssatz, der so genannte natürliche Zins, sorgt für eine effiziente Abstimmung künftiger Konsumwünsche und der zu ihrer Erfüllung notwendigen Investitionen. Eingriffe in den Marktmechanismus zur Festsetzung des Zinssatzes stören diese Koordination, weil sie zu systematisch falschen Zinssignalen führen. [...] Staatliches Geldmonopol und die Geldpolitik der Notenbanken müssen laut dieser Sichtweise immer wieder die Koordination von Konsum- und Investitionsplänen stören, da weder Politiker noch ihre Notenbanker allwissend

⁴⁴ vgl. Schwarz, Fritz: „Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker“, Band I, Synergia Verlag, Darmstadt, überarbeitete Neuauflage, 2010

sind und folglich den Marktmechanismus nicht sinnvoll ersetzen können.“⁴⁵

Keynes erklärt, dass er in Weiterführung der Positionen von Wicksell ebenfalls von einem *natürlichen Zinsfuß* gesprochen hätte.⁴⁶ Doch er kommt zu dem Ergebnis, dass dies ein Fehler gewesen sei. So schreibt er:

„Ich glaube nun nicht mehr, daß der Begriff eines ‚natürlichen‘ Zinsfußes, der mir früher als ein sehr vielversprechender Gedanke erschien, irgendeinen sehr nützlichen oder bedeutsamen Beitrag zu unserer Analyse darstellt.“⁴⁷

Haben sich jedoch geldnahe Ansprüche, wie Staats-, Banken- und Unternehmensanleihen zinseszinsbedingt zu stark ausgeweitet, muss es Ausfälle solcher Forderungen geben. Denn das exponentielle Anwachsen solcher Guthaben bedingt ein gleichzeitiges exponentielles Aufblähen von Schulden. Können überschuldete Unternehmen, Länder oder private Haushalte ihre Pflichten zu Zins- und Tilgungszahlungen nicht mehr vollständig erfüllen, müssen die Gläubiger teilweise oder ganz auf ihre Ansprüche verzichten. In der Wirtschaftswissenschaft spricht man von einer Marktbereinigung oder den Selbstheilungskräften des Marktes. Solche Phasen sind allerdings mit enormen realwirtschaftlichen Verwerfungen verbunden, die Unruhen, Revolten und sogar Kriege mit sich bringen können.

Irving Fisher nennt den Zins, der sich aus Angebot und Nachfrage nach Krediten ergibt, „normalen Zins“⁴⁸, wobei er das Wort *normal* in Anführungszeichen setzt.

Fritz Schwarz hält Gold und Silber als Geld für gefährlich. Eine Folge wäre die vollständige Abhängigkeit des Preisniveaus von Waren

45 Leuschel, Roland / Claus, Vogt: „Das Greenspan-Dosier. Wie die US-Notenbank das Weltwährungssystem gefährdet. Oder: Inflation um jeden Preis“, FinanzBuch Verlag GmbH, München, 2004, 2. erweiterte Auflage, S. 91 f.

46 vgl. Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, Duncker & Humblot GmbH, Berlin, 2002, unveränderter Nachdruck der 1936 erschienen ersten Auflage, S. 203

47 ebd. S. 203

48 vgl. Fisher, Irving: „100 %-Geld“, Gauke GmbH, Verlag für Sozialökonomie Kiel, 2007, S. 92

und Dienstleistungen im betreffenden Land von den zur Verfügung stehenden Edelmetallmengen. Wären die Edelmetalle nicht im eigenen Land abbaubar, müssten sie durch Lieferungen von Landeserzeugnissen und Arbeitsleistungen an die Gold und Silber liefernden Staaten erlangt werden. Daraus folgend müsste alles unternommen werden, die Edelmetalle zu behalten, denn würden sie fehlen, wäre die Krise vorprogrammiert.⁴⁹ Auch Keynes sieht das so, er sagt:

„Es zeigt sich das interessante Ergebnis, daß das Merkmal, das nach überliefelter Annahme Gold besonders zweckmäßig für den Gebrauch als Wertstandard machen soll, nämlich die Unelastizität seines Angebotes, sich gerade als das Merkmal erweist, das der Kern des Übels ist.“⁵⁰

Karl Walker meint, hätte ein Staat einen Edelmetallzufluss und damit die Vorteile für die Entfaltung seiner Produktion und seines Handels, so müsste ein anderes Land logischerweise das Edelmetall hergeben. Es wäre nach seiner Ansicht eine simple Logik, dass Länder die Einfuhr ausländischer Waren durch Zölle unterbinden wollten.⁵¹ Denkt man das weiter, ergeben sich unweigerlich volkswirtschaftliche Risiken bis hin zu Gefahren für den Erhalt des friedlichen Miteinanders. Insofern sollten bessere Wege gesucht und gegangen werden. Dies wird im weiteren Verlauf des Buches beschrieben.

2. Der Geldmengenbegriff in der herrschenden Ökonomie

Schauen wir uns zuerst die beiden großen Hauptwerke von Mankiv/Taylor und Samuelson an. Es wird kaum ein Student zu finden sein, der in seiner Ausbildung keine Berührung mit diesen Lehrbüchern hatte. Die Frage: „Was ist Geld?“ wird im Mankiv/Taylor unter anderem folgendermaßen beantwortet:

49 vgl. Schwarz, Fritz: „Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker“, Band I, Synergia Verlag, Darmstadt, überarbeitete Neuauflage, 2010, S. 161

50 Keynes, John Maynard (2002/1936), a. a. O., S. 197

51 vgl. Walker, Karl: „Überwindung des Imperialismus“, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg, Dezember 1946, S. 20

„Geld ist ein Bündel von Aktiva, die die Menschen in einer Volkswirtschaft regelmäßig dazu verwenden, Waren und Dienstleistungen von anderen Menschen zu erwerben.“⁵²

Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Beschreibung in eine brauchbare Richtung geht, denn es ist von Aktiva die Rede. Auf der Aktivseite einer Bankbilanz wird das Zentralbankgeld verbucht. Doch die Hoffnung einer genauen Gelddefinition wird wenige Seiten später zerstört. So wird geschrieben:

„In einer komplexen Volkswirtschaft wie der unsrigen ist es nicht leicht, zwischen den Aktiva, die ‚Geld‘ genannt werden können, und jenen, die diese Bezeichnung nicht tragen sollten, eine Linie zu ziehen.“⁵³

Und weiter unten heißt es:

„Die wichtigste Erkenntnis besteht an dieser Stelle darin, dass nicht nur Bargeld, sondern auch Bankeinlagen, die schnell liquidierbar und zum Erwerb von Waren und Dienstleistungen verwendbar sind, zur Geldmenge zu zählen sind.“⁵⁴

Mankiv und Taylor stellen bei der Gelddefinition offensichtlich auf die Verwendung der verschiedenen Aggregate ab. In mehreren Textpassagen zur Geldbeschreibung sprechen sie von Aktiva. Wie oben beschrieben zählen sie jedoch auch Bankeinlagen zur Geldmenge. Spätestens jetzt dürfte der Student wahrnehmen, dass es sich um etwas Geheimnisvolles handelt, dessen Komplexität man als Mensch leider nie vollständig erfassen kann. Denn Einlagen einer Bank werden auf der Passivseite verbucht, insofern ist es falsch, Bankeinlagen in Verbindung mit dem Begriff Aktiva zu nennen.

Auch eine „schnelle Liquidierbarkeit“ überzeugt nicht. Stellt man bei der Gelddefinition auf diese Bedingung ab, was müsste man dann

52 Mankiv, N. Gregory / Taylor, Mark P.: „Grundzüge der Volkswirtschaftslehre“, 5. überarbeitete und erweiterte Auflage, aus dem amerikanischen Englisch übertragen von Adolf Wagner und Marco Herrmann, Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart, 2012, S. 760 f.

53 ebd. S. 764

54 ebd. S. 765

noch alles zur Geldmenge zählen? Auch börsennotierte Aktien, Goldmünzen und Pfandflaschen sind kurzfristig liquidierbar.

Vielleicht helfen Samuelson und Nordhaus weiter? Die Überschrift: „Der Sonderfall Geld“ im Kapitel 23⁵⁵ lässt hoffen, doch die Enttäuschung offenbart sich schnell, wenn als erste Aussage zu lesen ist:

„Geld ist alles, was als allgemein anerkanntes Tausch- und Zahlungsmittel dient.“⁵⁶

Vielleicht kann man eine solche Definition heranziehen, wenn man Tauschmittel beschreibt, die vor ein paar tausend Jahren und später zur Anwendung kamen: Pfeile, Pelze, Salz, Kaurimuscheln, Edelmetalle. Die Geschichte hat hier spannende universelle Instrumente hervorgebracht. Um in der Moderne komplexe Vorgänge des Finanzwesens zu beschreiben, ist der Satz von Samuelson und Nordhaus nicht hilfreich. Er liefert vielmehr einen ungeeigneten Impuls aufgrund seiner unglücklichen Verallgemeinerung.

Unter der Überschrift „Die Geldmenge und ihre Komponenten“⁵⁷ heißt es:

„Betrachten wir nun die einzelnen Arten des Geldes ein wenig genauer, wobei wir uns auf die Vereinigten Staaten konzentrieren.“⁵⁸

Nach Meinung der Autoren gibt es demnach mehrere Arten von Geld:

„Die zweite Komponente des Transaktionsgeldes M1 sind die Sichteinlagen oder das Buchgeld. Es handelt sich hierbei um finanzielle Mittel, die bei Banken oder anderen Finanzinstituten angelegt wurden und auf die man Schecks ausstellen kann, sodass man auf Wunsch sein Geld abheben kann.“⁵⁹

Interessant ist zunächst, dass die Verfasser einen neuen Begriff einführen, das Transaktionsgeld. Wie wird das in einem Ökonomiestudium gehandhabt? Erhalten die Studenten Tabellen, auf denen die wichtigs-

55 Samuelson Paul A. und Nordhaus William D.: „Volkswirtschaftslehre – Das internationale Standardwerk der Makro- und Mikroökonomie“, 4. aktualisierte Auflage 2010, mi-Wirtschaftsbuch, FinanzBuch Verlag GmbH, München, 2010

56 ebd. S. 684

57 ebd. S. 686

58 ebd. S. 686

59 ebd. S. 686

ten Autoren des Gebietes mit ihren verwendeten Begriffen nebst Definition aufgelistet sind?

Wie wird in der Physik verfahren? Werden auch in dieser Disziplin von den verschiedenen Intellektuellen Begriffe zum Beschreiben physikalischer Prozesse emittiert? Spricht der eine Vertreter seines Bereichs von Kilogramm und andere arbeiten mit Gran, Unze, Tael oder gar selbst kreierten Wörtern oder Wortzusammensetzungen? Müsste man sich nicht auch in der Volkswirtschaftslehre auf internationaler Ebene auf die Verwendung einheitlicher Begriffe und ihren Bedeutungen einigen, so dass Vorgänge in einer verständlichen Sprache beschrieben werden können? Und vor allem: Welche Chance haben Laien, sich über diese Themen bei den gegebenen schwammigen Begriffsdefinitionen einen nützlichen Überblick zu verschaffen?

Analysiert man das letzte Zitat, sind darin erstaunliche Informationen enthalten; schließlich steht geschrieben, dass es sich bei Sichteinlagen um finanzielle Mittel hande, die bei Banken angelegt wurden. Das ist zumindest ein Hinweis, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Komponente Bargeld und der Komponente Sichteinlage gibt. Doch diese brauchbare Facette wird wenige Zeilen später mit der Antwort auf folgende Frage verworfen:

„[...] ich [kann] mein Bankguthaben als Geld betrachten. Warum? Nun aus dem einfachen Grund, weil ich für Einkäufe mit Schecks bezahlen kann, die auf dieses Bankguthaben ausgestellt werden. Die Bankeinlage funktioniert wie jedes andere Tauschmittel und wird daher als Geld betrachtet.“⁶⁰

Die Deutsche Bundesbank formuliert:

„Auf den ersten Blick mag es nicht so recht einleuchten, wieso Sichteinlagen zum Geld gerechnet werden. Doch bei näherer Betrachtung sind die Unterschiede zu Bargeld nicht so groß, denn ein Sichtguthaben erfüllt die Funktionen von Bargeld. Es steht jederzeit für Umbuchungen sowie für Bargeldauszahlungen zur Verfügung.“⁶¹

60 ebd. S. 686 f.

61 Deutsche Bundesbank: „Das Buchgeld. Geld, das man nicht sehen kann“, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Dossier/Service/schule_und_

Eine Bundesbank darf sich auch selbst widersprechen, da sie mitteilt:

„Das Ausmaß der Buchgeldschöpfung kann man an den Veränderungen der Geldmengenaggregate und ihrer Bestandteile feststellen. Abgesehen vom Bargeld sind alle in den Geldmengenaggregaten M1 und M2 enthaltenen Komponenten Buchgeld.“⁶²

Im vorangegangenen Zitat erklärt sie, dass täglich fällige Einlagen zum Geld hinzugezählt werden können, da man sie wie Geld verwenden kann (Überweisung). Jetzt sind alle in M2 enthaltenen Komponenten Buchgeld, also auch Einlagen mit Laufzeiten von bis zu zwei Jahren. Nur, Forderungen mit einer solchen Fristigkeit lassen sich nicht für Zahlungsvorgänge einsetzen. Kann ein derart diffuser Umgang bei den Begriffsdefinitionen hilfreich sein? Oder stiftet eine solche Wortakrobistik nur Verwirrung?

3. Neue Wege bei der Gelddefinition

Eines fällt auf: Als Basis bei der Geldbeschreibung wird von der herrschenden Ökonomie oft auf die Verwendung des Aggregats abgestellt, um eine Zuordnung zu erlangen. Wobei diese Aussage lediglich auf Bargeld und Sichteinlagen auf Girokonten zutrifft, meint man mit Verwendung das Bezahlen beim Einkaufen. Sobald das Wort Geld bei Einlagen mit festgeschriebener Laufzeit zum Einsatz kommt, wird auch von dieser Herangehensweise abgewichen. Denn diese Einlagen können nicht durch Überweisung an einen anderen Marktteilnehmer übertragen werden. Schon finanzielle Mittel, die auf Tages-„Geld“-Konten geparkt sind, lassen sich nicht für den Zahlungsverkehr einsetzen. Zuerst müssen sie auf ein Girokonto zurückübertragen werden, bevor der Eigentümer darüber Zahlungen abwickeln kann. Deshalb ist

bildung_kapitel_3.html?notFirst=true&docId=147646 (abgerufen am 10.02.2017)

62 Deutsche Bundesbank: „Vertiefung: Häufig gestellte Fragen zum Thema Geldschöpfung“, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/FAQ_Listen/faq_zum_thema_geldschoepfung.html?docId=175760#175760 (abgerufen am 10.02.2017)

der Begriff Tagesgeldkonto irreleitend, richtig wäre: Tageseinlagenkonto.

Für Thomas Mayer verhält es sich genau umgekehrt. Begriffe wie Einlage, Sichteinlage oder täglich fällige Einlage wären für ihn irreführend, da es aus seinem Blickwinkel betrachtet Giralgeld sei.⁶³ Allerdings schreibt er später selbst, dass es sich bei Giralgeld nur um eine Forderung an die Bank handeln würde.⁶⁴ Letztendlich sind das widersprüchliche Aussagen.

Es ist logisch, wenn wir die Abgrenzung nicht über den Einsatz der verschiedenen Aggregate ausführen, sondern über deren Ursprung. Dies empfiehlt sich schon deshalb, da hier in allen großen Währungsgebieten eindeutige Übereinstimmungen bestehen. Das Bargeld wird in den Vereinigten Staaten, in China, in der Eurozone, Japan und vielen weiteren Währungsräumen von einer Zentralbank ausgegeben. Deshalb spricht man bei diesen finanziellen Mitteln von Zentralbankgeld. Das Bargeld ist Zentralbankgeld oder kurz: Geld. Zur sprachlichen Abgrenzung sollte das Suffix -geld, außer bei den Begriffen Bargeld und Zentralbankgeld, tunlichst vermieden werden. Jene Regel wird in diesem Buch konsequent umgesetzt. Demnach gehören Begriffe wie Transaktionsgeld, Buchgeld, Bankengeld, Giralgeld, Festgeld, Tagesgeld usw. in den Papierkorb.

Ziel dieser Maßnahme muss es sein, in der Bevölkerung ein besseres Verständnis für diese Vorgänge zu erreichen. Denn der Allgemeinheit sollte bewusst werden, welche Auswirkungen die „Vernebelung um das Geld“ letztendlich für alle hat.

63 vgl. Mayer, Thomas / Huber, Roman: „Vollgeld – Das Geldsystem der Zukunft“, Tectum Verlag Marburg, 2014, S. 119

64 vgl. ebd. S. 122

4. Die Formen von Zentralbankgeld – Offenmarktgeschäfte

Die jedem bekannte Variante von Zentralbankgeld – also Geld – ist das Bargeld. Es besteht in Form von Banknoten und Münzen. In der Eurozone wird es ausschließlich über die nationalen Notenbanken (NNB) – in der BRD ist das die Deutsche Bundesbank –, in Verbindung mit der Europäischen Zentralbank (EZB), in Umlauf gebracht. Die EZB hat verschiedene Optionen, neues Zentralbankgeld in den Kreislauf der Realwirtschaft zu bringen.

Sie kann in Zusammenarbeit mit den angeschlossenen NNB zum Beispiel Devisen (Fremdwährungen) ankaufen, am Sekundärmarkt⁶⁵ verzinsliche Papiere erwerben oder Kredite an Geschäftsbanken vergeben. Wenn sich Geschäftsbanken der Eurozone mit frischem Zentralbankgeld versorgen, kommen vorrangig zwei Verfahren zum Einsatz, die Pensionsgeschäfte und besicherte Kredite.

Bei den Pensionsgeschäften wird ein Vermögenswert an die betreffende NNB übertragen; damit wird die NNB Eigentümer des eingesetzten Vermögenswertes. Zum Zeitpunkt der Übertragung wird bereits der Zeitpunkt der Rückübertragung vereinbart. Die Differenz zwischen dem erhaltenen Kaufpreis und dem gezahlten Rückkaufpreis stellen die Zinskosten für das Geschäft dar.

Bei den besicherten Krediten verbleibt der Vermögenswert bei dem Schuldner; nach Ablauf der Kreditlaufzeit für den besicherten Kredit werden ebenfalls Zinsen in vereinbarter Höhe fällig. Die EZB stellt allen angeschlossenen Instituten eine Liste zur Verfügung, welche Papiere für besicherte Kredite und Pensionsgeschäfte akzeptiert werden. Es wird hier auf die kritischen Bemerkungen im Kapitel III.2

⁶⁵ Sekundärmarkt: Markt für bereits ausgegebene Wertpapiere. Der bedeutendste Sekundärmarkt sind die Wertpapierbörsen. Am Sekundärmarkt bilden sich für die gehandelten Titel entsprechende Preise heraus. Im Gegensatz hierzu gibt es den Primärmarkt. In diesem werden Vermögenswerte zu einem festen Emissionspreis herausgegeben. Die Nachfrage entscheidet über die emittierbare Menge. Ein Beispiel für einen Primärmarkt ist der Verkauf von Staatsanleihen über die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH.

(„Wie gelangt neues Geld in den Wirtschaftskreislauf?“) zu den Methoden, welche Voraussetzungen bestehen müssen, damit Vermögenswerte Akzeptanz für die Geldversorgung erlangen, verwiesen.

Eines der wichtigsten Instrumente, mit dem sich Geschäftsbanken Zentralbankgeld bei der EZB besorgen können, sind die Offenmarktgeschäfte. Über diesen Weg versucht die EZB, Zinssätze und Liquidität zu steuern. Man unterscheidet bei den Offenmarktgeschäften zwischen vier Gruppen: Hauptrefinanzierungsgeschäfte, längerfristige Refinanzierungsgeschäfte, Feinsteuерungsoperationen und strukturelle Operationen. Bei den meisten Verfahren handelt es sich um befristete Transaktionen.

Die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sind die wichtigsten Offenmarktgeschäfte im Währungssystem der Eurozone. Sie werden im wöchentlichen Rhythmus durchgeführt. Die EZB gibt im Voraus die Termine bekannt, wann genau die wöchentlich stattfindenden Aktionen von den NNB abgewickelt werden.

Im Schnitt beträgt die Laufzeit des auf diese Weise von den Geschäftsbanken erhaltenen Zentralbankgeldes eine Woche. Nur so ist die Zentralbank in der Lage, ihre restriktive Politik durchzusetzen. Die Geldvergabe erfolgt über sogenannte Standardtender⁶⁶. Bei längerfristigen Refinanzierungsgeschäften handelt es sich um Transaktionen mit Laufzeiten von typischerweise drei Monaten. Vor der Lehmann-Brothers-Pleite machten diese Arten der Refinanzierung nur einen geringen Teil des Gesamtvolumens aus. Allerdings wurden krisenbedingt nach 2008 die Refinanzierungsgeschäfte in ihrer Laufzeit massiv ausgeweitet. Die Bundesbank gab zu diesen Vorgängen folgende Information heraus:

66 Standardtender: Die EZB kündigt an, auch die NNBen informieren darüber, welche Menge an Zentralbankgeld zu welchen Bedingungen emittiert werden soll. Daraufhin geben die dem System angeschlossenen Geschäftsbanken Gebote ab. Nach der vollständigen Erfassung aller Gebote wird die Zuteilung des Zentralbankgeldes bekanntgegeben. Jede Geschäftsbank erfährt demnach, wie viel Zentralbankgeld ihr zugeteilt wird. Bei der Vollzuteilung wird jedes Gebot zu 100 % erfüllt. Nach der Bestätigung der Zuteilungsergebnisse werden die nun notwendigen Transaktionen abgewickelt. Beim Standardtender vergehen zwischen Ankündigung und Bestätigung der Zuteilungsergebnisse maximal 24 Stunden.

„Im Laufe der Finanz- und Staatsschuldenkrise ging das Eurosyst-tem dazu über, neben diesen herkömmlichen längerfristigen Refi-nanzierungsgeschäften auch Geschäfte mit anderen Laufzeiten von zum Beispiel einem Jahr und länger anzubieten. Große Aufmerk-samkeit fanden zwei Geschäfte mit jeweils drei Jahren Laufzeit und hohem Volumen, die das Eurosyst-tem Ende 2011 und Anfang 2012 durchgeführt hat. In einer saloppen Formulierung bezeichnete EZB-Präsident Mario Draghi diese großvolumigen Geschäfte sei-nerzeit als ‚Dicke Berthas‘.“⁶⁷

Beim Einlesen in die Prozesse kann man nur zu dem Ergebnis kom-men, dass hier ein enormer Aufwand bei der Steuerung der Zentral-bankgeldmenge betrieben wird. Sicher ist damit die Relevanz des Zentralbankgeldes nicht bewiesen, dennoch handelt es sich um ein Indiz, dass zumindest versucht wird, eine steuernde Wirkung über die Anpassung der Zentralbankgeldmenge zu erzielen. Auch Paul Krug-man meint, dass die zentrale Aufgabe einer Zentralbank sei, die Wirt-schaft auf Kurs zu halten, indem die zirkulierende Geldmenge je nach Bedarf vergrößert oder verkleinert würde.⁶⁸ Warum eine solche Steue-rung im aktuellen System dennoch nur begrenzt möglich ist, wird im Kapitel III.7 („Die Geldumlaufsicherung“) behandelt.

Für jede Geschäftsbank wird bei der NNB ein Konto geführt. In Deutschland entspricht die Bankleitzahl der Kontonummer der Ge-schäftsbank bei der Deutschen Bundesbank. Hat eine Geschäftsbank bei der Zentralbank über einen der ihr zur Verfügung stehenden Wege weiteres Zentralbankgeld erworben, wird dieses dem Konto bei der NNB gutgeschrieben. Manche Kritiker formulieren an dieser Stelle, dass es sich um Zentralbankbuchgeld handeln würde, da die finanziel-ten Mittel nicht in Form von Banknoten existierten. Diese Unterschei-dung ist nicht erforderlich, da sich jede Geschäftsbank jederzeit und

67 Deutsche Bundesbank: „Längerfristiges Refinanzierungsgeschäft“, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Glossareintraege/L/laengerfristiges_refinanzierungsgeschaeft.html (abgerufen am 20.06.2016)

68 vgl. Krugman, Paul: „Die große Rezension. Was zu tun ist, damit die Weltwirt-schaft nicht kippt“, © für die deutsche Ausgabe: Campus Verlag GmbH, Frank-furt/M., 1999, Econ Taschenbuch, Ullstein Taschenbuchverlag, ein Unterneh-men der Econ Ullstein List Verlag GmbH & Co. KG, München, 1. Auflage 2001, S. 30

ohne Hemmnisse die auf dem Konto ausgewiesenen finanziellen Mittel an Zentralbankgeld als Banknoten liefern lassen kann. Auch der umgekehrte Weg ist zu jedem Zeitpunkt möglich, ohne, dass irgendeine Zustimmung eingeholt werden muss. Die Geschäftsbanken sind demnach uneingeschränkt in der Lage, Banknoten an die Deutsche Bundesbank zu geben und sich den Wert der abgegebenen Banknoten auf dem Bundesbankkonto gutschreiben zu lassen.

Zentralbankgeld kann sich somit auf dem Konto der Geschäftsbank bei der NNB befinden. Im Rahmen dieser finanziellen Mittel wird auch die Mindestreserve⁶⁹ gehalten. Über diese Konten erfolgt auch der Bilanzausgleich der Geschäftsbanken untereinander zum Beispiel nach einer Überweisung (siehe Kapitel III.4.b: „Der Kreditmitteleinsatz durch Überweisung“). Wie oben beschrieben, kann jede Geschäftsbank Banknoten in benötigter Menge ordern. Mit Lieferung der Banknoten reduziert sich der Kontostand der Geschäftsbank bei der NBB. Die angeforderten Banknoten wandern zunächst in den Tresor des Instituts und zählen nun zum Kassenbestand der Bank. Hebt ein Kontoinhaber Geld ab, reduziert sich die Verbindlichkeit der Bank gegenüber diesem Einleger. Der Bankkunde tauscht seine Geldforderung gegenüber seiner Bank in Geld. Jetzt ist das Zentralbankgeld im Umlauf. Der Bankkunde kann es nach Belieben für Transaktionen einsetzen. Der Kassenbestand an Bargeld hat sich bei der betreffenden Bank verringert.

Fassen wir noch einmal zusammen: Zentralbankgeld wird auf den Konten der Geschäftsbanken, die bei der NNB geführt werden, ausgewiesen. Darüber hinaus kann Zentralbankgeld im Tresor (Kassenbestand) einer Geschäftsbank liegen oder sich im Umlauf befinden.

Ob das im Umlauf befindliche Bargeld in einer Kaffeedose gehortet wird, es sich im Ausland befindet oder es Marktteilnehmer tatsächlich für Käufe einsetzen, darauf haben leider im aktuellen System weder die

69 Mindestreserve: Jede Geschäftsbank ist verpflichtet, eine Mindestreserve bei der NNB zu unterhalten. Der aktuelle Mindestreservesatz innerhalb der Eurozone beträgt ein Prozent. Der hieraus ermittelbare erforderliche Betrag wird aus der Mindestreservebasis berechnet. Die Mindestreservebasis wiederum ergibt sich aus den Einlagen und Schuldverschreibungen und ist bilanztechnisch auf der Passivseite der Bankbilanz mit Laufzeiten bis zu zwei Jahren erfasst. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Geschäftsbanken, die selbst ebenfalls Mindestreserven halten müssen, bleiben unberücksichtigt.

EZB noch die NNB großen Einfluss. Wie man im bestehenden System versucht, diesen Mangel zu kompensieren, wird später behandelt. Auch wird weiter unten beschrieben, wie man in einem alternativen Geldsystem diesen Punkt lösen kann.

5. Die Geldmengenaggregate⁷⁰

Es gibt eine Vielzahl von Autoren, die engagiert und mit besten Absichten Licht ins Dunkel der Finanzwelt bringen wollen. Es gelingt ihnen auch, doch trägt ein Punkt schnell zur Verwirrung bei: Die multiple Verwendung des Begriffes Geld. Wenn verschiedene Autoren Geldvorgänge beschreiben und von Geldmengen sprechen, es jedoch kein Glossar gibt, indem der jeweilige Urheber des Textes erklärt, was er mit Geldmenge meint, reduziert dies spürbar die Verständlichkeit der Arbeit. So ist es zunächst notwendig, bevor man in die Materie einsteigt, zu ermitteln, welche Aggregate der Autor des Beitrages zur Geldmenge zählt.

Was Geld ist, wurde bereits oben beschrieben. Giral-, Buch-, Transaktions- und Bankengeld werden ab jetzt als täglich fällige Sichteinlagen definiert. Diese täglich fälligen Einlagen stellen eine Forderung auf Zentralbankgeld gegenüber der Bank dar. Das Institut ist verpflichtet, Geld auf Wunsch des Kontoinhabers fristlos auszuzahlen. Der Unterschied zwischen Einlage und Geld wird sofort deutlich, wenn wir den Insolvenzfall der kontoführenden Geschäftsbank betrachten. Lassen wir die Schutzfunktion des Einlagensicherungsfonds einmal außer Acht, ist der Anspruch, den man bei Einlagen gegenüber einer Bank besitzt, unmittelbar verloren. Liegt das Geld in Scheinen und Münzen vor, wird bei Bankrott eines Institutes kein Schaden erlitten, es sei denn, die in den Ruin gerutschte Bank war systemrelevant und hat mit ihrem Konkurs einen Dominoeffekt ausgelöst und das gesamte System kippt. In diesem Fall liegt die Ursache nicht darin, dass kein genügender Unterschied zwischen Geld und Forderung auf Geld vollzogen

⁷⁰ Wie bereits ausgeführt, wird darauf hingewiesen, dass der Begriff „Geldmengenaggregate“ irreführend ist. Zum Beispiel sind in M2 und M3 Einlagen mit Laufzeiten von bis zu zwei Jahren enthalten. Hierbei handelt es sich nicht um Geld, sondern um Ansprüche auf Geld gegenüber dem Kreditnehmer.

wurde, sondern in der Existenz systemrelevanter Banken (siehe Kapitel I.6: „Systemrelevante Banken“).

Ein weiteres Beispiel dafür, dass Ökonomen bei der Gelddefinition auf die Verwendung von Geld als Zahlungsmittel abstehen, liefert Hans Christoph Binswanger:

„Wenn es auf das Geld ankommt, muss man wissen, was Geld ist, was heute Geld ist. [...] Geld ist alles, womit man zahlen kann. Heute kann man mit Banknoten zahlen, also mit Papiergegeld, sowie mit Sichtguthaben bei den Banken, d.h. mit Guthaben, die auf den Girokonten bei den Banken verbucht werden. Man spricht daher auch von Bank- oder Buchgeld.“⁷¹

Eine Sache wird nicht dadurch richtig, dass sie an vielen Stellen wiederholt wird. Meine Forderung nach einer eindeutigen Begriffsdefinition beim Geld ist eine Quintessenz zahlreicher Untersuchungen und Beobachtungen der vergangenen Jahre. Eine Veränderung bei der Benutzung der Begrifflichkeiten führt zu einer verständlicheren Sprache, damit notwendige Diskussionen zielorientierter geführt werden können. Es wird an dieser Stelle an die Beispiele aus der Physik erinnert. Internationale Standards bei den Begriffsdefinitionen erhöhen das Verständnis komplexer Vorgänge um ein Vielfaches.

Es hat sich historisch entwickelt, dass als Gewichtsmaß bei Gold- und Silbermünzen die Feinunze verwendet wird. Eine Feinunze⁷² entspricht 31,1034768 Gramm. China begann 2016, seine seit 1983 herausgegebene Pandabärmünze nicht mehr als Feinunze, sondern mit 30 Gramm zu emittieren. Man darf gespannt sein, ob sich dieser Schritt international durchsetzt und in Zukunft weltweit gehandelte Münzen, wie der Maple Leaf, der Krügerrand oder der Wiener Philharmoniker, mit einem Gewicht von 30 Gramm geprägt werden.

71 Verein für monetäre Modernisierung (Hrsg.): „Die Vollgeldreform“, edition Zeitpunkt, Solothurn, April 2015, 4. aktualisierte Auflage, S. 24, Absatz 2

72 Feinunze (oz.tr.): Maßeinheit für Edelmetalle. Die Abkürzung oz.tr. bezieht sich auf Troy-Unze und steht in Verbindung mit der französischen Stadt Troyes, einer gerade im Mittelalter berühmten Handelsstadt. Der Begriff Unze leitet sich von der römischen Einheit Uncia ab. Uncia ist lateinisch und bedeutet ein Zwölftel. Das historische Troy-Pfund entspricht ca. 373,242 Gramm. Ermittelt man ein Zwölftel vom Troy-Pfund, kommt man auf oben genanntes Gewicht einer Feinunze.

Kehren wir noch einmal in die Begriffsdefinitionen der herrschenden Ökonomie zurück. In den einschlägigen Lehrbüchern werden unterschiedliche Geldmengen beschrieben. Das Wort *Geldmenge* für die volkswirtschaftlichen Aggregate M1, M2 und M3 ist irreführend. Der Begriff *Geld* erweckt beim ungeübten Leser schnell den Eindruck, es würde sich um etwas handeln, was dem Zentralbankgeld gleichgesetzt werden kann. Doch mit der Forderung auf *Geld*, die man erzeugt, wenn man sein *Geld* für ein Jahr bei einer Sparkasse anlegt, kann man eben nicht zum Bäcker gehen. Helmut Creutz schreibt:

„Ein anderer Grund für die Vorstellung von der Bankengeldschöpfung dürfte sein, dass man immer noch *Geld* mit Guthaben und Krediten verwechselt oder sogar zusammenfasst. Das heißt, man verwechselt das Mittel mit den damit getätigten Vorgängen und addiert beide sogar als so genannte ‚Geldmengen‘, wie z. B. bei den Größen M1, M2 und M3 der Fall!“⁷³

Schauen wir uns noch einmal die Geldmengendefinitionen der EZB an:

- M0: Banknoten und Münzen, die sich im Umlauf außerhalb des Bankensystems bei Nichtbanken befinden (ohne Kassenbestände der Geschäftsbanken, mit Banknotenumlauf im Ausland) zuzüglich dem Zentralbankgeldbestand der Kreditinstitute bei der NNB (Mindestreserven + Überschussreserven)
- M1: Bargeldumlauf zuzüglich täglich fällige Sichteinlagen der Nichtbanken
- M2: M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu zwei Jahren und Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist bis zu drei Monaten
- M3: M2 zuzüglich Anteile an Geldmarktfonds, Rückkaufverbindlichkeiten (echte Pensionsgeschäfte), Geldmarktpapieren und Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren.

⁷³ Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, Mai / Juni 2010, Ausgabe: 03/2010, Creutz Helmut: Dauerbrenner Geldschöpfung

Ein Änderungsvorschlag, um klar zwischen Geld und Einlage zu unterscheiden, könnte wie folgt lauten:

Definitionen der Geldmengen (G0, G1 und G2) und Einlagenmengen (E1, E2, E3 und E4) in der überarbeiteten neuen Fassung:

- G0: Banknoten und Münzen, die sich im Umlauf außerhalb des Bankensystems bei den Nichtbanken befinden (ohne Kassenbestände der Geschäftsbanken, mit Banknotenumlauf im Ausland)
- G1: G0 zuzüglich Zentralbankgeldbestand der Kreditinstitute bei der Zentralbank (Mindestreserven + Überschussreserven)
- G2: G1 zuzüglich Kassenbestände der Geschäftsbanken
- E1: täglich fällige Sichteinlagen der Nichtbanken bei den Geschäftsbanken
- E2: E1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu zwei Jahren und Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist bis zu drei Monaten
- E3: E2 zuzüglich Anteile an Geldmarktfonds⁷⁴, Repoverbindlichkeiten⁷⁵, Geldmarktpapieren⁷⁶ und Bankschuldverschreibungen⁷⁷ mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren.

⁷⁴ Geldmarktfonds: Investmentfonds, der mit dem Geld der Einleger vor allem festverzinsliche Wertpapiere mit kurzen Laufzeiten (Laufzeit typischerweise kleiner zwölf Monate) kauft

⁷⁵ Repoverbindlichkeiten: *Repo* steht für repurchase Operation (englisch), hierbei handelt es sich um eine spezielle Finanztransaktion. Es wird ein Wertpapier verkauft und beim Verkauf gleichzeitig der Rückkauf zu definierten Konditionen vereinbart. Während der Laufzeit dieses Geschäfts liegen die Eigentumsrechte bezüglich des betreffenden Vermögenswertes beim Käufer. Solche Rückkaufvereinbarungen werden im Interbankenhandel (Aktionen zwischen den Geschäftsbanken) und bei Offenmarktgeschäften (Versorgung der Geschäftsbanken mit Geld über die Zentralbank) ausgeführt.

⁷⁶ Geldmarktpapiere: verzinsliche Wertpapiere (Ausnahme: unverzinsliche Schatzanweisung) mit Laufzeit kleiner zwölf Monate. Über die Ausgabe solcher Wertpapiere beschaffen sich Unternehmen und Staaten kurzfristig Liquidität.

⁷⁷ Bankschuldverschreibung: spezielles festverzinsliches Wertpapier, welches von Banken ausgegeben wird. Hierunter zählen beispielsweise Pfandbriefe von Hypothekenbanken. Bankschuldverschreibungen dienen der mittel- und langfristigen Refinanzierung von Banken

E4: E3 zuzüglich Einlagen, Repoverbindlichkeiten, Geldmarktpapiere und Bankschuldverschreibungen über alle Laufzeiten

Hieraus ergibt sich (siehe auch Abbildung 34):

$$\begin{aligned} M0 &= G1 \\ M1 &= G0 + E1 \\ M2 &= G0 + E2 \\ M3 &= G0 + E3 \end{aligned}$$

Auf diese Weise differenziert man einerseits sprachlich zwischen Geld und Forderung auf Geld und andererseits auch bei der optischen Erfassung der Darstellung. Um beispielsweise zur bisherigen Menge M1 zu gelangen, muss zur neuen Einlagenmenge E1, das sind die täglich fälligen Sichteinlagen, die umlaufende Bargeldmenge G0 addiert werden. Über einer Grafik steht eben nicht mehr „M1“, sondern es wird E1 + G0 summiert grafisch dargestellt. So wird eindeutig veranschaulicht, dass es sich bei den entsprechenden Größen um unmissverständlich unterschiedliche Mengen handelt. Dem gegenüber beschreiben die Abkürzungen G0 und G1 präzise Geldmengen, im Fall G0 das sich im Umlauf befindliche Zentralbankgeld. Um zu G1 zu gelangen, wären die finanziellen Mittel der Geschäftsbanken auf den Konten bei den NNB hinzuzurechnen.

Kein Bauer käme auf die Idee, seine produzierte Milch und den von ihm hergestellten Käse zu einer Milchmenge zu vereinen. Jeder Landwirt grenzt unmissverständlich in Sprache, Buchhaltung und Außendarstellung zwischen diesen verschiedenen Mengen ab. Genauso wird sich im Weiteren konsequent an die Nutzung obiger Nomenklatur gehalten. Dies soll helfen, eine maximale Verständlichkeit der Ausführungen zu gewährleisten, damit die beschriebenen Prozesse nachvollzogen werden können.

Ein geeignetes Beispiel zur Geldmengenproblematik, wenn nicht zwischen Geld und Forderung auf Geld klar abgegrenzt wird, liefern Weik und Friedrich:

„Unter Greenspan wuchs die Geldmenge M3 von 3,614 Billionen US-Dollar zum Zeitpunkt seines Amtsantrittes auf 10,250 Billionen US-Dollar zum Ende seiner Amtszeit. Dies bedeutet ein Geldmengenwachstum um 283,62 Prozent. Interessant ist auch, dass die Geldmenge M3 von der FED seit 2006 nicht mehr publiziert wird.“

Man kann also nicht nachvollziehen, wie viele Dollar wirklich im System stecken.“⁷⁸

Weik und Friedrich beziehen sich dabei auf Angaben aus Wikipedia. Wenn man eine 100-Euro-Banknote bei seiner Hausbank einreicht und dem Konto der Betrag gutgeschrieben wird, erhöht sich die Sicht-einlage um 100 Euro. Jetzt könnte man im nächsten Schritt mit dem Kreditinstitut eine Zinsbindung für zwei Jahre in Höhe von 100 Euro vereinbaren. In dem Moment vergrößert sich M3 der herrschenden Ökonomie bzw. E3 der neuen Mengendefinition. Wenn das Bankhaus einen Kredit im Volumen von 100 Euro verkauft und der Kreditnehmer sich den Kreditbetrag bar auszahlen lässt, sind durch die Kreditvergabe wieder 100 Euro Bargeld im Wirtschaftskreislauf. M0 bzw. G0 haben sich bei diesem Prozess nicht geändert. Wenn also Weik und Friedrich schreiben, man könne also nicht nachvollziehen, wie viele Dollar wirklich im System steckten, wenn M3 nicht mehr bekanntgegeben werde, ist das falsch, insofern sie mit *Dollar* Zentralbankgeld meinen. Um die Dollarmenge, besser die umlaufende Bargeldmenge festzustellen, ist das Heranziehen von M3, wie oben aufgezeigt, völlig ungeeignet. Es wäre M0, gegebenenfalls abzüglich der Guthaben der Kreditinstitute bei der FED, zu betrachten.

Dennoch liefern die Kennziffer M3 oder zukünftig besser E3 wichtige Informationen über monetäre Gesamtzusammenhänge. Auch ist die Entscheidung der FED, derartige Daten nicht mehr zu veröffentlichen, zu kritisieren. Alle Leserinnen und Leser sollen an Hand solcher Beispiele sensibilisiert werden, damit sie möglichst darauf achten, was Autoren mit Geld meinen und ob ein schwammiger Umgang mit dem Begriff Geld die Verständlichkeit reduziert oder sich dadurch sogar inhaltliche Fehler ergeben, wie durch den eben genannten Musterfall aufgezeigt.

78 Weik Matthias / Friedrich Marc: „Der größte Raubzug der Geschichte. Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“, Bastei Lübbe Taschenbuch Band 60804, 2. Auflage Juni 2014, überarbeitete und aktualisierte Taschenbuchausgabe, Originalausgabe: Tectum Verlag, Marburg, 2012, S. 133

6. Systemrelevante Banken

Grundsätzlich ist mit systemrelevant⁷⁹ gemeint, dass im Insolvenzfall eines systemrelevanten Bankhauses das gesamte System in Mitleidenschaft gezogen wird. Das bedeutet, dass bei einer solchen Bankpleite der gesamte Geldkreislauf gestört ist oder die Versorgung der Realwirtschaft mit Geld nicht mehr vollständig und effizient funktioniert. Wenn beispielsweise Unternehmen über Nacht nicht mehr in der Lage sind, Kredite bei ihrer Hausbank zu erhalten, um ihre Produktion vorzufinanzieren, ergeben sich schnell Dominoeffekte, die als hohe realwirtschaftliche Risiken eingestuft werden müssen. Anat Admati und Martin Hellwig schreiben:

„Zum Beispiel vergeben Ratingagenturen an schuldenfinanzierte Banken⁸⁰, die aufgrund ihrer Größe oder ‚Systemrelevanz‘ auf staatliche Hilfe im Notfall zählen können, gelegentlich eine bessere Bewertung, als wenn die Banken keine Aussicht auf Rettung durch den Staat hätten.“⁸¹

In den 1990er Jahren soll es sogar üblich gewesen sein, dass Ratingagenturen für deutsche Landesbanken zwei Ratings vergaben. Eines unter Berücksichtigung staatlicher Garantien, ein weiteres ohne das Heranziehen solcher Haftungszusagen. Die Europäische Kommission hat sich laut Admati und Hellwig 2001 mit der deutschen Regierung geeinigt, dass ab 2005 deutsche Landesbanken keine staatlichen Garantien mehr erhalten dürften.⁸² An anderer Stelle bemerken diese Autoren, wenn Banken im Vorhinein damit rechnen könnten, dass sie gerettet würden, könnten sie sich veranlasst sehen, höhere Risiken einzugehen.⁸³

Das vermutlich prägnanteste Beispiel ist die Pleite von Lehmann Brothers. Giegold, Philipp und Schick schreiben in ihrer Arbeit:

79 oft ist auch von *signifikant* die Rede

80 schuldenfinanzierte Banken: Banken, die im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital sehr stark fremdfinanziert sind

81 Admati, Anat / Hellwig, Martin: „Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss“, FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchener Verlagsgruppe GmbH, 2. Auflage 2014, S. 32

82 vgl. ebd. S. 362

83 vgl. ebd. S. 131

„Als die USA Lehmann Brothers in den Konkurs schickten, gingen Schockwellen um den Globus – laut Bundesregierung die „größte wirtschaftspolitische Fehlentscheidung des 21. Jahrhunderts“.⁸⁴

Bei dieser Bemerkung nehmen die drei Autoren Bezug auf eine Aussage von Peer Steinbrück im Untersuchungsausschuss zur Insolvenz der Hypo Real Estate.

Bei der Hypo Real Estate selbst hat man es anders gemacht. ZEIT ONLINE teilt mit:

„So hat die HRE als größter deutscher Schadensfall der Krise den Staat bisher 19,1 Milliarden Euro gekostet.“⁸⁵

Das Financial Stability Board (FSB)⁸⁶ ist ein internationales Gremium, welches das globale Finanzsystem überwachen soll. Es wurde im April 2009 in London von den G-20-Staaten als Nachfolger des Financial Stability Forum (FSF) gegründet. Auch Spanien, die Weltbank, die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission sind Mitglieder der in Basel bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ansässigen Institution.

Von dieser Einrichtung wird seit 2011 eine Liste der weltweit existenten systemrelevanten Banken herausgegeben. Das Verzeichnis wird jährlich aktualisiert und jeweils im November eines Jahres veröffentlicht. In der Tabelle der Veröffentlichung vom November 2015 waren 30 Banken aufgeführt. Die dort gelisteten Kreditinstitute werden in fünf Risikoklassen eingestuft. Aktuell wird die Systemrelevanz über eine Methode vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht ermittelt, die 2011 über ein Konsultationspapier erstmals bekanntgegeben worden ist. Dieser Ansatz wird alle drei Jahre überprüft und gegebenenfalls angepasst. Hier fließen unter anderem die Größe, die Verflechtung und das Volumen an grenzüberschreitenden Aktivitäten der kontrollierten Banken ein.

84 Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard: „Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern“, Verlag Klaus Wagenbach, 2016, S. 76

85 ZEIT ONLINE: „Hypo Real Estate. 237 Euro von jedem. Vor fünf Jahren rettete der Steuerzahler die Hypo Real Estate. Er wird nur einen Bruchteil seines Gedächtnisses wiedersehen.“, Anne Storm, 26.09.2013

86 genau: Secretariat to the Financial Stability Board for International Settlements (kurz: FSB)

Die Europäische Zentralbank ermittelt ebenfalls Kreditinstitute, welche nach deren Ansicht systemrelevant sind. Hierbei bedient sie sich dem neu geschaffenen einheitlichen europäischen Bankenaufsichtsmechanismus⁸⁷. Nach dessen Definition ist eine europäische Bank systemrelevant, wenn

- ihre Bilanzsumme größer 30 Milliarden Euro ist,
- die Bank eine Bilanzsumme ausweist, die 20 Prozent der Wirtschaftsleistung ihres Landes ausmacht (mindestens jedoch Bilanzsumme von fünf Milliarden Euro),
- die Bank bereits Gelder aus EFSF⁸⁸ oder ESM⁸⁹ bekommen hat⁹⁰ und/oder
- die Bank zu den drei größten Banken des teilnehmenden Landes gehört.⁹¹

Fällt ein Institut unter die oben genannten Kriterien, ist seit 2014 die EZB für die Aufsicht dieser Bank und nicht mehr die nationalen Behörden zuständig. Im Einzelfall kann die EZB auch eine grenzüberschreitend tätige Bank als systemrelevant einstufen und unter ihre Aufsicht nehmen, wenn obige Punkte nicht zutreffen. Aktuell wird von der Euro-Bankenaufsicht 120 Banken Systemrelevanz zugeschrieben.⁹²

Auch weitere Institutionen haben die Gefahren, die sich aus der Existenz systemrelevanter Banken ergeben, erkannt. So formuliert die Deutsche Bundesbank:

87 auch SSM: Single Supervisory Mechanism, kurz auch: Euro-Bankenaufsicht oder EZB-Bankenaufsicht genannt

88 EFSF: European Financial Stability Facility, deutsch: Europäische Finanzstabilisierungsfazilität

89 ESM: European Stability Mechanism, deutsch: Europäische Stabilitätsmechanismus

90 ursprünglich waren die Gelder aus diesen sogenannten Rettungsschirmen (EFSF und ESM) ausschließlich für in Schwierigkeiten geratene Staaten gedacht, 2013 stimmte der Bundestag jedoch zu, dass finanzielle Mittel aus diesen Rettungsfonds auch für in Notlage gekommene Banken eingesetzt werden dürfen

91 vgl. Bundesbank: „Fragen und Antworten zur europäischen Bankenaufsicht“, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/FAQ_Listen/themen_europaeische_bankenaufsicht.html?docId=152022 (abgerufen am 17.12.2016)

92 vgl. EZB: „The list of significant supervised entities and the list of less significant institutions“, letztes Update: 04.09.2014

„Als Teil der G20-Agenda haben die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel von Pittsburgh im September 2009 beschlossen, systemrelevante Institute (SIFIs) einem besonderen Aufsichtsregime zu unterstellen und hierzu besondere rechtliche Instrumente und Aufsichtsregeln zu entwickeln.“⁹³

Es bleibt festzuhalten, dass man wegen der oben definierten Kriterien besser weiß, welche Banken überhaupt systemrelevant sind. Um Risiken zu reduzieren, wurden Bankhäusern, die zu dieser Gruppe zählen, zusätzliche Auflagen erteilt. Unter anderem müssen sie stärkere Eigenkapitalbedingungen erfüllen und sie werden intensiver überwacht. Dafür wurden neue länderübergreifende Institutionen geschaffen und man hat zusätzliche Regeln unter anderem für Großkredite installiert. Darüber hinaus haben die betreffenden Banken sogenannte Testamente erstellen müssen. Hierbei handelt es sich um Sanierungs- und Abwicklungspläne für den Fall, dass eine solche Bank in Schieflage geraten sollte. Über eine Zerlegung systemrelevanter Banken wird allerdings nicht nachgedacht, da die nationalen Regierungen der Ansicht sind, dass Großkonzerne wegen des harten internationalen Wettbewerbs gebraucht werden. Dem ist zu widersprechen: Es müssten Anordnungen beschlossen werden, um innerhalb einer gesetzten Frist systemrelevante Institute auf eine Größe abschmelzen, die keine überdurchschnittlichen Gefahren mehr für das Gemeinwohl darstellen. Das meinen auch Giegold und seine Mitauteuren, wenn sie formulieren, dass sich in einem starken Finanzsystem die Gesellschaft nicht von wackeligen Too-big-to-fail-Banken erpressen lassen müsste.⁹⁴ Admati und Hellwig weisen darauf hin, dass der Trend zu immer mächtigeren Geschäftsbanken in der Finanzkrise noch verstärkt worden sei, da einige Institute „gerettet“ wurden, indem sie von anderen, zumeist größeren Banken, übernommen wurden.⁹⁵

Es soll hier betont werden, dass mit dem Zerteilen von Banken in nicht mehr systemrelevante Größen nicht etwa alle Gefahren abgewendet wären. Wenn beispielsweise viele kleine Kreditinstitute gleich-

93 Deutsche Bundesbank: „Basel III – Leitfaden zu den neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln für Banken. Zentralbereich Banken und Finanzaufsicht“, 2011, S. 37

94 vgl. Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard (2016), a. a. O., S. 9

95 vgl. Admati, Anat / Hellwig, Martin (2014), a. a. O., S. 145

zeitig in dieselben abenteuerlichen Marktsegmente investieren, kann es zu vergleichbaren Verwerfungen kommen, wenn solche Papiere innerhalb eines kurzen Zeitraums spürbar im Wert fallen. Derartige Risiken ließen sich mit höheren Eigenkapitalforderungen gut abfedern. Insofern ist der Einwand von Brichta und Voglmaier zur Zerlegung von Großbanken berechtigt:

„Wenn also mehrere der dann abgespeckten Banken gleichzeitig oder kurz nacheinander vor der Pleite stünden, hätte das System wieder dasselbe Problem.“⁹⁶

Admati und Hellwig bemerken, wenn Einleger und andere Gläubiger mit einer staatlichen Unterstützung bei Liquiditätsproblemen rechneten, wären sie eher bereit, den Banken zu günstigeren Konditionen Geld zu leihen, als sie es sonst realisieren würden. Damit wären die Zinsen, die Institute auf ihre Schulden zahlen müssten, niedriger, als sie es ohne die Aussicht auf Staatshilfe wären. Explizite und implizite staatliche Garantien hätten „perverse Effekte“ auf die Anreize der Geschäftsbanken, sich zu verschulden und Risiken einzugehen.⁹⁷ Verschiedene empirische Untersuchungen würden zeigen, dass der Eindruck, große und systemrelevante Banken seien besonders profitabel, nicht daher röhre, dass diese Banken besser arbeiten würden, sondern davon, dass sie aufgrund der Aussicht auf Staatshilfe in einer Krise zu günstigeren Bedingungen Geld aufnehmen könnten und deshalb niedrigere Finanzierungskosten hätten.⁹⁸

Bereits vor Jahrzehnten fragte Kindleberger:

„Vergaben die Banken der großen Finanzzentren in den 70er-Jahren möglicherweise leichtsinnig Kredite an Länder der Dritten Welt, in dem sicheren Wissen, dass man sie nicht in Konkurs gehen lassen würde?“⁹⁹

96 Brichta, Raimund / Voglmaier, Anton: „Die Wahrheit über Geld. Wie kommt unser Geld in die Welt – und wie wird aus einem Kleinkredit ein großer Finanzcrash“, Börsenmedien AG, Kulmbach, 2013, S. 188 f.

97 vgl. vgl. Admati, Anat / Hellwig, Martin (2014), a. a. O., S. 206

98 vgl. ebd. S. 226

99 Kindleberger Charles P.: Die Geschichte der Finanzkrisen dieser Welt. Manien. Paniken. Crashes“, BÖRSENMEDIEN AG, Kulmbach, Neuauflage 2001, S. 273

Es handelt sich offensichtlich um keine moderne Strategie, dass Banken überhöhte Risiken eingehen in der Erwartung, dass sie gerettet werden, wenn zahlreiche Kreditausfälle ihre Existenz gefährden. Allerdings sind in der BRD Sparkassen öffentlich-rechtlich organisiert und die Gewährträger haften für die einzelnen Institute. In der langjährigen deutschen Sparkassengeschichte hat es nur ganz wenige Fälle der Inanspruchnahme von Kommunen gegeben. Deutsche Sparkassen handelten also aufgrund der Haftung der Kommunen nicht leichtsinniger.

Hier bildhafte Vergleiche, um den Sachverhalt zu verdeutlichen: Es wäre in etwa so, als würde in Deutschland ein systemrelevantes Unternehmen, welches für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zuständig ist, zusammenbrechen und es gäbe dadurch Hunger. Oder es würde eine systemrelevante Unternehmung im Gesundheitswesen in Konkurs gehen, so dass die Gesundheitsversorgung breiter Bevölkerungsschichten nicht mehr sichergestellt wäre. Betrachtet man die weltweiten Entwicklungen, könnte man daraus ableiten, dass wir auf dem besten Weg zu Zuständen sind, die wegen extremer Kapitalkonzentrationen Gefahren für das Gemeinwohl darstellen. Laut der Liste „Fortune Global 500“, herausgegeben von dem US-amerikanischen Wirtschaftsmagazin *Fortune*, haben die 500 weltweit größten Unternehmen 2014 31,2 Billionen US-Dollar¹⁰⁰ an Einnahmen generiert. Damit sind diese Konzerne für über vierzig Prozent des Weltbruttosozialprodukts verantwortlich. Christian Kreiß schreibt, dass laut einer Studie der ETH Zürich von 2011 vierzig Prozent des weltweiten Unternehmenswertes von lediglich 147 international agierenden Konzernen gehalten werden würden, was wegen vielfacher Eigentumsverschachtelungen weitgehend unsichtbar bliebe. Dies sei ein interessanter Hinweis auf eine ungeheure Machtkonzentration.¹⁰¹ Die Ursachen für diese destruktiven Auswüchse liegen zum großen Teil ebenfalls in den Wirkungsweisen unseres Geldsystems. Es darf in

100 vgl. Fortune: „Global 500 2015“, <http://fortune.com/global500/2015/> (abgerufen am 13.12.2016)

101 vgl. Kreiß, Christian: „Geplanter Verschleiß. Wie die Industrie uns zu immer mehr und immer schnellerem Konsum antreibt – und wie wir uns dagegen wehren können“, Europa Verlag GmbH & Co. KG, Wien Berlin München, 2014, S. 135

einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft prinzipiell keine systemrelevanten Unternehmen geben. Strukturen sollten immer derart ausgelegt sein, dass, sollte sich ein Marktteilnehmer egal aus welchem Grund vom Wirtschaftsleben verabschieden, andere Anbieter diese Aufgabe übernehmen können, ohne, dass es zuvor zu starken Verwerfungen kommt. Hier zeigt sich die klare Überlegenheit kleiner, transparenter, regionaler Gefüge, nicht nur aus ökologischer Sicht.

Im Falle von Banken empfiehlt Christian Felber eine Zerkleinerung, wenn die Bilanzsumme 30 Milliarden Euro überschreitet:

„Banken mit einer Bilanzsumme über dreißig Milliarden Euro sollten nicht beaufsichtigt, sondern zerkleinert werden. In Deutschland würde das beispielsweise von den 413 Sparkassen nur eine einzige betreffen: Die Hamburger Sparkasse hat eine Bilanzsumme von 39,5 Milliarden Euro. Die Bilanzsummen aller anderen Sparkassen liegen unter dreißig Milliarden Euro.“¹⁰²

Ob 30 Milliarden Euro die passende Grenze ist, kann diskutiert werden. Um einen Eindruck zur Fehlentwicklung bei den Bilanzsummen zu geben, finden sich nachfolgend die Bilanzsummen der zehn größten Banken der Welt und der zehn größten in Deutschland:

102 Felber, Christian: „Geld. Die neuen Spielregeln“, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2014, S. 115

Abbildung 3:

Bilanzsummen der zehn größten deutschen und der zehn größten weltweit agierenden Banken¹⁰³

| Rang | Institut (BRD) | BS* in Mrd. € | Rang | Institut (weltweit) | BS* in Mrd. \$ |
|------|-------------------------|---------------|------|-----------------------------|----------------|
| 1 | Deutsche Bank AG | 1.629 | 1 | Ind. & Commerc. B. of China | 3.427 |
| 2 | Commerzbank AG | 533 | 2 | Agricultural Bank of China | 2.831 |
| 3 | KfW | 503 | 3 | Bank of China | 2.745 |
| 4 | DZ Bank AG | 408 | 4 | Mitsubishi UFJ Fin. Group | 2.594 |
| 5 | Unicredit Bank AG | 299 | 5 | HSBC Holdings | 2.456 |
| 6 | LB Baden-Württemberg | 234 | 6 | JPMorgan Chase | 2.410 |
| 7 | Bayerische Landesbank | 216 | 7 | BNP Paribas | 2.352 |
| 8 | Norddt. LB Girozentrale | 181 | 8 | Bank of Amerika | 2.181 |
| 9 | LB Hessen-Thüringen | 172 | 9 | China Development Bank | 1.898 |
| 10 | Postbank AG | 151 | 10 | Crédit Agricole | 1.858 |

* BS: Bilanzsumme 2015 (gerundet auf volle Mrd.)

Es ist offensichtlich, dass sich die Bilanzsummen bei diesen Banken zu Beträgen aufgeblätzt haben, die weit entfernt von einem geeigneten Wert liegen.

Um die Größe von Unternehmen aus allen Bereichen zu begrenzen, könnte eine Steuer installiert werden, die mit wachsendem Umsatz und Gewinn, nach Überschreiten einer definierten Grenze, zusätzlich erhoben wird. Damit werden kleine und mittlere Unternehmen gefördert. Bevor ein Unternehmen eine systemrelevante Größe einnimmt, müsste die Abgabe wegen ihrer dann erreichten Höhe dazu führen, dass sich ein weiteres Wachstum nicht rentiert. So werden sich bevorzugt Netzwerke mit Firmen mittlerer Größe und unterschiedlichen Eigentümerstrukturen entwickeln. Gibt es wirtschaftliche Schwierigkeiten an einem Knotenpunkt, kann viel leichter ein anderer Marktteilnehmer die Rolle übernehmen. Gut vernetzte dezentrale Strukturen wären eine interessante Alternative zu gigantischen global agierenden Großkonzernen.

103 Statista GmbH Hamburg: „Bilanzkennzahlen“, <https://de.statista.com/> (abgerufen am 13.02.17)

Allerdings sollte Beachtung finden, dass durch die Zerkleinerung inländischer Bankhäuser diese gegenüber ausländischen Großkonzernen einen Wettbewerbsnachteil erleiden können. Darauf weist auch Felber hin. Deshalb sollten Maßnahmen ergriffen werden, die den gegebenenfalls entstehenden Wettbewerbsnachteil kompensieren. So kann über die Höhe von Steuern, unterschiedliche Refinanzierungskonditionen oder stärkerer Berücksichtigung inländischer Kreditinstitute bei öffentlichen Vorhaben Einfluss genommen werden.

In der Gemeinwohl-Ökonomie¹⁰⁴ geht man noch einen Schritt weiter. Aus einem Papier dieser Gruppe kann man folgendes entnehmen:

„Bei Großunternehmen gehen ab einer bestimmten Größe (zum Beispiel 250 Beschäftigte) Stimmrechte und Eigentum teil- und schrittweise an die Beschäftigten und die Allgemeinheit über. Die Öffentlichkeit könnte durch direkt gewählte ‚regionale Wirtschaftsparlamente‘ vertreten werden. Die Regierung soll keinen Zugriff/kein Stimmrecht in öffentlichen Unternehmen haben.“¹⁰⁵

Allerdings könnte einerseits ein Abstellen auf Mitarbeiterzahlen dazu führen, dass Unternehmen motiviert werden, hohe Umsätze mit so wenig wie möglich Arbeitnehmern zu erreichen. Werden andererseits ausschließlich Bilanzkennzahlen herangezogen, sind gegebenenfalls Firmen mit beispielsweise hohem Materialeinsatz benachteiligt. Hier gilt es also, geeignete Parameter zu finden, um die Größe von Betrieben zu bewerten und ab einer gewissen Dimension Einfluss auszuüben, um dem Gemeinwohl zu dienen.

Christian Kreiß schreibt über die Idee von Ernst Friedrich Schumacher, der vorschlug, dass Unternehmen ab einer bestimmten Größenordnung keine Gewinnsteuern mehr entrichten müssten und im Gegenzug zu einer Gewinnbeteiligung der öffentlichen Hand durch ein 50-prozentiges Miteigentum am Grundkapital solcher Unternehmen verpflichtet würden.¹⁰⁶ Kreiß sagt:

104 Gemeinwohl-Ökonomie: alternatives Wirtschaftssystem, entwickelt durch Christian Felber

105 Gemeinwohl-Ökonomie „Eine demokratische Alternative wächst“, Stand Januar 2016, Punkt 9

106 vgl. Kreiß, Christian (2014), a. a. O., S. 157

„Man könnte eine Besteuerung in diese Richtung aus Akzeptanzgründen auch so gestalten, dass man anfangs kleine und inhabergeführte Unternehmen steuerlich entlastet und mit steigender Größe diese Entlastung sukzessive reduziert, um am Ende langfristig, möglicherweise erst nach Jahrzehnten, zu dem von Schumacher vorgeschlagenen Modell zu kommen.“¹⁰⁷

Es bleibt die Frage, ob es überhaupt systemrelevante Banken geben darf. Die Antwort lautet nein.

7. Die Mindestreserve

Die Mindestreserve, auch Reserve-Soll genannt, wird durch Zentralbankgeld abgebildet. Jede Geschäftsbank – auch als Geschäftspartner bezeichnet –, die am Zentralbanksystem angeschlossen ist, muss per Gesetz eine Mindestreserve bei der NNB hinterlegen.¹⁰⁸ In der Eurozone beträgt die Mindestreserve aktuell ein Prozent¹⁰⁹ auf definierte Passivposten.¹¹⁰ Als Grundlage für die Berechnung der notwendigen Höhe der Mindestreserve dient die Mindestreservebasis. Von der ermittelten Mindestreservebasis wird ein Freibetrag in Höhe von 100.000 Euro abgezogen.

Die EZB legt Mindestreserveerfüllungsperioden fest. Im Jahr 2016 umfasste eine Erfüllungsperiode sechs bis sieben Wochen, in vorangegangenen Zeitfenstern waren auch vier bis fünf Wochen die Norm. Im ersten Schritt wird der Betrag des Zentralbankgeldes betrachtet, welcher sich am Ende eines jeden Kalendertages auf dem Konto¹¹¹ bei der NNB befindet. Daraus wird der Durchschnitt aus allen Kalendertagen-

107 ebd. S. 157

108 Bei einem Institut, welches mehrere Niederlassungen in einem Land besitzt, kann das Halten der Mindestreserve zentralisiert werden (z. B. bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken).

109 Der Mindestreservesatz wurde zuletzt am 18.01.2012 von zwei auf ein Prozent gesenkt.

110 Passivposten sind alle Positionen, die in einer Bankbilanz auf der Passivseite (Passiva) verbucht werden. Die Passivposten zeigen an, woher die Mittel, mit der eine Bank arbeitet, stammen.

111 In Deutschland entspricht die Bankleitzahl des Geschäftspartners der Kontonummer des Kontos bei der NNB.

endständen innerhalb einer Erfüllungsperiode ermittelt. Die Erfüllungsperioden werden von der EZB mindestens drei Monate¹¹² vor Beginn eines neuen Kalenderjahres per Pressemitteilung bekanntgegeben. Diese wird unter anderem auf der Internetpräsenz der EZB und im Amtsblatt der Europäischen Union eingestellt.

Jeder Geschäftspartner meldet zu definierten Zeitpunkten die wesentlichen reservepflichtigen Bilanzpositionen an die zuständige NNB. Im Normalfall müssen die Bilanzmonatsendstände eines Kalendermonats übermittelt werden. Die gesendeten Daten dienen zur Berechnung der Mindestreservebasis, für die im übernächsten Kalendermonat beginnende Mindestreserveerfüllungsperiode. Ein Beispiel: Am 31.05.2016 schickt eine Bank auf vorgegebenem Formular ihre verlangten Bilanzdaten an die zuständige NNB. Über diese Werte definiert sich die geforderte Mindestreserve, die in der Erfüllungsperiode, die im Juli 2016 beginnt, vom Geschäftspartner bei der NNB zu halten ist.

Kleinere Banken müssen eine begrenzte Menge an Bilanzkennzahlen liefern und dies nur im Quartalsrhythmus. Die ermittelte Mindestreserve gilt dann für drei aufeinanderfolgende Erfüllungsperioden. Die Ende beispielsweise Juni 2016 gemeldeten Bilanzangaben geben die Mindestreserve für September, Oktober und November 2016 vor.

Als Basis für die Berechnung der Mindestreserve werden ausgegebene Schuldverschreibungen¹¹³ mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu zwei Jahren und Einlagen mit Laufzeiten von bis zu zwei Jahren herangezogen. Vergibt eine Bank A einen Kredit an eine Bank B, dann wird der Betrag auf der Passivseite der Bankbilanz der Bank B als Verbind-

112 In Deutschland wurden z. B. die Erfüllungsperiodentermine für das Jahr 2016 den dem System angeschlossenen Banken mit Rundschreiben 41/2015 vom 20.07.2015 der Deutschen Bundesbank bekanntgegeben. Dem voraus ging die Pressemitteilung der EZB vom 22.06.2015.

113 Banken geben Schuldverschreibungen aus, um sich zu refinanzieren (Beschaffung von langfristig zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln für die Kreditvergabe). Die Bankschuldverschreibung gehört zur Gruppe der Anleihen. Diese Wertpapiere haben eine feste Laufzeit und der Gläubiger (Käufer der Schuldverschreibung) erhält einen fest vereinbarten Zins. Zu den bekanntesten Bankschuldverschreibungen gehören die Pfandbriefe und die Sparkassenbriefe. Für die Emission von Schuldverschreibungen benötigen Banken eine staatliche Genehmigung.

lichkeit gegenüber der Bank A verbucht. Ist Bank A ebenfalls ein an das Eurozonensystem angeschlossener Geschäftspartner, der damit selbst Mindestreserven bei der jeweiligen NNB einstellen muss, sind für diese Passivposten von Bank B keine Mindestreserven vorzuhalten. Auch bleiben Verbindlichkeiten gegenüber der EZB und den NNB bei der Mindestreserveberechnung unberücksichtigt.

Das als Mindestreserve gehaltene Zentralbankgeld wird mit dem durchschnittlichen Zins der EZB für Hauptfinanzierungsgeschäfte innerhalb einer Mindestreserveverfüllungsperiode verzinst.

Die EZB kann eine am System angeschlossene Geschäftsbank von der Mindestreservepflicht entbinden, jedoch nur, wenn zum Beispiel unter Auflagen Sanierungsmaßnahmen vereinbart wurden. In solchen Momenten kann das Institut von der Teilnahme an den Offenmarktgeschäften (siehe Kapitel I.4: „Die Formen von Zentralbankgeld – Offenmarktgeschäfte“) ausgeschlossen werden. Es kann sich so lange nicht mehr über das Regelwerk mit erforderlichem Zentralbankgeld versorgen, bis festgesetzte Strukturkorrekturen erfolgt sind. Es gilt prinzipiell der Gleichbehandlungsprinzip. Wie dieser in der Realität bewerkstelligt wird, war nicht zu überprüfen.

Gegenüber Geschäftsbanken, die ihren Mindestreservepflichten nicht nachkommen, werden Sanktionen verhängt. Dazu gehören vor allem höhere Zinskosten, umfangreichere Mindestreserveanforderungen oder der Ausschluss bei den Offenmarktgeschäften. Wie konsequent entsprechende Register bei tatsächlichen Verstößen gezogen werden, war ebenfalls nicht zu ermitteln.

8. Das gesetzliche Zahlungsmittel

Nach der oben erfolgten eindeutigen Abgrenzung der Begriffe wird das gesetzliche Zahlungsmittel Geld genannt. Die bestehenden rechtlichen Bestimmungen sehen wie folgt aus:

Artikel 73 des Grundgesetzes:

„Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über [...] das Währungs-, Geld- und Münzwesen, Maße und Gewichte sowie die Zeitbestimmung“¹¹⁴

Es ist amüsant zu lesen, dass hier Geldwesen und Maße in ein und derselben Zeile im Grundgesetz genannt werden, wo anfangs Definitionen aus diesen beiden Bereichen verglichen und deutliche Defizite festgestellt wurden.

Paragraf 14 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank:

„(1) Die Deutsche Bundesbank hat unbeschadet des Artikels 128 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union das ausschließliche Recht, Banknoten im Geltungsbereich dieses Gesetzes auszugeben. Auf Euro lautende Banknoten sind das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel. Die Deutsche Bundesbank hat die Stückelung und die Unterscheidungsmerkmale der von ihr ausgegebenen Noten öffentlich bekanntzumachen.

(2) Die Deutsche Bundesbank kann unbeschadet des Artikels 128 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union Noten zur Einziehung aufrufen. Aufgerufene Noten werden nach Ablauf der beim Aufruf bestimmten Umtauschfrist ungültig.“¹¹⁵

Artikel 128 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union:

„(1) Die Europäische Zentralbank hat das ausschließliche Recht, die Ausgabe von Euro- Banknoten innerhalb der Union zu geneh-

114 Art. 73 Abs. 1 Nr. 4 GG

115 § 14 BBankG

migen. Die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken sind zur Ausgabe dieser Banknoten berechtigt. Die von der Europäischen Zentralbank und den nationalen Zentralbanken ausgegebenen Banknoten sind die einzigen Banknoten, die in der Union als gesetzliches Zahlungsmittel gelten.

(2) Die Mitgliedstaaten haben das Recht zur Ausgabe von Euro-Münzen, wobei der Umfang dieser Ausgabe der Genehmigung durch die Europäische Zentralbank bedarf. Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Zentralbank Maßnahmen erlassen, um die Stückelung und die technischen Merkmale aller für den Umlauf bestimmten Münzen so weit zu harmonisieren, wie dies für deren reibungslosen Umlauf innerhalb der Union erforderlich ist.^{“¹¹⁶}

Es ist auffällig, dass bei den beiden Gesetzentexten das Wort Geld nicht verwendet wird. Das ist insofern auch konsequent, da in der gegebenen Volkswirtschaftslehre keine funktionale Gelddefinition existiert. Deshalb wäre es auch bei diesen Gesetzen ungeeignet, mit dem Wort Geld zu hantieren.

Für Geld gibt es in den Ländern, die den Euro als Währung benutzen, ein Annahmegebot, sofern Gläubiger und Schuldner nichts Anderweitiges zu einer bestehenden Forderung vereinbart haben. Das bedeutet, wenn man zum Biobäcker geht und dort seine gewünschten Waren mit Banknoten und Münzen begleichen möchte, ist der Biobäcker angehalten, die Banknoten und Münzen als Bezahlung zu akzeptieren. Wenn man jedoch im Internet einkauft und in den Bedingungen des Händlers im Rahmen der Vertragsfreiheit definiert ist, dass die Zahlung ausschließlich per Überweisung oder per Kreditkarte erfolgen soll, dann gilt diese Vereinbarung und das Annahmegebot des gesetzlichen Zahlungsmittels greift nicht.

Es gibt beim gesetzlich fixierten Regelwerk zum Bargeld jedoch Ausnahmen. So muss ein Händler nicht mehr als 50 Münzen^{“¹¹⁷}

¹¹⁶ Art. 128 AEUV

¹¹⁷ Art. 11 Satz 3 EG-Verordnung Nr. 974/98 des Rates über die Einführung des Euro im Euroraum vom 3. Mai 1998

nehmen. Bei Zahlungen mit Euro-Gedenkmünzen¹¹⁸ brauchen Händler sie nur bis zu einem Wert von 200 Euro¹¹⁹ akzeptieren. Die Beschränkung auf 50 Münzen gilt auch für Zahlungen, die aus einer Zusammensetzung von Umlauf- und Euro-Gedenkmünzen ausgeführt werden. Euro-Gedenkmünzen sind ausschließlich in dem Land gültig, in dem sie ausgegeben wurden. Die Deutsche Bundesbank ist verpflichtet, deutsche Euro-Gedenkmünzen in unbegrenzter Zahl und unbeschränkter Höhe in andere gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Die Zwei-Euro-Umlaufmünzen mit Gedenkcharakter sind wiederum im gesamten Gebiet, in dem der Euro als gesetzliches Zahlungsmittel gilt, einsetzbar.

Nun hat sicher jede Leserin und jeder Leser schon einmal an einer Tankstelle den Hinweis wahrgenommen, dass Banknoten mit einem Nennwert von 500 Euro nicht angenommen werden. Da keine eindeutige Vorschrift ermittelt werden konnte, wurde bei der Bundesbank nachgefragt, am 12.05.16 kam folgende Antwort:

„Regelungen zur Annahme von Euro-Banknoten finden sich in Art. 128 Abs. 1 S. 3 AEUV, Art. 16 Abs. 1 S. 3 der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Art. 10 S. 2 VO (EG) 974/98 (Abl. EG Nr. L 139/1) über die Einführung des Euro in der durch VO (EG) 2596/2000 (Abl. EG Nr. L 300/2) geänderten Fassung sowie in § 14 Abs. 1 S. 2 des Bundesbankgesetzes. Danach sind die auf Euro lautenden Banknoten einziges unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel.“

Insoweit ist jedermann kraft öffentlichen Rechts gehalten, Zahlungen mit Euro-Banknoten als ordnungsgemäße Erfüllung einer Verbindlichkeit zur Vermeidung von Rechtsnachteilen zu akzeptieren. Eine Verletzung dieses Annahmegebots ist jedoch nicht durch einen Straf- oder Ordnungswidrigkeitstatbestand sanktioniert.

Im Zivilrecht ermöglicht es die Vertragsfreiheit grundsätzlich, bei Abschluss eines Vertrages dessen Inhalt frei zu bestimmen. Insoweit ist es den Vertragspartnern auch möglich, eine bestimmte ausschließliche Art der Erfüllung für die erbrachte Leistung zu ver-

¹¹⁸ Euro-Gedenkmünzen erkennt man daran, dass sie im Nennwert von den „normalen“ Euromünzen (Umlaufmünzen) abweichen. So gibt es Euro-Gedenkmünzen mit den Nennwerten 5, 10, 20, 25, 100 und 200 Euro.

¹¹⁹ § 3 Abs. 1 und 2 MünzG

einbaren oder auch auszuschließen. Auch im öffentlichen Recht sind vergleichbare Einschränkungen bei der Barzahlung bekannt: So ist eine Begleichung der Steuerschuld durch Barzahlung bei den Finanzkassen in der Regel nicht mehr möglich.

Das Prinzip der Vertragsfreiheit überlagert insoweit die o.a. Vorschriften des öffentlichen Rechts.“¹²⁰

Im Rahmen der Vertragsfreiheit ist es folglich dem Tankstellenbetreiber freigestellt, ob er sich dem Annahmegebot beim 500-€-Schein unterwirft.

Noch ein paar Bemerkungen zum Begriff Annahmegebot: Manche Kritiker sprechen auch von Annahmezwang. Wer möchte schon gern zu etwas gezwungen werden? Es gibt Geldsystemkritiker, die prinzipiell staatliches Geld ablehnen. Oft waren es Vertreter der Schulen um Hayek, von Mises, Friedmann, Böhm von Bawerk und weiterer. Von diesen Anhängern wird die Abschaffung des staatlichen Geldmonopols gefordert. Eine zentrale Geldmengen- und Zinssteuerung würde die adäquate Versorgung der Wirtschaft mit Geld gefährden und Verzerrungen im Preisgefüge herbeiführen.¹²¹ Geld sollte jede und jeder ausgeben können, so dass nebeneinander miteinander konkurrierende Währungen existieren. Die Marktteilnehmer könnten schließlich selbst entscheiden, ob sie es annehmen oder nicht. Letztendlich würde es der *Markt*¹²² richten und das beste Geld als dasjenige mit der höchsten Akzeptanz würde sich von ganz allein durchsetzen. Diese Denkweise der betreffenden Protagonisten tangiert nicht nur das Geld, alle anderen Bereiche sollen ebenfalls von staatlichen Regulierungen befreit sein. So stellt Wolfgang Kessler fest, dass seit Anfang der achtziger Jahre Politik und Wissenschaft mehrheitlich von der Ideologie besessen wären, dass die Wirtschaft umso besser funktioniere, je weniger

120 Emailantwort, Deutsche Bundesbank vom 12.05.2016 mit Verweis auf: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Aufgaben/Bargeld/rechtliche_rahmenbedingungen_des_muenzwesens.html

121 vgl. Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, Januar / Februar 2012, Ausgabe: 01/2012, Senft Gerhard: „Dezentrale Geldschöpfung. Ein aktuelles Zukunftsthema“

122 Der Begriff „Markt“ ist sehr abstrakt. In einem Markt sind verschiedene Akteure, also Menschen aktiv, deren Handlungen zu wirtschaftlicher Aktivität führen. Ziel sollte sein, dass dieses Wirken dem Gemeinwohl dient.

sich der Staat einmischen würde.¹²³ Die Pervertierung einer solchen Strategie ist erreicht, wenn Privatarmeen militärische Aufgaben im Ausland übernehmen und Aktionen aus dem Ruder laufen. So mussten sich beispielsweise vier Angestellte von Blackwater¹²⁴ wegen eines von ihnen im September 2007 im Irak ausgeübten Massakers verantworten, bei dem mehr als ein Dutzend irakische Zivilisten ums Leben kamen.¹²⁵ Der Schutz der Bevölkerung über eine friedliche Innen- und Außenpolitik sind hoheitliche Aufgaben und gehören ausschließlich in die Hand von staatlichen Behörden. Dabei ist bei den Aufgaben der jeweiligen Behörde zwischen inneren und äußeren Sicherheitsfragen klar abzutrennen.

In einem System ohne gesellschaftliches Übereinkommen von gesetzlichen Zahlungsmitteln würde sich sicher Gold und Silber oder mit Gold und Silber gedecktes Geld schnell etablieren. Es wird behauptet, der Markt sei ein sich selbst korrigierender Mechanismus mit den entsprechenden Zyklen und Reinigungskrisen. Schaut man jedoch in die Geschichte, ist festzustellen, dass die Bereinigungsprozesse immer mit starkem Leid in Verbindung standen. Bei Befürwortern dieser Position ist oft ein tiefes Misstrauen gegenüber Regierung und Gesellschaft wahrzunehmen. Ferdinand Lips kommt zu dem Ergebnis:

„Sie [Andersdenkende; Anm. S. H.] sollten lernen, Menschen besser zu verstehen und sich bewußt darüber zu sein, daß sich das Verhalten der menschlichen Natur seit 6000 Jahren nie geändert hat. Freie Menschen werden immer an Gold glauben, [...]“¹²⁶

123 vgl. Kessler, Wolfgang: „Weltbeben. Auswege aus der Globalisierungsfalle“, Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH, Oberursel, März 2004, 5. aktualisierte und erweiterte Neuauflage, 2007, S. 33

124 Blackwater, seit 2011 in Academi umbenannt – größtes US-amerikanisches privates Sicherheits- und Militärunternehmen

125 vgl. FAZ: „Söldnerfirma Blackwater. Eine Ansammlung zweifelhafter Charaktere“, von Hemicker Lorenz, 23.10.2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/amerika/soeldnerfirma-blackwater-eine-ansammlung-zweifelhafter-charaktere-13226392.html> (abgerufen am 15.01.2017)

126 Lips, Ferdinand: „Die Gold-Verschwörung. Ein Blick hinter die Kulissen der Macht von einem Privatbankier aus der Schweiz“, Jochen Kopp Verlag, Rotenburg, 3. Auflage April 2004, S. 35

In einem Büchlein zum Geld formuliert Albert Pick, dass Papiergele im Allgemeinen in Deutschland bis 1848 ungebräuchlich geblieben sei. Es wäre für die damals herrschende Ansicht kennzeichnend gewesen, was die Schlussworte einer zeitgenössischen anonymen Denkschrift zum Ausdruck gebracht hätten:

„Gott schütze unseren König und sein Königliches Haus! Er erhalte uns die sparsamen Gold- und Silberstücke, welche uns der Krieg und die Teuerungsjahre übrig gelassen haben! Er verderbe, in unserm von der Papiergele [Papiergele; Anm. S. H.] noch freyem glücklichen Lande, allen Samen, aus dem dieses tausendfältig wuchernde Unkraut kommt! Damit nicht unter ihm die edle Frucht erstickt, aus der allein gesunde, stärkende Nahrung fließt!“¹²⁷

Aus der Vergangenheit wissen wir, dass nicht edelmetallgedeckte Währungen immer mit den einzelnen Epochen untergegangen sind. Insofern kann eine Pro-Gold-Position bedingt nachvollzogen werden. So schreiben William Bonner und Addison Wiggin:

„Papiergele dagegen [im Gegensatz zu Gold; Anm. S. H.] hat nie lange Bestand gehabt. Sammler können ihre Wände mit vielen ungedeckten Papiergelescheinen tapezieren, das seinen Wert verloren hat. Früher oder später ging es immer schief. Die Geschichte liefert keine Gegenbeweise.“¹²⁸

Es ist jedoch zielführender, die Ursachen für den Ausfall von Papiergelewährungen zu erforschen, anstatt Gold als Geld zu empfehlen, da hier die politischen Einflussmöglichkeiten von vorn herein stark beschränkt sind. Nehmen wir an, eine Währung ist über Gold gedeckt und es besteht bei einem Land ein Handelsdefizit, fließt Gold aus dem betreffenden Land ab. Dadurch verringern sich die Goldreserven und das betreffende Land muss zusätzlich zur bereits schwierigen wirtschaftlichen Situation die umlaufende Geldmenge aufgrund fehlender

127 Pick, Albert: „Das Buch vom Geld“, Zweiter Band, Eine Kulturgeschichte des Papiergeles, Urbes Verlag Hans Jürgen Hansen Hamburg, 1959, S. 15 f.

128 Bonner William, Wiggin Addison: „Tage der Abrechnung. Die internationalen Finanzmärkte im Umbruch oder: Wie wir die schleichende Wirtschaftskrise des 21sten Jahrhunderts überleben können“, FinanzBuch Verlag GmbH, 1. Auflage 2005, S. 149

Golddeckung reduzieren. Sehen wir das Leid in Wirtschaftskrisen und das Blut, welches für die Beschaffung von Edelmetallen vergossen wurde, ist Gold als Geld völlig ungeeignet.

Die Politik schafft es nicht immer in allen Bereichen, vertrauensfördernd zu agieren. So bringen sich beispielsweise weite Teile der gegenwärtigen Regierung von Deutschland für TTIP ein, obwohl breite Bevölkerungsschichten dieses Abkommen ablehnen¹²⁹, da es demokratische Grundstrukturen zerstört (Stichwort: Schiedsgerichte) und notwendige Standards, beispielsweise im Bereich Umweltschutz, behindert. Doch der sich aus einer solchen Situation ergebende verständliche Reflex, dass jede gesellschaftliche Vereinbarung wie das gemeinsame Nutzen eines definierten Geldes abzulehnen ist, wäre falsch. Insofern kann Mark Joób zugestimmt werden, wenn er formuliert, dass ein demokratischer Staat nicht als feindliche Gewalt, sondern als legitimer Repräsentant der Menschen zu betrachten sei.¹³⁰ Ein Ansatz ist nicht die komplette Abschaffung gesellschaftlicher Vereinbarungen,

129 „Bürger sehen in Gabrels Werbekampagne für das Abkommen einen Schaden für die SPD. Berlin, 16. Oktober 2015. Nach der Großdemonstration gegen das geplante transatlantische Freihandelsabkommen ist die Zustimmung zu TTIP in der Bevölkerung auf einem neuen Tiefstand angekommen. 46 Prozent der Bürgerinnen und Bürger halten TTIP für „eine schlechte Sache“, wie eine repräsentative Befragung von TNS Emnid im Auftrag der Organisationen foodwatch und Campact ergab. Nur noch 34 Prozent halten TTIP demnach für „eine gute Sache“ – es ist der niedrigste Wert in einer Serie von Umfragen, innerhalb derer seit Februar 2014 insgesamt sechs Mal mit identischer Fragestellung die Haltung der Bevölkerung in Deutschland gegenüber dem Abkommen abgefragt wurde. Am vergangenen Samstag waren in Berlin rund 250.000 Menschen gegen TTIP und das geplante europäisch-kanadische Abkommen CETA auf die Straße gegangen – es war die größte politische Demonstration seit dem Irak-Krieg. Vizekanzler Sigmar Gabriel hatte am selben Tag in ganzseitigen Anzeigen in verschiedenen Zeitungen für TTIP geworben. Diese Werbekampagne stößt auf Kritik in der Bevölkerung: TNS Emnid zufolge glauben 6 von 10 Befragte (60 Prozent), dass der SPD-Vorsitzende damit seiner eigenen Partei schade.“

(Campact e. V. Verden / Aller: „Emnid-Umfrage: Zustimmung zu TTIP auf dem Tiefstand“, <https://www.campact.de/presse/mitteilung/ttip/appell/20151016-pm-ttip-emnid-umfrage/>, abgerufen am 10.08.2016)

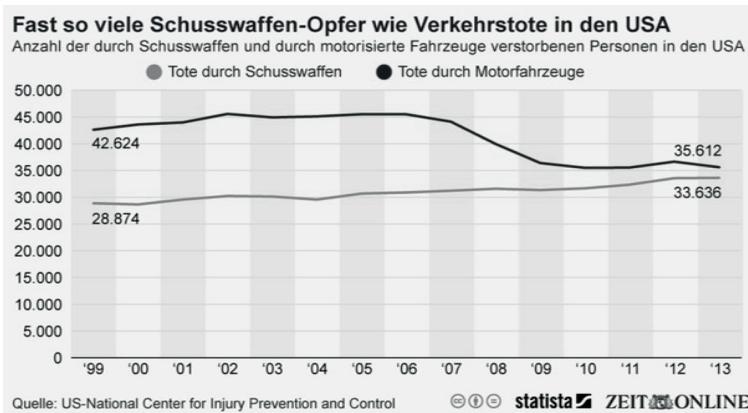
130 vgl. Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): Die Vollgeld-Reform. Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können“, editioon Zeitpunkt, Solothurn, April 2015, 4. aktualisierte Auflage, S. 18

stattdessen die Beseitigung von Defiziten bei demokratischen Strukturen und eine funktionale Kontrolle durch vertrauenswürdige öffentlich-rechtliche Instanzen. Joób sagt treffend:

„Personen in öffentlichen Ämtern, die dem Gemeinwohl zu dienen haben, können aber dank der Kontrolle einer breiten Öffentlichkeit viel eher zu einem sozial erwünschten Verhalten bewegt werden als Manager privater Geschäftsbanken, die von den Anteilseignern in erster Linie mit der Steigerung des unternehmerischen Profits beauftragt worden sind.“¹³¹

Wir werden quasi „gezwungen“, unser Auto mit nur fünfzig oder weniger Kilometer je Stunde durch die Innenstadt zu bewegen, da eine höhere Geschwindigkeit die Gesundheit sowohl des Fahrers als auch der Passanten gefährden würde. Wir sind ebenso gesellschaftlich über eingekommen, dass alkoholische Getränke nur an Personen über 16 Jahren abgegeben werden dürfen, um junge Menschen vor dieser Drogen zu schützen. Wir haben uns für eine Buchpreisbindung entschieden, da auf diese Weise ein vielfältigeres Buchangebot gewährleistet wird. Auch ist der Besitz von Schusswaffen in Deutschland anders als in den USA geregelt. In den Vereinigten Staaten gehört es zur Freiheit eines jeden, ein Gewehr oder ein Revolver besitzen zu dürfen.

Abbildung 4:¹³²



131 ebd. S. 19

132 aus: ZEIT ONLINE: „Schusswaffen. Amerikas gefährliche Routine“, 02.10.2015

Die Zahl der Schusswaffenopfer ist in den USA seit 1999 kontinuierlich gestiegen und lag in den vergangenen 10 Jahren immer über 30.000 Toten pro Jahr.

In einer Gesellschaft werden viele Vereinbarungen getroffen, die überaus wertvoll sind, da sie zum Beispiel das Leben oder die Natur schützen. Es gibt keinen Händler, der sich darüber echauffieren würde, dass er seine Waren gegen das gültige Geld herausgeben „muss“.

Es kann nur ein funktionierendes Finanzsystem und damit eine arbeitsteilige Gesellschaft geben, wenn Vertrauen in das Geld besteht. Da hilft langfristig auch keine gesetzliche Verankerung. Oberstes Ziel sollte immer sein, dass nicht der Mensch dem Geld, sondern das Geld dem Menschen dient. Es soll den Austausch von Waren und Dienstleistungen vereinfachen und das Gemeinwohl fördern. Dank des universellen Tauschmittels sind intensive Spezialisierungen möglich, diese steigern die Effizienz und damit die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft. Werden nun die Früchte, die dank des gewählten Werkzeugs Geld zum Wohle aller wachsen, gerecht verteilt, ist das Ergebnis eine friedliebende Bevölkerung. Dieter Suhr schreibt:

„In einer Geldwirtschaft, in welcher die soziale und zeitliche Arbeitsteilung sowohl bei der Produktion wie auch im Konsum weit fortgeschritten ist, wird Selbstversorgung praktisch unmöglich. Man ist voneinander abhängig. [...] So wird Geld in der Geldwirtschaft zur unentbehrlichen Voraussetzung für Transaktionen und damit auch für Produktion und Konsum.“¹³³

Ist jedoch das Werkzeug mit einem destruktiven Mechanismus ausgestattet, ist Handlungsbedarf angesagt. Einen Hammer kann man als Waffe verwenden oder mit ihm einen Nagel in eine Wand schlagen. Nach diesem bildhaften Vergleich ist demnach nicht nur der Hammer in seiner Funktionalität allein zu betrachten, sondern auch, wer den Hammer und mit welcher Motivation führt (siehe Kapitel IV.4.d: „Frieden“).

133 Suhr, Dieter: „Netzwerk neutrales Geld. Eine kritische Analyse des herkömmlichen Geldes und das Konzept einer Finanzinnovation für neutrales Geld“, Seminar für freiheitliche Ordnung der Kultur, der Wissenschaft und des Staates e. V., Zeitschrift: „Fragen der Freiheit“, Heft Nr. 228, S. 32 f., 1994

In der Sprache der Juristen wird Geld als *Sache* oder *Ding* bezeichnet. Vielleicht lässt sich dies damit erklären, dass früher Gold und Silber als Geld fungierte. Bargeld und Münzen sind demnach Sachen nach Bundesgesetzbuch (BGB) § 90. Des Weiteren werden die Paragraphen BGB § 700¹³⁴ und § 488¹³⁵ tangiert. Das Kreditinstitut bekommt eine Sache übereignet und ist verpflichtet, eine Sache in gleicher Menge, Art und Güte zurückzugeben.

Hochinteressant sind die betreffenden BGB-Passagen auch dann, wenn wir korrekt zwischen Geld und Einlage unterscheiden. In einer Spezialausgabe des Branchendienstes *kapital-markt intern* wird folgende schuldrechtliche Einordnung des Einlagengeschäfts beschrieben:

„Termineinlagen (Fest- und Kündigungsgelder, Sparbücher und -verträge) mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist sind Darlehen i. S. d. § 488 BGB. Den jederzeit fälligen Sichteinlagen auf Tagesgeld- oder Girokonten liegt ein unregelmäßiger Verwahrungsvertrag i. S. d. § 700¹³⁶ zugrunde. Letztere hat allerdings mehr Ähnlichkeit mit einem Darlehen als mit der Verwahrung gemäß §§ 688 ff. Wie beim Geld- oder Sachdarlehen und anders als gemäß § 688 kommt eine unregelmäßige Verwahrung nur hinsichtlich vertretbarer Sachen (§ 91) in Betracht, an denen der Verwahrer wie ein Darlehensnehmer Eigentum erlangt oder die er zumindest verbrauchen darf. Und anders als gemäß § 695 ist nicht ein konkreter Gegenstand zurückzugeben, sondern lediglich Sachen in gleicher Art, Güte und Menge (z. B. ein Geldbetrag). Dementsprechend finden gemäß § 700 I auf die unregelmäßige Verwahrung von Geld die Vorschriften über den Darlehensvertrag Anwendung.“¹³⁷

Einfacher formuliert: Im Kern sind alle Einlagen, auch die finanziellen Mittel auf Tageseinlagen- und Girokonten nach BGB Darlehen und der Eigentümer von Zentralbankgeld stellt es einem Kreditinstitut darlehensweise zur Verfügung. Auch deshalb ist es unlogisch, wenn

134 Hier sind die Bedingungen eines unregelmäßigen Verwahrungsvertrags festgelegt.

135 Es besteht ein zivilrechtlicher Anspruch auf Rückzahlung.

136 §§ ohne andere Bezeichnung sind solche des BGB

137 *markt intern* Verlagsgruppe – *kapital-markt intern* Verlag GmbH, RA Warke, Andreas: „‘Negative Zinsen‘ im Einlagengeschäft rechtlich zulässig?“, Düsseldorf, 40. Jahrgang, Beilage zu Nr. 48/16, 02.12.2016

diese Darlehen selbst Geld genannt werden würden, obwohl es sich nach BGB um eine Forderung gegenüber der Bank auf Auszahlung von Geld handelt.

9. Der Einsatz von Geld

Mit dem Titel „Zahlungsverhalten in Deutschland 2014“ hat die Deutsche Bundesbank 2015 die dritte Studie über die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten veröffentlicht (siehe Abbildung 5). Die beiden Studien zuvor betrafen die Jahre 2008 und 2011, demzufolge wurden die Untersuchungen im Dreijahresrhythmus ausgeführt. Um es vorwegzunehmen, klares Fazit der Arbeit ist: „So ist Bargeld immer noch das Zahlungsmittel Nummer 1.“¹³⁸

Bei den Analysen ging es nicht darum, den Einsatz von finanziellen Mitteln bei regelmäßigen Zahlungen wie das Begleichen von Miet-, Gas-, Strom- oder Telefonforderungen zu durchleuchten. Bei diesen Vorgängen sind Überweisungen oder der Lastschriftauftrag üblich. Bei der Studie wurde die Zahlungsart am „Point of Sale“ (POS) betrachtet. Dieser Einsatzort von finanziellen Mitteln wird folgendermaßen beschrieben:

„Der Begriff Point-of-Sale bezieht sich auf den Ort, an dem Waren oder Dienstleistungen verkauft und bezahlt werden. Überwiegend handelt es sich um Ladenkassen, es können aber auch andere Orte sein, beispielsweise wenn Handwerkerleistungen in Privathaushalten Zug um Zug beglichen werden oder im Online- und Versandhandel bezahlt wird.“¹³⁹

Im Ergebnis wurde 2014 am POS nach Umsatz zu 53,2 Prozent und nach Transaktionszahl¹⁴⁰ zu 79,1 Prozent mit Bargeld bezahlt. Dies belegt, dass das Bargeld im täglichen Kaufverhalten in Deutschland

¹³⁸ Deutsche Bundesbank: „Zahlungsverhalten in Deutschland 2014“, Dritte Studie über die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten, 2015, S. 6

¹³⁹ ebd. S. 11

¹⁴⁰ Transaktionszahl: Die Häufigkeit, nach der Bargeld, unabhängig vom Betrag, zum Einsatz gelangt

eine wesentliche Rolle spielt. In anderen Ländern, wie zum Beispiel Schweden, hat sich das Zahlverhalten von Deutschland abweichend entwickelt. Bargeld kommt dort viel weniger zum Einsatz. Diese Entwicklung wird ausgesprochen kritisch gesehen.

Interessant ist die Begründung, die die Probanden bei der Umfrage angaben, weshalb sie Bargeld vorrangig für das Bezahlen im täglichen Leben einsetzen. Danach wird hauptsächlich mit Bargeld bezahlt, um eine Ausgabenkontrolle zu haben. Offensichtlich hilft Bargeld dabei, mit Geld vernünftig umzugehen. Eine Zahlung beim Einkauf wird beim Benutzen von Bargeld intensiver wahrgenommen, als dies beim Verwenden einer Girocard beim Händler geschieht.

Darüber hinaus begründen die Gefragten den Einsatz von Bargeld mit der Einfachheit, der Sicherheit und der Schnelligkeit. Bargeldnutzer sehen auch die Registrierung von Kartenzahlungen und den damit verbundenen potentiellen Datenmissbrauch kritisch. Der Psychologe Michal Kosinski beschreibt eindrucksvoll die Möglichkeiten, die durch das Auswerten von „Big Data“ entstehen.¹⁴¹ Die sich durch die Metadatenanalyse ergebenden Gefahren sind allerdings vielen nicht bewusst. Dies kann man daran erkennen, wie mit persönlichen Daten freiwillig umgegangen wird.

In der Bundesbankbroschüre ist noch eine weitere interessante Aussage zu finden:

„Grundsätzlich sind überwiegend bargeldlos Zahlende eher jünger, haben einen höheren Bildungsabschluss und ein tendenziell höheres Haushaltsnettoeinkommen.“¹⁴²

141 vgl. Das Magazin, Grassegger, Hannes / Krogerus, Mikael: „Ich habe nur gezeigt, dass es die Bombe gibt“, Nr. 44, Tamedia AG Zürich, 03.12.2016

142 ebd. S. 42

Abbildung 5:¹⁴³

| Zahlungs-instrument | Verteilung nach Umsatz | | | | Verteilung nach Transaktionszahl | | | |
|--|------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|----------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| | Umsatz in Euro | Anteil in % (2014) | Anteil in % (2011) | Anteil in % (2008) | Anzahl Transaktionen | Anteil in % (2014) | Anteil in % (2011) | Anteil in % (2008) |
| Barzahlung | 267.248,74 | 53,2 | 53,1 | 57,9 | 15.223 | 79,1 | 82,0 | 82,5 |
| girocard | 147.592,19 | 29,4 | 28,3 | 25,5 | 2.954 | 15,3 | 13,4 | 11,9 |
| mit Geheimzahl | 121.932,73 | 24,3 | 20,9 | --- | 2.414 | 12,5 | 10,1 | --- |
| mit Unterschrift | 25.659,46 | 5,1 | 7,4 | --- | 540 | 2,8 | 3,3 | --- |
| Kreditkarte | 19.581,53 | 3,9 | 7,4 | 3,6 | 246 | 1,3 | 1,8 | 1,4 |
| Lastschrift | 14.881,28 | 3,0 | 0,7 | 1,9 | 93 | 0,5 | 0,3 | 0,6 |
| Überweisung | 26.404,67 | 5,3 | 8,2 | 8,9 | 185 | 1,0 | 1,3 | 1,8 |
| Vorausbezahlte Zahlungskarte | 111,12 | 0,0 | 0,1 | 0,6 | 5 | 0,0 | 0,2 | 0,7 |
| Kundenkarte | 375,20 | 0,1 | 0,1 | 0,2 | 8 | 0,0 | 0,1 | 0,1 |
| Internetbezahlverfahren | 13.986,00 | 2,8 | 1,7 | 0,3 | 166 | 0,9 | 0,7 | 0,1 |
| Kontaktloses Bezahlen mit Karte | 386,34 | 0,1 | 0,1 | --- | 14 | 0,1 | 0,0 | --- |
| Bezahlen mit Mobiltelefon | 77,49 | 0,0 | 0,0 | --- | 5 | 0,0 | 0,0 | --- |
| Sonstiges | 457,41 | 0,1 | 0,2 | 0,4 | 25 | 0,1 | 0,1 | 0,2 |
| Unbar, ohne Angabe des Zahlungsinstruments | 11.442,13 | 2,3 | --- | --- | 323 | 1,7 | --- | --- |
| Summe | 502.544,10 | 100 | 100 | 99 | 19.247 | 100 | 100 | 99 |

Anteil in % (2008): fehlender Prozentpunkt zu einhundert Prozent: Zahlungsmittel nicht genannt.
Deutsche Bundesbank

143 Deutsche Bundesbank (2015), a. a. O., S. 27

Kapitel II

1. Die Kontrolle der Geschäftsbanken

In Deutschland werden Banken durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (kurz: BaFin) überwacht. Die Behörde soll unter anderem sicherstellen, dass die Wirtschaft optimal mit finanziellen Mitteln versorgt wird. Auf der Homepage der BaFin ist folgendes zu erfahren:

„Die rund 2.535 Beschäftigten der BaFin arbeiten in Bonn und Frankfurt am Main. Sie beaufsichtigen rund 1.780 Banken, 676 Finanzdienstleistungsinstitute, 573 Versicherungsunternehmen und 31 Pensionsfonds, sowie über 6.000 inländische Fonds und rund 260 Kapitalverwaltungsgesellschaften (Stand: 31. Dezember 2014).“¹⁴⁴

Als Hauptziele der BaFin werden auf deren Internetpräsenz folgende Punkte genannt:

„Sie [die Hauptziele; Anm. S. H.] bestehen darin, Missständen im Kreditwesen entgegenzuwirken, die

- die Sicherheit der den Instituten anvertrauten Vermögenswerte gefährden,
- die ordnungsgemäße Durchführung der Bankgeschäfte beeinträchtigen oder
- erhebliche Nachteile für die Gesamtwirtschaft nach sich ziehen können.“¹⁴⁵

Nun haben verschiedene Ereignisse offenbart, dass die bestehenden Mechanismen unzureichend wirken. Unter anderem zeigen dies

¹⁴⁴ Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin): “Aufgaben und Geschichte der BaFin”, http://www.bafin.de/DE/DieBaFin/AufgabenGeschichte/aufgabengeschichte_node.html (abgerufen am 24.05.2016)

¹⁴⁵ Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin): “Bankenaufsicht”, http://www.bafin.de/DE/DieBaFin/AufgabenGeschichte/Bankenaufsicht/bankenaufsicht_node.html (abgerufen am 23.05.2016)

die Vorgänge rund um die S&K-Gesellschaften¹⁴⁶. Anleger wurden massiv geschädigt, man spricht von Verlusten in dreistelliger Millionenhöhe. Es besteht der Vorwurf, dass trotz etlicher Signale die BaFin viel zu spät eingriff.¹⁴⁷

Neben der BaFin hat die Deutsche Bundesbank ebenfalls Aufgaben, die die Stabilität des Bankensystems sicherstellen sollen. So müssen Finanzunternehmen in regelmäßigen Zeitintervallen der Bundesbank Rapporte einreichen.¹⁴⁸ Mit Hilfe der erhaltenen Informationen generiert die Behörde einen Monatsbericht. Dieser wird veröffentlicht und ist für jedermann zugänglich. Unter anderem erstellte Helmut Creutz über Jahrzehnte mit viel Fleißarbeit seine wertvollen Grafiken¹⁴⁹ an Hand dieser Bundesbankmonatsberichte und weiteren Dokumenten.

Die Bundesbank zeichnet sich auch verantwortlich für die Kontrolle der Eigenkapitalausstattung, der Liquiditätsniveaus und verschiedener Risikobewertungen. Bei Auffälligkeiten ist die Bundesbank berechtigt, zusätzliche Auskünfte einzuholen. Darüber hinaus kann sie eine Prüfung vor Ort auslösen, angemeldet, wie auch unangemeldet. Bei Beanstandungen kommt es zu Abmahnungen, Bußgeldern oder Entzug der Erlaubnis für das Betreiben des Geschäftes.

Für das Entstehen der Finanzkrise haben verschiedene Faktoren eine Rolle gespielt. Die Bundesbank erklärt:

„Hinsichtlich der die Finanzkrise antreibenden Einflüsse besteht in der Fachwelt breites Einvernehmen, dass verfehlte Vergütungssysteme im Finanzsektor zu Fehlanreizen geführt und damit zum Ent-

146 S&K-Gesellschaften: Firmengruppe, die im Kapitalanlagemarkt aktiv war, deren Geschäftsführer und weitere Mitarbeiter 2013 wegen Betrugsverdacht verhaftet wurden. Der Schaden für Anleger beläuft sich auf einen dreistelligen Millionenbetrag.

147 vgl. Handelsblatt GmbH: „Wie die Aufseher S&K gewähren ließen“, Jens Hagen, 27.02.2014

148 Banken reichen der Deutschen Bundesbank monatlich Kurzbilanzen ein, so genannte Monatsausweise.

149 Creutz Helmut, Grafiken siehe: <http://helmut-creutz.de/grafiken.htm> (abgerufen am 24.05.2016)

stehen bzw. zur Verschärfung von Risiken und damit auch zur Finanzmarktkrise beigetragen haben.“¹⁵⁰

Aus diesem Grund wurden zusätzliche Kontrollmechanismen eingeführt, auf die später eingegangen wird. Soviel vorweg: Unterschreitet ein Kreditinstitut Mindestanforderungen an das Eigenkapital oder an die Liquidität, werden Vergütungsmöglichkeiten bei Geschäftsbanken, die an das Eurozonensystem angeschlossen sind, beschränkt.

Unbeeinflusst davon ist der Abstand zwischen Vorstandsgehältern und dem durchschnittlichen Gehalt eines Arbeitnehmers in den vergangenen Jahren extrem auseinandergedriftet. Diese Fehlentwicklung blieb bisher trotz zusätzlicher Kontrollmechanismen bestehen. Die enorme Spanne zwischen Eliteneinkommen und Arbeitnehmerentgelten ist kein Phänomen, welches nur in der Bankenwelt zu beobachten ist. Meinhard Miegel stellt fest:

„In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erhielt der Vorstand eines Dax-Unternehmens im statistischen Mittel etwa 14-mal so viel wie ein durchschnittlicher Einkommensbezieher. Zwei Jahrzehnte später war es das 52fache. Damit erhöhte sich sein Einkommen von etwa 446.000 Euro im Jahre 1987 auf 3,33 Millionen Euro im Jahre 2007.“¹⁵¹

Bedauerlich, dass sich Miegel in seinem Werk nicht den Mechanismen unseres Geldsystems gebührend widmet. Liest man den Titel des Buches, hätte man es erwarten können.

Christian Felber geht hier ein ganzes Stück weiter. Er stellt nicht nur auf Bilanzkennzahlen wie Mindestreserve, Eigenkapitalanforderungen oder Zahlungsfähigkeit ab, die in Verbindung mit der Stabilität des Geldsystems stehen, sondern nach seiner Ansicht sind Geschäfte von Banken auch nach ihrer Gemeinwohlorientierung zu bewerten. So könnte man Kreditvergaben auch auf ethische Aspekte prüfen. Bank-

150 Deutsche Bundesbank: „Basel III – Leitfaden zu den neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln für Banken. Zentralbereich Banken und Finanzaufsicht“, 2011, S. 36

151 Miegel, Meinhard: „EXIT. Wohlstand ohne Wachstum“, Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin, 2010, S. 181

häuser sollten eine Gemeinwohlabilanz¹⁵² anfertigen, aus der wesentliche Parameter herausgelesen werden können, die die heute zu erstellenden Abschlüsse nicht liefern. Zu solchen Parametern zählen beispielsweise soziale Aspekte, ein faires Vergütungssystem für die Angestellten und die Umweltverträglichkeit von Produkten.

2. Das Kreditwesengesetz

Die Ursprünge des bestehenden Kreditwesengesetzes gehen auf das Reichskreditwesengesetz vom 05.12.1934 zurück. Mit der Installation des Kreditwesengesetzes im Jahre 1934 wurden wesentliche Elemente geschaffen, die bis heute im Regelwerk wiederzufinden sind. Erlaubnispflicht von Bankgeschäften, Bedingungen für erforderliche Liquiditätshaltung oder die verlangte regelmäßige Berichterstattung gehören hierzu. Am 01.01.1962 trat eine neue Fassung in Kraft. Diese überarbeitete man in den Folgejahren mehrfach. Verschiedene Novellen verstärkten die Kontrolle der unter Aufsicht stehenden Institute. Sonderprüfungen ohne Anlass, Verschärfung der Großkreditvorschriften, Einführung des Vier-Augen-Prinzips und Eigenkapitalvoraussetzungen sind Punkte, die in die betreffenden Gesetzestexte aufgenommen oder, wenn bereits vorhanden, modifiziert wurden.

Schauen wir uns einige der für die hier diskutierten Inhalte besonders relevanten Paragraphen des aktuell gültigen Kreditwesengesetzes (KWG) an, um zukünftige Betrachtungen im Gesamtkontext besser einschätzen zu können:

2.a Paragraf 6, Absatz 1 KWG

„Die Bundesanstalt übt die Aufsicht über die Institute nach den Vorschriften dieses Gesetzes, den dazu erlassenen Rechtsverordnungen [...] aus. [...] Die Deutsche Bundesbank ist zuständige Stelle [...], soweit nicht die Europäische Zentralbank [...] als zuständige Behörde gilt.“

¹⁵² vgl. Felber, Christian: „Geld. Die neuen Spielregeln“, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2014, S. 119

Damit sind die Verantwortlichkeiten klar geregelt. Im Gesetzestext wird eine Vielzahl an Verordnungen aufgezählt, die wegen der Übersichtlichkeit hier herausgenommen wurden. Das vollständige Dokument kann bei Interesse von der Internetpräsenz der Deutschen Bundesbank heruntergeladen werden.

Die Kontrollorgane haben bei Verstößen weitreichende Befugnisse. Sie können Anweisungen erteilen, in den Geschäftsbetrieb eingreifen, Finanztransaktionen untersagen, Strafen verhängen und – im extremsten Fall – dem Kreditinstitut die Zulassung entziehen.

Ferner erfolgt eine Zusammenarbeit mit anderen europäischen Behörden, auf die hier jedoch nicht weiter eingegangen wird.

2.b Paragraf 10 KWG

In Paragraf 10 werden Eigenkapitalanforderungen geregelt. In speziellen Situationen kann die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht von einzelnen Instituten höhere Eigenkapitalquoten verlangen, insofern es für die Stabilität des Finanzmarktes erforderlich scheint. Die betroffenen Geschäftsbanken haben auf Aufforderung einen Plan zu erarbeiten, welche Wege man wählt, um innerhalb einer definierten Frist die Eigenkapitalquote zu erhöhen. Ein Lenkungsausschuss bewertet den vorzulegenden Plan, beim Vorhandensein von Kritikpunkten muss die in der Pflicht stehende Bank nachbessern. Gelingt auch dies dem Bankhaus nicht, kann festgelegt werden, dass weder Entnahmen von Inhabern oder Gesellschafter erfolgen dürfen, noch Ausschüttungen von Gewinnen oder die Auszahlung variabler Vergütungsanteilen erlaubt sind, bis die auferlegten höheren Eigenkapitalquoten erreicht sind.

Dieser Gesetzestext liefert einerseits den Anschein, dass praktikable Werkzeuge zur Verfügung stehen, um brauchbaren Einfluss auf Banken auszuüben. Jedoch entsteht andererseits der Eindruck, dass Niedergeschriebenes und Realität keine Einheit bilden. So musste man die HSH Nordbank mit Milliarden an Steuergeldern retten. Ungeachtet dessen zahlte sich der Ex-Chef des Hauses, Dirk Jens Nonnenmacher, eine Abfindung von mehr als vier Millionen Euro aus. Laut einem Bericht der Kieler Nachrichten muss diese Zahlung vom Ex-Firmenlenker nicht rückerstattet werden. So informierte die einzige in Kiel erscheinende Tageszeitung darüber:

„Der frühere Chef der HSH Nordbank, Dirk Jens Nonnenmacher, wird nach Medieninformationen seine Abfindung von mehr als vier Millionen Euro auch im Falle einer Verurteilung wegen Untreue und Bilanzfälschung behalten dürfen. Eine Frist, innerhalb derer die Bank das Geld zurückfordern könnte, läuft am 15. Dezember aus.“¹⁵³

Gemeint ist der 15. Dezember 2012, da sich der Artikel auf eine Veröffentlichung der Deutschen Presse-Agentur vom 19.11.2012 bezieht.

Am 19.12.2010 berichtete die Süddeutsche Zeitung¹⁵⁴ mit Bezugnahme auf den Spiegel, dass die Hypo Real Estate in Summe 25 Millionen Bonizahlungen an das Personal für 2009 ausgeführt habe. Kurze Zeit danach musste das Unternehmen unter Einsatz von Steuergeldern verstaatlicht werden.

Fazit: Die gesetzlichen Grundlagen sind gegeben, es hapert jedoch an deren konsequenter Umsetzung.

2.c Paragraf 11 KWG

Der erste Satz dieses Paragrafen lautet:

„Die Institute müssen ihre Mittel so anlegen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft (Liquidität) gewährleistet ist.“¹⁵⁵

Im Absatz zwei dieses Paragrafen steht:

„Die Bundesanstalt kann bei der Beurteilung der Liquidität im Einzelfall gegenüber Instituten über die in der Rechtsverordnung nach Absatz 1 festgelegten Vorgaben hinausgehende Liquiditätsanforderungen anordnen, wenn ohne eine solche Maßnahme die nachhaltige Liquidität eines Instituts nicht gesichert ist.“

153 Kieler Nachrichten: „Nonnenmacher darf Abfindung behalten“, 19.11.2012, <http://www.kn-online.de/News/Nachrichten-Wirtschaft/Aktuelle-Nachrichten-Wirtschaft/Nonnenmacher-darf-Abfindung-behalten> (abgerufen am 30.05.2016)

154 vgl. Süddeutsche Zeitung GmbH: „Millionen-Boni für Manager der Krisenbank“, 19.09.2010, <http://www.sueddeutsche.de/geld/2.220/hypo-real-estate-millionen-boni-fuer-topmanager-der-krisenbank-1.1001909> (abgerufen am 30.05.2016)

155 KWG § 11 Abs. 1 S. 1

Und weiter heißt es im Absatz drei:

„Die Bundesanstalt kann darüber hinaus auch die Fristentransformation einschränken.“

Bei dieser Aussage wird einer der fundamentalsten Bereiche der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Geldschöpfungsthema tangiert. Zum Grundverständnis im Folgenden einige elementare Informationen. Der Leser kann jedoch auch zum Abschnitt „Die Fristentransformation“ (siehe Kapitel II.10.d) vorspringen und danach hierher zurückkehren.

Die Einlagen von Nichtbanken¹⁵⁶ werden in einer Bankbilanz auf der Passivseite verbucht. Sie als Leser sind aus ökonomischer Sicht eine „Nichtbank“ (ein privater Haushalt). Wenn man 100 Euro auf das eigene Girokonto einzahlt, indem man eine 100-Euro-Banknote einem Schalterangestellten seines Bankhauses überreicht, ergibt sich auf dem Girokonto eine Einlage. Betrug der Kontostand vor Einzahlung des Geldes null Euro, weist nun der nächste Kontoauszug ein Guthaben von 100 Euro aus. Die Einlage ist täglich verfügbar, da man sich an jedem Tag zum Beispiel über das Benutzen eines Geldautomaten mit Hilfe der Girocard die 100 Euro in Form von Banknoten wieder auszahlen lassen kann. Man hat demnach keine Frist mit der Bank vereinbart.

Wenn jetzt die Bank die erhaltene Banknote für drei Jahre verleiht, spricht man von einer Fristentransformation. Solange sich die Bonität¹⁵⁷ des Kreditnehmers nicht verschlechtert, hat die Bank keine Möglichkeit, die verliehene Banknote zurückzuholen. Der Inhaber des Girokontos hat jedoch jederzeit die Option, sich seine 100 Euro in Form von Zentralbankgeld wieder auszahlen zu lassen.

Wenn demnach eine Bank ein immenses Volumen an täglich verfügbaren Einlagen verwaltet und gleichzeitig langfristige Kredite vergibt, geht sie größere Risiken ein. Im gleichen Moment erhöht sie al-

156 Nichtbanken: öffentlich-rechtliche Institutionen, private Haushalte, Unternehmen (ohne MFIs – Monetäre Finanzinstitutionen) und das Ausland

157 Bonität: Mit Bonität ist im Finanzwesen die Kreditwürdigkeit gemeint. Hierbei werden zwei Punkte betrachtet: Zum einem, ob man wegen seines Einkommens in der Lage ist, den Kredit vertragsgerecht zurückzuführen, und zum anderen, ob man auch gewillt ist, die Rückführung ordnungsgemäß durchzuführen (Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit).

lerdings ihre Rentabilität. Denn die meisten Institute zahlen auf Sicht-einlagen, also auf täglich fällige Einlagen auf Girokonten, keine Guthabenzinsen. Auf der anderen Seite generiert die Bank über Kreditvergabe Schuldzinseinnahmen.

Später wird, wie oben angekündigt, die Fristigkeit von Einlagen genauer behandelt. Vor allem werden die Inhalte spannend, wenn wir uns diese Sachverhalte in Verbindung mit dem Vollgeld (siehe Kapitel II.7: „Das Vollgeld“) anschauen. In diesem Zusammenhang ist auch der Bank Run zu beleuchten. Eines ist jedoch offensichtlich: Liest man irgendein Buch, das sich kritisch mit dem aktuellen Geldsystem auseinandersetzt und alternative Wege bespricht, ohne dass das Thema Fristentransformation ausführlich erörtert wird, sind beim wissenschaftlichen Ansatz erhebliche Abstriche zu machen.

Das Wesentliche, was wir uns aus dem Stoff unter dieser Überschrift merken können, ist: Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wird über die liquiden Verhältnisse der Institute informiert. Sie kann von einzelnen Banken oder der ganzen Branche höhere Liquiditätsanforderungen verlangen. Dazu zählt auch das Begrenzen der Fristentransformation, wenn zum Beispiel durch eine zu stark ausgeführte Fristentransformation die Stabilität eines Kreditinstituts oder gar des gesamten Finanzmarktes gefährdet ist.

Es verdichtet sich erneut der Verdacht, dass die BaFin die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nicht einsetzt. Warum dies der Fall ist, werden wir später diskutieren. Wichtig ist, dass notwendige technische Werkzeuge bereits heute bestehen.

2.d Paragraf 32 KWG

Zuletzt werden hier Teile des Paragrafen 32 wiedergegeben:

„Wer im Inland gewerbsmäßig oder in einem Umfang, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, Bankgeschäfte betreiben oder Finanzdienstleistungen erbringen will, bedarf der schriftlichen Erlaubnis der Aufsichtsbehörde [...].“¹⁵⁸

158 Art. 32 Abs. 1 S. 1 KWG

Zur Abrundung sei hiermit darauf hingewiesen, dass Bankgeschäfte, zum Beispiel das Annehmen von Einlagen und das Vergeben von Krediten, genehmigungspflichtige Aktivitäten sind. Um eine solche Genehmigung zu erwirken, ist eine Vielzahl an Voraussetzungen zu erfüllen. Hierzu zählen beispielsweise die fachliche Qualifikation, Eigenkapitalanforderungen, Zuverlässigkeit der Betreiber und das nachweisliche Einhalten gesetzlicher Vorschriften.

3. Das Handelsrecht

Die Normen des Bankenrechts fallen in den Bereich des Handelsrechts. Dieses wird in Deutschland im Handelsgesetzbuch (HGB) geregelt. Das Kreditwesengesetz bezieht sich deshalb in vielen Passagen auf das HGB. Insofern hat jede Bank einen Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsstandards zu erstellen.¹⁵⁹ Hierzu zählen:

- die Bilanz,
- die Gewinn- und Verlustrechnung,
- der Anhang,
- der Lagebericht.¹⁶⁰

Im Anhang müssen zusätzliche Informationen erbracht werden, die man nicht dem Zahlenwerk des Jahresabschlusses (Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung) entnehmen kann. Im Lagebericht findet man vor allem auch zukunftsbezogene Aussagen.

Auffällig ist, dass sich Interessierte für Geldfragen meist vor allem mit den Bilanzierungsregeln beschäftigen. Buchungssätze in den Bilanzen werden heiß diskutiert, von Bilanzverlängerung¹⁶¹ (siehe Kapitel

159 Verpflichtung zur Offenlegung eines Jahresabschlusses: § 242 Abs. 3 HGB

160 § 264 Abs. 1 HGB

161 Bilanzverlängerung: Eine Bilanz besteht prinzipiell aus zwei Seiten, der Aktiv- und der Passivseite. Die Positionen auf der Aktivseite nennt man Aktivposten, die auf der Passivseite Passivposten. Die Summe aller Aktivposten entspricht immer der Summe aller Passivposten, dann ist die Bilanz ausgeglichen. Jede Bankbilanz muss an jedem Tag ausgeglichen sein. Bei manchen Geschäftsvorfällen, zum Beispiel einer Kreditvergabe, vergrößern sich die Summen beider Seiten, man spricht von Bilanzverlängerung. Im Umkehrfall, zum Beispiel ei-

II.4: „Die Bankbilanz“) wird gesprochen. Aber die Gewinn- und Verlustrechnung bekommt nicht die Aufmerksamkeit, die sie verdient. Dabei enthalten gerade diese Dokumente wertvolle Angaben für das Bewerten der Vorgänge. So vollzieht man gerade die Zinsbuchungen in der Gewinn- und Verlustrechnung. Es wird das Gesamtkostenverfahren angewandt, wobei Erträge und Aufwendungen getrennt nach Art verbucht werden. Bei einer typischen Geschäftsbank sind die Zahlenwerte der Zinserträge und Zinsaufwendungen die größten Positionen dieser gesetzlich vorgeschriebenen Veröffentlichung. Für ein typisches Kreditinstitut handelt es sich bei diesen Buchungen um die Feststellung der Haupteinnahmen aus ihrem Geschäftsbetrieb. Diese Informationen können nicht aus den Bilanzen herausgelesen werden.

Es ist deshalb schwer nachvollziehbar, wieso Weik und Friedrich folgende Aussage machen:

„Banken können überhaupt nicht offenlegen, wo beispielsweise die Zinsen für Sparbücher, Bausparverträge oder Sonstiges herkommen. Denn wenn sie das täten, müssten sie zugeben, dass das alles in Wirklichkeit verkettete Pyramidenspiele sind.“¹⁶²

Die Kritik von Weik und Friedrich, dass man die Zinsflüsse nicht ausreichend feststellen könne, ist falsch.

Bei den Praktiken in Verbindung mit Zweckgesellschaften und Briefkastenfirmen in Steueroasen trifft das sicher zu. Hier wird verschleiert, versteckt und es werden Gestaltungsspielräume in gemeinwohlwidersprechender Weise und zum Teil über die Grenzen des Erlaubten hinaus genutzt. Nur warum gibt es überhaupt solche Möglichkeiten? Wären hier nicht die politischen Entscheidungsträger gefordert, Abhilfe zu schaffen? Haben Verantwortliche den Handlungsbedarf noch nicht erkannt oder was gibt es für einen Grund, dass sie diese Zustände zu Gunsten weniger Profiteure und auf Kosten der Allgemeinheit dulden? Christian Felber meint hierzu:

ner Kreditrückzahlung über finanzielle Mittel auf einem Girokonto bei der kreditführenden Bank, wird mit dem Begriff der Bilanzverkürzung gearbeitet.

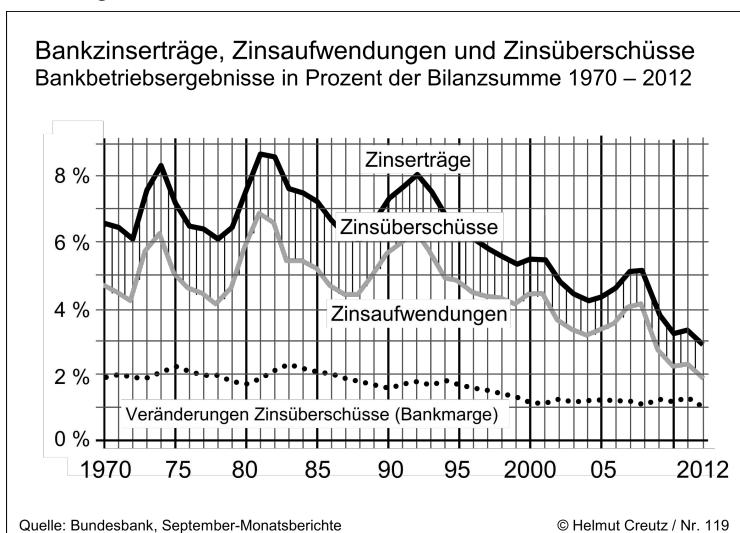
162 Weik Matthias / Friedrich Marc: „Der größte Raubzug der Geschichte. Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“, Bastei Lübbe Taschenbuch Band 60804, 2. Auflage Juni 2014, überarbeitete und aktualisierte Taschenbuchausgabe, Originalausgabe: Tectum Verlag, Marburg, 2012, S. 34 f.

„Die Schließung des Sektors („außerbilanzielle Zweckgesellschaften“) durch die Aufnahme aller Bankgeschäfte in die Bankbilanzen wird von den Experten [er bezieht sich hier auf G20, Finanzstabilitätsrat, IWF, WTO, Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, EU und UNO; Anm. S. H.] nicht empfohlen. [...] Im derzeitigen Zustand ist die EU nicht Teil der Lösung, sondern der Kern des Problems“¹⁶³

Sollte es nicht die Menschen auf die Straße bringen, wenn die verantwortlichen Volksvertreter ihre Aufgaben im Sinne des Gemeinwohls in diesem Punkt derart vernachlässigen?

Zurück zur Gewinn- und Verlustrechnung. In der unten abgebildeten Grafik hat Helmut Creutz die Zinsströme bei deutschen Banken dargestellt.

Abbildung 6:¹⁶⁴



163 Felber, Christian: „Geld. Die neuen Spielregeln“, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2014, S. 33

164 Deutsche Bundesbank (2015), a. a. O., S. 27

Zur Erläuterung seiner Grafik schreibt Helmut Creutz folgendes:

„In dieser Grafik sind die Veränderungen der Bankzinerträge, -aufwendungen und -überschüsse in % der Gesamt-Bilanzsummen aller Banken wiedergegeben. Dabei zeichnen sich in den Verläufen vor allem die Reaktionen der Zentralbanken auf die Inflations-schwankungen ab, im letzten Jahrzehnt, ab 2008, vor allem auch auf die Auswirkungen der Finanzkrise.“

Erkennbar ist, dass die Abstände zwischen den Zinserträgen und -aufwendungen, also die bei den Banken verbleibende Zins-Marge, in den Zins-Anstiegsphasen – zumindest anfangs – eher geringer ist als in den Zins-Abstiegsphasen. – Diese Gegensätzlichkeiten ergeben sich vor allem aus den Fristentransformationen, also den Verlängerungen der Kredit-Ausliehefristen gegenüber den Einlagen. Dadurch schlagen Zinssatz-Veränderungen bei den Einlagen tendenziell früher zu Buche, als sie bei den Krediten umsetzbar sind.

Deutlich wird vor allem auch in den letzten 15 bis 20 Jahren das Sinken der Bankmargen, also der bei den Banken verbleibenden Zinsüberschüsse: In den ersten Jahrzehnten eher über zwei Prozent der Bilanzsumme liegend, sind sie inzwischen fast auf die Hälfte abgesunken. – Folge eines immer schärferen Wettbewerbs zwischen den Banken, der bereits in den 1990er Jahren zu Personal-Reduzierungen führte, aber auch – aufgrund der im Übermaß weiter anwachsenden Bankeinlagen – zu einer Zunahme der spekulativ-riskanten Bankgeschäfte, denen wir die Krisen zu verdanken haben.“

Hoch interessant ist ein weiterer Fakt in Verbindung mit den Zinsflüssen. Laut den jährlichen Bundesbankmonatsberichten im September¹⁶⁵ haben in Summe alle deutschen Banken in der Zeit von 2001 bis 2010 durchschnittlich 345 Milliarden Euro pro Jahr eingenommen. Im selben Zeitraum wurden durchschnittlich 257 Milliarden Euro pro Jahr an Einleger ausgezahlt. Die vereinnahmte Bankmarge, also die Diffe-

165 vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, jeweilige Septemberausgabe, Überschrift: „Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute“

renz aus oben genannten beiden Beträgen, belief sich auf durchschnittlich 88 Milliarden Euro pro Jahr im definierten Zeitfenster.

Bei Systemkritikern wird oft die Formulierung verwendet, dass Banken *Geld aus dem Nichts schöpfen* würden. Dabei wird der Blick auf die Kreditvergabe der Institute gerichtet und auf die durch die Kreditausreichung erwirkte Zinseinnahme geschaut. Für manche Geldsystemkritiker stellt der komplette Darlehensbetrag einen sogenannten Geldschöpfungsgewinn dar, andere sehen die Zinseinnahme als den von den Banken zu ihren Gunsten organisierten Geldschöpfungsgewinn. Das Thema wird unter der Überschrift „Der Geldschöpfungsgewinn“ (siehe Kapitel III.9) ausführlich behandelt, insofern hier nur ein Anreißen des betreffenden Phänomens. Es überrascht, dass nur wenige Denker die oben genannten Zahlen ins Verhältnis setzen. Die deutschen Kreditinstitute haben durchschnittlich 88 Milliarden Euro pro Jahr im betreffenden Zeitraum als Bankmarge verdient. Von diesem Betrag sind Kosten (z. B.: Personalkosten) zu tragen, Risiken abzufedern und Steuern abzuführen. Der tatsächliche Gewinn für die Bankeneigner ist demnach deutlich geringer. Der weitaus größere Betrag, nämlich durchschnittlich 257 Milliarden Euro pro Jahr, haben Anleger leistungslos vereinnahmt. Das ist eine Summe, die fast dem Bundeshaushalt der BRD eines Jahres entspricht. Insofern stimmt Brichtas und Voglmaiers Fazit:

„Der größte Teil der Kreditzinsen, die Banken bekommen, wird auf Konten anderer Zahlungsempfänger umgebucht. Wichtigster Faktor dabei sind die Guthabenzinsen der Anleger. Bedeutsam ist auch, dass die Kreditzinsen der Schuldner absolut notwendig sind, um die Guthabenzinsen der Anleger zahlen zu können.“¹⁶⁶

Es gibt eine Reihe von verurteilungswerten Vorgängen bei Kreditinstituten. Da manipulieren manche Banken Rohstoffpreise und Leitzinsen¹⁶⁷. Da werden auf der einen Seite der Welt über gemeinwohlschä-

166 Brichta, Raimund / Voglmaier, Anton: „Die Wahrheit über Geld. Wie kommt unser Geld in die Welt – und wie wird aus einem Kleinkredit ein großer Finanzcrash“, Börsenmedien AG, Kulmbach, 2013, S. 100

167 Leitzinsen: Die Leitzinsen werden von der Zentralbank festgelegt. In der Eurozone ist dafür die Europäische Zentralbank zuständig. Es wird mit drei verschiedenen Leitzinsen gearbeitet. Die Leitzinsen beeinflussen, zu welchen Konditionen sich Geschäftsbanken Zentralbankgeld bei den NNBen beschaf-

digende Derivate¹⁶⁸ Millionen Dollar verdient und durch deren Einsatz Kurse verändert. Auf der anderen Seite der Welt sterben deshalb Menschen an Hunger, da sie sich die höheren Lebensmittelpreise, die sich anteilig durch den Derivatehandel einstellen, nicht mehr leisten können. Oder erinnern wir uns an die Vorgänge rund um die Bankgesellschaft Berlin. Das Institut verkaufte geschlossene Immobilienfonds (LBB-Fonds), zum Teil an einen ausgewählten Kreis an Investoren. Die Angebote waren so geformt, dass das eingesetzte Eigenkapital durch Steuervorteile kurzfristig größtenteils zurückfloss. Für laufende Ausschüttungen und dem Rückkauf wurden Garantien vergeben. Als sich die überzogenen Annahmen als falsch erwiesen, brachen die Modelle wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Das Land Berlin musste Steuergelder in Milliardenhöhe in die Hand nehmen, um das Bankhaus zu retten. Die Fäden in Zusammenhang mit den dubiosen Methoden der Bankgesellschaft Berlin zogen sich bis in höchste Kreise von Wirtschaft und Politik. Mathew D. Rose schreibt:

„Walther¹⁶⁹ nennt, auch heute noch, die Vorgänge um die Anerkennung der Steuervorteile aus den LBB-Fonds, den größten Steuer-skandal seit Bestehen der Republik.“¹⁷⁰

Später wurde die Bankgesellschaft Berlin in Landesbank Berlin Holding¹⁷¹ umbenannt.

Die Deutsche Bank musste wegen Referenzzinsmanipulationen, einer Mitverantwortung an der Kirchpleite, umstrittener Hypothekenge-

fen können. Die Leitzinsen haben auch Einfluss darauf, welche Zinsen zu zahlen sind, wenn sich im Rahmen des Interbankenhandels Banken untereinander Geld leihen.

168 Derivate: Spezielle Wertpapiere, welche sich auf einen Basiswert (z. B.: Aktie, Index, Rohstoff, Zins, Devisen, usw.) beziehen. Solche Produkte werden massiv zur Spekulation missbraucht.

169 Wirtschaftsprüfer Achim Walther aus Hannover, Autor des „Berichts über die Sonderprüfung zu den Risiken der von der Unternehmensgruppe Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH aufgelegten geschlossenen LBB-Immobilienfonds“ vom 24.07.1997

170 Rose Mathew D.: „Eine ehrenwerte Gesellschaft – Die Bankgesellschaft Berlin“, Transit Buchverlag Berlin, 2003, S. 112

171 vgl. Hamburger Morgenpost: „Banken: Bankgesellschaft Berlin wird umbenannt“, 14.07.2006, <http://www.mopo.de/banken-bankgesellschaft-berlin-wird-umbenannt-20004616>

schäfte, Einflussnahme auf Rohstoffpreise usw. mehrere Milliarden Euro an Strafe bezahlen.¹⁷²

Trotz der großen Menge an verurteilungswerten Praktiken, die sich im Finanzsystem über Jahrzehnte herausgebildet haben, sollte es uns gelingen, rational die Mechanismen der unterschiedlichen Geldumlaufsicherungen zu diskutieren, die sogenannte Geldschöpfung sachlich zu beleuchten und vor allem verschiedene Alternativen zu betrachten.

4. Die Bankbilanz

Wenn Sie selbst nach getaner Arbeit „Bilanz ziehen“, wägen Sie ab, ob das betreffende Vorhaben erfolgreich umgesetzt wurde. Sie betrachten dabei gegebenenfalls Punkte, die dagegen sprechen und finden Argumente, die das Gelingen des Werkes untermauern. An diesem einfachen Verhaltensmuster können Sie bereits erkennen, dass Bilanzieren immer damit in Zusammenhang steht, zwei Seiten gegenüberzustellen.

Wird eine Bilanz erstellt, sind die Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung zu wahren. Das bedeutet, dass der Verantwortliche im Sinne eines ordentlichen Kaufmanns walten muss. Der Jahresabschluss eines Unternehmens, zu dem die Bilanz gehört, muss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln. Zu erwartende Gewinne sind vorsichtig anzusetzen, eventuell gegebene Risiken mit zusätzlichen Puffern¹⁷³ abzufedern. Eine Bilanz ist stichtagbezogen. Auskünfte liefert das Betrachten der Entwicklung einzelner Bilanzpositionen zu verschiedenen Stichtagen.

Die linke Seite einer Bilanz zeigt die Aktiva. Bei den jeweiligen Beträgen spricht man von Aktivposten. Die Werte offenbaren, wofür die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel verwendet wurden.

Die rechte Seite einer Bilanz bildet die Passiva ab. Hier nennt man die entsprechenden Positionen Passivposten. Diese beschreiben, woher

¹⁷² vgl. Handelsblatt GmbH: „Deutsche Bank. Immer diese Rechtsstreitereien“, 29.07.2014

¹⁷³ zum Beispiel durch das Bilden von Rücklagen

die finanziellen Mittel stammen. Es wird in die beiden großen Bereiche Eigen- und Fremdkapital unterteilt.

Abbildung 7: Die Bankbilanz

| Aktiva | Passiva |
|-------------------------------|---------------------------------------|
| 1. Barreserve | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken |
| 2. Forderungen an Banken | 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken |
| 3. Forderungen an Nichtbanken | 3. Verbriefte Verbindlichkeiten |
| 4. Schuldverschreibungen | 4. Sonstige Verbindlichkeiten |
| 5. Aktien und Beteiligungen | 5. Rückstellungen |
| 6. Sonstige Aktiva | 6. Eigenkapital |
| Bilanzsumme | Bilanzsumme |

Die Summe aller Aktivpostenbeträge entspricht immer der Summe aller Passivpostenbeträge. Man spricht von einer ausgeglichenen Bilanz.

Auf der Aktivseite folgt die Reihenfolge der einzelnen Positionen dem Liquiditätsprinzip. Das bedeutet, je liquider¹⁷⁴ die finanziellen Mittel sind, desto weiter oben tauchen die Beträge in der Bilanz auf. Deshalb überrascht nicht, dass die Barreserve an erster Stelle steht. Hierzu zählen die Kassenbestände an Zentralbankgeld – damit sind die Banknoten und Münzen im Tresor der Geldinstitute gemeint – sowie die finanziellen Mittel, die sich auf dem Konto der Geschäftsbank¹⁷⁵ bei der Nationalen Notenbank (NNB) befinden. Es wird daran erinnert, dass es sich nach der Definition in diesem Buch bei diesen finanziellen Mitteln, die in der Barreserve verbucht werden, um Geld handelt.

Der überwiegende Teil der Forderungen einer Bank an ein anderes Kreditinstitut (siehe Aktivseite: „Forderungen an Banken“) hat sehr kurze Laufzeiten, deshalb erfasst man bilanziell jene Kreditvergaben direkt nach der Barreserve. Dagegen sind im Bankbesitz befindliche

¹⁷⁴ Liquidität: Der Begriff kommt aus dem Lateinischen: *liquidus* = „flüssig“, ein Wirtschaftssubjekt ist „flüssig“ bzw. liquide, wenn es über ausreichend gesetzliche Zahlungsmittel verfügt, um uneingeschränkt und jederzeit (fristgerecht) seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen zu können.

¹⁷⁵ Hierin ist auch die von den Geschäftsbanken zu haltende Mindestreserve (siehe Kapitel I, Punkt 7: „Die Mindestreserve“) erfasst.

Unternehmensbeteiligungen gegebenenfalls nicht so leicht veräußerbar. So erklärt sich, dass sie erst weit hinten in der Bilanz auftauchen.

Die Gliederung der Passivseite erfolgt nach einem ähnlichen Prinzip. Die Grundlage liefert hier, angelehnt an die Liquiditätsbetrachtung der Aktivposten, die Fristigkeit der entsprechenden Positionen. Mit Fristigkeit ist die vereinbarte Laufzeit der jeweiligen Einlagen gemeint. Wie oben bereits beschrieben, sind bei den Forderungen an Banken (Aktivseite) größtenteils sehr kurze Fristen vereinbart. Deshalb müssen zwangsläufig bei den adäquaten Gegenbuchungen – demnach bei den Verbindlichkeiten gegenüber Banken – ebenfalls kurze Fristen gegeben sein. So begründet sich, weshalb diese Passivposten am Anfang der Bankbilanz der Passivseite ausgewiesen werden. Es erfolgt eine weitere Abstufung nach Fristigkeit. Wenn sich Banken untereinander Kredite zwecks Bilanzausgleichs vergeben, spricht man vom Interbankenhandel. Die notwendigen Vereinbarungen trifft man am sogenannten Geldmarkt.

Nach den oben ausgeführten Erläuterungen muss jede Bank nach Kreditwesengesetz Eigenkapital vorhalten. Gewinne aus dem Geschäftsbetrieb einer Bank, die man nicht an die Eigner auszahlt, vergrößern das Eigenkapital; Verluste reduzieren es. Auch über Kapitalerhöhungen durch beispielsweise Ausgabe neuer Aktien bei Aktiengesellschaften kann das Eigenkapital erhöht werden. Wegen der Pflicht, Eigenkapitalquoten zu erfüllen, sind diese Positionen weit hinten in den Bilanzbuchungen eingestellt.

Abbildung 8:¹⁷⁶

| Aktiva und Passiva der deutschen Banken (ohne Deutsche Bundesbank), April 2015, in Mrd. EUR | | | |
|---|----------------|--|----------------|
| Aktiva | | Passiva | |
| 1. Barreserve | 127,3 | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken | 1.847,4 |
| Kassenbestände | 16,1 | 2. Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken | 3.406,1 |
| Zentralbankguthaben der Banken auf Girokonten (inkl. Überschussreserven) | 111,2 | täglich fällige Einlagen | 1.719,3 |
| 2. Forderungen an Banken | 2.089,4 | Termineinlagen | 1.004,3 |
| 3. Forderungen an Nichtbanken | 3.208,7 | Spareinlagen (inkl. Sparbriefe) | 628,5 |
| kurzfristige Buchkredite | 406,5 | 3. Bankschuldverschreibungen | 1.191,1 |
| mittel- und langfristige Kredite | 2.794,0 | 4. Kapital und Rücklagen | 470,8 |
| 4. Wertpapiere und Beteiligungen | 1.505,5 | 5. Sonstige Passiva | 1.218,8 |
| 5. Sonstige Aktiva | 1.203,3 | | |
| Bilanzsumme | 8.134,2 | Bilanzsumme | 8.134,2 |

Deutliche Kritik ist insofern angebracht, als die Bilanzierungsregeln zulassen, dass nicht alle Bankgeschäfte bilanziell erfasst werden müssen. Unter anderem verschieben Kreditinstitute aus ihren Bankbilanzen Aktivposten in sogenannte Zweckgesellschaften, um Risiken auszulagern. Auch Hedgefonds¹⁷⁷ haben stark eingeschränkte Bilanzierungspflichten. Hier ist Handlungsbedarf angesagt. Zukünftig sollten Kreditinstitute sämtliche Vorgänge bilanzieren müssen, um eine maximale Transparenz zu schaffen, damit eine objektive Bewertung überhaupt erst möglich wird. Es ist darüber hinaus folgender

176 Deutsche Bundesbank, „Geld und Geldpolitik“, Stand: Frühjahr 2015, S. 89, Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Juli 2015, 67. Jahrgang, Nr. 7, Tabelle IV.1. (Aktiva und Passiva der monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland und V.2. (Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland, eigene Überlegungen

177 Hedgefonds: spezielle Form von Investmentfonds. Ziel ist, überdurchschnittliche Renditen mit ganz unterschiedlichen Strategien zu erwirtschaften. Hierfür werden meist hohe Risiken, bis zum Totalverlustrisiko, in Kauf genommen, zum Beispiel durch die Spekulation mit geliehenen Wertpapieren oder auf Kredit. Hedgefonds stehen stark in der Kritik, da sie mit ihren Wetten an den Finanzmärkten Einfluss auf Preise von Wertpapieren und Zinssätzen von verzinslichen Papieren ausüben können.

Sachverhalt nicht nachvollziehbar: Banken können ihre Eigenkapitalanforderungen reduzieren. Dies gelingt ihnen, wenn sie Vermögenswerte über Derivate versichern. Jedoch wird nicht geprüft, ob der Versicherer im Worst-Case-Szenario in der Lage ist, zu leisten.

5. Der Bank Run

Wie bereits oben beschrieben sind täglich fällige Sichteinlagen Forderungen der Einleger an Banken auf jederzeitige Auszahlung von Bargeld. Verlangen sehr viele Einleger gleichzeitig die Herausgabe von Zentralbankgeld, spricht man von einem Bank Run. Meist geschieht dies bei Vertrauensverlust gegenüber einem Kreditinstitut.

Was sofort auffällt, wenn man auf die oben dargestellte Abbildung 8 schaut: Auf der Passivseite werden unter Punkt zwei 1.719,3 Milliarden Euro täglich fällige Einlagen ausgewiesen. Die Barreserve, die erste Position auf der Aktivseite, also die liquiden Mittel der Geschäftsbanken, beträgt 127,3 Milliarden Euro. Da in dem eben genannten Posten auch die Mindestreserven erfasst sind, stehen diese Beträge nicht vollständig für Bargeldauszahlungen zur Verfügung.

In Verbindung mit den eben genannten Zahlen sind mehrere Sachverhalte zu besprechen.

Erstens: Es wäre ein Fehler, wenn man nur die Werte des Jahres 2015 betrachtet, da wir uns nun bereits seit geraumer Zeit in einer Finanzkrise befinden. Die Daten sollten demnach für längere Zeiträume untersucht werden. Dabei müsste man vor allem auch Werte aus den Jahren vor Ausbruch der Finanzkrise heranziehen.

Zweitens: Um der globalen Finanzkrise zu begegnen, haben die Zentralbanken der größten Volkswirtschaften der Welt die Leitzinssätze immer weiter auf historische Tiefststände abgesenkt. Es ist an vielen Stellen eine bedrohliche Überschuldung festzustellen. Private Haushalte, Gemeinden, Bundesländer und Staaten sowie eine Vielzahl an Unternehmen leiden unter der hohen Last der Schulden. Dass es sich letztendlich hierbei größtenteils um eine Wirkung eines systemischen Fehlers handelt, werden wir weiter unten noch genau beleuchten. Für eine Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit bei hochgradiger Verschuldung sind niedrigere Kreditzinsen sicher hilfreich.

Drittens: Darüber hinaus wird versucht, den später diskutierten Systemfehler über Wirtschaftswachstum zu kompensieren. In diesem Zusammenhang spricht man auch von einem Wirtschaftswachstumszwang. Insofern soll ein geringerer Zins Investitionen erleichtern, Konsum anregen und damit die Einnahmenseite der Unternehmen stärken und in Folge die Steuererlöse der öffentlichen Hand nach oben schieben. Unsere Umwelt wird allerdings zusätzlich belastet, wenn zur Zielerreichung ökonomischer Größen¹⁷⁸ im Rahmen des geplanten Verschleißes¹⁷⁹ Produkte absichtlich vorzeitig ihre Funktionsfähigkeit verlieren, eine Reparierbarkeit¹⁸⁰ nur eingeschränkt besteht, Updates oder Ersatzteile nicht mehr zur Verfügung gestellt werden, vorzeitiger Austausch funktionaler Gegenstände aus Modegründen, damit eine Neuanschaffung schneller notwendig wird (siehe auch Kapitel IV.4.a: „Umweltschutz“). Christian Kreiß liefert für geplante Verschleiß eine Vielzahl an Beispielen. Er sagt, dass selbst bei seinem konservativen Ansatz den privaten Haushalten in Deutschland im Jahr 106 Milliarden Euro an Kaufkraft entzogen würden.¹⁸¹ Weiter schreibt er:

„Geplanter Verschleiß ist gesamtwirtschaftlich nicht nur deshalb schlecht, weil Arbeitskraft, Fleiß, Intelligenz und Ressourcen sinnlos verschwendet werden, sondern er schadet auch der Umwelt durch steigende Müllberge und zusätzlich verbrauchte Ressourcen.“¹⁸²

Zu den Kernursachen erklärt Kreiß:

„Unsere Wirtschaftsordnung hat eine eingebaute Schwachstelle, die zu Wirtschaftswachstum zwingt und dadurch Unternehmen zu geplantem Verschleiß drängt. Unsere Wirtschaftsordnung und unsere ganze Wirtschaftsgesetzgebung beruhen auf den beiden Grundsätzen“¹⁸³

178 zum Beispiel: angestrebtes prozentuales Wachstum des Bruttoinlandsproduktes

179 auch als geplante Obsoleszenz bezeichnet

180 zum Beispiel: verklebte Gehäuse, Spezialschrauben, nicht austauschbare Akkus

181 vgl. Kreiß, Christian: „Geplanter Verschleiß. Wie die Industrie uns zu immer mehr und immer schnellerem Konsum antreibt – und wie wir uns dagegen wehren können“, Europa Verlag GmbH & Co. KG, Wien Berlin München, 2014, S. 114

182 ebd. S. 117

zen, dass unbegrenzte Eigentumsanhäufung und Zinseszins gut, richtig und wichtig sind. Zinseszins und ungehemmte Vermögensvermehrung führen über die Exponentialfunktion zwangsläufig zu immer größerer sozialer Ungleichheit, Wachstumszwang und damit auf Dauer nicht nur zu gesellschaftlichem Unfrieden, sondern zu Wirtschaftseinbrüchen und gesellschaftlichen Verwerfungen.“¹⁸³

Da nichts auf der Welt zeitlich unbegrenzt exponentiell wachsen kann – keine Guthaben, keine Schulden und erst recht keine Wirtschaftsleistung – ist die Strategie stetigen Wachstums schon aus einfachen mathematischen Erwägungen heraus zum Scheitern verurteilt. Ungeachtet dessen hält die Politik weltweit am Wachstumsparadigma fest. So wurde in Deutschland im Dezember 2009 das Wirtschaftswachstumsbeschleunigungsgesetz beschlossen, da die Politik meinte, mit beschleunigtem Wachstum die Finanzkrise, in den Griff zu bekommen.

Im Ergebnis der Interventionen der Zentralbanken wurde nun das Zinsniveau massiv herabgesetzt. Anleger, die zum Beispiel vor zehn Jahren eine Bundesanleihe¹⁸⁴ mit entsprechendem Guthabenzins gekauft haben, die nun fällig¹⁸⁵ wird, lassen sich den Gegenwert auf ihrem Konto gutschreiben. Aus einer langfristigen Anlage wird eine täglich verfügbare Einlage. Arbeiten wir jetzt mit den fehlerhaften Ansätzen der herrschenden Volkswirtschaftslehre, wäre nun Geld entstanden, da der Eigentümer die Sichteinlage zum Einkaufen durch Übertragung seines Anspruches auf Geld (Überweisung) verwenden kann. Die Sichteinlage wird nach Lehrmeinung der aktuellen Ökonomie oft als Geld bezeichnet. Es gibt Vertreter des Fachs, die selbst die Bundesanleihe mit zehn Jahren Laufzeit dem Geld zuordnen. Dies ist jedoch falsch und reduziert das Verständnis für die stattfindenden Abläufe. Die Bundesanleihe stellt ein Guthaben, einen Anspruch gege-

183 ebd. S. 131

184 Bundesanleihe, herausgegeben (letzte Auktion): 16.08.2006, Laufzeit 10 Jahre, fällig: 04.07.2016, Zins: 4 %, ISIN: DE0001135309, Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH, (<http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/factsheet/sheet-detail/productdata/sheet/DE0001135309/>, abgerufen am 17.08.2016))

185 Mit „fällig werden“ bezeichnet man den Zeitpunkt, an dem die fest vereinbarte Laufzeit des Wertpapiers endet. Für diesen Zeitraum ist ein fester Zins vereinbart. Der angelegte Betrag wird nun inkl. Zinsen zurückgezahlt.

nüber dem Bund dar. Die finanziellen Mittel wurden dem Bundeshaushalt für eine feste Laufzeit zur Verfügung gestellt. Zum Zinsbindungsende wandelt sich die Anlage mit vereinbarter Laufzeit in eine Einlage mit täglicher Verfügbarkeit um. Das Aggregat M1 der herrschenden Volkswirtschaftslehre hat sich in seiner Menge vergrößert. Bezuglich der in diesem Buch neu gefassten Mengendefinitionen bleibt G1 unverändert, E1 hat sich erhöht (siehe Kapitel I.5: „Die Geldmengenaggregate“). Über die neuen klar gefassten Definitionen kann jetzt zwischen Geld und Einlagen mit verschiedenen Fristen exakt abgegrenzt werden.

Würde der Investor heute erneut eine Bundesanleihe kaufen, bekäme er nur noch einen Bruchteil des Zinsbetrages,¹⁸⁶ den er über das Papier, welches er zehn Jahre zuvor erwarb, generieren konnte. Wegen des geringen Anreizes werden jedoch solche Anleihen von vielen Entscheidungsträgern nicht mehr erworben. Genau aus diesem Grund wandelten und wandeln sich Anlagen mit vereinbarten Laufzeiten in täglich verfügbare Einlagen bei Geschäftsbanken um. Die sich hieraus ergebende Ausweitung der täglich fälligen Einlagen (E1) ist demnach nicht auf einen Schöpfungsprozess abzustellen, sondern Ergebnis der Zinspolitik führender Zentralbanken.

Der gleiche Verlauf ist zu erkennen, wenn ein sogenannter Passivtausch erfolgt: Hat ein Anleger anstatt in eine Bundesanleihe, in eine Bankschuldverschreibung¹⁸⁷ investiert, ist der Vorgang ebenfalls gut nachvollziehbar. Die Bankschuldverschreibung wird als Methode der Kreditinstitute benutzt, sich von Marktteilnehmern Fremdmittel zu beschaffen und auf der Passivseite einer Bilanz verbucht. Läuft eine solche Bankschuldverschreibung aus, werden die finanziellen Mittel ebenfalls auf dem Girokonto des Anlegers gutgeschrieben. Der Passivposten der Bankschuldverschreibungen reduziert sich in dem Moment

¹⁸⁶ Bundesanleihe, herausgegeben (letzte Auktion): 18.05.2016, Laufzeit 10 Jahre, fällig: 15.02.2026, Zins: 0,5 %, ISIN: DE0001102390, Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH, (<http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/factsheet/sheet-detail/productdata/sheet/DE0001102390/>), abgerufen am 17.08.2016)

¹⁸⁷ Bankschuldverschreibungen werden von Kreditinstituten emittiert. Zu den bekanntesten Wertpapieren dieser Klasse gehören Hypothekenpfandbriefe, Schiffspfandbriefe, Kommunalobligationen und Inhaberschuldverschreibungen

um den entsprechenden Betrag. Der Passivposten der täglichen fälligen Einlagen erhöht sich im selben Augenblick um den betreffenden Wert. Durch diese Umbuchung verändert sich die Summe aller Passivposten nicht, man spricht von einem Passivtausch. Auch die Bilanzsumme bleibt bei dem Vorgang unverändert.

Des Weiteren stehen für Bargeldauszahlungen nicht nur die verwendbaren finanziellen Mittel der Barreserve zur Verfügung. Jedes Kreditinstitut kann sich zusätzliches Zentralbankgeld über die Offenmarktgeschäfte (siehe Kapitel I.4: „Die Formen von Zentralbankgeld – Offenmarktgeschäfte“) besorgen. Das sehen auch Axel Thorndorff und Tobias Schütze so. Sie schreiben, dass es entscheidend wäre, dass die Bestände an Zentralbankgeld deshalb so niedrig seien, weil Banken die Schaffung von neuem Zentralbankgeld jederzeit veranlassen könnten, sobald sie neues Zentralbankgeld bräuchten.¹⁸⁸ Dies erfolgt oft über die bereits oben beschriebenen Pensionsgeschäfte. Die Geschäftsbank überträgt ein für solche Geschäfte akzeptiertes Wertpapier an die NNB als Sicherheit und erhält zeitlich befristet zusätzliches Zentralbankgeld. Nun gibt es seitens der NNB oder der EZB keinerlei Verpflichtung für das Zur-Verfügung-Stellen weiteren Zentralbankgeldes; auch dann nicht, wenn dasfordernde Kreditinstitut über notwendige Sicherheiten verfügt. Die EZB ist vor allem der Preisstabilität verpflichtet und hat deshalb vor 2008 die Ausgabe von weiterem Zentralbankgeld mengenmäßig begrenzt. Aufgrund des sich eingestellten Finanzdilemmas¹⁸⁹ hat sich jedoch die Zentralbank längst von ursprünglichen Gepflogenheiten verabschiedet und versucht nun, der sich wegen eines Systemfehlers aufgebauten Ungleichgewichte mit allen Mitteln Herr zu werden. Doch damit findet eine Symptombehandlung statt, man kauft sich Zeit, der Bogen wird gespannt, die Fallhöhe nach oben gezogen, das Unvermeidliche lässt sich auf diese Weise jedoch nicht abwenden. So erfolgt seit der Schräglage im Finanzsystem eine Vollzuteilung an Zentralbankgeld. Das bedeutet, dem Willen der Geschäftsbanken wird

¹⁸⁸ vgl. Thorndorff, Axel / Schütze, Tobias: „Geldschöpfung und Zins – heute und morgen“, Zeitschrift für Sozialökonomie, 51. Jahrgang, 180. / 181. Folge, April 2014, S. 25

¹⁸⁹ Finanzdilemma, weil einerseits Zinsen nicht erhöht werden können, da Staaten, private Haushalte und Unternehmen überschuldet sind und andererseits bei sehr niedrigen Zinsen Einleger keine langfristigen Zinsbindungen eingehen.

stattgegeben und die jeweils gewünschte Zentralbankgeldmenge gegen Stellen von Sicherheiten zugeteilt.

Insofern deckt sich an dieser Stelle obige Aussage mit der von Binswanger:

„Die EZB ging wieder über zum schon früher praktizierten Mengentender-Verfahren, wo zu einem vorgegebenen Zinssatz Reserven [Zentralbankgeld in Form von liquiden Guthaben von Geschäftsbanken auf den Zentralbankkonten; Anm. S. H.] angeboten werden und die Geschäftsbanken dann Gebote in der Höhe der gewünschten Reservebeträge machen, die sie erwerben wollen. Seit Oktober 2008 führt die EZB ihre Refinanzierungsgeschäfte als Mengentender mit vollständiger Zuteilung durch. Das bedeutet, dass die Banken gegen entsprechende Sicherheiten so viel Reserven bekommen, wie immer sie wollen.“¹⁹⁰

Und dennoch wird aus wissenschaftlicher Betrachtung Ideologie, wenn man beim Diskutieren der Verhältnisse zwischen täglich verfügbarer Einlagen und Barreserve nicht darauf hinweist, dass sich eine Bank gegen Stellen von Sicherheiten leicht weiteres Zentralbankgeld beschaffen kann.

Das bestätigen auch Martin Sauber und Benedikt Weihmayr, indem sie schreiben:

„Solange ein Bankinstitut ausreichend notenbankfähige Aktive besitzt, kann dieses sich über Refinanzierungslinien der Zentralbank liquide Mittel beschaffen [...]“¹⁹¹

Christoph Pfluger schießt übers Ziel hinaus, wenn er schreibt:

„Giroguthaben bei einer Bank sind also nicht gesetzliches Zahlungsmittel, sondern bloss eine paradoxe Forderung darauf, die nur erfüllt werden kann, wenn sie nicht gestellt wird.“¹⁹²

190 Binswanger, Mathias: „Geld aus dem Nichts. Wie Banken Wachstum ermöglichen und Krisen verursachen“, S. 268

191 Sauber, Martin / Weihmayr, Benedikt: „Vollgeld und Full Reserve Banking – Geldreformen auf dem Prüfstand“, ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, S. 4

Weiter unten in seinem Text bezeichnet er solche Einlagen als „leere Bankversprechen“¹⁹³.

Darüber hinaus soll hier an Paragraf 11 des Kreditwesengesetzes erinnert werden (siehe Kapitel II.2: „Das Kreditwesengesetz“). Danach kann die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht eine höhere Liquiditätsausstattung von Instituten fordern. Diese können beispielsweise durch den Verkauf von Vermögenswerten ihre liquide Situation verbessern. Es kann in diesem Zusammenhang ein Aktivtausch ausgeführt werden. So reduziert sich der Aktivposten der Vermögenswerte, das sind zum Beispiel Wertpapiere, die die Bank im eigenen Bestand hält, durch Verkauf. Gleichzeitig erhöht sich die Barreserve der Bank, wenn die Kaufpreiszahlung das Kreditinstitut von extern erreicht. Die Bilanzsumme ändert sich durch diese Buchungen nicht, insofern der Kaufpreis nicht über ein Girokonto, welches bei derselben Bank besteht, bezahlt wird.

Erfolgt die Kaufpreiszahlung für den veräußerten Vermögenswert der Geschäftsbank dagegen von einem Girokonto, das im Haus desselben Instituts besteht, wird zwar die Barreserve nicht aufgefüllt, jedoch reduziert sich dann die Bilanzsumme. Auf der Aktivseite wird die Summe der Vermögenswerte geschmälert. Auf der Passivseite nimmt das Volumen der täglich fälligen Einlagen ab. Dadurch muss zukünftig eine geringere Mindestreserve von der Bank vorgehalten werden. Das setzt bisher gebundenes Zentralbankgeld frei. Darüber hinaus verringert sich das Risiko des Kreditinstitutes, da die Summe der täglich fälligen Forderungen durch das Abstoßen des Vermögenswertes dezimiert wird. Außerdem ist von dem Kreditinstitut zukünftig weniger Eigenkapital vorzuhalten, was den geschäftlichen Spielraum des betreffenden Unternehmens erhöht.

Es gibt noch einen weiteren Aspekt, der beleuchtet werden sollte. Kann ein Geldsystem überhaupt ohne Vertrauen seiner Benutzerinnen und Benutzer funktionieren? Ein Teil der Geldsystemkritiker favorisieren zum Beispiel Vollgeld, um zu einer krisenfreieren Variante von Geld zu gelangen. Nun wird das Vollgeld in dieser Arbeit erst später

192 Pfluger, Christoph: „Das nächste Geld. Die zehn Fallgruben des Geldsystems und wie wir sie überwinden“, Synergie Verlag und Mediengruppe Darmstadt, copyright: edition Zeitpunkt, 2. revidierte Auflage, 2016, S. 48

193 ebd. S. 49

detailliert vorgestellt (siehe Kapitel II.7: „Das Vollgeld“), dennoch hier ein kleiner Sprung in die zur Diskussion stehende Materie.

Beim Vollgeld sind die täglich verfügbaren Sichteinlagen zu einhundert Prozent mit Zentralbankgeld gedeckt. Die Vollgeldkonten werden außerhalb der Bankbilanzen geführt. Das bedeutet, wenn alle Eigentümer von täglich fälligen Vollgeldeinlagen zu ihrer Hausbank gehen und ihr Vollgeldkonto leerräumen wollen, ist dies möglich. Für die Befürworter des Vollgeldes ist das sympathisch, um nicht zu sagen essentiell. Doch wie verhalten sich die Menschen, nachdem sie nun ihr Vollgeld nach Hause geholt haben, wenn ein Bank Run auf die Vollgeldkonten stattgefunden hat? Ist das Vertrauen in weitere Bereiche wirtschaftlicher Aktivität beschädigt, wird das abgehobene Vollgeld nachfragewirksam verwendet. Die für Waren und Dienstleistungen eingesetzte Geldmenge würde sich spontan massiv erhöhen. Auch steige die Geldumlaufgeschwindigkeit¹⁹⁴ aus Sorge um die plötzlich schwindende Werthaltigkeit des Vollgeldes. Über diesen Weg würden sich extreme Inflationsraten herausbilden. Bei vollständigem Vertrauensverlust in das Geld käme es zum Ausfall, das Vollgeld würde seine ursprünglich anerkannte Tauschmittelfunktion verlieren.

Es ist für Vollgeldprotagonisten typisch, dass sie der Frage der Geldumlausfsicherung (siehe Kapitel III.7: „Die Geldumlausfsicherung“) meist nur wenig Beachtung schenken. Huber schreibt beispielsweise, dass sich die Zunahme der Vollgeldmenge am Potential des realwirtschaftlichen Wachstums orientieren sollte.¹⁹⁵ Die Umlaufgeschwindigkeit des Vollgeldes berücksichtigt er bei dieser Überlegung nicht.

Vertrauen bildet prinzipiell eine wesentliche Grundlage, damit nützliche Vereinbarungen wie das Geld in einer Gesellschaft hinreichende Anerkennung finden. Es gibt Menschen, die aus nachvollzieh-

194 Geldumlaufgeschwindigkeit: Häufigkeit, mit der Geld in einem definierten Zeitintervall zum Einsatz gelangt. So kann beispielsweise eine 100 Euro-Banknote drei- oder fünfmal in einem Jahr für eine Transaktion eingesetzt werden. Bei gleicher Geldmenge G1 und höherer Geldumlaufgeschwindigkeit (oder -Häufigkeit) werden mehr Waren umgesetzt bzw. Dienstleistungen in Anspruch genommen. Bei einer geringeren Umlaufhäufigkeit verhält es sich genau umgekehrt.

195 vgl. Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): Die Vollgeld-Reform. Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können“, edition Zeitpunkt, Solothurn, April 2015, 4. aktualisierte Auflage, S. 61

baren Gründen kein Vertrauen in Übereinkommen oder Regierungen aufbauen können. Oft ist dann Gold als Geld die Empfehlung. Weik und Friedrich schreiben hierzu:

„Die wichtigsten Währungen wie der Euro, aber auch der US-Dollar, das britische Pfund und der japanische Yen stellen ausschließlich ungedeckte Zahlungsversprechen dar. Das bedeutet – ich wiederhole mich –, hinter all diesen Währungen steht keinerlei Gegenwert – außer Vertrauen.“¹⁹⁶

Wenn die Autoren meinen, dass man keinen gesetzlichen Anspruch gegenüber der NNB besitzt, Geld in zum Beispiel Edelmetall zu tauschen, kann man diese Aussage vielleicht so treffen. Jedoch sollten sie bei einer solchen Position diskutieren, warum eine Edelmetalldeckung notwendig sein soll (siehe Kapitel III.1.b: „Die Geldausgabe regelt der Markt“). Passt die im Umlauf befindliche Geldmenge unter Berücksichtigung der Umlaufgeschwindigkeit zur verfügbaren Waren- und Dienstleistungsmenge, ist die von den Autoren eben zitierte Darlegung falsch. Denn dem Geld stehen als Gegenwert die vorhandenen Produkte und nutzbaren Dienstleistungen gegenüber. Vertrauen stellt in jedem Währungssystem eine unerlässliche Komponente dar, weitere Faktoren sind jedoch zu berücksichtigen.

Zum Thema Vertrauen ein paar bildhafte Vergleiche: Was wäre, wenn Reisende nicht zuversichtlich wären, dass sie in Zukunft mit der Bahn von Leipzig nach Berlin fahren könnten? Oder was wäre, wenn die Deutsche Bahn kalkulieren müsste, dass an einem speziellen Wochenende fünfzig Prozent der Leipziger Bevölkerung eine Fahrt in eine andere Stadt unternehmen möchte? Müsste die Deutsche Bahn nicht an jedem größeren Bahnhof ständig eine immense Zahl an Wagen vorhalten, um ein plötzlich geändertes Fahrverhalten breiter Bevölkerungsschichten abfedern zu können?

Würde die deutsche Bevölkerung das Vertrauen in die Versorgung mit Mineralwasser verlieren, so ließen spontan die Menschen los und

196 Weik Matthias / Friedrich Marc: „Der größte Raubzug der Geschichte. Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“, Bastei Lübbe Taschenbuch Band 60804, 2. Auflage Juni 2014, überarbeitete und aktualisierte Taschenbuchausgabe, Originalausgabe: Tectum Verlag, Marburg, 2012, S. 246

karren Wasserkästen nach Hause, so viel sie bewegt bekämen. Nach wenigen Stunden wären die Lager der Händler leergeräumt. Bedeutet dies, dass jeder Supermarkt in Erwartung eines solchen Vertrauensverlustes nun enorme Mineralwasserlagerbestände aufbauen müsste, um für einen derart fiktiven Fall gewappnet zu sein?

Die Deutsche Mark (DM) wurde mit der Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen am 21.06.1948 eingeführt. Sie galt bis zur Einführung des Euros am 01.01.2002 als gesetzliches Zahlungsmittel. Können Sie sich an einen Tag erinnern, an dem das Vertrauen in die Werthaltigkeit der DM schrumpfte? Es bestand auch keine Gefahr durch Bank Runs, als Bankhäuser in die Insolvenz rutschten. So brach am 26.06.1971¹⁹⁷ die Herstatt-Bank zusammen, zu diesem Zeitpunkt unterhielt das Institut Geschäftsbeziehungen zu über 52.000 Kunden. Eine der Hauptursachen für den Zusammenbruch war, dass das Haus mit immer größeren Beträgen und wachsendem Risiko Währungsspekulationen ausübte. Für den Handel trugen in diesem Unternehmen die „Goldjungs“ die Verantwortung, sechs junge Devisenhändler, die nicht viel älter als 20 Jahre waren. Vom Vorstand gesetzte Limits bezüglich der erlaubten Devisenhandelsvolumen von zehn Millionen Dollar je Tag und Person wurden geschickt über Strohmänner umgangen. Der Verlust des Bankhauses belief sich am Ende auf gute 500 Millionen DM bei 77 Millionen DM Eigenkapital. Inflationsbereinigt betrachtet, ein beachtliches Volumen, verglichen mit den Milliarden an Hilfen für Kreditinstitute seit Ausbruch der Finanzkrise 2007 eine überschaubare Summe. Zeitweise musste die Polizei das Bankgebäude vor der aufgebrachten Menschenmenge sichern. Ein Bank Run bei anderen Kreditinstituten blieb aus.

Im Zuge dieses Ereignisses (Herstatt-Bank-Insolvenz) wurde 1974 von den Zentralbanken und Bankaufsichtsbehörden der G10-Staaten¹⁹⁸ der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS)¹⁹⁹ gegründet.

¹⁹⁷ Am 17.12.1974 kam es zu einem Vergleich, der am 30.12.1974 gerichtlich bestätigt wurde.

¹⁹⁸ G-10-Staaten: 1962 von zehn führenden Industrienationen (USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, die Niederlande, Schweden und Japan) gegründet, 1983 kam die Schweiz hinzu, der Name wurde dennoch nicht geändert

Einlagensicherungssysteme im Stile der heutigen Zeit gab es damals noch nicht. Investoren führten langwierige Gerichtsprozesse, um zumindest einen Teil ihrer Forderungen einzutreiben. Jedoch waren die Vorgänge rund um diese Bankpleite Auslöser, Strukturen für einen besseren Schutz der Einlagen von Gläubigern zu schaffen.

Das Verhältnis von Barreserve und Sichteinlagen muss eine starke Beachtung finden, genauso wie es verschiedene weitere Faktoren zu berücksichtigen gilt, wenn wir das Volumen täglich fälliger Einlagen betrachten. Die sogenannte Fristentransformation (siehe Kapitel II.10.d: „Die Fristentransformation“) spielt hier eine erhebliche Rolle.

Zusammenfassend ist anzumerken, dass man bei den täglich fälligen Einlagen folgenden Punkten Aufmerksamkeit schenken muss:

- der Veränderung der Laufzeiten der Einlagen von Investoren wegen divergenter Anlageverhalten zum Beispiel aufgrund gefallener Zinssätze (Bsp: Passivtausch),
- der optionalen zusätzlichen Versorgung der Banken mit frischem Zentralbankgeld (z. B.: Pensionsgeschäfte über Offenmarkt),
- der Tatsache, dass die Grundlage eines jeden Geldsystems das Vertrauen der Menschen in ebendieses ist,
- der Möglichkeit der Durchsetzung höherer Liquiditätsanforderungen nach § 11 KWG durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

6. Die Bodensatztheorie

Die Bodensatztheorie gehört zu den Klassikern bei der Diskussion von Refinanzierungsrisiken von Banken. Grundsätzlich tangiert diese Theorie ebenfalls die Betrachtung der Laufzeiten von Einlagen (Passiva) und Krediten (Aktiva). Werden kurzfristige Einlagen langfristig verliehen, betreiben Banken Fristentransformation (siehe Kapitel II.10.d: „Die Fristentransformation“). 1854 forderte Otto Hübner¹⁹⁹ in seinem zweibändigen Werk „Die Banken“ absolute Fristenkongruenz.

199 BCBS: Basel Committee on Banking Supervision, steht in enger Verbindung zur Bank für Internationalem Zahlungsausgleich

200 Hübner Otto (22.07.1818 in Leipzig geboren, 03.02.1877 verstorben), gründete die erste Hypothekenbank in Preußen, von Beruf Statistiker und Volkswirt

Bei Fristenkongruenz entsprechen die Laufzeiten der Kredite den Laufzeiten der Einlagen. Dieses Gebot ging als *goldene Bankregel* in die Geschichte ein, auch, wenn dem widersprechend ein bedeutender irischer Satiriker einmal bemerkte:

„Die Goldene Regel ist, dass es keine Goldenen Regeln gibt“²⁰¹

Grundsätzlich kann man sagen, dass eine steigende Fristendiskrepanz das Liquiditätsrisiko einer Bank erhöht. Insofern sind dem erlaubten Umfang der Fristentransformation, die die Kreditinstitute ausführen dürfen, Grenzen zu setzen. Dies wird unter anderem im Kreditwesen-gesetz geregelt.

Überprüft man die Entwicklung täglich fälliger Einlagen über längere Zeiträume, kann man feststellen, dass immer ein gewisses Volumen von Sichteinlagen einem Bankhaus zur Verfügung steht. Bei Normalverhalten der Kunden werden niemals alle täglich verfügbaren Einlagen vollständig abgehoben. Das heißt: Es wird von der Bank stets nur die teilweise Auszahlung von Zentralbankgeld von den Einlagen-haltern verlangt (Ausnahme: „Der Bank Run“, siehe Kapitel: II.5). Es bildet sich ein „Bodensatz“. Deshalb sehen die Kreditinstitute ein überschaubares Risiko darin, kurzfristige Einlagen, die mengenmäßig den „Bodensatz“ unter Einhaltung eines Sicherheitsabstandes nicht berühren, auch längerfristig auszuleihen.

Wie bereits oben beschrieben, kann eine Bank durch Verkauf von Vermögenswerten – zum Beispiel börsennotierten Wertpapieren – kurzfristig ihre liquide Situation verbessern. Eine weitere Möglichkeit, die Liquidität zu erhöhen, besteht darin, dass sich ein Geldhaus von anderen Aktivposten trennt; so können auch Kreditforderungen veräußert werden. Geschieht dies mit Verlust, schlägt dies auf das Eigenkapital durch. Wolfgang Stützel²⁰² lieferte hierfür bereits 1959 die Maximalbelastungstheorie. Er nimmt hierbei an, dass die Bankkunden ihre kompletten täglich fälligen Einlagen spontan und unerwartet

201 Shaw George Bernard, irischer Dramatiker, Politiker, Satiriker, Musikkritiker und Pazifist, bekam 1925 den Nobelpreis für Literatur und 1939 den Oscar für das beste adaptierte Drehbuch

202 Wolfgang Stützel (23.01.1925 in Aalen geboren, 01.03.1987 in Saarbrücken verstorben), Ökonom und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität des Saarlandes

abziehen. Die Bank ist nun gezwungen, sich die notwendige Liquidität unter allen Umständen zu beschaffen – auch dann, wenn dadurch Verluste entstehen, da eine Zahl an Aktivposten kurzfristig nur mit Abschlägen abgestoßen werden können. Wird bei dieser hypothetischen Betrachtung durch die finanziellen Ausfälle das Eigenkapital nicht vollständig aufgezehrt, sind die Bedingungen von Stützels Maximalbelastungstheorie positiv erfüllt.

All diese Erkenntnisse sind in die Regelwerke, an welches sich deutsche Finanzinstitute zu halten haben, eingeflossen. Zum Beispiel unter der Überschrift „Grundsatz II“²⁰³ waren detaillierte Handlungsanweisungen für Banken zu finden. Zum 01.01.2007 trat an die Stelle des Grundsatzes II die Liquiditätsverordnung. Gemäß dieser Verordnung hat eine genaue Analyse der Passivposten mit den verschiedenen Fristigkeiten zu erfolgen. Hieraus ergeben sich Anforderungen, um eine Zahlungsfähigkeit auch bei Verfügungen über das Normalverhalten von Einlegern hinaus zu gewährleisten.

Das bestehende Geflecht an Regeln, Vorschriften, Gesetzen und Verordnungen ist dennoch mangelhaft. Beispiele hierfür sind die Existenz von systemrelevanten Banken, schwammige Begriffsdefinitionen oder die fehlende Transparenz, da nicht alle Geschäftsvorfälle einer Bank zu bilanzieren sind. Weitere Mängel werden in dieser Arbeit diskutiert. Es soll hier nochmal darauf aufmerksam gemacht werden, dass das Betrachten der Fristigkeiten von Aktiv- und Passivseite elementar ist. Das ist auch unabhängig davon, ob das aktuelle oder ein potentiell zukünftiges Geldsystem im Blickfeld steht. Insofern sollte es alle Interessierten irritieren, wenn zum Beispiel in Hauptwerken zum Vollgeld nicht oder nur oberflächlich die Laufzeiten von Forderungen an Kunden im Vergleich zu den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden thematisiert werden.

203 Vorschrift der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zur Konkretisierung des Kreditwesengesetzes § 11

7. Das Vollgeld

Was ist überhaupt Vollgeld und wie könnte eine Umstellung des existierenden Systems auf Vollgeld vollzogen werden?

Zunächst wird der Passivposten „Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken“ in täglich fällige Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist unterteilt. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten sind die Forderungen von Nichtbanken auf Auszahlung von Geld an eine Bank. Dazu gehören Sichteinlagen auf Girokonten und finanzielle Mittel, die auf Tageseinlagenkonten geparkt sind.

Abbildung 9:

Unterteilung der Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken nach Laufzeit

| Aktiva | Passiva |
|-------------------------------|--|
| 1. Barreserve | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken |
| 2. Forderungen an Banken | 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken |
| 3. Forderungen an Nichtbanken | a) täglich fällig |
| 4. Schuldverschreibungen | b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist |
| 5. Aktien und Beteiligungen | 3. Verbriefte Verbindlichkeiten |
| 6. Sonstige Aktiva | 4. Sonstige Verbindlichkeiten |
| | 5. Rückstellungen |
| | 6. Eigenkapital |
| Bilanzsumme | Bilanzsumme |

Die nächsten Schritte sind nachvollziehbarer, wenn mit einer konkreten Zahl beim Volumen der Sichteinlagen gearbeitet wird. Hierfür werden mehr oder weniger willkürlich 350 Millionen Euro angesetzt. Das entspricht circa den täglich fälligen Einlagen der Volksbank Leipzig in 2014.

Nun erhält die betreffende Geschäftsbank einen Kredit in Höhe der täglich fälligen Verbindlichkeiten – in unserem Fall über 350 Mio. Euro – von der Nationalen Notenbank, in Deutschland beispielsweise über die Deutsche Bundesbank ausgereicht. Mit diesem Notenbankkredit wird der Kassenbestand an Zentralbankgeld des Kreditinstitutes aufgefüllt. In der Abbildung 10 wird der Kassenbestand um 350 Mio.

Euro aufgestockt. Die Bilanzsumme der beiden Bilanzseiten erhöht sich in jenem Moment um den genannten Betrag:

Abbildung 10:

Erhöhung des Kassenbestands an Zentralbankgeld im Volumen der täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken durch Notenbankkredit

| Aktiva | Passiva |
|---|--|
| 1. Barreserve a) Kassenbestand: + 350 Mio. € b) Guthaben bei Notenbanken 2. Forderungen an Banken 3. Forderungen an Nichtbanken 4. Schuldverschreibungen 5. Aktien und Beteiligungen 6. Sonstige Aktiva | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken a) ggü. Banken (ohne Notenbanken) b) ggü. Notenbanken: + 350 Mio. € 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken a) täglich fällig: 350 Mio. € b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 3. Verbriefte Verbindlichkeiten 4. Sonstige Verbindlichkeiten 5. Rückstellungen 6. Eigenkapital |
| Bilanzsumme: + 350 Mio. € | Bilanzsumme: + 350 Mio. € |

Jetzt folgt das Herausziehen der täglich fälligen Verbindlichkeiten aus der Bankbilanz. Wesentliches Merkmal von Vollgeld ist, dass es außerhalb der Bankbilanzen verwaltet wird. Mit dem Entfernen der Sicht-einlagen aus der Bankbilanz reduziert sich gleichzeitig wieder der Kassenbestand um den aufgenommenen Notenbankkreditbetrag. Die Bilanzsumme kehrt zu ihrem Wert zurück, den sie vor den Transaktionen zum Bilden von Vollgeld hatte.

*Abbildung 11:
Vollgeldentstehung – Herausziehen der täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken aus der Bankbilanz*

| Aktiva | Passiva |
|--|---|
| 1. Barreserve a) Kassenbestand: + 350 Mio. € – 350 Mio. € b) Guthaben bei Notenbanken 2. Forderungen an Banken 3. Forderungen an Nichtbanken 4. Schuldverschreibungen 5. Aktien und Beteiligungen 6. Sonstige Aktiva | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken a) ggü. Banken (ohne Notenbanken) b) ggü. Notenbanken: + 350 Mio. € 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken a) täglich fällig: 350 Mio. € – 350 Mio. € b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 3. Verbriefte Verbindlichkeiten 4. Sonstige Verbindlichkeiten 5. Rückstellungen 6. Eigenkapital |
| Bilanzsumme: + 350 Mio. € – 350 Mio. € | Bilanzsumme: + 350 Mio. € – 350 Mio. € |
| | |
| Aktiva | Passiva |
| 1. Kassenbestand: + 350 Mio. € | 1. Vollgeld: + 350 Mio. € |

Es ist Vollgeld entstanden, welches nicht mehr im direkten Verfügungsbereich von Geschäftsbanken liegt. Hundert Prozent der Vollgeldinlagen der Passivseite, außerhalb der Bankbilanz von Geschäftsbanken verwaltet, sind nun mit Zentralbankvollgeld gedeckt. Wenn sich jetzt alle Vollgeldhalter, aus welchem Grund auch immer, veranlasst fühlen, ihr Vollgeld abzuheben und sich damit ihre Ansprüche auf Zentralbankvollgeld in Form von Banknoten auszahlen lassen, wäre das jederzeit möglich. Dies sehen Vollgeldbefürworter als erstrebenswert an.

Betrachten wir den Zeitraum, in dem in Deutschland die Deutsche Mark als gesetzliches Zahlungsmittel fungierte. Sie kam mit der Währungsreform²⁰⁴ am 20.06.1948 in Umlauf und hatte bis zur Euroeinführung zum 01.01.2002 Bestand. Es gab keinen Moment, an dem das

204 Als Erstausgabe erhielt jeder Bürger 60 DM als „Kopfgeld“.

deutsche Finanzsystem gefährdet war, indem Einleger vom „Normalverhalten“ (siehe Kapitel II.6: „Die Bodensatztheorie“) deutlich abgewichen wären und Banken dadurch an ihre Zahlungsfähigkeitsgrenze gebracht hätten. Als die Herstatt-Bank, wie weiter oben bereits beschrieben, in die Insolvenz rutschte, versammelten sich durchaus große Menschenmengen vor der Kölner Filiale und forderten ihr Geld zurück. Dieser Zusammenbruch führte auch zu einem Vertrauensverlust gegenüber privaten Unternehmen der Branche. Doch obwohl es sich damals um den größten Bankrott eines deutschen Kreditinstitutes in der Nachkriegsgeschichte handelte, kam es nicht zu einem Bank Run bei anderen Instituten. Admati und Hellwig schreiben, dass die meisten Bank Runs aufgrund schlechter Nachrichten über die Solvenz einer Bank entstehen würden.²⁰⁵ Vermutlich gab es zu dieser Zeit keine solchen negativen Botschaften über andere Kreditinstitute.

Nicht zu verwechseln ist das eben beschriebene Vollgeld mit dem 100-Prozent-Geld nach Irving Fisher. Hierbei sollen die innerhalb einer Bankbilanz geführten täglich verfügbaren Sichteinlagen zu 100 Prozent mit Zentralbankgeld gedeckt sein. Dies wird durch das Anheben des Mindestreservesatzes (siehe Kapitel I.7: „Die Mindestreserve“) auf 100 Prozent erreicht. Eine Geschäftsbank muss sich demnach so viel Zentralbankgeld beschaffen, wie sie täglich fällige Sichteinlagen für ihre Gläubiger verwaltet. Damit würden dem Kreditinstitut gewinnbringende Vermögensanlagen entzogen und durch nicht gewinnbringendes Bargeld ersetzt. Fisher spricht bei Sichteinlagen von *Scheckbuchgeld* und Zentralbankgeld nennt er *Brieftaschengeld*.²⁰⁶ Mark Joób meint, dass der 100-Prozent-Reserve-Ansatz dem heutigen defizitären Geldsystem teilweise verhaftet bliebe, da die Doppelspurigkeit beibehalten würde. Die Sichteinlagen lägen im Zugriff der Geschäftsbanken, selbst, wenn sie zu 100 Prozent gedeckt wären.²⁰⁷ Da aktuell

205 vgl. Admati, Anat / Hellwig, Martin: „Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss“, FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchener Verlagsgruppe GmbH, 2. Auflage 2014, S. 94

206 vgl. Fisher Irving: „100 %-Geld“, Gauke GmbH, Verlag für Sozialökonomie Kiel, 2007, S. 14 f.

207 vgl. Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): Die Vollgeld-Reform. Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können“, edition Zeitpunkt, Solothurn, April 2015, 4. aktualisierte Auflage, S. 13

das Vollgeld in der Diskussion deutlich im Vordergrund steht, soll hier auf das 100-Prozent-Geld nicht weiter eingegangen werden.

8. Die Vollgeldinitiativen

Einige Medien berichteten darüber, dass in Island Vollgeld diskutiert wird. So schreibt der *Cicer*:

„Ein Geldsystem, in dem nur noch die Notenbanken Geld schöpfen dürfen: Diese Idee lotet gerade die isländische Regierung aus.“²⁰⁸

Ein Abgeordneter hat einen Bericht eingereicht, es soll eine Kommission gegründet worden sein, die eine Umsetzung von Vollgeld überprüft.

In allen Veröffentlichungen zum Vollgeld ist zu lesen, dass im heutigen Geldsystem Geschäftsbanken *Geld aus dem Nichts* erzeugen könnten. Zwischen Geld und Forderung auf Geld wird prinzipiell nicht unterschieden. Es wird in den Schriften erfahrungsgemäß kein Vollgeld gebildet und die sich dann abspielenden Vorgänge beleuchtet. Warum einem Kreditinstitut überhaupt Vollgeld vom Vollgeldhalter zur Verfügung gestellt werden sollte, also wie die Geldumlaufsicherung des Vollgeldes geregelt ist, wird meist offengelassen. Würde hier ein Zins größer null Prozent verwendet, ergäben sich dieselben zerstörerischen Wachstumsprozesse, wie im alten System.

Auch Giegold, Philipp und Schick gehen in ihrer Arbeit kurz auf das Vollgeld ein, empfehlen allerdings zumindest derzeit diesen Reformweg nicht. Sie sind der Meinung, dass im aktuellen Finanzsystem die Zentralbanken die Geldschöpfung an private Banken delegiert hätten. Bei täglich fälligen Sichteinlagen sprechen die Autoren von nichtphysischem Geld und führen damit einen weiteren Begriff ein. Es entsteht jedoch der Eindruck, dass sich diese Autoren nur lückenhaft mit den betreffenden Inhalten auseinandergesetzt haben. So grenzen sie zwischen 100-Prozent-Geld nach Irving Fisher und Vollgeld nicht ausreichend ab. Joseph Huber hat die Unterschiede ausführlich he-

208 Cicero: „Vollgeldsystem. So lösen sich Schulden in Nichts auf“, 08.04.2015

rausgearbeitet.²⁰⁹ Giegold, Philipp und Schick meinen, dass das Vollgeld weniger krisenanfälliger wäre, da es nicht durch zusätzliche Schulden in die Welt kommen würde.²¹⁰ Nur: Wird bei angenommener unveränderter Wirtschaftsleistung und konstanter Geldumlaufgeschwindigkeit überhaupt zusätzliches Geld gebraucht? Steht nicht viel mehr die Frage im Raum, wie das bereits ausgegebene Geld in der Wirtschaft zirkuliert und möglichst krisenfrei dafür sorgt, dass der Markt mit seinem Waren- und Dienstleistungsangebot immer wieder geräumt wird?

In der Schweiz gibt es eine wirkungsvolle Vollgeldinitiative. Auf der Internetpräsenz dieser Gruppe ist unter der Überschrift „Vollgeldinitiative in 20 Sekunden“ folgender Text eingestellt:

„Was viele nicht wissen: Banken stellen eigenmächtig Geld her. Unglaublich, aber leider wahr!

Das betrifft alles Geld auf unseren Bankkonti (genannt Buchgeld) und macht 90% des ganzen Geldes aus. (Von der Nationalbank hergestelltes Bargeld: 10%). Mit diesem von den Banken selbst gemachten Buchgeld spekulieren sie in grossen Finanzblasen. Wenn es Profite gibt, gehören sie den Banken. Bei Verlusten werden die Steuerzahler zur Kasse gebeten bzw. der Staat muss sie retten. Die Schweizerische Nationalbank hat diesbezüglich heutzutage leider ungenügende Einflussmöglichkeiten. Das ist ein Fehler! Das muss sich ändern. Mit der Vollgeld-Initiative. JA zu einer einfachen und vernünftigen Verbesserung unseres Bankensystems!

- Dein Geld auf Deinem Privatkonto soll wirklich krisensicher sein, direkt garantiert von der Schweizerischen Nationalbank!
- Nur die Schweizerische Nationalbank soll Franken herstellen dürfen!
- Das ganze Finanz- und Bankensystem soll sicherer werden!
- Auch die Banken sollen sich an die Bundesverfassung (Art. 99) halten müssen!

²⁰⁹ vgl. Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): Die Vollgeld-Reform. Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können“, editio on Zeitpunkt, Solothurn, April 2015, 4. aktualisierte Auflage, S. 59

²¹⁰ vgl. Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard: „Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern“, Verlag Klaus Wagenbach, 2016, S. 28

Genau das will die Vollgeld-Initiative. Sie ist eine einfache, aber wirkungsvolle Verbesserung des Bankensystems. Diese Verbesserung kostet die Steuerzahler nichts und bringt allen deutlich mehr Sicherheit. Das ist kein Anliegen, das man im parteipolitischen Links-Rechts-Schema einordnen kann. Man könnte es mit der Einführung des Frauenstimmrechts oder der AHV²¹¹ vergleichen.“²¹²

Gleich zu Beginn dieser Arbeit wird auf Aussagen von Franz Hörmann unter der Überschrift „Was ist Geld?“ eingegangen. Laut Hörmann macht das „Buchgeld“ 97 Prozent der gesamten „Geldmenge“ aus. Bei der Schweizer Initiative spricht man von 90 Prozent. Solche Abweichungen können sich nur ergeben, wenn mit unterschiedlichen Begriffsdefinitionen gearbeitet wird.

Wenn Vollgeld an eine Bank übergeben wird, bildet sich dadurch eine Einlage. Das Kreditinstitut kann darauffolgend die erhaltenen finanziellen Mittel verleihen. Die Bilanz wurde verlängert, es entstand durch diesen Prozess eine Einlage auf der Passivseite und das Volumen der Forderungen an Nichtbanken auf der Aktivseite hat sich entsprechend erhöht. Entstehen auf derartige Weise Einlagen, werden jene nun von Vollgeldbefürwortern nicht mehr der sogenannten „Geld“-Menge hinzugerechnet. Warum nicht? Vielleicht weil die bilanziellen Buchungen verschieden ablaufen, jedoch mit einem vergleichbaren Ergebnis unter Berücksichtigung der Fristentransformation, wie an anderer Stelle beschrieben?

Auf der Homepage der Vollgeld-Initiative wird eine Vielzahl an Unterstützerinnen und Unterstützern genannt, auch prominente Namen sind zu sehen. Es wurden 111.819 Stimmen von den Aktiven gesammelt, die Kampagne mit den zusammengetragenen Unterschriften reichte man am 01.12.2015 der Bundeskanzlei in Bern ein. An vielen Orten ist es bei Umfragen vermutlich folgendermaßen gelaufen:

Wussten Sie, dass private Banken Geld schöpfen können? – nein

Finden Sie das richtig? – nein

211 AHV: Alters- und Hinterlassungsversicherung, Pflichtversicherung in der Schweiz zur Alters- und Hinterbliebenenvorsorge

212 Vollgeld-Initiative, Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) Schweiz, <http://www.vollgeld-initiative.ch/> (abgerufen am 10.08.2016)

Wir sind eine Initiative, die verlangt, dass die Geldschöpfung wieder voll und ganz der schweizerischen Notenbank vorbehalten sein soll. Würden Sie eine solche Forderung mit Ihrer Unterschrift unterstützen? – ja

Diese Darstellung ist stark verkürzt und spiegelt nur skizzenhaft wider, wie die ganz verschiedenartig geführten Gespräche stattgefunden haben könnten. Verifiziert wird das Bild jedoch durch einen auf der Internetpräsenz befindlichen „Musterbrief für Spendenwerbung im Bekanntenkreis“.²¹³ Sicher ist jede Helferin und jeder Helfer ganz individuell vorgegangen. Auf Fragen von Angesprochenen wurde von den Engagierten entsprechend ausführlich eingegangen. Ungeachtet dessen ist im eben genannten Musterbrief folgender Satz abgedruckt:

„Den größten Teil des Geldes, nämlich ungefähr das, was auf den Bankkonten liegt, schöpfen die Banken [Geschäftsbanken; Anm. S. H.] selber, und zwar buchstäblich aus dem Nichts“

In einer Ausgabe der Zeitschrift der INWO Deutschland wird eine Studie unter der Überschrift „Schweizer ahnungslos hinsichtlich Geldentstehung“²¹⁴ veröffentlicht. Dem Artikel kann man die Frage neun der Umfrage entnehmen: „Wer erschafft unser Geld?“ Als Antworten können der Staat, die Schweizerische Nationalbank und Geschäftsbanken ausgewählt werden. Man kann davon ausgehen, dass ein Kreuz bei „Geschäftsbanken“ als korrekte Position von der Initiative bezeichnet wird.

Auch wenn hier nur auf zwei große Bewegungen in Island und der Schweiz eingegangen wird, gibt es weit mehr Aktive für Vollgeld. Da sind beispielhaft die *Monetative* in Deutschland, die Verfechter für *Positive Money* in Großbritannien und das *American Monetary Institut* zu nennen. Bei weiterführendem Interesse wird hier auf die Linkssammlung²¹⁵ der Schweizer Initiative verwiesen.

213 Vollgeld-Initiative, Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) Schweiz, <http://www.vollgeld-initiative.ch/musterbriefe-spendenwerbung/> (abgerufen am 10.08.2016)

214 vgl. FAIRCONOMY: „Negativzinsen find ich gut“, Hrsg.: INWO Deutschland e. V., Frankfurt, 11. Jahrgang, Nr. 3, September 2015, S. 19

215 Vollgeld-Initiative, Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) Schweiz, <http://www.vollgeld-initiative.ch/links/> (abgerufen am 10.08.2016)

9. Die Europäische Zentralbank (EZB)

Zu den Anfängen der EZB ist auf deren Internetpräsenz zu lesen:

„Der erste Schritt auf dem Weg zur Schaffung der EZB war der im Jahr 1988 gefasste Beschluss über die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit freiem Kapitalverkehr innerhalb Europas, einer gemeinsamen Währungsbehörde und einer einheitlichen Geldpolitik in allen Euro-Ländern.“²¹⁶

1992 wurden die Aufgaben im Vertrag von Maastricht niedergeschrieben. Weitere Regelungen kamen 2007 mit dem Vertrag von Lissabon hinzu. Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union²¹⁷ sind die wesentlichen Bestimmungen bezüglich der Aktivitäten der EZB enthalten.

Die EZB ist im Eigentum der Nationalen Notenbanken (NNBEN) der Länder der Europäischen Union, hierzu zählen aktuell 28 Nationen. Von diesen 28 Staaten haben 19 Mitgliedsländer den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt. Die Notenbanken der EU haben das Stammkapital²¹⁸ der EZB gezeichnet. Die Höhe der Beteiligung wird nach einem Schlüssel ermittelt, welcher sich aus dem Anteil des jeweiligen Bruttoinlandprodukts am Gesamtbruttoinlandsprodukt der Europäischen Union und dem Anteil der Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung der EU errechnet. Da es sich hierbei um variable Größen handelt, wurde die Höhe der Kapitalbeteiligungen in regelmäßigen Abständen den neuen Werten angepasst. Die NNBEN der Länder, die den Euro als Geld benutzen, haben ihr gezeichnetes Stammkapital an der EZB zu hundert Prozent eingezahlt.²¹⁹ Die NNBEN der Staaten, die zwar Mitglied der EU sind, jedoch nicht zur Eurozone gehören, demnach den Euro nicht als Geld verwenden, haben bisher

216 Europäische Zentralbank: „Geschichte“, <https://www.ecb.europa.eu/ecb/history/html/index.de.html> (abgerufen am 11.06.2016)

217 vgl. Dritter Teil: „Die internen Politiken und Maßnahmen der Union“ (Artikel 26 – 197); Titel VIII: „Die Wirtschafts- und Währungspolitik“ (Artikel 119 – 144); Kapitel 2: „Die Währungspolitik“ (Artikel 127 – 133)

218 Stammkapital EZB: 10 825 007 069,61 € (Stand: 01.01.2015)

219 Eingezahltes Stammkapital von Deutschland: 1 948 208 997,34 €, dies entspricht 17,9973 % (Stand: 01.01.2015)

nur einen Bruchteil²²⁰ des gezeichneten Stammkapitals an die EZB überweisen müssen.

Am 16.09.1998 wurde zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Zentralbank ein Abkommen über den Sitz der Europäischen Zentralbank geschlossen.²²¹ Im Artikel zwei wird die Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten geregelt:

„Im Auftrag der Verwaltung, der Justiz, des Militärs oder der Polizei auftretende Regierungsbeamte oder hoheitlich handelnde Personen dürfen die Räumlichkeiten der EZB nur mit Zustimmung des Präsidenten und nur zu von diesem genehmigten Bedingungen betreten. In Notfällen darf diese Zustimmung für umgehend erforderliche Schutzmaßnahmen als gegeben angesehen werden.“

Es existieren weitere Artikel über die Unverletzlichkeit von Archiven und der Kommunikation. Darüber hinaus unterliegt die EZB nach diesem Abkommen nicht dem deutschen Datenschutzrecht (Artikel 11) und die Direktoriumsmitglieder genießen die Vorrrechte, Befreiungen, Immunitäten und Erleichterungen eines Diplomaten (Artikel 19). Die EZB ist verpflichtet, mit zuständigen deutschen Behörden zusammenzuarbeiten, um einem Missbrauch des gegebenen Regelwerkes vorzubeugen (Artikel 17). Demokratische Strukturen sehen anders aus.

Die meisten dem Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) des Eurosystems angeschlossenen NNBen sind öffentlich-rechtliche Institute. Die Notenbanken von Belgien und Italien sind auch heute noch zumindest teilweise in privater Hand. Jedoch ist gesetzlich eine Einflussnahme der privaten Eigner auf die Geldpolitik ausgeschlossen. Bei der Notenbank von Österreich handelt es sich um eine Aktiengesellschaft. Teile des Aktienkapitals wurden früher auch von privater Hand gehalten. Seit Ende Mai 2010 ist allerdings das gesamte Grund-

²²⁰ Seit dem 29.12.2010 beträgt der Anteil des eingezahlten Kapitals am gezeichneten Stammkapital der Nichteurozonenländer 3,75 % (Stand: 11.06.2016), Europäische Zentralbank: „Kapitalzeichnung“, <http://www.ecb.europa.eu/ecb/orga/capital/html/index.de.html> (abgerufen am 15.06.2016)

²²¹ vgl. Europäische Zentralbank: „Abkommen zwischen der Europäischen Zentralbank und der Regierung der BRD über den Sitz der Europäischen Zentralbank“, 16.09.1998, https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/ecbheadquarters_agreement_de.pdf (abgerufen am 11.02.2017)

kapital der NNB im Besitz der Republik Österreich. Es ist jetzt der NNB des Landes nach dem geltenden Notenbankgesetz verboten, Aktien an andere potentielle Eigentümer zu übertragen.

Die vorrangige Aufgabe der EZB ist es, für Preisstabilität zu sorgen. Mathematisch Versierte kommen jedoch ins Grübeln, wenn sie von einem weiteren Auftrag der Zentralbank erfahren. So strebt die EZB eine Inflationsrate nahe zwei Prozent an.

Zu den größten Ängsten führender Ökonomen zählt eine Rezession, dabei schrumpft die Wirtschaftsleistung.²²² Ein Abnehmen wirtschaftlicher Aktivität ist mit einer reduzierten Nachfrage verbunden. In dieser Phase versuchen Unternehmen, dem negativen Trend mit verbilligten Preisen entgegenzuwirken. In der Folge entstehen für die Umsatzergebnisse nachteilige Effekte, ein weiteres Absinken des Preisniveaus stellt sich ein. Auch aus psychologischen Gründen halten sich nun potentielle Käufer zusätzlich zurück, da sie erwarten, die gewünschte Ware oder Dienstleistung später noch günstiger einkaufen zu können. Um eine solche Entwicklung von vorn herein abzuwenden, wird das Inflationsziel nahe der zwei Prozentgrenze gesetzt. Hierbei jedoch von Preisstabilität zu sprechen, stellt eher einen Spagat über die Schmerzgrenze hinaus dar. Denn bei zwei Prozent Inflation pro Jahr verliert das Geld nach 36 Jahren die Hälfte seiner Kaufkraft. Bei der deutschen Mark hat man zur Zeit ihres Bestehens oft von einer harten Währung gesprochen. Ungeachtet dessen verlor die DM von der Einführung 1948 bis zur Ablösung durch den Euro nach offiziellen Quellen deutlich über 70 Prozent ihres Wertes. So kann man sich vermutlich streiten, ob mit *hart* bei einem solchen Kaufkraftverlust der richtige Begriff zur Anwendung gelangte. Festzustellen ist, dass die DM härter als die Zahlungsmittel vieler anderer Länder gewesen ist. Nur: Stabiler als anderes Geld ist eben noch nicht stabil.

Mit der angestrebten Inflationsrate will man auch das Horten von Geld unattraktiv gestalten. Wer sich Geld unters Kopfkissen legt und nach Jahren seine Rücklagen für Konsumwünsche einsetzen will, wird merken, dass für das gesparte Geld spürbar weniger Produkte gekauft

222 In Europa vergleicht man die Wirtschaftsleistung eines Quartals mit dem Wert des Vorjahresquartals. Wenn die Wirtschaftsleistung bei einer solchen Betrachtung zwei Quartale hintereinander sinkt, spricht man von einer Rezession

werden können. Über eine Inflationsrate soll der Anleger motiviert werden, seine finanziellen Mittel, die er gegenwärtig nicht benötigt, zur Bank zu bringen und verzinslich anzulegen. Die vereinnahmten Zinsen dienen unter anderem als Inflationsausgleich. Die Bank hat die Möglichkeit, dank der Einlage mit vereinbarter Laufzeit einen Kredit zu vergeben und damit wirtschaftliche Aktivität auszulösen, wenn das Darlehen für Bereiche verwendet wird, die einem ökonomisch brauchbaren Zweck zuzurechnen sind.

Nach dem kleinen Ausflug ins Inflationsthema kehren wir zu den weiteren Aufgaben der EZB zurück. Sie sind im Artikel 127 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union definiert.

Die Europäische Zentralbank legt die Geldpolitik fest und führt sie aus. Hierzu zählen verschiedene Maßnahmen, im Kern sind jedoch vor allem die Steuerung des Leitzinses²²³ und der Zentralbankgeldmenge herauszustellen.

Mit einem hohen Leitzins will sie einem Überschäumen der wirtschaftlichen Aktivität entgegenwirken. Durch die Erhöhung des Leitzinses steigen auch unmittelbar die kurzfristigen Kreditzinsen für Nichtbanken, die Nachfrage nach Geld sinkt, Investitionen gehen zurück, da sich manche Investments bei den gestiegenen Kapitalkosten nicht mehr lohnen würden. Setzt im Gegensatz dazu die Zentralbank den Leitzins herab, wird in ökonomischen Flauten die Konjunktur angeregt. Das Ziel einer derartigen Vorgehensweise ist, wirtschaftliches Wachstum zu erreichen. Sinkt der Zins jedoch unter ein bestimmtes Niveau, ergeben sich negative Effekte für die Steuerung monetärer Größen im Finanzsystem. Einleger sind zum Teil nicht mehr bereit, langfristige Zinsbindungen einzugehen. Es werden die finanziellen Mittel liquide vorgehalten. Genau das geschieht seit Jahren; die täglich verfügbaren Einlagen explodieren. Das hat jedoch nichts mit einem vermeintlichen Geldschöpfungsprozess der Geschäftsbanken zu tun. Langfristige Einlagen werden von Anlegern in kurzfristige Einlagen (E1) transformiert. In solchen Momenten spricht man von einer Liquiditätsfalle.

223 Der Leitzins ist der Zins, für den sich Geschäftsbanken zusätzliches Zentralbankgeld bei der EZB (in Zusammenarbeit mit den NNBen) beschaffen können. Der Leitzins hat auch Wirkungen auf den Zins, den sich Banken untereinander berechnen (Interbankenhandel).

Diese Situation ist vergleichbar mit den Gegebenheiten der Sparkassen in den USA in den 1980er Jahren. Nach verschiedenen deregulierenden Maßnahmen des Gesetzgebers hatten die US-amerikanischen Institute langfristige Kredite sehr umfangreich über kurzfristige Einlagen refinanziert. Als dann die Zinsen massiv stiegen, blieben die Zinseinnahmen für langfristig ausgereichte Kredite unverändert, die Zinskosten für kurzfristige Verbindlichkeiten sprangen allerdings enorm nach oben. Hinzu kamen hochspekulative Geschäfte, gepaart mit krimineller Energie und Korruption. Im Ergebnis brachen über 3.000 Sparkassen²²⁴ zusammen bzw. mussten mit Steuergeldern gestützt werden. Die Kosten für die Steuerzahler für diese Rettungsaktionen beliefen sich auf mehrere hundert Milliarden US-Dollar.

Des Weiteren vollzieht die EZB Devisengeschäfte: Durch An- und Verkauf von Devisen kann sie die herausgegebene Zentralbankgeldmenge beeinflussen und führt damit Interventionen im Devisenmarkt aus. Auch hält und verwaltet die EZB die Währungsreserven der Mitgliedsstaaten.²²⁵ Als weiterer Punkt wird im Artikel 127 die Förderung der reibungslosen Funktion der Zahlungssysteme²²⁶ genannt. Darüber hinaus emittiert die EZB Banknoten oder genehmigt deren Ausgabe über die NNBen. Sie führt statistische Erhebungen durch und soll die internationale Zusammenarbeit fördern.

224 vgl. ZEIT ONLINE: „Sparkassenskandal in den USA. „Unsere Kinder müssen zahlen“, Christian Tenbrock, 20.07.1990

225 Es bestehen Regeln beim Portfoliomanagement nach folgender Priorität: Liquidität, Sicherheit, Rentabilität.

226 Zum Beispiel Target2: Hierüber werden beispielsweise Zentralbankoperatoren oder Überweisungen aus Großbetragzahlungssystemen im Interbankenmarkt abgewickelt.

10. Die Aufgaben der Geschäftsbanken

10.a Der Geldkreislauf

Die wichtigste Rolle einer Geschäftsbank in einer arbeitsteiligen Marktwirtschaft ist, Einlagen von Kunden zu verwalten und Kredite zu vergeben. Des Weiteren wickelt sie den Zahlungsverkehr der Nichtbanken ab.

Das klingt vernünftig, wäre jedoch gerade in der heutigen Zeit nur die halbe Wahrheit. Speziell große private Banken versuchen mit Hilfe von hochspekulativen Investments, zusätzliche Gewinne zu generieren. Zu diesem Zweck geben sie zum Beispiel Derivate²²⁷ in enormem Umfang heraus. Nun sind Derivate nicht pauschal zu verurteilen; sie können auch zur Absicherung von verschiedenen Geschäften genutzt werden. Auch Adamti und Hellwig erklären, dass Derivate nützlich seien, da sie zur Verbesserung der Verteilung von Risiken beitragen würden. Mit einer besseren Streuung von Wagnissen ließen sich Gefahren für den Einzelnen reduzieren und das Risiko auf diejenigen übertragen, die es am besten tragen könnten. Damit würde die Wahrscheinlichkeit individueller Kreditausfälle und Insolvenzen verringert und die Stabilität der Wirtschaft und des Finanzsystems verbessert. Jedoch hätten die neuen Märkte auch den Spielraum für Zocker erweitert und Derivate könnten auf eine Weise genutzt werden, die die Risiken im System eher erhöhten als senken würden.²²⁸

Wenn ein Maschinenbauunternehmen eine kostenintensive Anlage ins Ausland außerhalb des Eurosystems exportiert, entstehen Risiken durch den Wechselkurs der Landeswährungen. Hat sich bis zum Zeitpunkt der Zahlung das Wertverhältnis der benutzten Devisen für den Exporteur ungünstig verschoben, kann dadurch die Marge des Lieferanten teilweise oder ganz aufgezehrt werden. Es empfiehlt sich des-

²²⁷ Derivate: Finanzinstrumente, deren Kurse auf den Preis anderer Werte (Basiswert) abgestellt werden. Die Basiswerte können Rohstoffe, Aktien, Börsen-indices, usw. sein. Derivate arbeiten meist mit einer Hebelwirkung. Das bedeutet, bei kleinen preislichen Veränderungen des Basiswertes erhöht oder reduziert sich der Kurs des Derivates überproportional.

²²⁸ vgl. Admati, Anat / Hellwig, Martin: „Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss“, FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchener Verlagsgruppe GmbH, 2. Auflage 2014, S. 120

halb, dass der Unternehmer ein Derivat erwirbt, mit welchem er das Wechselkursrisiko mindert. Tritt der unvorteilhafte oben genannte Fall ein, erhält der Exporteur über das Absicherungspapier zumindest anteilig den finanziellen Ausfall ersetzt. Verschiebt sich der Kurs der betreffenden Geldeinheiten nicht, verfällt das erworbene Derivat. Das Kaufen eines Derivates ist hier mit dem Bezahlen einer Versicherungsprämie gleichzusetzen und der Auftragnehmer ist im Schadensfall abgesichert. Die Kosten des Derivats sind bei der betriebswirtschaftlichen Kalkulation des Preises für die Anlage des Maschinenbauers zu berücksichtigen.

Würden sich solche Transaktionen mit Derivaten auf die Absicherung vergleichbarer, wie eben beschriebener, Geschäfte beschränken, wäre die Welt vermutlich in diesem Bereich weitestgehend in Ordnung. Der Pfad der Tugend wird verlassen, wenn auf die Preisentwicklung des Basiswertes²²⁹ gewettet wird, ohne dass nur andeutungsweise ein Interesse am Produkt selbst besteht. ZEIT ONLINE schreibt:

„So werden beispielsweise 3,4 Millionen Tonnen Kakaobohne geerntet, aber etwa 60 Millionen Tonnen gehandelt.“²³⁰

Das Volumen des gesamten Derivatemarktes hat längst Dimensionen erreicht, die das Weltbruttosozialprodukt um das x-Fache übersteigen. Nicht ohne Grund hat deshalb die Anlegerlegende Warren Buffet Derivate als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet, wie das Handelsblatt bereits im März 2003 berichtete.²³¹ Oxfam erklärt:

„In den USA wurden 2011 Weizen-Futures im Volumen von 4.400 Millionen Tonnen Weizen gehandelt – mehr als das 70-Fache der US-Ernte und mehr als das Sechsfache der globalen Ernte.“²³²

229 Im oben genannten Beispiel (Verkauf einer Maschine) stellt den Basiswert das Wechselkursverhältnis der tangierten Währungen dar. Basiswerte können beispielsweise auch Rohstoffe, Aktien oder Börsenindices sein.

230 ZEIT ONLINE: „Spekulanten. Von den Guten und den Bösen . Die Nahrungsmittelindustrie fürchtet Rohstoffspekulanten – und braucht sie zugleich.“, Gunhild Lütge, 24.02.2011

231 vgl. Handelsblatt GmbH: „Terminbörsen wehren sich“, Udo Rettberg, 17.03.2003

232 Oxfam Deutschland e. V. Berlin: „Mit Essen spielt man nicht. Die deutsche Finanzbranche und das Geschäft mit dem Hunger“, 2. Auflage 2013, S. 43

Kriminell wird es spätestens dann, wenn durch den Handel mit derivativen Produkten eine preisbeeinflussende Wirkung auf die Basiswerte entsteht. Das heißt, dass durch derartige Finanzkreationen an einem Ort der Welt Spekulanten Milliarden mit solchen verachtenswerten Aktivitäten verdienen, während an anderen Orten unseres Planeten Menschen sterben, weil sie sich die durch den Einsatz von Derivaten gestiegenen Preise für Lebensmittel nicht mehr leisten können. In einem Interview²³³ mit dem Ex-Banker Alfons Föhrenbach²³⁴ im November 2015, antwortete dieser auf die Frage, wie man die aus dem Ruder gelaufene Situation wieder in den Griff bekommen könne, sehr deutlich: „durch Verbot“ der betreffenden Derivate. Dies sieht auch Dirk Müller so:

„Daher bin ich ausdrücklich für ein striktes Verbot von Spekulationsgeschäften jeder Art mit den Grundnahrungsmitteln Weizen, Reis, Mais, Getreide und – schon mal vorsorglich für die Zukunft – Trinkwasser.“²³⁵

Querschuesse.de berichtet, dass laut Angaben der Bank für Internationalem Zahlungsausgleich das tägliche Devisenhandelsvolumen 5,345 Billionen Dollar (Stand: April 2013) betrüge. Weiter steht im Text bei diesem Dienst, dass der gesamte Welthandel von Waren und Gütern 2012 nur 18,401 Billionen Dollar im gesamten Jahr betragen hätte.²³⁶ Das bedeutet, von all diesen Transaktionen kann weniger als ein Pro-

233 vgl. Neues Geld gGmbH, Kurswechsel, Folge 1, Bankenwelt – Schatten und Licht, veröffentlicht am 03.12.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=7BXwBgu3nII> (26. min, abgerufen am 20.08.2016)

234 Föhrenbach, Alfons: 1948 geboren, nach der Höheren Handelsschule Ausbildung zum Bankkaufmann bei einer kleinen Volksbank im Hochschwarzwald, anschließend verschiedene Tätigkeiten bei Sparkassen mit steigender Verantwortung, ab 1991 Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Eilenburg, ab 1994 bis 2005 der Sparkasse Delitzsch-Eilenburg in Sachsen. Danach einige Jahre als betriebswirtschaftlicher Berater für kommunale Unternehmen tätig.

235 Müller, Dirk: „Crashkurs. Weltwirtschaftskrise oder Jahrhundertchance? Wie Sie das Beste aus Ihrem Geld machen“, Droemer Verlag, München, 2009, überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Taschenbuchausgabe, Juni 2010, S. 66

236 vgl. Querschüsse, Steffen Bogs: „BIS: tägliches Devisenhandelsvolumen bei 5,3 Billionen Dollar“, 21.09.2013, <http://www.querschuesse.de/bis-tagliches-devisenhandelsvolumen-bei-5345-billionen-dollar/> (abgerufen am 27.11.2016)

zent den realwirtschaftlichen Aktivitäten in Verbindung mit dem weltweiten Exportvolumen zugeordnet werden.

Beim Thema Spekulationsgeschäfte von Banken muss noch eine weitere grundsätzliche Überlegung angestellt werden: Sollte eine Geschäftsbank, die die Realwirtschaft mit Geld versorgen muss, überhaupt spekulative Geschäfte ausführen dürfen? Verspekuliert sich ein Bankhaus und die daraus folgende Insolvenz führt zu Störungen bei den wirtschaftlichen Prozessen, ist dem Gemeinwohl Schaden zugefügt. Es ist deshalb zu empfehlen, dass Kreditinstitute, die in der Wirtschaft den Geldfluss organisieren, wegen gesetzlicher Vorgaben keine spekulativen Geschäfte ausüben können. In diesem Fall spricht man von einem Trennbankensystem. Es gibt auch auf europäischer Ebene Bestrebungen in diese Richtung. Jedoch hat die EU-Kommission auf Druck der deutschen und der französischen Regierung nachgegeben und eine Trennbankenreform den nationalen Aufsichtsbehörden überlassen.

Nach Aussagen von Giegold, Philipp und Schick sei der Entwurf des EU-Trennbankengesetzes im Rat der Mitgliedsländer und durch die EU-Kommission bis zur Unkenntlichkeit verwässert worden und stecke im Europaparlament seit Jahren fest.²³⁷ Allerdings muss man berücksichtigen, dass beispielsweise Lehman Brothers kein Einlagengeschäft betrieben hat, also als reine Investmentgesellschaft fungierte, die Insolvenz besagten Unternehmens dennoch für massive Verwerfungen gesorgt hat.²³⁸ Ähnlich verhält es sich mit der Dexia und der Hypo Real Estate. Auch diese Banken führten kein nennenswertes Einlagengeschäft aus und wurden trotzdem mit staatlichen Mitteln gerettet, da man ohne derartige Eingriffe negative Auswirkungen im nicht unerheblichen Maße befürchtete.²³⁹ Das Fazit von Admati und Hellwig ist: Finanzinstitutionen aller Art könnten systemrelevant sein, ohne Einlagen zu verwalten, selbst Nichtbanken wären in der Lage, eine Systemrelevanz zu erlangen.²⁴⁰ Ungeachtet dessen ist für das Er-

237 vgl. Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard: „Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern“, Verlag Klaus Wagenbach, 2016, S. 89

238 vgl. Admati, Anat / Hellwig, Martin (2014), a. a. O., S. 147 f.

239 vgl. ebd. S. 405

240 vgl. ebd. S. 148

reichen einer größeren Finanzsystemstabilität ein Trennbankensystem zu befürworten.

In den USA legte Henry B. Steagall 1933 dem amerikanischen Repräsentantenhaus ein Gesetz²⁴¹ vor, welches nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise, die ab 1929 zu weitreichenden Verwerfungen führte, genau diese Trennung von Geschäfts- und Spekulationsbank beinhaltete. Offensichtlich ist es der Bankenlobby über Jahrzehnte gelungen, solche gesetzlichen Regelungen, deren Notwendigkeit bereits verstanden worden war, wieder aufzuweichen oder abzuschaffen. Admati und Hellwig erklären:

„Das Glass-Steagall-Gesetz – und damit die Trennung von Einlagen geschäft und Investment- beziehungsweise Wertpapiergeschäft – wurde 1999 aufgehoben.“²⁴²

Menschen neigen dazu, die Motive für eine sinnvoll erachtete rechtliche Gestaltung mit der Zeit zu vergessen. Verblasst die Erinnerung an das Leid, welches Krisen und Kriege ausgelöst haben, ist eine Angriffsfläche für destruktive Ziele elitärer Kreise zwecks Profitmaximierung und Machtausweitung gegeben.

Gestatten Sie einen Abstecher in das wichtigste Thema unseres Erdalls: Frieden. Um diesen zu bewahren oder in Gebieten zu erreichen, in denen bedauerlicherweise noch kein Frieden herrscht, wurden die Vereinten Nationen gegründet. Den Vereinten Nationen gehören heute 193 Nationen an. Mit der *Charta der Vereinten Nationen* wurde 1945 in der Konferenz von Jalta ein Übereinkommen getroffen und am 26. Juni 1945 auf der Konferenz von San Francisco von 50 Staaten unterzeichnet. Eine Vielzahl an Ländern ratifizierte später die Übereinkunft, so auch 1973 die beiden damals existierenden deutschen Staaten. Die Charta ist ein völkerrechtlicher Vertrag und für alle Mitglieder bindend. In der Präambel dieser internationalen Organisation, die sich wegen der ungeheuerlichen Ereignisse während der beiden Weltkriege gebildet hat, heißt es unmissverständlich, dass „[...] künftige Geschlechter vor der Geisel des Krieges zu bewahren [sind].“

241 Zweiter Glass-Steagall-Act, vom damaligen Präsidenten, Franklin D. Roosevelt, am 16.06.1933 als Gesetz gegengezeichnet

242 Admati, Anat / Hellwig, Martin (2014), a. a. O., S. 86

„Die zentralen Ziele der Vereinten Nationen sind im ersten Kapitel der Charta aufgelistet:

- Weltfrieden und internationale Sicherheit wahren
- friedliche Schlichtung aller Streitigkeiten
- Verzicht auf Gewaltanwendung
- Gleichheit und nationale Souveränität aller Staaten achten und freundschaftliche Zusammenarbeit zur Friedenssicherung fördern
- internationale Zusammenarbeit fördern, um wirtschaftliche, soziale, kulturelle und humanitäre Probleme zu lösen
- Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ungeachtet der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion“²⁴³

Wenn man sich heute das Wirken von Deutschland in Verbindung mit seiner NATO-Mitgliedschaft betrachtet, entsteht dann der Eindruck, dass von unserem Land die soeben zitierten Zeilen aus der Charta der Vereinten Nationen ausreichend mit Leben gefüllt werden (siehe auch Kapitel IV.4.d: „Frieden“)?

Das Handelsblatt veröffentlicht in seinem Morning Briefing vom 04.12.15 folgenden Text:

„[D]er Bundestag folgt der Regierung und schickt 1.200 Bundeswehrsoldaten in den Syrien-Krieg, wissend, dass der Konflikt so nicht gelöst, sondern verschärft wird. Die Solidarität mit dem Terror-Opfer Frankreich, so wird unter der Hand von Regierungsmitgliedern argumentiert, ließe uns Deutschen keine andere Wahl. Man könnte es auch so formulieren: Wir bomben nicht für den Frieden in Nahost, sondern für den Erhalt der deutsch-französischen Freundschaft. [Hervorhebungen getilgt]“

Am 16.11.2015 wird im gleichen Format erklärt:

„Von den 1,3 Millionen Menschenleben, die das Kriegsgeschehen von Afghanistan bis Syrien mittlerweile gekostet hat, bringt es al-

²⁴³ Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): „Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen“, 02.02.2011, <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/vereinte-nationen/48577/ziele-und-grundsaezze> (abgerufen am 14.06.2016)

lein der unter falschen Prämissen und damit völkerrechtswidrig geführte Irak-Feldzug auf 800.000 Tote. Die Mehrzahl der Opfer waren friedliebende Muslime, keine Terroristen. Saddam Hussein war ein Diktator, aber am Anschlag auf das World Trade Center war er nachweislich nicht beteiligt. „Diejenigen, die Saddam 2003 beseitigt haben, tragen auch Verantwortung für die Situation im Jahr 2015“, sagt mittlerweile selbst Tony Blair, einst der willige Krieger an der Seite der USA. [Hervorhebungen getilgt]

Der Historiker und Friedensforscher Daniele Ganser kommt zu folgendem Ergebnis:

„Der Irakkrieg war ein illegaler Angriffskrieg ohne UNO-Mandat. US-Präsident George Bush und Premier Tony Blair führten ihre Länder auf der Basis von dreisten Lügen²⁴⁴ in den Krieg.“²⁴⁵

Die Bürger sind nun in der Pflicht, friedliche Mittel bei der Bewältigung von Konflikten einzufordern. Auf Entscheidungen politisch elitärer Kreise sollten wir uns nicht verlassen, im Gegenteil: Gefällte Beschlüsse sind zu überprüfen und Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen. Hierfür steht zum Beispiel der Internationale Strafgerichtshof zur Verfügung. Das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs wurde am 11.12.2000 von der BRD ratifiziert. Michael Lüders sieht das auch so:

„Zeigen wir Härte denen gegenüber, die unsere Freiheit missbrauchen. Dazu gehören auch und vor allem diejenigen, die Wind säen und Sturm ernten, nicht allein im Orient. Der richtige Ort für sie ist der Internationale Gerichtshof in Den Haag.“²⁴⁶

244 Zum Beispiel wurden die angeblich vorhandenen Massenvernichtungswaffen im Irak nie gefunden.

245 Ganser, Daniele: „Illegal Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien“, Orell Füssli Verlag AG, Zürich, 2016, 5. Auflage 2017, S. 221

246 Lüders, Michael: „Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet“, Verlag C. H. Beck oHG, München, 2015, 23. Auflage 2017, S. 175

10.b Die Losgrößentransformation

Der Begriff *Losgröße* stammt ursprünglich aus der industriellen Fertigung. Ein *Los* ist ein Produktionsauftrag. Die Losgröße ist die Zahl an Erzeugnissen eines speziellen Auftrages.

Bei Bankabläufen sind mit Losgrößen die verschiedenen Volumina von Einlagen und Krediten gemeint. So bündelt man eine Menge an kleinen Einlagen, um darüber größere Darlehen zu vergeben. Genau spiegelbildlich ist es möglich, dass man finanzielle Mittel aus einer beträchtlichen Einlage für die Vergabe vieler kleiner Kredite verwendet, wobei der zuerst genannte Fall vorrangig stattfindet. Man spricht von einer Losgrößentransformation.

Es wäre eine enorme Herausforderung für ein Unternehmen, das eine umfangreiche Investition durchführen möchte, sich von vielen Kleinanlegern die finanziellen Mittel zu beschaffen, um wie gewünscht ihren Plan umzusetzen. Insofern ist die Losgrößentransformation, wie sie von Kreditinstituten realisiert wird, eine wichtige Aufgabe dieser Dienstleister.

Nun ist wegen verschiedener Vorkommnisse, wie an anderer Stelle bereits beschrieben, der Ruf von Geschäftsbanken stark beschädigt, weshalb in einem Teil der Bevölkerung ein gewisses Interesse daran besteht, ohne Bank auszukommen. Darum haben sich Internetportale gebildet, die damit werben, dass über diese Variante Kredite von Privatanlegern zu erhalten sind. Berücksichtigt man, dass gerade auch diejenigen Kreditsuchenden zu derartigen Plattformen finden, die über den üblichen Weg, ein Darlehen bei einer Bank zu zeichnen, nicht erfolgreich waren, kommt das nächste Thema ins Spiel: das Risiko für den Gläubiger.

Bei einem der verschiedenen Onlineanbieter ist folgender Text zu finden:

„Da die Realisierung der Kredite über Privatpersonen erfolgt, die selber darüber entscheiden können, wer einen Kredit erhält oder nicht, ist die Möglichkeit einer Kreditvergabe auch in eher schwierigen Situationen gegeben. Anders als bei Banken, denn da wird die Kreditprüfung nach einem bestimmten System durchgeführt, wer durch das Raster fällt, kann keinen Kredit erhalten, Ausnah-

men gibt es nur wenige. Wer beispielsweise einen negativen Eintrag in der Schufa²⁴⁷ hat, kann in den meisten Fällen keinen Kredit von einer deutschen Bank erhalten, auch wenn er ein regelmäßiges und auch ausreichendes Einkommen vorweisen kann. Bei einem Kredit ohne Bank ist das anders, denn den privaten Geldgebern ist es meist wichtiger, wie die aktuelle finanzielle Situation aussieht und nicht wie das Zahlungsverhalten vor einigen Jahren war. Privaten Kreditgebern ist es wichtiger, dass die aktuelle Bonität zufriedenstellend ist und der vergebene Kredit bedient werden kann. Ausschlaggebender für private Investoren ist die mögliche Rendite und nicht etwa die Auskunft der Schufa.²⁴⁸

Wenn man die obigen Zeilen richtig interpretiert, ist das Hauptmotiv des Geldgebers, ein derartiges Geschäft einzugehen, die Rendite. Ähnlich verhält es sich bei sogenannten *Schweizer Krediten*, bei diesen wird eine Kreditvergabe ohne Schufa-Abfrage versprochen. Die Kreditzinsen sind im Schnitt bei solchen Angeboten immer höher im Vergleich zum Zinsniveau von Krediten deutscher Banken, die nach dem gültigen Regelwerk vergleichbare Geschäfte tätigen. Bei manchem Anbieter ist zu lesen, dass das Geld in Form von „Bargeld per Post“ überstellt wird. Landet man bei einem unseriösen Vermittler, sind Gebühren zu zahlen, obwohl man am Ende dennoch kein Darlehen bekommen hat. Bei diesen Varianten ist für beide Parteien, Einleger wie Kreditsuchenden, höchste Vorsicht geboten.

10.c Die Risikotransformation

Wenn eine Privatperson einer anderen einen Kredit gewährt, trägt der Geldgeber das alleinige Risiko des Totalverlustes. Legt man im Gegensatz hierzu finanzielle Mittel bei einer Bank an, verfolgt man unter anderem das Ziel, das Wagnis an eine Bank zu übertragen. Die Bank wird dem Einleger nie eine Mitteilung schicken, aus der hervorgeht,

247 Schufa: Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung, 1927 gegründet, eine der führenden Auskunftsdateien in Deutschland, die Schufa Holding AG gehört zum großen Teil den Banken (z. B.: zu 26,4 % den Sparkassen und zu 7,9 % den Genossenschaftsbanken), <https://www.schufa.de/de/ueber-uns/unternehmen/schufa-zahlen> (abgerufen am 15.07.2017)

248 kreditvonprivat.cash, Garnett Martin, <http://kreditvonprivat.cash/kredit-ohne-bank> (abgerufen am 01.09.2016)

dass seine Einlage verlustig, da ein von ihr vergebener Kredit ausgefallen sei.

Wenn ein Kreditinstitut das Ausfallrisiko für den Einleger übernimmt, muss es daraus ableitend selbst Wege finden, um Risiken zu minimieren. Zunächst erfolgt eine umfangreiche Bonitätsprüfung des Kreditsuchenden. Dafür holt sich die Bank vom Antragsteller über Auskunftsdateien²⁴⁹ Informationen ein. Hierzu ist sie auch nach Kreditwesengesetz § 18 verpflichtet. Während der Darlehenslaufzeit werden Verpflichtete²⁵⁰ kontrolliert,²⁵¹ um nach der Mittelvergabe sich entwickelnde Risiken vorzeitig zu erkennen und einschreiten zu können.

Darüber hinaus hat ein Bankhaus einen Informationsvorsprung. Durch die Vielzahl an vergebenen Krediten kann es über statistische Auswertungen zusätzliche Erkenntnisse gewinnen. Ein solches Wissen steht dem Einzelnen nur sehr begrenzt zur Verfügung. Risiken können dadurch nach Branchen, Berufs- und Einkommensgruppen, Regionen, Volumina usw. beurteilt werden. Veränderungen bei den Risikostrukturen nehmen Dienstleister wesentlich schneller wahr, als dies jemals für eine Privatperson möglich ist.

Des Weiteren wird der Kreditausfall durch die Vergabe von einer Vielzahl an Krediten finanziell besser abgefangen. Innerhalb eines Kreditzinses wird kalkulatorisch ein gewisser Teil als Risikoprämie eingestellt. Man kann sich das folgendermaßen vorstellen: Alle Verpflichteten bezahlen einen Betrag über den Kreditzins, durch den Kreditausfälle gedeckt sind. Banken wissen, wie hoch prozentual Kre-

249 Zum Beispiel stehen hierfür die Schufa Holding AG, Creditreform Bonivarsum GmbH, accumio finance service GmbH und Bürgel Wirtschaftsinformationen GmbH zur Verfügung.

250 Der Begriff Schuld ist mit einer negativen Konnotation verbunden. Menschen werden vor Gerichten schuldig gesprochen, wenn sie nachweislich eine Straftat begangen haben. Bei einem Kreditgeschäft finden zwei Parteien zueinander. Die eine Partei überlässt finanzielle Mittel, die andere Partei benötigt finanzielle Mittel und ist verpflichtet, die geliehenen Beträge in der vereinbarten Laufzeit zurückzuzahlen. Beide Partner ziehen einen Nutzen aus dieser Vereinbarung. Der Ausdruck Schuld verschiebt unglücklich das gleichberechtigte Verhältnis von Lieferant und Empfänger der Sache.

251 Man spricht auch von Monitoring.

dite in den verschiedenen Segmenten²⁵² uneintreibbar werden. Liegt die Ausfallquote unterhalb der erwartenden Größe, ist ein zusätzlicher Ertrag zugunsten der Bank generiert worden. Ist das Volumen der uneinbringbaren Forderungen umfangreicher, sind Verluste zu verbuchen. Diese können jedoch mit Gewinnen aus anderen Bereichen kompensiert werden, so dass Geschäftsbanken bei bemerkenswerten Kreditausfällen nicht gleich insolvenzgefährdet sind. Gegebenenfalls geht Eigenkapital verloren.

Ist eine Bank zu hohe Risiken eingegangen oder führen unvorhersehbare Umstände zu enormen Abschreibungen, kann dies den Konkurs des Kreditinstitutes zur Folge haben. Unkalkulierbare Ereignisse können durch eine Insolvenz eines sehr großen regional ansässigen Verpflichteten, wirtschaftliche Krisen in anderen Ländern oder ökonomische Schwierigkeiten einer ganzen Branche ausgelöst werden. Ist von einer solchen Situation lediglich ein einzelnes Bankhaus betroffen, helfen in Deutschland die Einlagensicherungssysteme (siehe Kapitel II.11: „Die Einlagensicherungssysteme“).

10.d Die Fristentransformation

Das Thema Fristentransformation ist derart essentiell, dass die Tatsache irritiert, warum es in vielen kritischen Arbeiten so wenig Beachtung findet. Besonders auch in Veröffentlichungen zum Vollgeld fällt auf, dass die Betrachtung der Fristigkeiten sehr unzureichend diskutiert wird. Giegold, Philipp und Schick heben sich hier positiv heraus:

„Die Fristentransformation ist allerdings eine der wichtigsten Ursachen für die Instabilität am Finanzmarkt.“²⁵³

Sie erkennen die Risiken, wenn sich Banken einerseits stark über kurzfristige Einlagen refinanzieren und andererseits in großem Stil langfristige Darlehen vergeben. Jedoch wäre nach ihrer Ansicht die radikalste Antwort auf diese Form der Instabilität das Vollgeld.²⁵⁴ Für die

252 zum Beispiel: Immobilienfinanzierung, Kredite für private Anschaffungen, unbesicherte Kontokorrentkredite, Darlehen für unternehmerische Investitionen, Kredite für Wertpapierkäufe usw.

253 Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard: „Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern“, Verlag Klaus Wagenbach, 2016, S. 107

254 vgl. ebd. S. 108

täglich verfügbaren Vollgeldansprüche, die außerhalb der Bankbilanz verbucht werden und zu 100 Prozent mit Zentralbankgeld unterlegt sind, mag das stimmen. Über den Nutzen, sich jederzeit in einem Vollgeldsystem sein Girokontoguthaben als Bargeld nach Hause holen zu können, kann man sich streiten. Viel spannender ist jedoch der Aspekt, wenn Vollgeld einer Geschäftsbank zur Verfügung gestellt wird, damit sie es verleihen kann. Darf die Bank jetzt Fristentransformation betreiben oder nicht? Wenn nein, heißt dies, dass Vollgeldanhänger Fristenkongruenz fordern. Eine solche Bedingung würde jedoch ein erhöhtes Zinsniveau bewirken. Denn, wenn Banken langfristige Darlehen vergeben wollten, bräuchten sie zwingend auch langfristige Einlagen. Damit Einleger solche zeichnen, müsste man dem Anleger einen entsprechend hohen Zins als Anreiz bieten. Dies würde den zinsbedingten Umverteilungsmechanismus befeuern. Falls ja, also Vollgeldvertreter keine Fristenkongruenz fordern, stellt sich die Frage: Wie wird in einem Vollgeldsystem gewährleistet, dass der Vollgeldinleger nach Ablauf der Zinsbindung sein Vollgeld vollständig zurückhalten kann? Das wird von Vollgeldfreunden nicht oder unzureichend beantwortet.

Martin Sauber und Benedikt Weihmayr erklären, dass eine Bank in einem Vollgeldsystem unter anderem mittels Zentralbankkredit einen Mangel an Liquidität beheben könne.²⁵⁵ Allerdings wird in den meisten Vollgeldbüchern definiert, dass neues Vollgeld in Umlauf gelangt, indem es dem Staat von der Zentralbank zinslos zur Verfügung gestellt wird. Joseph Huber und James Robertson formulieren, das Prinzip einer Vollgeldreform sei einfach. Es bestünde aus zwei Teilen: Zusätzliches Geld würde den Regierungen als Staatseinnahme übertragen und dann durch öffentliche Ausgaben in Umlauf gebracht.²⁵⁶ Im Widerspruch dazu steht der von Sauber und Weihmayr beschriebene Weg zum Ausgleich einer Liquiditätssünde einer Geschäftsbank, frisches Vollgeld als Kredit durch die Zentralbank zu bekommen.

255 vgl. Sauber, Martin / Weihmayr, Benedikt: „Vollgeld und Full Reserve Banking – Geldreformen auf dem Prüfstand“, ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, S. 4

256 vgl. Huber, Joseph / Robertson, James: „Geldschöpfung in öffentliche Hand. Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter“, Gauke GmbH / Verlag für Sozialökonomie, 2008, S. 7

Mayer bringt noch eine zusätzliche Komponente ins Spiel. Nachdem Vollgeld gebildet wurde, haben sich die Schulden einer jeden Geschäftsbank gegenüber der Zentralbank erhöht (siehe Kapitel II.7: „Das Vollgeld“). Mayer erklärt nun, dass diese Zentralbankkredite unter anderem mit neuen Spargeldern, die bei den Banken eingezahlt würden, zurückgezahlt werden könnten.²⁵⁷ Wenn ein Kreditinstitut Vollgeldanlagen zur Zentralbankschuldenentlastung einsetzt, woher nimmt das Institut später das Vollgeld, welches der Sparer nach Ablauf der Zinsbindung zurückgestattet haben will? Sollen hierfür die Vollgeldgewinne der Banken genügen, damit sie solche Forderungen erfüllen können? Laut der Gesamtbilanz deutscher Banken (siehe Kapitel II.4: „Die Bankbilanz“, Abbildung 8) wurden im April 2015 1.719,3 Milliarden Euro täglich fällige Einlagen verwaltet. In Höhe dieses Betrages müssten sich in Summe deutsche Bankhäuser mit Einführung von Vollgeld bei der Zentralbank verschulden. Der Jahresüberschuss aller deutschen Banken belief sich 2014 auf 24,2 Milliarden Euro.²⁵⁸ Selbst wenn größere Teile jenes Überschusses von den Banken zur Schuldentlastung bei der Zentralbank eingesetzt würden, sind die Einschätzungen einiger Vollgeldprotagonisten, dass nach einer überschaubaren Übergangszeit diese Kredite getilgt wären, viel zu optimistisch.

Die Debatte über die Fristentransformation wird bereits seit Jahrhunderten geführt. Einen Meilenstein in der Geschichte dieses Themas setzte ein Werk von Otto Hübner aus dem Jahre 1853; hier formuliert er einen Grundsatz, der später als die Goldene Bankregel bezeichnet wird. So schreibt er:

„Wir haben die Theorie aufgestellt, daß eine Bank keinen anderen Credit geben dürfe als sie empfängt. Sie kann daher mit Geldern, welche jeden Augenblick zurückfordert werden können, nur solche Geschäfte machen, aus welchen sie das Geld ebenfalls jeden Augenblick herauszuziehen vermag; sie kann mit Geldern, welche ihr auf einen Monat übergeben werden, nur Geschäfte machen, welche binnen einem Monat ablaufen; mit Geldern, welche ihr auf

²⁵⁷ vgl. Mayer, Thomas / Huber, Roman: „Vollgeld – Das Geldsystem der Zukunft“, Tectum Verlag Marburg, 2014, S. 130

²⁵⁸ vgl. Deutsche Bundesbank: „Monatsbericht September 2015“, 67. Jahrgang, Nr.: 9, 18.09.2015, S. 43

drei Monat übergeben werden, nur solche, welche innerhalb drei Monaten ablaufen; mit Geldern, eine gewisse Zeit nach Kündigung rückzahlbar, nur solche Geschäfte, welche in solcher Kündigungsfrist abgewickelt werden können.“²⁵⁹

Hübner fordert demnach eine hundertprozentige Fristenkongruenz. Er sagt, dass grundsätzlich die Möglichkeit besteht, dass alle Einleger ihre Einlagen einfordern und Geld ausgezahlt haben möchten. Damit eine Bank hierzu jederzeit und in vollem Umfang in der Lage ist, muss sie uneingeschränkt liquide sein und kann deshalb kurzfristig zur Verfügung gestellte finanzielle Mittel nicht langfristig verleihen. Eine alternative Sichtweise stellt die bereits an anderer Stelle beschriebene Bodensatz- und Maximalbelastungstheorie dar.

Nun ist das Geldsystem des 19. Jahrhunderts nicht mehr mit dem heutigen vergleichbar. Zur damaligen Zeit konnten private Banken Banknoten ausgeben. Diese Banknoten waren Zahlungsversprechen, dem Einreicher Geld in Form von Münzen, die aus Edelmetall bestanden, auszureichen. Ob in einem Finanzsystem eine Edelmetalldeckung notwendig ist, wird an anderer Stelle besprochen.

Hübners postulierte Regel soll hier nun mit den Vorstellungen der Anhänger des Vollgeldes abgeglichen werden. Diese kritisieren, dass der Kassenbestand der Geschäftsbanken an Zentralbankgeld gegenüber den täglich fälligen Einlagen nur einen Bruchteil ausmacht. Im Falle eines Bank Runs (siehe auch Kapitel II.5: „Der Bank Run“) würden die liquiden Mittel nicht ausreichen, die Forderungen der Einleger zu befriedigen. Wie bereits unter der Überschrift „Das Vollgeld“ (siehe Kapitel II.7) vorgestellt, soll nun dieses Tauschmittel außerhalb einer Bankbilanz verbucht werden, damit die Vollgeldkonten im Moment einer Bankpleite unberührt bleiben. Des Weiteren ist die auf der Passivseite bilanzierte Forderung auf Vollgeld zu hundert Prozent mit Zentralbankgeld unterlegt. Das Zentralbankgeld wird buchhalterisch auf der Aktivseite erfasst. Insofern kann man hier erste Parallelen zu Hübner feststellen.

259 Hübner, Otto: „Die Banken“, historisches Wirtschaftsarchiv, Imprint der Salzwasser Verlag GmbH Paderborn, 1. Auflage 2011, Ursprung: Verlag von Heinrich Hübner Leipzig, 1835, S. 59

Noch interessanter wird es, wenn weitere Prozesse in Verbindung mit der Fristentransformation beim Vollgeld angeschaut werden.

Nochmals die wesentlichen Fakten zum Vollgeld: Vollgeld wird außerhalb der Bankbilanz verbucht. Damit soll es zum Beispiel im Falle einer Bankinsolvenz nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Darüber hinaus ist Vollgeld zu hundert Prozent mit Zentralbankgeld unterlegt. Auf diese Weise soll das Risiko eines Bank Runs gänzlich ausgeschaltet werden, da jede Einlegerin und jeder Einleger fortwährend sein Geld vollständig abheben kann. In der Bankbilanz gibt es auf der Passivseite nicht mehr den Posten der täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken.

Abbildung 12:

Bankbilanz ohne täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken

| Aktiva | Passiva |
|---|---|
| 1. Barreserve <ul style="list-style-type: none"> a) Kassenbestand b) Guthaben bei Notenbanken | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken <ul style="list-style-type: none"> a) ggü. Banken (ohne Notenbanken) b) ggü. Notenbanken |
| 2. Forderungen an Banken | 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken |
| 3. Forderungen an Nichtbanken | a) täglich fällig: keine |
| 4. Schuldverschreibungen | b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist |
| 5. Aktien und Beteiligungen | 3. Verbriefte Verbindlichkeiten |
| 6. Sonstige Aktiva | 4. Sonstige Verbindlichkeiten |
| | 5. Rückstellungen |
| | 6. Eigenkapital |
| Bilanzsumme | Bilanzsumme |
| | |
| Aktiva | Passiva |
| 1. Kassenbestand | 1. Vollgeld |

In vielen Gesprächen wurde von Freunden des Vollgeldes unmissverständlich formuliert, dass beim Vollgeld die Bank kein Geld mehr schöpfen, sondern nur das verleihen könne, was sie vorher von Einlegern zur Verfügung gestellt bekommen hätte. Die sogenannte Geldschöpfung wird in einem anderen Kapitel (siehe Kapitel III.4: „Geldschöpfung der Geschäftsbanken?“) ausführlich behandelt, hier wird vorerst das Thema der Fristigkeiten beleuchtet. Bei oben genannter

Argumentation ergibt sich jedoch unwillkürlich die Frage, was den Inhaber eines Vollgeldkontos mit entsprechend verfügbarem Vollgeldvolumen veranlassen kann, einem Kreditinstitut sein Vollgeld zur Verfügung zu stellen. Zur Klärung wird hier aus verschiedenen Hauptwerken der Vollgeldtheorie zitiert:

„Nach der Umstellung auf Vollgeld sind die Banken auf Anlagegelehr mehr angewiesen als heute, um Kredite vergeben zu können. Deshalb werden sie Anstrengungen unternehmen, um Geld anzu ziehen. Neben normalen Anlagekonten wird es vermutlich auch solche mit speziellen Risikoprofilen und Zinssätzen geben: zum Beispiel zur Verwendung für sichere Baukredite mit niedriger Verzinsung oder für risikantere Kredite an Unternehmensgründungen mit höherer Verzinsung.“²⁶⁰

Was im Zitat beschrieben wird, ist vergleichbar mit dem bestehenden System. Man vermag entweder ein Termineinlagenkonto mit täglicher Verfügbarkeit einrichten oder einen Sparbrief mit verschiedenen Laufzeiten kaufen. Man kann jedoch auch Pfandbriefe erwerben oder sein Geld für Gründungen von Unternehmungen zur Verfügung stellen. Bei zuletzt genannter Anlage geht man zum Teil beträchtliche Risiken ein, ist dafür aber im Gegenzug in der Lage, einen deutlich höheren Zinssatz zu verlangen. Mayer denkt, dass mit Vollgeld die leistungslose Umverteilung (siehe Kapitel IV.3: „Eine einfache Rechnung“) beendet sei, da niemand mehr dafür bezahlen müsse, damit Geld in Umlauf komme.²⁶¹ Doch wie verhält es sich mit der zinsbedingten Umverteilung, die stattfindet, wenn ein Zins größer null Prozent regelt, dass Vollgeld im Umlauf bleibt?

Philippe Mastronardi schreibt über die Motivation, Vollgeld anzulegen, folgendes:

260 vgl. Mayer, Thomas / Huber, Roman (2014), a. a. O., S. 135

261 vgl. ebd. S. 87

„Wer aus Geld einen Ertrag erwirtschaften will, muss sein Geld anlegen, d. h. investieren, etwa indem er Wertpapiere kauft oder seiner Bank oder anderen Unternehmen ein Darlehen gibt.“²⁶²

Huber und Robertson erklären die Umlaufsicherung des Vollgeldes mit diesen Worten:

„Das Verleihen von Geld gegen Zins wird auch zukünftig eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben spielen.“²⁶³

Weiter unten heißt es:

„Die Banken können es [Vollgeld, welches einer Bank zur Verfügung gestellt wurde; Anm. S. H.] für ihre eigenen Geschäftszwecke, also zum Ausleihen an Dritte, nurmehr verwenden, wenn sie es explizit von ihren Kunden ausgeliehen haben. In diesem Fall wird das Vollgeld von den Konten der Kunden auf die Konten der Banken übertragen. Als Gegenleistung erhalten die Kunden Gutschriften auf Sparkonten oder ähnliche Anlagekonten.“²⁶⁴

Und wie werden die zerstörerischen Konsequenzen des Zinseszinseffektes beseitigt, wenn die Vollgeldumlaufsicherung, wie die obigen Zitate beschreiben, organisiert wird? Denn, wenn der Vollgeldanleger die vereinnahmten Zinsen erneut verzinslich anlegt, stellt sich auch hier der beschriebene Zinseszinseffekt mit seinen destruktiven Wirkungen ein.

Was schreiben Autoren, wenn sie den Zins größer null Prozent als Lockmittel dafür verwenden möchten, damit Vollgeldhalter einer Bank Vollgeld zur Verfügung stellen? Mayer und Huber formulieren dazu:

„Durch den Zinseszinseffekt wachsen diese [die Finanzvermögen; Anm. S. H.] weiter. Soweit die Kapitaleinnahmen vollständig angelegt und nicht verbraucht werden, verdoppelt sich ein Vermögen bei einer 3 %-Rendite in 23,5 Jahren, bei einer 5 %-Rendite in 14 Jahren, bei einer 7 %-Rendite in 10 Jahren und bei einer 10 %-

262 Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): Die Vollgeld-Reform. Wie Staats Schulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können“, edition Zeitpunkt, Solothurn, April 2015, 4. aktualisierte Auflage, S. 75

263 Huber, Joseph / Robertson, James (2008), a. a. O., S. 37

264 ebd. S. 41

Rendite in nur 7 Jahren. Dass diese Mechanismen tatsächlich wirken, zeigt die Praxis.“²⁶⁵

Es handelt sich um einen exorbitanten Widerspruch, wenn einerseits die Destruktivität des Zinseszinseffektes beschrieben, andererseits jedoch vorgeschlagen wird, Vollgeld mit Hilfe eines Zinses größer null Prozent im Umlauf zu halten.

Brichta und Voglmaier sind zwar der Meinung, dass es eine Geldschöpfung der Geschäftsbanken gäbe, treffen zum Vollgeldansatz jedoch folgende Aussage:

„Mit diesem Problem, also dem systembedingten Wachstumsdruck für Geld und Schulden, der sich aus dem Anhäufen von Geldvermögen und dem Zinseszinseffekt speist, befasst sich der Vollgeld-Vorschlag überhaupt nicht.“²⁶⁶

Horst Seiffert sieht das anders, er möchte den Sparzins auf null Prozent senken, indem er den Kreditinstituten verbietet, dass sie Vollgeld von Sparkonten verleihen. Allerdings konnte nur bei ihm eine solche Position festgestellt werden. Er schreibt:

„[E]s muss verfügt werden, dass die Geschäftsbanken das Geld für die Darlehensvergaben immer in voller Höhe direkt von der Zentralbank erhalten, unabhängig der von den Banken verwalteten Kundengeldmenge.“²⁶⁷

Wenn jede Kreditvergabe die umlaufende Zentralbankgeldmenge erhöht, wie will Seiffert eine sich schnell einstellende extreme Inflationsrate verhindern, wenn das ausgegebene Vollgeld nachfragewirksam von den Haltern eingesetzt wird?

Nach diesem kleinen Abstecher zur Geldumlaufsicherung durch einen Zins größer null Prozent (siehe auch Kapitel III.7: „Die Geldumlaufsicherung“), kehren wir nun zur Fristentransformation zurück.

265 vgl. Mayer, Thomas / Huber, Roman (2014), a. a. O., S. 243

266 Brichta, Raimund / Voglmaier, Anton: „Die Wahrheit über Geld. Wie kommt unser Geld in die Welt – und wie wird aus einem Kleinkredit ein großer Finanzcrash“, Börsenmedien AG, Kulmbach, 2013, S. 224

267 Seiffert, Horst: „Geldschöpfung. Die verborgene Macht der Banken“, Verlag Horst Seiffert, 2. überarbeitete Auflage August 2014, S. 174

Mit der Motivation, leistungslos Zinsen zu empfangen, überträgt der Vollgeldeigentümer als Nichtbank Vollgeld beispielsweise in Höhe von 10.000 Euro an ein Kreditinstitut. Die Buchung hierfür sieht folgendermaßen aus:

*Abbildung 13:
Vollgeld wird einer Geschäftsbank übertragen – Bilanzverlängerung*

| Aktiva | Passiva |
|---|--|
| 1. Barreserve a) Kassenbestand: + 10.000 € b) Guthaben bei Notenbanken | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken a) ggü. Banken (ohne Notenbanken) b) ggü. Notenbanken |
| 2. Forderungen an Banken | 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken |
| 3. Forderungen an Nichtbanken | a) täglich fällig: keine |
| 4. Schuldverschreibungen | b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist: + 10.000 € |
| 5. Aktien und Beteiligungen | 3. Verbrieftete Verbindlichkeiten |
| 6. Sonstige Aktiva | 4. Sonstige Verbindlichkeiten |
| | 5. Rückstellungen |
| | 6. Eigenkapital |
| Bilanzsumme: +10.000 € | Bilanzsumme: +10.000 € |
| | |
| Aktiva | Passiva |
| 1. Kassenbestand: – 10.000 € | 1. Vollgeld: – 10.000 € |

Das außerhalb der Bankbilanz geführte Vollgeldkonto des Einlegers wird mit 10.000 Euro belastet. Im gleichen Zug wird Zentralbankgeld in Höhe der Anlagesumme an die tangierte Geschäftsbank übertragen. Der *Kassenbestand* auf der Aktivseite des ausgewählten Kreditinstitutes erhöht sich um den vom Anleger investierten Betrag. Auf der Passivseite vergrößert sich die Bilanzposition *Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken*. Die Bilanzsumme wächst auf beiden Seiten um den angelegten Wert; es hat also durch das Übertragen der finanziellen Mittel von einem externen Vollgeldkonto an ein Bankhaus eine Bilanzverlängerung stattgefunden. Deshalb folgende Bemerkung: Vollgeldanhänger kritisieren oft, dass Banken bei der Kreditvergabe ihre Bilanzen verlängern. Die eben beschriebenen Prozesse zeigen, dass das auch beim Vollgeld geschieht, sobald Geld einer Bank für die Kreditvergabe zur Verfügung gestellt wird.

Die Geschäftsbank hat über den oben geschilderten Weg Vollgeld vom Einleger erhalten. Diesen Betrag kann sie jetzt verleihen, also einen Vollgeldkredit ausreichen.

Abbildung 14: Kreditvergabe im Vollgeldsystem – Aktivpostentausch

| Aktiva | Passiva |
|-------------------------------------|---------------------------------------|
| 1. Barreserve | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken |
| a) Kassenbestand: + 10.000 € | a) ggü. Banken (ohne Notenbanken) |
| Kreditauszahlung: – 10.000 € | b) ggü. Notenbanken |
| b) Guthaben bei Notenbanken | 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken |
| 2. Forderungen an Banken | a) täglich fällig: keine |
| 3. Forderungen an Nichtbanken: | b) mit vereinbarter Laufzeit oder |
| Kreditvergabe: + 10.000 € | Kündigungsfrist: + 10.000 € |
| 4. Schuldverschreibungen | 3. Verbriefte Verbindlichkeiten |
| 5. Aktien und Beteiligungen | 4. Sonstige Verbindlichkeiten |
| 6. Sonstige Aktiva | 5. Rückstellungen |
| Bilanzsumme: +10.000 € (±0) | 6. Eigenkapital |
| | Bilanzsumme: + 10.000 € |
| Aktiva | Passiva |
| 1. Kassenbestand: – 10.000 € | 1. Vollgeld: – 10.000 € |
| Kreditauszahlung: + 10.000 € | Kreditauszahlung: + 10.000 € |

Die Passivseite des Kreditinstitutes wird dadurch nicht tangiert. Auf der Aktivseite findet ein Aktivpostentausch statt. Dabei reduziert sich der Kassenbestand der Bank um den vergebenen Kreditbetrag. Das Volumen an Forderungen an Nichtbanken erhöht sich um den Wert des ausgereichten Vollgeldkredits. Die Bilanzsumme bleibt unverändert. Das außerhalb der Bankbilanz geführte Vollgeldkonto des Kreditnehmers wird um den Kreditbetrag aufgefüllt. Dieser kann nun über die kreditierten finanziellen Mittel verfügen. Die Vollgeldmenge hat sich nicht verändert, allerdings haben sich die Summe der Einlagen und die Summe der Forderungen des Bankhauses vergrößert. Nicht zu erklären ist, weshalb Vollgeldvertreter verschiedene Passivposten im gegenwärtigen System als Geld bezeichnen, wenn sie dem Geld zum Beispiel Einlagen mit vereinbarter Laufzeit zuordnen. Manche Vollgeldprotagonisten definierten beispielsweise M2 (siehe Kapitel I.5: „Die Geldmengenaggregate“) als Geld. Bilden sich jedoch dieselben

Positionen durch das Verleihen von Vollgeld an eine Geschäftsbank heraus, werden diese Aggregate von Vollgeldanhängern nicht mehr Geld genannt, ein weiterer Widerspruch.

Würden wir jetzt die Betrachtungen beenden, hätten wir einen essentiellen Fakt übersehen, denn wir haben die Laufzeiten der in der Bankbilanz hinzugekommenen Positionen noch nicht diskutiert.

Die Befürworter des Vollgeldes wünschen sich ein absolut sicheres Geld, welches nicht durch Fehlverhalten von Kreditinstituten in Gefahr geraten kann. Deshalb wird Vollgeld außerhalb der Bankbilanzen verbucht. Wird Vollgeld jedoch an eine Bank übertragen, steht die Forderung des Einlegers im Risiko. Thomas Mayer und Roman Huber diskutieren obendrein eine völlige Abschaffung der gegebenen Schutzmechanismen:

„Da es insolvenzsicheres Zentralbankgeld für alle gibt, wird die bestehende gesetzliche Einlagensicherung überflüssig und könnte sogar abgeschafft werden. Es braucht keine staatliche Bankgarantie mehr, da das Geld selbst sicher ist.“²⁶⁸

Anders ist es mit langfristig angelegtem Geld und Bankanleihen. Hier ändert Vollgeld nichts, denn dabei wurden der Bank bewusst Kredite gegeben und diese stehen im Falle einer Insolvenz im Risiko. Zum Ausgleich für dieses Risiko erhält man Zinsen.“²⁶⁸

Beim Wegfall der gesetzlichen Regelungen zur Einlagensicherung würde sich der Zinssatz spürbar nach oben bewegen. Denn das erhöhte Ausfallrisiko würden sich Vollgeldeinleger über Zinsaufschläge bezahlen lassen. Darlehen würden damit parallelverschoben deutlich teurer werden. Die Darlehenszinsen, die Unternehmen an Kreditgeber zahlen, sind in den Preisen von Waren und Dienstleistungen enthalten (siehe Kapitel IV.3: „Eine einfache Rechnung“). Das bedeutet, über Konsum würden alle stärker zur Kasse gebeten; der Investor bekäme jedoch sein Risiko immer honoriert. Der Umverteilungsmechanismus von fast allen Menschen zu den ohnehin schon sehr reichen würde durch den Wegfall der Einlagensicherung und den dadurch steigenden Zinssätzen massiv befeuert. Gerade Eigentümer großer Vermögen können leichter höhere Risiken eingehen, sie wären bei einem solchen System zusätzlich bevorteilt. Doch die von dieser Gruppe vereinnahm-

268 vgl. Mayer, Thomas / Huber, Roman (2014), a. a. O., S. 197

ten Zinsen würde letztendlich die sehr große Mehrheit tragen müssen. Das soziale Ungleichgewicht würde steigen. Deshalb ist ein Wegfall der gesetzlichen Einlagensicherung für Kleinanleger abzulehnen.

Grundsätzlich ist die gute Absicht der Vollgeldbefürworter zu erkennen, ein stabiles Geldsystem zu installieren. Von ihnen wird besonders deutlich kritisiert, dass die täglich verfügbaren Einlagen nicht genügend mit Zentralbankgeld gedeckt sind. Damit beständen im Falle eines Bank Runs extreme systemische Risiken. Gerade diese Tatsache lässt die Hypothese zu, dass man in jenen Kreisen mit einer Fristenkongruenz im Stile der goldenen Bankregel sympathisiert. In der herangezogenen Lektüre der Vollgeldprotagonisten wird fragliches leider nicht hinreichend besprochen.

Unterstellen wir hier einmal eine angestrebte Fristenkongruenz, wie sähe der Buchungssatz hierzu aus? Nehmen wir an, der Vollgeld-eigentümer im oben genannten Beispiel hat sein Vollgeld der Geschäftsbank für zwei Jahre bei drei Prozent Zinsen pro Jahr zur Verfügung gestellt. Fristenkongruenz bedeutet nun, dass das Kreditinstitut diese finanziellen Mittel auch nur für zwei Jahre verleihen darf, denn nur auf diese Weise ist unabdingbar sichergestellt, dass der Gläubiger nach Ablauf der Zinsbindungsfrist garantiert sein Vollgeld zurück erhalten kann. Bei einem angesetzten Kreditzins von zum Beispiel fünf Prozent pro Jahr betrüge die Bankmarge zwei Prozent, aus der dann alle Kosten der Bank bestritten werden und durch die das Risiko finanziell abgedeckt ist. Hat das Bankhaus gut kalkuliert und die Kreditausfälle liegen innerhalb des kalkulierten Rahmens, verbleibt ein Gewinn. Fallen mehr Kredite als geplant aus, ergibt sich für die Bank ein Verlust, der über Einnahmen aus dem Geschäftsbetrieb kompensiert werden muss.

Abbildung 15:

Vergleich der Fristen von Kredit und Einlage im Vollgeldsystem – hier Fristenkongruenz

| Aktiva | Passiva |
|--|--|
| 1. Barreserve a) Kassenbestand: + 10.000 € Kreditauszahlung: - 10.000 € b) Guthaben bei Notenbanken | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken a) ggü. Banken (ohne Notenbanken) b) ggü. Notenbanken |
| 2. Forderungen an Banken 3. Forderungen an Nichtbanken: Kreditvergabe: + 10.000 € (Laufzeit: 2 Jahre, 5 % Zinsen p. a.) | 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken a) täglich fällig: keine b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist: + 10.000 € (Laufzeit: 2 Jahre, 3 % Zinsen p. a.) |
| 4. Schuldverschreibungen 5. Aktien und Beteiligungen 6. Sonstige Aktiva | 3. Verbriefte Verbindlichkeiten 4. Sonstige Verbindlichkeiten 5. Rückstellungen 6. Eigenkapital |
| Bilanzsumme: +10.000 € (±0) | Bilanzsumme: +10.000 € |
| Aktiva | Passiva |
| 1. Kassenbestand: - 10.000 € Kreditauszahlung: + 10.000 € | 1. Vollgeld: - 10.000 € Kreditauszahlung: + 10.000 € |

Sollte die Hypothese zur gewünschten Fristenkongruenz von Vollgeldanhängern falsch sein, dann wäre die sich hieraus ergebende, vereinfachte Bilanz trotzdem hochinteressant. Hier noch einmal das Ergebnis nach den erfolgten Buchungen: Die Vollgeldmenge hat sich nicht verändert. Nachdem ein Vollgeldbesitzer an ein Bankhaus Vollgeld gegen Forderung von Zinsen übertragen hat, ist es als Kredit an einen Kreditnehmer ausgereicht worden. Jener setzt die finanziellen Mittel nun für den geplanten Zweck ein, zum Beispiel für die Modernisierung seines Hauses; der Kreditbetrag führt zu wirtschaftlicher Nachfrage. Der Sinn des Geldes als universelles Tauschmittel ist erfüllt. Die Bilanzsumme der tangierten Geschäftsbank hat sich um den Betrag der neuen Einlage erweitert. Als Gegenbuchung sehen wir die Forderung an den Kreditnehmer auf der Aktivseite: Die Bilanzsumme hat sich um den fiktiv angesetzten Wert erhöht, die Bilanz ist ausgeglichen. Wird Fristentransformation betrieben, stellt sich sofort die Frage, woher

nimmt die Bank gegebenenfalls Vollgeld, welches der Vollgeldinleger nach Ablauf der Zinsbindungsfrist zurückhalten möchte?

Die Risiken einer umfangreich ausgeführten Fristentransformation haben auch die Kontrollgremien auf dem Schirm, deshalb werden neue einzuhaltende Kennziffern eingeführt, unter anderem die Net Stable Funding Ratio (NSFR). Dazu die Deutsche Bundesbank:

„Die längerfristige Liquiditätskennziffer, die ab 1. Januar 2018 verbindlich werden soll, adressiert die in der Krise beobachteten, teilweise exzessiven Fristeninkongruenzen zwischen Aktivgeschäft einerseits und Refinanzierung andererseits.“²⁶⁹ (siehe auch Kapitel III.8: „Die Eigenkapitalanforderungen“, speziell: neue Kontrollmechanismen)

Admati und Hellwig berichten davon, dass es Wissenschaftler gäbe, die die Auffassung vertreten würden, dass eine hohe kurzfristige Verschuldung nützlich und effizient sei, weil dadurch Bankmanager zur Disziplin angehalten würden. Aus Furcht vor Mittelabflüssen würden Bankmanager alles tun, um die Interessen der Geldgeber wahrzunehmen.²⁷⁰ Diese Position ist kritisch zu sehen. Ein Vertrauensabfall kann auch unverschuldet von der so agierenden Geschäftsbank eintreten, beispielsweise bei Preiseinbrüchen von Vermögenswerten. Die Handlungsspielräume für die Bank wären in einer solchen Situation gefährlich begrenzt. Friedrich und Weik erklären zum Thema:

„Einige ganz Wahnsinnige haben sogar lang laufende Hypothekenkredite kurzfristig refinanziert – eine absolute Todsünde im Bankengeschäft. Denn der Grundsatz der Fristengleichheit zwischen Forderungen und Verbindlichkeiten wurde schlichtweg ignoriert.“²⁷¹

269 Deutsche Bundesbank: „Basel III – Leitfaden zu den neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln für Banken. Zentralbereich Banken und Finanzaufsicht“, 2011, S. 32

270 vgl. Admati, Anat / Hellwig, Martin: „Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss“, FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchener Verlagsgruppe GmbH, 2. Auflage 2014, S. 257

271 Weik Matthias / Friedrich Marc: „Der größte Raubzug der Geschichte. Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“, Bastei Lübbe Taschenbuch Band 60804, 2. Auflage Juni 2014, überarbeitet und ak-

Fordern die beiden hier eine strikte Fristenkongruenz nach Otto Hübner? Ist es nicht im vernünftigen Maße, wie an anderer Stelle ausführlich diskutiert, eine wichtige Aufgabe von Banken, Fristen bei Bedarf zu transformieren? Warum wird von den Autoren keinerlei Bezug auf das vielschichtige Regelwerk genommen? Will man die Leser mit den komplexeren Zusammenhängen nicht bemühen? Anstatt stärker auf die fachlichen Zusammenhänge einzugehen, ist von „Wahnsinnigen“ die Rede. Bei Einsatz dieses Begriffs – zum Beispiel bei den Aktivitäten rund um Derivategeschäfte, bei denen Spekulanten Einfluss auf Lebensmittelpreise ausüben und dadurch Menschen sterben – kann man die Bezeichnung vielleicht benutzen. Im Bereich der Fristentransformation im verwendeten Kontext ist das jedoch unangebracht (siehe Kapitel II.10.d: „Die Fristentransformation“).

Ergänzend sei noch die Informationstransformation in Zusammenhang mit den Aufgaben von Geschäftsbanken explizit erwähnt. Kreditinstitute verfügen wegen ihrer geschäftlichen Aktivitäten über eine Vielzahl an Informationen, bewerten und verarbeiten diese. An Hand der erhaltenen Marktinformationen über Einleger und Kreditsuchende lassen sich Erkenntnisse gewinnen, die dazu genutzt werden, Einfluss zu nehmen, um Risiken zu reduzieren. Jedoch wird das zinsbedingte exponentielle Anwachsen von Guthaben und Schulden in den bezeichneten Strukturen ganz offensichtlich ausgeblendet, so dass an dieser wesentlichen Stelle die Bewertung der Informationen offenkundig versagt.

11. Die Einlagensicherungssysteme

Die gesetzliche Grundlage lieferte in Deutschland ursprünglich das Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EAEG). Hier gab es vor geraumer Zeit Änderungen:

„Seit dem 3. Juli 2015 wurde das System der gesetzlichen Einlagensicherung aus dem EAEG in ein eigenständiges Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) überführt. Damit wurden die Vorgaben der

tualisierte Taschenbuchausgabe, Originalausgabe: Tectum Verlag, Marburg, 2012, S. 33

neuen europäischen Einlagensicherungsrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt.“²⁷²

Nach diesem Gesetz sind aktuell Einlagen bis 100.000 Euro²⁷³ je Einleger bei jedem Kreditinstitut geschützt. In bestimmten Fällen²⁷⁴ erhöht sich der abgesicherte Betrag auf bis zu eine halbe Million Euro. Für private Banken ist die Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes deutscher Banken GmbH (EdB)²⁷⁵ zuständig. Bei öffentlichen Kreditinstituten steht die Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH (EdÖ)²⁷⁶ in der Verantwortung und für genossenschaftliche Banken ist die BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG)²⁷⁷ gegeben. Darüber hinaus verfügt die Sparkassenfinanzgruppe noch über eine eigene, zusätzliche Entschädigungseinrichtung. Auch für private Banken gibt es einen weiteren freiwilligen Einlagensicherungsfonds. Auffällig ist, dass die drei gesetzlich zwingend erforderlichen Institutionen in der Rechtsform der GmbH geführt werden und sich damit im Ernstfall leicht aus der Verantwortung stehlen können, wenn Leistungspflichten die Kapazitäten der GmbHs übersteigen.

Oftmals sehen die Statuten der verschiedenen zusätzlichen Sicherungssysteme sogar deutlich höhere Entschädigungen vor als die, die von oben genannten Institutionen gesetzlich zu leisten sind, wenn angeschlossene Unternehmen Konkurs gehen. Hierauf besteht jedoch kein Rechtsanspruch!²⁷⁸ Die vorhandenen Sicherungssysteme bilden in Deutschland ein hochkomplexes Geflecht. Oft sind Unternehmen an mehreren Systemen angebunden, so dass im Insolvenzfall eines einzel-

272 Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH: „Kurzinformation und Verzeichnis der zugehörigen Institute“, Berlin, Dezember 2016, S. 5

273 Darüber hinaus sind Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften bis zu 90 %, jedoch bis maximal 20.000 € geschützt.

274 zum Beispiel: Hochzeit, unmittelbarer Renteneintritt, Scheidung, Kündigung, Geburt, Behinderung (siehe § 8, Absätze 2 bis 4 des Einlagensicherungsgesetzes)

275 hundertprozentige Tochter des *Bundesverbandes deutscher Banken e. V.* (BdB)

276 hundertprozentige Tochter des *Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands e. V.*

277 Gesellschafter ist der *Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken*

278 z. B.: *Bundesverband deutscher Banken e. V.:* „Statut des Einlagensicherungsfonds“, Berlin, August 2014, § 6.10

nen Bankhauses Entschädigungen aus verschiedenen Töpfen erfolgen können.

Seit Juli 2015 sind Entschädigungsfälle im neuen Einlagensicherungsgesetz auch bezüglich ihrer Abwicklung deutlich besser geregelt. Vorher musste im Anspruchsfall ein Antrag von Betroffenen gestellt werden; dies ist nun nicht mehr erforderlich. Die Entschädigungsleistung wird automatisch auf ein vom Gläubiger zu benennendes Konto ausgekehrt. Die EU-Richtlinie²⁷⁹ – am 03.07.2015 wie gesagt in deutsches Recht umgesetzt – verlangt, dass die Frist zur Auszahlung von gesetzlichen Entschädigungsleistungen innerhalb von zehn Jahren nach Inkrafttreten stufenweise abgesenkt wird. Laut Mitteilung des Bundesverbandes Deutscher Banken e.V. (BDB) vom 30.05.16²⁸⁰ sind die deutschen Sicherungssysteme jedoch bereits heute in der Lage, die neu definierte Zeitspanne von sieben Arbeitstagen²⁸¹ einzuhalten. Damit werden in Deutschland schon seit dem 01.06.2016 die Vorgaben der europäischen Einlagensicherungsrichtlinie realisiert.

So hat zuletzt am 11.02.2016 die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) den Entschädigungsfall für die in Frankfurt am Main ansässige Maple Bank GmbH verzeichnet. Die Entschädigungsleistungen wurden bereits ausgezahlt.

Seit Einführung des Euro hat die BaFin folgende Entschädigungsfälle²⁸² zu den genannten Terminen festgestellt:

- BkmU Bank AG – Berlin am 10.06.2002
- Guthmann & Roth AG – Berlin am 30.10.2002
- BFI Bank AG – Dresden am 20.05.2003
- Privatbank Reithinger GmbH & Co. KG – Singen am 14.09.2006

279 vgl. Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme

280 vgl. Bundesverband deutscher Banken e. V. (BDB), Pressemitteilung: „Schnelle Entschädigung für Bankkunden – Auszahlungsfrist der gesetzlichen Einlagensicherung verkürzt sich auf sieben Tage“, 30.05.2016, <http://www.verbaende.com/news.php/Schnelle-Entschaedigung-fuer-Bankkunden--Auszahlungsfrist-der-gesetzlichen-Einlagensicherung-verkuerzt-sich-auf-sieben-Tage?m=110218> (abgerufen am 23.01.2017)

281 bisher 20 Werkstage

282 vgl. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin): „Moratorium“, http://www.bafin.de/DE/Aufsicht/BankenFinanzdienstleister/Massnahmen/Moratorium/moratorium_node.html (abgerufen am 23.01.2017)

- Weserbank AG – Bremerhaven am 16.04.2008
- Lehman Brothers Bankhaus AG – Frankfurt am 28.10.2008
- noa bank GmbH & Co. KG – Frankfurt am Main am 25.08.2010
- FXdirekt Bank AG – Oberhausen am 22.01.2013
- Maple Bank GmbH – Frankfurt am Main am 11.02.2016

Demnach hat es seit 2002 insgesamt neun Insolvenzen von Privatbanken in Deutschland gegeben.²⁸³ Fazit ist, dass der Schutz über die Sicherungssysteme im Falle von Bankpleiten von kleineren Bankhäusern gut funktioniert. Es erfolgten die Auszahlungen der gesetzlich vorgegebenen Entschädigungsleistungen über den zuständigen Einlagensicherungsfonds und Leistungen über das regulatorisch vorgeschriebene Maß hinaus.

Wie schnell die Schutzmechanismen an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit geraten, lässt sich schwer ermitteln. Von den jeweils angebundenen Unternehmen werden Beiträge nach verschiedenen Berechnungsmethoden an die Schutzeinrichtungen gezahlt. Dem Statut des freiwilligen Einlagensicherungsfonds für private Banken über den Bundesverband deutscher Banken e. V. kann man beispielsweise entnehmen, dass dem System angeschlossene Banken 0,6 Promille der Bilanzposition *Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken* des letzten Jahresabschlusses als Jahresumlage unter Berücksichtigung weiterer Sonderregelungen zu entrichten haben. Darüber hinaus ist ein Verwaltungskostenzuschuss abzuführen.²⁸⁴ Allerdings existieren auch hier viele zusätzliche Ausnahmen. Die Jahresumlage kann beispielsweise ausgesetzt oder reduziert werden, wenn das Vermögen des betreffenden Einlagensicherungsfonds eine angemessene Höhe erreicht hat. Banken mit einer bestimmten Klassifizierung können nach zwanzig Jahresumlagen von weiteren Zahlungen befreit werden. Bei Mittelbedarf kann man jedoch auch Sonderumlagen erheben.²⁸⁵

Die Höhe der über die bestehenden Sicherungssysteme insgesamt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel lässt sich kaum beurteilen. Offizielle Angaben von allen Sicherungssystemen über deren monetäre Kapazitäten gibt es nicht. Auf Nachfrage des Autors bei den

283 Stand 31.12.2016

284 vgl. Bundesverband deutscher Banken e. V. (BDB): „Statut des Einlagensicherungsfonds“, Berlin, August 2014, § 5.1

285 vgl. ebd. § 5.3

betreffenden Einrichtungen, um die pekuniäre Ausstattung zu hinterfragen, antwortete beispielsweise am 23.01.17 der Bundesverband deutscher Banken e. V.:

„[L]eider ist es uns nicht möglich, Ihnen nähere Informationen über die Kapitalausstattung des Einlagensicherungsfonds zukommen zu lassen, da diese Informationen vertraulich sind.“

In der betreffenden Email wird darauf verwiesen, dass bisher sämtliche Schwierigkeiten von mitwirkenden Instituten seit Gründung des Fonds gelöst werden konnten. Es wäre bisher jeder Kunde ausnahmslos in voller Höhe entschädigt worden.

Auf der Internetpräsenz der Entschädigungseinrichtung für private Banken (EdB) ist zumindest für die zu erwartende zukünftige Ausstattung eine Aussage zu finden:

„Gemäß § 17 Abs. 2 EinSiG [Einlagensicherungsgesetz; Anm. S.H.] hat die EdB dafür Sorge zu tragen, dass die ihr zur Verfügung stehenden Finanzmittel bis zum 3. Juli 2024 eine Zielausstattung von mindestens 0,8 Prozent der gedeckten Einlagen der ihr zugehörigen Institute erreichen.“²⁸⁶

Sicher ist, dass im Konkursfall mehrerer Kreditinstitute oder eines sehr großen, systemrelevanten, die installierten Einrichtungen schnell finanziell überfordert sind. Fallen deshalb gleichzeitig eine gewisse Anzahl an Bankhäusern in sich zusammen, wird der Verlust von Forderungen der Gläubiger unausweichlich. Mayer meint, die Einlagensicherung wäre ein leeres Versprechen bzw. gar eine Täuschung.²⁸⁷ Rutschen mehrere Banken in die Insolvenz oder sind besonders große Institute von einer Pleite betroffen, stößt die Einlagensicherung schnell an ihre Grenzen. Betrachtet man jedoch die oben genannten, erfolgreich abgewickelten Bankausfälle, ist Mayers Beurteilung überzogen.

286 Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH: „Beitragserhebung“, <http://www.edb-banken.de/kreditinstitute/beitragserhebung> (abgerufen am 23.01.2017)

287 vgl. Mayer, Thomas / Huber, Roman: „Vollgeld – Das Geldsystem der Zukunft“, Tectum Verlag Marburg, 2014, S. 125

Die Angst vor einer Destabilisierung des gesamten Bankengefuges bei Zahlungsfähigkeit eines größeren Institutes belegen die Ereignisse im Jahr 2008. Innerhalb von wenigen Stunden wurde ein Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) aus dem Boden gestampft und mit umfangreichen finanziellen Mitteln in dreistelliger Milliardenhöhe²⁸⁸ ausgestattet. Zur Verwaltung der monetären Bestände wurde eigens eine neue Behörde, die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), ins Leben gerufen. Insgesamt kamen Garantien in Höhe von 168 Milliarden Euro (mittlerweile vollständig wieder zurückgeführt) und Kapitalhilfen im Wert von 29,4 Milliarden Euro (noch 14,6 Mrd. ausstehend, Stand: 30.04.16) zum Tragen.²⁸⁹ Insofern haben politische Entscheidungsträger zum Beispiel die extremen Schieflagen bei der Commerzbank AG und der Hypo Real Estate nicht zum Entschädigungsfall werden lassen, sondern beide Unternehmen über die neu gegründete Institution „gerettet“. Zur Rekapitalisierung²⁹⁰ erhielt die Commerzbank AG 18,2 Milliarden Euro, die Bereitstellung der Mittel erfolgte vorrangig über eine stille Beteiligung. Der weit größere Teil dieser Beträge wurde mittlerweile zurückgezahlt.²⁹¹ Darüber hinaus erwarb der Finanzmarktstabilisierungsfonds 295 Millionen Aktien der Commerzbank AG, um Einfluss auf die Entscheidungen zu gewinnen. Rückwirkend kritisch betrachtet sind unter Einsatz von Steuergeldern und Neuverschuldung zu Lasten aller die Eisen für private Banken aus dem Feuer geholt wurden. Die in dieser Arbeit diskutierte Grundproblematik ist damit jedoch nicht andeutungsweise gelöst, man hat sich Zeit erkauft, doch wenn fundamentale Veränderungen ausbleiben, wird es nicht lange dauern, bis erneut vergleichbar kritische Situatio-

288 Der Gesamtetat belief sich auf 480 Milliarden Euro.

289 vgl. Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht: „Weiterentwicklung der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung“, 19.08.2016, <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2016/08/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-1-Weiterentwicklung-Bundesanstalt-Finanzmarktstabilisierung.html> (abgerufen am: 30.12.2016)

290 Rekapitalisierung: Die Passivseite einer Bankbilanz zeigt an, woher die Mittel, die eine Geschäftsbank verwendet, kamen. Bei einer Rekapitalisierung wird die Struktur der Passivseite verändert. Ziel kann es zum Beispiel sein, das Eigenkapital zu erhöhen. Bei einer Aktiengesellschaft wird dies durch Ausgabe neuer Aktien erreicht.

291 Maßnahmenstand 30.04.2016: noch 5,1 Mrd. € offen (Quelle: Monatsbericht, Bundesministerium der Finanzen vom 19.08.2016

nen eintreten. Die Mathematik verrät, dass die Strategien solcher „Rettungsaktionen“ langfristig nicht ins Ziel führen können.

Giegold, Philipp und Schick schlagen vor, die Höhe der Beiträge, die die Banken in die Einlagensicherungssysteme einzahlen müssen, an Bilanzkennzahlen der Fristigkeiten der Passivposten zu koppeln. Institute, die umfangreich Fristentransformation betreiben, sollten höhere Prämien abführen müssen. Bankhäuser, die sich über längerfristige Kundeneinlagen refinanzieren, würden über geringere Zahlungen entlastet.²⁹² Die Frage ist, ob über eine solche Maßnahme die Einlagensicherungssysteme durch höhere Einnahmen tatsächlich gestärkt werden können? Zahlen gut aufgestellte Banken weniger und schlechter refinanzierte Institute mehr Beiträge, könnten in Summe vergleichbare Einzahlungen wie vor Änderung des Regelwerkes erfolgen. Es wäre auch für Geschäftsbanken eine einfache Rechenaufgabe: Einen um wie viel höheren Zinssatz müssten sie Einlegern bieten, damit diese längerfristige Zinsbindungen eingingen und um wie viel verringere sich dann die Prämie für die Einlagensicherung? Lägen die notwendigen Zinszahlungen an die Gläubiger über den ersparten Beiträgen wegen reduzierter Fristentransformation, würden sich Kreditinstitute für die höheren Prämien entscheiden. In diesem Falle wäre für die Stabilität des Bankensystems nichts erreicht. Bereits heute werden Geschäftsbanken, die zum Beispiel dem Bundesverband deutscher Banken e. V. angeschlossen sind, klassifiziert.²⁹³ Je nach Bewertung des Unternehmens ist ein Zuschlag der festgelegten Sätze bis zum 3,5-fachen in das freiwillige Einlagensicherungssystem zu zahlen. Bei besonders guten Einstufungen (AA+ und AAA (siehe Abbildung 31)) wird ein Abschlag von maximal 7,5 Prozent gewährt.

292 vgl. Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard: „Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern“, Verlag Klaus Wagenbach, 2016, S. 108

293 vgl. Bundesverband deutscher Banken e. V.: „Statut des Einlagensicherungsfonds“, Berlin, August 2014, § 4.a

Kapitel III

1. Die Wege der Geldemission: Wer gibt es aus?

Es gibt in der Geldreformszene einige wesentliche Erscheinungen im kritischen Denken, die den notwendigen Erkenntnisprozess stark hemmen. Zum Ersten gehört die fehlende Auseinandersetzung mit den Inhalten um die Fristentransformation dazu. Zum Zweiten ist die nicht ausreichend stattfindende saubere Trennung von Geld und Forderung auf Geld zu nennen. Und zum Dritten wird nicht hinreichend zwischen diesen beiden bedeutenden Fragen unterschieden:

- Wie gelangt neues Geld in Umlauf?
- Wie bleibt das bereits ausgegebene Geld im Wirtschaftskreislauf?

Dirk Müller²⁹⁴ ist der Ansicht, dass der Staat aus dem Nichts heraus neue Schulden aufnehme und damit de facto neues Geld schaffe, um beispielsweise Straßen zu bauen.²⁹⁵ Dieser Aussage wird widersprochen (siehe auch Kapitel III.4: „Geldschöpfung der Geschäftsbanken?“).

Die Überlegungen, wer für die Geldausgabe zuständig sein sollte, werden bereits seit Jahrhunderten angestellt. Man kann die Positionen auf drei große Strömungen zusammenführen, die im Folgenden beschrieben werden.

1.a Die Geldausgabe durch die Regierung

Geld ist ein universelles Tauschmittel. Es erfüllt öffentliche Aufgaben und soll das Gemeinwohl heben, in dem es den Austausch von Waren und Dienstleistungen in einer stark arbeitsteiligen Ökonomie vereinfacht, wirtschaftliche Aktivität fördert und damit hilft, Lebensstandards sicherzustellen. Soweit die Theorie. Bereits Adam Smith sagte:

294 Dirk, Müller: auch als „Mister Dax“ bekannt, deutscher Fondsmanager, Börsenmakler und Buchautor

295 vgl. Müller, Dirk: „Crashkurs. Weltwirtschaftskrise oder Jahrhundertchance? Wie Sie das Beste aus Ihrem Geld machen“, Droemer Verlag, München, 2009, überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Taschenbuchausgabe, Juni 2010, S. 28

„Es gibt zwei Wege eine Nation zu erobern und zu versklaven, der eine ist durch das Schwert, der andere durch Verschuldung.“²⁹⁶

Fabian Scheidler meint:

„Neben der militärischen und der ideologischen Gewalt gab [und gibt; Anm. S. H.] es noch ein weiteres Mittel, um einen neoliberalen Umbau durchzusetzen: die strukturelle Gewalt der Schulden. [...] Wer sich verschuldet, wird erpressbar. An die Stelle ‚schmutziger‘ militärischer oder paramilitärischer Interventionen konnte so der ‚saubere‘ Zwang der Ökonomie treten.“²⁹⁷

Und John Perkins formuliert:

„Am Ende [nach dem Einsatz sogenannter Economic Hit Men (EHM); Anm. S. H.] haben sich die Staatschefs in einem Netz von Schulden verstrickt, und das garantiert uns [den USA; Anm. S. H.] ihre Loyalität. Wir können auf sie zurückgreifen, wann immer wir wollen – um unsere politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Bedürfnisse befriedigen.“²⁹⁸

Es ist ungerecht, wenn die drei reichsten Menschen der Welt ein Vermögen anhäufen konnten, das dem Bruttoinlandsprodukt der 57²⁹⁹ Länder mit den niedrigsten Bruttoinlandsprodukten entspricht. Wegen der zerstörerischen Mechanismen im Finanzsystem sterben täglich Menschen. Es ist daher verständlich, dass einige Menschen Geld eher als Fluch betrachten und dessen Nutzen in Frage stellen. Nichts destotrotz ist festzuhalten, dass in der Menschheitsgeschichte ein funktionierendes Geldsystem zu Beginn einer jeden Hochzivilisation ein Segen war und, wenn es sich um ein zinsbasiertes Geldsystem (hier ist ein

296 aphorismen.de, Thomas Schefter, <https://www.aphorismen.de/zitat/212203> (abgerufen am 14.12.2016)

297 Scheidler, Fabian: „Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiterten Zivilisation“, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien, 2015, S. 194 f.

298 Perkins, John: „Bekenntnisse eines Economic Hit Man. Unterwegs im Dienst der Wirtschaftsmafia“, Wilhelm Goldmann Verlag, München, in der Verlagsgruppe Random House, München, 1. Auflage, Taschenbuchausgabe, April 2014, S. 14

299 Bezugnahme auf 2016, eigene Berechnung, siehe Kapitel IV.4.b: „Soziales Gleichgewicht“

Geldsystem gemeint, welches mit einem Zins größer null Prozent als Geldumlaufsicherung arbeitet) handelte, sich erst im Fortgang als Fluch erwies. In diesem Buch werden Wege aufgezeigt, diesen „Fluch“ zu beseitigen.

Politiker mit Regierungsverantwortung wollen wiedergewählt werden. Hätten sie uneingeschränkten Zugriff auf finanzielle Mittel, dann bestünde eine noch größere Gefahr, dass sie über Wahlgeschenke Einfluss auf das Abstimmungsergebnis nähmen. Bereits bei den heute gegebenen Voraussetzungen sind unhaltbare Versprechungen vor Wahlen gang und gäbe, die Ernüchterung folgt meist wenige Wochen nach dem Abstimmungsergebnis.

Auch Admati und Hellwig melden Bedenken an:

„Die Fähigkeit der Zentralbank, Geld zu drucken, ist oft missbraucht worden. Insbesondere Regierungen haben oft die Druckerpresse angeworfen, um sich mehr Geld zu beschaffen, als sie von ihren Steuerzahlern erhalten konnten, in einigen Fällen mit katastrophalen Folgen. Um solche Missbräuche zu verhindern, haben viele Länder institutionelle und rechtliche Regeln eingeführt, die den Spielraum für den Missbrauch der Geldschöpfung zu Finanzierungszwecken einschränken.“³⁰⁰

Damit sagen sie, dass die wichtigste institutionelle Sicherheitsvorkehrung darin bestünde, die Zentralbank unabhängig von der Regierung zu machen.³⁰¹

Wie könnte sonst beim direkten Zugriff politischer Strukturen auf Geld verhindert werden, dass die Zurverfügungstellung von zusätzlicher Liquidität nicht zum Kauf von Produkten der Rüstungsindustrie verwendet wird, um eine menschenverachtende Außenpolitik zu verfolgen? Wie würden sich die Einkommen von Staatsdienern entwickeln, wenn sich das Geldmonopol in den Händen von Ministern befände? Denkt man über mögliche Antworten nach, stellt sich ein ungutes Gefühl ein. Insofern ist diese Variante der Geldemission unsympathisch, wenn sie nicht an Auflagen zur Verwendung des Geldes

300 Admati, Anat / Hellwig, Martin: „Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss“, FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchener Verlagsgruppe GmbH, 2. Auflage 2014, S. 247

301 vgl. ebd. S. 439

gekoppelt ist. Robertson und Huber dagegen sind zu dem Schluss gekommen, dass es nicht nötig sei, diesbezüglich eine Vorfestlegung zu treffen. Man sollte das faktisch der jeweils im Amt befindlichen Regierung überlassen. Alternativ spricht Huber an, neues Geld über eine Bürgerdividende³⁰² in den Kreislauf zu geben.³⁰³

Was sagen Befürworter des Vollgeldes zur Geldemission? Thomas Mayer und Roman Huber erklären, dass nach einer Vollgeldreform Geld überwiegend durch öffentliche Ausgaben in Umlauf kommt.³⁰⁴ Auf obige Problematik gehen sie nicht ein. Auch diskutieren sie nicht, dass in einem stationären Zustand der Wirtschaftsleistung gar kein zusätzliches Geld benötigt wird, wenn das bereits ausgegebene seine Aufgabe als Tauschmittel zufriedenstellend erfüllt. Dies ist der Fall, wenn das bereits emittierte Geld möglichst gleichmäßig im Wirtschaftskreislauf zirkuliert. Das gelingt wiederum, wenn eine konstruktive Geldumlaufsicherung greift, wie sie in diesem Buch beschrieben wird.

Auch Joseph Huber meint, dass neu geschöpftes Vollgeld durch öffentliche Ausgaben in Umlauf gebracht werden sollte. Dadurch würde ein Geldschöpfungsgewinn³⁰⁵ ungeschmälert der Staatskasse zu Gute kommen.³⁰⁶ Weiter unten erklärt Huber:

„Wäre es ausnahmsweise erforderlich, die Vollgeldmenge zu verringern, könnte dies für eine kurz- und mittelfristig vorrübergehende Verringerung durch Offenmarktgeschäfte geschehen, wie auch heute, oder aber im Fall langfristiger Reduzierung der Geldmenge durch den Rückfluss von Geld aus Steueraufkommen durch Belastung des staatlichen Kontos bei der Zentralbank (was in der Praxis vermutlich kaum vorkommen dürfte).“³⁰⁷

302 Bürgerdividende: mit diesem Begriff ist meist gemeint, dass die Bevölkerung am erwirtschafteten Ergebnis beteiligt wird, man könnte sie auch variables Grundeinkommen bezeichnen

303 vgl. Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): „Die Vollgeld-Reform. Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können“, edition Zeitpunkt, Solothurn, April 2015, 4. aktualisierte Auflage, S. 55

304 vgl. Mayer, Thomas / Huber, Roman: „Vollgeld – Das Geldsystem der Zukunft“, Tectum Verlag Marburg, 2014, S. 84

305 historisch auch als Seigniorage bezeichnet

306 vgl. Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.) (2015), a. a. O., S. 52

307 ebd. S. 53

Zunächst stellt sich die Frage, warum die Notwendigkeit der Reduzierung der Vollgeldmenge eine Ausnahme darstellen sollte? In einem gesättigten Markt muss die Geldmenge gegebenenfalls nach unten angepasst werden, wenn der Verbrauch im Allgemeinen sinkt. Erhöht sich die Vollgeldumlaufgeschwindigkeit, ist es gleichermaßen erforderlich, die Vollgeldmenge zu reduzieren, um Inflation zu vermeiden. Ändern wir Menschen unser Konsumverhalten, zum Beispiel könnte Carsharing ausgebaut, damit weniger Autos benötigt werden, müsste man ebenfalls die Vollgeldmenge nach unten korrigieren (siehe Kapitel III.7: „Die Geldumlaufsicherung“).

Nach ausgeführter Vollgeldreform gibt es keine Offenmarktgeschäfte mehr, wenn die Art der Umsetzung der Reform den Beschreibungen vieler Vollgeldprotagonisten entspricht. Geschäftsbanken wickeln den Zahlungsverkehr über bereits ausgegebenes Vollgeld außerhalb ihrer Bankbilanzen ab und verleihen das ihnen zur Verfügung gestellte Vollgeld an interessierte Kreditnehmer. Der Hinweis auf die Offenmarktgeschäfte ist damit in Hubers Ausführungen ein Widerspruch. Eine Regelung der Vollgeldmenge über den Einsatz von Steueraufkommen ist kritisch zu sehen. Entweder obliege es der Regierung, ständig einen entsprechenden Steuereinnahmenüberschuss einzuplanen, um in gebotener Geschwindigkeit reagieren zu können. Oder es müssten schnell Steuererhöhungen beschlossen werden, wenn finanzielle Mittel an die Zentralbank zurückzugeben wären. Derartige Schnellschüsse wären kaum durchsetzbar und sie würden den sozialen Frieden eher stören. Bei wem könnte der Staat kurzfristig zusätzliche Steuerforderungen eintreiben? Spielt man mit der Mehrwertsteuer oder mit der Einkommenssteuer? Würde eine solche Vorgehensweise von breiten Bevölkerungsschichten getragen? Stellen Sie sich die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt vor, über die die Bundesregierung informiert, dass ab kommenden Monat die Mehrwertsteuer um x Prozent erhöht werden müsse, da die Zentralbank Vollgeldrückflüsse zwecks Geldwertstabilität fordere. Fazit: Zumindest Teile der Geldemission müssen unverändert immer über Kreditvergabe an Banken erfolgen, damit eine zwingend notwendige Geldmengensteuerung gewährleistet ist. Huber meint im Gegensatz zur hier dargestellten Position, dass dies nur ausnahmsweise geschehen sollte.³⁰⁸

308 vgl. ebd. S. 54

1.b Die Geldausgabe regelt der Markt

Es gibt unter den Theoretikern Strömungen, die jegliches Eingreifen von Regierungen in marktwirtschaftliche Abläufe (Interventionismus) ablehnen. Zu diesen radikalen neoliberalen Ökonomen zählen zum Beispiel Ludwig von Mises oder Friedrich A. Hayek. Letzterer schlug unter anderem vor, dass das gesetzliche Zahlungsmittel durch miteinander konkurrierende private Währungen ersetzt werden müsse. Es besteht bei Anhängern dieser Schule kein Vertrauen in staatliche Einflussnahme. Als Ergebnis davon gäbe es immer wirtschaftliche Fehlentwicklungen, eine Geldpolitik wird grundsätzlich abgelehnt. Leuschel und Vogt meinen, dass Notenbanker auch nur Menschen wären. Wer die Möglichkeit zur Geldschöpfung hätte, würde früher oder später seine besten Vorsätze vergessen. Gold stünde dieser Versuchung im Wege.³⁰⁹ Nun muss man nicht auf gute Vorsätze abstehen. Es können Regeln vereinbart und deren Einhaltung kann über demokratische Strukturen kontrolliert werden. Auch Professor Dr. Hans J. Bocker sieht nur im Gold als Geld die Lösung:

„Eine Goldwährung erlaubt keine Wählergeschenke auf Pump und zwingt Politikern wie Regierungen eine für sie unerfreuliche und unerträgliche Disziplin auf. Wer gut wirtschaftet und fleißig ist, würde durch Goldzuflüsse belohnt. Geringe Produktivität, Verschwendungen und Misswirtschaft würde durch Goldabflüsse bestraft.“³¹⁰

Ungeachtet dessen thematisiert er als Anhänger der österreichischen Schule den Zinsmechanismus. So ist auch er der Meinung, dass das Zinseszinssystem die Schulden exponentiell wachsen ließe, das Wirtschaftswachstum jedoch, wenn überhaupt, nur linear verliefe.³¹¹ Mit welcher Motivation jedoch ein Eigentümer von goldgedecktem Geld

309 vgl. Leuschel, Roland / Claus, Vogt: „Das Greenspan-Dosier. Wie die US-Notenbank das Weltwährungssystem gefährdet. Oder: Inflation um jeden Preis“, FinanzBuch Verlag GmbH, München, 2004, 2. erweiterte Auflage, S. 151

310 Bocker Hans J.: „Freiheit durch Gold. Sklavenaufstand im Weltreich der Papierkönige“, Verlag Johannes Müller, Bern, Juni 2009, zweite erweiterte Auflage, S. 96

311 vgl. Bocker Hans J. (2009), a. a. O., S. 115

einen eventuell vorhandenen Überhang von Geld der Wirtschaft für Investitionen zur Verfügung stellt, erklärt er nicht. Wäre sie ein Zins größer Null, ließen sich negative Zinseszinseffekte nicht vermeiden, die Zusammenbrüche geschähen nur früher, weil monetäre Eingriffe deutlich begrenzter ausfielen.

Beim Studieren der Geschichte kommt man zu dem Ergebnis, dass in Epochen, in denen Gold und Silber als Zahlungsmittel fungierten, extreme Krisen an der Tagesordnung waren. Das sehen auch die meisten Vollgeldprotagonisten so. Mark Joób erklärt, dass man heute beim Geld ohne Edelmetalldeckung auskäme, da das Geld durch die Leistung der Wirtschaft gedeckt sei. Er bezieht sich explizit auf die Schweizer Volkswirtschaft, bestimmt ist seine Aussage auch auf andere Ökonomien übertragbar. Es ist Joób zuzustimmen, dass ohne eine solche Goldbindung die Geldmenge bei Bedarf viel besser angepasst werden kann.³¹²

Fritz Schwarz meint:

„[...] die Geldversorgung der Wirtschaft [ist] entscheidend wichtig für die Bewegung des Preisstandes. Das Geld ist Nachfrage. Wenn *Gold* die Grundlage der Geldversorgung ist, so ergibt sich hieraus, daß das Fehlen des Goldes ein Fehlen des Geldes auf dem Warenmarkt zur Folge hat. Fehlt die Nachfrage, das umlaufende Geld, so steigt dieses Geld im Wert, anders gesagt: die Preise sinken allgemein.“³¹³

Gold ist in seinem vorhandenen Angebot begrenzt. Gegebenenfalls steht nicht die ausreichende Goldmenge zur Verfügung, um damit die für die Wirtschaft notwendige Geldmenge zu unterlegen. Deflation (siehe Kapitel III.7.e: „Deflation“) wäre die Folge. Es gibt Länder, die Gold als natürliche Ressource fördern können, andere Staaten sind darauf angewiesen, Waren und Dienstleistungen zu exportieren, um sich Gold in genügender Menge zu besorgen. Oder man hat sich das edle Metall von fremden Nationen unter Einsatz von militärischer Gewalt beschafft. Im 16. Jahrhundert kam es zu ausgeprägten Plündерungen von südamerikanischen Edelmetallen durch spanische Erober-

312 vgl. Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.) (2015), a. a. O., S. 17

313 Schwarz, Fritz: „Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise“, Synergia Verlag, Darmstadt, Neuauflage 2008, S. 31

rer. Dadurch floss viel Gold und Silber nach Europa. Da sich die War-enmenge in geringerer Geschwindigkeit erhöhte, kam es zu extremen Preisseigerungen.

Menschen, die sich Gold oder goldgedeckte Währungen als Geld wünschen, kann man einerseits ungeachtet obiger Kritik verstehen. Es gibt unzählige Beispiele, die belegen, dass Regierungen beim Umgang mit Geld keine Bestnoten erhalten. So veröffentlicht der Bund der Steuerzahler für Deutschland einmal im Jahr in einem Schwarzbuch Fälle von öffentlicher Steuergeldverschwendungen in schwindelerregenden Größenordnungen.

Andererseits können Wege gefunden werden, damit Politiker verantwortungsbewusst mit den Finanzen umgehen (müssen); man könnte zum Beispiel die persönliche Haftung verschärfen. Solche Mechanismen sind in der Privatwirtschaft gegeben. Ein angestellter Geschäftsführer einer GmbH kann ungeachtet der Tatsache, dass es sich um eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung handelt, mit seinem Privatvermögen zur Verantwortung gezogen werden, wenn er schwerwiegende Fehlentscheidungen trifft. Gegen derartige Risiken kann er sich versichern,³¹⁴ damit bei Fehlern keine existenzbedrohenden Situationen für ihn entstehen.

Was spricht demnach dagegen, dass auch Menschen in politischen Führungspositionen stärker Verantwortung für ihre Entscheidungen übernehmen müssen? Das sich hieraus ergebende Wagnis könnte über noch von der Versicherungswirtschaft zu kreierende Tarife abgedeckt werden. Im Falle einer Leistungspflicht wäre damit der Allgemeinheit kein Schaden zugefügt worden. Das Versicherungsunternehmen müsste einspringen und die Zahlung für den finanziellen Ausfall wäre über die Prämien der Versicherten refinanziert. Kündigt ein Versicherer den Haftpflichtvertrag, muss der betreffende Amtsträger sein Mandat aufgeben, da ohne Pflichtversicherung eine Ausübung eines Berufes in diesem Bereich nicht möglich ist.

³¹⁴ Diese Art von Schutz heißt D&O-Versicherung (Directors-and-Officers-Versicherung). Über einen solchen Vertrag versichert ein Unternehmen, zum Beispiel eine GmbH, ihre Führungskräfte, beispielsweise ihre oder den Geschäftsführer. Entsteht nun eine Forderung von dritter Seite gegen das Unternehmen wegen einer Pflichtverletzung der Entscheidungsträger, sind diese gegen eine durchgreifende Haftung auf ihr Privatvermögen abgesichert.

Auch eine solche Verfahrensweise kennen wir aus der Privatwirtschaft: Jeder Versicherungsvertreter, der nach § 34 d Absatz 1 Gewerbeordnung, jeder Anlageberater, der nach § 34 f Abs. 1 GewO und jeder Immobiliarkreditvermittler, der nach § 34 i Abs. 1 GewO im entsprechenden Beratungsgeschäft aktiv sein will, benötigt eine Berufshaftpflichtversicherung. Wird ein derartiger Schutz in Form einer Berufshaftpflichtversicherung von keinem Risikoträger gewährt, zum Beispiel wegen Schadenshäufigkeit, bedeutet dies, dass die entsprechende Tätigkeit nicht mehr ausgeübt werden darf.

1.c Die Geldausgabe über eine unabhängige Instanz

Solcherart souveräne Einrichtungen könnten beispielsweise die nationalen Notenbanken (NNBen) in modernisierter Form darstellen. Sie sollten selbständig und ohne Einflussnahme von Politik agieren. Das sieht auch Hans Christoph Binswanger so, da er schreibt, dass es in jedem Fall wichtig sei, dass die Zentralbank eine volle Unabhängigkeit gegenüber der Regierung behielte bzw. erhielte und so verhindert würde, dass sich deren Fiskalinteresse durchsetze.³¹⁵ Die NNBen hätten die Funktion, das definierte Inflationsziel zu erreichen. Bei Fließendem Geld ist es null Prozent. Wegen der Gebühr auf Geld beim Fließenden Geld ist Inflation als eine der destruktiven Geldumlaufsicherungen nicht mehr erforderlich (siehe auch Kapitel III.7.d: „Inflation“). Die Zielerreichung erfolgt über eine Geldmengensteuerung. Viele Aufgaben, die schon heute existieren und weiter vorn in dieser Arbeit beschrieben wurden, bleiben bestehen.

Wesentlich ist eine demokratische Kontrolle; hier besteht Handlungsbedarf. Eine grundlegende Voraussetzung für besseren Einfluss der Bevölkerung wären bundesweite Volksentscheide.³¹⁶ Zum Beispiel sind in der Schweiz solche überregionalen Volksabstimmungen seit langem selbstverständlich.

Aus den Reihen der Vollgeldinitiative stammt für eine solche unabhängige Instanz die Bezeichnung Monetative.³¹⁷ Auf der Internet-

315 vgl. Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.) (2015), a. a. O., S. 35

316 Für das Schaffen solcher Strukturen setzt sich unter anderem seit vielen Jahren ausgesprochen engagiert der Verein Mehr Demokratie ein.

317 Laut Aussage von Bernd Senf geht die Begriffsbildung auf ihn zurück.

präsenz des Vereins Monetative e. V. ist diese Institution folgendermaßen beschrieben:

„In modernen Staaten ist die Staatsgewalt in drei Gewalten aufgeteilt und zwar in Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (Regierung, Verwaltung) und Judikative (Rechtsprechung). Es soll nun die Zentralbank auch förmlich zu dem aufgestuft werden, was sie faktisch schon ist, nämlich eine vierte Gewalt: die Monetative. Sie hat die Aufgabe, über die Währung und das Geld zu wachen, insbesondere alles Geld zu schöpfen und die Geldmenge unter Kontrolle zu behalten, sodass das Geld seinen Wert behält. Die Bundesbank war von Beginn an ein unabhängiges Verfassungsorgan mit der Aufgabe, 'Währungshüterin' zu sein. [...] Die Zentralbank als Monetative ist unabhängig von Weisungen der Regierung und des Parlaments und nur dem Gesetz verpflichtet.“³¹⁸

Aus dem genannten Zitat wurde nachstehender Satz entfernt, um Verständnisirritationen zu vermeiden, wird er deshalb erst hier wieder angefügt:

„Sie [die Bundesbank; Anm. S. H.] kann diese Aufgabe aber kaum erfüllen, da ihr auf Grund der eigenständigen Geldschöpfung der Banken die Kontrolle über die Geldmenge entglitten ist.“

Diese Formulierung ist falsch (siehe Kapitel III.4: „Geldschöpfung der Geschäftsbanken?“).

2. Wie gelangt neues Geld in den Wirtschaftskreislauf?

Im aktuellen System ist für die Geldausgabe – Gelddefinition laut anfänglicher Festlegung – in der Eurozone die Europäische Zentralbank zuständig.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Geldmenge G1 (siehe Kapitel I.7: „Die Geldmengenaggregate“) zu erhöhen. Die EZB kann an Geschäftsbanken Kredite in Form von Zentralbankgeld vergeben. Auch kann sie Devisen, Gold oder Wertpapiere ankaufen. Bei derarti-

³¹⁸ Monetative e. V. Berlin, <http://www.monetative.de/was-bedeutet-vollgeld-von-der-monetative/> (abgerufen am 19.08.2016)

gen Aktionen arbeitet die Einrichtung mit den dem System angegeschlossenen NNBen zusammen. Es werden nur diejenigen Wertpapiere angekauft oder in Form eines Pfandes als Sicherheit akzeptiert, die notenbankfähig sind. Darüber hinaus dürfen Anleihen der öffentlichen Hand nicht direkt von den betreffenden Institutionen erworben werden. Dies ist im Artikel 123 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union geregelt:

„Überziehungs- oder andere Kreditfazilitäten bei der Europäischen Zentralbank oder den Zentralbanken der Mitgliedstaaten [in diesem Buch als nationale Notenbanken (NNBEN) bezeichnet; Anm. S. H.] für Organe, Einrichtungen oder sonstige Stellen der Union, Zentralregierungen, regionale oder lokale Gebietskörperschaften oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, sonstige Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentliche Unternehmen der Mitgliedstaaten sind ebenso verboten wie der unmittelbare Erwerb von Schuldtiteln von diesen durch die Europäische Zentralbank oder die nationalen Zentralbanken.“³¹⁹

In dieser Gesetzestextpassage elementar ist das Wort unmittelbar. Befindet sich demnach ein derartiges Papier im Eigentum einer Geschäftsbank, darf der Vermögenswert von der EZB oder den NNBEN bezogen werden. Man spricht in einem solchen Fall von Transaktionen, die man am sogenannten Sekundärmarkt tätigt. Kritiker sagen, dass die exorbitanten Interventionen der EZB als direkte Staatenfinanzierung zu werten sind. Deshalb wurden von verschiedenen Gruppen Klagen bei den zuständigen Gerichten eingereicht.

Interessant ist auch, wie ein Wertpapier die Notenbankfähigkeit erlangt. Diejenigen Papiere, die jenen Status bereits erhalten haben, sind im einheitlichen Sicherheitenverzeichnis gelistet. In diesem Verzeichnis wird zwischen marktfähigen und nicht marktfähigen Sicherheiten unterschieden. Die Übersicht der marktfähigen notenbankfähigen Sicherheiten wird täglich von der EZB aktualisiert und auf deren Internetpräsenz veröffentlicht. Auffällig ist, dass im Zuge der Finanzkrise die Anforderungen an akzeptierte Sicherheiten immer weiter reduziert wurden. So nahm man in Folge der voranschreitenden Finanzkrise Sorten von Papieren an, die zuvor die Kriterien nicht erfüllt

319 Art. 123 Abs. 1 AEUV

ten. Beispielsweise werden seit geraumer Zeit Anleihen anerkannt, die mit weniger guten Bewertungen von den zugelassenen Ratingagenturen eingestuft sind.

Damit ein Papier in oben genannte Liste der anerkannten Sicherheiten aufgenommen wird, muss es bestimmte Zulassungskriterien erfüllen. Ein üblicher Weg ist das Vorhandensein einer Bonitätsbeurteilung einer externen Ratingagentur (ECAI).³²⁰

3. Die Ratingagenturen

Auf der Homepage der EZB werden die zugelassenen externen Ratingagenturen unter der Überschrift „List of credit assessment systems accepted by the Eurosystem“³²¹ bekanntgegeben. Dort führt man folgende Gesellschaften auf (Stand 02.09.2016):

- FitchRatings (kurz: Fitch)
- Moody's Corporation (kurz: Moody's)
- Standard & Poor's (kurz: S&P)
- DBRS

Abbildung 16: Die drei weltweit größten Ratingagenturen³²²

| | Fitch | Moody's | S&P Ratings |
|---------------------------------|------------|---------------------|---------------------|
| weltweiter Marktanteil | 15% | 40% | 40% |
| Umsatz (2011) | 526 Mio. € | 2.281 Mio. \$ | 1.767 Mio. \$ |
| Operativer Gewinn (2011) | 163 Mio. € | 888 Mio. \$ | 719 Mio. \$ |
| Operative Marge (2011) | 31% | 39% | 41% |
| Mitarbeiter | 2.337 | 6.100 in 28 Ländern | 8.500 in 23 Ländern |
| davon Analysten | | ca. 1.300 | mindestens 1.000 |

320 ECAI: external credit assessment institution (externe Ratingagentur)

321 EZB: „Liste der vom Eurosystem akzeptierten Kreditbewertungssysteme“, <http://www.ecb.europa.eu/paym/coll/risk/ecaf/html/index.en.html> (abgerufen am 02.09.2016)

322 Horstmann, Ulrich: „Die geheime Macht der Ratingagenturen. Die Spielmacher des Weltfinanzsystems“, FinanzBuch Verlag, 2013, 1. Auflage, S. 63

Zunächst muss festgestellt werden, dass es sich bei diesen Unternehmen um keine öffentlich-rechtlichen Institutionen handelt, sondern um Firmen aus der Privatwirtschaft. Schauen wir uns die Herkunft der Gesellschaften an, so befinden sich ihre Hauptsitze in den USA, Kanada und London, demnach stammt keines der Unternehmen aus einem Land der Eurozone. Die Hauptwährungen dieser Welt stehen in zum Teil sehr aggressivem Wettbewerb, insofern ist es absolut inakzeptabel, dass private, größtenteils auf anderen Kontinenten angesiedelte Ratingagenturen einen derart extremen Einfluss auf die europäische Geldpolitik ausüben können.

Bei den drei oben zuerst genannten Ratingagenturen spricht man auch von den *Großen Drei*, da sie ca. 95 Prozent des Weltmarktes (siehe Abbildung 16) unter ihrer Kontrolle haben. Telepolis schreibt zu Bewertungen von Standard & Poor's:

„Erstmals wurde nun S&P für eine Einschätzung nun [sic] zur Verantwortung gezogen. Die Agentur hat heute in Australien ein Gerichtsverfahren wegen Millionenverlusten verloren, die in der Finanzkrise 2008 entstanden sind. Ein Bundesgericht im australischen Sydney hat im Sinne von 13 australischen Gemeinden aus New South Wales geurteilt [sic], die gut 16 Millionen australische Dollar (etwa 12,8 Millionen Euro) verloren haben. Es handelte sich um ein Finanzprodukt, das die niederländische Investmentbank ABN AMRO geschaffen und die maximale Bewertung ‚AAA‘ von S&P erhalten hatte. Die Klage richtete sich deshalb auch gegen ABN AMRO sowie gegen den lokalen Finanzdienstleister LGFS. Er verkaufte die Produkte, die nach zwei Jahren zu einem Verlust von 93% führten. Richterin Jayne Jagot hat die angeblich sichere Anlage als ‚grotesk komplizierte‘ Derivate eingestuft. Ihr Rating sei ‚irreführend und täuschend‘ gewesen, was zu einer ‚fahrlässigen Verfälschung‘ dieses Produkts gegenüber den Anlegern geführt habe.“³²³

Drei Tage vor dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers wurde der Muttergesellschaft³²⁴ von S&P die Bonitätsnote „A+“³²⁵ (Bonitätsklas-

323 Telepolis: „Standard & Poor's zu Schadensersatz wegen Rating verurteilt“, Ralf Streck, 05.11.2012

324 Lehmann Brothers Holdings

sen: Vergleich: siehe Abbildung 31) vergeben. Andere Häuser lagen nicht deutlich schlechter in ihrer Benotung. Deshalb klagen nun viele Anleger gegen Ratingagenturen, da sich diese auf die Bewertungen der *Großen Drei* verlassen und dennoch massive Ausfälle zu verzeichnen hatten.

Fehlende demokratische Strukturen belegt auch folgendes Beispiel: Der Milliardär Warren Buffett ist über den von ihm geführten Fonds Berkshire Hathaway an der Ratingagentur Moody's beteiligt. Laut Meldung des Handelsblatts³²⁶ vom 02.05.13 reduzierte Buffett zwar seine Beteiligung an Moody's, ungeachtet dessen blieb er trotz Anteilsverkauf größter Aktionär (Stand: Mai 2016). Es bleibt die Frage, welchen Informationsvorsprung kann man sich dank der bestehenden Verhältnisse verschaffen? Es gibt Papiere, die mit großem Hebel steigen, wenn sich das Rating des betreffenden Basiswertes in gewünschter Form verändert.

Ein fiktives Beispiel für eine solche Hebelwirkung: Die Bonitätsnote von Volkswagen soll herabgesetzt werden, dadurch wird dem Markt signalisiert, dass das Ausfallrisiko von Unternehmensanleihen, die Volkswagen herausgibt, steigt. Dies führt zwangsläufig dazu, dass der Autobauer bei schlechterer Bewertung zukünftig Anlegern höhere Zinsen bieten muss, damit die verzinslichen Papiere im gewünschten Volumen von Investoren abgenommen werden. Der Kurs bereits emittierter Wertpapiere fällt in diesem Moment. Wenn man eine solche Bonitätsveränderung vorher kennen würde, ist das vergleichbar mit einer Lizenz zum Geld drucken. Man kauft vor Bekanntmachung des neuen Ratings Derivate, die mit Veröffentlichung der aktualisierten Beurteilung gehebelt in entsprechender Weise reagieren. Natürlich sind solche Insidergeschäfte verbeten. Aus derartiger Betrachtung heraus kann man nur zu dem Ergebnis kommen, dass in Europa eige-

325 vgl. Bierbach, Streifler und Partner Rechtsanwälte Partnergesellschaft mbB, Berlin: „Die Ratingagentur Standard & Poor's wird von einem Lehmann-Anleger verklagt“, 22.06.2010, <http://www.streifler.de/die-ratingagentur-standard--26-poors-wird-von-einem-lehman--96-anleger-verklagt-5790.html> (abgerufen am 02.03.2017)

326 Handelsblatt: „Buffett senkt Anteil an Moody's weiter“, 02.05.2013, <http://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/aktien/aktie-2013-gestiegen-buffett-senkt-anteil-an-moodys-weiter/8154044.html> (abgerufen am 01.09.2017)

ne Ratingagenturen aufgebaut werden müssen, die eine öffentlich-rechtliche Struktur besitzen und demokratisch zu kontrollieren sind.

Besonders in der Kritik steht bei der Vergütung von Beurteilungen, dass diese meistens vom Emittenten eines Papiers zu bezahlen sind. Will eine Ratingagentur auch zukünftig vom bisherigen Auftraggeber berücksichtigt werden, wird sie sich gegenüber ihrem zahlungspflichtigen Kunden freundlich verhalten. Giegold, Philipp und Schick fordern deshalb eine Vergütung von Ratingagenturen über Steuern oder verpflichtende Abgaben.³²⁷ Horstmann kommt zu dem Fazit:

„Die Ratingagenturen können die ihnen zugewiesene Aufgabe, objektiv die Bonität zu beurteilen, unter den gegebenen Bedingungen nicht erfüllen. Die Interessenkonflikte durch die Bezahlung durch die sie beauftragten Emittenten sind viel zu groß, schließlich werden sie von ihnen bezahlt. Vor diesem Hintergrund waren die Ratingagenturen der Schriftsteller einer unheilvollen Entwicklung zu Schönwettertestaten, denen viele Anleger vertraut.“³²⁸

Christoph Pfluger meint hierzu:

„Wenn die Schüler für die Noten der Lehrer bezahlen, muss man sich nicht über erstklassische Abschlusszeugnisse wundern – die im Alltag nichts taugen.“³²⁹

Weitere Beispiele zum Einfluss der Ratingagenturen: Die betreffenden Gesellschaften können Staaten über die Bewertungssysteme herabstufen, was dazu führt, dass die Zinsen für zukünftig angebotene Staatsanleihen steigen. Die Agenturen haben es demnach in der Hand, wie der Haushalt eines Landes durch Schuldzinsen belastet wird. Wenn sich die Noten für von Banken vergebene Großkredite verschlechtern, löst dies automatisch aus, dass die betroffenen Kreditinstitute mehr Eigenkapital vorhalten müssen. Gegebenenfalls über ein gesetzlich definiertes und sinnvolles Mindestmaß hinaus. Damit ist nicht das

327 vgl. Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard: „Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern“, Verlag Klaus Wagenbach, 2016, S. 123

328 Horstmann, Ulrich (2013), a. a. O., S. 131

329 Pfluger, Christoph: „Das nächste Geld. Die zehn Fallgruben des Geldsystems und wie wir sie überwinden“, Synergie Verlag und Mediengruppe Darmstadt, copyright: edition Zeitpunkt, 2. revidierte Auflage, 2016, S. 61

aktuell existierende Eigenkapitalanforderungsniveau gemeint: Wenn über Bewertungssysteme Risiken im Bankensektor frühzeitig erkannt und dadurch Gefahren für die Realwirtschaft vermieden werden, dann ist dies uneingeschränkt zu befürworten. Wird jedoch die Kontrolle von hauptsächlich drei privaten Unternehmungen ausgeübt, die selbst massiv Geschäftsinteressen verfolgen, entstehen extreme Interessenskonflikte, die das gedachte Ziel unerreichbar machen.

Dies haben offenkundig auch Behörden erkannt; als Beleg hierfür folgende wesentliche Verordnung des Europäischen Parlaments und Rates:

„Die Anerkennung einer Ratingagentur als externe Ratingagentur (ECAI) darf nicht dazu führen, dass sich ein Markt, der bereits von drei großen Unternehmen beherrscht wird, noch weiter abschottet. Ohne das Verfahren einfacher oder weniger anspruchsvoll zu machen, sollten die EBA³³⁰ und die Zentralbanken des ESZB³³¹ dafür sorgen, dass mehr Ratingagenturen als ECAI anerkannt werden, um den Markt für andere Unternehmen zu öffnen.“³³²

Offensichtlich hat man die Oligopolbildung³³³ bemerkt und hofft, dass es der Markt richten wird, indem sich weitere Anbieter etablieren und so die marktbeherrschende Stellung der *Großen Drei* aufgebrochen wird. Über das Schaffen von öffentlich-rechtlichen Instituten für Wertpapierbewertungen wird nicht zielführend nachgedacht. Das ist ein Fehler.

330 EBA: European Banking Authority (Europäische Bankenaufsichtsbehörde)

331 ESZB: Europäisches System der Zentralbanken (zu ihm gehören die Europäische Zentralbank und die nationalen Notenbanken (NNBEN) der Europäischen Union)

332 Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.06.2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union am 30.11.2013, Punkt 98, gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf § 114

333 Oligopol: wenige Unternehmen (z. B.: Angebot von Wertpapierbewertungen) beherrschen ein Marktsegment (z. B.: Nachfrage von Wertpapierbewertungen)

In einem Papier von Deloitte heißt es, dass „[...] im Rahmen des überarbeiteten KSA³³⁴ die externen Ratings durch Risikotreiber ersetzt werden [...].“³³⁵ In der Presse wurde diese geplante Änderung wenig diskutiert, lediglich Beratungsfirmen berichteten darüber. Es ist davon auszugehen, dass das neue Regelwerk erst ab Januar 2019 anzuwenden ist. In einer späteren Veröffentlichung derselben Beratungsfirma ist zu lesen:

„Im Rahmen der zweiten Konsultation zum KSA wird die zunächst vorgesehene vollständige Abkehr von externen Ratings zurückgenommen. Vor allem der Vorschlag aus dem ersten Konsultationspapier, externe Ratings für Banken und Unternehmen durch zwei vereinfachende Risikotreiber zu ersetzen, führte zu viel Kritik.“³³⁶

Deshalb kommt Deloitte zu folgendem Fazit:

„Durch den Vorschlag des BCBS³³⁷, zukünftig nun doch weiter auf externe Ratings zurückgreifen zu dürfen, und die vergleichsweise geringeren Bandbreiten der Risikogewichte erscheint das zweite Konsultationspapier auf den ersten Blick weniger brisant als der Vorgängerentwurf.“³³⁸

Bemühungen, hier bessere Strukturen aufzustellen, sind an verschiedenen Stellen zu verorten. So kann man in der Abschlusserklärung des G20-Gipfeltreffens, welches im November 2011 in Cannes stattfand, die Zielsetzung erkennen, dass das automatisierte Verlassen auf exter-

334 KSA: Kreditrisiko-Standardansatz; Verfahrensweise zur Ermittlung des Betrages, den eine Bank als Eigenkapital mindestens vorhalten muss

335 Deloitte: „Der neue Kreditrisiko-Standardansatz. Mehr Risikosensitivität, mehr Komplexität“, White Paper Nr. 65 – Stand: 11.06.2015, Katrin Budy, Andreas Cremer, Gerhard Dengl, S. 5

336 Deloitte: „Die zweite Konsultation zum neuen Kreditrisiko-Standardansatz“, White Paper Nr. 72 – Stand: 26.01.2016, Michael Cluse, Gerhard Dengl, Sebastian Geyer und Dr. Gil Opher, S. 5

337 BCBS: Basel Committee on Banking Supervision (Basler Ausschuss für Bankenaufsicht)

338 Deloitte: „Die zweite Konsultation zum neuen Kreditrisiko-Standardansatz“, White Paper Nr. 72 – Stand: 26.01.2016, Michael Cluse, Gerhard Dengl, Sebastian Geyer und Dr. Gil Opher, S. 15

ne Ratings zu verringern sei. Ähnliche Formulierungen finden sich in den Dokumenten des G20-Gipfels in Los Cabos vom Juli 2012.³³⁹

Ulrich Horstmann zitiert unzählige Politikeraussagen, die mit Forderungen in Verbindung stehen, den marktbeherrschenden Ratingagenturen ihren Machtbereich zu kürzen. Dabei sind gerade die politischen Entscheidungsträger dafür verantwortlich, dass sich die Ratingagenturen derart dominant herausbilden konnten. So bezieht sich Horstmann beispielsweise auf Äußerungen von Wolfgang Schäuble, José Manuel Barroso, Jean-Claude Trichet, Otmar Issing, Michael Sommer und Christian Wulff. In Zusammenhang mit den *Großen Drei* ist von Brandbeschleunigern und Krisenhauptschuldigen die Rede und sie werden sogar mit Cruise Missiles³⁴⁰ verglichen. Ob es sich bei den Bekenntnissen um leere Worthülsen oder Einsichten handelt, die zu funktionaleren Strukturen führen, wird man sehen. Es ist festzustellen, dass in diesem Bereich spürbar etwas in Bewegung gerät. Handlungsbedarf sieht auch Dirk Müller. Er schreibt, dass die Ratingagenturen mit ihrer Lageeinschätzung über das Wohl und Wehe jedes größeren Unternehmens dieser Erde und nicht zuletzt über Aufstieg und Untergang ganzer Regierungen und Staaten entscheiden könnten.³⁴¹

Kam die Kritik zum Wegfall externer Ratings vor allem aus den Reihen der einflussreichen *Großen Drei*, weil sie ihr Geschäftsmodell in Mitleidenschaft gezogen sahen? Nein, es hat sich überraschenderweise auch die deutsche Kreditwirtschaft zu Wort gemeldet. So veröffentlichte das German Banking Industry Committee³⁴² einen Kommentar zu den Vorhaben des Basler Ausschusses. Hierin heißt es:

339 vgl. Horstmann, Ulrich (2013), a. a. O., S. 180 f.

340 Cruise Missiles: unbemannter Lenkflugkörper mit Sprengkopf

341 vgl. Müller, Dirk: „Crashkurs. Weltwirtschaftskrise oder Jahrhundertchance? Wie Sie das Beste aus Ihrem Geld machen“, Droemer Verlag, München, 2009, überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Taschenbuchausgabe, Juni 2010, S. 111

342 Die *Deutsche Kreditwirtschaft* (bis 2011 Zentraler Kreditausschuss, engl. German Banking Industry Committee) ist ein Ausschuss, der von den zentralen Vereinigungen der deutschen Bankindustrie gebildet wird. Hierbei handelt es sich um den Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), den Bundesverband deutscher Banken (BdB), den Bundesverband Öffentlicher Banken (VÖB), den Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) sowie den Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp). Zusammen repräsentieren sie etwa 1.700 Banken. (Quelle: German Banking

„Ein gänzlicher Verzicht auf externe Ratings im KSA [Kreditrisiko-Standardansatz; Anm. S. H.] geht aus unserer Sicht zu weit. So war die politische Forderung unter dem Eindruck der Finanz- und Staatsschuldenkrise, die Abhängigkeit von externen Ratings im Regelwerk zu verringern. Externe Ratings jedoch vollständig zu verbannen, stand nach unserem Dafürhalten nicht zur Disposition, und ist im Übrigen auch nicht sinnvoll. So beinhaltet ein Rating einer anerkannten Ratingagentur weitaus mehr Informationen als es die im Konsultationspapier vorgeschlagenen Parameter auch nur annähernd leisten können.“

Ein wesentlicher Vorteil externer Ratings ist die Tatsache, dass dort durchgängig bestimmte zukunftsgerichtete Komponenten Berücksichtigung finden. Damit spiegeln Ratings das Risiko eines Exposures³⁴³ wesentlich genauer wider. Dieser wesentliche Mehrwert geht durch den Rückgriff auf institutsindividuell ermittelte Kennzahlen gänzlich verloren. Zwar standen externe Ratings im Zusammenhang mit der Subprimekrise in der Kritik, doch handelt es sich bei den Ratings für Banken und Unternehmen um grundsätzlich andersgeartete Ratingmethoden. Auch ist der Baseler Ausschuss selbst bei der Überarbeitung des Verbriefungsrahmenwerks nicht so weit gegangen, auf externe Ratings vollständig zu verzichten.

Zudem dürfen Banken – zumindest in Europa – Kreditscheidungen nicht ausschließlich auf Basis eines Ratings treffen, sondern müssen sich stets ein eigenes Urteil über den Risikogehalt einer Position bilden. Ferner stellt die einheitliche Nutzung von externen Ratings eine Vergleichbarkeit der Höhe der Kapitalunterlegung sicher. Dies ist bei den vorgeschlagenen Risikotreibern, wie später noch ausgeführt wird, nicht sichergestellt.“³⁴⁴

Offensichtlich ist die Gruppe der Kritiker der geplanten Änderungen des Kreditrisiko-Standardansatzes deutlich breiter aufgestellt als oben

Industry Committee: „Comments on BCBS Consultation Paper ‘Revisions to the Standardised Approach for credit risk’ (BCBS 307)”, Berlin, 27.03.15

343 Hiermit sind die zu bewertenden Aktivposten gemeint.

344 German Banking Industry Committee: „Comments on BCBS Consultation Paper ‘Revisions to the Standardised Approach for credit risk’ (BCBS 307)”, Berlin, 27.03.15, S. 2

vermutet. Darüber hinaus werden in der eben zitierten Veröffentlichung nachvollziehbare fachliche Argumente gebracht, die tatsächlich dafür sprechen, dass man in verträglichem Umfang externe Ratings heranzieht. Insofern ist es verständlich, dass der BCBS in diesem Punkt zurückgerudert hat. Deshalb wäre hier der Ansatz geeignet, die oligopole Stellung der drei führenden Ratingagenturen zu beseitigen, damit Banken aus einer größeren Zahl an Dienstleistern auswählen können. Wie bereits empfohlen, sollten auch Agenturen mit öffentlich-rechtlicher Eigentümerstruktur zur Verfügung stehen. Die Leserinnen und Leser, die ein weiteres Interesse an diesen Themen haben, werden auf die hier herangezogenen Dokumente verwiesen, die auf der Internetpräsenz der jeweiligen Organisationen kostenfrei heruntergeladen werden können.

Es bleibt festzustellen, dass die geplanten Novellierungen des Basler Ausschusses nach aktuellem Stand (August 2016) noch als sehr unausgegoren zu bewerten sind. So bleiben beispielsweise bei Interbankenforderungen (siehe Kapitel II.4: „Die Bankbilanz“, Abbildung 7: Forderungen an Banken) bereits erfolgte Restriktionen zur besseren Risikosensitivität unberücksichtigt, die zum Beispiel sind: höhere Eigenkapitalanforderungen, wenn ein Kreditnehmer zeitweise aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen nicht erfüllt; die Besserstellung größer im Vergleich zu kleinen Banken; sowie nicht nachvollziehbare wesentlich höhere Risikogewichte bei Auto- und Immobilienfinanzierungen trotz vorhandener Sicherheiten.

Oft wird das aktuelle Finanzsystem auch als Schuldgeldsystem bezeichnet. Es wird kritisiert, dass neues Geld nur durch Kreditvergabe in den Wirtschaftskreislauf gelangt.

Eine der besten Möglichkeiten, Geld schnell wieder aus dem Kreislauf zu entfernen, besteht darin, es als kurzfristigen Kredit zur Verfügung zu stellen. Läuft die Frist ab, müssen die finanziellen Mittel zurückfließen. Werden die betreffenden pekuniären Beträge weiterhin gebraucht, werden neue Kredite ausgereicht oder die bereits vergebenen verlängert. Sollte die Marktsituation eine Reduzierung der nachfragerischen Geldmenge erfordern, finden keine neuen Kreditierungen statt. Das erinnert an die im aktuellen System wöchentlich stattfindenden Offenmarktgeschäfte. Parallel hierzu kann die Geldmenge zusätzlich durch den An- und Verkauf von Wertpapieren, Gold

oder Devisen, gesteuert werden (siehe Kapitel I.4: „Die Formen von Zentralbankgeld – Offenmarktgeschäfte“).

Ein Staat sollte sich grundsätzlich über Steuereinnahmen refinanzieren. Unter Auflage der strengen Einhaltung des Inflationsziels von null Prozent ist sicher auch vorstellbar, dass eine Monetative zinsfreie Kredite direkt an Bund und Länder vergibt. Bei derartigen Praktiken muss jedoch gesetzlich fixiert sein, wofür Regierungen die Darlehen einsetzen dürfen, eine Zweckbindung ist zwingend anzuraten. Werden die Gelder für die Sanierung von Schulen, die Unterstützung von Kunst und Kultur, für den Schutz der Umwelt, das Instandhalten der Infrastruktur oder die Verbesserung des Gesundheitswesens verwendet, spricht vieles dafür, wenn das Inflationsziel dadurch nicht gefährdet wird. Bernd Senf sieht das vergleichbar. Wenn nach seiner Ansicht die zinslosen Darlehen an Regierungen für staatliche Investitionen vor allem im sozialen und ökologischen Bereich eingesetzt würden und sich dies im Rahmen von Preisstabilität geschähe, spräche nichts dagegen.³⁴⁵

Auch durch das Zahlen eines bedingungslosen Grundeinkommens könnte Geld in Umlauf gelangen. Man sollte jedoch nie vergessen, dass die Frage, wie zusätzlich zu emittierendes Geld in den Wirtschaftskreislauf kommt, nur einen sehr kleinen Teil der zu betrachteten Volumina tangiert. Unter bestimmten ökonomischen Rahmenbedingungen wird überhaupt kein zusätzliches Geld im Wirtschaftskreislauf benötigt. Die Frage, wie das bereits herausgegebene Zahlungsmittel möglichst ebenmäßig im Markt zirkuliert, berührt exorbitant größere Summen. In jedem Geldsystem muss eine Antwort auf die Frage gegeben werden, wie geregelt ist, dass sich das im Umlauf befindliche Geld möglichst gleichmäßig fließend im Wirtschaftskreislauf bewegt. Ziel sollte sein, dass es seiner Funktion als universelles Tauschmittel optimal gerecht wird, damit es dem Gemeinwohl dient.

345 vgl. Senf, Bernd: „Die blinden Flecken der Ökonomie. Wirtschaftstheorien in der Krise“, Gauke GmbH / Verlag für Sozialökonomie, Kiel, 2007, 5. Auflage November 2008, S. 237

4. Geldschöpfung der Geschäftsbanken?

Liest man den Text des Vortrages, welchen Karl Walker am 23.07.1962 anlässlich der Internationalen Kundgebung im hundertsten Geburtsjahr Silvio Gesells in St. Vith gehalten hat, entsteht der Eindruck, dass weder die Wirtschaftswissenschaft, noch die Geldreformbewegung beim Thema der sogenannten Geldschöpfung der Geschäftsbanken nennenswerte Fortschritte gemacht hat. Zum damaligen Zeitpunkt stellte Walker fest, dass er die Zeitspanne, die zur Klärung verschiedener geldtheoretischer Aspekte benötigt wird, unterschätzt hatte. Dabei bezog er sich unter anderem auf die klare Trennung von Geld und Guthaben, eindeutige Begriffsdefinitionen und eine vermeintliche Girogeldschöpfung durch Geschäftsbanken. Allerdings vertrat der Sozialwissenschaftler in jenen Tagen die Position, dass die Menschen auf dem Weg zur inhaltlichen Klärung ein beträchtliches Stück vorangekommen wären. So kam er zu dem Schluss, gelänge der Erkenntnisprozess nicht bald, würden die Lichter der freien Marktwirtschaft noch im 20. Jahrhundert erloschen.³⁴⁶ Zu welchem Urteil über das TTIP-, TiSA- oder CETA-Regelwerk käme Walker wohl heute? Bei diesen kapitalistischen Freihandelsabkommen erodieren die demokratischen Grundfesten zusehends.

Schauen wir uns zuerst an, was manche Geldsystemkritiker überhaupt mit der Geldschöpfung der Geschäftsbanken meinen. Der besseren Übersichtlichkeit halber werden aus der Bankbilanz die Bilanzpositionen, die für die folgenden Betrachtungen nicht relevant sind, entfernt. Einige Kritiker sagen, ein Kreditinstitut würde Geld schöpfen, wenn es einen Kredit vergibt.

In der bereits zitierten Broschüre der Bundesbank steht dazu:

„In der Regel gewährt die Bank einem Kunden einen Kredit und schreibt ihm den entsprechenden Betrag auf dessen Girokonto als Sichteinlage gut. [...] Wird einem Kunden ein Kredit über 1.000 Euro gewährt (z. B. Laufzeit 5 Jahre, 5 % p.a.), erhöht sich die Ein-

³⁴⁶ vgl. Walker, Karl: „Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie“, Vortrag anlässlich der Internationalen Kundgebung im hundertsten Geburtsjahr Silvio Gesells, gehalten am 23.06.1962 in St. Vith, Herausgeber: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V. Rudolf Zitzmann Verlag Lauf, 1973, S. 15 f.

lage des Kunden auf seinem Girokonto um 1.000 Euro. Es ist Buchgeld entstanden oder es wurden 1.000 Euro Buchgeld geschaffen.“³⁴⁷

Dirk Löhr orientiert sich an den Ausführungen der Bundesbank und kommt zu dem Schluss:

„Anders als einige Autoren v.a. aus dem freiwirtschaftlichen Spektrum folgen wir der Auffassung, dass eine Geldschöpfung der Banken existiert.“³⁴⁸

Sein Fazit:

„Ohne auf Zentralbankgeld [bei der Kreditvergabe; Anm. S. H.] zurückgreifen zu müssen, wird [...] ein neues Guthaben erzeugt – das definitionsgemäß als „Geld“ gilt.“³⁴⁹

Aufgrund der Analyse und Ergebnisse in den vorangegangenen Kapiteln werden in diesem Buch exakte Begriffsdefinitionen benutzt und es ist klar geworden, dass sich durch die Verwendung schwammiger Begriffe wie Buchgeld oder Geld als Bezeichnung für Guthaben schwerwiegende Ableitungsfehler ergeben. Bevor das Thema Geldschöpfung der Geschäftsbanken genau behandelt wird, hier noch einige Meinungen von weiteren Systemkritikern:

Weik und Friedrich sagen in ihrem Bestseller:

„Banken können selber Geld schöpfen – das sogenannte Buchgeld.“³⁵⁰

Sie trennen nicht korrekt zwischen den verschiedenen Aggregaten, obwohl sie auch schreiben:

347 Deutsche Bundesbank, „Geld und Geldpolitik“, Stand: Frühjahr 2015, S. 76 f.

348 Löhr, Dirk: „Geldschöpfung und kein Ende. Robinson und die Eichhörnchen“, 06. August 2015

349 ebd.

350 Weik Matthias / Friedrich Marc: „Der größte Raubzug der Geschichte. Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“, Bastei Lübbe Taschenbuch Band 60804, 2. Auflage Juni 2014, überarbeitete und aktualisierte Taschenbuchausgabe, Originalausgabe: Tectum Verlag, Marburg, 2012, S. 24

„Im engeren Sinne sind Kredite also kein Geld, sie wirken dennoch wie ‚echtes Geld‘, mit dem man ganz normal bezahlen kann.“³⁵¹

Auf die Möglichkeiten der Verwendung der jeweiligen Volumina abzustellen, ist nicht zielführend. In einem Beispiel ihres Buches nimmt der Bankkunde Maier einen Kredit für den Kauf eines Motorrades in Höhe von 10.000 Euro auf. Der Kreditnehmer hebt den Kreditbetrag zum Bezahlen seiner erworbenen Maschine bar ab. Woher das zusätzlich von der Bank durch Kreditvergabe benötigte Zentralbankgeld kommt, wird weggelassen. Das ist jedoch elementar.

Mark Joób schreibt:

„Die Geschäftsbanken haben heute das große Privileg, dass sie neues Geld herstellen dürfen – so genanntes Buchgeld, das nur auf den Konten der Kunden existiert.“³⁵²

Auch Andreas Popp erklärt in verschiedenen auf YouTube abrufbaren Vorträgen³⁵³ ebenfalls einerseits eine stattfindende Geldschöpfung der Geschäftsbanken im typischen Stil. Jedoch bewirbt er andererseits ausgesprochen aktiv einen unter anderem von ihm entwickelten „Plan B“. Dieser setzt sich aus vier Punkten zusammen. Ein Baustein ist nun nicht etwa, wie man erwarten könnte, Vollgeld oder eine Vollgeldvariante mit konstruktiver Geldumlaufsicherung, sondern das Fließende Geld.

Bernd Senf sagt, dass es die „Geldschöpfung aus dem Nichts“ gäbe.³⁵⁴ Zu dem Schluss kommt er, weil er Sichteinlagen als Giralgeld bezeichnet und zwischen Zentralbankgeld und Giralgeld nicht ausreichend unterscheidet. Er begründet dies damit, da man den Anspruch auf Zentralbank an andere Marktteilnehmer mittels Überweisung übertragen kann. Folglich erfülle das Giralgeld – ebenso wie das Bar-

351 ebd. S. 25

352 Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): Die Vollgeld-Reform. Wie Staats-schulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können“, edition Zeitpunkt, Solothurn, April 2015, 4. aktualisierte Auflage, S. 9

353 vgl. z. B.: Andreas Popp: „Wie entsteht Geld? – Giralgeldschöpfung“, veröf-fentlicht am 11.03.2013, <https://www.youtube.com/watch?v=IVQtV2lT58s> (abgerufen am 21.12.2016)

354 vgl. Senf, Bernd: „Und es gibt sie doch! Die Geldschöpfung der Banken aus dem Nichts. Entgegnung auf Gero Jenner’s Buch ‚Wohlstand und Armut‘“, April 2011, S. 7

geld – die Funktion eines allgemeinen Zahlungsmittels.³⁵⁵ Er erklärt, dass eine täglich fällige Sichteinlage durch Bargeldeinzahlung wie auch durch Kreditvergabe entstehen könne, nennt dies Begriffsverwirrung³⁵⁶ und empfiehlt, dass bei den Sichteinlagen nach ihrer Entstehung unterschieden werden solle. Müsste man demnach dann auch die Sichteinlage separat bewerten, die sich ergibt, wenn eine Anlage mit vereinbarter Laufzeit endet und der ursprünglich angelegte Betrag dem Girokonto wieder gutgeschrieben wird? Laut Senf hätten jedoch Spareinlagen, also Einlagen mit vereinbarter Laufzeit, in der Definition der Geldmenge nichts zu suchen, damit weicht Senf von der Position zum Beispiel von Hörmann ab.³⁵⁷

Bernd Senf betont, dass die Kreditvergabe durch die Zahl potentieller Schuldner und Eigenkapitalvoraussetzungen begrenzt ist und stellt einen deutlichen Bezug zum Zentralbankgeld her.³⁵⁸ Darüber hinaus fällt bei ihm auf, dass er, neben seiner Kritik zu den buchungstechnischen Möglichkeiten von Geschäftsbanken, den Zins größer null Prozent als destruktive Geldumlaufsicherung unmissverständlich beanstandet. Insofern sieht er die negativen Wirkungen von Zins und Zinseszins und bringt sich dafür ein, dass die Art der Geldumlaufsicherung geändert wird. Er stellt ausdrücklich heraus, dass im derzeitigen Zinssystem immer wiederkehrende ökonomische Krisen unvermeidlich seien.³⁵⁹

Auch Thomas Betz ist ein Protagonist des Vollgeldes. Die täglich verfügbare Sichteinlage wäre zwar kein gesetzliches Zahlungsmittel, sie könne jedoch wie Geld verwendet werden. Deshalb wird aus seiner Sicht bei der Kreditvergabe Geld erschaffen. Allerdings sieht er gleichzeitig die Notwendigkeit einer konstruktiven Geldumlaufsicherung, wie sie beim Fließenden Geld gedacht ist. Er meint, dass gerade erst

355 vgl. ebd. S. 25

356 vgl. ebd. S. 17

357 vgl. Senf, Bernd: „Der Nebel um das Geld. Zinsproblematik. Währungssysteme. Wirtschaftskrisen“, Gauke GmbH / Verlag für Sozialökonomie, 1996, 7. Auflage, S. 166

358 vgl. Senf, Bernd (2011), a. a. O., S. 18 f.

359 vgl. Senf, Bernd (1996), a. a. O., S. 90

nach einer Vollgeldreform eine Umlaufsicherung seine volle Wirkung entfalte.³⁶⁰

Wie durch das Jonglieren mit Begriffen Widersprüche entstehen, zeigt Hörmann ganz offensichtlich. So formuliert er einerseits:

„Tatsächlich erfolgt bei der Kreditvergabe von Geschäftsbanken jedoch keine Verleihe von Geld (i. S. von gesetzlichen Zahlungsmitteln also Bargeld) sondern lediglich der Eintrag der entsprechenden Zahl (der Kreditsumme) auf beiden Seiten der Bankbilanz [...].“³⁶¹

Auf der anderen Seite sagt er in einem Interview mit der Zeitschrift DER STANDARD:

„Banken erfinden im Kreditprozess Geld.“³⁶²

Admati und Hellwig stehen der Geldschöpfungstheorie durch Geschäftsbanken distanziert gegenüber:

„Bankexperten bezeichnen diese Art von Arrangement, bei dem die Bank sich mit so liquiden Schuldtiteln wie Sichteinlagen finanziert und selbst in so illiquide Anlagen wie Unternehmenskredite investiert, als *Liquiditätstransformation*³⁶³. Im Unterschied zu der Aussage, dass Banken ‚geldähnliche Schulden‘ produzieren, lenkt der Ausdruck ‚Liquiditätstransformation‘ unsere Aufmerksamkeit auf den Zusammenhang zwischen den illiquiden Vermögenswerten, in die die Bank investiert, und den liquiden Schuldtiteln, mit denen sie sich finanziert. [Hervorhebung im Original]“³⁶⁴

360 vgl. Betz Thomas, Zeitschrift Sozialimpulse: „Vollgeld. Zur Kontroverse über das Thema Geldschöpfung in öffentlicher Hand“, Ausgabe: 01-2013, S. 28 ff.

361 Hörmann, Franz: „Argumente gegen die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Schadens von Banken bei Kreditausfällen aufgrund der buchtechnischen Gilalgeldschöpfung“, Wirtschaftsuniversität Wien, 2013, S. 2

362 DER STANDARD: „Banken erfinden Geld aus Luft“, Gespräch Franz Hörmann mit Daniela Rom, veröffentlicht am 13.10.2010

363 Liquiditätstransformation und Fristentransformation sind nicht gleichzusetzen. Eine Liquiditätstransformation findet statt, wenn die Liquidität eines vergebenen Kredits von der Liquidität der Refinanzierung abweicht.

364 Admati, Anat / Hellwig, Martin: „Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss“, FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchener Verlagsgruppe GmbH, 2. Auflage 2014, S. 244

Für diese beiden Autoren sind damit täglich verfügbare Einlagen kein Geld, sondern sie bezeichnen solche Aggregate als geldähnliche Verbindlichkeiten. Darüber hinaus stellen sie heraus, dass diskutiert werden muss, in welchem Maße über kurzfristige Einlagen langfristige Kredite vergeben werden sollten.

Auch Peter Spahn betrachtet die Abläufe differenzierter:

„Geschäftsbanken räumen bei ihrer Kreditvergabe dem Schuldner als Guthaben eine Forderung auf Zentralbankgeld ein, die dieser als Zahlungsmittel im Marktverkehr übertragen kann. Bei derartigen Überweisungen tritt bei den einzelnen Banken ein Liquiditätsproblem ein – sie müssen Zahlungen in Zentralbankgeld leisten, das sie nicht selbst schaffen können –, jedoch nicht im Bankensektor insgesamt. Auch bei Barabhebungen des Publikums und einer von der Notenbank erhobenen Mindestreservepflicht entsteht ein Zentralbankgeldbedarf, der nur durch Einwerbung von Einlagen oder Refinanzierung bei der Notenbank gedeckt werden kann.“³⁶⁵

Wir wählen nun zum besseren Verständnis willkürlich einen Kreditbetrag in Höhe von 10.000 Euro, der für einen Zeitraum von zwei Jahren mit einem Zinssatz von fünf Prozent p.a. an einen privaten Kreditnehmer (Nichtbank) vergeben wird. Im Moment der Kreditvergabe erhöht sich das Volumen der Bilanzposition *Forderung an Nichtbanken* auf der Aktivseite. Der Kredit wird, wie auch in der Schrift der Bundesbank dargestellt, dem Verpflichteten auf seinem Girokonto gutgeschrieben. Dadurch vergrößert sich die Summe der *Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken* um den vergebenen Kreditbetrag. Nach der Kreditvergabe ist die Bilanzsumme um den Wert des Kreditbetrages gestiegen, man spricht von einer Bilanzverlängerung.

365 Spahn, Peter: Streit um die Makroökonomie. Theoriegeschichtliche Debatten von Wicksell bis Woodford“, Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH, Marburg, 2016, S. 30

Abbildung 17: Bankbilanzveränderung nach Kreditvergabe an Nichtbank

| Aktiva | Passiva |
|--|---|
| 1. Barreserve a) Kassenbestand b) Guthaben bei Notenbanken 2. Forderungen an Banken 3. Forderungen an Nichtbanken: Kreditvergabe: + 10.000 € (Laufzeit: 2 Jahre, 5 % Zinsen p. a.) | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken a) ggü. Banken (ohne Notenbanken) b) ggü. Notenbanken 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken a) täglich fällig: Kontogutschrift Kredit: + 10.000 € b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 3. Eigenkapital |
| Bilanzsumme: + 10.000 € | Bilanzsumme: + 10.000 € |

Manche Geldsystemkritiker übernehmen nun den Fehler der herrschenden Ökonomie und bezeichnen täglich fällige Einlagen als Geld. Es wäre durch die Kreditvergabe wie aus dem Nichts entstanden. Prinzipiell wird auf oben dargestellten Buchungssatz verwiesen, damit sei der Geldschöpfungsakt belegt. Sehr bedauerlich ist, dass die weiteren Abläufe nach Kreditvergabe oft ungenügend betrachtet werden.

Nachdem der Kreditbetrag dem Verpflichteten zur Verfügung gestellt wurde, setzt dieser die finanziellen Mittel für den geplanten Zweck ein. Unterstellen wir, um uns in die folgenden Vorgänge besser hineindenken zu können, dass der Kredit für die Modernisierung des Daches seines selbstgenutzten Einfamilienhauses verwendet werden soll. Betrachten wir hierzu nun die verschiedenen möglichen Varianten des Kreditmitteleinsatzes.

An dieser Stelle bereits der Hinweis, dass es ferner Kritiker gibt, die eine Geldschöpfung der Geschäftsbanken auch dann sehen, wenn Banken Vermögenswerte anschaffen. So schreiben Brichta und Voglmayer:

„Eine Bank kann nämlich auch dadurch Geld produzieren, dass sie Vermögenswerte ankauf, zum Beispiel Gold, Immobilien oder Wertpapiere.“³⁶⁶

Auf diesen Fall wird explizit weiter unten eingegangen (siehe Kapitel III.9: „Der Geldschöpfungsgewinn“).

4.a Der Kreditmitteleinsatz durch Barzahlung

Der Kreditnehmer kann zu seiner finanzierenden Bank gehen und den aufgenommenen Kreditbetrag in Höhe von 10.000 Euro bar abheben, um den Handwerker bar zu bezahlen. Sicher ist das nicht die Regel; es konnte keine Statistik ermittelt werden, wie oft sich Kreditnehmer ihre Kreditmittel in bar auszahlen lassen. Dennoch muss eine Bank einkalkulieren, dass Zentralbankgeld zu einhundert Prozent – bezogen auf den Kreditbetrag – für die Auszahlung von einem Teil der vergebenen Kredite benötigt wird. Oft ist zu lesen, dass durch Kreditvergabe ein zusätzlicher Zentralbankgeldbedarf von lediglich einem Prozent entsteht. Nach der Kreditvergabe hat sich zunächst die Menge der täglich fälligen Einlagen im Bankensystem vergrößert (siehe Abbildung 17). Dies führt zu einer erhöhten Mindestreserveanforderung. Aktuell beträgt die Mindestreserve ein Prozent auf die Mindestreservebasis (siehe Kapitel I.7: „Die Mindestreserve“). Unterstellt man jedoch die anteilige Barauszahlung von ausgereichten Krediten, ist der Zentralbankgeldbedarf deutlich größer als die Mindestreserveanforderungen verlangen. Durch die Barauszahlung von Krediten ist Zentralbankgeld aus dem Kassenbestand des Bankhauses in den Wirtschaftskreislauf gelangt. Ist der Kassenbestand der Geschäftsbank zu niedrig, muss sie sich zusätzliches Zentralbank bei der NNB beschaffen (siehe Kapitel I.4: „Die Formen von Zentralbankgeld – Offenmarktgeschäfte“). Nach Barauszahlung des Kredits kehrt die Bilanzsumme zu dem Wert, den sie vor der Kreditvergabe hatte, zurück.

Die Bank muss auch einkalkulieren, dass die beschriebenen Vorgänge stark zeitversetzt verlaufen. Die Forderung auf Bargeldauszahlung kann von Haltern von täglich verfügbaren Sichteinlagen erst Jahre

³⁶⁶ Brichta, Raimund / Voglmaier, Anton: „Die Wahrheit über Geld. Wie kommt unser Geld in die Welt – und wie wird aus einem Kleinkredit ein großer Finanzcrash“, Börsenmedien AG, Kulmbach, 2013, S. 20

später erfolgen. Auch können Einleger ihre Einlage sofort oder in weiter Zukunft in eine Einlage mit Laufzeit transformieren. Ab diesem Zeitpunkt muss die Bank Guthabenzinsen an den Gläubiger bezahlen. Je nach Zinshöhe kann dadurch die ursprüngliche Kreditvergabe zum Verlustgeschäft werden. Dies geschieht, wenn sich das allgemeine Zinsniveau am Markt erhöht hat und die von der Bank an den Einleger später zu zahlenden Guthabenzinsen die durch den einst ausgereichten Kredit vereinnahmten Kreditzinsen übersteigen (Verweis auf Situation Sparkassen in den USA in den 1980er Jahren, siehe auch Kapitel III.4.b.b: „Der Bilanzausgleich durch Interbankenhandel“).

Abbildung 18:

Bankbilanzveränderung nach Barauszahlung des Kreditbetrages

| Aktiva | Passiva |
|---|--|
| 1. Barreserve a) Kassenbestand: Barauszahlung: – 10.000 € b) Guthaben bei Notenbanken 2. Forderungen an Banken 3. Forderungen an Nichtbanken: Kreditvergabe: + 10.000 € (Laufzeit: 2 Jahre, 5 % Zinsen p. a.) | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken a) ggü. Banken (ohne Notenbanken) b) ggü. Notenbanken 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken a) täglich fällig: Kontogutschrift Kredit: + 10.000 € Reduzierung des Kontoguthabens wegen Barauszahlung: – 10.000 € b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 3. Eigenkapital |
| Bilanzsumme: + 10.000 € – 10.000 € | Bilanzsumme: + 10.000 € – 10.000 € |

4.b Der Kreditmitteleinsatz durch Überweisung

Bei dieser Variante muss zuerst unterschieden werden, wo sich das Konto des Dachdeckers befindet. Führt der Unternehmer seine Bankverbindung im selben Haus wie der Kreditnehmer, ändert sich bilanziell nichts. Der Kontostand des Kreditnehmers verringert sich am Tag der Überweisung um den Überweisungsbetrag. In gleicher Höhe vergrößert sich der Saldo auf dem Konto des Handwerkers. Die Bilanzposition der *Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken* mit täglicher Fälligkeit bleibt unverändert. Mehr dazu später.

Spannender wird es, wenn die Konten von Auftraggeber und Auftragnehmer bei unterschiedlichen Kreditinstituten verwaltet werden. Nach Überweisungsausführung reduziert sich die Bilanzsumme der Bank des Kreditnehmers um den Überweisungsbetrag auf der Passivseite. Im Gegenzug erhöht sich die Summe der Passivposten der kontoführenden Bank des Dachdeckermeisters um den Betrag des Zahlungseinganges. In unserem fiktiven Beispiel handelt es sich um jeweils 10.000 Euro.

Abbildung 19:

Bankbilanzveränderung nach Überweisung des Kreditbetrages an ein anderes Kreditinstitut

Bank des Kreditnehmers

| Aktiva | Passiva |
|--|---|
| 1. Barreserve a) Kassenbestand b) Guthaben bei Notenbanken 2. Forderungen an Banken 3. Forderungen an Nichtbanken: Kreditvergabe: + 10.000 € (Laufzeit: 2 Jahre, 5 % Zinsen p. a.) | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken a) ggü. Banken (ohne Notenbanken) b) ggü. Notenbanken 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken a) täglich fällig: Kontogutschrift Kredit: + 10.000 € Überweisung: - 10.000 € b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 3. Eigenkapital |
| Bilanzsumme: + 10.000 € | Bilanzsumme: + 10.000 € - 10.000 € |

Bank des Dachdeckers

| Aktiva | Passiva |
|---|---|
| 1. Barreserve a) Kassenbestand b) Guthaben bei Notenbanken 2. Forderungen an Banken 3. Forderungen an Nichtbanken | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken a) ggü. Banken (ohne Notenbanken) b) ggü. Notenbanken 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken a) täglich fällig: Zahlungsgutschrift: + 10.000 € b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 3. Eigenkapital |
| Bilanzsumme: | Bilanzsumme: + 10.000 € |

Nachdem die Überweisung auf den zugehörigen Konten verbucht wurde, sind die betreffenden Bankbilanzen unausgeglichen. Da jedoch täglich die Bilanzsummen der Aktiv- und Passivseite laut Gesetz übereinstimmen müssen, schauen wir uns die Möglichkeiten des nun erforderlichen Bilanzausgleiches an.

4.b.a Der Bilanzausgleich durch Saldierung

Theoretisch könnte bereits die Bank des Dachdeckermeisters an einen ihrer Kunden – nennen wir ihn Person C – einen Kredit in gleicher Höhe (10.000 Euro) vergeben haben.

Hier ebenfalls ein fiktives Beispiel, um den Vorgang dieser Darlehensvergabe in der Abbildung 20 für den Leser besser zu verdeutlichen: Es wäre denkbar, dass es sich beispielsweise um ein Immobilendarlehen handelt, welches grundbuchrechtlich³⁶⁷ besichert ist. Es wird für eine Laufzeit von zehn Jahren ausgereicht. Wegen der zur Verfügung gestellten Sicherheit kostet es nur 1,9 Prozent p.a. Zinsen.

Person C überweist ihr Darlehen genau am selben Tag, an dem der Dachdecker seine Handwerkerrechnung beglichen bekommt. Das Konto des Zahlungsempfängers befindet sich bei der Bank, die dem Einfamilienhauseigentümer seine Dachmodernisierung finanziert hat.

Zwei gleich große Kredite werden bei zwei Kreditinstituten vergeben und die betreffenden Zahlungsempfänger unterhalten bei der jeweils anderen Bank ein Konto. Die Überweisungsbeträge fließen am selben Tag zur jeweils anderen Bank, so dass durch zwei parallele Vorgänge der Bilanzausgleich beider Banken bewerkstelligt werden kann. Der Leser kann selbst beurteilen, wie wahrscheinlich es ist, dass dies genau in dieser Art abläuft.

³⁶⁷ Im Grundbuch der Immobilie, Abteilung III, wird eine Grundschuld zugunsten der kreditvergebenden Bank eingetragen. Damit dient die Immobilie als Sicherheit für das ausgereichte Darlehen. Wird das Darlehen vom Darlehensnehmer nicht mehr vertragsgemäß bedient, kann die Immobilie durch die Grundschuld leicht zwangsvollstreckt werden.

Abbildung 20: Bilanzausgleich nach Überweisung durch Saldierung

Bank des Kreditnehmers

| Aktiva | Passiva |
|--|--|
| 1. Barreserve a) Kassenbestand b) Guthaben bei Notenbanken 2. Forderungen an Banken 3. Forderungen an Nichtbanken: Kreditvergabe: + 10.000 € (Laufzeit: 2 Jahre, 5 % Zinsen p. a.) | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken a) ggü. Banken (ohne Notenbanken) b) ggü. Notenbanken 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken a) täglich fällig: Kontogutschrift Kredit: + 10.000 € Überweisung: - 10.000 € Zahlungsgutschrift: + 10.000 € b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 3. Eigenkapital |
| Bilanzsumme: + 10.000 € | Bilanzsumme: + 10.000 € - 10.000 € + 10.000 € |

Bank des Dachdeckers

| Aktiva | Passiva |
|---|--|
| 1. Barreserve a) Kassenbestand b) Guthaben bei Notenbanken 2. Forderungen an Banken 3. Forderungen an Nichtbanken: Darlehensvergabe: + 10.000 € (Laufzeit: 10 Jahre, 1,9 % Zinsen p.a.) | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken a) ggü. Banken (ohne Notenbanken) b) ggü. Notenbanken 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken a) täglich fällig: Zahlungsgutschrift: + 10.000 € Kontogutschrift Darlehen: + 10.000 € Überweisung: - 10.000 € b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 3. Eigenkapital |
| Bilanzsumme: + 10.000 € | Bilanzsumme: + 10.000 € + 10.000 € - 10.000 € |

Fazit: Bei Millionen an Buchungen, die zwischen tausenden Geschäftsbanken im Jahr hin und her gehen, wird der tägliche Bilanzausgleich über die jeweiligen Sollsalden ausgeführt. Aber: Die Saldierung von Forderungen ist kein Beleg für eine vermeintlich stattfindende Geldschöpfung. Saldierung bedeutet, dass für den Bilanzausgleich weniger Zentralbankgeld verwendet werden muss.

Andreas Bangemann liefert in diesem Zusammenhang eine schöne Analogie: Wenn sich Freunde zu einem Skatabend unter Einsatz von Geld treffen, könnten sie nach jedem Spiel in bar abrechnen. Das wird erfahrungsgemäß selten so praktiziert. Üblich ist, dass ein Teilnehmer die Rundenergebnisse aufschreibt und am Ende dieser Zusammenkunft abgerechnet wird, indem die Salden gezogen werden. Erst jetzt fließen die so ermittelten Beträge zum Gewinner oder zu den Gewinnern der Aktion. Niemand käme auf die Idee zu sagen, dass über die Buchungen auf dem Spielstandzettel Geld entsteht.

Darüber hinaus gibt es Zahlungssysteme³⁶⁸, in denen bei Großzahlungen ganz auf das Saldieren verzichtet wird. Jede Überweisung ist demnach zeitgleich vollständig mit Zentralbankgeld auszugleichen.³⁶⁹

Doch bevor wir gemeinsam weitere Schlussfolgerungen ziehen, blicken wir noch auf zwei weitere Möglichkeiten des Bilanzausgleiches.

4.b.b Der Bilanzausgleich durch Interbankenhandel

Tag für Tag werden Bankbilanzen dadurch ausgeglichen, indem sich Geschäftsbanken gegenseitig auf dem Interbankenmarkt Kredite vergeben. Das ist eine normale Folge von Zahlungsaktivitäten der Nischenbanken untereinander. Giegold, Philipp und Schick übersehen das, wenn sie schreiben:

„Banken müssten durchaus nicht den größten Teil ihrer Bilanz mit täglich fälligen Interbankenkrediten finanzieren. Sie können statt-

³⁶⁸ Man unterscheidet zwischen Massen- und Individualzahlungsverkehr, das bekannte SEPA-Lastschriftverfahren gehört zu den Massenzahlungssystemen.

³⁶⁹ Deutsche Bundesbank: „Individualzahlungsverkehrssysteme“, <https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Dossier/Aufgaben/ueberwachung.html?docId=324952¬First=true> (abgerufen am 08.04.2017)

dessen Eigenkapital, langfristige Darlehen oder stabile Kundeneinlagen nutzen, was typische kleine Banken auch tun.“³⁷⁰

Ein anteiliger Bilanzausgleich über den Interbankenmarkt ist zwingend erforderlich und keine ausschließliche Ermessensfrage von Geschäftsbanken. Sicher könnten Kreditinstitute, wie die drei oben genannten Autoren vorschlagen, Kundeneinlagen mit langfristiger Laufzeit einwerben. Allerdings ist ein solches Ziel gegebenenfalls nur erreichbar, indem Einlegern ein Zinssatz geboten wird, der deutlich über dem Zinsniveau des Interbankenmarktes läge. Auf diese Weise würde ein Bankhaus seine Rentabilität schmälern. Letztendlich ginge es wieder um die Frage des Gleichgewichts zwischen vertretbarem Risiko und Profitabilität.

Wesentliche Voraussetzung für den Krediterhalt im Interbankenhandel ist, dass sich die Geschäftsbanken untereinander trauen. Schätzt ein Bankhaus ein, dass das Ausfallrisiko eines Kredites, der einer anderen Bank gegeben werden soll, zu hoch ist, fällt diese Variante des Bilanzausgleichs weg.

Thorndorff und Schütze bestätigen das:

„[...] die Kreditgewährung zwischen Banken funktioniert nur auf der Basis des stets dahinter stehende Zentralbankgeldes und dessen reibungslosen Zuflusses zu den beteiligten Banken. Sollte nur der geringste Verdacht auftreten, dass eine Geschäftsbank nicht kurzfristig über hinreichend Zentralbankgeld verfügen kann, dann ist sie nicht mehr kreditwürdig und steht somit vor der Zahlungsunfähigkeit und damit der Insolvenz.“³⁷¹

Dies ist im Zuge der Finanzkrise oft vorgekommen. Nach dem Ausfall von Lehmann Brothers hagelte es in der Presse an Überschriften wie „Interbankenhandel kommt zum Erliegen“, „Zusammenbruch des Interbankenhandels“, „Kein Vertrauen mehr unter den Banken“, etc. Wenn der Interbankenhandel nicht mehr funktioniert, ist damit ge-

370 Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard: „Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern“, Verlag Klaus Wagenbach, 2016, S. 42

371 Thorndorff, Axel / Schütze, Tobias: „Geldschöpfung und Zins – heute und morgen“, Zeitschrift für Sozialökonomie, 51. Jahrgang, 180. / 181. Folge, April 2014, S. 29

meint, dass sich Kreditinstitute für den Bilanzausgleich untereinander keine Kredite mehr gewähren.

Die Deutsche Bundesbank schreibt:

„Im Zuge der Banken- und Staatsschuldenkrise waren einzelne Geschäftsbanken aufgrund der Vertrauenskrise unter Banken nicht in der Lage, sich Zentralbankgeld von anderen Geschäftsbanken zu leihen. Das Eurosystem hat deshalb dem Bankensystem in dieser Phase über zusätzliche Refinanzierungsgeschäfte sowie eine Vollzuteilungspolitik³⁷² zusätzliches Zentralbankgeld bereitgestellt.“³⁷³

Auch Admati und Hellwig bestätigen das. Nach ihrer Ansicht hätte das Interbankenkreditgeschäft seit 2008 stark abgenommen, da sich die Geschäftsbanken gegenseitig misstrauten. Weil sich die Banken nicht mehr auf untereinander vergebene kurzfristige Kredite verlassen könnten, stützten sie sich verstärkt auf Guthaben bei der Zentralbank, um unvorhergesehenen Bargeldbedarf zu decken.³⁷⁴

Berücksichtigt werden muss, dass sich Banken untereinander vor allem Kredite mit sehr kurzen Laufzeiten vergeben. Ändert ein Unternehmen, aus welchen Motiven auch immer, seine Geschäftspolitik gegenüber dem Wettbewerber, werden Kredite fällig gestellt. In diesem Moment bleibt nur noch der unter Kapitel III.4.b.c beschriebene dritte Weg für den Bilanzausgleich!

Die Eigenkapitalanforderungen an Banken haben die zuständigen Behörden gerade auf Grund der Finanzkrise sichtbar geändert. So wurden die Mindesteigenkapitalanforderungen an Qualität und Quantität angepasst (siehe Kapitel III.8: „Die Eigenkapitalanforderungen“).

372 Vollzuteilung: Eine Geschäftsbank erhält die angeforderte Menge an zusätzlichem Zentralbankgeld, wenn sie über die erforderlichen notenbankenfähigen Sicherheiten verfügt. Die EZB begrenzt bei dieser Vorgehensweise nicht die neu zu emittierende Zentralbankgeldmenge. Damit Geschäftsbanken möglichst über ausreichende Sicherheiten verfügen, wurde die Liste der notenbankfähigen Papiere stark ausgeweitet.

373 Deutsche Bundesbank: „Vertiefung: Häufig gestellte Fragen zur Geldschöpfung“, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/FAQ_Listen/faq_zum_thema_geldschoepfung.html?docId=175748#175748 (abgerufen am 10.02.2017)

374 vgl. Admati, Anat / Hellwig, Martin: „Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss“, FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchener Verlagsgruppe GmbH, 2. Auflage 2014, S. 438 f.

Bereits hier sei bemerkt, dass Kreditinstitute zukünftig einen zusätzlichen Kapitalpuffer aufbauen und eine neue Verschuldungsquote einhalten müssen. Erfüllt ein Geschäftspartner der Zentralbank diese Bedingungen nicht, hat das die Forderung haltende Bankhaus mehr Eigenkapital vorzuhalten und reduziert damit seine Rentabilität.

*Abbildung 21: Bilanzausgleich nach Überweisung über Interbankenmarkt
Bank des Kreditnehmers*

| Aktiva | Passiva |
|--|--|
| 1. Barreserve a) Kassenbestand b) Guthaben bei Notenbanken 2. Forderungen an Banken 3. Forderungen an Nichtbanken: Kreditvergabe: + 10.000 € (Laufzeit: 2 Jahre, 5 % Zinsen p. a.) | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken a) ggü. Banken (ohne Notenbanken): Kredit von Bank B: + 10.000 € b) ggü. Notenbanken 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken a) täglich fällig: Kontogutschrift Kredit: + 10.000 € Überweisung: - 10.000 € b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 3. Eigenkapital |
| Bilanzsumme: + 10.000 € | Bilanzsumme: + 10.000 € - 10.000 € + 10.000 € |

Bank des Dachdeckers

| Aktiva | Passiva |
|---|---|
| 1. Barreserve a) Kassenbestand b) Guthaben bei Notenbanken 2. Forderungen an Banken: Kredit an Bank A: + 10.000 € 3. Forderungen an Nichtbanken | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken a) ggü. Banken (ohne Notenbanken) b) ggü. Notenbanken 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken a) täglich fällig: Zahlungsgutschrift: + 10.000 € b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 3. Eigenkapital |
| Bilanzsumme: + 10.000 € | Bilanzsumme: + 10.000 € |

In jedem Fall muss das Zinsänderungsrisiko große Beachtung finden. Über die zur Verfügung gestellten Kredite an Nichtbanken generiert die kreditvergebende Bank Zinseinnahmen. Die Kredite wurden in den beiden obigen Beispielen für eine Laufzeit von zwei bzw. zehn Jahren ausgereicht. Die Zinseinnahmen werden in der Einnahmenüberschussrechnung verbucht. Steigt der Marktzins, ändern sich für die betreffenden Gläubiger nicht die Zinseinnahmen bezüglich dieser beiden Kredite, da eine feste Zinsvereinbarung getroffen wurde. Die Zinskosten für Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken steigen jedoch schnell, da bei derartigen Volumina vor allem mit kurzen Fristen gearbeitet wird. Sind die Zinsausgaben durch Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken höher als die Zinseinnahmen dank der erfolgten Kreditvergabe an Nichtbanken, entsteht ein Verlust. Das Insolvenzrisiko einer Bank steigt. Axel Thorndorff und Tobias Schütze sagen deshalb:

„Problematisch wird die heutige Praxis der minimalen Zentralbankgeldhaltung erst dann, wenn das mit der Fristentransformation verbundene Zinsänderungsrisiko zu groß und für Banken existenzbedrohend wird.“³⁷⁵

Admati und Hellwig liefern ein Beispiel aus den 80er Jahren zur Lage der Sparkassen in den USA. Diese hätten in der Vergangenheit viele Hypothekenkredite mit sehr langen Laufzeiten und festen Zinssätzen vergeben:

„Ein Hypothekenkredit mit 30 Jahren Laufzeit, der 1965 zu einem festen Zinssatz von 6 Prozent abgeschlossen worden war, hatte 1980 immer noch eine Restlaufzeit von 15 Jahren. Die Geldmarktzinssätze lagen damals aber deutlich über 10 Prozent. Viele Sparkassen machten hohe Verluste, weil sie ihren Einlegern Zinsen auf der Höhe der Geldmarktzinssätze bezahlen mussten, auf ihre alten Hypothekenkredite aber nur die niedrigen Zinsen der 1960er-Jahre bekamen.“³⁷⁶

Man kann hier gut erkennen, wie elementar es ist, die Fristigkeiten der Aktiv- und Passivseite zu beleuchten. Es irritiert deshalb, wenn dies in

375 Thorndorff, Axel / Schütze, Tobias (2014), a. a. O., S. 26

376 Admati, Anat / Hellwig, Martin (2014), a. a. O., S. 97

vielen Werken, die sich mit der sogenannten Geldschöpfung beschäftigen, unterlassen wird.

4.b.c Der Bilanzausgleich durch Zentralbankgeld

Über die unten abgebildeten Bilanzen (Abbildung 22) kann man etwas Interessantes feststellen. Die beiden Bankbilanzen (Bankbilanz des Kreditnehmers und Bankbilanz des Dachdeckers) verändern sich etwa im selben Maße, wenn die beiden unten geschilderten, voneinander abweichenden Abläufe stattgefunden hätten:

Der Kreditnehmer entscheidet sich seinen Kreditbetrag bar auszahlen zu lassen, um das Geld persönlich an den Dachdeckermeister zu übergeben. Der Dachdecker zahlt es nun wiederum in bar bei seiner Hausbank ein. Bei der Aus- und Einzahlung wird die Bilanzposition *Kassenbestand* (siehe Abbildung 21: Position: 1.a der Aktiva) beider Banken angesprochen. Der *Kassenbestand* der Bank des Kreditnehmers sinkt und der *Kassenbestand* der Bank des Dachdeckers steigt.

Überweist der Kreditnehmer dem Dachdecker den Rechnungsbetrag, muss ein Bilanzausgleich erfolgen. Zur Vereinfachung wird angenommen, dass an diesem Tag nur diese eine Überweisung zwischen den beiden Banken ausgeführt wird. Ein Bilanzausgleich über den Interbankenmarkt wird ausgeschlossen (zum Beispiel wegen des fehlenden Vertrauens der beiden Banken untereinander) und eine Saldierung ist nicht möglich (da nur diese eine Überweisung getätigt wird). Somit erfolgt der Bilanzausgleich nach der Überweisung über die Zentralbankgeldinlagen, die Geschäftsbanken bei der nationalen Notenbank (siehe Abbildung 21: Position: 1.b der Aktiva) halten. Nach erfolgtem Bilanzausgleich über die Zentralbankgeldguthaben bei der NNB hat sich die Bilanzsumme der kreditvergebenen Bank nicht verändert. Die Bilanzposition *Forderungen an Nichtbanken* hat sich einerseits in Höhe des Kreditbetrages vergrößert, andererseits ist Zentralbankgeld im Wert des ausgereichten Kredits abgeflossen. Die Bilanzsumme der Bank des Dachdeckers wird um den Betrag der Überweisung verlängert. So haben sich bei ihr die *Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken* um 10.000 Euro erhöht. Gleichzeitig ist diesem Bankhaus Zentralbankgeld in Höhe von 10.000 Euro zugeflossen.

Im Fall A) verändert sich der Kassenbestand an Zentralbankgeld beider Banken. Die Bank des Kreditnehmers hat einen Abfluss an Geld

zu verzeichnen. Bei der Bank des Dachdeckermeisters stellt sich ein Zufluss von Geld ein. Im Fall B) verändert sich die Höhe der Guthaben an Zentralbankgeld beider Banken, über die sie bei der NNB verfügen. Laut Definition in diesem Buch zählen die Zentralbankgeldguthaben der Geschäftsbanken bei der NNB und das Bargeld zur Geldmenge G1 (siehe Kapitel I.5: „Die Geldmengenaggregate“). Insofern fließt bei Vorgang A) und B) Geld. Der Kassenbestand an Bargeld einer Bank und die Guthaben an Zentralbankgeld bei der NNB werden bilanziell über die Barreserve zusammengefasst. Nach den eben ausgeführten Betrachtungen ist das auch schlüssig.

*Abbildung 22:
Bilanzausgleich nach einer Überweisung durch Zentralbankgeld*

Bank des Kreditnehmers

| Aktiva | Passiva |
|--|---|
| <p>1. Barreserve</p> <p>a) Kassenbestand:</p> <p>Fall A) Bilanzausgleich: – 10.000 €</p> <p>b) Guthaben bei Notenbanken:</p> <p>Fall B) Bilanzausgleich: – 10.000 €</p> <p>2. Forderungen an Banken</p> <p>3. Forderungen an Nichtbanken:</p> <p>Kreditvergabe: + 10.000 € (Laufzeit: 2 Jahre, 5 % Zinsen p. a.)</p> | <p>1. Verbindlichkeiten ggü. Banken</p> <p>a) ggü. Banken (ohne Notenbanken)</p> <p>b) ggü. Notenbanken</p> <p>2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken</p> <p>a) täglich fällig:</p> <p>Kontogutschrift Kredit: + 10.000 €</p> <p>Fall A) Barabhebung: – 10.000 €</p> <p>Fall B) Überweisung: – 10.000 €</p> <p>b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</p> <p>3. Eigenkapital</p> |

Bank des Dachdeckers

| Aktiva | Passiva |
|--|--|
| <p>1. Barreserve</p> <p>a) Kassenbestand:</p> <p>Fall A) Bilanzausgleich: + 10.000 €</p> <p>b) Guthaben bei Notenbanken:</p> <p>Fall B) Bilanzausgleich: + 10.000 €</p> <p>2. Forderungen an Banken</p> <p>3. Forderungen an Nichtbanken</p> | <p>1. Verbindlichkeiten ggü. Banken</p> <p>a) ggü. Banken (ohne Notenbanken)</p> <p>b) ggü. Notenbanken</p> <p>2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken</p> <p>a) täglich fällig:</p> <p>Fall A) Bareinzahlung: + 10.000 €</p> <p>Fall B) Überweisung: + 10.000 €</p> <p>b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</p> <p>3. Eigenkapital</p> |

Fazit: Wenn also erstens keine spiegelbildlich stattfindenden Kreditvergaben und die zugehörigen Überweisungen den Bilanzausgleich bewirken (Stichwort: Saldierung), zweitens die Kreditinstitute sich untereinander nicht vertrauen und damit kein Bilanzausgleich über den Interbankenhandel erfolgen kann, wird Zentralbankgeld in voller Kredithöhe gebraucht. Diese Feststellung ist fundamental. Es ist inakzeptabel, wenn diese Tatsache bei vielen Autoren, die das Thema der vermeintlichen Geldschöpfung behandeln, keine Beachtung findet.

Exakt diesem Fehler unterliegt Hans Christoph Binswanger:

„Weil man mit dem Bank- oder Buchgeld genau so gut oder sogar noch bequemer – durch Überweisungsaufträge oder mit Hilfe von Kreditkarten – zahlen kann, wird es nur zu einem geringen Teil in Banknoten eingelöst. Es bleibt somit als Sichtguthaben der Kreditnehmer bei der Bank und damit als Schuld der Bank auf den Girokonten der Kreditnehmer stehen.“³⁷⁷

Der eventuell notwendige Bilanzausgleich über Zentralbankgeld in Folge der Überweisung oder des Kreditkarteneinsatzes wird in der Fortführung des Textes weggelassen. Es erfolgt lediglich der Verweis, dass nur ein Teil der Kreditmittel in Form von Banknoten eingelöst werden müsse.³⁷⁸

Jede Bank muss offensichtlich im Rahmen des Risikomanagements einkalkulieren, dass sie durch Entscheidungen von Mitbewerbern gezwungen wird, sich schnell mit zusätzlichem Zentralbankgeld einzudecken. Um die Tragweite dieses Sachverhalts voll und ganz zu verinnerlichen, ist es wichtig, dass man sich vorab mit den Regeln der Versorgung von Kreditinstituten mit Zentralbankgeld beschäftigt hat (siehe Kapitel I.4: „Die Formen von Zentralbankgeld – Offenmarktgeschäfte“). Verfügt eine Geschäftsbank in einem solchen Moment nicht über genügend Sicherheiten, ist sie illiquide. Insofern ist es mehr als verständlich, dass sich in jedem Bankhaus täglich eine Abteilung mit der Liquiditätssituation befasst.

³⁷⁷ Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): Die Vollgeld-Reform. Wie Staats-schulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können“, edition Zeitpunkt, Solothurn, April 2015, 4. aktualisierte Auflage, S. 25

³⁷⁸ vgl. ebd. S. 26

Hörmann schreibt:

„Die Kreditgeldschöpfung (= Giralgeldschöpfung) der Geschäftsbanken ist ein reiner Schreibvorgang auf den Konten der Bank. Banken benötigen dazu keinerlei Zahlungsmittel (Bargeld), weder von Sparern noch von anderen Banken noch von der Zentralbank.“³⁷⁹

Diese Aussage ist falsch. Er ignoriert dabei unter anderem die Regeln der gesetzlich bestimmten Mindestreserve, die Eigenkapitalanforderungen, die Beschränkungen bei der Fristentransformation und die Zentralbankgeld tangierenden Varianten des Bankbilanzausgleichs nach Einsatz der Kreditmittel durch den Kreditnehmer.

Axel Thorndorff und Tobias Schütze kommen zu einer zu Hörmann entgegengesetzten Einschätzung:

„Jede Bank braucht zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs Zentralbankgeld, da der gesamte unbare Zahlungsverkehr auf Zentralbankgeld aufbaut. Ohne Zentralbankgeld kann eine Bank nicht tätig werden. Bricht der Zustrom an Zentralbankgeld ab, bricht eine Bank zusammen. Eine Bank muss immer über ausreichend Zentralbankgeld verfügen können.“³⁸⁰

5. Zwischenfazit

Im Ergebnis von Kreditvergaben einer Geschäftsbank sind folgende drei Punkte festzuhalten:

- Eine Bank benötigt aufgrund einer Kreditvergabe gegebenenfalls sofort zusätzliches Zentralbankgeld, zum Beispiel bei gewünschter Barauszahlung der Kreditmittel.
- Es weiten sich allenfalls anteilig die Volumina von Verbindlichkeiten gegenüber Banken aus, wenn der Bilanzausgleich nach Kreditmitteleinsatz über den Interbankenhandel erfolgt. Hieraus

379 Hörmann, Franz: „Argumente gegen die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Schadens von Banken bei Kreditausfällen aufgrund der buchtechnischen Giralgeldschöpfung“, Wirtschaftsuniversität Wien, 2013, S. 2

380 Thorndorff, Axel / Schütze, Tobias (2014), a. a. O., S. 25

kann sich schnell ein zusätzlicher Bedarf an Zentralbankgeld ergeben, beispielsweise bei einem Vertrauensverlust anderer Banken gegenüber dem betreffenden Kreditinstitut und der sich dadurch ergebenen Nichtverlängerung von kurzfristigen Verbindlichkeiten.

- Es erhöhen sich in weiteren Fällen die Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken; diese stellen Forderungen auf Zentralbankgeld der Gläubiger an das Bankhaus dar. Kontoinhaber können jederzeit ihre täglich fälligen Sichteinlagen als Bargeld abrufen. Bei zukünftigen Überweisungen, also Übertragungen des Anspruches auf Zentralbankgeld, muss der Bilanzausgleich von Neuem ausgeführt werden. Dieser kann wiederum in Folge kurzfristig den Bedarf an weiterem Zentralbankgeld erhöhen.

Damit steht fest: Die Kreditvergabe einer Bank kann vom Zentralbankgeldbedarf nicht getrennt werden. Wenn nicht sofort nach der Kreditvergabe, dann kann sich doch zeitversetzt schnell die Situation einstellen, dass eine Geschäftsbank dringend zusätzliches Zentralbankgeld benötigt. Kann sie es sich nicht beschaffen, weil ihr beispielsweise die notenbankfähigen Sicherheiten fehlen, rutscht sie in eine existenzgefährdende Lage.

Es stellt sich nun die Frage, wie ein Kreditinstitut die sich hieraus ergebenden Risiken minimieren kann. Dazu an dieser Stelle ein Rückblick auf das Thema Fristentransformation. Wenn sich eine Bank bemüht, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist oder Laufzeit einzutragen, reduziert sich der mögliche kurzfristige Bedarf an Zentralbankgeld. Betrachten wir hierfür noch einmal die Bankbilanz der kreditgebenden Bank des Hauseigentümers, nachdem er seine Rechnung an den Dachdeckermeister bezahlt hat und der Bilanzausgleich über einen spiegelbildlich stattfindenden Vorgang erfolgt ist. Nehmen wir nun an, dass der Zahlungsempfänger aktuell diese finanziellen Mittel nicht benötigt und bereit ist, eine Anleihe³⁸¹ mit Zinsbindung zu kaufen.

³⁸¹ verzinsliches Wertpapier mit fester Laufzeit und vereinbartem Zinssatz, zum Beispiel Sparbrief

Abbildung 23: Passivpostentausch durch Sparbriefkauf

| Aktiva | Passiva |
|--|---|
| 1. Barreserve a) Kassenbestand b) Guthaben bei Notenbanken 2. Forderungen an Banken 3. Forderungen an Nichtbanken: Kreditvergabe: + 10.000 € (Laufzeit: 2 Jahre, 5 % Zinsen p. a.) | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken a) ggü. Banken (ohne Notenbanken) b) ggü. Notenbanken 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken a) täglich fällig: Zahlungsgutschrift: + 10.000 € Sparbriefkauf: – 10.000 € b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist: Sparbrief, Laufzeit: 2 Jahre, 3 % Zinsen p. a. 3. Eigenkapital |
| Bilanzsumme: + 10.000 € | Bilanzsumme: + 10.000 € – 10.000 € + 10.000 € |

Durch den Erwerb beispielsweise eines Sparbriefes ermäßigt sich die Bilanzposition der *täglich fälligen Sichteinlagen* der Passivseite um den Nennbetrag des verzinslichen Papiers. Das Volumen des Bilanzpostens *Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken mit vereinbarter Laufzeit*, ebenfalls der Passivseite zugehörig, erhöht sich um denselben Wert. Es findet bei dieser Buchung damit ein sogenannter Passivtausch statt. Durch den Passivtausch verändern sich die Bilanzsummen beider Bilanzseiten nicht.

Schauen wir uns jetzt noch einmal die Abbildung 14 (siehe Kapitel II.10.d: „Die Fristentransformation“) an. Was kann festgestellt werden?

Im Ergebnis gibt es bei den beiden Bilanzen keinen wesentlichen Unterschied, egal, ob wir uns im aktuellen oder in einem Vollgeldsystem bewegen. Im Vollgeldsystem ist Vollgeld einer Bank zur Verfügung gestellt worden. Dadurch haben sich die *Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken* des Kreditinstitutes erhöht, die Bankbilanzsumme ist verlängert. Das Vollgeld, welches das Bankhaus für zwei Jahre vom Einleger erhalten hat, wurde von der Bank verliehen. Für die Kreditlaufzeit hat sie ebenfalls zwei Jahre gewählt, damit sie die finanziellen Mittel zum Ablauf der Zinsbindung der Einlage auch sicher zurück-

zahlen kann. Würde man demnach im aktuellen System im Sinne der goldenen Bankregel handeln und den Geschäftsbanken eine weitgehende Fristenkongruenz als Bedingung auferlegen, gäbe es tiefgreifende Parallelen bei den bilanziellen Betrachtungen zum Vollgeld. Interessant ist auch, dass die gesetzlichen Voraussetzungen bestünden, deutlich höhere Forderungen an das Bankensystem für die zulässige Fristentransformation durchzusetzen (siehe § 11 Kreditwesengesetz).

Darüber hinaus muss hier auf den typischen Verlauf der Zinsstrukturkurve aufmerksam gemacht werden (siehe Kapitel III.6: „Die Zinsstrukturkurve“). Für längere Zinsbindungsfristen bekommen Einleger von Banken meist höhere Zinssätze geboten, als das für Anlagen mit kürzeren Laufzeiten erfolgt. Dies ist ein klarer Beleg dafür, dass Kreditinstitute ein gesteigertes Interesse an Einlagen mit längerer Fristigkeit zeigen, um einer sich sonst stärker aufbauenden Fristendiskrepanz entgegenzuwirken. Wenzlaff, Kimmich und Richters schreiben hierzu:

„Offenbar verzinsen Geschäftsbanken Einlagen, um die Frist ihrer Verbindlichkeiten zu verlängern und sich damit unabhängig von Zinssatzänderungen der Zentralbank zu machen.“³⁸²

Jürgen Kremer trifft zum Thema folgende Aussage:

„Es lässt sich ökonomisch nicht schlüssig begründen, warum Kreditnehmer Zinsanteile zahlen sollen, die an Sparer bzw. an Eigentümer von Geldvermögen weitergereicht werden.“³⁸³

Er übersieht dabei, dass Zinsen größer null Prozent die Motivation für einen Einleger sind, finanzielle Mittel längerfristig anzulegen. Auf diese Weise reduziert sich das Potential der ausgeföhrten Fristentransformation und damit das Liquiditätsrisiko jeder Bank.

Nochmal: Unterstellen wir Fristenkongruenz, ergeben sich beim Vollgeld wie auch im aktuellen System vergleichbare Buchungssätze in Bankbilanzen, wenn Kredite ausgereicht werden und wir die Folgebu-

382 Wenzlaff Ferdinand, Kimmich Christian, Richters Oliver: „Theoretische Zugänge eines Wachstumszwangs in der Geldwirtschaft“, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS), Fachbereich Sozialökonomie, Universität Hamburg, Fakultät WISO, September 2014, S. 15

383 Kremer, Jürgen: „Grundlagen der Ökonomie. Geldsysteme, Zinsen, Wachstum und die Polarisierung der Gesellschaft“, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Metropolis Verlag, Marburg 2013, S. 119

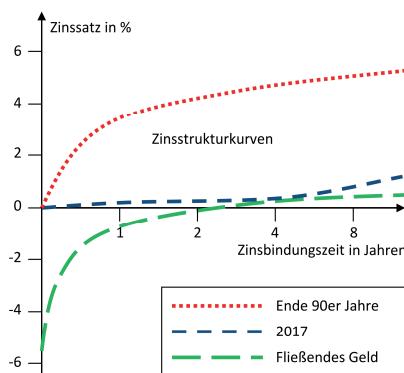
chungen nach Kreditmittelverwendung berücksichtigen. Die Geld- oder Vollgeldmenge ändert sich bei solchen Vorgängen nicht unmittelbar. Die Aggregate Kredite und Einlagen mit vereinbarten Laufzeiten vergrößern sich. Die Bankbilanzen werden verlängert. Die Parallelen sind deutlich zu erkennen, wenn wir bei der Geldbegriffsdefinition plausible Maßstäbe ansetzen.

Was fangen wir nun mit diesen Erkenntnissen an? Hätten wir gegenwärtig eine vergleichbare Finanzkrise, wenn nach dem Zweiten Weltkrieg in den wachstumsstarken Volkswirtschaften Vollgeld eingeführt worden wäre? Wie könnten heute die exorbitanten Zinsen auf die immens angewachsenen Einlagen bedient werden, die sich über das verzinsliche Anlegen von Vollgeld und dessen Erträgen (Zinseszinseffekt) gebildet hätten?

6. Die Zinsstrukturkurve

Die Zinsstrukturkurve bildet die Zinssätze im Verhältnis zu den verschiedenen Laufzeiten ab. Es gibt unterschiedliche Theorien, die die abweichenden Verläufe erklären wollen. Die abgebildete Kurve mit den Zinssätzen am Ende der 90er Jahre zeigt einen normalen Verlauf. Hierbei steigen die Zinssätze mit der Anlagedauer. Der Käufer eines verzinslichen Papiers verlangt in diesem Fall einen höheren Zins, sollte er auf seine ihm verfügbare Liquidität für einen längeren Zeitraum verzichten. Bei kürzeren Anlagedauern muss sich der Investor mit einem niedrigen Zinssatz zufriedengeben.

Abbildung 24: Zinsstrukturkurven



Quelle: Neues Geld gemeinnützige GmbH Leipzig

verzinslichen Papiers verlangt in diesem Fall einen höheren Zins, sollte er auf seine ihm verfügbare Liquidität für einen längeren Zeitraum verzichten. Bei kürzeren Anlagedauern muss sich der Investor mit einem niedrigen Zinssatz zufriedengeben.

Einen Einfluss auf die Zinskurve hat auch die Erwartungshaltung der Anleger, wie sich die Zinsen in Zukunft verändern werden. Geht man von steigenden Zinssätzen aus, müssen für

längere Laufzeiten höhere Zinsen von Emittenten verzinslicher Papiere geboten werden. Wäre dem nicht so, würde in einem solchen Marktumfeld kein Anleger längere Zinsbindungsfristen zeichnen, sondern abwarten, bis sich die höheren Zinssätze eingestellt haben.

Vermuten Käufer von Anleihen stark fallende Zinsen, besteht die Neigung, lieber längere Laufzeiten für Einlagen zu wählen, um sich den in diesem Moment gegebenen höheren Zins zu sichern. Der Emittent von verzinslichen Wertpapieren muss dem Einleger im Vergleich zu kurzen Laufzeiten keinen oder nur einen sehr geringen Zinsaufschlag gewähren. In manchen Situationen werden selbst bei Zinsabschlägen noch Papiere mit längeren Zinsbindungsfristen gezeichnet. In einem solchen Fall hätten wir im Gegensatz zur obigen Darstellung (siehe Abbildung 24) einen inversen Kurvenverlauf. Eine vergleichbare Lage hat es Anfang der 90er Jahre gegeben. Jedoch stellen sich offensichtlich inverse Kurvenverläufe nur dann ein, wenn das Zinsniveau entsprechend hoch ist und deutliche Abwärtsbewegungen im Zinssatz wahrscheinlich sind. Würde es sich anders verhalten, hätte man in den vergangenen Jahren des Öfteren einen inversen Kurvenverlauf der Zinsstruktur beobachten können müssen. Leuschel und Vogt teilen mit, dass es eine Studie der US-Notenbank gäbe, aus der hervorgeht, dass jede Rezession der Nachkriegszeit in den USA dadurch „angekündigt“ wurde, dass die kurzfristigen amerikanischen Zinssätze über die langfristigen gestiegen seien.³⁸⁴

Aktuell befinden sich die Notenbanken vieler Währungsräume in einem Dilemma. Ein deutlich höherer Zinssatz wäre notwendig, damit Einleger längerfristige Zinsbindungen eingehen. Unter dieser Voraussetzung wäre eine Bank wesentlich leichter in Lage, auch langfristige Darlehen zu vergeben. Dadurch würde sie in geringem Umfang Fristentransformation betreiben und ihr Risiko reduzieren. Eine bestehende Fristendiskrepanz könnte problemlos vom Kreditinstitut abgebaut werden. Würden jedoch die Zinsen von der EZB angehoben, stiegen die Zinskosten für stark in der Pflicht stehende Unternehmen, Staaten und private Haushalte: Die Zahl der Insolvenzen würde explodieren. Darüber hinaus ergäben sich höhere Kapitaldienste für Darlehensver-

384 vgl. Leuschel, Roland / Claus, Vogt: „Das Greenspan-Dosier. Wie die US-Notenbank das Weltwährungssystem gefährdet. Oder: Inflation um jeden Preis“, FinanzBuch Verlag GmbH, München, 2004, 2. erweiterte Auflage, S. 93

einbarungen. Dies wäre wiederum schlecht für das politisch angestrebte Wirtschaftswachstum. Durch steigende Zinssätze würzen demnach die Kreditausfälle bei Banken. Dies würde zusätzlich das Finanzsystem destabilisieren. Bei den aktuell bestehenden minimalen Zinssätzen fehlt dagegen die Geldumlaufsicherung. Das Dilemma ist ganz offensichtlich und für die aktuelle Situation in extremer Weise zutreffend.

Interessant wird es nun, wenn wir die typische Zinsstrukturkurve des heutigen Systems mit destruktiver Geldumlaufsicherung – einem Zins größer null Prozent – mit der Zinskurve des Fließenden Geldes vergleichen. Sollte der Leser Fließendes Geld bisher nicht kennen, wird empfohlen, zunächst Kapitel III.7.b („Eine Gebühr auf Zentralbankgeld – Fließendes Geld“) zu lesen und danach hierher zurückkehren.

Wir sehen, dass der Kurvenverlauf beim Fließenden Geld bei einem Zins kleiner null Prozent startet. Auf diese Weise wird die Gebühr auf Zentralbankgeld grafisch abgebildet. Als Folge dieser konstruktiven Geldumlaufsicherung ergeben sich bedingt ähnlich hohe Kosten bei Einlagen mit täglicher Verfügbarkeit. Wenn eine Bank täglich verfügbare Einlagen dringend benötigt, könnte sie diese durch deutliche Abschläge bei der Höhe der Gebühr anlocken. Je länger ein Investor seine finanziellen Mittel bindet, desto niedriger fallen die Gebühren aus. Bei mittelfristiger Laufzeit schneidet die Kurve den Nullpunkt auf der horizontalen Achse. Je nach Marktsituation wird der Schnittpunkt weiter vorn oder weiter hinten auf der horizontalen Achse liegen. Bei Laufzeiten darüber hinaus ergeben sich geringste Guthabenzinsen. Mit Hilfe der Gebühr auf Geld wird demnach die Zinsstrukturkurve des charakteristischen Verlaufs parallel nach unten verschoben.

Dies bestätigt auch Thomas Seltmann:

„Das Angebot auf dem Kapitalmarkt nimmt zu und tendenziell führt dies zu sinkenden Zinsen. Letztendlich erzeugt die ‚Parkgebühr‘ für liegendes Geld auf diese Weise einen bisher nicht vorhandenen Angebotsdruck auf das Geldkapital, der dazu führt, dass liquides Geld auch bei niedrigeren Zinsen als bisher verliehen wird. Die Zinsschranke ließe sich mit Hilfe der Marktkräfte auch nach unten durchbrechen.“³⁸⁵

385 Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, März / April. 02/2010, Selt-

7. Die Geldumlaufsicherung

Um in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft das Räumen des Marktes, auf dem Waren und Dienstleistungen angeboten werden, effizient zu gestalten, verwenden wir ein künstliches Tauschmittel: Geld. Eine zwar nicht hinreichende, jedoch notwendige Voraussetzung dafür, dass das Gemeinwohl mit dieser Transaktionshilfe gefördert wird, ist ein möglichst gleichmäßiger Fluss des Geldes im Wirtschaftskreislauf.

Bei Fritz Schwarz ist zu lesen:

„Schon 1927 schrieb Dr. Schacht als Direktor der Deutschen Bundesbank in deren Jahresbericht:

„Der Zahlungsmittelumlauf eines Landes muß in einem abgewogenen Verhältnis zu dem Umfang der wirtschaftlichen Betätigung gehalten werden. – Ein Prüfstein für die Höhe des Zahlungsmittelumlaufs ist die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus.“³⁸⁶

Ist der Umlauf des Geldes nicht gleichmäßig, da Geld zum Beispiel zeitweise stark gehortet³⁸⁷ wird und es somit nicht nachfragewirksam zum Einsatz kommt, führt dies zu Krisen. In solchen Phasen rutschen überdurchschnittlich viele Unternehmen in die Insolvenz, Menschen verlieren ihre Arbeit, weitere dramatische Konsequenzen sind die Folge. Würde später das zuvor zurückgehaltene Geld für Transaktionen verwendet werden, ohne dass sich die angebotene Waren- und Dienstleistungsmenge vergleichsweise erhöht, gäbe es bei unveränderter Umlaufgeschwindigkeit inflationäre Tendenzen. Die Zusammenhänge kann man in der herrschenden Ökonomie nachvollziehbar mit der Fisherschen Verkehrsgleichung³⁸⁸, auch Quantitätsgleichung (siehe Kapitel III.7.a: „Die Quantitätsgleichung“) genannt, beschreiben. Eines ist in jedem Fall sicher: Sobald wir Geld als Transaktionshilfe verwen-

mann Thomas: „Umlaufsicherung von Banknoten. Wie sich die Einführung der Liquiditätsgebühr bei Geldscheinen systemkonform realisieren lässt“, S. 9

386 Schwarz, Fritz: „Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise“, Synergia Verlag, Darmstadt, Neuauflage 2008, S. 38

387 Geldhortung passiert immer dann, wenn Geld dem Wirtschaftskreislauf entzogen wird und dieses deshalb nicht mehr für den Waren- und Dienstleistungskauf zur Verfügung steht. Durch das Horten von Geld ergeben sich negative Auswirkungen für Konjunktur, Beschäftigung und Preisbildung.

388 nach Irving Fisher, der die Quantitätsgleichung 1911 präzisierte

den, müssen folgende Fragen beantwortet werden: Mit welchem Mechanismus wird das Geld möglichst gleichmäßig im Umlauf gehalten? Wie werden Hortungen von Geld vermieden? Wie kann eine Stabilität des Finanzwesens erzeugt werden, die über Generationen währt? Was muss realisiert werden, damit nicht der Mensch dem Geld, sondern das Geld dem Menschen dient?

Fisher stellt zwar in Frage, dass eine Geldumlaufsicherung notwendig sei, dennoch hat er sie im Blick, denn er schreibt:

„[Es würde] die Effizienz der Währungskommission stärken, wenn sie auch über Instrumente verfügen würde, um Horten, Verflüssigung von gehortetem Geld und die Umlaufgeschwindigkeit allgemein zu beeinflussen, auch wenn es wahrscheinlich nicht notwendig sein wird, diese Instrumente anzuwenden.“³⁸⁹

In einer Fußnote verweist er auf Stamp Scrip und bedauert, dass es zu wenige Erfahrungen zu diesen Tauschmitteln gäbe.³⁹⁰ Mit Stamp Scrip ist sogenanntes Stempelgeld gemeint. Damit ein solches alternatives Zahlungsmittel seine Einsatzmöglichkeit behält, muss es in regelmäßigen Abständen gegen eine Gebühr abgestempelt werden. Es ist vergleichbar mit den Arbeitswertscheinen aus Wörgl (siehe Kapitel IV.7.b: „Der Feldversuch von Wörgl“) oder den regionalen Tauschmittelsystemen der heutigen Zeit, zum Beispiel dem Chiemgauer (siehe Kapitel IV.7.c: „Regionale Tauschmittelsysteme“).

7.a Die Quantitätsgleichung

Der angebotenen Waren- und Dienstleistungsmenge (WDM) steht eine nachfragewirksame Geldmenge (GM) gegenüber. Es wird hier erneut darauf verwiesen, wie Geld in diesem Buch definiert ist (siehe Kapitel I.5: „Die Geldmengenaggregate“). Allerdings spielt es eine Rolle, mit welcher Geschwindigkeit (V) das für Kaufvorgänge eingesetzte Geld im Markt zirkuliert. Eine Banknote kann nach ihrem Einsatz vorerst in einer Brieftasche verschwinden und dort ungenutzt für

389 Fisher, Irving: „100 %-Geld“, Gauke GmbH, Verlag für Sozialökonomie Kiel, 2007, S. 71

390 vgl. ebd. S. 71

einen längeren Zeitraum abgelegt sein oder unmittelbar nach einer Transaktion erneut in die Verwendung gelangen.

Die nachfragewirksame Geldmenge (GM), die sich mit einer Umlaufgeschwindigkeit (V) in einer Wirtschaft bewegt und mit der die zur Verfügung stehenden Waren und Dienstleistungen (WDM) gekauft bzw. verkauft werden, bestimmt die Höhe der Preise (P).

Als Formel dargestellt, ergibt sich die Quantitätsgleichung, wie folgt:

$$WDM \times P = GM \times v.$$

Die Ursprünge dieser Ansätze sind im 16. Jahrhundert zu finden. Bereits Jean Bodin sagte: „Pecunia nervus rei publicae est.“³⁹¹ John Locke, David Hume, John Stuart Mill und Simon Newcomb sind in Verbindung mit der Weiterentwicklung dieser Grundlagen zu nennen. Irving Fisher konkretisierte die Gleichung 1911, ungeachtet dessen bestehen seitdem unterschiedliche Versionen. So werden zum Beispiel für die Waren- und Dienstleistungsmenge auch die Transaktionszahl oder das reale Bruttoinlandsprodukt gesetzt. Auch ist im aktuellen System die nachfragewirksame Geldmenge, auch bei geeigneter Geldmengendefinition, schwer zu messen. Darüber hinaus ist eine Diskussion sofort vergebens, wenn man sich bei der inhaltlichen Auseinandersetzung noch nicht darauf geeinigt hat, was Geld ist (siehe Kapitel I.1: „Was ist Geld?“).

Günther Grunert schreibt in einer Veröffentlichung zum Thema:

„Einmal ganz abgesehen von allen theoretischen Problemen, die mit der Quantitätstheorie verbunden sind – insbesondere der Frage nach der Kausalitätsrichtung (d.h. der Frage, ob man die Quantitätsgleichung nicht eher von rechts nach links lesen muss, so dass reale Produktion und Preisniveau bei konstanter Umlaufgeschwindigkeit des Geldes die notwendige Geldmenge bestimmen und nicht umgekehrt) – und die seit langer Zeit diskutiert werden (vgl.

391 sinngemäß: „Das Geld ist der Nerv des Staates.“

z. B. Robinson 1970), spricht allein schon die Empirie klar gegen die Gültigkeit dieses Ansatzes.“³⁹²

Nach den angestellten Überlegungen und Studien hat die Quantitätsgleichung jedoch Aussagekraft. Elementare Voraussetzung hierfür ist, das muss an dieser Stelle noch einmal betont werden, eine korrekte Gelddefinition. Des Weiteren ist nicht die im Umlauf befindliche, sondern die nachfragewirksame Geldmenge heranzuziehen. Die Banknoten, die in Tresoren lagern, führen nicht zu wirtschaftlicher Aktivität. Im aktuellen System ist die nachfragewirksame Geldmenge kaum steuerbar, deshalb geht ein Teil der Aussagekraft der Gleichung verloren.

Wollte man sich auf die vielen verschiedenen Positionen zu einer möglichen oder unmöglichen Geldmengensteuerung und der Gültigkeit oder Ungültigkeit der Quantitätsgleichung beziehen, könnte man allein für diese Analyse ein Buch mit beachtlicher Seitenzahl füllen. Den Kritikern ist einerseits zuzustimmen: Eine Gleichung, die aus mehreren Variablen besteht, macht die Betrachtungen kompliziert. Die Untersuchungen werden zusätzlich erschwert, wenn die jeweiligen Größen, zum Beispiel die nachfragewirksame Geldmenge, selbst im klar definierten Fall nur begrenzt ermittelbar sind. Andererseits wird das Zusammenspiel der betreffenden Aggregate sichtbar. Man kann ermitteln, welche Stellschrauben zu drehen sind, um entsprechende Wirkungen wirtschaftlicher Natur zu erreichen. Uns hilft diese Gleichung deshalb zu verstehen, dass es in jedem System, in dem wir Geld als ein von Menschen gemachtes Tauschmittel nutzen, wichtig ist, wie Geld im Wirtschaftskreislauf bleibt, damit es dort seiner angedachten Funktion gerecht werden kann.

7.b Eine Gebühr auf Zentralbankgeld – Fließendes Geld

Bereits Silvio Gesell³⁹³ erklärte vor über 100 Jahren, dass das Geld unbegrenzt und ohne nennenswerte Lagerkosten zurückgehalten wer-

392 Grunert Günther, „Kritische Analysen und Kommentare zu Wirtschaft und Politik. Wo bleibt denn nur die Inflation? (Teil 2)“, flassbeck-economics, 29.01.2015, S. 2

393 Gesell Silvio (17.03.1862 – 11.03.1930), deutscher Kaufmann, Finanztheoretiker und Sozialreformer, Begründer der Freiwirtschaftslehre, veröffentlichte

den könnte, Warenerzeuger dagegen ständig wachsende Verluste, die mit der Aufbewahrung der Waren verbunden wären, hinnehmen müssten. Wegen der Überlegenheit des Geldes gegenüber der von Gütern könnte der Halter von Geld eine besondere Vergütung für die Herausgabe des Geldes erzwingen. Die Lösung von Gesell bestand darin, das Geld auf eine gleichwertige Ebene mit Produkten zu bringen, indem er Geld mit Kosten belegen wollte. Dieses Geld nannte er Freigeld.³⁹⁴

Fritz Schwarz äußert hierzu:

„Mit dem nicht hamsterbaren Freigeld dagegen kann der Notenumlauf geregelt und die Anpassung des Geldumlaufes an das Warenangebot so genau bemessen werden, daß der Warenpreisstand, und damit die Kaufkraft des Geldes, vollständig fest bleibt.“³⁹⁵

Bei Fließendem Geld wird eine Gebühr auf Zentralbankgeld und zwar ausschließlich auf Zentralbankgeld erhoben. Insofern findet Gesells Ansatz Anwendung, auch wenn hier mit einem anderen Begriff gearbeitet wird. Die Höhe der Kosten auf Einlagen auf Girokonten ergibt sich automatisch. Da Banken täglich verfügbare Einlagen auch im System des Fließenden Geldes anteilig verwenden dürfen,³⁹⁶ werden die Kosten auf diese finanziellen Mittel bereits niedriger ausfallen als Gebühren auf Zentralbankgeld berechnet werden.³⁹⁷ Ziel dieser Kosten auf Geld ist, die finanziellen Mittel möglichst gleichmäßig im wirtschaftlichen Kreislauf zu halten und den Zins für mittelfristige Laufzeiten auf null Prozent zu bringen. Die Gebühr auf Zentralbankgeld als konstruktive Geldumlaufsicherung ersetzt demnach die destruktiven Geldumlaufsicherungen Zins größer null Prozent und Inflation.

1916 sein Hauptwerk: „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“

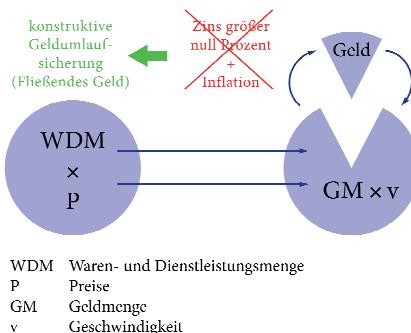
394 vgl. Gesell, Silvio: „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“, gesammelte Werke, Band 11, 1920, 4. letztmalig vom Autor überarbeitete Auflage, Gauke GmbH / Verlag für Sozialökonomie, Kiel, S. 326

395 Schwarz, Fritz (2008), a. a. O., S. 7

396 Fristentransformation im zugelassenen Rahmen ohne systemische Risiken wegen Zinsänderungsrisiko durch entsprechende Regulierung (siehe Kapitel II.10.d: „Die Fristentransformation“)

397 siehe Zinsstrukturkurve (Kapitel III.6: „Die Zinsstrukturkurve“, Abbildung 24)

Abbildung 25: Änderung der Geldumlaufsicherung



Brichta und Voglmaier kritisieren das Fließende Geld und meinen, man müsste dann eine Alternative zur Wertaufbewahrung finden, da der Wert des Geldes in den Händen der Bevölkerungen zerrinnen würde.³⁹⁸ Sie übersehen hier, dass die Kosten desto geringer ausfallen, je länger die Laufzeiten

für Einlagen vom Anleger gewählt werden. Bei mittelfristigen Laufzeiten sinken die Gebühren auf null. Eine Anlage des Fließenden Geldes ohne Wertverlust ist demnach ohne Weiteres gegeben.

Bereits Keynes stellte fest, dass die meisten Vermögensgegenstände, mit Ausnahme von Geld, lediglich durch Zeitverlauf Durchhaltekosten bedingen würden. Mit Durchhaltekosten sind beispielsweise die Lagerungskosten von Kartoffeln oder die Kosten für die notwendige Kühlung von Fisch gemeint. Es wäre demnach gerade eine Eigenart des Geldes, dass seine Liquiditätsprämie³⁹⁹ beachtlich sei, da seine Durchhaltekosten unbedeutlich wären. Verschiedene Waren könnten voneinander abweichende Liquiditätsprämien aufweisen und Geld würde einen gewissen Grad an Durchhaltekosten bedingen, so zum Beispiel den Aufwand für sicheren Gewahrsam. Jedoch gäbe es einen wesentlichen Unterschied zwischen den meisten anderen Vermögensgegenständen und zwar läge im Falle des Geldes seine Liquiditätsprämie deutlich über seinen Durchhaltekosten. Während im Falle der anderen

398 vgl. Brichta, Raimund / Voglmaier, Anton: „Die Wahrheit über Geld. Wie kommt unser Geld in die Welt – und wie wird aus einem Kleinkredit ein großer Finanzcrash“, Börsenmedien AG, Kulmbach, 2013, S. 226

399 Liquiditätsprämie: Die Liquiditätsprämie ist beim Geld der Zins. Welche Prämie, welchen Zinssatz muss demnach dem Geldbesitzer gezahlt werden, damit dieser auf seine Liquidität verzichtet, also sein Geld herausgibt.

Vermögensgegenstände ihre Durchhaltekosten stark ihre Liquiditätsprämie übersteigen würden.⁴⁰⁰

Die Gebühr auf Zentralbankgeld wird bewirken, dass Einleger verstärkt längere Zinsbindungsfristen zeichnen, insofern sie ihre finanziellen Mittel kurzfristig nicht benötigen. Für die Mindestreserveanforderungen werden jedoch nur Einlagen mit Laufzeiten bis zu zwei Jahren berücksichtigt (siehe Kapitel I.7: „Die Mindestreserve“). Gegebenenfalls reduziert sich die für die Berechnung der Mindestreserve herangezogene Mindestreservebasis auf einen derart niedrigen Wert, so dass es notwendig wird, den Mindestreservesatz anzuheben, um einen funktionalen Zahlungsverkehr sicherzustellen. Alternativ könnte geändert werden, dass auch Einlagen mit Laufzeiten länger zwei Jahre bei der Berechnung der Mindestreservebasis Berücksichtigung finden.

Kosten auf kurzfristige Einlagen führen, wie eben ausgeführt dazu, dass Einleger längerfristige Zinsbindungen eingehen, um dadurch Gebühren zu sparen. Das belegen beispielsweise Erfahrungen der Alternative Bank Schweiz (ABS). Die ABS hatte 2016 damit begonnen, einen Negativzins auf Girokonten ab dem ersten Franken⁴⁰¹ zu berechnen. In einem Interview erläutert der Vorsitzende der Bank, Martin Rohner, welche Erkenntnisse sein Haus mit dieser Maßnahme gesammelt hat. So sagt er, dass das gesamte verwaltete Vermögen dennoch weiter gestiegen wäre. Viele Kundinnen und Kunden würden allerdings ihr Geld jetzt anlegen. Hierzu hätten auch der Kauf von ABS-Aktien und andere Investitionen gehört.⁴⁰² Der Schritt der ABS darf jedoch nicht mit dem Mechanismus beim Fließenden Geld verwechselt werden!

Gegenwärtig ist eher zu erleben, dass an alten Denkweisen festgehalten wird. Symptombehandlung ist an der Tagesordnung. Auf diese Weise wird in bedrohlicher Form die Fallhöhe nach oben geschoben. Frank Niessen bemerkt zur gegebenen Situation:

400 Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, Duncker & Humblot GmbH, Berlin, 9. Auflage, 2002, unveränderter Nachdruck der 1936 erschienen ersten Auflage, S. 189 f.

401 minus 0,125 Prozent (Stand: 12-2016)

402 vgl. FAIRCONOMY: „Negativzinsen – auch auf Bargeld“, Hrsg.: INWO Deutschland e. V., Frankfurt, 12. Jahrgang, Nr. 4, Dezember 2016, S. 4

„Fast alle Ökonomen, so lautet meine Vermutung, forschen und argumentieren bewusst oder unbewusst in einem streng systemkonformen Rahmen, weshalb ihnen unorthodoxe, aber aufschlussreiche Sichtweisen verborgen bleiben.“⁴⁰³

Niessen erklärt, dass er als ausgebildeter Volkswirt – er schloss sein Studium als Jahrgangsbester ab – zu Hause über Jahre ein zweites Mal Ökonomie studiert und bemerkt hätte, dass er durch sein VWL-Studium an der Universität auf das falsche Gleis gesetzt worden wäre.⁴⁰⁴ Der Ökonom Christian Kreiß meint, dass fast die gesamte Mainsstream-Ökonomie bei der Analyse und Vorhersage der derzeitigen Finanzkrise komplett versagt hätte.⁴⁰⁵

Der Wirtschaftswissenschaftler Tomáš Sedláček sagte in einem Interview auf Deutschlandfunk:

„Die [Ökonomie] hat viel mehr mit Mythologie zu tun, mit Religion, Philosophie und Theologie – als mit einer exakten Wissenschaft.“⁴⁰⁶

In einem seiner Bücher kritisiert er, wie jungen Menschen wirtschaftliche Zusammenhänge gelehrt werden:

„Obwohl wir am stärksten an die menschliche Entscheidungsfreiheit glauben, erlauben wir es den Studenten ja nicht, ihre eigene ökonomische Denkschule auszuwählen – wir lehren sie nur den Mainstream.“⁴⁰⁷

Bernd Senf meint, dass längst auch die weltliche Wirtschaftswissenschaft Heilslehren verkünden würde und sich zu einem Glaubenssystem zusammenfände.

403 Niessen, Frank: „Entmachtet die Ökonomen! – Warum die Politik neue Berater braucht“, Tectum Verlag Marburg, 2016, S. 15

404 vgl. ebd. S. 19

405 vgl. Kreiß, Christian: „Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt“, Tectum Verlag Marburg, 2013, S. 110

406 Sedláček, Tomáš: "Was habt ihr geraucht?" – Interview Deutschlandfunk am 30.03.2015

407 Sedláček, Tomáš: „Die Ökonomie von GUT und BÖSE“, Carl Hanser Verlag, München, 2012, S. 405

tem mit Unfehlbarkeitsanspruch entwickelt hätte.⁴⁰⁸ Daniela Dahn kommt zu dem Schluss, dass in keiner anderen Wissenschaft die Vorurteile derart ideologisch, ja glaubensfundamentalistisch aufgeladen seien wie in der Ökonomie.⁴⁰⁹

All jene Kritiken sind nicht neu. Walker formulierte unter anderem schon 1962:

„Die wissenschaftliche Verwirrung hat Ausmaße angenommen, wie sie wohl seinerzeit bei der babylonischen Sprachverwirrung geherrscht haben mögen.“⁴¹⁰

In einer Studie von Wenzlaff, Kimmich und Richters ist folgender Text zu finden:

„Wirtschaftswissenschaft ist [...] immer auch politische Ökonomie. Die politische Brisanz ökonomischer Erkenntnisse erklärt auch, warum die Bearbeitung der gesellschaftlich relevanten Fragen nicht allein der Wissenschaft überlassen bleibt, sondern oftmals auch von sozialen Bewegungen oder Laien unternommen wird. Menschen und Gruppierungen ohne wirtschaftswissenschaftlichen Hintergrund neigen dabei oft dazu, in der Wissenschaft längst diskutierte Probleme zu übersehen und Reformen zu fordern, die nach dem Stand der Wissenschaft als ungenügend durchdacht zurückgewiesen oder ignoriert werden. Die orthodoxe Wissenschaft abstrahiert hingegen oft zu stark von realen Problemen, lässt ihre Hypothesen zu Glaubenssätzen verkrusten oder greift zu nicht-wissenschaftlichen Mitteln, um sich gegen die Angriffe sozialer Bewegungen zu immunisieren.“⁴¹¹

408 vgl. Senf, Bernd: „Die blinden Flecken der Ökonomie. Wirtschaftstheorien in der Krise“, Gauke GmbH / Verlag für Sozialökonomie, Kiel, 2007, 5. Auflage November 2008, S. 8

409 vgl. Dahn, Daniela: *Wehe dem Sieger! Ohne Osten kein Westen*, Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg, Mai 2009, 1. Auflage, S. 44 f.

410 Walker, Karl: „Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie“, Vortrag anlässlich der Internationalen Kundgebung im hundertsten Geburtstag Silvio Gesells, gehalten am 23.06.1962 in St. Vith, Herausgeber: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V.“ Rudolf Zitzmann Verlag Lauf, 1973, S. 14

411 Wenzlaff Ferdinand, Kimmich Christian, Richters Oliver: „Theoretische Zugänge eines Wachstumszwangs in der Geldwirtschaft“, Zentrum für Öko-

Gehört nun die Zinsproblematik zu den „längst diskutierten Problemen“ und ist das Fließende Geld „als ungenügend durchdacht zurückzuweisen“? Oder zählt der „positive“ Zins als der Preis des Geldes zu den „Glaubenssätzen“, die mit Vehemenz verteidigt werden, da bestimmte Strukturen einen immensen Nutzen daraus ziehen?

Kreiß schreibt:

„Wenn nicht-konforme, unbequeme Denker auf solche Denkfehler bzw. zu kurze Denkhorizonte hinweisen, werden sie häufig von den Mainstream-Vertretern nicht ernst genommen. Statt sie zu widerlegen, werden sie normalerweise einfach ignoriert.“⁴¹²

Wolfgang Berger zitiert in diesem Zusammenhang den Physiker Max Planck, der gesagt haben soll:

„Eine neue wissenschaftliche Erkenntnis setzt sich nicht durch, weil die Vertreter der veralteten Lehrmeinung überzeugt werden, sondern erst nachdem diese Vertreter ausgestorben sind.“⁴¹³

Noam Chomsky gelangt zu einem vergleichbaren Ergebnis, auch, wenn er sich dabei nicht auf Ökonomen bezieht. Er beschreibt die Situation von Intellektuellen im Allgemeinen:

„Der Intellektuelle befindet sich traditionell im Spannungsfeld zwischen Wahrheit und Macht. Er sieht sich gerne als Mensch, der die Wahrheit erkennt und ausspricht, so wie er sie sieht, und gegen Unrecht und Unterdrückung auftritt – wenn möglich, gemeinsam mit anderen; wenn es sein muss, auch allein –, um eine bessere Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Wenn er diesen Weg wählt, wird er sehr einsam sein, ignoriert oder verdammt werden. Wenn er hingegen sein Talent in den Dienst der Macht stellt, kann er es zu Prestige und Wohlstand bringen.“⁴¹⁴

nomische und Soziologische Studien (ZÖSS), Fachbereich Sozialökonomie, Universität Hamburg, Fakultät WISO, September 2014, S. 4

412 Kreiß, Christian (2013), a. a. O., S. 123

413 Berger, Wolfgang: „Anleitung zur Artgerechten Menschenhaltung im Unternehmen. Mehr Freude, Farbe & Fülle im Job“, J. Kamphausen Verlag & Distribution GmbH, Bielefeld, 2012, S. 42

414 Chomsky, Noam: „Die Herren der Welt. Essays und Reden aus fünf Jahrzehnten“, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Wien, 2014, S. 29

Es kostet sehr viel Kraft, sich gegen Allgemeingültiges auszusprechen. Ob man als Beispiel den Arzt nimmt, der die eine oder andere Impfung kritisch bewertet⁴¹⁵ oder den Landwirt, der sich ablehnend zu Glyphosat ausspricht⁴¹⁶ oder den Naturwissenschaftler, der eine differenziertere Meinung zur Gentechnik⁴¹⁷ einnimmt, immer gibt es am Anfang erhebliche Widerstände. Und so verhält es sich auch bei einem Ökonomen, der während seiner beruflichen Laufbahn zu einer zinskritischen Haltung findet. Um diesen Punkt nachvollziehen zu können, muss man noch nicht einmal in gesellschaftsumspannende Themen einsteigen. Vermutlich hat jeder von uns in seinem Leben ähnliche Momente erlebt. Wie viel Energie kostet es, dem eigenen sozialen Umfeld persönliche Entscheidungen nahezubringen, zum Beispiel mit dem Rauchen aufzuhören, weniger oder kein Fleisch mehr zu essen, zukünftig vor allem ökologisch und fair produzierte Waren zu kaufen oder den Urangehalt im Mineralwasser zu hinterfragen?

Der Volkswirt Niessen schreibt über seine eigenen Erfahrungen:

„Als akademisch vorbelasteter Ökonom habe ich selbst Jahre gebraucht, um die inneren Widerstände gegen die ‚zinskritischen Hobbyökonomen‘ aufzugeben.“⁴¹⁸

Ähnlich ging es mir. Ich brauchte ebenfalls Jahre, gedanklich zuzulassen, dass wir ein Geldsystem verwenden, dass eine begrenzte Haltbarkeitsdauer aufweist und die Gesellschaft regelmäßig an den Abgrund führt – oder auch darüber hinaus. Die Blutspur, für die das Geldsystem seit Jahrhunderten verantwortlich ist, kann nicht weggeleugnet werden.

415 vgl. „Man made epidemic – Die verschwiegene Wahrheit“, Couverto Film GmbH, 2016

416 vgl. „Monsanto. Mit Gift und Genen. Vom Dioxin zum gentechnisch veränderten Organismus“, Ein Film von Marie-Monique Robin, ARTE France Développement, in Zusammenarbeit mit ARTE Deutschland, im Vertrieb von absolut MEDIEN GmbH, 2008

417 vgl. „Gekauft Wahrheit. Gentechnik im Magnetfeld des Geldes“, Verhaag Bertram, Denkmal – Film GmbH, München, 2010

418 Niessen, Frank (2016), a. a. O., S. 84

Moewes meint:

„Wer immer die negativen exponentiellen Auswirkungen des Zinsses abschaffen will, muss deshalb einen wirksamen Ersatz für seine positive Funktion der Sicherung des Geldumlaufs finden, eine so genannte ‚Umlaufsicherung‘.“⁴¹⁹

Man kann sich eine Gebühr auf Bargeld als bildhaften Vergleich wie das Anmieten von Waggons der Deutschen Bahn vorstellen. Wenn ein Unternehmer seine Produkte über die Schienen des Dienstleisters transportieren will, mietet er sich dafür Eisenbahnwagen. Da die Kosten für das Nutzen einer solchen Beförderungsvariante die Marge der Firma reduziert, bemüht sich der Geschäftsinhaber, die gemieteten Waggons möglichst schnell an den Vermieter zurückzugeben. Somit stehen sie dem Eigentümer prompt wieder zur Verfügung, so dass sie der Nächste in Anspruch nehmen kann.

Ähnlich verhält es sich beim Fließenden Geld: Die Gebühr motiviert den Halter dieses Geldes, es nicht ungenutzt herumliegen zu lassen. Der Halter hat zwei Möglichkeiten, seine Kosten auf ein vernachlässigbares Minimum zu senken: Er kann einerseits die in seinem Besitz befindlichen finanziellen Mittel ausgeben. Hat er andererseits Geld übrig, kann er es anlegen, so dass es andere Marktteilnehmer über einen bestimmten Zeitraum verwenden können. Je länger der Halter den betreffenden Betrag anlegt, desto kleiner fällt die Gebühr aus. Bei mittelfristigen Laufzeiten sinken die Kosten auf Null, bei langfristigen Einlagen werden dem Investor minimale Zinsen größer null Prozent gutgeschrieben. Diese geringen Zinsen für Anlagen mit langen Laufzeiten sind volkswirtschaftlich unbedenklich.

An dieser Stelle ist der Hinweis wichtig, dass bei Zinsen prinzipiell zwischen dem Urzins nach Gesell bzw. der Liquiditätsprämie nach Keynes und unter anderem dem Risikoaufschlag zu unterscheiden ist. Der Urzins bzw. die Liquiditätsprämie ersetzen dem Anleger den Verzicht auf Liquidität, die Risikoprämie beispielsweise im Darlehenszins kompensiert Kreditausfälle von Banken.

419 Moewes, Günther: „Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern“, Signum – Amalthea Signum VerlagsGmbH Wien-München, 2004, S. 267

Bei Fließendem Geld liegt das Inflationsziel bei null Prozent. Ein solches Ergebnis ist über eine Geldmengensteuerung zu erreichen. Diese Steuerung der Geldmenge ist beim Fließenden Geld überhaupt erst möglich, da sich das Horten von Geld wegen der Gebühr nicht mehr lohnt. Die Geldmenge steuert die dafür zuständige Instanz dadurch, dass das Volumen des emittierten Geldes fortlaufend angepasst wird, damit Kunden bei null Prozent Inflation die angebotenen Waren und Dienstleistungen dauerhaft wertstabil kaufen können. Wenn es also erforderlich ist, dass das Volumen an ausgegebenem Geld ständig angeglichen werden muss, um die oben genannten Ergebnisse zu erzielen, dann hilft uns diese Überlegung auch bei der Frage aus Kapitel III.2: „Wie gelangt neues Geld in den Wirtschaftskreislauf?“ Ein Teil des Geldes muss demnach über Kredit in den Wirtschaftskreislauf gelangen, damit es durch Nichtverlängerung dieser Kredite auch leicht und zügig dem Kreislauf wieder entzogen werden kann.

Im aktuellen System wird die Steuerung vorrangig über die Zinshöhe von Leitzinsen versucht, die Grenzen dieser Methode sind jedoch schnell erreicht. Nach Ausbruch der Finanzkrise kamen andere unkonventionelle Mittel zum Tragen. Beispielsweise wurden und werden Anleihen von den führenden Zentralbanken der Welt in Billionenhöhe angekauft und damit die Geldmenge (G1) massiv ausgeweitet.

Thomas Mayer bemerkt in einer Fußnote:

„Mit dem heute existierenden Kreditgeldsystem wäre er [Silvio Gesell; Anm. S. H.] wohl höchst zufrieden gewesen.“⁴²⁰

Hiermit zeigt Mayer, dass er sich mit einer alternativen Geldumlaufsicherung nicht ausführlich genug auseinandergesetzt hat. Seine obige Behauptung führt zur Diskreditierung von Silvio Gesells Vorschlägen. Geschäftsbanken zahlen für Einlagen von Zentralbankgeld oberhalb der Mindestreserve aktuell einen negativen Zins bei der Notenbank.⁴²¹ Derartige Kosten geben gegenwärtig nur sehr wenige Banken an ihre

420 Mayer, Thomas: „Die neue Kunst Geld anzulegen. Mit Austrian Finance zu einem besseren Portfoliomanagement.“ FinanzBuch Verlag München, 1. Auflage 2016, S. 232

421 Der Einlagesatz – auch Einlagefazilität genannt – wurde erstmals am 11.06.2014 mit einem Zins kleiner null Prozent (-0,1 Prozent) von der EZB festgesetzt. Mit -0,4 Prozent seit dem 16.03.2016 erreichte er bisher seinen niedrigsten Wert (Stand: 24.04.2017)

Kunden weiter, und zwar vorrangig dann, wenn diese ausgesprochen hohe täglich verfügbare Einlagen halten. Die Zentralbanken wollen erreichen, dass das Geld in den Wirtschaftskreislauf gelangt und Wachstum erzeugt, um der nach wie vor in 2017 anhaltenden Finanzkrise Herr zu werden. Dass eine solche Strategie langfristig nicht funktionieren kann, wird an anderer Stelle begründet (siehe auch Kapitel IV.4.a: „Umweltschutz“). Die Geschäftsbank, die die Kosten an ihre Einleger mit umfangreichen Sichteinlagen weitergibt, möchte erzielen, dass das Volumen der Sichteinlagen sinkt. Mit der Kostenweitergabe erreichen jene Banken, dass die Sichteinlagen entweder auf andere Bankhäuser übertragen werden oder die Einleger finanzielle Mittel in eine Einlage mit Laufzeit transferieren (Passivtausch). Dadurch reduziert sich die ausgeführte Fristentransformation des Kreditinstituts und damit das Risiko der Geschäftsbank. Mit Fließendem Geld – oder Freigeld nach Silvio Gesell – haben diese Vorgänge jedoch nichts zu tun, da es weltweit zum aktuellen Zeitpunkt noch keine Gebühr auf Bargeld gibt. Die von Mayer getroffene Aussage ist somit falsch.

Auch Keynes hat sich mit Gesell beschäftigt, er kommt zu dem Fazit:

„Ich glaube, daß die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird.“⁴²²

Keynes hat Gesell durchaus kritisiert und davon gesprochen, dass er Fehler bei Gesell festgestellt hätte, jedoch wäre der hinter dem gestempelten Geld⁴²³ liegende Gedanke gesund.⁴²⁴

Die Gebühr auf Zentralbankgeld kann nicht, wie von manchen Autoren beschrieben, als Steuer⁴²⁵ auf Geld bezeichnet werden. Die Ge-

422 Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, Duncker & Humblot GmbH, Berlin, 9. Auflage, 2002, unveränderter Nachdruck der 1936 erschienen ersten Auflage, S. 300

423 Das Abstempeln von Geld ist eine veraltete Art der technischen Umsetzung von Fließendem Geld. Damit das Geld seine Gültigkeit behält, muss es gegen eine Gebühr abgestempelt werden. Keynes meint also hier Fließendes Geld, verwendet lediglich andere Begriffe.

424 vgl. Keynes, John Maynard (2002/1936), a. a. O., S. 301 f.

425 vgl. z. B. Freystedt, Volker / Bihl, Eric: „Equilibrium. Neue Konzepte statt Reformen für eine Welt im Gleichgewicht“, Signum Verlag – Amalthea Signum VerlagsGmbH, Wien, 2005, S. 184 f.

bühr ist eine Lenkungsabgabe, die der konstruktiven Geldumlaufsicherung dient. Sie kann daher gar nicht verwendet werden, staatliche Aufgaben zu finanzieren. Alleiniges Ziel ist ein gleichmäßiger Fluss des Geldes im Wirtschaftskreislauf und das Absenken des Zinses bei mittelfristigen Einlagen auf null Prozent, um die zerstörerischen Wirkungen des Zinseszinseffektes auszuschalten. Unter dieser Bedingung ist eine krisenfreie Ökonomie möglich, dem Gemeinwohl wird gedient.

7.c Ein Zins größer null Prozent

Es steht schon in der Bibel:

„[D]u sollst keinerlei Zinsen von ihm nehmen.“⁴²⁶

„[D]u sollst nicht Zinsen von ihm nehmen noch Aufschlag [...]“⁴²⁷

„Denn du sollst ihm dein Geld nicht auf Zinsen leihen noch Speise geben gegen Aufschlag.“⁴²⁸

„[T]ut wohl und leihet, wo ihr nichts dafür hoffet [...]“⁴²⁹ (andere Ausgabe: „[L]eihet, ohne etwas zurückzuerwarten [...]“⁴³⁰).

Nun ist das Thema Zins im Christen- und Judentum hoch komplex und das Beleuchten derartiger historischen Inhalte nicht Aufgabe dieses Buches. Dennoch einige kurze Bemerkungen hierzu. Geschichtlich betrachtet wird oft zwischen einem erlaubten Zins und Wucher unterschieden. Es gab jedoch immer wieder Epochen, in denen weder ein Zins in vermeintlich angemessener Höhe, noch Wucher zugelassen wurden. So lehnte nach Meinrad Böhl Luther das Zinsnehmen lange Zeit prinzipiell ab, später kam er zu einer etwas differenzierteren Position und hielt den Zins in gemäßigter Höhe in manchen Fällen für

426 „Die Bibel. Oder die Heilige Schrift des Alten und Neuen Testaments nach der Übersetzung Martin Luthers“, Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart, 1970, 1982, S. 86, 2. Mose 22,24 (Ex 22,24)

427 ebd., S. 137, 3. Mose 25,36 (Lev 25,36)

428 ebd., S. 137, 3. Mose 25,37 (Lev 25,36)

429 ebd., S. 76, Lukas 6,35 (Luk 25,35)

430 „Kompass Bibel. Gute Nachricht Bibel“, Deutsche Bibelgesellschaft Stuttgart, 2002, Neues Testament, S. 83

legitim.⁴³¹ David Graeber schreibt, dass für Luther auch der Ablasshandel eine Form von spirituellem Zinswucher gewesen sei.⁴³² Bereits Aristoteles sagte, dass keine Münze eine kleine andere Münze hervorbrächte.⁴³³ Karl der Große führte ein für alle geltendes staatliches Zinsverbot ein.⁴³⁴ Im *Codex Iuris Canonici* (CIC) von 1917 war das Zinsnehmen im gesetzlich erlaubten Rahmen gestattet, beim Einfordern eines Wucherzinses wurde der Gläubiger mit Mör dern und Menschenhändlern auf eine Stufe gestellt. Dieser Passus wurde allerdings 1983 aus dem CIC entfernt.⁴³⁵

Böhl beschreibt in seiner Arbeit an verschiedenen Stellen, dass Geld gegen einen maßvollen Zins auszuleihen oft weniger kritisch betrachtet wurde, wenn es sich um Produktivdarlehen⁴³⁶ gehandelt und das Verleihen niemandem Schaden zugefügt hätte. Er führt für diese Aussage eine Vielzahl an Belegen und Quellen an.⁴³⁷ Das historisch im Christentum teilweise erlaubte Zinsnehmen in angemessener Höhe gerade bei Produktivdarlehen erinnert auch an Investitionskonten⁴³⁸, die heutzutage islamische Finanzinstitute anbieten. Trotz Zinsverbot im islamischen Bankwesen sind derartige Anlagen zugelassen, da der Einleger keine Garantien erhält und alle Verluste aus den von der Bank ausgeführten Investitionen selbst tragen muss. Später wird auf diese Konten noch einmal kurz eingegangen.

Kehren wir nun nach dem Blick auf religiöse Gegebenheiten zurück zur ursprünglichen Überlegung. Thomas Mayer gibt in seinem Werk die klassische Erklärung zum Zins:

„Legen wir Geld an, [...] so erwarten wir dafür nicht nur die Rückgabe nach einer bestimmten Zeit, sondern auch einen Ertrag, den

431 vgl. Böhl, Meinrad: „Das Christentum und der Geist des Kapitalismus. Die Auslegungsgeschichte des biblischen Talentgleichnisses“, Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln Weimar Wien, 2007, S. 102 f.

432 vgl. Graeber, David: „Schulden. Die ersten 5000 Jahre“, J. G. Cotta’sche Buchhandlung Nachfolger GmbH, Stuttgart, 2012, S. 338

433 vgl. Böhl, Meinrad (2007), a. a. O., S. 93

434 vgl. ebd. S. 95

435 vgl. ebd. S. 102

436 Produktivdarlehen sind Darlehen, die für Produktions- oder Investitionszwecke gewährt werden. Alternativ sind Konsumkredite zu nennen.

437 vgl. ebd. u.a. S. 97, 99, 105, 130, 145, 159, 210

438 Profit-sharing investment accounts – kurz: PSIA

Zins. Gemeinhin betrachten wir den Zins als Entschädigung dafür, dass wir selbst auf die Nutzung des Geldes zu Tauschzwecken verzichtet und diese einem anderen überlassen haben.“⁴³⁹

Mayer meint, ein Zins müsse prinzipiell über null Prozent liegen und begründet das mit der Zeitpräferenz. Marktteilnehmer neigen nach diesem Modell immer dazu, den Konsum in der Gegenwart dem Konsum in der Zukunft vorzuziehen. Auch wird ein heute verfügbares Einkommen höher bewertet als ein vergleichbares Einkommen in der Zukunft. Mayer sagt, dass eine „negative Zeitpräferenz“ der Logik wirtschaftlichen Handelns widerspräche.⁴⁴⁰ Bei Gebühren auf Bargeld – Fließendes Geld – treffen die Regeln zur Zeitpräferenz unverändert zu. Die Entschädigung für den Konsumverzicht in der Gegenwart ist die Ersparnis der Kosten auf das angelegte Geld.

Günther Moewes liefert im Gegensatz zu Mayer folgendes Urteil über Zinsen:

„Zins bringt Geld prinzipiell immer dahin, wo es schon ist, und nimmt es dort weg, wo es fehlt.“⁴⁴¹

Doch werfen wir noch einmal einen kleinen Blick zurück in die Geschichte. Am 22.12.1936 wurde die Habenzinsverordnung im Rahmen des Wettbewerbsabkommens von den Spitzenverbänden des Kreditgewerbes eingeführt. Hierin wurde die Höhe des Guthabenzinses festgelegt. Zu den gesetzlichen Regelungen bezüglich Zinsen nach 1945 steht in einem Banklexikon aus dem Jahre 1973 folgendes:

„Nach dem Kriege wurden i. d. R. jeweils die von den Spitzenverbänden der Kreditinstitute beschlossenen Habenzinssätze von den Bundesaufsichtsbehörden der Länder für verbindlich erklärt.“⁴⁴²

439 Mayer, Thomas: „Die neue Kunst Geld anzulegen. Mit Austrian Finance zu einem besseren Portfoliomanagement.“ FinanzBuch Verlag München, 1. Auflage 2016, S. 47

440 vgl. ebd. S. 79

441 Moewes, Günther: „Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern“, Signum – Amalthea Signum VerlagsGmbH Wien-München, 2004, S. 262

442 Bank-Lexikon, Handwörterbuch für das Bank- und Sparkassenwesen, bearbeitet von Dr. Gerhard Müller und Dr. Josef Löffelholz, Copyright by Springer Fachmedien Wiesbaden 1973; ursprünglich erschienen: Betriebswirtschaftli-

Im Monatsbericht der Bundesbank vom März 1965 liest man dann:

„Nach § 23 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) vom 10. Juli 1961 kann der Bundesminister für Wirtschaft im *Benehmen* mit der Deutschen Bundesbank für das Kredit- und für das Einlagengeschäft der Kreditinstitute durch Rechtsverordnung ‚Anordnungen für die Kreditinstitute über die Bedingungen erlassen, zu denen Kredite gewährt und Einlagen entgegengenommen werden dürfen.‘ [Hervorhebung durch den Verf.]“⁴⁴³

Das Bundeswirtschaftsministerium nutzte diese Option, übertrug jedoch in den 1960er Jahren seine Gestaltungsmöglichkeit im Einvernehmen mit der Bundesbank an das Bundesamt für Kreditwesen, deshalb wird im selben Bundesbankmonatsbericht ausgeführt:

„Nach umfangreichen Vorarbeiten und Beratungen hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank am 05. Februar 1965 die ‚Verordnung über die Bedingungen, zu denen Kreditinstitute Kredite gewähren und Einlagen entgegennehmen dürfen (Zinsverordnung)‘ erlassen, die mit Wirkung vom 01. März 1965 in Kraft getreten ist.“⁴⁴⁴

Die historischen Hintergründe werden auch deshalb erwähnt, weil es interessant ist, dass die Höhe des Guthabenzinses einmal reguliert war und die Wissenschaftler jener Zeit stritten, ob eine staatliche Regulierung sinnvoll sei oder ob sie den Prinzipien einer freien Marktwirtschaft widerspräche. Im oben genannten Bundesbankbericht heißt es:

„Während im Kreditgeschäft die Zinsverordnung einen Wettbewerb der Kreditinstitute ermöglicht, lässt sie im Einlagengeschäft praktisch keinen Wettbewerb zu.“⁴⁴⁵

Geldgeber, die größere Beträge investierten, schafften es teilweise – im Widerspruch zur bestehenden Gesetzgebung – dennoch höhere Zinsen zu erwirken. Man sprach damals von „grauen“ Habenzinsen. Ver-

cher Verlag Dr. Thomas Gabler GmbH, Wiesbaden 1973, 7. unveränderte Auflage, S. 864 f.

443 Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, März 1965, S. 3

444 ebd. S. 3

445 ebd. S. 5

mutlich versagten früher die Aufsichtsbehörden ähnlich, wie es heute im Derivatemarkt festzustellen ist. Ergänzend sei noch erwähnt, dass in der Habenzinsverordnung von 1936 nur die Zinssätze bis Laufzeiten von vier Jahren und in der späteren Zinsverordnung nur die Zinsraten für Fristen bis zu zweieinhalb Jahren geregelt waren.

Mit der *Verordnung über die Aufhebung der Zinsverordnung und von den Bestimmungen über die Kosten für die Teilzahlungsfinanzierungskredite und Kleinkredite*⁴⁴⁶ vom 21. März 1967 wurde die darin getroffene Regelung zur Guthabenzinshöhe abgeschafft.

In der Zeitung DIE ZEIT war deshalb 1967 zu lesen:

„Es entbehrt nicht der Pikanterie, wenn jetzt ein Sozialdemokrat, nämlich Bundeswirtschaftsminister Professor Schiller, die freie Marktwirtschaft auch auf ein Gebiet ausgedehnt wissen will, auf dem der Wettbewerb bisher allgemein als problematisch, wenn nicht sogar als schädlich für die gesamte Volkswirtschaft hingestellt worden ist. Schiller drängt auf die Befreiung der Habenzinsen – also der Zinsen für Bank- und Spareinlagen – von der erst im vergangenen Jahr eingeführten amtlichen ‚Zinsverordnung‘, die für das gesamte Kreditgewerbe bindend die Höhe der Einlagenzinsen festlegte und damit den Zinswettbewerb ausschloß.“⁴⁴⁷

Im weiteren Text desselben Artikels wird beschrieben, dass Verbraucherverbände auf höhere Guthabenzinsen hofften, damit Sparer stärker belohnt würden. So heißt es:

„Um die Höhe der Habenzinsen wird ein lebhafter Kampf entbrennen. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, die rückhaltlos für freie Zinsen eintritt, erwartet, daß sich der Wettbewerb der Banken und Sparkassen um die Einlagen verstärken und daß dieser Wettbewerb den Sparern in Form höherer Zinsen zugutekommen wird.“⁴⁴⁸

Dass höhere Guthabenzinsen von allen zu tragen sind (siehe Kapitel IV.3: „Eine einfache Rechnung“) und damit sowohl der Wirtschaft als

446 Verordnung trat am 01.04.1967 in Kraft

447 ZEIT ONLINE: „Die unerwünschte Freiheit“, Wendt Kurt, 03.03.1967, <http://www.zeit.de/1967/09/die-unerwuenschte-freiheit> (abgerufen am 02.02.2017)

448 ebd.

auch dem Gemeinwohl schaden, übersahen die Verbraucherverbände in den 60er Jahren genauso, wie sie es größtenteils auch heute noch tun.

Der Autor des eben zitierten Artikels, Kurt Wendt, beschreibt weitere Motive politischer Verantwortlicher für die neuen Zinsregelungen. Wie eben dargestellt hofften einerseits Verbraucherverbände mit Abschaffung der Zinsverordnung auf höhere Guthabenzinsen. Der damalige Wirtschaftsminister Schiller erwartete durch die Änderung andererseits wettbewerbsbedingt gerade niedrigere Zinsen, damit darüber Wachstumsimpulse für die Wirtschaft gegeben werden:

„Sicherlich will Schiller die Habenzinsverordnung nicht allein deshalb abschaffen, weil er Banken und Sparkassen mehr Freiheit angedeihen lassen möchte. Er hofft vielmehr, den in Bewegung geratenen Zins weiter herunterdrücken zu können; denn die jetzt immer noch hohen Zinslasten behindern die von ihm angestrebte konjunkturelle Wiederbelebung.“⁴⁴⁹

Hier sehen wir den althergebrachten Ansatz der Politik, in diesem Fall über geringere Finanzierungskosten zusätzliches Wirtschaftswachstum erzeugen zu wollen. Die Unmöglichkeit dieser Strategie, in einer Welt mit begrenzten Ressourcen in einem Jahr immer mehr zu produzieren als im Jahr zuvor, war damals wie in der Gegenwart den führenden politischen Entscheidungsträgern entweder nicht bewusst oder kurzfristiges Denken blendete und blendet die Grenzen des Wachstums aus (siehe Kapitel IV.4.a: „Umweltschutz“).

Kehren wir zurück ins 21. Jahrhundert. Die klassische Theorie ist zunächst einleuchtend. Kredite werden von Unternehmen solange für Investitionen nachgefragt, wie diese aus ihren Investments positive Renditen erhoffen können. Bei starkem Kreditbedarf sind steigende Kreditzinssätze zu erwarten. Um einem Überschäumen der Wirtschaft entgegenzuwirken, erhöhen Notenbanken in einer solchen Marktsituation den Leitzins. Dadurch wird es für Geschäftsbanken teurer, sich mit frischem Zentralbankgeld einzudecken. Gleichzeitig werden dem Einleger höhere Guthabenzinsen geboten, damit eine geeignete Refinanzierung der Kreditnachfrage gewährleistet bleibt. Um eine ausgeprägte Fristendiskrepanz zu vermeiden, da sie das Liquiditätsrisiko

449 ebd.

einer Bank vergrößert, motivieren Kreditinstitute über die Zinshöhe Anleger, auch längere Laufzeiten zu zeichnen. Derartige Vorgänge werden über die Zinsstrukturkurve (siehe Kapitel III.6: „Die Zinsstrukturkurve“) nachvollziehbar abgebildet.

Es wird in der Überschrift dieses Kapitels („Ein Zins größer null Prozent“) bewusst nicht das Wort *positiv* verwendet. In der Sprachwissenschaft wird zwischen den Begriffen Denotation und Konnotation unterschieden. Bei der Denotation handelt es sich um die Hauptbedeutung eines Wortes, meist ist diese neutral, also weicht beim Einsatz in verschiedenen Zusammenhängen nicht ab. Über Konnotation werden weitere Bedeutungen von Begriffen beschrieben. In bestimmten Kontexten weichen Wörter von ihrer Hauptbedeutung deutlich ab.

Zum besseren Verständnis hier ein Beispiel für Konnotation: Wenn man über einen Freund erklärt, man könne mit ihm *Pferde stehlen*, wird nicht vermittelt, dass man tatsächlich mit dem Vertrauten Pferde unrechtmäßig entwendet. Man bringt mit einer solchen Aussage bekanntermaßen zum Ausdruck, dass man mit einem Kameraden durch *dick und dünn* gehen kann. Und so sind wir bei einem weiteren Beispiel für Konnotation, denn auch hier ist nicht gemeint, dass man durch irgendetwas schreiten muss, was die Eigenschaften *dick* und *dünn* besitzt.

Das Denotat des Wortes *positiv* beschreibt in der Mathematik Zahlen größer Null, gleichzeitig steht der Begriff für Vorgänge, die Freude bringen. Betrachten wir nun gemeinsam die langfristigen Wirkungen eines dauerhaft *positiven* Zinses, kann diesem nur sehr eingeschränkt *Positives* abgewonnen werden.

Dass die Wirkungen eines *positiven* Zinses immer wieder auch zu militärischen Auseinandersetzungen geführt haben, lässt sich historisch belegen (siehe auch Kapitel IV.4.d: „Frieden“). Christian Felber stellt fest:

„Schwer erklärlich ist, dass ein viel größerer Teil der Bevölkerung Zinsen für gerechtfertigt und gerecht hält, obwohl sie ihnen schaden und sie ärmer machen.“⁴⁵⁰

In Griechenland wissen zahlreiche Menschen nicht mehr, wie sie mit ihrer kritischen Lebenssituation zurechtkommen, als Folge ist die

450 Felber, Christian: „Geld. Die neuen Spielregeln“, S. 131

Selbstmordrate deutlich angestiegen.⁴⁵¹ Es ist unerträglich, dass Menschen mitten in Europa sterben, weil es noch nicht gelungen ist, auf bessere Wege – auch beim Geldsystem – abzubiegen. Die entsetzlichen Wirkungen des bestehenden Geldsystems sind weltweit zu sehen. Auch Christian Kreiß sagt, dass das unbeschränkte Zulassen von Zinsseszins regelmäßig zu katastrophalen Konsequenzen führen würde.⁴⁵² Die aktuell gegebenen Risiken sind auch für die Menschen enorm, die in Gebieten leben, in denen die Krise noch nicht zu spüren ist. Doch sollten diese Menschen aus gegebener Situation heraus keine Angst entwickeln. Nützlich ist, sich mental darauf vorzubereiten, dass wir leider wilde Bewegungen erleben werden, insofern sich die exorbitanten Ungleichgewichte unkontrolliert ausgleichen wollen. Es gibt jedoch etwas, dass stärker ist als Furcht, es ist die Hoffnung. Zuversicht kann sich gerade dann hilfreich aufbauen, wenn man wertvolle Alternativen kennt. Hinzugewonnenes Wissen liefert demnach eine gute Quelle, aus welcher Hoffnung geschöpft werden kann. Hieraus sollten Impulse kommen, die zum Handeln anregen. Deshalb besteht der Wunsch, dass dieses Buch dazu nützt, Mut zu fassen und Aktivitäten auszulösen. Man kann Teil der kostbaren Veränderung werden, wenn man es nicht schon längst ist.

Es stellt sich prinzipiell die wesentliche Frage: Kann ein Einleger, wie eingangs unter dieser Überschrift beschrieben,⁴⁵³ anderweitig (also nicht über einen Zins größer null Prozent) motiviert werden, mittel- und langfristige Einlagen einzugehen, damit die Refinanzierung mittel- und langfristiger Investitionskredite sichergestellt ist, ohne dass Geschäftsbanken im ungesunden Maße Fristentransformation betreiben müssen? Wir wissen es bereits, Fließendes Geld ist die Antwort. Eben formulierte Frage steht auch eng mit dem Thema der sogenannten Liquiditätspräferenz in Verbindung:

„Unter Liquiditätspräferenz wird die Vorliebe von Marktteilnehmern verstanden, größere Mengen Kapital bevorzugt in Bargeld und in

451 vgl. SPIEGEL ONLINE: „Wirtschaftskrise. Suizidrate in Griechenland deutlich gestiegen“, 03.02.2015

452 vgl. Kreiß, Christian: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt“, Tectum Verlag Marburg, 2013, S. 118

453 siehe Zitat von Thomas Mayer zur klassischen Erklärung des Zinses größer null Prozent

Sichteinlagen zu halten, anstatt es besser verzinst in Wertpapiere anzulegen. [Hervorhebungen getilgt]⁴⁵⁴

Zunächst unter der folgenden Überschrift noch ein paar weitere Gedanken zu Zins und Zinseszins. Für Niessen stellt die Missachtung von Zins und Zinseszins von Seiten der Wirtschaftswissenschaft den Gipfel des akademischen Versagens dar.⁴⁵⁵

7.c.a Die Eigenschaften von exponentiellen Wachstumsprozessen

Wenn man sich Exponentialfunktionen (siehe Abbildung 1) anschaut, fällt Folgendes auf: Derartige Kurven steigen anfänglich erst allmählich an, jedoch erhöht sich der Anstieg sichtbar mit der Zeit, bis sie einen Verlauf erfahren, indem sie fast senkrecht nach oben schießen.

Für das Verständnis einer solchen Entwicklung hilft der oft angeführte bildhafte Vergleich des Seerosenteiches. Stellen wir uns vor, dass in einem See eine Seerose ausgesetzt wird. Nehmen wir an, dass sich die Zahl der Seerosen jede Woche verdoppelt. Sind unter dieser Voraussetzung sieben Tage vergangen, schwimmen dann zwei Seerosen im Gewässer. Eine Woche später kann man vier Pflanzen erblicken, nach einer weiteren Woche sind es acht Seerosen und so fort. Nehmen wir an, dass der Teich nach fünf Jahren bis zur Hälfte zugewachsen ist. Es sind jetzt bereits viele Monate vergangen, bis sich die grüne Fläche in dieser Weise derart ausgebreitet hat. Es stellt sich nun folgende Frage: Wie viel Zeit muss vergehen, bis der See vollständig mit Seerosen bedeckt ist? Es dauert genau eine Woche! In sieben Tagen erfolgt damit dasselbe Wachstum, wie in den fünf Jahren zuvor. Ziel der Politik weltweit ist, jedes Jahr Wirtschaftswachstum zu erreichen. In dem eben ausgeführten bildhaften Vergleich würde dies bedeuten, jährlich den Teich hinreichend zu vergrößern. Entspräche die flächenmäßige Teicherweiterung dem Seerosenwachstum, wäre vermeidbar, dass die Wasseroberfläche komplett mit Pflanzen überzogen wird. Nur: Ist ein Wachstum in einer solchen Dimension langfristig möglich?

454 Paysol GmbH & Co. KG Dresden: „Liquiditätspräferenz“, https://www.finanzlexikon.de/liquiditaetspraeferenz_3428.html (abgerufen am 07.10.2016)

455 vgl. Niessen, Frank: „Entmachtet die Ökonomen! – Warum die Politik neue Berater braucht“, Tectum Verlag Marburg, 2016, S. 75

Ein weiteres Beispiel stellt der Josephspfennig dar. Hätte Joseph für Jesus einen Cent angelegt und fünf Prozent Zinsen pro Jahr generiert und wären die Zinsen wiederum angelegt worden, so dass der Zinseszinseffekt wirkt, dann hätte sich daraus bis heute ein Kapital gebildet, welches dem Wert von weit über 200 Milliarden Erdkugeln aus purem Gold entspräche. Das tatsächlich in der gesamten Historie geförderte Gold sind jedoch nur ca. 180.000 Tonnen, dies entspricht einem Würfel mit einer Kantenlänge von etwas mehr als 20 Metern.

Interessant auch, dass in den Lehrbüchern für Volkswirtschaftsstudierenden und zukünftigen Bankkaufleuten in Abbildungen meist mit kurzen Zeiträumen gearbeitet wird.⁴⁵⁶ Bei größeren Zeitfenstern würden die Skalenwerte der y-Achse ganz anders ausfallen oder es müsste eine logarithmische Skaleneinteilung gewählt werden, damit der Kurvenverlauf auf die Buchseite passt. Es ist erstaunlich, dass in diesen Ausbildungsberufen so wenig darüber nachgedacht wird, die Linie des angezeigten Graphen weiterzuführen und dadurch die Unmöglichkeit solcher Verläufe über längere Zeiträume zu erkennen.

Simon Bichlmaier stellt fest, dass unter anderem das Standardwerk der Geldtheorie, die *Einführung in die Geldtheorie* von Otmar Issing, als auch das Volkswirtschaftslehrbuch von Bartlig/Luzius oder die *Grundlagen des Geldwesens* von G. Mussel das Wort Zinseszins gleich ganz weglassen würden.⁴⁵⁷

Frank Niessen kommt zu folgendem Ergebnis:

„Von den etablierten theoretischen Schulen wird der Zins als mögliche Krisenursache völlig verkannt, wenn nicht gar tabuisiert – ein Umstand, den ich inzwischen als eine der größten Fehlleistungen der gesamten Wissenschaftsgeschichte betrachte.“⁴⁵⁸

Und Brichta und Voglmaier schreiben:

456 vgl. z. B.: Ettmann, Bernd / Wolff, Karl / Wurm, Gregor: „Kompaktwissen Bankbetriebslehre“, Bildungsverlag EINS GmbH, Köln, 2014, 22. Auflage, S. 149 (Grafik zum Aufzinsungssparbrief)

457 vgl. Bichlmaier, Simon: „Zu Geld und Ökonomie. Von der Erstellung eines diskutierbaren Ganzen“, Wagner Verlag GmbH, Gelnhausen, 2009, 1. Auflage, S. 413

458 Niessen, Frank (2016), a. a. O., S. 15

„Wir sind nicht für oder gegen den Zins. Wir beschreiben lediglich Tatsachen, ohne sie moralisch zu werten. Wogegen wir allerdings sind, ist, etwas totzuschweigen, was offensichtlich ist, so wie dies in Sachen Zinseszins leider viele Ökonomen tun.“⁴⁵⁹

Oft ist zu hören, dass Menschen sich exponentielles Wachstum nicht vorstellen könnten. Dazu ein Satz aus dem Talmud:

„Wir sehen die Dinge nicht, wie sie sind, sondern wie wir sind.“

Nur, wie sind wir?

7.c.b Die menschlichen Herausforderungen

Am besten beantwortet obige Frage vielleicht das Eisbergmodell. Bei einem Eisberg befinden sich immer ca. 6/7 unter und 1/7 über dem Wasser. Der Anteil über Wasser soll nun unser rationales Denken bildhaft darstellen. Der Bereich eines Eisberges, der sich unterhalb der Wasseroberfläche befindet, steht für unsere Emotionalität, verbunden mit den unbewussten Vorgängen, die in uns ablaufen. Die meisten unserer Entscheidungen werden emotional getroffen und hängen sehr stark davon ab, mit welchen Anlagen wir auf die Welt kommen und welche Erfahrungen wir während unseres Lebens gemacht haben. Unsere Prägungen erhalten wir durch die verschiedensten Beziehungen (Eltern, Freunde, Lehrer, usw.), die wir haben und Einrichtungen (Schule, Verein, Arbeitsplatz, usw.), die wir besuchen.

Geld ist prinzipiell eine ausgesprochen emotionale Angelegenheit. Wer will sich ausführlich mit der Thematik des Geldes beschäftigen? Für viele ist das unverändert noch ein Tabuthema. Hinzu kommt, dass der Zins auf das Ersparne für die meisten das Normalste der Welt ist. Es ist für uns Menschen darüber hinaus eine besondere mentale Herausforderung, Allgemeingültiges wie Guthabenzinsen in Frage zu stellen. Solange wir zurückdenken können, hat es sie immer gegeben. Sind wir bei einer derart intensiven Prägung über Jahrhunderte überhaupt in der Lage, neue Wege beim Geld zu gehen? Exponentielle Wachstumsprozesse sind keine hochkomplexen Vorgänge und die

⁴⁵⁹ Brichta, Raimund / Voglmaier, Anton: „Die Wahrheit über Geld. Wie kommt unser Geld in die Welt – und wie wird aus einem Kleinkredit ein großer Finanzcrash“, Börsenmedien AG, Kulmbach, 2013, S. 94

Unmöglichkeit solcher Entwicklungen über längere Zeiträume gut nachzuvollziehen. Obwohl sich die Destruktivität der Abläufe gerade in den finalen Phasen mit dem Wissen aus der Mathematik verständlich belegen lassen, genügten solche Beweise bisher nicht. Hat Le Bon deshalb recht, wenn er sagt:

„Man darf nicht glauben, eine Idee könne durch den Beweis ihrer Richtigkeit selbst bei gebildeten Geistern Wirkungen erzielen. Man wird davon überzeugt, wenn man sieht, wie wenig Einfluss die klarste Beweisführung auf die Mehrzahl der Menschen hat. Der unumstößliche Beweis kann von einem geübten Zuhörer angenommen worden sein, aber das Unbewusste in ihm wird ihn schnell zu seinen ursprünglichen Anschauungen zurückführen. Sehen wir ihn nach einigen Tagen wieder, wird er auf das Neue mit genau denselben Worten seine Einwände vorbringen.“⁴⁶⁰

Goethe meint:

„Die Menschen verdrießt's, daß das Wahre so einfach ist, sie sollten bedenken, daß sie noch Mühe genug haben, es praktisch zu ihrem Nutzen anzuwenden.“

Doch ganz ehrlich: Oberflächlich betrachtet ist es doch ganz nett, wenn sich leistungslos über Zins und Zinseszins das eigene Vermögen vergrößert, oder? Was sich leider noch nicht ausreichend herumgesprochen hat, ist, dass man, wenn man Guthabenzinsen bekommen möchte, auch bereit sein muss, Schuldzinsen in erstaunlicher Höhe zu bezahlen (siehe Kapitel IV.3: „Eine einfache Rechnung“). Wer ahnt schon, wie viele Schuldzinsen über Konsum automatisch von jedem Einzelnen abgeführt werden? Wer stellt die beim Einkauf gezahlten Schuldzinsen⁴⁶¹ seinen vereinnahmten Guthabenzinsen auf angelegte Gelder gegenüber? Würden viele Menschen Vorgenanntes nachvollziehen, kämen schnell breite Bevölkerungsschichten zu dem Ergebnis, dass sie bei diesem Mechanismus immer nur verlieren. Die extrem

460 Le Bon, Gustave: „Psychologie der Massen“, Nikol Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Hamburg, 2009 (Der Text dieser Ausgabe basiert auf dem Text der Ausgabe von 1911), S. 65

461 Schuldzinsen, die von Unternehmen gezahlt werden, sind in den Preisen enthalten.

ungleiche Vermögensverteilung befeuert die destruktive Entwicklung zusätzlich.

Die Leitmedien sind meist keine Hilfe, da die Konsumenten oft komplett auf die falsche Spur gesetzt werden. Unglücklicherweise bezeichnen wir Zinsen kleiner null Prozent als negativ. Erinnern wir uns an die Erläuterungen zum Begriff positiv (siehe Kapitel III.7.c: „Ein Zins größer null Prozent“). Das Wort negativ kommt auch zum Einsatz, wenn etwas Schlechtes gemeint ist. Es lässt sich noch steigern, indem man von Strafzinsen spricht. Wer wird schon gern bestraft? Dass der Zins kleiner Null den Halter von täglich verfügbaren Einlagen nur dazu motivieren soll, seine aktuell nicht benötigten finanziellen Mittel mittel- oder langfristig anzulegen, damit von Geschäftsbanken bei Berücksichtigung der Fristigkeiten risikofreier auch mittel- oder langfristige Kredite vergeben werden können, wird konsequent weggelassen. Auch erfährt der Konsument der klassischen Medienwelt bis auf wenige Ausnahmen nicht, dass bei Fließendem Geld dank einer Gebühr auf Bargeld der mittelfristige Zins auf null Prozent gebracht und mathematisch beweisbar die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung finanziell profitieren würde (siehe Kapitel IV.3: „Eine einfache Rechnung“). Betrachtet man den durch Fließendes Geld erst möglichen und zugleich notwendigen Umweltschutz durch Wegfall des zinsbedingten Wirtschaftswachstumszwangs, gewinnen letztendlich alle (siehe auch Kapitel IV.4.a: „Umweltschutz“).

7.c.c Ohne Feindbilder Teil der Veränderung sein

Der Börsencrash in den USA im Oktober 1929 leitete eine schwere Weltwirtschaftskrise ein. Ihr folgte eine Bankenkrise. Am 04.12.1928 legte der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, Calvin Coolidge, seinen letzten Rechenschaftsbericht dem Kongress vor. In der an diesem Tag gehaltenen Rede zur Lage der wirtschaftlichen Situation des Landes sagte er:

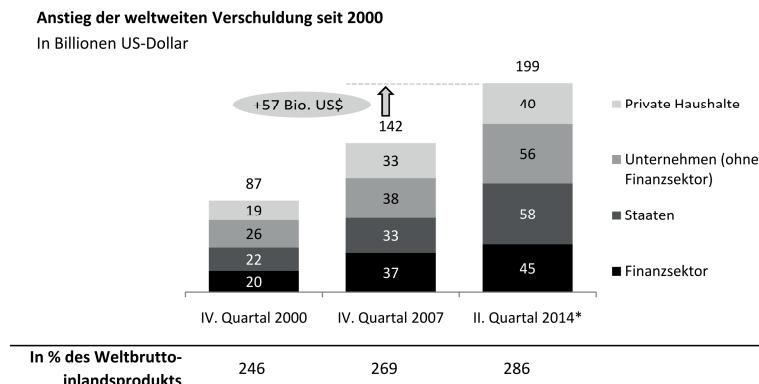
„Kein Kongress der Vereinigten Staaten, der sich je versammelt hat, um die Lage der Nation zu prüfen, hat bessere Verhältnisse vorge-

funden als die heutigen. Im Inland herrschen Ruhe und Zufriedenheit. Hinter uns liegt ein Rekordjahr des Wohlstands [...].“⁴⁶²

Dieses Beispiel belegt, dass man sich auf diplomatische Schönwetterbekanntmachungen eher nicht verlassen sollte. Man kann für die Situation eines politischen Vertreters mit starker medialer Aufmerksamkeit ein gewisses Verständnis aufbringen. Man stelle sich nur vor, ein Politiker würde verkündigen, dass sich wegen des Zinseszinseffektes exponentielle Wachstumsprozesse erneut ergeben haben und sich unser Finanzsystem in einer finalen Phase befindet, da nichts auf der Welt zeitlich unbegrenzt exponentiell wachsen kann. Eine solche Ankündigung allein könnte genügen, um Resonanzen auszulösen, die dazu führten, dass schon bald im Finanzsystem kein Stein mehr auf dem anderen bliebe. Wer wollte dafür die Verantwortung übernehmen? Paul Krugman ist der Auffassung, wenn man komplexe Systeme verstehen wolle, müsse man mit Modellen arbeiten, also mit vereinfachten Darstellungen des jeweiligen Systems.⁴⁶³ Nur: Warum wird dies bei den Wirkungen von Zins und Zinseszins von Ökonomen permanent unterlassen?

462 Galbraith, John Kenneth: „Der große Crash 1929 – Ursachen Verlauf Folgen“, FinanzBuch Verlag GmbH München, 3. unveränderte Auflage 2007, S. 19

463 vgl. Krugman, Paul: „Die große Rezession. Was zu tun ist, damit die Weltwirtschaft nicht kippt“, © für die deutsche Ausgabe: Campus Verlag GmbH, Frankfurt/M., 1999, Econ Taschenbuch, Ullstein Taschenbuchverlag, ein Unternehmen der Econ Ullstein List Verlag GmbH & Co. KG, München, 1. Auflage 2001, S. 27

Abbildung 26:⁴⁶⁴

* Für Schwellenländer außer China: 4. Quartal 2013

Wollte eine ausreichende Zahl an Haltern von bestimmten verzinslichen Papieren⁴⁶⁵ diese wegen Zweifel an deren Werthaltigkeit an den Börsen verkaufen, fiel der Preis ins Bodenlose. Der sich hieraus ergebende Dominoeffekt würde alles Weitere besiegen. So tanzen wir auf dem heißen Vulkan und Regierungen sind bemüht, Symptome abzumildern. Doch solange man die Ursachen nicht angeht, lassen sich Zusammenbrüche mit verheerenden Wirkungen und viel Leid nicht verhindern. Das sieht auch Dirk Müller so:

„Unser Wirtschaftssystem [...] wird kollabieren. So wie alle Systeme, die auf Zins und Zinseszins beruhen, in den vergangenen Jahrtausenden kollabieren mussten. Das ist mathematisch auch gar nicht anders möglich [...].“⁴⁶⁶

464 Haver Analytics, national sources; World economic outlook; IMF; BIS; McKinsey Global Institute analysis, entnommen aus: Mandler Daniel: „Globale Verschuldung steigt auf 199 Billionen Dollar“, WeltN24 GmbH, Berlin, 05.02.2015, <https://www.welt.de/wirtschaft/article137129840/Globale-Verschuldung-steigt-auf-199-Billionen-Dollar.html> und <https://www.mckinsey.de/weltweite-verschuldung> (abgerufen am: 01.03.2017)

465 beispielsweise US-amerikanische Staatsanleihen

466 Müller, Dirk: „Crashkurs. Weltwirtschaftskrise oder Jahrhundertchance? Wie Sie das Beste aus Ihrem Geld machen“, Droemer Verlag, München, 2009,

Die politischen Entscheidungsträger tragen fundamentale Verantwortung. So hätten geeignete Entscheidungen schon in der weiten Vergangenheit getroffen werden können, damit wir gar nicht erst in einem derart katastrophalen Dilemma landen, wie wir es gegenwärtig weltweit erleben. Schnell kann jedoch eine solche Betrachtung zur Suche nach vermeintlich Schuldigen führen. Meint man, jene gefunden zu haben, ist das Ausprägen von Feindbildern schnell geschehen. Die Folge wäre das Bekämpfen der mutmaßlichen Verursacher. Doch was wäre gewonnen, hätte man diese falsche Strategie verfolgt? Karl Walker dachte bereits vor Jahrzehnten, dass sich folgende Einsicht durchsetzen würde. So meinte er, dass es ein Irrtum wäre zu glauben, der Friede der Zukunft lasse sich auf die Ausmerzung von Schuldigen von heute – und auf nichts weiter – begründen.⁴⁶⁷

Fabian Scheidler schreibt:

„Um aus einer zerrißenen Gesellschaft eine ‚Wir-Gruppe‘ – eine ‚eingebildete Gemeinschaft‘ – zu konstruieren, braucht es den *Anderen*, den äußeren Feind, die Bedrohung [Hervorhebung durch den Verf.].“⁴⁶⁸

Nach Scheidler diente dem Westen bis 1989 der Kommunismus als Feindbild, nach dem Fall der Mauer hätte nun der „internationale Terrorismus“ diese Rolle übernommen.⁴⁶⁹ Seiner Meinung nimmt deshalb die Friedensbewegung eine Schlüsselrolle ein.⁴⁷⁰ Michael Lüders erklärt, dass es ein Grundmuster westlicher Interventionen sei, Konfliktparteien in „gut“ und „böse“ zu unterteilen und die „Bösen“ darauffolgend über Medien zu dämonisieren.⁴⁷¹ Nach Lüders schufen die Regierungen der USA die Grundlagen für den ausufernden Terro-

überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Taschenbuchausgabe, Juni 2010, S. 103

467 vgl. Walker, Karl: „Überwindung des Imperialismus“, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg, Dezember 1946, S. 13

468 Scheidler, Fabian: „Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiterten Zivilisation“, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien, 2015, S. 196

469 vgl. ebd. S. 196

470 vgl. ebd. S. 222

471 vgl. Lüders, Michael: „Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet“, Verlag C. H. Beck oHG, München, 2015, 23. Auflage 2017, S. 7

rismus.⁴⁷² Angefangen hätte es mit dem „Sündenfall schlechthin“, dem Sturz Mossadeghs im Iran 1953 unter Einsatz von CIA und MI 6.⁴⁷³

Doch gibt es Parallelen zwischen falschen geostrategischen Aktivitäten und dem täglichen Leben eines jeden Einzelnen? Für das persönliche Wohlempfinden ist es psychologisch betrachtet sicher praktisch, andere für desolate Zustände in die Haftung zu nehmen. Es ist jedoch wesentlich zielführender, die Ursachen für hässliche Folgen zu beleuchten und sich vor allem darauf zu konzentrieren, wie es besser geht. Insofern sollten wir uns gemeinsam Gedanken machen, welche Impulse gegeben werden können, um Positives zu bewirken. Gäbe es Massentierhaltung, wenn niemand Fleisch aus dieser grausamen Produktionsweise kaufen würde? Gäbe es die unmenschlichen Erntebedingungen bei Kakao an der Elfenbeinküste und Ghana,⁴⁷⁴ wenn wir nur kakaohaltige Produkte aus fair gewonnenen Rohstoffen konsumieren würden? Die Regierungen der eben genannten Länder vereinbarten mit Herstellern, die viel Kakao als Grundlage ihrer Erzeugnisse verwenden, dass die schlimmsten Formen der Kinderarbeit bis 2020 um sieben Prozent sinken sollen.⁴⁷⁵

Im Greenpeace Magazin ist zu lesen, man bezieht sich auf eine Studie aus 2014:

„Weiterhin arbeiteten mehr als zwei Millionen Kinder in den Plantagen, viele von Menschenhändlern aus Nachbarländern verschleppt und zu unbezahlter Arbeit gezwungen.“⁴⁷⁶

Ein weiteres Beispiel ist der Kaffee. Kaffee ist wertmäßig nach Erdöl der meist gehandelte Rohstoff der Welt.⁴⁷⁷ Der Absatz von fair gehandeltem Kaffee stieg erfreulicherweise in den letzten Jahren kontinuierlich an. Dennoch kaufen lediglich drei Prozent der Deutschen

472 vgl. ebd. S. 37

473 vgl. ebd. S. 7 ff

474 Diese beiden westafrikanischen Länder produzieren in Summe mehr als die Hälfte des weltweit angebotenen Kakao.

475 vgl. Greenpeace Magazin, Ausgabe: 04.17, Greenpeace Media GmbH Hamburg, S. 14

476 ebd. S. 15

477 Forum Fairer Handel e. V. Berlin: „Zahlen und Fakten zum fairen Handel in Deutschland“, <http://www.forum-fairer-handel.de/fairer-handel/zahlen-fakten/> (abgerufen am 27.08.2017)

die fairtrade gehandelten Bohnen.⁴⁷⁸ 2016 betrug der Bioanteil bei Kaffee mit Fairtrade-Siegel 75 Prozent.⁴⁷⁹ Trotz der positiven Umsatzentwicklung von Bio-Fairtrade-Kaffee verwundert, dass der Anteil dennoch so gering ist, warum? Liegt es an der geringen Preisdifferenz zu billigen Marken oder kann man sich vom gewohnten Anbieter nicht trennen?

Im Film *Cloud Atlas* sind eine Menge an Schlüsselszenen enthalten, die man als bewusste Gesellschaftskritik der Filmemacher, Lana und Andy Wachowski und Tom Tykwer, werten kann. So beschließt im Film der Anwalt, Adam Ewing, sich für die Sklavenbefreiung einzusetzen, weil er sein Leben einem entlaufenen Sklaven verdankt. Seine Entscheidung stößt jedoch bei seinem Schwiegervater, Haskell Moore, auf tiefstes Missverständnis und er sagt zu seinem Schwiegersohn: „Unsere Welt folgt einer naturgegebenen Ordnung, und wer versucht, sie umzukrempeln, dem wird es schlecht ergehen.“ Es erschließt sich Moore nicht, warum Adam die bestehenden Regeln in Frage stellt. Denn würde Adam die existierenden menschenverachtenden Gesetze traditionell für sich nutzen, könnte er mit seiner Frau ein Leben in Wohlstand führen. Für Moore ist es unerklärlich, wieso man sich für das Ende der Sklavenhaltung einsetzen soll, liefert sie doch einer ausgewählten Gruppe derart große Vorteile. Eine offensichtliche Parallele zum Zins größer Null. Bei diesem Mechanismus erzielt ebenfalls nur ein sehr kleiner Personenkreis einen extremen Nutzen.

Moore gibt erzürnt von sich:

„Ganz gleich, was du auch ausrichtest, es wird niemals mehr sein als ein einzelner Tropfen in einem unendlichen Ozean.“

Darauf erwidert Adam Ewing:

„Was ist ein Ozean, wenn nicht eine Vielzahl an Tropfen.“

478 Deutschlandfunk: „Fairtrade-Produkte. Kaffee liegt in der Verbrauchergunst vorne“, Philip Banse, 11.05.2015, http://www.deutschlandfunk.de/fairtrade-produkte-kaffee-liegt-in-der-verbrauchergunst.697.de.html?dram:article_id=319516 (abgerufen am 05.02.2017)

479 Forum Fairer Handel e. V. Berlin: „Zahlen und Fakten zum fairen Handel in Deutschland“

Es ist demnach nicht die Frage, was ein einzelner Tropfen bewirken kann, sondern, wie kräftig die Welle ist, die aus vielen Tropfen besteht, damit Wertvolles freigespült werden kann. Wir treffen jeden Tag Entscheidungen und haben es selbst in der Hand, welche. Das sieht auch Fabian Scheidler so. Er meint, dass es nicht vorhersehbar wäre, in welche Richtung zukünftige Veränderungen gehen werden, es jedoch auf uns alle ankäme. Alles, was jeder Einzelne denken und machen würde, wäre für „die Weichenstellungen der Zukunft“ von Bedeutung.⁴⁸⁰

7.c.d Guthaben und Schulden – zwei Seiten derselben Medaille?

Am 20. Juni 1948 setzten die Siegermächte der westdeutschen Besatzungszone eine Währungsreform in Deutschland um. Durch diese Maßnahme wurden Guthaben und Schulden – besser: Verpflichtungen – gleichermaßen stark reduziert. Es ist nicht möglich, Verpflichtungen zu streichen, ohne dabei Guthaben zu tangieren. Wenn Person A einer Person B Geld lehnt und Person B zahlt es Person A nicht zurück, hat sich Person B ihrer Verpflichtungen gegenüber Person A entledigt und Person A verliert ihren Anspruch. Dasselbe trifft zu, wenn es sich bei Person A um eine Bank und bei Person B um ein Unternehmen handelt.

Oft kann man heute der Presse entnehmen, dass sich eine Überschuldung aufgebaut hat und man diese abtragen müsse. Die den Verpflichtungen in vergleichbarer Höhe gegenüberstehenden Ansprüche werden meist nicht erwähnt. Wenn ein Marktteilnehmer Guthaben und zugleich Verpflichtungen hat, können diese gegeneinander aufgerechnet werden. Den Gegenwert von festverzinslichen Wertpapieren kann man beispielsweise zur Tilgung von Darlehen einsetzen. Im folgenden Beispiel betrachten wir das noch etwas differenzierter:

Nehmen wir an, es gelänge der Regierung, aus zusätzlichen Steuereinnahmen Staatsanleihen zurückzukaufen, ohne dafür neue Kredite aufnehmen zu müssen. In einem solchen Fall reduziert sich tatsächlich die Summe aller Staatsschulden des Landes. Der Gläubiger hat nun sein vorher in Bundespapiere investiertes Geld zurückerhalten.

480 vgl. Scheidler, Fabian (2015), a. a. O., S. 205

Braucht er diese finanziellen Mittel auch in Zukunft nicht, wird er auf die Suche nach einer alternativen Anlagemöglichkeit gehen. Kauft er nun beispielsweise eine Unternehmensanleihe, hat sich die bestehende Gesamtverschuldung im Land nicht verändert. Es sind einerseits die Verpflichtungen des öffentlichen Haushalts gesunken, doch zeitnah haben sich andererseits die Verpflichtungen von Unternehmen erhöht. Die Bevölkerung zahlt jetzt etwas weniger Schuldzinsen über Steuern, dafür etwas mehr Schuldzinsen beim Einkauf. Die alleinige Strategie der Absenkung von Staatsschulden, wenn sich dabei die Gesamtverschuldung nicht ändert, kann damit nicht zielführend sein.

Peter Bofinger sieht es ganz anders. Er erstellt eine Bilanz für Deutschland. Auf der Passivseite stehen bei ihm die Verbindlichkeiten des Staates, auf der Aktivseite werden diese Verbindlichkeiten als Forderungen der Wertpapierinhaber gegenüber dem Staat ausgewiesen. Die Staatsanleihen gehören schließlich Gläubigern und stellen für sie Vermögenswerte dar. Deshalb kommt er zu dem Schluss, da auf beiden Seiten der Bilanz eine Größe in gleicher Höhe stünde, könne man deshalb die Staatsschuld im Prinzip vernachlässigen.⁴⁸¹ Insofern wären Staatsschulden nach Bofinger gar nicht so schlimm. Weiter erklärt er:

„Bis zum Jahr 2040 werden manche Kinder sehr viele Staatsanleihen erben und andere werden dabei völlig leer ausgehen. Diejenigen, die dann die Steuern für die Zinsen bezahlen, sind nicht identisch mit denen, die die Zinseinnahmen bekommen. Die Staatsverschuldung wird also negative Verteilungseffekte innerhalb einer Generation auslösen. Doch dieses Problem könnte man mit einer etwas höheren Erbschaftssteuer durchaus in den Griff bekommen.“⁴⁸²

Wenn demnach von Akteuren gefordert wird, die Überschuldung zu senken und wir nun wissen, dass den Verpflichtungen eins zu eins Guthaben gegenüberstehen, ergibt sich hieraus zwangsläufig, dass beim Entschuldungsprozess auch Vermögen abgetragen werden müssen. Bofinger bestätigt dies mit seinen Aussagen indirekt und denkt,

481 vgl. Bofinger, Peter: „Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle“, Pearson Studium, ein Imprint der Pearson Education Deutschland GmbH, 2005, S. 129

482 ebd. S. 130

die zinseszinsbedingt wachsenden Ungleichgewichte mit Erbschaftssteuern in Schach halten zu können. Wie hoch er die Erbschaftssteuern ansetzen würde, um ein solches Ziel zu erreichen, verrät er uns nicht. Günther Moewes trifft im Gegensatz zu Bofinger den Nagel auf den Kopf.

„Die Schuldenberge entstehen nicht trotz der Vermögensberge, sondern wegen der Vermögensberge.“⁴⁸³

Schließlich ist eine Bank nur dann in der Lage, Guthabenzinsen auf Erspartes auszuzahlen, wenn sie über Kredite auch entsprechende Kreditzinsen vereinnahmt, so wie der Staat Teile seiner Steuereinnahmen verwenden muss, um die Guthabenzinsen an die Halter der Staatsanleihen überweisen zu können.

Nur: Kann ein massives Abschmelzen von Ansprüchen und Verpflichtungen flächendeckend von Strukturen beschlossen werden, in deren Besitz sich gerade große Vermögen befinden bzw. die stark mit den Haltern diverser verzinslicher Papiere verflochten sind? Oder ist es wahrscheinlicher, dass auf dem Vulkan so lange getanzt wird, wie der Zinsfluss noch funktioniert und unter Aufgabe des bestehenden Regelwerks⁴⁸⁴ und bei Missachtung demokratischer Gefüge Entscheidungen gefällt werden, die lediglich Symptome behandeln (siehe Kapitel I.6: „Systemrelevante Banken“)?

Wie Guthaben betroffen sind, wenn es gar nicht mehr weitergeht, zeigt auch der im März des Jahres 2012 für griechische Staatsleihen erfolgte Schuldenschnitt. Es wurden insgesamt im Wert von 172,2 Milliarden Dollar Anleihen umgetauscht. Anleger hatten sich bis zum 08.03.2012 zu äußern, ob sie dem Tausch zustimmen. Die Inhaber der betreffenden Ansprüche verzichteten dabei auf 53,5 Prozent ihrer Forderungen. Darüber hinaus wiesen die neuen Papiere längere Laufzeiten und niedrigere Zinsen aus. Beide Seiten wurden demnach tangiert, die Verpflichtungen des griechischen Staates wurden um den zugestimmten Betrag gekappt, in selber Höhe verloren die Halter der

483 Moewes, Günther: „Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern“, Signum – Amalthea Signum VerlagsGmbH Wien-München, 2004, S. 25

484 beispielsweise Missachtung der EU-Konvergenz-Kriterien (oft auch Maastricht-Kriterien genannt)

betreffenden Anleihen anteilig ihre Vermögenswerte. Hätten die Eigentümer 2012 die Abwertung der Wertpapiere nicht akzeptiert, wäre der Verlust größer ausgefallen, da eine Pleite des griechischen Staates die Folge gewesen wäre. Seit Anfang 2017 wird bereits über einen weiteren Schuldenschnitt für Griechenland verhandelt. Weitere Länder sind in einer ähnlich prekären Lage.

So führte auch die Währungsreform 1948 zu einem enormen Abschmelzen der entsprechenden Vermögen. Gerade private Verpflichtete und einige andere Gruppen konnten sich jedoch nicht über weggeschottete Verbindlichkeiten freuen. Im Rahmen des Lastenausgleichsgesetzes von 14.08.1952 wurde eine Kredit- und Hypothekengewinnabgabe erlassen.⁴⁸⁵ Durch sie wurde geregelt, dass der sogenannte Gewinn durch die Währungsumstellung im Wesentlichen an den Staat abzuführen war. Kriegsschäden und weitere Belastungen fanden bei der Berechnung der Abgaben Berücksichtigung. Aus den Einnahmen entschädigte der Staat Teile der Bevölkerung, die durch den Krieg schwere Verluste erlitten hatten. Über diesen Weg sollte eine soziale Gerechtigkeit zwischen Kriegsgeschädigten und Menschen, denen ein erhebliches Vermögen geblieben war, zum Beispiel Immobilienbesitz, hergestellt werden. Bereits heute debattiert man im Bundestag über ähnliche Varianten der Entschuldung.

Auch im DIW⁴⁸⁶ diskutiert man vergleichbare Konzepte aus der Vergangenheit:

„Mit Zwangsanleihen und einmaligen Vermögensabgaben könnten Privathaushalte mit hohen Vermögen und Einkommen zur Refinanzierung und zum Abbau der Staatsschulden herangezogen werden, ohne dass eine Dämpfung der Konsumnachfrage zu befürchten wäre. Die Erhebung solcher Abgaben sei aber nicht einfach, da

485 vgl. Bohn – Bruhn: „Der Lastenausgleich. Unter besonderer Berücksichtigung der Hypothekengewinnabgabe“, Handbücher, Band 23, Verlag E. Bohn, Baden-Baden, 1952

486 DIW: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V., nach eigenen Angaben eines der größten Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland. Das Institut wurde 1925 gegründet, finanziert sich überwiegend aus öffentlichen Mitteln und fühlt sich ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet, https://www.diw.de/de/diw_01.c.100293.de/ueber_uns/ueber_uns.html (abgerufen am 18.07.2016)

die Vermögenswerte ermittelt sowie Steuerflucht und -hinterziehung unterbunden werden müssten.“⁴⁸⁷

Auf jeden Fall wurde mit der Währungsreform 1948 die Zinsbelastung verschiedener Marktteilnehmer auf ein erschwingliches Niveau gedrückt. Dies entlastete alle Bereiche, eine wichtige Voraussetzung für den zwingend gebotenen Aufschwung, um den notwendigen Wiederaufbau nach dem Wahnsinn des Krieges zu realisieren. Das wirtschaftliche Durchstarten Deutschlands, nach den entsetzlichen Ereignissen der Zerstörung, gelang. Verbindlichkeiten und Guthaben waren dezimiert, hohe Wirtschaftswachstumsraten wegen des erforderlichen Wiederaufbaus konnten erzielt werden. Laut den Angaben des Statistischen Bundesamtes lag das durchschnittliche Wirtschaftswachstum von 1950 bis 1960 bei 8,2 Prozent (siehe Abbildung: 27). Durch die erfolgreiche Nachkriegsentwicklung bildeten sich überwiegend durch Sparen neue Vermögen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Sparquote vor allem mit der Höhe des Einkommens korreliert. Die Deutsche Bundesbank schrieb diesbezüglich 1993 in einen ihrer Monatsberichte:

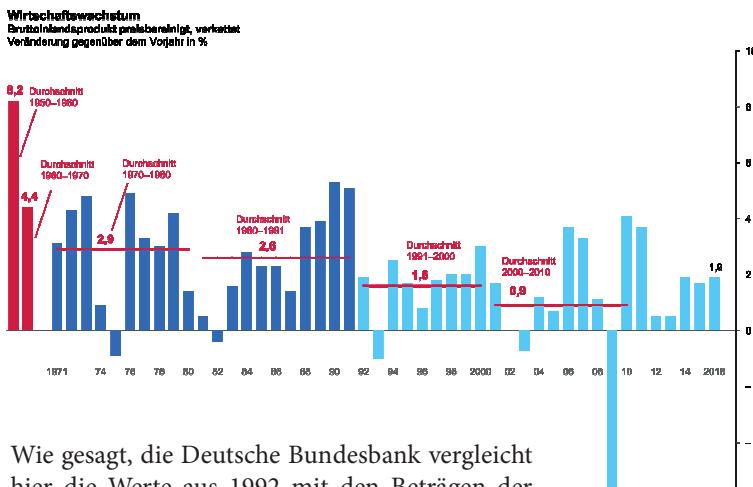
„Üblicherweise fließt ein Teil der privaten Geldvermögenserträge nicht in den Konsum, sondern wird gespart. [...] Insgesamt entsprachen Zinsen und Dividenden 1992 rund vier Fünfteln des zur gleichen Zeit neu gebildeten privaten Geldvermögens; im Durchschnitt der fünfziger Jahre hatte diese Relation erst ein Sechstel betragen. Diese Gegenüberstellung, in der die Einkommenssteuer auf Geldvermögenserträge unberücksichtigt bleiben muss, deutet darauf hin, dass die wachsende private Ersparnis auf längere Sicht auch eine Folge der Selbstalimentation⁴⁸⁸ durch steigende Erträge ist. [Hervorhebungen durch den Verf.]“⁴⁸⁹

487 ZEIT ONLINE: „Staatsverschuldung. Ökonomen schlagen Zwangsanleihe für Reiche vor“, 11.07.2012

488 Unter Selbstalimentation ist zu verstehen, dass sich Vermögen durch Zins und Zinseszins vermeintlich wie von selbst vermehren.

489 Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1993, S. 27

Abbildung 27:
Wirtschaftswachstum 1950 bis 2016⁴⁹⁰ (BIP preisbereinigt, verkettet⁴⁹¹)



Wie gesagt, die Deutsche Bundesbank vergleicht hier die Werte aus 1992 mit den Beträgen der 50er Jahre. Mittlerweile sind weitere 25 Jahre vergangen, die Entwicklung hat sich fortgesetzt, insofern können wir erahnen, in welchem Umfang heute eine *Selbstalimentation* zu Gunsten weniger aufgrund der weiter zugenommenen Vermögenskonzentrationen stattfindet.

490 Statistisches Bundesamt, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/Inlandsprodukt/Tabellen/Volkseinkommen1925.xls.html> (abgerufen am 01.09.2017)

491 Die Ergebnisse von 1950 bis 1970 (Früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1970 (Früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen. Bei der VGR-Revision 2014 wurden zudem nur die Ergebnisse für Deutschland bis 1991 zurückgerechnet; Angaben vor 1991 sind unverändert geblieben.

7.c.e Der Preis des Geldes

Von Ökonomen hört man regelmäßig die Formulierung, der Zins sei der Preis des Geldes; es wird fast der Eindruck vermittelt, dass der Zins naturgegeben sei und so selbstverständlich wie der Sauerstoff in der Luft. Die Höhe des Zinses korreliert mit der Knappheit, je knapper ein Gut, desto mehr kann ein Halter für das Verleihen der Sache verlangen. So verhält es sich auch mit Geld.

Besitzt man einen Geldbetrag, kann man ihn selbst sofort einsetzen und sich dafür eine Ware eintauschen oder ihn für das Bezahlen einer Dienstleistung nutzen. Man hat jedoch auch die Möglichkeit, die finanziellen Mittel zurückzuhalten und erst später damit aktiv zu werden. Das Geld bedeutet für den Besitzer gebrauchsbereite Liquidität, die er jederzeit verwenden kann, um am Markt Waren zu kaufen und Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Wenn man nun selbst auf die zur Verfügung stehende Liquidität verzichtet, indem man sein Geld verleiht, wird es nach Ansicht der herrschenden Volkswirtschaftslehre als selbstverständlich erachtet, dass man wegen der Aufgabe seines monetären Spielraums eine Art Entschädigung – eine „Prämie“ – vom Verpflichteten verlangen kann. Der Ökonom John Maynard Keynes spricht deshalb bei den eben beschriebenen Zusammenhängen von der Liquiditätsprämie. Silvio Gesell nennt diesen Zinsanteil den Urzins. Gunnar Heinsohn und Otto Steiger sehen das anders: Sie meinen, der Zins würde nicht bei der Weiterverleihung, sondern bei der Schaffung von Geld entstehen.⁴⁹² Dieser Argumentation wird hier nicht gefolgt.

Der durchaus systemkritische Max Otte erklärt, dass es in einem stabilen ökonomischen Gefüge, in welchem Recht und Gesetz Bestand hätten, unsinnig sei, Geld zu Hause zu horten. Besser wäre es, das Geld zu verleihen und für einen Preis, den Zins, für sich arbeiten zu lassen. Würden später die Schulden zurückgezahlt, wäre letztendlich allen geholfen.⁴⁹³ Er übersieht, dass nicht das Geld, sondern die Kreditneh-

492 vgl. Heinsohn, Gunnar / Steiger, Otto: „Eigentumstheorie des Wirtschaftens versus Wirtschaftstheorie ohne Eigentum“, Ergänzungsband zur Neuauflage von „Eigentum, Zins und Geld“, Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH, Marburg, 2002, S. 61

493 vgl. Otte, Max: „Der Crash kommt. Die neue Weltwirtschaftskrise und wie Sie sich darauf vorbereiten“, Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin, 2006, 7. Aktualisierte und erweiterte Auflage 2007, S. 128

mer für die Zinsen, die an die Gläubiger fließen, arbeiten müssen. Wie an anderer Stelle erklärt, sind auch nicht nur die Kreditnehmer von den Schuldzinszahlungen negativ betroffen, sondern alle Menschen (siehe Kapitel IV.3: „Eine einfache Rechnung“).

Bei Fließendem Geld wird über die Gebühr auf Bargeld dem Horsten von Geld entgegengewirkt. Wenn man die vereinnahmten finanziellen Mittel relativ zeitnah ausgibt, hat man so gut wie keine Gebühren zu zahlen. Im Vergleich zum aktuellen System ist man finanziell enorm entlastet, da der Schuldzinsanteil, den man beim Konsum, beim Abführen von Steuern und bei selbst aufgenommenen Verpflichtungen bezahlt, dank abgesenkter Zinssätze, deutlich geringer ist. Denn: Muss eine Bank Investoren für ihre Einlagen mit mittelfristigen Laufzeiten keine Guthabenzinsen bieten, kann sie alle Darlehen parallelverschoben entsprechend günstiger ausreichen. Nur allein für Deutschland handelt es sich volkswirtschaftlich hierbei um einen höheren dreistelligen Milliardenbetrag.

Die Motivation eines Anlegers besteht also nicht mehr darin, einen Zins größer null Prozent durchzusetzen, sondern die Kosten auf das aktuell nicht benötigte Geld zu vermeiden. Im Ergebnis der konstruktiven Umlaufsicherung (siehe Kapitel III.7.b: „Eine Gebühr auf Zentralbankgeld – Fließendes Geld“), wie sie beim Fließenden Geld angeacht ist, wird der mittelfristige Zins auf null Prozent gebracht. Von Kritikern des Fließenden Geldes wird manchmal behauptet, man könne wegen eines permanenten Wertverlustes beim Fließenden Geld nicht mehr sparen, da der investierte Betrag immer kleiner würde. Das ist falsch, denn der Zins auf Einlagen und Wertpapiere mit mittelfristigen Laufzeiten liegt bei null Prozent, der Wert des Sparbetrages bleibt damit unverändert. Es sei noch einmal daran erinnert, dass die Inflationsrate beim Fließenden Geld bei null Prozent liegt. Dieses Ziel wird über eine entsprechende Geldmengensteuerung erreicht. Deshalb bleiben Einlagen mit mittel- bis langfristigen Laufzeiten wertstabil. Bei Investments, die mit Risiken verbunden sind, bekommt der Investor weiter wie bisher einen Risikoausgleich über eine Risikoprämie. Eine solche Risikoprämie ist nicht mit der Liquiditätsprämie – nach Keynes – oder dem Urzins – nach Gesell – zu verwechseln (siehe auch Kapitel III.10: „Der Kreditausfall“).

Technisch betrachtet ist die Umstellung der Geldumlaufsicherung von der destruktiven Variante *Zins größer null Prozent und Inflation*

auf die konstruktive Lösung *Gebühr auf Zentralbankgeld* ein wahrlich kleiner Schritt – mit jedoch exorbitanten Wirkungen. Beispielhaft sind folgende drei elementare Resultate zu nennen:

- Ende der zinsbedingten Umverteilung und damit Förderung des sozialen Gleichgewichts im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens,
- Wegfall des zinsbedingten Wirtschaftswachstumszwangs und dadurch Schutz der Natur,
- Verhinderung des zinsbedingten Bildens extremer Kapitalkonzentrationen und infolgedessen Schaffung einer wertvollen Grundlage zum Erhalt demokratischer Strukturen.

Sicher sind vor der Installation einer solchen Veränderung beim Geld einige Punkte zu berücksichtigen. Denn würde man morgen Fließendes Geld einführen, flössen große Teile finanzieller Mittel in andere Anlageklassen, um über alternative Wege leistungslose Einkommen zu generieren, wenn dies über Zinsnahme nicht mehr möglich wäre (siehe Kapitel IV.1.a: „Immobilien“ und IV.1.b: „Aktien und Aktienfonds“). Doch noch ein ganz anderer Aspekt soll hier erwähnt werden:

Schon im jungen Alter werden wir über den Zinsmechanismus darauf konditioniert, mehr zurückzufordern als wir gegeben haben. Es ist das Normalste der Welt, mit einer solchen Prägung beim Geld aufzuwachsen. Auch aus dieser Betrachtung heraus, ist das bestehende System ausgesprochen kritisch zu sehen. Eine der größten Lügen verbirgt sich hinter dem Werbeslogan der Finanzwirtschaft: „Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten!“

Aber: Geld kann nicht arbeiten. Nur Menschen, Maschinen und die Natur können das. (Fünfter Hauptsatz der alternativen Wirtschaftswissenschaft, siehe Kapitel IV.9)

Verzinslich bei einer seriösen und stabilen Geschäftsbank Geld anzulegen, ist zumindest in den ersten Dekaden eines neu gestarteten Geldsystems risikofrei, erst recht, wenn Sicherungssysteme installiert sind, so dass Kleinanleger bis zu einem gewissen Betrag bei Insolvenz des Kreditinstitutes entschädigt werden. Guthabenzinsen zu vereinahmen bedeutet jedoch letztendlich immer, dass andere dafür eine Leistung erbringen müssen.

Es ist bestimmt eine besondere Herausforderung, dass uns eine derart auch mentale Neuausrichtung gelingt. Vermögen können sich durch Akkumulation von gespartem Arbeitseinkommen bilden, insofern ein Mensch das Schaffen solcher Rücklagen anstrebt. Doch die weit verbreitete Hoffnung auf einen beachtlichen Zugewinn kann man gut am Lottospiel darstellen:

Der Glücksspielmarkt umfasst allein in Deutschland ein Volumen eines zweistelligen Milliardenbetrages. Laut einer Umfrage *IfD Allensbach* spielten 2014 8,95 Millionen Menschen in Deutschland regelmäßig Lotto oder Toto. Am beliebtesten ist die Variante *6 aus 49*. Gemäß einer Veröffentlichung von *statista.de* nimmt ein Viertel aller Deutschen mindestens einmal im Monat an diesem Lottospiel teil, obwohl die Chance auf den großen Treffer⁴⁹⁴ lediglich bei eins zu ca. 140 Millionen liegt. Nach einer Studie der Forschungsstelle Glücksspiel der Universität Hohenheim verursachen Glücksspielsüchtige in Deutschland Kosten von 326 Millionen Euro im Jahr.⁴⁹⁵ Der Anteil der Erkrankten durch Lotto fällt jedoch am geringsten aus. Die meisten Befunde verursachen nach dieser Untersuchung Glücksspielautomaten. Ob die Zinsnahme ab einer gewissen Größe auch Suchterscheinungen hervorrufen, da man bei entsprechender Einlage einen beachtlichen „Gewinn“ vereinnahmen kann?

Nun, das Lottospiel unterscheidet sich vom Zinssystem in einem sehr wesentlichen Punkt: Bei der Lotterie braucht man nicht mitmachen, es wird niemand gezwungen teilzunehmen. Auch werden die Ausschüttungen an die Gewinner aus den freiwilligen Beiträgen der Spieler finanziert. Dem Geldsystem kann man sich jedoch nicht entziehen, unabhängig davon, wie man sich verhält, beim Bezahlen von Schuldzinsen ist man über die beschriebenen Wege zwangsläufig immer dabei, auch, wenn man selbst keine Kredite aufnimmt (siehe Kapitel IV.3: „Eine einfache Rechnung“).

Nehmen wir also einmal an, Menschen hätten eine gewisse Veranlagung nach Einnahmen zu streben, für die sie zuvor keine Arbeit

494 Bei „6 aus 49“ erhält man den Hauptgewinn bei sechs richtig getippten Zahlen und der korrekten Superzahl. Die Zahlen werden durch das Zufallsprinzip gezogen.

495 Pressemitteilung, Universität Hohenheim: „Glücksspielsüchtige kosten Deutschland 326 Millionen Euro“, Forschungsstelle Glücksspiel, 05.09.2011

verrichten mussten. Wenn eine solche menschliche Eigenschaft gegebenenfalls existiert, dann sollten wir uns dies bewusst machen. Denn: Führt der Wunsch auf leistungslose Vermögenszuwächse zur Verwendung eines Geldsystems, das gleichzeitig verantwortlich für derart gefährliche Wirkungen wie Umweltzerstörung, Demokratieverlust, extreme soziale Ungleichgewichte und Krieg ist, dann zerstören wir uns unsere eigenen notwendigen Lebensgrundlagen. Nehmen wir vorgenannten Fakt in ausreichender Intensität wahr, dann können wir aus diesem Wissen heraus zu neuen Wegen finden. Für Kostolany ist die Faszination des Geldes und der Drang danach der Motor für den wirtschaftlichen Fortschritt.⁴⁹⁶ Nur brauchen wir dafür eine destruktive Geldumlaufsicherung? Oder sind wir in der Lage, Systeme zu nutzen, die geeigneter Anreize liefern, damit in uns dem Gemeinwohl dienende Verhaltensmuster stärker aktiviert werden? Richard David Precht möchte einige Anregungen in diese Richtung geben, er überlegt, was wir in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik möglicherweise besser machen können:

„Es geht darum, wie sich unser Engagement für andere fördern lässt – in Zeiten, in denen unsere Gesellschaft auf dem Spiel steht wie seit vielen Jahrzehnten nicht mehr. Und um Vorschläge, wie wir die sozialen Institutionen so umbauen könnten, dass sie das Gute leichter und das Schlechte schwerer machen.“⁴⁹⁷

Margrit Kennedy kommt zu dem Fazit:

„[...] eine Menschheit, die nur zum Ziel hat, mehr Geld aus Geld zu machen, wird logischerweise sozial unempfindlich, kulturell verarmt und ökologisch Raubbau treiben.“⁴⁹⁸

496 vgl. Kostolany, André: „Kostolany's Börsenpsychologie“, Econ Ullstein List Verlag GmbH & Co. KG, München, 4. Auflage 2000, S. 28

497 Precht, Richard David: „Die Kunst, kein Egoist zu sein. Warum wir gerne gut sein wollen und was uns davon abhält“, Wilhelm Goldmann Verlag, München, 2010, Taschenbuchausgabe Mai 2012, 1. Auflage, S. 20 f.

498 Kennedy, Margrit: „Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel das jedem dient“, Wilhelm Goldmann Verlag, München, in der Verlagsgruppe Random House GmbH, aktualisierte Neuauflage Januar 2006, 8. Auflage, S. 207

Um dem entgegenzuwirken, setzte sie sich sehr engagiert für komplementäre Währungen ein (siehe Kapitel IV.7.c: „Regionale Tauschmittelsysteme“). Diese stellten für sie einen völlig neuen Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit dar.

7.d Inflation

Unter Inflation versteht man meist die Steigerung des durchschnittlichen Preisniveaus von Waren und Dienstleistungen. Zur Messung dieser Größe bedient man sich eines theoretischen Warenkorbs. Es steht der belegbare Verdacht, dass auf das Resultat in gewissem Rahmen Einfluss genommen wird, um dem gewünschten Inflationswert näher zu kommen. So wird die Zusammensetzung des Warenkorbs regelmäßig angepasst. Will man eine geringere Inflationsrate erzeugen, können Produkte, deren Preise gestiegen sind, in ihrer Gewichtung reduziert werden und solche, deren Preise gefallen sind, eine größere Wertigkeit zugeschrieben bekommen. Statistisch gesehen, isst der Bürger dann mehr Kartoffeln und weniger Reis, da sich die jeweiligen Preise in eben beschriebener Weise verändert haben.

Darüber hinaus wird ein sogenanntes hedonisches Berechnungsprinzip verwendet. Das bedeutet, dass Leistungssteigerungen von Produkten eine spezielle Berücksichtigung erlangen. Wenn zum Beispiel ein Computer der neuen Generation seine Aufgaben schneller bewältigt und über ein größeres Speichervolumen und zusätzliche Fähigkeiten verfügt, wird der Kaufpreis fiktiv nach unten angepasst. Ungeachtet der Tatsache, dass man beim Erwerb eines solchen Gerätes real 1.000 Euro beim Händler bezahlt hat, fließt nur ein geringerer Betrag in die Ermittlung der Inflationsrate ein. Dieses Prinzip wird auch bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts angewandt. Obwohl zum Beispiel EDV-Technik für 500 Millionen Dollar in einem Jahr umgesetzt wurde, geht ein deutlich höherer Betrag als Wert in das Bruttoinlandsprodukt ein, da mit diesem fiktiv erhöhten Betrag die Leistungssteigerungen der Rechner einkalkuliert werden.

Infofern ist Inflation vielleicht der arglistigste Steuerungsmechanismus im Geldwesen, den man sich vorstellen kann. Das Heimtückische besteht auch darin, dass sie schleichend und bei überschaubaren Raten so gut wie unbemerkt wirkt. Da wird einmal das eine Erzeugnis, welches man regelmäßig erwirbt, etwas teurer, dafür sieht man andere

Waren zu einem günstigeren Preis. Es ist jedoch für den Bürger schwer messbar, dass die durchschnittlichen Kosten der von ihm typischerweise gewählten Produkte nach einem Jahr um ein paar Prozentpunkte gestiegen sind. Hinzu kommt, dass die wahrgenommene Inflation von der tatsächlichen Inflationsrate abweicht. Auch lässt sich die Zusammensetzung des theoretisch zusammengestellten Warenkorbs nicht auf das persönliche Kaufverhalten übertragen. Man spricht deshalb auch von der gefühlten Inflation.

Darüber hinaus findet man in der Fachliteratur weitere Definitionen des Inflationsbegriffs, was die Untersuchungen zum Themengebiet zusätzlich verkompliziert. Unter anderem wird zur Inflationsratenberechnung die Differenz aus Wirtschafts- und Geldmengenwachstum gebildet. Jedoch stellt sich sofort wieder die Frage, was mit Geldmenge gemeint ist?

Als neben dem Zins größer null Prozent weitere destruktive Geldumlaufsicherung strebt die EZB eine Inflationsrate von nahe der zwei Prozentmarke an. Beim Erreichen dieses Ziels spricht die europäische Institution von Wertstabilität des Geldes. Betrachtet man jedoch, dass sich nach ca. 36 Jahren bei 2 Prozent Inflation per anno die Kaufkraft des Geldes halbiert hat, sollte man die Verwendung des Begriffs Wertstabilität noch einmal überdenken.

Nun wurde in Verbindung mit Inflation weiter oben das Wort *arglistig* verwendet. Warum? Einer Inflationsrate kann man sich nicht entziehen. Wenn daher das eigene Einkommen gleich bleibt, jedoch die Kaufkraft des Geldes sinkt, verringert sich die Menge der erwerbbaren Waren und Dienstleistungen. Sind die persönlichen Einnahmen ohnehin schon knapp bemessen, führt sogar eine geringe Inflationsrate zwangsläufig in die Not.

Dieses Phänomen kann man beispielsweise am steuerrechtlichen Existenzminimum beleuchten. Das einkommenssteuerliche Existenzminimum soll Einnahmen von der Einkommensteuer freistellen, die den Grundfreibetrag nicht überschreiten. Schauen wir uns die Entwicklung des Grundfreibetrages von 2010 bis 2015 an:

Abbildung 28:

Grundfreibetrag 2010 bis 2015 unter Berücksichtigung von Inflation

| Grundfreibetrag | Inflationsrate* (in %) | errechneter Grundfreibetrag** |
|-----------------|------------------------|-------------------------------|
| 2010 | 8.004 € | 1,1 |
| 2011 | 8.004 € | 2,1 |
| 2012 | 8.004 € | 2,0 |
| 2013 | 8.130 € | 1,5 |
| 2014 | 8.354 € | 0,9 |
| 2015 | 8.472 € | 0,3 |

* Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes (Quelle: destatis.de)

** errechneter Wert des Grundfreibetrages, wenn sich dieser jeweils um den prozentualen Betrag der Inflationsrate erhöht hätte

Hätte man den Grundfreibetrag um den Wertverfall des Geldes in den untersuchten fünf Jahren angepasst, müsste er 2015 bei 8.658 Euro stehen. Tatsächlich wird nur ein Einkommen bis 8.472 Euro über den Grundfreibetrag steuerfrei gehalten. Menschen mit geringem Einkommen sind somit über oben genannten Zeitraum am Ende der betrachteten Periode schlechter gestellt. Als Grundlage für die Berechnungen wurde die offizielle Inflationsrate verwendet. Käme man bei einer Überprüfung dieser Zahlen auf tatsächlich höhere Inflationsraten, da man beispielsweise die hedonische Methode bei der Inflationsberechnung ausklammert, ergäben sich noch unglücklichere Ergebnisse für Gruppen mit niedrigen Einkommen.

Der Grundfreibetrag ist nur ein Beispiel im Meer der Zahlen: Gleiche Effekte stellen sich bei der Höhe des Kindergeldes, bei den Renten, bei sozialen Zuwendungen, usw. ein. Wenn in einer Krankenversicherung ein Festbetrag für eine Leistung fixiert ist, wird der Versicherer mit der Zeit inflationsbedingt immer weniger belastet und der Eigenanteil des Versicherten steigt.

Von Kritikern des Fließenden Geldes hört man, dass die Gebühr beim Fließenden Geld mit Inflation gleichzusetzen sei. Das ist jedoch ein großer Irrtum. Der Inflation im jetzigen System kann man, wie erwähnt, nicht entfliehen, man ist ihr hilflos ausgesetzt. Steigen die

Einnahmen nicht mindestens um den Betrag der Inflationsrate, verschlechtert sich die wirtschaftliche Situation über der Zeit.

Den Gebühren auf Bargeld als konstruktive Geldumlaufsicherung kann man im Gegensatz zur Inflation leicht entgehen: Wenn man sein Geld ausgibt, ist man von den Kosten nicht betroffen. Im Gegenteil: Man ist erheblich entlastet, da der Schuldzinsanteil in allen Waren- und Dienstleistungspreisen und in Steuern bei der Verwendung von Fließendem Geld deutlich sinkt (siehe Kapitel IV.3: „Eine einfache Rechnung“). Wenn man Geld übrig hat und demnach über finanzielle Mittel verfügt, die man gegenwärtig nicht benötigt, dann legt man sie bei seiner Hausbank mittelfristig an. Dadurch entfallen auch für diese Beträge die Kosten. Anschaffungen in der Zukunft können über einen solchen Weg mühelos finanziert werden. Fließendes Geld ist damit auch aus der Sicht der inflationären Zusammenhänge dem heutigen Geldsystem weit überlegen.

Nach der Einführung von Fließendem Geld hat die demokratisch kontrollierte, unabhängige Institution, die für den reibungsfreien Geldkreislauf verantwortlich ist, die Aufgabe, das Inflationsziel von null Prozent in ihren Gesetzestexten festzulegen. Die dank konstruktiver Umlaufsicherung erst jetzt mögliche Geldmengensteuerung erfolgt in der Weise, dass eine Inflationsrate von null Prozent erreicht wird. Nun können wir tatsächlich von wertstabilem Geld sprechen. Langfristiges Sparen wird kalkulierbar, da Währungszusammenbrüche, wie sie im aktuellen System in regelmäßigen Zeitintervallen stattfinden müssen, der Geschichte angehören. Die Finanzkrisen der Historie haben gezeigt, wie sich geldnahe Vermögen periodisch in Luft aufgelöst haben. Normalverdiener, die sich zum Teil ihre Rücklagen durch disziplinierten Konsumverzicht sprichwörtlich vom Munde abgespart haben, mussten immer wieder herbe Verluste erleiden. In den vergangenen 100 Jahren gab es weltweit ca. 30 Hyperinflationen⁴⁹⁹ und in den letzten 200 Jahren ca. 90 Staatspleiten. Derart extreme Situationen sind immer mit viel Not, Tod und Elend verbunden.

499 Hyperinflation: Wertverlust der Kaufkraft des Geldes größer 50 Prozent pro Monat (grobe Regel, 1956 von Phillip D. Cagan (US-amerikanischer Ökonom, Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Columbia Universität) eingeführt)

Fließendes Geld beseitigt eine der wesentlichsten Krisenursachen innerhalb des Geldsystems und dient damit dem Gemeinwohl und dem Frieden.

Thomas Seltmann sagt zur konstruktiven Geldumlaufsicherung:

„Der Geldumlauf wird stabilisiert [wegen der Gebühr auf Bargeld beim Fließenden Geld; Anm. S. H.] und die Notenbank hat ein zusätzliches Instrument zur Steuerung der Geldmenge. Damit entfiele sogar die heutige Notwendigkeit, eine stetige Inflation zum Schutz vor dem Abrutschen in eine Deflation zu erzeugen. Echte Geldwertstabilität würde ein realisierbares Ziel.“⁵⁰⁰

7.e Deflation

Deflation ist das Gegenteil von Inflation: Das durchschnittliche Preisniveau von Waren und Dienstleistungen sinkt. Eine Ursache für deflationäre Entwicklungen ist das Fehlen von Geld im Wirtschaftskreislauf. Deshalb kann der Markt nicht krisenfrei geräumt werden.

Solche Situationen sind in der Geschichte oft bei edelmetallgedeckten Währungen eingetreten. Gold floss wegen eines bestehenden Handelsdefizits ins Ausland ab, als Folge musste die dafür zuständige Institution die Geldmenge absenken. Eine andere Ursache für deflationäre Prozesse ist das Horten von Geld. In einem solchen Moment befindet sich zwar ausreichend Geld im System, es wird jedoch nicht nachfragewirksam eingesetzt, sondern gehortet. Wegen der Gebühr auf Bargeld lohnt sich das Horten von Geld bei Fließendem Geld nicht mehr.

Um dem Horten im aktuellen System entgegenzuwirken, strebt die EZB eine Inflationsrate nahe zwei Prozent an. Da sich bei zwei Prozent Inflation pro Jahr die Kaufkraft des Geldes innerhalb von 36 Jahren halbiert hat, kann man bei derartigem Ansatz nicht mehr von wertstabilem Geld sprechen. Deflation wie Inflation können dem Gemeinwohl schaden, deshalb ist bei Fließendem Geld das Inflationsziel von null Prozent zu begrüßen. Dies wird über die Gebühr auf Zentralbankgeld und der erst dadurch möglichen Geldmengensteuerung realisiert.

500 Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, März / April. 02/2010, Seltmann Thomas: „Umlaufsicherung von Banknoten. Wie sich die Einführung der Liquiditätsgebühr bei Geldscheinen systemkonform realisieren lässt“, S. 9

8. Die Eigenkapitalanforderungen

Wie bereits in den Abschnitten zum Kreditwesengesetz beschrieben, muss per Gesetz jede Bank Eigenkapital vorhalten, um zum Beispiel Kreditausfälle oder den Wertverfall von anderen Vermögenswerten auffangen zu können. Bei Gründung einer Bank wird das notwendige Eigenkapital von den Eigentümern eingezahlt. Diese finanziellen Mittel haften für den Geschäftsbetrieb. Bei unternehmerischen Gewinnen steigt, bei Verlusten sinkt die Eigenkapitalausstattung. Ziel der Eigner eines Kreditinstitutes ist selbstverständlich das Erhöhen des Eigenkapitals! Werden jedoch realisierte Überschüsse an die Eigner beispielsweise in Form einer Dividende bei Aktiengesellschaften ausgeschüttet, geht dies zu Lasten des haftenden Eigenkapitals. Anat Admati und Martin Hellwig erklären deshalb: Da Banken keine Zinsen zu jeweils festgelegten Terminen bezahlen müssten, bedeute ein höheres Eigenkapital, etwaige Verluste aus ihren Investitionen absorbieren zu können, ohne in Schwierigkeiten zu geraten.⁵⁰¹

Erfüllt ein Bankhaus die gesetzlich festgeschriebenen Eigenkapitalanforderungen nicht mehr, darf es keine weiteren Kredite vergeben. Von Banken werden deshalb täglich entsprechende Kennziffern berechnet, die die Eigenkapitalquote transparent machen. Gelangt ein Kreditinstitut bereits in die Nähe von Grenzwerten, greifen revisorische Mechanismen, gegebenenfalls wird die Bankenaufsicht⁵⁰² aktiv. Unterstellen wir einmal, es gäbe eine Geldschöpfung bei der Kreditvergabe durch Banken, wäre trotzdem die regelmäßig zu hörende Aussage falsch, Geschäftsbanken könnten *unbegrenzt* Geld schöpfen. Das Regelwerk der Eigenkapitalanforderungen beschränkt eindeutig das Kreditvergabevolumen. Darüber hinaus steigt mit der Ausdehnung der Kreditvergabe das Liquiditätsrisiko, da die wachsenden Forderungen auf Geld gegenüber der Bank von Haltern auch eingelöst werden können.

501 vgl. Admati, Anat / Hellwig, Martin: „Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss“, FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchener Verlagsgruppe GmbH, 2. Auflage 2014, S. 28

502 In Deutschland wird die Bankenaufsicht durch BaFin und die Deutsche Bundesbank organisiert.

Das bedeutet nicht, dass es keinen Handlungsbedarf gibt. So fiel nach Beginn der Bankenkrise 2007 auf, dass mangels funktionaler Eigenkapitaldefinition sogenannte hybride Eigenkapitalbestandteile in den Bilanzen von Banken zu finden waren. Mit hybrid ist gemeint, dass diese Eigenkapitalpositionen nur eingeschränkt für den Verlustausgleich herangezogen werden können. Bei anderen als Eigenkapital dienenden finanziellen Mitteln hatten die Kapitallieferanten die Möglichkeit, jene Beträge wegen ungeeigneter Kündigungsmöglichkeiten abzuziehen – und das in Situationen, in denen sich die betreffenden Kreditinstitute bereits in schwierigem Fahrwasser befanden.

Gelangt die Eigenkapitalquote in den roten Bereich, gibt es für Kreditinstitute verschiedene Optionen, um die gesetzlichen Vorgaben wieder oder wieder besser zu erfüllen. Die Anforderungen an das Risikomanagement von Banken sind in den vergangenen Jahren durch die Behörden deutlich angehoben wurden. Kredite sind viel stärker nach Höhe, Branche, Besicherung, Risiko, Laufzeit usw. zu bewerten, um frühzeitig Gefahren zu erkennen. Konzentrationsrisiken werden signifikanter berücksichtigt, außerbilanzielle Positionen intensiver beachtet, Verbriefung wirksamer überwacht und Reputationsrisiken einbezogen. Das ändert jedoch nichts an der Existenz des Zinseszinseffektes, dem systemischen Fehler mit garantiert fatalen Folgen. Auch haben alle diese Maßnahmen nicht verhindert, dass als systemrelevant eingestufte Geschäftsbanken mit Steuergeld vorerst gerettet werden mussten. Es wird deshalb von „vorerst“ gesprochen, weil sich die vermeintlich geretteten Banken in der finalen Phase den zerstörerischen Kräften nicht entziehen können. Darüber hinaus wird an der Aussage festgehalten, dass es zum einen keine systemrelevanten Kreditinstitute geben darf (siehe Kapitel I.6: „Systemrelevante Banken“) und zum zweiten exponentielle Wachstumsprozesse wegen Zins und Zinseszins immer in die Katastrophe führen müssen.

Ungeachtet dessen können die Eigentümer eines betroffenen Institutes zusätzliches Eigenkapital einzahlen, um die Bilanzkennzahlen zu verschönern. Bei Unternehmen der Privatwirtschaft spricht man in solchen Fällen von einer Kapitalerhöhung. Diese wird von den Gesellschaftern oder den Aktionären in den einberufenen Versammlungen beschlossen.

Des Weiteren können Bankhäuser fusionieren. Im Ergebnis des Zusammenschlusses kann die Wettbewerbsfähigkeit erhöht und die

Eigenkapitalausstattung verbessert werden. Solche Verschmelzungen konnte man gerade in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts bei öffentlich rechtlichen Häusern beobachten. Allerdings enthalten derartige Fusionen das Risiko in sich, dass neue systemrelevante Banken entstehen.

Banken können sich auch von schlechten Risiken trennen, um damit die Eigenkapitalanforderungen zu reduzieren. In der Vergangenheit wurden auch Papiere mit miserablen Bonitätsbewertungen der Ratingagenturen in sogenannte Zweckgesellschaften⁵⁰³ geschoben, damit sie in der Bankbilanz des ausführenden Unternehmens nicht mehr auftauchten.

Die EZB hat ebenfalls „geholfen“, indem sie unter Einsatz von frischem Zentralbankgeld den Bankhäusern risikobehaftete Anleihen abgekauft hat. So wanderten Staatsanleihen von Griechenland in Milliardenhöhe vor dem Schuldenschnitt in die dafür neu geschaffenen Rettungsfonds, deren Risiken damit auf die Steuerzahler übertragen wurden. Auf diese Weise hat man Einfluss auf die erforderlichen Eigenkapitalquoten der Banken genommen. Schaut man sich die Werte von Kreditinstituten vor Ausbruch der Finanzkrise an, kann man schnell erkennen, dass die Eigenkapitaldecke viel zu dünn ausfiel:

Abbildung 29:

Bilanzsumme, Eigenkapital und Eigenkapitalquote großer dt. Banken⁵⁰⁴

| | Bilanzsumme (in Mio. €) | Eigenkapital (in Mio. €) | EK-Quote (per 31.12.07) |
|-----------------------|------------------------------------|-------------------------------------|------------------------------------|
| Commerzbank | 602.116 | 14.968 | 2,6% |
| Postbank | 221.907 | 4.771 | 2,6% |
| Deutsche Bank | 2.305.337 | 36.034 | 1,9% |
| HypoRealEstate | 392.107 | 5.493 | 1,5% |

Quellen: Geschäftsberichte der Unternehmen

503 Im deutschen Recht ist der Begriff *Zweckgesellschaft* rechtlich nicht definiert. Eine solche Gesellschaft ist ein eigenständiges Rechtssubjekt, das einen klar abgegrenzten Zweck verfolgt. Durch das Übertragen von Wertpapieren in eine Zweckgesellschaft werden Vermögensgegenstände aus der Bankbilanz ausgelagert. Diese Praxis steht massiv in der Kritik, da durch diese Methode Risiken verschleiert werden können.

504 Smart Investor: „Ein Hauch von Nichts“, Daniel Haase, 07/2008, S. 8, Abb. 4

Giegold, Philipp und Schick sehen in der dünnen Eigenkapitaldecke der Banken den Hauptgrund für deren Scheitern.⁵⁰⁵ Sie zeigen sich überrascht, dass die BaFin nicht eingeschritten ist, weil zum Beispiel die Hypo Real Estate im Jahr vor ihrer Pleite nur 0,08 Prozent Eigenkapital bezogen auf die gesamte Bilanzsumme hatte. Die risikogewichtete Eigenkapitalquote wurde nach Aussage der Autoren jedoch erfüllt, weshalb die Behörden nichts unternommen hätten.⁵⁰⁶ Auf den Unterschied zwischen risikogewichteter und ungewichteter Eigenkapitalquote wird weiter unten eingegangen.

Im Prinzip befindet sich eine Bank immer im Zwiespalt: Einerseits ist es vertrauensbildend und risikominimierend, wenn umfangreiches Eigenkapital vorgehalten wird. Andererseits kann über das Ausweiten von Fremdkapital die Rendite spürbar gesteigert werden. Insofern muss jedem Bankhaus der Spagat zwischen Vertrauensschutz in Verbindung mit Risikoreduktion und wirtschaftlicher Rentabilität gelingen. Damit jedoch Profitgier Manager nicht dazu treibt, unkontrollierbare Risiken einzugehen, müssen gesetzliche Regulierungen genau dies verhindern. Rutscht eine Bank wegen Fehlentscheidungen des Vorstandes dennoch in die Insolvenz, muss diese auch mit allen Konsequenzen für die Eigentümer zugelassen werden können. Kleineinleger werden über die bestehenden Sicherungssysteme geschützt. Ob die Vorgaben des Paragrafen zehn des Kreditwesengesetzes und weitere genügen, um destruktives Verhalten von Kreditinstituten effizient zu begrenzen, sollte diskutiert werden.

Christian Felber erklärt:

„Im 19. Jahrhundert, als die EigentümerInnen noch vollständig für die Verluste der Banken hafteten, waren Eigenkapitalquoten bei vierzig bis fünfzig Prozent nicht unüblich.“⁵⁰⁷

Allerdings liefern solche Eigenkapitalraten für die Gegenwart keine brauchbaren Richtlinien. In der damaligen Zeit durften zum Teil private Bankhäuser Banknoten ausgeben, Vermögenswerte ließen sich

505 vgl. Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard: „Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern“, Verlag Klaus Wagenbach, 2016, S. 32

506 vgl. ebd. S. 65

507 Felber, Christian: „Geld. Die neuen Spielregeln“, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2014, S. 146

schwerer abstoßen, da internationale Handelsplätze deutlich ineffizienter arbeiteten und Risikobewertungen von Bilanzpositionen weniger standardisiert waren, so dass eine Wagnisbeurteilung spürbar schwieriger ausfiel. Deshalb schreiben Admati und Hellwig, auf die sich Feller bezieht, dass früher, als Geschäftsbanken noch Banknoten ausgaben, ein hohes Eigenkapital der Bank dazu gedient hätte, die Akzeptanz ihrer Banknoten als Zahlungsmittel zu verbessern.⁵⁰⁸

Allerdings sollte man berücksichtigen, dass deutlich stärkere Anforderungen an die Eigenkapitalhöhe gegebenenfalls automatisch das Volumen der Kreditvergabe von Geschäftsbanken sinken lässt. Das politische Ziel ist jedoch zu versuchen, den Fehler im Geldsystem mit Wirtschaftswachstum zu kompensieren. Bemüht man sich unter Inkaufnahme von Umweltzerstörung, möglichst große Wachstumsraten zu generieren, wäre es für diesen irren politischen Plan eher schädlich, die Finanzinstitute beim Verkauf von Krediten zu zwingen, auf die Bremse zu treten. Auch an dieser Stelle können wir erkennen, wie die systemischen Zwänge unseres Geldsystems den Handlungsspielraum von Entscheidungsträgern stark einschränken.

Hierzu die Deutsche Bundesbank:

„Das Basel-III-Rahmenwerk⁵⁰⁹ soll bis Ende 2012 in die nationale Gesetzgebung aufgenommen werden, so dass die Regeln pünktlich zum 1. Januar 2013 in Kraft treten können. Dabei wird es Übergangsfristen geben, die eine schrittweise Einführung der Neuregelungen bis spätestens 1. Januar 2019 vorsehen. Eine so gestreckte Einführung wird es den Banken ermöglichen, das in Folge der strengereren Vorgaben notwendige zusätzliche Eigenkapital zu bilden; gleichzeitig wird der Gefahr vorgebeugt, die wirtschaftliche Erholung durch eine Einschränkung der Kreditvergabe der Banken in Folge höherer Eigenkapitalanforderungen zu erschweren.“⁵¹⁰

508 vgl. Admati, Anat / Hellwig, Martin (2014), a. a. O., S. 240

509 Vorgaben des Basler Ausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zur stärkeren Regulierung von Banken, unter anderem höhere Eigenkapitalanforderungen bezüglich Quantität und Qualität, schrittweise Einführung des neuen Regelwerkes ab 01.01.2014

510 Deutsche Bundesbank: „Basel III – Leitfaden zu den neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln für Banken. Zentralbereich Banken und Finanzaufsicht“, 2011, S. 5

Der Gesetzgeber schreibt aktuell ein haftendes Eigenkapital in Höhe von acht Prozent bezogen auf die gewichteten Risikoaktiva (RWA) vor. Beim Eigenkapital wird zwischen Kern-⁵¹¹ und Ergänzungskapital sowie den Drittangmitteln unterschieden. Auf detaillierte Wesensmerkmale wird hier nicht weiter eingegangen. Mit Basel III werden Drittangmittel für die Eigenkapitalausstattung nicht mehr ausgewiesen. Das Verhältnis zwischen Ergänzungskapital und hartem Kernkapital wurde zu Gunsten des harten Kernkapitals verschoben. Da die gesetzlichen Anforderungen an das harte Kernkapital im Vergleich zu den Bedingungen an das Ergänzungskapital deutlich höher ausfallen, sind durch diesen Schritt Insolvenzrisiken reduziert worden, obwohl nach wie vor die Mindesteigenkapitalgröße bei acht Prozent bezogen auf das gewichtete Risikokapital steht.

Des Weiteren muss ein Kapitalpuffer über die Mindestanforderungen hinaus in Zeiten betriebswirtschaftlich guter Ergebnisse in Höhe von 2,5 Prozent angelegt werden. Damit steigt das Eigenkapital nach Basel III auf insgesamt 10,5 Prozent bei vollständig aufgebautem Kapitalpuffer, dessen finanzielle Mittel eine Bank in Verlustsituationen heranziehen kann. Beim Einsatz des Kapitalpuffers für den Verlustausgleich sind jedoch sofort weitere Auflagen zu erfüllen, unter anderem werden Gewinnausschüttungen und Personalvergütungen (Bonizahlungen) beschränkt.

Die Praktiken der Bonizahlungen von Banken kamen gerade zu Beginn der Finanzkrise 2007/2008 in den Fokus der Öffentlichkeit. Vorstände von Unternehmen, die mit Steuergeld gerettet wurden, erhielten weiterhin Zahlungen in dreister Höhe. Admati und Hellwig berichten, dass sich auf dem Höhepunkt der Finanzkrise die eingesetzten Hilfsgelder für Kreditinstitute auf rund dreizehn Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts beliefen hätten.⁵¹² Weik und Friedrich nennen in einem ihrer Werke⁵¹³ eine Vielzahl an Beispielen für Boni-

511 mit Basel III wird beim Kernkapital zwischen „hartem“ und „zusätzlichem“ Kernkapital unterschieden

512 vgl. Admati, Anat / Hellwig, Martin (2014), a. a. O., S. 364

513 vgl. Weik, Matthias / Friedrich, Marc: „Der größte Raubzug der Geschichte. Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“, Bastei Lübbe Taschenbuch Band 60804, 2. Auflage Juni 2014, überarbeitete und aktualisierte Taschenbuchausgabe, Originalausgabe: Tectum Verlag, Marburg, 2012, S. 72 ff.

zahlungen an Mitarbeiter von in Schieflage geratenen Banken. Nachdem Citigroup-Chef Charles Prince gehen musste, da das Unternehmen gezwungen war Milliarden an Dollar abzuschreiben, erhielt dieser noch 40 Millionen Dollar und darüber hinausgehende Vergünstigungen. Das US-Investmentshaus Merrill Lynch zahlte seinem Ex-Konzernlenker Stanley O'Neal eine Abfindung von 161,5 Millionen Dollar, trotz gigantischer Verluste unmittelbar zuvor. Obwohl die IKB mit finanziellen Mitteln der KfW und weiterer Banken gestützt wurde, bekam Stefan Ortseifen, der Sprecher des Vorstands, für 2006 noch einen Bonus von einer Million Euro. Der Vorstandsvorsitzende der HRE, Georg Funke, verdiente im Jahr 2007 1,9 Millionen Euro. Kurze Zeit später, im zweiten Quartal 2009, musste das Institut vom Staat übernommen werden, um eine Kettenreaktion auf den Finanzmärkten zu verhindern. Das sind nur einige Beispiele, die die Missstände zumindest andeuten. Das neue Regelwerk (Basel III) setzt zwar an geeigneter Stelle an, es ist jedoch davon auszugehen, dass in diesem Bereich weit größerer Handlungsbedarf besteht. Deshalb kritisieren Giegold, Philipp und Schick zu Recht, dass es in Deutschland kein ausreichendes Unternehmensstrafrecht gibt.⁵¹⁴

Prinzipiell ist es inakzeptabel, dass sich die Höhe der Vorstandsgehälter vieler Branchen von dem durchschnittlichen Einkommen der Arbeitnehmer derart stark entfernt hat. Wolfgang Berger schreibt, dass 1970 ein Unternehmenschef in den USA das 25fache des Durchschnittseinkommens seiner Mitarbeiter vereinnahmt hätte, heute wäre es das 500fache.⁵¹⁵ Erfolgen außerdem die Vergütungen noch nicht einmal leistungsorientiert, es fließen also Millionen selbst bei negativer Geschäftsentwicklung, sind die Zustände erst recht untragbar. Man sollte darüber diskutieren, ob Vorstandsgehälter nie ein bestimmtes Vielfaches des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens des betrachteten Unternehmens überschreiten dürfen.

Neben Eigenkapitalquoten wurden im Rahmen von Basel III auch Offenlegungspflichten deutlich ausgeweitet, Begriffe einheitlich und

514 vgl. Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard: „Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern“, Verlag Klaus Wagenbach, 2016, S. 49

515 vgl. Berger, Wolfgang: „Anleitung zur Artgerechten Menschenhaltung im Unternehmen. Mehr Freude, Farbe & Fülle im Job“, J. Kamphausen Verlag & Distribution GmbH, Bielefeld, 2012, S. 40

grenzübergreifend definiert, um den Gestaltungsspielraum für Kreditinstitute einzuengen, homogene Standards zu schaffen und die Transparenz zu erhöhen.

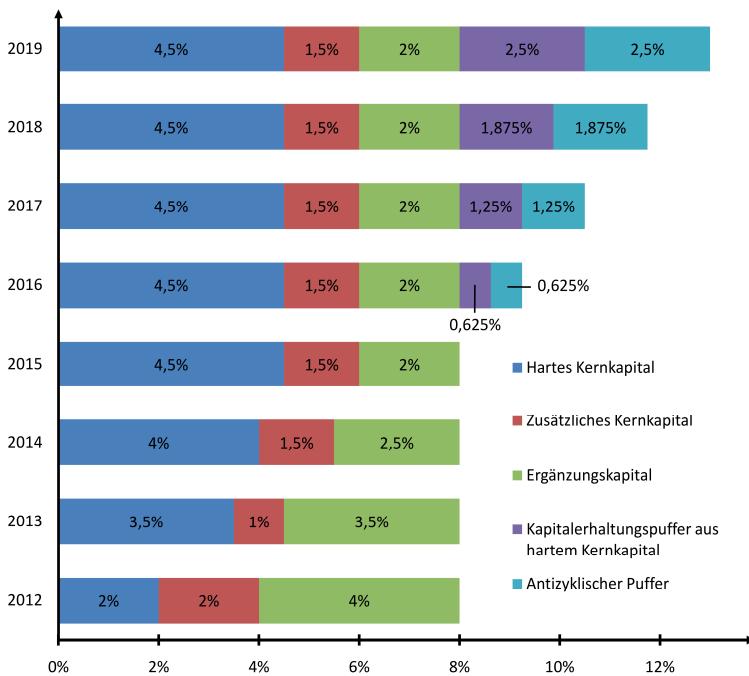
Eine weitere Passage aus dem bereits oben zitierten Bundesbankdokument:

„Das Fehlen detaillierter Offenlegungsvorgaben sowie einheitlicher Begriffsdefinitionen ließ in der Vergangenheit den Marktakteuren entsprechende Freiräume in der Darstellung der aufsichtlichen Eigenmittel sowie der daraus ermittelten und veröffentlichten Quoten. Infolgedessen war auch die Vergleichbarkeit der von den Banken veröffentlichten Zahlen international nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich. Das war nicht allein wegen unterschiedlicher Rechnungslegungsvorschriften so, sondern auch auf Grund unterschiedlicher Auslegungen bzw. Anwendungen der Regelwerke.“⁵¹⁶

Um die Kreditvergabefähigkeit der Banken weitestgehend zu erhalten und damit im aktuellen System dringend notwendige Wachstumsziele nicht komplett abschreiben zu müssen, werden die neuen Eigenkapitalregelungen stufenweise eingeführt:

516 Deutsche Bundesbank (2011), a. a. O., S. 17

*Abbildung 30:
Neue Regeln beim Eigenkapital – Anforderungsänderungen von 2012 bis 2019⁵¹⁷*



Die oben angesprochene Gewichtung der Aktivposten nach Risiko wird im Folgenden näher betrachtet. Grundsätzlich stehen Geschäftsbanken zwei Verfahren zur Verfügung:

Bei der ersten Berechnungsmethode kann sich eine Bank eines so genannten IRB-Ansatzes⁵¹⁸ bedienen. Hierbei berechnet das Kreditinstitut selbst den Umfang des notwendigen Eigenkapitals in Verbindung mit den betreffenden Bilanzpositionen. Eine Bank hat demnach über ein derartiges Verfahren die Möglichkeit, den Einfluss von externen

517 ebd. S. 19, Grafik 4

518 IRB: Internal Ratings-Based Approach: Kreditinstitute ermitteln anhand eigener Ratingsysteme Mindesteigenkapitalanforderungen

Ratingagenturen zu reduzieren. Jedoch nutzen wegen des höheren Aufwands eher größere Häuser diese Methode. Für den Einsatz einer solchen Praktik muss die Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht eingeholt werden. Grundsätzlich wird bei dieser Vorgehensweise das Risiko der Aktivposten unter Hinzunahme von Risikoparametern der Bankenaufsicht von der Bank selbst beurteilt. Zunächst ordnet das Bankhaus die Kreditnehmer Forderungsklassen⁵¹⁹ zu. Es existieren zwei Wege des IRB-Ansatzes: der IRB-Basisansatz und der fortgeschrittene IRB-Ansatz. Bei der komplexeren zweiten Variante ermittelt die Bank in Eigenregie die Verlustquoten⁵²⁰ und Ausfallwahrscheinlichkeiten⁵²¹. Ein Bankhaus kann für alle Aktivposten, die über diese Variante eingewertet werden, immer nur einen Ansatz wählen. Im Ergebnis ist das vorzuhaltende Eigenkapital für die jeweilige Bilanzposition ermittelt.

Bei der zweiten Methode nutzt man unter anderem vorhandene, externe Einschätzungen von zugelassenen Ratingagenturen für die Risikogewichtung von Aktivposten. Genau wie bei der ersten Verfahrensweise werden Forderungsklassen gebildet, es gibt also unterschiedliche Bewertungsansätze für Kredite, die an Staaten, Nichtfinanzunternehmen und private Haushalte vergeben wurden. Hierin wurde eine Schwäche erkannt, da innerhalb einer Forderungsklasse zu wenig differenziert wird. In einem Papier⁵²² von Deloitte⁵²³ ist zu lesen, dass sich durch „fehlende bzw. unvollständige Definition von Forderungsklassen eine ungleiche Behandlung vergleichbarer Risikopositionen

519 zum Beispiel: Staat, Bank oder nichtfinanzielles Unternehmen, unbesicherter Kredit an privaten Haushalt, Immobilienfinanzierung, Fremdwährung, usw.

520 auch LDG (Loss Given Default Rate) genannt

521 auch als PD (Probability of Default) bezeichnet

522 vgl. Deloitte: „Der neue Kreditrisiko-Standardansatz. Mehr Risikosensitivität, mehr Komplexität“, White Paper Nr. 65 – Stand: 11.06.2015, Katrin Budy, Andreas Cremer, Gerhard Dengl, S. 3

523 Deloitte: Deloitte Touche Tohmatsu Limited (DTTL), unter dem Namen „Deloitte“ arbeiten zehntausende von Experten in unabhängigen Gesellschaften weltweit zusammen, damit über dieses Netzwerk international tätig in der Prüfungs- und Beratungsbranche (Wirtschaftsprüfung, Risk Advisory, Steuerberatung, Consulting und Financial Advisory), <https://www2.deloitte.com/de/de/pages/about-deloitte/articles/about-deloitte.html> (abgerufen am 19.05.2017)

ergibt.“ Also wie beim Geldbegriff ist auch an dieser Stelle Fehlerpotential durch unzureichende Begriffsdefinitionen gegeben.

An dieser Stelle ist der Begriff CRR-Kreditinstitute⁵²⁴ wichtig. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erklärt dazu:

„CRR-Kreditinstitute sind Unternehmen, deren Tätigkeit darin besteht, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder des Publikums entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.“

Auf ihrer Internetpräsenz veröffentlicht die BaFin eine Liste der zugelassenen Geschäftsbanken, dieses Verzeichnis wird monatlich aktualisiert.⁵²⁵ Wenn man über den in der Fußnote stehenden URL die Tabelle aufruft, wird man sehen, dass die bekannten Banken zu den CRR-Kreditinstituten gehören.

Bei der Verwendung von externen Ratings spricht man von einem Kreditrisiko-Standardansatz (KSA). Diesen Kreditrisikostandardansatz müssen alle CRR-Kreditinstitute wählen, die nicht bei der zuständigen Behörde das Verwenden eines anderen Ratingverfahrens erwirkt haben. Die Deutsche Bundesbank schreibt:

„Gemäß der Baseler Rahmenvereinbarung "Internationale Konvergenz der Kapitalmessung und Eigenkapitalanforderungen" (Basel II) können Banken bei der Bestimmung der Risikogewichte im Standardansatz (auch bei Verbriefungspositionen) Bonitätsbeurteilungen (Ratings) externer Ratingagenturen verwenden, sofern die Ratingagenturen von der nationalen Bankenaufsicht anerkannt worden sind. Die nationalen Aufsichtsbehörden müssen dabei die Ratings der anerkannten Ratingagenturen den Risikogewichtungskategorien (Bonitätsstufen) im Standardansatz zuordnen.“⁵²⁶

524 CRR: steht für Capital Requirements Regulations (Kapitalanforderungsvorschriften)

525 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), http://www.bafin.de/SharedDocs/Downloads/DE/Liste/Unternehmensdatenbank/dl_li_ki_gesamt.html (abgerufen am 05.08.2016)

526 Deutsche Bundesbank: „Kreditrisiko-Standardansatz: Externes Rating“, https://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Aufgaben/Bankenaufsicht/Basel2/Kreditrisiko_Standardansatz/kreditrisiko_standardansatz.html (abgerufen am 10.04.2017)

Die Tabellen unter Abbildung 31 sollen helfen, dass Thema Eigenkapitalanforderungen verständlicher zu machen. Beispielhaft werden die Ratingcodes von den genannten drei Ratingagenturen herangezogen:

Abbildung 31:

Ratingcodes der Großen Drei nach Risikogewicht und Bonitätsstufe⁵²⁷

| Risikogewicht | 0% | 20% | 50% |
|--|-------------|-----------|---------------|
| Bonitätsstufe nach CRR | 1 | 2 | 3 |
| Ratingcode Standard & Poor's* | AAA bis AA- | A+ bis A- | BBB+ bis BBB- |
| Ratingcode Fitch Ratings* | AAA bis AA- | A+ bis A- | BBB+ bis BBB- |
| Ratingcode Moody's* | Aaa bis Aa3 | A1 bis A3 | Baa1 bis Baa3 |

| Risikogewicht | 100% | 100% | 150% | 100% (unbeurteilt) |
|--|-------------|-----------|-----------------|--------------------|
| Bonitätsstufe nach CRR | 4 | 5 | 6 | 7 |
| Ratingcode Standard & Poor's* | BB+ bis BB- | B+ bis B- | CCC+ & darunter | unbeurteilt |
| Ratingcode Fitch Ratings* | BB+ bis BB- | B+ bis B- | CCC+ & darunter | unbeurteilt |
| Ratingcode Moody's* | Ba1 bis Ba3 | B1 bis B3 | Caa1 & darunter | unbeurteilt |

* gilt für langfristige Ratings für Forderungen innerhalb der Forderungsklassen gemäß Art. 112 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013

Bei Beteiligungen an anderen Unternehmen kann das Risikogewicht einen Prozentsatz von bis zu 250 Prozent, bei Verbriefungen von bis zu 1.250 Prozent erhalten.

Die obige Tabelle hat jedoch keine Relevanz bei Staatsanleihen der Europäischen Währungszone, die nach dem Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) bewertet werden. In einer Veröffentlichung des Bundesministeriums für Finanzen kann man folgendes lesen:

„Eine zentrale Ursache für die Verstrickung zwischen dem Staat und dem Bankensektor liegt in der künstlich verstärkten Bevorzugung des Staates als Schuldner auf dem Kapitalmarkt. Neben den genuinen Vorteilen des Staates als Schuldner, die aus der Kontinuität des Staates, dem Zugriff auf Zwangsabgaben und der Größe der

527 Zuordnung der Bonitätsbeurteilungen für langfristige Ratings durch externe Ratingagenturen zu den Bonitätsstufen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (Artikel 112)

Märkte für Staatsschuldtitel resultieren, gibt es eine Vielzahl von besonderen institutionellen Privilegien, die durch Gesetze, Regulierungsbehörden oder auf administrativem Weg zu Stande kommen. [...] Im Rahmen von Basel II gilt aber für Investitionen in Staatsanleihen des Europäischen Wirtschaftsraums eine Nullgewichtung⁵²⁸. Dies gilt auch für die Schulden spezieller öffentlicher Einrichtungen und für nachgeordnete Gebietskörperschaften. Auch nach der Umsetzung der als Basel III bezeichneten Empfehlungen besteht die Nullgewichtung fort, auch wenn sie sich hier nur auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bezieht.“⁵²⁹

Laut diesem Bericht wurden im Jahr 2011 über 35 Prozent aller europäischen Staatsanleihen von Banken gehalten, demzufolge sind die Wirkungen bezüglich der Höhe des gesetzlich verankerten Eigenkapitals enorm. Das DIW schreibt:

„Bei verschärften Eigenkapitalanforderungen für Investitionen in EU-Staatsanleihen müssten viele Staaten wohl höhere Zinsen in Kauf nehmen, da die Banken höhere Kosten hätten und diese an den Staat weiterreichen dürften.“⁵³⁰

Nach Berechnungen des DIW, bezugnehmend auf das Jahr 2011, müssten bei Aufgabe der Eigenkapitalprivilegien von EU-Staatsanleihen allein deutsche Banken zusätzlich 1,35 Milliarden Euro aktivieren.

Jens Weidmann unterstützt solche Überlegungen, dies kann man der Homepage der Bundesbank entnehmen:

„Bundesbankpräsident Jens Weidmann hat Fortschritte auf dem Weg zu strengerer Kapitalregeln für Staatsanleihen gefordert. „Staatsschulden müssen mit Eigenkapital unterlegt werden“, sagte er

528 Nullgewichtung bedeutet, dass die GB für einen Vermögenswert kein Eigenkapital vorhalten muss

529 Bundesministerium der Finanzen: „Der Staat als privilegierter Schuldner – Ansatzpunkte für eine Neuordnung der öffentlichen Verschuldung in der Europäischen Währungsunion“, Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, 02-2014, S. 3

530 DIW Berlin: „Verschärftre Eigenkapitalanforderungen für EU-Staatsanleihen – Ein Schritt in Richtung eines stabileren Finanzsystems“, Wochbericht Nr.: 20/2015, 13.05.2015

auf einer Konferenz der Bundesbank zum Thema Schulden und Finanzstabilität in Frankfurt am Main. Darüber hinaus sprach er sich dafür aus, auch Großkreditgrenzen auf staatliche Schuldtitel anzuwenden. „Engagements in einem einzelnen Land müssen begrenzt werden, so wie dies bereits bei privaten Schuldern der Fall ist“, sagte er.“⁵³¹

Weiter ist auf derselben Seite zu lesen:

„Klaas Knot, Präsident der niederländischen Zentralbank, wies auf die Risiken durch eine bevorzugte Behandlung von Staatsschulden hin. „Wann immer Risiken absichtlich unterbewertet werden, führt dies automatisch dazu, dass höhere Risiken eingegangen werden.“

Für ein noch besseres Verständnis der Berechnung zu Eigenkapitalanforderungen folgendes Beispiel: Ein Aktivposten erhält nach den oben genannten Verfahren eine Risikogewichtung von 50 Prozent. Beim Buchwert des Aktivpostens werden vorhandene Sicherheiten berücksichtigt, da sie das Risiko der Bank minimieren. Darüber hinaus werden Wertberichtigungen vorgenommen, wenn weitere Informationen, die das begründen, vorliegen. Von diesem Ergebnis setzt man laut Risikogewichtung 50 Prozent als Basis für die Eigenkapitalermittlung an. Das tatsächlich auf derartige Aktivposten vorzuhaltende Eigenkapital beläuft sich nun laut Regelwerk auf acht Prozent des eben ermittelten Wertes.

Man sollte berücksichtigen, dass es sich bei den Bestimmungen um einen sehr dynamischen Prozess handelt. Wie unter anderer Überschrift bereits beschrieben (siehe Kapitel III.3: „Die Ratingagenturen“), werden die KSA-Regeln aktuell überarbeitet. Es ist damit zu rechnen, dass demnächst geänderte Vorschriften veröffentlicht werden. Diese sind vermutlich frühestens ab Januar 2019 von den CRR-Kreditinstituten anzuwenden.

Vor allem durch die Finanzkrise war offensichtlich geworden, dass es zu großen Abweichungen bei den Eigenkapitalanforderungen kommt, wenn man die Ergebnisse von IRB-Ansatz und KBA-Ansatz

531 Deutsche Bundesbank: „Staatsschulden müssen mit Eigenkapital unterlegt werden“, Frankfurt am Main, 30.03.2015, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Themen/2015/2015_03_30_konferenz_finanzstabilitaet.html (abgerufen am 10.12.2016)

vergleicht. Dieser Mangel soll mit den zu erwartenden Neuerungen soweit wie möglich abgestellt werden.

Bei einer Überarbeitung der Eigenkapitalregeln hat man es jedoch nicht belassen. Der zuständige Basler Ausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich schreibt hierzu:

„Eine robuste Eigenkapitalunterlegung ist zwar eine notwendige Voraussetzung für einen stabilen Bankensektor, reicht aber für sich allein nicht aus. Eine solide Liquiditätsbasis, flankiert von robusten Aufsichtsstandards, ist genauso wichtig. Bis heute gibt es jedoch keine international harmonisierten Standards für diesen Bereich. Der Basler Ausschuss führt deshalb international harmonisierte, globale Liquiditätsstandards ein. Wie bei den globalen Eigenkapitalstandards handelt es sich auch bei den Liquiditätsstandards um Mindestanforderungen, die auf internationaler Ebene gleiche Rahmenbedingungen fördern und dazu beitragen werden, einen Wettlauf in Richtung der niedrigsten Standards zu verhindern.“⁵³²

Weiter unten im Text werden zwei neu geschaffene Quoten vorgestellt:

„Diese Standards dienen zwei verschiedenen, aber einander ergänzenden Zielen. Das erste Ziel besteht in der Förderung der kurzfristigen Widerstandskraft des Liquiditätsrisikoprofils von Banken, indem sichergestellt wird, dass sie über ausreichend erstklassige liquide Aktiva verfügt, um eine akute, einen Monat lang andauernde Stresssituation zu überstehen. Zu diesem Zweck entwickelte der Ausschuss die Mindestliquiditätsquote⁵³³ (Liquidity Coverage Ratio, LCR). Das zweite Ziel ist, die Widerstandskraft über einen längeren Zeithorizont zu fördern. Hierzu werden für eine Bank zusätzliche Anreize geschaffen, ihre Geschäfte auf dauerhafter, struktureller Basis aus stabileren Refinanzierungsquellen zu finanzieren. Die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio,

532 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht: „Basel III: Ein globaler Regulierungsrahmen für widerstandsfähigere Banken und Bankensysteme“, Dezember 2010 (rev. Juni 2011), S. 9

533 Weitere Details zu den Liquiditätsquoten finden Sie unter: Basler Ausschuss für Bankenaufsicht: „Basel III: Mindestliquiditätsquote und Instrumente zur Überwachung des Liquiditätsrisikos“, BIZ, Januar 2013

NSFR) hat einen einjährigen Zeithorizont; sie soll zu einer tragfähigen Fristenstruktur von Aktiva und Passiva führen.“⁵³⁴

Über die Kennzahlen der Mindestliquiditätsquote und der strukturellen Liquiditätsquote wollen demnach zuständige Institutionen schneller Risiken erkennen, um mit gegensteuernden Maßnahmen im Bedarfsfalle zügig Abhilfe schaffen zu können. Auffällig ist auch, dass an dieser Stelle die Fristentransformation angesprochen wird. Die Behörden haben offensichtlich die Bedeutung des Themas in Zusammenhang mit der Finanzsystemstabilität im Blick. Angelehnt an Paragraf 11 Kreditwesengesetz (siehe Kapitel II.2: „Das Kreditwesengesetz“) sollen des Weiteren ausreichend liquide Mittel durch schnell veräußerbare hochliquide Aktiva⁵³⁵ zur Verfügung stehen, damit Kreditinstitute in schwierigen Marktsituationen kurzfristig reagieren können.

Zusätzlich wird eine Verschuldungsquote⁵³⁶ zum 01.01.2018 eingeführt, bereits seit 01.01.2015 müssen Banken ihre Verschuldungsquote auf konsolidierter Basis offenlegen.⁵³⁷ Bis 01.01.2017 lief eine Beobachtungsphase, um weitere Erkenntnisse zum neuen Regelwerk zu gewinnen. Die erworbenen Informationen wurden und werden quartalsweise ausgewertet. Es wird mit den Durchschnittswerten der zum betreffenden Quartal gehörenden Monaten gearbeitet, um eine gegebenenfalls bankenseitig stattfindende stichtagsbezogene Optimierung der Kennzahlen zu vermeiden. Sie soll weltweit Relevanz erlangen. Ziel ist es laut Aussage der Deutschen Bundesbank, dass das Eigenkapital auch in wirtschaftlich guten Zeiten nicht unter ein Minimum sinkt:

„Die Banken hatten in den Vorkrisenjahren eine sehr hohe bilanzielle und außerbilanzielle Verschuldung aufgebaut. Als sich die Krise zusetzte, waren die Banken unter dem Druck der Märkte gezwungen, in umfangreichem Stil innerhalb kürzester Zeit Aktiva

534 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (2010), a. a. O., S. 10

535 vor allem marktfähige Wertpapiere öffentlicher Emittenten, zum Beispiel Papiere der Notenbanken, im begrenzten Rahmen werden auch Anleihen (z. B.: Pfandbriefe) von privaten Emittenten (ohne MFIs) akzeptiert

536 auch Leverage Ratio genannt

537 Weitere Offenlegungsverpflichtungen können in folgendem Dokument nachgelesen werden: Basler Ausschuss für Bankenaufsicht: „Basel III: Rahmenregelung für die Höchstverschuldungsquote und Offenlegungsanforderung“, BIZ, Januar 2014

abzubauen. Dadurch verstärkte sich der in Folge der Krise ohnehin bestehende Abwärtsdruck auf die Preise von Vermögensgegenständen. Die so entstandenen zusätzlichen Verluste schmälerten die Eigenkapitalbasis der Institute und trugen erheblich zur Verschärfung der Krise bei.“⁵³⁸

Bei der Verschuldungsquote werden die Aktiva nicht risikogewichtet betrachtet. Die Summe aus Aktivposten und außerbilanziellen Geschäften wird ins Verhältnis zum vorhandenen Eigenkapital gesetzt. Bisher war von erforderlichen drei Prozent als Leverage Ratio die Rede. Auf einer Schweizer Wirtschaftsinformationsseite ist folgendes zu lesen:

„Doch Regulierer aus den USA und Grossbritannien dringen Aufsichtskreisen zufolge auf eine strengere Quote – die Rede ist oft von 4%. Die endgültige Entscheidung soll 2017 fallen.“⁵³⁹

Giegold, Philipp und Schick empfehlen eine ungewichtete Eigenkapitalquote von zehn Prozent. Sie schlagen vor, dass keine Dividenden an Aktionäre ausgeschüttet und keine hohen Boni und Gehälter an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezahlt werden dürften, wenn diese Quote unterschritten wird. Fiele die Eigenkapitalquote unter fünf Prozent, sollten die Aktionäre ihr Kapital verlieren und die Bank würde von einer europäischen Abwicklungsbehörde übernommen.⁵⁴⁰

Der weltweite Vergleich wird durch unterschiedliche Regeln bei der Bilanzaufstellung erschwert. Derivate Geschäfte fließen in den USA und Europa unterschiedlich in die Bilanzen ein. Im eben zitierten Artikel wird herausgestellt, dass in Deutschland vor allem die Deutsche Bank betroffen ist, weil sie zu den größten Derivatehändlern des Globus zählt. Würde man nach US-Regeln⁵⁴¹ die Bilanzsumme der

538 Deutsche Bundesbank: „Basel III – Leitfaden zu den neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln für Banken. Zentralbereich Banken und Finanzaufsicht“, 2011, S. 28

539 Verlag Finanz und Wirtschaft AG Zürich: „Basel III schreibt Verschuldungsquote von 3 % vor“, 13.01.2014, <http://www.fuw.ch/article/basel-iii-schreibt-verschuldungsquote-von-3-vor/> (abgerufen am 04.08.2016)

540 vgl. Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard: „Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern“, Verlag Klaus Wagenbach, 2016, S. 37 f.

541 US GAAP

Deutschen Bank ermitteln, käme man auf einen Wert von ca. 1,2 Billionen Euro. Bei der Berechnung der Bilanzsumme nach EU-Standard⁵⁴² ergäbe sich ein Wert von ca. zwei Billionen Euro. Die extreme Situation wird damit sichtbar: Bei einer Differenz von 800 Milliarden Euro müsste dieses Bankhaus bei drei Prozent gefordertem Eigenkapital 24 Milliarden Euro Eigenkapital mehr als ein vergleichbares US-amerikanisches Kreditinstitut aufbringen. Es dürfte sich prinzipiell als ausgesprochen schwierig gestalten, Banken weltweit über funktionale Mechanismen auf ein standardisiertes Niveau an Risikomerkmalen zu bringen. Denn jedes Unternehmen tangiert die unterschiedlichsten Geschäftsfelder, die wiederum verschiedenen Anforderungsprofilen unterliegen. Das bedeutet natürlich nicht, dass nicht zumindest der Versuch unternommen werden muss, Standards zu etablieren, die die Risiken auf ein gesundes Niveau drücken.

Höhere Eigenkapitalfordernisse, Verbesserung der qualitativen Eigenkapitalmerkmale, Steigerung der Transparenz durch stärkere Offenlegungsvorschriften, Mindestliquiditätsquote, strukturelle Liquiditätsquote, Verschuldungsquote, dienlichere Begriffsdefinitionen, all das sind Schritte in die richtige Richtung. Fabian Scheidler spricht dennoch von nur „kosmetischen Reparaturen an einem gemeingefährlichen Weltfinanzsystem.“⁵⁴³ Unabhängig ob Geld als Vollgeld, Fließendes Geld oder in heutiger Form eingesetzt wird, die Regelung des Risikomanagements ist grundsätzlich relevant. Auch bei Fließendem Geld oder Vollgeld kann eine Bank Kredite an Marktteilnehmer mit schlechten Bonitäten mit Kreditzinsaufschlägen vergeben, um seine Rendite zu steigern. Treten allerdings später in einer schwierigen Marktsituation erhöhte Kreditausfälle auf, kann das zu gravierenden Störungen der realwirtschaftlichen Abläufe führen. Sicher ist jedoch, dass im gegenwärtigen System alle oben genannten Maßnahmen die zerstörerische Wirkung des Zinseszinseffektes nicht aufheben können.

542 IRFS: International Financial Reporting Standards. Dieser Standard wird nicht nur in Ländern der Europäischen Union angewandt. In Deutschland ist unverändert für deutsche Unternehmen die Norm, die Bilanz nach den Regeln des HGB aufzustellen. Größere deutsche Firmen erstellen jedoch freiwillig eine weitere Bilanz nach IRFS.

543 Scheidler, Fabian: „Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiterten Zivilisation“, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien, 2015, S. 9

Wenn jedoch Eigenkapitalanforderungen und weitere Pflichten von Banken wie oben beschrieben gar nicht oder nur oberflächlich bei der kritischen Auseinandersetzung mit unserem aktuellen Geldsystem diskutiert werden, ergibt sich dadurch eine drastische Verzerrung des Gesamtbildes.

9. Der Geldschöpfungsgewinn

Joseph Huber schreibt:

„Die vorherrschende Meinung geht noch immer dahin, es seien die Zentralbanken, die das Geld schöpfen, die Geldmenge unter Kontrolle haben und den Geldschöpfungsgewinn einstreichen. In Wirklichkeit haben sie ihr Vorrecht der Geldschöpfung längst weitgehend an die Geschäftsbanken verloren.“⁵⁴⁴

Im Zusammenhang mit dem Begriff Geldschöpfungsgewinn der Geschäftsbanken werden von weiteren Autoren die exotischsten Interpretationen zu den Vorgängen in Bankbilanzen gemacht. Grundsätzlich wird beim Betrachten eines solchen Gewinns der bereits beschriebene, vermeintlich stattfindende Geldschöpfungsprozess bei der Kreditvergabe von Geschäftsbanken herangezogen (siehe III.4: „Geldschöpfung der Geschäftsbanken?“). Zudem werden die bilanziellen Buchungssätze als Grundlage verwendet, wenn ein Kreditinstitut zum Beispiel Aktiva in Form einer selbstgenutzten Immobilie oder eines Wertpapiers, anschafft.

Es gibt bei den Geldsystemkritikern im Kern zwei Gruppen, die den sogenannten Geldschöpfungsgewinn unterschiedlich definieren:

Die erste Gruppe ist der Ansicht, dass der Geldschöpfungsgewinn für das Bankhaus dadurch realisiert wird, indem es auf das ausgereichte Darlehen Kreditzinsen vereinnahmt. Zu diesem Kreis zählen zum Beispiel Thomas Mayer und Roman Huber:

⁵⁴⁴ Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): Die Vollgeld-Reform. Wie Staats Schulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können“, edition Zeitpunkt, Solothurn, April 2015, 4. aktualisierte Auflage, S. 47

„In dem Umfang, wie sie [Geschäftsbanken; Anm. S. H.] selbst Geld erzeugen, können sie Kredite vergeben und dafür Zinsen kasieren, ohne dass ihnen Kosten für das verliehene Geld entstehen.“⁵⁴⁵

Mayer und Huber sprechen beim „Giralgeld“ von einer Gewinnrate von 100 Prozent, man bräuchte nur einen Computer, entsprechende Programme und eine Banklizenz.⁵⁴⁶

Bei der Kreditvergabe erhöhen sich immer gleichzeitig die Verbindlichkeiten der Bank gegenüber Nichtbanken auf der Passivseite (siehe Abbildung: 17), insofern der Kreditbetrag nicht in bar abgerufen wird. Zudem sind später nach erforderlichem Bilanzausgleich nach Kreditmitteleinsatz gegebenenfalls Guthabenzinsen an den jeweiligen Gläubiger zu zahlen, wenn die Einlage auf der Passivseite verzinslich gehalten wird. Der Gewinn der Bank vor Kosten und Steuern, unter Berücksichtigung des zu tragenden Risikos, liegt demnach in der Zinsdifferenz aus vereinnahmten und zu zahlenden Zinsen, also der Zinsmarge. Die von Mayer und Huber im obigen Zitat wiedergegebene Aussage, dass bei der Kreditvergabe den Banken keine Kosten entstünden, ist somit falsch. Auch, wenn sich der Kreditnehmer die Kreditmittel in bar auszahlen lässt, fallen für die Bank Kosten an. Schließlich muss sich ein Bankhaus das durch Kreditvergabe zusätzlich benötigte Zentralbankgeld kostenwirksam beschaffen. Darüber hinaus sind Kosten wegen Eigenkapital- und Mindestreserveanforderungen zu berücksichtigen.

Der Anteil des Zinsüberschusses deutscher Banken an den operativen Erträgen⁵⁴⁷ lag in der Zeit von 1999 bis 2015 durchschnittlich etwas unter 75 Prozent.⁵⁴⁸ Insofern spielt bei den Gesamteinnahmen von Kreditinstituten die Zinsmarge eine wesentliche Rolle.

Christian Felber gehört ebenfalls zu der Gruppe, die den Geldschöpfungsgewinn bei der Zinseinnahme durch Kreditvergabe sieht. Allerdings unterliegt er nicht dem eben beschriebenen Fehler von

545 Mayer, Thomas / Huber, Roman: „Vollgeld – Das Geldsystem der Zukunft“, Tectum Verlag Marburg, 2014, S. 58

546 vgl. ebd. S. 61

547 operative Erträge: Erträge der Banken aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit als Summe von Zins-, Provisions- und Handelsergebnis

548 Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, September 2016, S. 10

Mayer und Huber, sondern macht den Gewinn in der Zinsmarge aus. Er berücksichtigt demnach Refinanzierungskosten:

„Die Geldschöpfungsgewinne der privaten Banken, die sich aus der Differenz zwischen Refinanzierungs- und Kreditzins ergeben, sind umso höher, je größer das Ausmaß ihrer Geldschöpfung ist.“⁵⁴⁹

Einerseits betrachtet er die Zinsmarge als Gewinn der Bank, andererseits übersieht er dennoch einiges, denn er macht keine Ausführungen zu folgendem: Wenn das Volumen der Aktivposten *Forderungen gegenüber Nichtbanken* eines Kreditinstitutes erheblich steigt, da gegebenenfalls eine aggressive Darlehensvergabepolitik betrieben wird, muss dies nicht zwangsläufig zu höheren Zinsmargen führen. Erfolgen solche Geschäfte über eine intensiv umgesetzte Fristentransformation, schmelzen die Zinsmargen bei steigenden Zinsen schnell dahin, denn bei langfristigen Darlehensverträgen bleiben die Zinseinnahmen unverändert, wohingegen die Zinsraten auf das zur Refinanzierung aufgenommene Fremdkapital rasch wachsen. Für Felber „[sind] diese Gewinne illegitim, weil sich private AkteurInnen an der Bereitstellung eines öffentlichen Gutes bereichern.“⁵⁵⁰ Als Lösung favorisiert er Vollgeld. Wird Vollgeld von einer Geschäftsbank verliehen, nachdem es ihr von Einlegern zur Verfügung gestellt wurde, werden ebenfalls Zinsmargen vom Kreditinstitut generiert. Wie an andere Stelle beschrieben, können die Zinsmargen beim Vollgeld sogar höher als im aktuellen System sein. Werden sie nur dadurch legitim, da die Bilanzverlängerung über Vollgeld geschah?

Dazu Martin Sauber und Benedikt Weihmayr:

„Die populäre These, dass Geschäftsbanken aufgrund des Privilegs der Girogeldschöpfung einen Extragewinn erwirtschaften, der sich dann auflöse, wenn Bankinstituten diese Geschäftstätigkeit untersagt werde, ist nicht haltbar.“⁵⁵¹

549 Felber, Christian: „Geld. Die neuen Spielregeln“, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2014, S. 62

550 ebd. S. 62

551 Sauber, Martin / Weihmayr, Benedikt: „Vollgeld und Full Reserve Banking – Geldreformen auf dem Prüfstand“, ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, S. 7

Eine aggressive Kreditvergabepraxis kann auch bedeuten, dass die Bank zusätzliche Risiken in Kauf nimmt, zum Beispiel der Bonitätsprüfung weniger Ernsthaftigkeit zukommen lässt, was zwangsläufig höhere Kreditausfälle zur Folge haben wird. Jeder aktiven Darlehensvermittlerin und jedem aktiven Darlehensvermittler sind Banken bekannt, die schwächere Anforderungen an die Bonität eines Kunden stellen oder Sicherheiten großzügiger bewerten, damit das Geschäft zustande kommen kann. Eine bei vergleichbaren Risikoauflschlägen größere Zahl an Kreditausfällen schmälert jedoch deutlich die Marge der so agierenden Bank. Überschreiten die Kreditausfälle ein für das Bankhaus erträgliches Volumen, rutscht das Unternehmen in die Insolvenz. In exakt dieser Weise könnte auch eine Bank vorgehen, die im Vollgeldsystem Kredite vergibt. Die Risiken durch reduzierte Bonitätsprüfungen wegen Gewinnerzielungsabsichten mit aggressiveren Strategien bleiben in einem Vollgeldsystem bestehen. Es sind deshalb immer Regeln gefragt, die die Realwirtschaft vor den Auswirkungen von Bankpleiten schützen.

Die Zinsflüsse, die sich durch Kreditvergabe und Refinanzierung ergeben, können aus der Gewinn- und Verlustrechnung herausgelesen werden. Manchmal werden die zumindest anteilig anfallenden Zinszahlungen auf Passivposten von einigen Autoren, wie das obige Zitat von Mayer und Huber belegt, bei der Betrachtung vollständig weggelassen. Es wird unterstellt, dass sich zwar nach der Kreditvergabe das Volumen an *Verbindlichkeiten an Nichtbanken* ausgeweitet hat, diese jedoch unverzinslich als Forderung des Gläubigers gegenüber der betreffenden kreditvergebenden Bank verbleiben.

Als weiteres Beispiel für eine solche Position lässt sich hier Christoph Pfluger anführen:

„Geldschöpfung aus dem Nichts heisst auch nicht, dass der Bank das neu geschöpfte Geld als Gewinn zufließt, sondern bloss, dass sie – abgesehen von den Mindestreserven und dem Eigenkapital – keine Kosten dafür aufwenden muss.“⁵⁵²

An anderer Stelle schreibt er:

552 Pfluger, Christoph: „Das nächste Geld. Die zehn Fallgruben des Geldsystems und wie wir sie überwinden“, Synergie Verlag und Mediengruppe Darmstadt, copyright: edition Zeitpunkt, 2. revidierte Auflage, 2016, S. 34

„Banken [...] behalten den Zins als Geldschöpfungsgewinn.“⁵⁵³

Dies ist eine inhaltliche Verkürzung, da nach der Kreditvergabe, wie dargelegt, gegebenenfalls zusätzliches Bargeld kostenwirksam von der kreditvergebenden Bank benötigt wird oder nach Einsatz der Kreditmittel durch den Kreditnehmer der Bilanzausgleich im Rahmen des Interbankenmarktes geschieht. Im letzteren Fall muss das kreditvergebende Bankinstitut zukünftig Zinsen an die Bank bezahlen, mit der der Bilanzausgleich erfolgt ist. Auch könnten Halter von täglich verfügbaren Einlagen jene später längerfristig festlegen, um Zinsen für sich zu generieren. Dadurch entstehen zeitversetzt Zinsforderungen, die den durch das Bankhaus vereinnahmten Kreditzinsen gegenüberstehen. Dieser Prozess kann in einem Moment ablaufen, in dem die Marktzinsen deutlich gestiegen sind. Im extremen Fall können bei der Untersuchung eines partiellen Vorgangs die Zinsforderungen an das ursprünglich kreditvergebende Institut den durch die Kreditvergabe zufließenden Zinsbetrag übersteigen. Die Bank ist über den Weg der Fristentransformation ein Risiko eingegangen, dass in der eben beschriebenen Situation zum Tragen kommt und damit zu Verlusten führt.

Wenn Geldsystemkritiker die von Seiten eines Bankhauses anvisierte Zinsmarge in Frage stellen, kritisieren sie letztendlich das Geschäftsmodell eines jeden Kreditinstituts. Je nach Eigentümerstruktur fließen die Gewinne, die bei vielen Geschäftsbanken vor allem auch über die Zinsmargen vereinnahmt werden, nach Abzug von Kosten, Steuern und Rückstellungen an die Eigner. Wenn Geldsystemkritiker dies nicht wünschen, müssten sie fordern, dass Margen ausschließlich in kostendeckender und risikoabfedernder Größenordnung anfallen. Bei einer solchen Vorgabe würden sich privatrechtlich organisierte Kreditinstitute als potentielle Anbieter von Bankdienstleistungen nicht bewegen lassen, geschäftlich aktiv zu werden. Im Ergebnis bliebe nur eine öffentlich-rechtliche Struktur an Dienstleistern, die eine Gemeinschaftsaufgabe ohne Gewinnerzielungsabsicht, erfüllen. Das würde sicher bei einigen Menschen in der Bevölkerung viel Zustimmung finden. Aus Sicht jener Personen ist Geld ein öffentliches Gut, welches den Waren- und Dienstleistungsaustausch vereinfachen soll, um dem

553 ebd. S. 68

Gemeinwohl zu dienen. Deshalb dürften diejenigen, die den Geldkreislauf bewerkstelligen, keine profitorientierten Unternehmungen sein. Im Gegensatz dazu: Es spricht aus Sicht des Autors nichts gegen einen Markt, auf dem private, genossenschaftliche und öffentlich-rechtliche Dienstleister nebeneinander agieren. Natürlich ohne die Exzesse, die in diesem Buch angerissen werden. Es wird demnach betont, dass die soeben gefällte Aussage unmissverständlich in Verbindung mit allen weiteren in dieser Arbeit aufgestellten Forderungen gebracht wird: Zurückstellen auf ein Trennbanksystem, Zerlegen systemrelevanter Banken, Begrenzung von Boni, Verbot von Lebensmittelspekulationen, höhere Eigenkapitalanforderungen und geringere Fristentransformation, konstruktive Geldumlaufsicherung = Fließendes Geld, Begrenzung von Vorstandsgehältern auf ein festgesetztes Mehrfaches des durchschnittlichen Arbeitnehmerlohnes, usw.

Es wird sich mit Einführung des Fließenden Geldes herausstellen, dass viele oben formulierte Forderungen sich zumindest teilweise erübrigen, da über eine alternative Geldumlaufsicherung ganz andere Anreize gegeben werden.

Das Zentralbankgeld wird im aktuellen System ausschließlich von den NNBen vergeben, wie verhält es sich mit deren Überschüssen? Zur Gewinnverteilung der EZB ist der Internetpräsenz dieser Institution nachstehendes zu entnehmen:

„Der Nettogewinn der EZB wird in der folgenden Reihenfolge verteilt:

1. Ein vom EZB-Rat zu bestimmender Betrag, der 20 % des Netto-gewinns nicht übersteigen darf, wird dem allgemeinen Reservefonds bis zu einer Obergrenze von 100 % des Kapitals zugeführt;

2. der verbleibende Nettogewinn wird an die Anteilseigner der EZB entsprechend ihren eingezahlten Anteilen ausgeschüttet.

[...] Falls die EZB einen Verlust erwirtschaftet, kann der Fehl-betrag aus dem allgemeinen Reservefonds der EZB und erforderli-chenfalls nach einem entsprechenden Beschluss des EZB-Rates aus den monetären Einkünften des betreffenden Geschäftsjahres im

Verhältnis und bis in Höhe der Beträge gezahlt werden, die nach Artikel 32.5 an die nationalen Zentralbanken verteilt werden.“⁵⁵⁴

Der Gewinn, den die Deutsche Bundesbank wiederum einfährt, wird größtenteils direkt an den Bundeshaushalt⁵⁵⁵ überwiesen. Damit kommen bereits heute Einnahmen über die Refinanzierung der Geschäftsbanken und zinsbringenden Anlagen von Währungsreserven der Gesamtheit zu Gute, falls die deutsche Bundesregierung mit den erhaltenen Mitteln im Sinne des Gemeinwohls handelt.

Abbildung 32:

*Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank an den Bundshaushalt von 1989 bis 2015 (ausgeführt jeweils im Folgejahr)*⁵⁵⁶

| Jahr | Gewinn* | Jahr | Gewinn* | Jahr | Gewinn* |
|------|---------|------|---------|------|---------|
| 1989 | 5,1 | 1998 | 8,3 | 2007 | 4,3 |
| 1990 | 4,2 | 1999 | 3,9 | 2008 | 6,3 |
| 1991 | 7,4 | 2000 | 8,4 | 2009 | 4,1 |
| 1992 | 6,7 | 2001 | 11,2 | 2010 | 2,2 |
| 1993 | 9,3 | 2002 | 5,4 | 2011 | 0,6 |
| 1994 | 5,2 | 2003 | 0,2 | 2012 | 0,7 |
| 1995 | 5,2 | 2004 | 0,7 | 2013 | 4,6 |
| 1996 | 4,5 | 2005 | 2,9 | 2014 | 3,0 |
| 1997 | 12,4 | 2006 | 4,2 | 2015 | 3,2 |

* in Milliarden Euro

Die zweite Gruppe der Geldsystemkritiker formuliert bezüglich der Definition eines Geldschöpfungsgewinns, dass der Gewinn nicht in der Zinsmarge zu finden sei, sondern in Höhe des tatsächlich ausge-

554 Europäische Zentralbank: „Kapitalzeichnung“, letzte Aktualisierung: 01.01.2015, <https://www.ecb.europa.eu/ecb/orga/capital/html/index.de.html> (abgerufen am 05.02.2017)

555 Bis 2011 flossen maximal 3,5 Milliarden Euro unmittelbar in den laufenden Bundeshaushalt. Der darüber hinaus verfügbare Betrag wurde für andere staatliche Aufgaben verwendet. Ab 2012 wird der dem Bundeshaushalt direkt zur Verfügung gestellte Betrag schrittweise auf 2,5 Milliarden Euro abgesenkt.

556 Deutsche Bundesbank: „Übersicht der Gewinnverteilung 1957 – 2016“, Frankfurt am Main, 23.02.2017, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2017/2017_02_23_geschaeftsbericht_2016.html (abgerufen am 16.05.2017)

reichten Kredits besteht. Für einen derartigen Ansatz werden jetzt die Positionen von Horst Seiffert herangezogen: Da sein Buch⁵⁵⁷ auf den einschlägigen Homepages⁵⁵⁸ zum Vollgeld eingestellt ist und sich führende Vollgeldprotagonisten in Diskussionen auf diese Arbeit beziehen, scheint zumindest in wesentlichen Teilen Konsens zu Seifferts Ausführungen zu bestehen.

Um die folgenden Zeilen besser einordnen zu können, ist zunächst wichtig, wie Seiffert Geld definiert:

„Das, was Nichtbanken als Geld ansehen, ist für Banken eine Methode zur Ausstellung von Geschenkgutscheinen an sich selbst“⁵⁵⁹

„Giralgeld“, also täglich fällige Sichteinlagen von Nichtbanken, die Verbindlichkeiten der Bank gegenüber den Einlegern darstellen, bezeichnet er als „Gutschein auf Bargeld“. Später erklärt er in einer Fußnote:

„Der Anteil des Bargeldes am Gesamtgeldvolumen beträgt ca. 10 %. Die Bargeldmenge im Euro-Währungsgebiet betrug im Januar 2011 gleich 803 Mrd. Euro und die Geldmenge M2 ohne Bargeld (geschätzte Giralgeldmenge) gleich 7611 Mrd. Euro.“⁵⁶⁰

Demnach sind nach seiner Auslegung dem „Giralgeld“ nicht nur die täglich fälligen Sichteinlagen zuzuordnen, sondern er schließt auch alle nach der herrschenden Ökonomie zu M2 gehörende Passivposten ein. Erneut wird deutlich, zu welchem Wirrwarr schwammige Begriffsdefinitionen führen. In der derzeitig geltenden Volkswirtschaftslehre zählen zur Geldmenge M2 auch Einlagen mit bis zu zwei Jahren Laufzeit. Wenn in einem Vollgeldsystem Vollgeld an eine Geschäftsbank mit einer Laufzeit von zwei Jahren übertragen und in Folge verliehen wird, müsste damit bei Verwendung derselben Geldmengendefinition ebenfalls die Geldmenge steigen. Doch von einem solchen Effekt nach Einführung von Vollgeld kann man nirgendwo lesen. Arbeiten demnach Vollgeldanhänger mit unterschiedlichen Begriffsdefinitionen für

557 Seiffert, Horst: „Geldschöpfung. Die verborgene Macht der Banken“, Verlag Horst Seiffert, 2. überarbeitete Auflage August 2014

558 vgl. zum Beispiel: monetative.de und vollgeld.de

559 Seiffert, Horst (2014), a. a. O., S. 12

560 ebd. S. 26

dieselben Aggregate, je nachdem, ob sie die Vorgänge im aktuellen System oder nach der Realisierung einer Vollgeldreform betrachten?

Seiffert führt die Wortkombination *Geldschöpfende Schreibvorgänge*⁵⁶¹ ein und er erklärt:

„Geldschöpfende Schreibvorgänge sind sämtliche Gutschriften auf Konten von Bankkunden.“

Als Beispiel verwendet er eine Bank, die einen Hubschrauber kauft. Eine Geschäftsbank erwirbt einen Helikopter, der Lieferant verfügt über ein Girokonto bei demselben Kreditinstitut, dass die Anschaffung macht und bekommt den Kaufpreis auf seinem Konto gutgeschrieben:

*Abbildung 33:
Bilanzveränderung nach Vermögenswertanschaffung durch eine Bank*

| Aktiva | Passiva |
|---|---|
| 1. Barreserve | 1. Verbindlichkeiten ggü. Banken |
| 2. Forderungen an Banken | 2. Verbindlichkeiten ggü. Nichtbanken: |
| 3. Forderungen an Nichtbanken | Gutschrift Kaufpreis auf dem Konto des Lieferanten: +500.000 € |
| 4. Schuldverschreibungen | 3. Verbrieft Verbindlichkeiten |
| 5. Aktien und Beteiligungen | 4. Sonstige Verbindlichkeiten |
| 6. Sonstige Aktiva: Hubschrauber, Kaufpreis: +500.000 € | 5. Rückstellungen 6. Eigenkapital |
| Bilanzsumme: +500.000 € | Bilanzsumme: +500.000 € |

Der Lieferant kann sich nach Zahlungseingang die empfangenen Mittel in bar auszahlen lassen. Seiffert meint, dieser Fall muss nicht beachtet werden, da er typischerweise nicht bzw. nur im begrenzten Maße geschieht.

Eine weitere Option des Hubschrauberverkäufers ist, dass er den erhaltenen Betrag für seinen Geschäftsbetrieb einsetzt und Überweisungen vornimmt. Er kauft damit vielleicht Material, bezahlt Lohnkosten oder überweist Steuern an das zuständige Finanzamt. Nach diesen Aktivitäten des Händlers muss die Bankbilanz ausgeglichen werden (siehe Kapitel III.4.b: „Der Kreditmitteleinsatz durch Überweisung“), wenn die Zahlungsempfänger ihre Konten bei anderen Banken führen.

561 ebd. S. 27

Doch auch die Prozesse des Bilanzausgleiches lässt Seiffert unbeachtet. Er argumentiert, dass ähnliche Vorgänge bei anderen Kreditinstituten ablaufen würden und sich gerade bei großen Geschäftsbanken die von Bankkunden initiierten Zahlungen kompensierten.⁵⁶² Er schreibt:

„Sie [die Bank; Anm. S. H.] muss nur darauf achten, dass die anderen Banken entsprechend ihrer Größe das Gleiche tun und ebenfalls mit einem Schreibvorgang Waren und Dienstleistungen bezahlen. So gleichen sich die darauf folgenden Zahlungsströme zwischen den Banken aus. Hauptsächlich die großen Banken können sich somit leistungslos Werte aneignen.“⁵⁶³

Wie kann man sich dieses „darauf achten“ vorstellen? Hat jedes Bankhaus eine Abteilung im Bereich Risikomanagement, die täglich mit anderen Kreditinstituten abgleicht, in welchem Volumen Aktiva angeschafft und abgestoßen werden, damit sich die gewünschten Zahlungsströme ergeben? Wieso hat man noch nie von der Existenz einer solchen Mitarbeitergruppe lesen können? Wie erklären sich die ca. zwei Billionen Euro Forderungen an Banken, die die Bundesbank in Abbildung 9 (siehe Kapitel II.7: „Das Vollgeld“) ausweist? Würden sich tatsächlich die Überweisungen mehrheitlich durch spiegelbildlich ablauende Zahlungsströme – Saldierung – kompensieren, dann spielte der Interbankenhandel eine untergeordnete Rolle. Wäre dies der Fall, warum musste die EZB dann mit Einsetzen der Vertrauenskrise zwischen Banken mit Beträgen in dreistelliger Milliardenhöhe intervenieren, um den Interbankenmarkt zu stützen?

Das Fazit von Seiffert ist, dass die Bank den Helikopter umsonst bekäme, wenn „[...] alle Geschäftsbanken mitmachen und sich ebenfalls einen Hubschrauber oder andere Geschäftsausstattungen kostenfrei zulegen würden.“⁵⁶⁴ Diese Aussage wird mehrfach wiederholt, doch dadurch wird sie nicht richtig. In eine ähnliche Kerbe schlägt Mayer, wenn er sagt, dass Banken Aktien, Wertpapiere oder Häuser mit selbst erzeugtem Geld bezahlen könnten.⁵⁶⁵

562 vgl. ebd. S. 28

563 ebd. S. 29

564 ebd. S. 45

565 vgl. Mayer, Thomas / Huber, Roman: „Vollgeld – Das Geldsystem der Zukunft“, Tectum Verlag Marburg, 2014, S. 58

Nachdem Seiffert zu obigem Schluss gelangt ist, stellt er nun auch das Prinzip der doppelten Buchführung in Frage. Die doppelte Buchführung geht zurück auf den italienischen Kaufmann und Mathematiker Luca Pacioli, der 1494 eine berühmte Abhandlung zum Thema veröffentlichte. Auf 27 Seiten beschreibt er in einem seiner Werke⁵⁶⁶ die Methode.⁵⁶⁷ Jeder Geschäftsvorfall wird doppelt erfasst (Soll und Haben), dadurch wird eine Kontrolle der Buchungen möglich. Seiffert erklärt elementare Bilanzierungsregeln für falsch und entlarvt sie als vermeintliche „Täuschung der Buchführungsexperten“⁵⁶⁸:

„All diese Sachanlagen müssten in der Bankbilanz als Geschenke aufgeführt werden, und somit als Eigenkapitalerhöhung wirken.“⁵⁶⁹

Anstatt mit Anschaffung des Hubschraubers den Passivposten *Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken* auf der Passivseite um die Kaufpreiszahlung zu erhöhen, steigt bei ihm das Eigenkapital der Bank um den Wert des Helikopters am Tag des Erwerbs. Eine solche Einordnung ist falsch.

Die Deutsche Bundesbank erklärt die buchungstechnischen Vorgänge in Verbindung mit dem Anschaffen von Vermögenswerten durch Banken folgendermaßen:

„Der Kauf einer Immobilie durch eine Bank ist ein spezieller Fall von ‚Erwerb eines Vermögenswerts‘. Im ersten Schritt kann die Bank mit selbstgeschaffinem Buchgeld zahlen, das sie dem Verkäufer als Sichteinlage gutschreibt. Aus Sicht der Bank ist dieses selbstgeschaffene Buchgeld – die Sichteinlage – eine Verbindlichkeit („Schulden“). Durch die Transaktion ‚Immobilienerwerb‘ kommt es deshalb für die Bank zu keinem Netto-Vermögenszuwachs („die Bank wird nicht reicher“); denn in ihrer Bilanz wird zwar auf der Aktivseite der erworbene Vermögenswert verbucht, doch stehen

566 Tractatus Particularis de Computis et Scripturis

567 vgl. Ötsch O. Walter in: Brodbeck Karl-Heinz und Graupe Silja: „Geld! Welches Geld? Geld als Denkform“, Metropolis-Verlag, Marburg, 2016, S. 95

568 Seiffert, Horst (2014), a. a. O., S. 76

569 ebd. S. 71

diesem auf der Passivseite Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüber.“⁵⁷⁰

Die Beschreibung ist soweit nachvollziehbar richtig, wenn man einmal von der Formulierung des „selbstgeschaffenen Buchgeldes“ absieht (siehe Kapitel I.1: „Was ist Geld?“). Die Bank würde sogar ärmer, wenn der gekaufte Vermögenswert an Wert verliert⁵⁷¹ und die Einnahmen⁵⁷² die Wertverluste, Aufwände und Refinanzierungskosten⁵⁷³ nicht kompensieren. Weitere Wirkungen sind zu berücksichtigen, denn der Anspruch auf Zentralbankgeld kann jederzeit eingelöst werden. Unter Umständen muss das Bankhaus später dem Einleger Zentralbankgeld in voller Höhe liefern. Wird der Anspruch vom Berechtigten an eine andere Bank durch Überweisung übertragen, muss sich die Bank, die den Vermögenswert ursprünglich erstanden hat, gegebenenfalls über den Interbankenmarkt refinanzieren. Dadurch steigt ihr Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiko. Diese Risiken ließen sich wiederum reduzieren, wenn das Bankhaus eine Einlage mit vereinbarter Laufzeit in der Höhe der getätigten Investition einwirbt. Allerdings muss sie dann dem Einleger Guthabenzinsen bezahlen, die die Gewinnaussichten, die mit Kauf des Vermögenswertes angestrebt werden, schmälern. Darüber hinaus lösen solche Vorgänge zusätzliche Anforderungen an das Eigenkapital aus.

Auf weitere Positionen von Seiffert zu Abschreibungsregeln, Eigenkapitalanforderungen und Wirkungen von Kreditausfällen wird hier nicht eingegangen. Das Buch fällt in den Bereich der freien Mei-

570 Deutsche Bundesbank: „Vertiefung: Häufig gestellte Fragen zum Thema Geldschöpfung“, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/FAQ_Listen/faq_zum_thema_geldschoepfung.html?docId=175750#175750 (abgerufen am 10.02.2017)

571 zum Beispiel fallende Immobilienpreise oder hoher Sanierungsaufwand bei Immobilien, Kurseinbrüche bei festverzinslichen Wertpapieren und Aktien, Verluste bei Beteiligungen

572 zum Beispiel Mieten bei Immobilien, Dividenden bei Aktien, Zinsen bei verzinslichen Papieren, Gewinnausschüttungen bei Beteiligungen, usw.

573 zum Beispiel Zinsen auf die durch den Kauf entstandene Einlage (Verbindlichkeit gegenüber Nichtbanken); bei Einsatz der Einlage durch den Empfänger mittels Überweisung an eine andere Bank, muss ein Bilanzausgleich erfolgen; auch hierdurch entstehen Refinanzierungskosten (zusätzlicher Zentralbankgeldbedarf oder Zinsen innerhalb des Interbankenmarktes)

nungsausserung. Die unkritische Beachtung dieser Arbeit, besonders von Vollgeldbefürwortern, überrascht. Ich bin in weiten Teilen bei meinen Studien zu anderen Ergebnissen gekommen.

Nach Joseph Huber und James Robertson entspräche der „echte Geldschöpfungsgewinn“ der gesamten Summe des neu geschöpften Geldes. Sie beziffern den jährlichen Geldschöpfungsgewinn in Deutschland auf etwa 76 Milliarden Euro. Auf dieses Ergebnis kommen sie, indem sie das Wachstum der ökonomischen Größe Geldmenge M1 der herrschenden Volkswirtschaftslehre von 2004 bis 2006 betrachten und den Durchschnitt für jene drei Jahre berechnen. Dass M1 auch steigt, wenn beispielsweise Einlagen mit Zinsbindung auslaufen und nicht erneut mittel- oder langfristig angelegt werden, diskutieren die Autoren in diesem Zusammenhang nicht. Die Zinsmarge bezeichneten Huber und Robertson als Bankenextragewinn.⁵⁷⁴ Der Geldschöpfungsgewinn aus Sicht dieser beiden Autoren wäre demnach die Summe des Gewinns aus der Geldschöpfung über Kreditvergabe und bankseitigem Kauf von Vermögenswerten summiert mit den vereinahmten Zinsmargen. Meine Untersuchungen haben mir ganz andere Resultate gebracht.

10. Der Kreditausfall

Die von Geschäftsbanken vergebenen Kredite an Nichtbanken werden bilanziell als Forderungen an die Kreditnehmer auf der Aktivseite verbucht. Vor Kreditvergabe muss ein Kreditinstitut das Risiko bewerten, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass ein Kreditausfall eintreten kann. So wird die Bonität, also die Zahlungsfähigkeit des Kreditnehmers, geprüft. Darüber hinaus sind die Sicherheiten zu bewerten, falls der Kredit gegen das Stellen von Sicherheiten gewährt wird. Im Kreditzins wird prinzipiell eine Risikoprämie einkalkuliert. Je nach Höhe des Risikos unterscheiden sich demnach auch die jeweils ermittelten Risikoprämien. Dieser Kreditzinsanteil ist mit einem Versicherungsschutz vergleichbar: Fallen Kredite in der von dem Bankhaus

⁵⁷⁴ vgl. Huber, Joseph / Robertson, James: „Geldschöpfung in öffentliche Hand. Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter“, Gauke GmbH / Verlag für Sozialökonomie, 2008, S. 35

angesetzten Größe aus, genügen die Risikoprämien, die alle Kreditnehmer zahlen, um die Ausfälle zu kompensieren. Liegt die Ausfallrate unterhalb der berechneten, stellt sich ein zusätzlicher Gewinn für die Bank ein. Im umgekehrten Fall ergibt sich ein Verlust.

Auch wenn Kreditausfälle vor einer jeden Kreditvergabe veranschlagt und über Kreditzinsanteile die Risiken über alle Verpflichteten verteilt werden, ist jeder Forderungsausfall ein wirtschaftlicher Schaden für die Bank – bis zu einer gewissen Grenze ein vorher eingeplanter. Mit vollständiger oder teilweiser Abschreibung des ursprünglich geforderten Darlehensbetrages reduziert sich entsprechend die Bilanzsumme auf der Aktivseite. Da die Bilanz täglich auszugleichen ist – die Summe der Aktivposten entspricht immer der Summe der Passivposten – stellt sich sofort die Frage, welcher Passivposten bei Kreditausfällen betroffen ist.

Die Frage ist leicht und eindeutig zu beantworten: Wird eine Forderung an einen Kreditnehmer, weil nicht mehr eintreibbar, vollständig oder teilweise ausgebucht, reduziert sich dabei das Eigenkapital des betreffenden Kreditinstitutes. Das Eigenkapital ist das Vermögen der Eigentümer, diese sind demnach von uneinbringlichen Forderungen direkt betroffen.

Aus den Reihen derer, die eine Geldschöpfung der Geschäftsbanken sehen, ist oft zu hören, dass Kreditausfälle unproblematisch seien, da sich Kreditinstitute die finanziellen Mittel, die wegen des Forderungsausfalls fehlten, selbst neu erzeugen könnten. Dies ist jedoch genauso falsch wie die Ansicht, Banken könnten ihre Kreditausfälle gegeneinander verrechnen, sollten sie parallel erfolgen. Ein Beispiel für eine solche fehlerhafte Position liefert Horst Seiffert:

„Werden bei den anderen Banken in derselben Größenordnung Kredite nicht zurückgezahlt, so ändert sich nichts an der Zahlungsbilanz der Geschäftsbanken untereinander. Infolge der Kompensation der von Bankkunden initiierten Zahlungen neutralisieren sich die Ausfälle zwischen den Geschäftsbanken. Somit hat keine der beteiligten Banken eine Einbuße infolge von Kreditausfällen.“⁵⁷⁵

575 Seiffert, Horst (2014), a. a. O., S. 38

Der gedankliche Fehler lässt sich aus den Mechanismen der doppelten Buchführung gut ableiten. Man kann eine einseitige Reduzierung der Aktiva durch Kreditausfall nicht über Zahlungsströme kompensieren. Seiffert löst den Widerspruch, indem er das Prinzip der doppelten Buchführung, wie bereits beschrieben, ebenfalls in Frage stellt.

Es irritiert, dass gerade solche groben Fehler von Vollgeldanhängern nicht tiefgründig diskutiert werden. Das Werk von Seiffert wird auf der Homepage der Monetative mit folgendem Text beworben:

„Nach Horst Seiffert schöpfen die Banken Geld nicht nur über Kredit und Investment, sondern auch z. B. zur Zahlung ihrer Beschäftigten. Die übliche Bilanzierung verschleiert die wirkliche Gewinnsituation der Banken, meint Seiffert. Das Buch eröffnet eine neue Sicht auf die Bankenwelt.“⁵⁷⁶

Dieser unkritische Umgang seitens der Vollgeldbefürworter vermittelt den Eindruck, dass hier weniger wissenschaftlich gearbeitet wird, weil Seifferts Thesen vom Grundsatz her in die inhaltliche Zielrichtung dieser Gruppe passen.

Das Kreditwesengesetz regelt die Kreditvergabe. Banken haben in regelmäßigen Abständen Informationen zu liefern, damit Behörden systemische Risiken schneller erkennen (siehe Kapitel II.2: „Das Kreditwesengesetz“). Diesen systemischen Risiken muss Rechnung getragen werden.

576 Monetative e. V. Berlin, <http://www.monetative.de/buecher-1/> (abgerufen am 11.10.2016)

11. Weitere Positionen zum Geldbegriff und zur Schöpfungsthematik

11.a Matthias Weik und Marc Friedrich

Beginnen wir mit einem Werk, über welches man im Vorwort zur Taschenbuchausgabe folgendes erfährt:

„Heute ist das Buch seit über 18 Monaten auf allen wichtigen Bestsellerlisten vertreten. Es war das erfolgreichste Finanzbuch 2013 und stand auf Platz 3 der Jahresbestsellerliste des Spiegel, Sparte Sachbuch, sowie im Managermagazin sechsmal auf Rang eins. Mittlerweile ist das Buch auf Koreanisch und Chinesisch erhältlich.“⁵⁷⁷

Die Autoren erklären selbst, dass sie kein „fades Finanzsachbuch“⁵⁷⁸ schreiben wollten, und es stimmt: In weiten Teilen liest es sich wie ein Wirtschaftskrimi. Beurteilt man die Arbeit nach der Methodik, wie sie verfasst wurde, hatte sie von vornherein gute Chancen, entsprechend wahrgenommen zu werden. Beim Betrachten der Fußnotenliste fällt auf, dass überdurchschnittlich viel unter anderem aus *Handelsblatt*, *Focus Online*, *Welt Online* und *Spiegel Online* zitiert wird. Doch inwiefern hilft diese Arbeit tatsächlich die Zusammenhänge zu erkennen?

Weik und Friedrich starten in ihrem Buch mit der Frage: „Was ist Geld?“⁵⁷⁹ Man kann lesen:

„Das vom Staat herausgegebene Geld gilt als ‚gesetzliches Zahlungsmittel‘. Geld gibt es in Form von Münzen, (Bank-)Noten und Buchgeld (Giralgeld). Der Staat empfiehlt jedem Marktteilnehmer, dieses Zahlungsmittel zur Bezahlung von Waren und Dienstleistungen zu verwenden.“

577 Weik Matthias / Friedrich Marc: „Der größte Raubzug der Geschichte. Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“, Bastei Lübbe Taschenbuch Band 60804, 2. Auflage Juni 2014, überarbeitete und aktualisierte Taschenbuchausgabe, Originalausgabe: Tectum Verlag, Marburg, 2012, S. 15

578 ebd. S. 14

579 ebd. S. 17

Banknoten und das sogenannte Giralgeld werden in einem Satz genannt und in einen Topf geworfen. Es wird im Zitat der Eindruck erweckt, es handle sich um zwei Formen ein und desselben Aggregats und er wird dadurch noch verstärkt, weil es angeblich seitens des Staates bezüglich der Verwendung eine einheitliche Empfehlung gäbe.

Auch Mark Joób meint, dass das elektronische Buchgeld⁵⁸⁰ dem Bargeld in der Praxis vollkommen gleichgestellt sei.⁵⁸¹ Richtig ist hingegen, dass für Zentralbankgeld ein Annahmewang besteht (siehe Kapitel I.8: „Das gesetzliche Zahlungsmittel“), für das Übertragen von Ansprüchen auf Geld (Überweisung) jedoch nicht. Darüber hinaus sind unter anderem die Buchungen des Bilanzausgleiches und damit die Verbindung zum Zentralbankgeld nach Übertragung eines Anspruches auf Zentralbank zu berücksichtigen (siehe auch Kapitel III.4.b: „Der Kreditmitteleinsatz durch Überweisung“). Auch gibt nicht der Staat, sondern die Zentralbank Geld aus.

Weiter heißt es bei Weik und Friedrich:

„FIAT-Geld bedeutet nichts anderes, als Geld aus dem Nichts (ungedeckt) in beliebiger Höhe zu schaffen, zum Beispiel durch die Notenpresse oder durch die Geschäftsbanken.“⁵⁸²

Wie wir mittlerweile erarbeitet haben, ist es zwingend erforderlich zwischen Geld und Forderung auf Geld – beispielsweise täglich verfügbare Einlagen auf Girokonten – zu unterscheiden ist. Zum Beispiel unter der Überschrift „Die Eigenkapitalanforderungen“ (siehe Kapitel III.8) wird aufgezeigt, dass den Geschäftsbanken eine beliebig hohe Kreditvergabe nicht möglich ist. Deshalb ist die eben zitierte, von Weik und Friedrich getroffene, Aussage falsch.

Der Fairness halber noch folgendes Zitat von denselben Autoren:

„Buchgeld ist jedoch – im Gegensatz zum Bargeld – kein gesetzliches Zahlungsmittel und unterliegt keiner gesetzlichen Annahme-

580 Mark Joób verwendet den Begriff „elektronisches Buchgeld“ für täglich fällige Sichteinlagen.

581 vgl. Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): „Die Vollgeld-Reform. Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können“, editio on Zeitpunkt, Solothurn, April 2015, 4. aktualisierte Auflage, S. 16

582 Weik Matthias / Friedrich Marc (2014), a. a. O., S. 18

pflicht, wird jedoch im Wirtschaftsleben allgemein akzeptiert. [Hervorhebungen getilgt]⁵⁸³

Diese Textzeile ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass im gesamten Buch keine ausreichende Abgrenzung zwischen Zentralbankgeld und Einlage (Forderung auf Zentralbankgeld) erfolgt. Noch verwirrender wird es, wenn es um die Prozesse geht, wie Geld entsteht.

Es macht betroffen, dass durch einen Bestseller derart fehlerbehaftete Sachverhalte zum Geld verbreitet werden. Es ist verständlich, dass man bei oberflächlicher Betrachtung zu diesen Einschätzungen gelangen kann. Allerdings irritiert, dass die Verfasser als professionelle Vermögensberater arbeiten und die Zusammenhänge nicht tiefgründiger und genauer durchleuchtet haben.

Damit wir zu besseren Wegen finden – im Vergleich zu jenen, auf denen wir uns aktuell befinden – braucht es einen Erkenntnisprozess in breiten Bevölkerungsschichten. Das Buch von Weik und Friedrich hilft leider nicht weiter bei der Beantwortung der Fragen: Was ist Geld? Wie entsteht es? Wie gelangt es in den Wirtschaftskreislauf? Und wie bleibt es im Umlauf? (siehe auch Kapitel IV.3: „Eine einfache Rechnung“)

11.b Mathias Binswanger

Der Sohn des bekannten Schweizer Wirtschaftswissenschaftlers Hans Christoph Binswanger meldet sich 2015 mit einem Buch⁵⁸⁴ zum Thema zu Wort.

Der Buchtitel lässt seine Position zum Thema Geldschöpfung bereits erahnen; eines seiner Kernstatements ist folgendes:

„Banken schaffen Geld: Banken sind ‚Geldproduzenten‘: Sie leihen nicht Geld aus, welches vorher jemand bei ihnen deponiert hat, sondern sie schaffen neues Geld, indem sie Geld an ihre Kunden vergeben. [Hervorhebung durch den Verf.]“⁵⁸⁵

583 ebd. S. 31

584 Binswanger, Mathias: „Geld aus dem Nichts. Wie Banken Wachstum ermöglichen und Krisen verursachen“, Wiley-VCH Verlag & Co. KGaA Weinheim, 2015

585 ebd., S. 15

Das ist falsch und er zeigt damit, dass er zwischen Geld und täglich verfügbarer Sichteinlage nicht unterscheidet. Im ersten Moment war zu vermuten, dass Binswanger bei seiner Gelddefinition, wie viele Autoren, auf die Verwendung abstellt. Er schreibt:

„Der größte Teil des Geldes, welches wir heute für Zahlungszwecke verwenden, ist sogenanntes Giralgeld.“⁵⁸⁶

Welche unterschiedlichen Wirkungen Überweisungen erzeugen, nachdem der Anspruch auf Geld an einen anderen Kontoinhaber übertragen wird, diskutiert Binswanger nicht.

Ein paar Seiten weiter unten formuliert er:

„Der Prozess der Geldschöpfung in der heutigen Wirtschaft wird im Wesentlichen durch den Satz ‚Kredite schaffen Einlagen (Loans make deposits)‘ beschrieben. In einer modernen Wirtschaft entsteht Geld hauptsächlich durch die Kreditvergabe der Geschäftsbanken.“⁵⁸⁷

Es stellt sich die Frage: Was entsteht denn nun durch die Kreditvergabe, Geld oder Einlage? Und ist es bei den Betrachtungen nicht mehr als sinnvoll, zwischen beiden Aggregaten klar zu differenzieren? Später, im Zusammenhang mit Bank Runs, schreibt Binswanger, dass dann „[...] viele Kunden gleichzeitig das von Geschäftsbanken geschaffene Geld in ‚echtes Geld‘ umtauschen wollen.“⁵⁸⁸ Sollen wir demnach nach Binswanger zwischen echtem und unechtem Geld unterscheiden? Was gehört dann alles zum echten und was zum unechten Geld?

Binswanger stellt heraus, dass „[...] die Kreditvergabe nicht mit dem Sparer beginnt.“⁵⁸⁹ Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass er Vollgeld befürwortet, denn bei Vollgeld überträgt der Vollgeldeigentümer sein überschüssiges Vollgeld zuerst an ein Kreditinstitut, bevor es verliehen werden kann. Sobald man jedoch diesen Ablauf im Blick hat, müssen die Fristen der Vollgeldeinlage und des Vollgeldkredits betrachtet werden. Bis auf eine kurze Bemerkung wird allerdings die Fristentransformation von Binswanger nicht thematisiert.

586 ebd. S. 25

587 ebd. S. 28

588 ebd. S. 207

589 ebd. S. 30

Der Autor erklärt, dass der Begriff *Geldmenge* „[...] nicht eindeutig definiert ist und in praktisch allen Ländern verschiedene Geldmengenaggregate existieren.“⁵⁹⁰ Hieraus leitet er jedoch keine klare Forderung ab, dass dieses Defizit behoben werden soll.

Später betrachtet Binswanger vermeintliche Geldschöpfungsvorgänge in Verbindung mit Immobilienkrediten. In Zusammenhang mit dem Immobilienmarkt in England arbeitet er in einer Grafik mit dem Aggregat M4 als Geld, bei der Schweiz verwendet er M3 als Grundlage seiner Geldbetrachtungen.⁵⁹¹ Die eingangs erwähnte Vermutung, dass Binswanger beim Geldbegriff darauf abstellt, welche finanziellen Mittel man zum Bezahlung verwenden kann, trifft somit nicht zu.

Folgenden Satz könnte man als Seitenhieb gegen die Geldreformszene verstehen:

„Freudig werden uns weitere Krisen prophezeit und Untergangsszenarien präsentiert, sofern unser Geldsystem nicht grundlegend reformiert wird.“⁵⁹²

Ohne Anhänge und Anmerkungen hat Binswangers Arbeit über 323 Seiten, grundlegende Geldreformrezepte bespricht er ab Seite 292. Alternative Wege nehmen demnach in seinem Werk einen recht geringen Raum ein.

Eine Rückkehr zum Goldstandard kommt für Binswanger nicht in Frage:

„Insgesamt erweist sich die Wiedereinführung des Goldstandards als praktisch untauglicher Vorschlag zur Wiederherstellung der Kontrolle über die Geldschöpfung.“⁵⁹³

Deshalb befürwortet er eher das *100-Prozent-Geld*:

„Besser durchdacht als die Rückkehr zum Goldstandard ist der Vorschlag des 100 %-Geldes. Allerdings ist er im Unterschied zum Goldstandard in der Praxis noch nie erprobt worden [...].“⁵⁹⁴

590 ebd. S. 177

591 vgl. ebd. S. 231 f.

592 ebd. S. 292

593 ebd. S. 294

594 ebd. S. 295

Beim 100-Prozent-Geld müssen alle täglich verfügbaren Sichteinlagen vollständig mit Zentralbankgeld unterlegt sein. Diese Idee geht auf den Ökonomen Irving Fisher zurück, dessen Buch in den 1930er Jahren erschien. Nach Binswanger „[...] steckt der Teufel auch beim 100-Prozent-Geld im Detail, [...] da Banken leicht auf andere Formen von Guthaben (Sparguthaben, Terminguthaben) ausweichen könnten [...].“ Nur weshalb sollten alle Einlagen – auch die mit vereinbarten Laufzeiten und Kündigungsfristen – vollständig mit Zentralbankgeld gedeckt sein? Bei einer von Geschäftsbanken realisierten Fristentransformation im gesunden Maße besteht hierfür keine Notwendigkeit.

Auch das Vollgeld wird dem Leser von Binswangers Werk als Geldreformkonzept nahegebracht. Hierzu verfasst der Autor folgendes:

„Der Vorschlag des Vollgeldes ist letztendlich eine noch strengere und weniger bankenfreundlich formulierte Variante der 100 %-Geld-Idee. [...] Nur stellt sich auch hier, wie schon beim 100 %-Geld, die Gretchenfrage: Wie legt die Monetative fest, um wie viele Prozent die Geldmenge jeweils ansteigen soll? Die Verfechter der Idee einer Vollgeldreform haben in dieser Hinsicht für Details wenig übrig. [...] Mit ihrem übergroßen Vertrauen in das Wissen um eine ‚richtige Geldversorgung‘ der neuen ‚Monetative‘ machen es die Vollgeldreformer den Kritikern relativ leicht. [...] Im Übrigen gelten die schon gegen die 100 %-Geld-Idee vorgebrachten Bedenken bei der Vollgeld-Idee noch in verstärktem Ausmaß.“⁵⁹⁵

Fließendes Geld wird auf gut zwei Seiten ausschließlich in Verbindung mit Komplementärwährungen vorgestellt:

„Damit dieses Geld dann auch immer wieder ausgegeben wird, sind lokale Währungen häufiger mit einer Umlaufsicherung versehen, das heißt man bezahlt einen negativen Zins, wenn man das Geld über längere Zeit ‚hortet‘. [...] Das heißt, wer Geld längere Zeit nicht ausgibt, verliert einen Teil des Geldwertes (der Negativzins). Menschen werden dazu angehalten, ihr Geld möglichst sofort auszugeben [oder anzulegen, damit es ein anderer Marktteilnehmer nutzen kann; Anm. S. H.] und auf diese Weise den Anbietern eine sichere Abnahme ihrer Waren zu garantieren. [...]“

595 ebd. S. 300 f.

Wegen ihrer gesamtwirtschaftlich marginalen Bedeutung können sie auch kaum etwas zur Lösung der Probleme des heutigen Geldsystems beitragen.“⁵⁹⁶

Binswanger stellt hier die alternative Geldumlaufsicherung vor. Es fällt ihm jedoch schwer, den Mechanismus gedanklich auf Geld zu übertragen. Er unterstellt damit, dass eine Gebühr auf Zahlungsmittel nur bei ergänzenden regionalen Modellen Anwendung findet und betrachtet diese Methode nicht in Verbindung mit Landeswährungen. Das Herausstellen von Binswanger, dass „[...] lokale Währungen mit einer Umlaufsicherung versehen wären“, ist nicht ganz richtig. Im aktuellen Geldsystem dient ein Zins größer null Prozent als destruktive Geldumlaufsicherung, da beispielsweise exponentielle Wachstumsprozesse ausgelöst werden. Bei Fließendem Geld wird eine Gebühr auf Geld als konstruktive Umlaufsicherung verwendet, um zum Beispiel die zinsbedingte Umverteilung von fast allen zu wenigen zu beenden.

Er meint, dass das Heil momentan nicht in groß angelegten Totalreformen unseres Geldsystems liegen würde, diese schafften nur neue Probleme. Es braucht wirksame Kontrollmechanismen: Geschäftsbanken müssten ihre Vergütungssysteme auf die Verträglichkeit der durch sie gesetzten Anreize überprüfen lassen. Bei der Inflation solle man sich nicht nur auf die Güter- und Dienstleistungspreise fokussieren, sondern auch den Aktien- und Immobilienmarkt mit einbeziehen. Würde ein Maximalwert von drei Prozent Inflation überschritten, müssten spezifische Maßnahmen ergriffen werden.⁵⁹⁷ Damit meint er zum Beispiel stärker variierbare Eigenkapitalanforderungen (siehe Kapitel III.8: „Die Eigenkapitalanforderungen“).

Die Zins und Zinseszinsschematik wird von Binswanger nicht diskutiert, exponentielle Wachstumsprozesse führt er vollständig auf eine vermeintlich stattfindende Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken zurück.

596 ebd. S. 305 f.

597 vgl. ebd. S. 307 f.

11.c Christoph Pfluger

Christoph Pfluger erklärt auf der ersten Seite seines Buches *Das nächste Geld*, dass „[...] aus dem Wunsch nach einer eingängigen Darstellung der Fehler des Geldes und den Möglichkeiten ihrer Korrektur ein Krimi über einen Grossbetrüger geworden [ist], der weltweit seine Fallen stellt.“⁵⁹⁸ Nun ist das Typische für einen Krimi, dass es Täter und Opfer gibt, wird also der Autor eher auf die Suche nach diesen gehen oder systemische Fragen behandeln?

Zweifelsfrei ist eine seiner Kernaussagen bereits in den einleitenden Worten zu finden:

„Geld entsteht buchstäblich aus dem Nichts. Wenn Banken einen Kredit vergeben, verleihen sie nicht das Geld der Sparer – diese behalten es nämlich – sondern schreiben es einfach ins Konto des Kreditnehmers.“⁵⁹⁹

Nach diesem Zitat ist Pfluger eindeutig der Meinung, dass bei der Kreditvergabe von Geschäftsbanken Geld geschaffen würde. Weshalb er denkt, dass „Sparer ihr Geld behielten“, ist nicht nachvollziehbar. Im nächsten Satz schreibt er:

„Mit dieser Zahl [Kreditbetrag als täglich verfügbare Sichteinlage auf dem Konto des Kreditnehmers; Anm. S. H.] auf dem Konto kann er [der Kreditnehmer; Anm. S. H.] bezahlen, als ob es Geld wäre, [...]“⁶⁰⁰

Um es noch einmal herauszustellen: Im ersten Zitat sagt Pfluger eindeutig, es wird Geld bei der Kreditvergabe durch Geschäftsbanken wie aus dem Nichts geschaffen. Im zweiten Zitat erklärt er, dass es sich gar nicht um Geld handeln würde, man könnte die finanziellen Mittel jedoch benutzen, „als ob es Geld wäre“. Definiert Pfluger demnach Geld über die mögliche Verwendung der verschiedenen Aggregate? Ist nach seiner Position all das, was Marktteilnehmer „zum Bezahlen“ einsetzen können, Geld? Wir werden es später erfahren.

598 Pfluger, Christoph: „Das nächste Geld. Die zehn Fallgruben des Geldsystems und wie wir sie überwinden“, Synergie Verlag und Mediengruppe Darmstadt, copyright: edition Zeitpunkt, 2. revidierte Auflage, 2016, S. 5

599 ebd. S. 5

600 ebd. S. 5

Pfluger stellt selbst fest, dass es keine wissenschaftliche Definition von Geld gibt:

„Aber kein Gesetz dieser Welt erklärt, was Geld wirklich ist.“⁶⁰¹

Weiter unten zitiert er Alan Greenspan, einen ehemaligen Chef der amerikanischen Notenbank, der nach Pfluger gesagt haben soll:

„Wir haben ein Problem, Geld exakt zu definieren. [...] Die gängige Definition von Geld gibt uns nicht die geeigneten Mittel, die Geldversorgung zu kontrollieren.“⁶⁰²

Offensichtlich kritisiert Pfluger hier zumindest indirekt die herrschende Volkswirtschaftslehre, da sie keine eindeutige Gelddefinition liefert. So entstand die Vermutung, dass er den Mangel erkannt hat und bei der Gelddefinition eine Empfehlung abgibt.

Pfluger schreibt weiter:

„Geld ist also Anspruch auf Gegenleistung, der durch eine soziale Technologie zu einem sicheren und übertragbaren Kredit erhoben wird. [...] Geld ist keine Ware – beispielsweise Gold –, sondern ein Recht zum Bezug von Waren. Es wird zwar durch Symbole dargestellt – bedrucktes Papier, Zahlen auf einem Konto, Elektronen in einem Computer. Am Ende ist und bleibt Geld ein Recht.“⁶⁰³

Seine Aussage kann in der Form gewertet werden, dass er den Anspruch auf Geld, also die täglich fällige Sichteinlage auf einem Girokonto („Zahlen auf einem Konto“) und das Zentralbankgeld („bedrucktes Papier“) gleichsetzt. Insofern übernimmt er die Defizite der Wirtschaftswissenschaft und es entstehen auch bei ihm folgenschwere Ableitungsfehler. Diese Auffassung manifestiert sich, da er wiederholt feststellt:

„Das aus dem Nichts geschaffene Geld [täglich fällige Sichteinlage auf einem Girokonto; Anm. S. H.] funktioniert wie normales, sauer verdientes Geld: Man kann damit bezahlen.“⁶⁰⁴

601 ebd. S. 5

602 ebd. S. 16

603 ebd. S. 21

604 ebd. S. 31

Die Möglichkeit der Ausführung einer Überweisung bei Sichteinlagen nimmt Pfluger demnach als Beweis, dass täglich verfügbare Einlagen als Geld zu sehen sind, da diese Mittel wie *richtiges Geld* funktionieren würde.⁶⁰⁵ Es sei bemerkt, dass Pfluger in der betreffenden Textpassage das Wort Geld in Anführungszeichen gesetzt hat. Doch was sollen uns nun derartige Formulierungen sagen? Gibt es „Bankengeld“ als „unrichtiges Geld“ (Binswanger spricht von „uechtem Geld“), welches jedoch wie *richtiges Geld*, also Zentralbankgeld funktioniert und ihm deshalb gleichzusetzen ist?

Pfluger weist selbst darauf hin, dass nach einer Überweisung zu einer anderen Bank ein Bilanzausgleich erfolgen muss:

„Wird nämlich ein Betrag von einer Bank zur anderen überwiesen, geschieht dies nicht mit Banken-, sondern mit Zentralbankgeld.“⁶⁰⁶

Das ist zwar so nicht ganz richtig, da der Bilanzausgleich auch über weitere Wege (zum Beispiel Interbankenmarkt) ausgeführt werden kann (siehe Kapitel III.4.b: „Der Kreditmitteleinsatz durch Überweisung“). Seinen Gedanken, also den angedeuteten Zusammenhang zwischen täglich verfügbaren Sichteinlagen und Zentralbankgeld nach einer Überweisung, verfolgt er nicht weiter. Im Gegenteil, auf derselben Seite des letzten Zitates schreibt er:

„Dabei wird unterschlagen, dass mit rund 90 Prozent der erdrückende Anteil der Geldmenge von den privaten Banken geschöpft wird.“⁶⁰⁷

Somit wirft er erneut Geld und Forderungen auf Geld in einen Topf und begeht damit dieselben Fehler wie andere Autoren. Auf den von Geschäftsbanken angeblich geschöpften Geldmengenanteil in Höhe von 90 Prozent – bezogen auf die gesamte Geldmenge – wurde bereits eingegangen (siehe beispielsweise Kapitel I.1: „Was ist Geld“). Pfluger beruft sich auch auf Horst Seiffert, wenn es darum geht, dass Banken Vermögenswerte mit „selbst geschaffinem Geld“ kaufen könnten (siehe Kapitel III.9: „Der Geldschöpfungsgewinn“).

605 vgl. ebd. S. 31

606 ebd. S. 33

607 ebd. S. 33

Später bezieht er sich bei der Definition des Geldbegriffes auf einen Gleichgesinnten, Joseph Huber:

„Um uns die komplizierte Diskussion über die verschiedenen Geldmengen und ihre je nach Land unterschiedlichen Definitionen zu ersparen, sei hier Joseph Huber zitiert, emeritierter Professor für Wirtschaftssoziologie der Universität Halle, ein führender Geldreformer im deutschen Sprachraum: ‚Die reale Geldmenge [wuchs 1992 bis 2008] fast viermal stärker als das BIP zu Marktpreisen, dessen Zuwachs sich auf 51 Prozent belief, und mehr als achtmal stärker als das preisbereinigte reale BIP, das um 23 Prozent zulegte.‘ Diese Zahlen gelten für Deutschland.“⁶⁰⁸

Nur, was ist die Ursache für die Entwicklung von exponentiellem Wachstum von Guthaben und Schulden? Eine vermeintliche Geldschöpfung der Geschäftsbanken oder die Art der Umlaufsicherung des Geldes? An anderer Stelle wurde bereits festgestellt, dass auch Huber mit keiner klaren Geldmengendefinition arbeitet und sich somit zwangsläufig grobe Ableitungsfehler ergeben müssen.

Pfluger macht folgende Rechnung auf: Eine Bank verkauft einen Kredit über 100.000 Euro. Nun erklärt er, dass das Kreditinstitut eine zusätzliche Mindestreserve von einem Prozent, bezogen auf oben genannten Kreditbetrag, aufbringen müsse. Im betreffenden Fall wäre dies ein Betrag von 1.000 Euro. Fehlte dem Bankhaus nun dieses Zentralbankgeld, könnte es sich die finanziellen Mittel bei der Europäischen Zentralbank beschaffen. Die EZB würde hierfür einen Zins von 0,05 Prozent berechnen, demnach müsste das Bankhaus für das zusätzlich erhaltene Zentralbankgeld „50 Cent bezahlen“⁶⁰⁹. Fortführend heißt es:

„Mit diesem lächerlichen Betrag finanziert sie einen Kredit, der in der Folge in die Preise eingerechnet wird, die wir als Konsumenten bezahlen. Das ist eine Marge von zehntausend Prozent. Wenn man sich da fragen muss, was der Allgemeinheit wohl zugute kommen könnte, wird einem schon schwindelig, bevor man die Frage verstanden hat.“⁶¹⁰

608 ebd. S. 104

609 Stand Dezember 2015, gültig seit September 2014

610 ebd. S. 34

In Diskussionen ist hin und wieder zu hören, Banken würden mehrere zehntausend Prozent Gewinn bei der Kreditvergabe erzielen. In Pflugers Ausführungen könnte eine mögliche Quelle für solche Aussagen liegen. Bemerkenswert ist, dass Pfluger herausstellt, dass in letzter Instanz Schuldzinskosten vom Konsumenten zu tragen sind. Warum plädiert er dann nicht für geringere Schuldzinskosten, damit Konsumenten entsprechend entlastet werden? Eine solche Wirkung hat Fließendes Geld. Dies wird jedoch von Pfluger nicht herausgearbeitet.

Eine solche Darlegung über derart exorbitante Gewinnmargen kann nicht unkommentiert stehen gelassen werden, wenngleich Pfluger selbst ergänzt:

„Mit dieser Brutto-Marge muss die Bank allerdings – wie jedes andere Unternehmen auch – ihre Kosten bestreiten, die Refinanzierung etwa oder die Verzinsung der Einlagen.“⁶¹¹

Die Gewinnmarge eines Kreditinstituts ermittelt sich nicht aus der Differenz des Kreditzinses auf den Darlehensbetrag und den Zinskosten der zugehörigen Mindestreserve in gesetzlich vorgeschriebener Höhe. Die Refinanzierungskosten der Darlehensvergabe übersteigen bei Weitem die Zinskosten der gegebenenfalls zusätzlich erforderlichen Mindestreserve. In der Gewinn- und Verlustrechnung werden (siehe Kapitel II.3: „Das Handelsrecht“) alle vereinnahmten und gezahlten Zinsen verbucht. Hier kann man die tatsächlich von Banken erzielten Margen herauslesen. Das Ergebnis beim Saldieren von Zinseinnahmen und Ausgaben sollte möglichst positiv sein, so dass die dann zur Verfügung stehende Zinsmarge Kosten decken und Risiken abfedern kann.

Ein Darlehensnehmer kann, nachdem er einen Kreditvertrag eingegangen ist, den Kreditbetrag bar abheben. In diesem Fall muss die Bank Zentralbankgeld nicht in Höhe von nur einem Prozent auf den Darlehensbetrag beschaffen, sondern von 100 Prozent (siehe Kapitel III.4.a: „Der Kreditmitteleinsatz durch Barzahlung“).

Überweist ein Darlehensnehmer die kreditierte Summe mit Einsatz der Darlehensmittel an eine andere Bank, muss danach der Bilanzausgleich stattfinden. Erfolgt dieser über den Interbankenhandel, sind auf

611 ebd. S. 34

den gesamten Kreditbetrag Zinszahlungen fällig (siehe Kapitel III.4.b.b: „Der Bilanzausgleich durch Interbankenhandel“).

Selbst wenn eine spiegelbildliche Überweisung erfolgt (so dass kein Bilanzausgleich nach der Erstüberweisung notwendig ist), können täglich fällige Einlagen in Einlagen mit vereinbarter Laufzeit transferiert werden, für die das Bankhaus dann Guthabenzinsen an die Gläubiger zahlen muss. Geschieht vorgenanntes zeitversetzt und ist das Zinsniveau zwischenzeitlich angestiegen, sind durch das Vorgehen der Halter von Einlagen die Zinsmargen der Bank schnell vollständig aufgezehrt (siehe III.4.b.a: „Der Bilanzausgleich durch Saldierung“). Eine solche Situation brachte bereits viele Banken in der Vergangenheit an die Grenze ihrer Belastbarkeit. Wenn man demnach ein solches Beispiel, wie Pfluger es gemacht hat, präsentiert, sollte man zwingend auch die Problematik der Fristentransformation beleuchten, sonst wird aus zielführender Betrachtung Ideologie.

Es ist jedoch völlig realitätsfern, dass die Bilanzen von Banken ausschließlich durch Saldierung an einem Tag ausgeglichen werden. Es sind immer Sollsalden über Zentralbankgeld zu verrechnen oder die Institute vergeben sich gegenseitig Kredite (Interbankenhandel). In diesem Moment entstehen nicht Kosten von 50 Cent, wie Pfluger behauptet, sondern es sind von der ursprünglich kreditvergebenden Bank unter anderem Zinskosten mit dem Zinssatz des Interbankenmarktes zu tragen. Solche Kredite werden immer für kurze Laufzeiten ausgereicht, deshalb machen sich spätere Zinserhöhungen im Ergebnis schnell bemerkbar. Eigenkapitalvorschriften, Kreditausfall-, Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken, die deutlich umfangreicheren Zusammenhänge zum Zentralbankgeld, lässt Pfluger bei seinem Beispiel unter den Tisch fallen. Damit schickt er seine Leserinnen und Leser gedanklich auf einen falschen Weg und erweist dem Erkenntnisprozess keinen guten Dienst.

Weiter schreibt Pfluger:

„Die Geldschöpfung wird theoretisch begrenzt durch die Mindestreserve an Zentralbankgeld [...].“⁶¹²

612 ebd. S. 35

Auf die Eigenkapitalanforderungen geht er nicht ein, somit ergibt sich ebenfalls ein stark verschobenes Bild, denn das Vorhalten von Eigenkapital in gesetzlich vorgeschriebener Höhe ist elementar.

Pfluger setzt sich auch mit der Zinsfrage auseinander:

„[D]ie grundlegende Dynamik unseres Kreditgeldsystems ist der Zins, eine Exponentialfunktion.“⁶¹³

„Zins funktioniert vielleicht in individuellen, zeitlich begrenzten Verträgen, aber ganz sicher nicht als Basis unseres Geldsystems. [...] In einem zinsbasierten Geldsystem sind wir gezwungen, in derselben Zeit immer mehr zu tun – die Beschleunigung nimmt zu.“⁶¹⁴

Insofern bestätigt er den zinsbedingten Wachstumszwang. Pfluger bezieht sich auch auf Helmut Creutz, der jedoch eine komplett andere Haltung zur sogenannten Geldschöpfung einnimmt. Auch Silvio Geßell und Margrit Kennedy finden bei ihm Erwähnung. Pfluger erwähnt die Brakteaten des Mittelalters (siehe Kapitel IV.7.a: „Die Brakteatenzeit“) und bezeichnet sie als „friedliches Geld“. Auch führten seiner Meinung nach die Münzverrufe⁶¹⁵ zu einer schnellen Zirkulation des Geldes und er kommt zu demselben Ergebnis wie das Ihnen vorliegende Buch:

„Die großen Kathedralen des späten Mittelalters – nicht nur architektonische, sondern auch soziale und ökonomische Wunderwerke – sind Zeugnis der Blüte, die das angeblich schlechte Geld⁶¹⁶ bewirkte. Auch die rund hundert kirchlichen Feiertage, an denen nicht oder kaum gearbeitet wurde, musste man sich erst leisten können.“⁶¹⁷

613 ebd. S. 72

614 ebd. S. 76

615 siehe nächste Fußnote

616 Es gibt Ökonomen, die die Brakteaten als „schlechtes Geld“ bezeichnen, da die im Umlauf befindlichen Münzen in gewissen Abständen „verrufen“ wurden. Die „alten“ Münzen verloren damit ihre Gültigkeit, sie mussten gegen „neue“ eingetauscht werden. Beim Wechsel gab man zum Beispiel zehn bisher gültige ab, um acht neue Münzen mit definierter Akzeptanz zu erhalten.

617 Pfluger, Christoph (2016), a. a. O., S. 27 f.

Pfluger spricht die Alternativwährung Wära aus Schwanenkirchen und das Wörgl-Experiment aus den 1930er an. So stellt er selbst fest, dass die Arbeitswertscheine in Wörgl (siehe Kapitel IV.7.b: „Der Feldversuch von Wörgl“) viel schneller zirkulierten:

„104 Mal im Jahr liefen die Arbeitswertscheine um und schafften Wohlstand“⁶¹⁸

Man sollte meinen, weil er die Umlaufgeschwindigkeit verschiedentlich herausstellt und den Zins als Geldumlaufsicherung deutlich kritisiert, dass er abschließend zu anderen Ergebnissen gelangen müsste. Er nimmt Bezug auf Gesell in Verbindung mit den negativen Wirkungen bei der Hortung von Geld und signalisiert damit unmissverständlich, dass er sich auch mit diesen Fragen beschäftigt hat und kommt dennoch zu dem Fazit:

„Die politische Reform mit dem weitaus grössten Potential ist die Vollgeld-Reform, wie sie in England von James Robertson [...] und im deutschen Sprachraum vom emeritierten Professor für Wirtschaftssoziologie der Universität Halle, Joseph Huber 2008 mit ihrem gemeinsamen Buch Geldschöpfung in öffentlicher Hand in die Diskussion gebracht wurde. [...] Die Vollgeld-Reform zielt direkt auf das Hauptproblem des heutigen Finanzsystems, die private Schöpfung von Geld als wachsende Schuld.“⁶¹⁹

Pfluger bespricht nicht die Art der Umlaufsicherung bei Vollgeld, obwohl er bei den Ausführungen in Zusammenhang mit Silvio Gesell selbst schreibt:

„Gehortetes Geld fehlt in der Wirtschaft, es wird weniger konsumiert und produziert, Arbeitslosigkeit breitet sich aus. Gesell erlebte dies hautnah in Argentinien und entwickelte daraus die Idee eines Geldes, dessen Wert sukzessive leicht abnimmt, fünf Prozent im Jahr. Wie für nicht gebrauchte Güterwagen eine Abstellgebühr bezahlt werden muss, sollte auch für Geld, das dem Wirtschaftskreislauf entzogen wird, eine Abgabe entrichtet werden und zwar in Form eines abnehmenden Wertes, der sogenannten Umlaufge-

618 ebd. S. 210

619 ebd. S. 218

bühr. Die Folge eines [...] Negativzinses ist eine schnellere Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, und das ist volkswirtschaftlich entscheidend. Wenig Geld, das schnell umläuft, erzeugt mehr Wert als viel Geld, das bei seinen Besitzern bleibt.“⁶²⁰

Doch welcher Mechanismus soll beim Vollgeld verhindern, dass nicht geschieht, was Pfluger in eben gebrachtem Zitat beschreibt, nämlich das Horten von Vollgeld?

Pfluger erklärt, dass sich die Banken im Vollgeldsystem „[...] das Geld bei den Sparern und vor allem bei der Zentralbank holen müssen.“⁶²¹ Warum Besitzer von Vollgeld („Sparer“) dieses an ein Kreditinstitut übertragen, diskutiert er nicht. Wäre die Motivation ein Zins größer null Prozent, würden sich genau die von ihm selbst kritisierten exponentiellen Wachstumsprozesse einstellen. Viele Vollgeldprotagonisten sprechen sich dafür aus, dass das Vollgeld über Vergabe an den Staat in Umlauf gelangt. Das sich damit Banken Vollgeld, wie von Pfluger im obigen Zitat vorgeschlagen, „von der Zentralbank holen“ können, entfiele in diesem Fall. Pfluger widerspricht sich selbst:

„Dabei wird das neue [Voll-]Geld im Verhältnis zur Wertschöpfung von der Zentralbank schuld- und zinsfrei geschöpft und durch Regierungsausgaben in die Volkswirtschaft eingespeist. [...] Wächst die Wirtschaft um 2 Prozent – in der Schweiz entspricht dies rund 10 Mrd. Franken – kann die Nationalbank die Geldmenge um den entsprechenden Betrag erhöhen, ohne dadurch das Gleichgewicht zwischen Geld- und Gütermenge inflationär zu stören.“⁶²²

Diese Aussage wäre nur dann richtig, wenn Pfluger eine Umlaufgeschwindigkeit von etwas über eins⁶²³ ansetzt. Das Bruttoinlandspro-

620 ebd. S. 212

621 ebd. S. 219

622 ebd. S. 219

623 Umlaufgeschwindigkeit: Die Umlaufgeschwindigkeit (UG) wird klassisch ermittelt, indem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) durch die Geldmenge geteilt wird. Da es in der herrschenden Volkswirtschaftslehre verschiedene Geldmengen gibt, existieren auch unterschiedliche Angaben zur Umlaufgeschwindigkeit, je nachdem, welche Aggregate als Geldmenge bei der Berechnung verwendet werden. Weitere Fehler bei der Ermittlung der UG über oben genannten Weg ergeben sich, da beispielsweise Käufe von Wertpapieren und

dukt der Schweiz lag 2015 bei ca. 645 Milliarden Schweizer Franken. Bei zwei Prozent Wachstum würde sich das BIP um ca. 12,9 Milliarden Schweizer Franken erhöhen. Unter dieser Voraussetzung Vollgeld im Wert von zehn Milliarden Schweizer Franken zusätzlich in den Kreislauf zu bringen, ist kritisch zu sehen. Eine inflationäre Entwicklung ließe sich kaum vermeiden, außer, die Umlaufgeschwindigkeit von Vollgeld wäre aus nicht nachvollziehbaren Ursachen ausgesprochen niedrig oder große Summen des neu emittierten Vollgeldes würden gehortet und kämen nicht nachfragewirksam zum Einsatz. Wäre dies jedoch der Fall, würde es sich um ein höchst instabiles System handeln. Denn was würde geschehen, wenn das gehortete Vollgeld plötzlich hilft, den Markt zu räumen?

Wenn ein Sparer sein Vollgeld an eine Bank überträgt, erwartet er, dass er es nach Ablauf der Zinsbindungsfrist sicher zurück erhält. Die Konsequenz hieraus ist, dass das Kreditinstitut, dem das Vollgeld vom Sparger zur Verfügung gestellt wurde, dieses auch nur für die Laufzeit der Einlage verborgen darf. In diesem Moment spricht man von Fristenkongruenz. Die Forderung nach Fristenkongruenz durch Vollgeld-ponenten ist jedoch nicht typisch. Im Gegenteil, dem Betrachten der Fristigkeiten wird meist zu wenig Beachtung geschenkt. Welche Wirkungen die Umsetzung einer Fristenkongruenz im aktuellen Geldsystem entfalten würde, wird ebenfalls nicht diskutiert. Hier sei erneut betont, dass eine Fristentransformation in einem gesunden Maße eine wichtige Aufgabe eines Bankhauses darstellt. Insofern ist die Forderung einer vollständigen Kongruenz der Laufzeiten von Passiv- und Aktivposten von Nichtbanken ohnehin eine eher gegenstandslose Untersuchung.

Pfluger sagt:

„Die Vollgeld-Reform ist notwendig, aber nicht hinreichend. Ohne Aufhebung der privaten Geldschöpfung aus dem Nichts bleiben alle anderen Reformen letztendlich Stückwerk.“⁶²⁴

Immobilien im BIP nicht enthalten sind. Auch, wenn man beim Bestimmen der UG Geld gemäß der Definition in diesem Buch heranzieht, muss berücksichtigt werden, dass im aktuellen System große Mengen des Geldes gehortet werden. Dies reduziert die so ermittelte UG, obwohl sie real höher ist. In jedem Fall liegt sie, bezogen auf Geld, deutlich über eins.

624 Pfluger, Christoph (2016), a. a. O., S. 241

Auch wenn er sich zur konstruktiven Umlaufsicherung, wie sie beim Fließenden Geld gedacht ist, positiv äußert, schreibt er nicht, dass ein solcher Mechanismus zu seinen Forderungen zählt, im Gegensatz zu seiner auf Vollgeld.

Bereits am Anfang seiner Schrift formuliert er:

„[W]er sich nur ein bisschen mit den ideellen und wissenschaftlichen Grundlagen des Geldes befasst, erkennt schnell, dass das monetäre Wissen ein riesiger Teppich von Halbwahrheiten und blin- den Flecken ist [...].“⁶²⁵

Er mag damit recht haben, doch sollten all diejenigen, die das aktuelle System kritisch hinterfragen, nicht vergleichbare Fehler begehen. Pfluger kommt bei der Auswertung von Buchungssätzen in Zusammenhang mit der Kreditvergabe von Geschäftsbanken zu anderen Ergebnissen als der Autor dieses Buches. Bei der Art und Weise des anzustrebenden Wandels lassen sich jedoch wertvolle Parallelen erkennen:

„[Es ist] auch ratsam, sich kein Feindbild zu machen. Die Gefahr, das Ziel zu verfehlen, ist einfach zu gross. Zudem hat der Kampf gegen das Böse noch nie das Gute hervorgebracht.“⁶²⁶

Auf den Schreibblöcken der gemeinnützigen Gesellschaft Neues Geld⁶²⁷ kann man den Satz lesen:

„Wir werden dann ganz neue Wege gehen, wenn die Angst vor der Veränderung kleiner ist als die Hoffnung auf Verbesserung.“

Insofern passt Pflugers Aussage hierzu:

„Angst ist [...] das erste, was wir überwinden sollten, wenn wir wieder klar denken und vernünftig handeln wollen.“

625 ebd. S. 12

626 ebd. S. 200

627 Neues Geld gemeinnützige GmbH: Gesellschaft wurde am 23.06.2011 ins Handelsregister eingetragen, Gesellschafter-Geschäftsführer: Steffen Henke, Zweck der Gesellschaft laut AO, § 52, Punkt 7: Förderung der Volks- und Be- rufsbildung, am 09.06.2012 veranstaltete sie in der Arena in Leipzig das Event mit dem Titel: „Lust auf neues Geld?“, es kamen über 1.500 Gäste

11.d Christian Felber – Gemeinwohl-Ökonomie

Christian Felber setzt sich seit vielen Jahren unermüdlich für die Gemeinwohl-Ökonomie ein und erklärt, auf welche Weise wir zu besseren Wegen finden können:

„Die [inhaltlichen Differenzen] sind nicht das Problem. Die können gar nicht das Problem sein, weil jeder Mensch einzigartig ist und anders als alle anderen. Das Problem ist, dass wir die differennten Meinungen nicht ertragen, sie aus Gewohnheit nicht gelten lassen, bewerten und bekämpfen. Das macht politische Diskussionen und demokratische Entscheidungen so unendlich mühevoll und unattraktiv. Menschen wollen nie alle dasselbe. Menschen wollen immer mehr oder weniger dasselbe. Die Kunst liegt in einem Entscheidungsverfahren, das die Gemeinsamkeiten feinfühlig herausstellt. Und dass dabei der Respekt voreinander gewahrt wird als oberstes Prinzip!“⁶²⁸

Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen.

Eine weitere Übereinstimmung konnte gleich zu Beginn seines Werkes entdeckt werden, wo er beschreibt, wie ein gesellschaftlicher Wandel vonstattengehen kann. Er empfiehlt nicht, auf behördliche Instanzen, Institutionen oder Volksvertretungen zu setzen:

„[A]llen freien, vernünftigen und demokratisch gesinnten Menschen [bleibt] nichts anderes übrig, als sich aus der bequemen Passivität und achselzuckenden Hinnahme einer multipel dysfunktionalen Geldordnung zu lösen und eigenverantwortlich und kooperativ von der BürgerInnenbasis her die Gestaltung einer neuen Geldordnung in Angriff zu nehmen.“⁶²⁹

Es ist zu beobachten, dass viele Aktive, auch in Basisgruppen von Parteien, bereit sind, wertvolle Veränderungen zu begleiten. Die Impulse aus diesen Organisationen sollten stärker von allen unterstützt werden, um noch bessere Ergebnisse zu erzielen. Der Wandel gerade in einem

628 Felber, Christian: „Geld. Die neuen Spielregeln“, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2014, S. 250 f.

629 ebd. S. 12

so fundamentalen Bereich wie dem Geldsystem kann nur gelingen, wenn er von breiten Bevölkerungsschichten aktiv getragen wird.

In brillanter Weise beschreibt Felber das Bilden von „demokratischen Geldkonventionen“, liefert nützliche Informationen über Entscheidungsmethoden – „systemisches Konsensieren“ –, gibt Anregungen für einen zeitlichen Ablauf und formuliert zehn prägnante Gründe, weshalb derartige Geldkonvente abgehalten werden sollten. Oberstes Ziel: Über einen demokratischen Prozess innerhalb der Bevölkerung zu einer demokratischen Geldordnung zu gelangen. Nach Felber befinden wir uns noch „im Finanzdiktatur-Modus“.⁶³⁰ Dies begründet er nachvollziehbar.

Auch ist Felber bei der Analyse des Istzustandes in Verbindung mit dem Geldmengenbegriff auf ein vergleichbares Ergebnis, wie in diesem Buch beschrieben, gekommen:

„Es gibt bei weitem keinen Konsens darüber, was Geld alles ist und welche Funktionen es hat. Dieser Aufgabe könnte eine systematische Geldwissenschaft nachgehen, doch ist die Existenz einer solchen nicht bekannt.“⁶³¹

Christian Felber selbst unterscheidet nicht zwischen Zentralbankgeld und täglich verfügbarer Einlage:

„Infolge der doppelten Buchführung können Banken selbst Buchgeld schöpfen. Diese sogenannte Giralgeldschöpfung erweitert die Geldmenge und führt zu Inflation [...]“⁶³²

An anderer Stelle schreibt er, dass es lange Zeit umstritten gewesen sei, ob private Banken überhaupt Geld schöpfen. Sein Fazit: „Heute ist klar: Sie tun es.“⁶³³ Dem wird hier widersprochen.

In seiner Arbeit weiter unten untersucht er, in welchen Gesetzen die „Buchgeldausgabe“ geregelt ist. Da er nicht fündig wurde, schlussfolgert er:

630 vgl. ebd. S. 114

631 ebd. S. 18

632 ebd. S. 17

633 ebd. S. 55

„Wenn über Buchgeld nichts im Gesetz steht, kann es logischerweise kein *gesetzliches* Zahlungsmittel sein. Mit Buchgeld wird aber bezahlt! [Hervorhebung im Original]“⁶³⁴

Insofern stellt er bei seiner Gelddefinition, wie dies auch andere Systemkritiker ausführen, auf die Verwendung ab, leider ohne den Gesamtzusammenhang bei Bezahlvorgängen zu betrachten, zum Beispiel bilanzielle Buchungen nach ausgeführter Überweisung (siehe Kapitel III.4.b: „Der Kreditmitteleinsatz durch Überweisung“).

Eine Überweisung oder eine Bezahlung mit einer Girocard ist eine Übertragung des Anspruches auf Zentralbankgeld an einen anderen Menschen, an ein Unternehmen oder an den Staat. Die in diesem Buch beschriebenen Wirkungen – Wege des Bilanzausgleiches nach erfolgter Transaktion – einer solchen Zahlung sollten Beachtung finden.

Felber spricht nicht von einer unbegrenzten Geldschöpfung:

„Die Girogeldschöpfungsfähigkeit der Geschäftsbanken ist dreifach begrenzt durch a) ihr *Eigenkapital* (Mindestkapitalanforderungen nach den Basel-Regeln), b) die *Mindestreserve* (in der Eurozone derzeit ein Prozent) und c) die *Barreserve* (1,4 Prozent). In Summe kann die Geldmenge dennoch beträchtlich wachsen. [Hervorhebungen im Original]“⁶³⁵

Eine Diskussion bezüglich der Fristigkeiten findet man jedoch bei ihm nicht. Für Felber ist die „private Geldschöpfungspraxis“⁶³⁶ die Ursache, warum sich Kreditvolumen und Verschuldungsgrad erhöhen. Als Ergebnis von Zins und Zinseszins sieht er diese Aggregatausweitung nicht.

Insofern überrascht es keineswegs, dass Felber in seinem Buch als Lösung das Vollgeld empfiehlt. Er meint, dass das Geld, das die Zentralbank in Umlauf bringt, der Staatskasse zins- und schuldenfrei zufließen sollte.⁶³⁷ Er übersieht dabei die Komplexität der Geldmengensteuerung. Bei den Zuteilungen von Zentralbankgeld an Geschäftsbanken im aktuellen System handelt es sich zum großen Teil um Laufzeiten von einem Tag, einer Woche oder einem Monat. So könnte sicher eine gewisse Menge des Geldes, welches zusätzlich in den Markt

634 ebd. S. 50

635 ebd. S. 61 f.

636 ebd. S. 62

637 vgl. ebd. S. 64

gelangen soll, der Staatskasse zur Verfügung gestellt werden. Jedoch muss jederzeit sichergestellt sein, dass man wesentliche Teile der in Umlauf gebrachten Geldmenge dem Wirtschaftskreislauf bei Bedarf auch wieder entziehen kann. Bei einer ausschließlich schuldenfreien Übertragung der finanziellen Mittel an den Staat ist dies nicht möglich.

Des Weiteren sollte bei einer derartigen Geldversorgung der Regierung immer im selben Atemzug erwähnt werden, dass mit absoluter Sicherheit gewährleistet sein muss, dass die herrschende Obrigkeit die Geldzuwendung für die Steigerung des Allgemeinwohls einsetzt. Die Geschichte beweist, dass sich Diktatoren mit illegitimen Methoden immer den direkten Zugriff auf die Geldversorgung verschafft haben, um ihre menschenverachtende Politik umzusetzen. Alle Kriege wären nach kurzer Zeit zu Ende, wenn sich die kriegsführenden Kräfte nicht die Versorgung mit finanziellen Mitteln in kaum vorstellbarer Größenordnung gesichert hätten.

Felber beschreibt nun, wie Vollgeldbesitzer einer Geschäftsbank Vollgeld zur Verfügung stellen. Er erklärt korrekt, dass auf der Passivseite eine Verbindlichkeit gegenüber dem Einleger verbucht wird (siehe Abbildung 13).⁶³⁸ Das auf diese Weise dem Kreditinstitut übertragene Vollgeld kann jetzt verliehen werden. Weiter erläutert er, dass das als Darlehen ausgereichte Vollgeld eine Forderung der Bank gegenüber dem Kreditnehmer darstellt.⁶³⁹ Die Fristigkeiten von Einlage und Kredit diskutiert er nicht. Das wäre allerdings wesentlich, da sich immer die Frage stellt, wie das Bankhaus das Vollgeld zurückzahlt, wenn die Laufzeit der Einlage endet. Festzustellen bleibt, dass sich die Vollgeldmenge bei dem von Felber dargestellten Vorgang nicht verändert, jedoch das Volumen von Einlagen und Krediten nach den beschriebenen Transaktionen gestiegen ist. Betrachtet man die Abläufe im aktuellen System unter Berücksichtigung der Fristen und der Gelddefinition in diesem Buch (siehe Kapitel I.5: „Die Geldmengenaggregate“), sieht man die dargestellten Parallelen.

Spannend wird es, wenn man bei Felber auf die Suche nach der Antwort auf die Frage geht, warum ein Vollgeldhalter einer Bank Vollgeld überhaupt zur Verfügung stellen sollte? Was ist die Motivation des

638 vgl. ebd. S. 65

639 vgl. ebd. S. 65

Inhabers eines gut ausgestatteten Vollgeldkontos, Vollgeld einem Kreditinstitut zu überlassen? Es ist folgende Textpassage zu finden:

„Die KundIn geht dieses Risiko [Vollgeld an eine Geschäftsbank zu übertragen; Anm. S. H.] üblicherweise ein, um einen Sparzins zu erhalten, welcher – im gegenwärtigen Paradigma – unter anderem das Risiko des Ausfalls kompensiert (neben der ‚Leistung‘ des ‚Konsumverzichts‘). Damit handelt es sich aber um eine Investition, und jede Investition ist ausfallgefährdet, auch wenn eine Bank das Ausfallrisiko durch die ‚Poolung‘ der Kredite auf alle SparerInnen verteilt und dadurch minimiert.“⁶⁴⁰

Folglich ist der Sparzins nach Felber eine reine Risikoprämie und die Einlage eine Investition. Die Liquiditätsprämie (nach Keynes) oder den Urzins (nach Gesell) lässt er außer Acht. Zur Erinnerung: Mit Liquiditätsprämie ist der Zinsanteil gemeint, den ein Anleger im aktuellen System erwartet, wenn er auf die durch sein Geld verfügbare Liquidität für eine gewisse Zeit verzichtet. Dagegen dient die Risikoprämie innerhalb des Darlehenszinses dazu, die Kreditausfälle bankseitig zu kompensieren. Bei richtiger Kalkulation deckt die Summe der vereinahmten Risikoprämien alle Kreditausfälle ab. Ergeben sich höhere Kreditausfälle als angenommen, ohne dass entsprechende Sicherheiten verwertet werden können, muss die Bank Verluste verbuchen. Wird ein Teil der kalkulierten Risikoprämien nicht für den Ausgleich von Kreditausfällen benötigt, wirkt dieser Betrag gewinnerhöhend. Kauft ein Anleger Unternehmensanleihen mit höherem Ausfallrisiko, ist ebenfalls zwischen dem Grundzins (Liquiditätsprämie/Urzins) und dem Risikoaufschlag zu unterscheiden. Darüber hinaus muss prinzipiell bei der Zinssatzanteilsbetrachtung noch ein Inflationsaufschlag berücksichtigt werden. Ein Anleger möchte über die generierte Zinsannahme nicht nur den inflationsbedingten Kaufkraftverlust seiner Einlage kompensieren, sondern auch den aufgegebenen Nutzen aus dem Halten freier Liquidität honoriert bekommen.

Wenzlaff, Kimmich und Richters erklären deshalb völlig korrekt:

„Die Risikoprämie ist nicht mit dem Zinssatz zu verwechseln, sondern ist eine Versicherungsleistung, welche durch das Prinzip des

640 ebd. S. 66

Risikoausgleichs unabhängig vom Zinsniveau (und sei dies negativ) erhalten bleiben wird.⁶⁴¹

Eine Einlagensicherung hinterfragt Felber kritisch, da sie aus seiner Sicht einen „staatlichen InvestorInnenschutz“ darstellt, da die Allgemeinheit den SparerInnen das Investitionsrisiko abnehme. Felbers Haltung zu solchen Schutzmechanismen: „Marktwirtschaft ist das nicht.“⁶⁴² Im vorliegenden Buch wird eine andere Position vertreten. Der Schutz der Einlagen von Kleinsparern stellt keinen Widerspruch zu einer funktionalen sozialen Marktwirtschaft dar. Hinzu kommt, dass in einem System, bei dem ein Zins größer null Prozent als Geldumlaufsicherung fungiert, eine fehlende Einlagensicherung den Zins spürbar nach oben treiben würde. Ein Einleger ginge nur dann das erhöhte Risiko wegen fehlender Einlagensicherung ein, wenn er dieses über einen Zinsaufschlag honoriert bekäme. Die Allgemeinheit wäre damit zusätzlich belastet. Der Umverteilungsmechanismus zugunsten einer kleinen Minderheit würde zusätzlich befeuert.

Es überrascht, dass Felber einerseits den Zins größer null Prozent als Motivation, damit Vollgeld einer Bank übertragen wird, toleriert. Er schreibt, dass Vollgeld zur Bank fließt, wenn Bankkunden Spareinlagen tätigen würden, um Sparzinsen zu erhalten.⁶⁴³ Hier noch einmal der Hinweis, dass Felber diese Spareinlagen als Investitionen und die darauf vom Anleger generierten Guthabenzinsen, wie bereits oben ausgeführt, als Risikoprämien sieht. Andererseits erklärt er:

„Systemisch üben Zinsen einen unnötigen Wachstumsdruck auf die Wirtschaft aus und sind langfristig eine mathematische Unmöglichkeit – dennoch beharren so gut wie alle wohlhabenden Gesellschaften auf diesem *system error*. [Hervorhebung im Original]“⁶⁴⁴

Damit kann Felber zu vielen weiteren hier diskutierten Autoren eingereiht werden, da er korrekterweise einerseits die Unmöglichkeit eines zeitlich unbegrenzten, zinsbedingt exponentiellen Wachstums heraus-

641 Wenzlaff Ferdinand, Kimmich Christian, Richters Oliver: „Theoretische Zugänge eines Wachstumszwangs in der Geldwirtschaft“, S. 10

642 vgl. Felber, Christian (2014), a. a. O., S. 66

643 vgl. ebd. S. 66

644 ebd. S. 120

stellt, andererseits den Zins größer null Prozent als destruktive Geldumlaufsicherung, zum Beispiel in einem Vollgeldsystem, akzeptiert. Auch sind es nicht nur die „wohlhabenden Gesellschaften“, wie er schreibt, die mit derartiger Methode versuchen, das Geld im Wirtschaftskreislauf zu halten. So gut wie jede Ökonomie der Welt verwendet beim gesetzlichen Zahlungsmittel den Zins größer null Prozent als Geldumlaufsicherung. Deshalb sind alle diese Währungen nach einfachen mathematischen Erwägungen mit einem Verfallsdatum ausgestattet.

Felber sagt weiter:

„Wer möchte, dass ihr/sein Geld hundert Prozent sicher ist – sicherer als unter dem Kopfpolster, wo es gestohlen werden kann, und sicherer als auf dem Sparkonto, wo es im Falle einer Insolvenz der Bank [wenn es nach Felber keine Einlagensicherung gäbe; Anm. S. H.] und des Staates verlorengehen kann –, legt es auf das Geldkonto. Dort kann wirklich nichts passieren.“⁶⁴⁵

Letztendlich erklärt er damit, dass es in einer arbeitsteiligen Gesellschaft keiner Geldumlaufsicherung bedarf, um krisenfrei ökonomische Kreisläufe zu organisieren. Eine konstruktive Geldumlaufsicherung, wie sie beim Fließenden Geld vorgesehen ist, wird in dem Ihnen hier vorliegendem Buch als unverzichtbar angesehen, wenn ausgeprägte Schwankungsbreiten wirtschaftlicher Aktivität sowie hohe Inflations- und Deflationsraten verhindert werden sollen. Darüber hinaus muss es einen Anreiz geben, Geld auch langfristig anzulegen, damit Banken finanzielle Mittel erhalten, die sie ohne Fristentransformation zu betreiben auch als Darlehen mit längeren Laufzeiten ausreichen können (siehe Kapitel III.6: „Die Zinsstrukturkurve“).

Wenn viele Vollgeldbesitzer ihr Vollgeld gleichzeitig auf den Geldkonten parken und dort ungenutzt herumliegen lassen, ergeben sich wirtschaftliche Stockungen mit spürbaren negativen Folgen für das Gemeinwohl, dies steht im klaren Widerspruch zu Felbers Zielen. Entwickeln sich Situationen, die dazu führen, dass das aufgestaute Vollgeld plötzlich nachfragewirksam in Bewegung kommt, ließen sich starke inflationäre Ausschläge nicht vermeiden – vor allem dann nicht, wenn Vollgeld ausschließlich schuldenfrei der Regierung zur Verfü-

645 ebd. S. 66 f.

gung gestellt worden ist und diese es über verschiedene öffentliche Projekte in Umlauf gebracht hat. Denn eine schnelle Reduzierung der Vollgeldmenge wäre dann schwer realisierbar. Doch ein inflationsbedingter Kaufkraftverlust des Vollgeldes würde in erster Linie diejenigen treffen, die keine Chance haben, einer solchen schwierigen Situation zu entfliehen: Menschen ohne nennenswerte Einlagen auf ihrem Vollgeldkonto und monatlichen Einnahmen, die gerade zum Leben genügen, haben kaum Möglichkeiten, den geringeren Wert der Währung zu kompensieren. Steigt das Einkommen nicht mindestens um den Betrag der Inflationsrate, stellen sich rasch kritische Zustände ein. Solche dramatischen Lebenslagen sind garantiert nicht im Sinn von Felber.

Felber schenkt in seinem Werk der Geldumlaufsicherung nicht genügend Aufmerksamkeit, obwohl er ausführt:

„Das ‚Fließen‘ ist der Sinn des Geldes. Ähnlich Energie, Wasser, Luft. Auch diese globalen Commons können in kleinerem Ausmaß ‚gespeichert‘ werden (Stausee, Regenwassertonne, Batterie, Sauerstoffflasche), doch zielen diese begrenzten Vorhaltungen stets auf die zukünftige Nutzung. Das ‚Wesen‘ dieser Stoffe ist nicht ihre Speicherung, sondern die Nutzung und In-Umlauf-Haltung. Darauf sollte auch die Geldordnung achten.“⁶⁴⁶

Doch was hält das von Felber favorisierte Vollgeld in Umlauf?

Es ist nicht schlüssig, wenn Felber einerseits die Vollgeldkonten, die außerhalb der Bankbilanz geführt werden, als absolut sicher darstellt, Einlagen in seinem vorgestellten System risikobehaftet sind und es nach seiner Meinung marktwirtschaftskonform wäre, wenn diese nicht durch Einlagensicherungen geschützt wären und er andererseits jedoch auf unverzinsliche Spareinlagen hofft, da er an das anthroposophische Gewissen des Anlegers appelliert:

„Die Sparanlage hat, auch wenn sie nicht verzinst wird, andere Vorteile für die SparerIn, die heute vielleicht noch nicht von allen in ihrer Tiefe und Reichweite erfasst werden: Sie nützt anderen und ermöglicht Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen,

646 ebd. S. 52

was volkswirtschaftlich allen nützt. An die Stelle der Finanzrendite treten Systemnutzen und eine Sinnrendite.“⁶⁴⁷

„Sinnrendite“, das klingt blumig und verführerisch; man kann jedoch heute derartige Verhaltensmuster als Massenphänomen nicht erkennen, insofern sind wir vermutlich noch Welten von solchen Bewusstseinszuständen entfernt. Aktuell sterben mitten in Europa und an vielen anderen Orten dieser Erde täglich Menschen, da es uns nicht ansatzweise gelingt, die Reichtümer des Planeten nur annähernd gerecht zu verteilen. Sinnrendite als Vision: gern. Sinnrendite als Grundlage für einen in naher Zukunft wirksamen Automatismus beim Geld im Sinne des Gemeinwohls: nicht vorstellbar. Letztendlich reduziert Felber seine Aussage selbst, indem er auf derselben Seite seines Werkes über ein „Hortungsverbot für Bargeld“ dem destruktiven Verhalten von Markteilnehmern Herr werden will. Er sollte an dieser Stelle nicht auf Verbote setzen, sondern geeignete Anreize empfehlen, wie sie das Fließende Geld liefert, damit Hortungen kaum stattfinden.

Darüber hinaus wird hier darauf hingewiesen, dass Felbers Sparzins als „Risikoprämie“ für den Einleger von den Kreditnehmern aufzubringen ist. Sind die Darlehensnehmer Unternehmen, ist der Zins letztendlich von allen zu tragen, da die Firmen die Zinskosten über die Preise ihrer Waren und Dienstleistungen an die Konsumenten weitergeben. Sind die Darlehensnehmer Bund und Länder, wird ebenfalls die gesamte Bevölkerung belastet, da Zinskosten der öffentlichen Hand über Steuern eingetrieben werden (siehe Kapitel IV.3: „Eine einfache Rechnung“). Insofern wäre der perfide zinsbedingte Umverteilungsmechanismus – den Felber selbst deutlich kritisiert – vom Großteil der Bevölkerung zu den wenigen mit exorbitanten Vollgeldeinlagen unverändert am Wirken. Zinsbedingte extreme Kapitalkonzentrationen und der damit verbundene Demokratieverlust würden fortlaufend Geschichte schreiben. Deshalb kommt Moewes zu dem Schluss:

„Zinsen sind ein lautloser Geldstrom, der stets von der Arbeitsseite zur Kapitalseite fließt, niemals umgekehrt.“⁶⁴⁸

647 ebd. S. 133

648 Moewes, Günther: „Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern“, Signum – Amalthea Signum VerlagsGmbH Wien-München, 2004, S. 48

Felber geht davon aus, dass mit der Einführung von Vollgeld dem System der Wachstumszwang genommen sei. Dies lässt sich aus seiner folgenden Formulierung schlussfolgern:

„Geld käme [im Vollgeldsystem; Anm. S. H.] nicht als Kredit (mit Zins und Wachstumszwang) in Umlauf, sondern über öffentliche Ausgaben, schulden- und zinsfrei. Und ohne Wachstumszwang.“⁶⁴⁹

Seinen Denkfehler kann man am besten erkennen, wenn man einen Wirtschaftskreislauf ohne Wachstum und konstanter Umlaufgeschwindigkeit des Geldes betrachtet. Unter dieser hypothetischen Bedingung müsste kein zusätzliches Vollgeld über Staatsausgaben in Umlauf kommen, wenn das Inflationsziel null Prozent beträgt. Wird jedoch dem Einleger von Vollgeld ein Sparzins größer null Prozent geboten, sind die Zinsansprüche des Investors zu erarbeiten. Da dank Zins und Zinseszins die Forderungen der Anleger stetig steigen, wäre dem System der Wachstumszwang nicht genommen (siehe auch Kapitel IV.4.a: „Umweltschutz“). Bei letzterer Aussage wird unterstellt, dass Vollgeldinleger ihre Zinseinnahmen nie vollständig verkonsumieren, sondern erneut anlegen, so dass der Zinseszinseffekt greift.

Felber ist hoch anzurechnen, dass er das Augenmerk darauf lenkt, für was eine Bank überhaupt die Kredite vergibt. So wirft er unter anderem Fragen wie die folgenden auf:

„Sollen Banken Kreditvorhaben neben einer finanziellen Bonitätsprüfung auch einer ethischen Bonitätsprüfung unterziehen müssen? [...] Was ist das volkswirtschaftliche Ziel von Investitionen und Krediten?“⁶⁵⁰

So weist Felber darauf hin, dass in der bayerischen Verfassung über die Ziele des Geld- und Kreditwesens steht:

„Das Geld- und Kreditwesen dient der Werteschaffung und der Befriedigung der Bedürfnisse aller Bewohner.“⁶⁵¹

Die Gemeinwohlökonomiebewegung hat eine sogenannte Gemeinwohlabilanz entwickelt. Bei diesem Ansatz fließen wertvolle Kriterien in

649 Felber, Christian (2014), a. a. O., S. 68

650 ebd. S. 99

651 ebd. S. 99, zitiert aus: Artikel 151 (2), Verfassung des Freistaates Bayern

die unternehmerische Betrachtung ein. So wird beispielsweise bewertet, welchem Zweck die finanzierten Produkte dienen, ob sie mit der Menschenwürde vereinbar sind, welche Arbeitsbedingungen herrschen und wie die ökologischen Auswirkungen zu bewerten sind. Entscheidend ist, dass das Ergebnis dieser Untersuchungen zum Beispiel in Kreditkonditionen einfließen soll. Damit werden über die Gemeinwohlabilanz vortreffliche Anreize geschaffen, die Weichen stärker im Sinne der Allgemeinheit zu stellen.

Durch das Gründen der *Bank für Gemeinwohl* soll dies real umgesetzt werden.⁶⁵² Die Unternehmung soll genossenschaftlich organisiert sein und keinen Gewinn machen dürfen. Für die Gründung benötigt die Initiative sechs Millionen Euro. Jene finanziellen Mittel werden aktuell gesammelt, indem Unterstützer der jüngst ins Leben gerufenen Genossenschaft als Mitglieder beitreten können. Auf diese Weise haben 5.194 Genossenschaftsmitglieder bereits 3.730.600 Euro⁶⁵³ zusammengetragen.

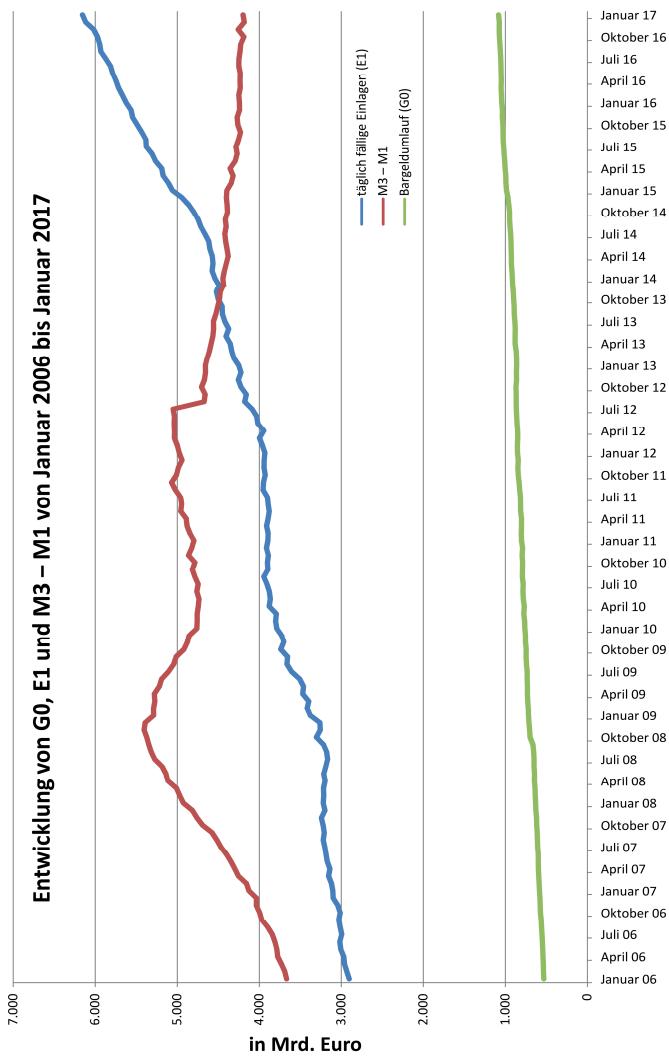
652 vgl. Magazin enorm, Wirtschaft. Gemeinsam. Denken: „Unser Geld ist kaputt! Das Finanzsystem ist marode und ungerecht. Was sich ändern muss – und wie Bürger jetzt an einer Geldwende arbeiten“, Ausgabe 01, März / April 2015, S. 25

653 BFG Eigentümer/-Innen- und Verwaltungsgenossenschaft eG, Genossenschaft für Gemeinwohl: „Kapitalinfo“, <https://www.mitgruenden.at> (abgerufen am 17.05.2017)

Kapitel IV

1. Aufgaben vor der Einführung des Fließenden Geldes

Die erste wesentliche Frage, die in diesem Zusammenhang beantwortet werden muss, ist, wie eine Realisierung von Fließendem Geld geschehen kann. Gegenwärtig bestehen gewaltige Ungleichgewichte, wie es sie in der Geschichte noch nie gegeben hat. Da die langfristigen Zinsen von den Zentralbanken stark nach unten gedrückt wurden, sind schon jetzt immer weniger Einleger bereit, Anlagen mit längerfristigen Laufzeiten zu zeichnen. Das Volumen von täglich verfügbaren Einlagen (E1) bei Banken hat sich deshalb in den vergangenen Jahren krisenbedingt massiv erhöht. Ein großer Teil der täglich verfügbaren Einlagen bildete sich in den letzten Jahren demnach nicht durch Kreditvergabe, sondern aus Anlagen mit vereinbarten Laufzeiten (zum Beispiel: M3 minus M1), die ausliefen und nicht erneut angelegt wurden (siehe Kapitel I.5: „Die Geldmengenaggregate“).

Abbildung 34: Entwicklung G0, E1 und M3–M1 von 01/2006 bis 01/2017⁶⁵⁴

654 Eigene Grafik, Zahlenmaterial: Europäische Zentralbank: „Monetäre Entwicklungen in der Eurozone“, <http://www.ecb.europa.eu/press/pr/stats/md/html/index.en.html> (zuletzt abgerufen am 19.03.2017)

In Abbildung 34 ist nicht erfasst, dass Investoren vor Jahren beispielsweise auch Anleihen mit sehr langen Laufzeiten (in M3 nicht enthalten) kauften und nach Ablauf dieser Papiere der entsprechende Gen- genwert nun täglich verfügbar ebenfalls auf den Konten der jeweiligen Anleger gutgeschrieben wurde.

Im März 2015 startete die EZB ein voluminöses Anleiheankauf- programm. Seitdem hat die Zentralbank in Verbindung mit den ange- schlossenen nationalen Notenbanken (NNBen) allein über das Public sector purchase programme (PSPP) Wertpapiere im Wert von ca. 1.774 Milliarden Euro⁶⁵⁵ gekauft. Große Teile des darüber neu geschaffenen Zentralbankgeldes befinden sich jedoch in Form von Überschussre- serven auf den Konten der Geschäftsbanken bei den NNBen und dies, obwohl der Einlagesatz der EZB für solche Aggregate am 16.03.2016 auf minus 0,4 Prozent gesenkt wurde.

Abbildung 35:

*Entwicklung von Mindestreserven und Überschussreserven von 2013 bis 12.09.2017*⁶⁵⁶

| Ende Erfüllungsperiode (Maintenance period ending on) | Mindestreserven* (Required reserve) | Überschuss- reserven* (Excess reserve) | Reserven insgesamt* (Credit institutions' current accounts) |
|---|-------------------------------------|--|---|
| 2013 | 103,3 | 116,9 | 220,2 |
| 2014 | 106,5 | 79,0 | 185,4 |
| 2015 | 113,1 | 380,8 | 493,8 |
| 2016 | 117,4 | 706,5 | 823,9 |
| 12. September 2017 | 122,1 | 1.120,4 | 1.242,7 |

* in Milliarden Euro

Mit der Einführung einer Gebühr auf Geld⁶⁵⁷ als konstruktive Umlauf- sicherung anstelle von Zins und Inflation wären auch die Überschuss-

655 Stand: 13.10.2017, Europäische Zentralbank: „Offenmarktoperationen“, <https://www.ecb.europa.eu/mopo/implement/omo/html/index.en.html> (abge- rufen am 17.10.2017)

656 Europäische Zentralbank, Statistical Data Warehouse: „Mindest- und Über- schussreserven“, <http://sdw.ecb.europa.eu/reports.do?node=10000027> (abge- rufen am 17.10.2017)

657 im englischen Sprachraum auch oft als „Demurrage“ bezeichnet

reserven der Banken von diesen Kosten betroffen. Des Weiteren würden den Einlegern als Folge ebenfalls Kosten in wirksamer Höhe auf täglich fällige Einlagen von den Geschäftsbanken berechnet werden. Dies würde dazu führen, dass sich Halter jener Guthaben wieder motiviert fühlten, mittel- und langfristige Laufzeiten einzugehen. Jedoch läge der Nutzen des Investors, solche Anlagen zu wählen, in der Ersparnis der sonst anfallenden Kosten, nicht im Erzielen eines Zinses größer null Prozent. Da damit gerade den überdurchschnittlich Wohlhabenden die Möglichkeit genommen wäre, leistungslos Zinseinnahmen zu generieren, würden sie noch stärker als heute auf die Suche nach alternativen, leistungslosen Einnahmen gehen. Deshalb bestünde hier vor der Installation von Fließendem Geld umfangreicher Handlungsbedarf.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Bevölkerung die Einführung des Fließenden Geldes fordert, bevor noch viel massivere Erschütterungen an den Finanzmärkten zu spüren sind, geht gegen null. Wir Menschen sind nicht gerade Meister der Veränderung. Oft bewegen uns nur emotional intensive Erfahrungen, Neues zuzulassen. Nur welche Art von Erlebnissen müssen wir noch ertragen, damit wir bereit sind, in vielen Bereichen alternative Wege zu gehen?

Auch, wenn wir alle auf die bevorstehenden Erschütterungen gern verzichten würden, kann man sie dennoch als Chance sehen. Fabian Scheidler formuliert:

„So wünschenswert eine sanfte, kontrollierte Transformation vom gegenwärtigen räuberischen System zu einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft auch sein mag, so ist sie wenig realistisch. Wenn es aber zu massiven wirtschaftlichen Einbrüchen, Großpleiten mit erheblichen Arbeitsplatzverlusten und politischen Turbulenzen kommt, hängt alles davon ab, wie die Menschen in der Lage sind, sich zu organisieren, welche Auseinandersetzungen und Diskussionen sie in den Jahren zuvor geführt, welche Visionen sie entwickelt haben.“⁶⁵⁸

658 Scheidler, Fabian: „Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiterten Zivilisation“, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien, 2015, S. 218 f.

Und Hans-Joachim Maaz meint:

„Nicht die Vernunft, das Wissen oder gar die Einsicht in die Notwendigkeit lassen uns umsteuern, sondern die nackte Bedrohung des Überlebens.“⁶⁵⁹

Brodbeck schreibt: „Krisen waren stets Zeiten der Neubesinnung, unerlässliche Voraussetzung für Reformen.“⁶⁶⁰ Sie werden jedoch bedauerlicherweise viel zusätzliches Leid mit sich bringen; die Not ist schon mitten in Europa angekommen. So besitzen ca. drei Millionen Griechen laut der Organisation „Ärzte der Welt“⁶⁶¹ keine Krankenversicherung.

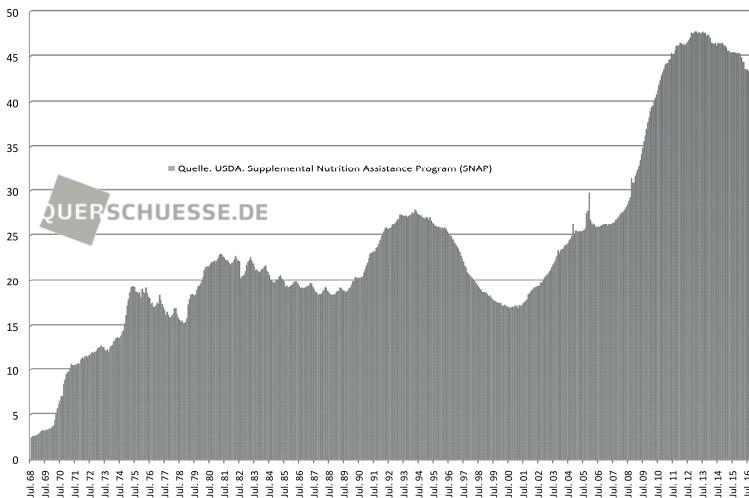
Da es sich um ein weltweites Problem im Geldsystem handelt, sieht es außerhalb von Europa nicht besser aus. Auch das Land der angeblich unbegrenzten Möglichkeiten ist vom krisenbedingten Sog längst erfasst. In den USA waren Ende 2016 über 43 Millionen Menschen von Lebensmittelmarken, sogenannten Food Stamps, abhängig – ohne Berücksichtigung der Dunkelziffer der von extremer Armut betroffenen US-Amerikaner.

659 Maaz, Hans-Joachim: „Die narzisstische Gesellschaft. Ein Psychogramm“, Verlag C.H. Beck oHG, München 2012, unveränderte Taschenbuchausgabe 2014, S. 64

660 Brodbeck Karl-Heinz und Graupe Silja: „Geld! Welches Geld? Geld als Denkform“, Metropolis-Verlag, Marburg, 2016, S. 337

661 vgl. DiePresse.com: „Drei Millionen Griechen ohne Krankenversicherung“, 10.12.2013

Abbildung 36: USA: Anzahl der Lebensmittelmarkenbezieher in Millionen



„Der Anstieg der Lebensmittelmarken-Bezieher auf Monatsbasis seit Juli 1968 bis November 2016 im Chart. 43,193205 Millionen US-Bürger bezogen im November 2016 die moderne Version der Food Stamps, Lebensmittel per Kreditkarte (General Electronic Benefit Transfer (EBT)) für durchschnittliche 124,13 Dollar pro Person im Monat [2014; Anm. S. H.], auf Basis des staatlichen Supplemental Nutrition Assistance Program (SNAP). [...] im Juni 2014 betrugen die Kosten für das SNAP-Programm, ohne den Verwaltungsaufwand 5,772 Mrd. Dollar. Im Gesamtjahr 2013 kumulierten sich die direkten Kosten der staatlichen Armutsvorsorgung auf 74,962 Mrd.“⁶⁶²

Ein Beispiel, wie Störungen Veränderung auslösen: Ich hieß unter anderem verschiedene Vorträge bei ärztlich geprüften Gesundheitsberaterinnen und -beratern GGB⁶⁶³. Sie hatten ihre Ausbildung bei der

662 Querschüsse, Fakten. Daten. Analysen, Steffen Bogs Berlin: „USA: 46,496 Millionen Bezieher von Food Stamps“, 07.09.2014, aktualisierte Datenreihe, <http://www.querschuesse.de/usa-46496-millionen-bezieher-von-food-stamps/> (abgerufen am 22.08.2016), von Steffen Bogs zur Verfügung gestellt

663 Gesellschaft für Gesundheitsberatung GGB e. V.

von Dr. med. Max-Otto Bruker 1978 gegründeten Gesellschaft für Gesundheitsberatung e. V. erhalten. Bisher absolvierten dort erfolgreich schon über 5.000 Menschen ihre Ausbildung.⁶⁶⁴ Der hier stark verkürzte Kernansatz für die empfohlene Ernährungsform mit vitalstoffreicher Vollwertkost lautet: Alle Fabrikzuckerarten, Auszugsmehle und Industriefette meiden. Dafür täglich ein Frischkorngericht, Vollkornprodukte und Frischkost essen, sowie naturbelassene Fette verwenden. Wir, damit meine ich meine Familie, orientieren uns an dieser Ernährungsweise und können nur Positives berichten.

In persönlichen Gesprächen mit diesen sehr engagierten Menschen der oben genannten Gesundheitsberatungsgesellschaft nahm ich häufig wahr, dass Aktive zum Teil selbst einmal krank waren und sich deshalb auf die Suche nach alternativen Lösungen ihrer gesundheitlichen Probleme gemacht hatten. Sie berichteten, dass sie im Zusammenhang mit ihrer Ausbildung und Ernährungsumstellung wieder gesund wurden bzw. konnten sie den Fortgang ihrer ernährungsbedingten Civilisationskrankheiten aufhalten oder ihre Beschwerden lindern.

Können wir hieraus brauchbare Schlussfolgerungen ziehen? Helfen uns demnach Störungen, im oben beschriebenen Fall gesundheitliche, um zu neuen Wegen zu finden? Gehen wir erst ernsthaft und in erforderlichem Maße auf die Suche nach Antworten, wenn die Fragen groß und rot auf einer fiktiven Leinwand vor unserem inneren Auge bildhaft erscheinen?

Eine solche Intensität bei unserer Wahrnehmung stellt jedoch noch keinen Garant für die Bereitschaft zur Veränderung dar. Eine gute Freundin von mir arbeitete früher als Gefäßchirurgin. Unter anderem wurden auf ihrer Station auch Patienten mit Gefäßverschlüssen nach langfristigem und sehr ausgeprägtem Zigarettenabusus behandelt. So erlebte sie des Öfteren, dass sich frisch Operierte, nachdem man ihnen ein Bein amputieren musste, mit Krücken ins Freie schleppten, um trotz des dramatischen Gesundheitszustands ihrem Verlangen nachzugeben.

⁶⁶⁴ Gesellschaft für Gesundheitsberatung GGB e. V. Lahnstein: „Ausbildung“, <https://gesundheitsberater.de/gesundheitsberaterin-ggb/> (abgerufen am 18.05.2017)

Es existieren offensichtlich Parallelen zu Vorgängen wie dem verzinslichen Anlegen von Geld, die stattfinden, soweit man zurückdenken kann. Auch diese werden anscheinend erst dann ausreichend intensiv hinterfragt, wenn sich die bestehenden extremen Ungleichgewichte versuchen geräuschvoll abzutragen. Bis dahin sind hoffentlich eine Menge an friedlichen und nützlichen Impulsen im Sinne des Fließenden Geldes erfolgt, damit der notwendige Erkennungsprozess soweit wie möglich fortgeschritten ist und zum erforderlichen Zeitpunkt viele Informationsträgerinnen und -träger vorhanden sind.

Doch welche Optionen bestehen, damit die aufgebauten Potentiale kontrolliert abgeschmolzen werden können?

Man könnte größere Teile der Vermögen mit einer Steuer belegen. Nur müsste ein solcher Schritt in den Ebenen beschlossen werden, die davon betroffen wären, nämlich den Eliten, die gerade solche exorbitanten Vermögen angesammelt haben und von denselben massiv profitieren. Dass sich jedoch Entscheidungsträger im wirksamen Umfang selbst beschneiden, ist eher nicht zu erwarten. Da helfen auch keine Studien, die belegen, dass Reichtum nicht zu mehr Lebensglück führt, wenn die grundlegenden Bedürfnisse befriedigt sind.⁶⁶⁵ Der Ökonom Angus Deaton und der Psychologe Daniel Kahnemann zeigten auf, dass die Lebenszufriedenheit umso größer sei, je höher das Einkommen wäre.⁶⁶⁶ Holger Grethe schreibt weiter über das Ergebnis der eben genannten Studie:

„Das emotionale Wohlbefinden (Glückgefühl) steigt [...] mit höherem Einkommen, stagniert aber oberhalb eines Bruttojahreseinkommens von etwa 75.000 \$ (ca. 60.000 €). [Hervorhebungen geltilgt]“⁶⁶⁷

Auch wäre eine am Freitagabend für das direkt bevorstehende Wochenende angekündigte Währungsreform funktional, um Guthaben und Schulden abzuschmelzen. Die Bekanntgabe müsste nach Banken- und Börsenschluss erfolgen, da die Information sonst extreme Han-

⁶⁶⁵ Zum Beispiel meinte dies 1974 der Ökonom Richard Easterlin, man spricht deshalb auch vom Easterlin-Paradox.

⁶⁶⁶ vgl. Grethe, Holger: „Geld macht nicht glücklich – oder doch?“, 13.07.2013

⁶⁶⁷ ebd.

delsaktivitäten auslösen würde. Eine Vielzahl an Haltern von Anleihen würde versuchen, sich von diesen Papieren noch schnell zu trennen. Dies würde die Wertpapiermärkte sofort zusammenstürzen lassen. Vergleichbare Situationen gab es bereits seit Ausbruch der letzten großen Finanzkrise 2007.

Ein Fall wird bei Admati und Hellwig beschrieben: Hierbei handelte es sich um Papiere aus dem Segment der Derivate, den Versicherungen gegen Kreditausfälle. Inakzeptabel ist, wenn solche Versicherungen von Spekulanten gekauft werden, die den zugehörigen Kredit selbst gar nicht in den Büchern stehen haben:

„Kreditausfallversicherungen wurden von Versicherungsgesellschaften verkauft, vor allem von den US-Giganten American International Group (AIG), [...]. AIG verkaufte Credit Default Swaps mit einem Gesamtwert von rund 500 Milliarden Dollar an verschiedene Finanzinstitutionen. Als sich die Kreditausfälle im Jahr 2008 häuften, kam es zu Zweifeln an der Solvenz von AIG und in den Turbulenzen jenes Septembers konnte AIG seine Finanzierung nicht mehr erneuern. Da praktisch alle großen Finanzinstitute der Welt Kreditausfallversicherungen von AIG gekauft hatten, hätte ein Bankrott dieses Unternehmens einen weltweiten Flächenbrand auslösen können. [...].

Daher beschlossen die US-Regierung und die amerikanische Notenbank, AIG zu retten. Dabei sorgten sie dafür, dass die Finanzinstitutionen, die von AIG Kreditausfallversicherungen gekauft hatten, in vollem Umfang von AIG ausbezahlt wurden.“⁶⁶⁸

Die Politik hat demnach Steuergeld in Milliardenhöhe eingesetzt, um Spekulanten abzufinden, damit systemrelevante Wertpapieremittenten nicht in die Insolvenz rutschen, weil man Angst vor den dann eintretenden Folgen hatte. Die Sorge vor einer Pleite einer systemrelevanten Bank wird noch erhöht, weil solche Institute meist aus einem ganzen Netzwerk an Unternehmen bestehen. So soll Lehmann Brothers 2006 mit Mehrheitsbeteiligung 433 Tochtergesellschaften besessen haben.

⁶⁶⁸ Admati, Anat / Hellwig, Martin: „Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss“, FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchener Verlagsgruppe GmbH, 2. Auflage 2014, S. 117 f.

Bei Citigroup läge die Zahl der in ihrem Besitz befindlichen Tochtergesellschaften bei über 2.500.⁶⁶⁹

Vermögende würden sich bei weit im Voraus angekündigter Währungsreform befleißigen, noch schnell in verschiedene Sachwerte zu flüchten, um dem Verlust durch Währungsumstellung zumindest teilweise zu entkommen. Die Währungsreform von 1948 vollzogen die Westalliierten in Deutschland in den drei westlichen Besatzungszonen in oben angedeuteter Weise. Sie wurde am Freitag, den 18.06.48 über Aushänge und Medien bekanntgegeben und zum 20.06.48 realisiert. Ab dem 21.06.48 war die Deutsche Mark neues und alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Die Bevölkerung, die öffentliche Hand und die Unternehmen erhielten eine Erstausstattung an Bargeld.

Es stellt sich die Frage, ob man in der gegenwärtigen Zeit ein solches Verfahren bis zur Ankündigung ausreichend geheim halten könnte. Damals betraf es nur Deutschland, in diesen Tagen berührt es deutlich größere Währungsräume, man denke nur an die Eurozone mit aktuell 19 Ländern, die den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel verwenden. Des Weiteren ist die Welt heute gerade auch wegen neuer technischer Möglichkeiten unvergleichbar stärker vernetzt, Nachrichten können sich heutzutage in Höchstgeschwindigkeit verbreiten. Das war in den 1940er Jahren unmöglich. Darüber hinaus wären von einer solchen Währungsumstellung wieder gerade diejenigen betroffen, die sie in die Wege leiten müssten. Insofern wird diese Variante hier der Vollständigkeit halber genannt. Dass es tatsächlich so kommen wird, kann eher ausgeschlossen werden.

Aktuell versucht man mit allen erdenklichen Mitteln, das aus oben genannten Gründen zum Scheitern verurteilte System am Laufen zu halten. Verträge werden missachtet: So haben die Vereinbarungen von Maastricht (beispielsweise: maximale Staatsverschuldung von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, höchstmögliches Defizit von drei Prozent vom BIP) schon lange keine Bedeutung mehr. Wenn sie sie überhaupt je hatten. Deutschland hat es lediglich 2001 geschafft, die Grenze von 60 Prozent maximal zulässiger Gesamtverschuldung, bezogen auf das BIP, einzuhalten. In allen folgenden Jahren wurde das Ziel nicht erreicht. Von 19 Staaten, die der Eurozone angehören und den Euro demnach als gesetzliches Zahlungsmittel verwenden, lagen

669 vgl. ebd. S. 395

13 Länder zum 31.12.2014 oberhalb der 60-Prozent-Marke. Sechs Staaten⁶⁷⁰ reißen sogar die Messlatte, wenn man sie auf 100 Prozent Gesamtverschuldung legt. Lediglich Luxemburg, Schweden und Estland haben von 2002 bis heute beide oben genannte Referenzwerte eingehalten. Drei von 19 Ländern, das sind definitiv zu wenig.

Für Geschäftsbanken und Versicherer wurden die Bilanzierungsregeln⁶⁷¹ geändert. Ohne diese Maßnahmen müssten die betroffenen Institute mehr Eigenkapital vorhalten. Könnten sie das nicht, wären sie insolvent. So erlaubt man diesen Unternehmen, dass sie Wertpapiere aus sogenannten marktnahen Beständen in marktferne Kategorien transferieren dürfen. Damit muss bilanziell nicht mehr der niedrige Zeitwert⁶⁷² angesetzt, sondern es kann mit den fortgeführten Anschaffungskosten gearbeitet werden. Nur wenn eine dauerhafte Wertminde rung des Vermögenswertes festgestellt wird, muss eine Abschreibung erfolgen.

Neben einem möglichen spontanen Geldsystemsausfall über Nacht, weil Dinge in Bewegung kommen, deren Wirkungen man selbst mit den außergewöhnlichsten Interventionen von Staaten und Notenban ken nicht mehr Herr werden kann, sind extreme Inflationen wahrscheinlich.

Es wird sich zeigen, ob Teile der krisenbedingt zusätzlich ausgegebenen Zentralbankgeldmengen⁶⁷³ nachfragewirksam in die Realwirtschaft finden. Geschieht dies, lässt sich ein Ansteigen des durchschnittlichen Preisgefüges von Waren und Dienstleistungen nicht verhindern. In einem gewissen Rahmen ist dies sogar erwünscht. Inflation als weitere destruktive Geldumlaufsicherung soll gegenwärtig die Wirtschaftswachstumsraten nach oben heben, da über jene Methode versucht wird, den Fehler im Geldsystem zu kompensieren. Schon wegen der Begrenztheit von Ressourcen kann dies auf Dauer

670 Belgien, Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Zypern

671 Krisenbedingte Änderungen des IAS 39 (International Accounting Standard 39) – regelt den Ansatz und die Bewertung von zum Beispiel finanziellen Vermögenswerten in Bilanzen

672 Zeitwert nach dem Marktwertprinzip: Marktwert eines finanziellen Vermögenswertes zu einem bestimmten Stichtag

673 Alle führenden Zentralbanken der Welt (EZB, FED, BoJ, usw.) kauften und kaufen massiv Anleihen am Sekundärmarkt an und steigerten damit extrem die ausgegebene Zentralbankgeldmenge.

nicht gelingen. Darüber hinaus würden sich die bereits herausgebildeten, krassen Ungleichgewichte weiter verschärfen, die die Feindseligkeiten in der Bevölkerung zusätzlich anheizen. Eines ist gewiss: Am Ende einer Inflationsorgie steht ebenfalls eine Währungsreform; geldnahe Anlagen sind dann zum großen Teil vernichtet. Im schlimmsten Fall wird über zusätzliche Kriege Sachkapital zerstört.

Wenn es demnach höchst unwahrscheinlich ist, dass Vermögen und Schulden über steuerliche Mittel reduziert werden und eine Währungsreform „über Nacht“ unrealistisch ist. Wenn vielleicht über extreme Inflationsraten Guthaben vernichtet werden und in Folge solcher Ereignisse eine Währungsreform erzwungen wird, was können wir daraus schlussfolgern? Eine relevante Diskussion über Fließendes Geld wird mit höchster Wahrscheinlichkeit erst dann entstehen, wenn sich unkontrolliert über beispielsweise Geldsystemausfall oder kontrolliert über Währungsreform – zum Beispiel nach sehr hohen Inflationsraten – große Teile der weltweit existierenden verzinslichen Ansprüche in Luft aufgelöst haben. Unterstellen wir, dass uns die hier angenommenen gesellschaftlichen starken Erschütterungen helfen, zu besseren Wegen zu finden, was wäre dennoch in jedem Fall zu tun?

Im Folgenden sollen die beiden, neben dem Anleihemarkt voluminösesten, Anlageklassen, ohne Beachtung des Derivatemarktes, betrachtet werden:

- Immobilien⁶⁷⁴ und
- börsennotierte Aktien und Aktienfonds.

1.a Immobilien

Mit Einführung des Fließenden Geldes kann man über Zinsen keine nennenswerten leistungslosen Einkünfte über verzinsliche Wertpapiere mehr erzielen. Deshalb werden Eigentümer von finanziellen Mitteln – die sie selbst zum betreffenden Zeitpunkt nicht verkonsumieren wollen – nach anderen Möglichkeiten Ausschau halten, um über alternative Anlagen Einnahmen zu generieren. Insofern wird das Interesse an Immobilien massiv steigen. Das Ziel des Investors wäre das Erhal-

⁶⁷⁴ mit Immobilien ist hier ein „unbewegliches Sachgut“ gemeint, hierzu zählt ein Bauwerk, z. B. Wohnhaus oder Gewerbeimmobilie, wie auch ein Grundstück oder Land im Allgemeinen, z. B. Bauland, Ackerland oder ein Wald

ten einer möglichst hohen Kaltmiete. Nicht ohne Grund wird die Miete auch Mietzins genannt, den Immobilieneigentümer als Gegenleistung bekommen, wenn sie eine Immobilie zum Gebrauch einem Mieter überlassen. Die erhöhte Nachfrage nach Immobilien würde die Preise deutlich nach oben schieben. Das sieht auch Gartz so, er geht sogar davon aus, dass Grundbesitz noch stärker zum Spekulationsobjekt würde, als es aktuell bereits der Fall ist.⁶⁷⁵ Letztendlich geschieht es auf Grund der niedrigen Zinsen schon längst. Bei Immobilien mit beachtlichen Renditen durch hohe Mieteinnahmen im Verhältnis zum Kaufpreis spricht man auch von Zinshäusern. In einer Ausgabe der Zeitschrift Cash ist zu lesen:

„Zinshäuser gehören zu den gefragtesten Investments bei institutionellen Investoren und Privatkäufern. Manche Märkte sind jedoch regelrecht leergefegt.“⁶⁷⁶

Vor Einführung des Fließenden Geldes ist deshalb, wie weiter unten beschrieben, Handlungsbedarf angesagt.

Die nach Abzug von Kosten und Instandhaltungsrücklagen verbleibende Kaltmietenanteile können vom Immobilieneigentümer verwendet werden, um weitere Immobilien zu erwerben. Würde man nun die Entwicklung des Immobilienvermögens über eine Grafik darstellen, wäre ebenfalls eine Exponentialfunktion zu erkennen. Mit der Zeit befänden sich ganze Städte in wenigen Händen. Und gehört einem Menschen erst einmal eine Stadt, fällt es ihm nicht schwer, über den empfangenen Mietzins bald eine zweite, vierte, achte, usw. in sein Eigentum zu bringen. Alle Leserinnen und Leser, die die Wirkung exponentieller Wachstumsprozesse verinnerlicht haben, können sich jetzt leicht ausmalen, welche zusätzliche Umverteilungsdynamik über den Mietzins ausgelöst wird. Natürlich liefen in der Vergangenheit und laufen gegenwärtig solche Mechanismen ab. Mit Umstellung auf Fließendes Geld würden diese allerdings weiter verstärkt.

Eine Variante, um derart Demokratie gefährdende Wirkungen auszuschalten, wäre eine progressive Grundsteuer zu installieren. Dabei

675 vgl. Gartz, Ludwig: „Fließendes Geld. Die Geburt des Goldenen Zeitalters“, Aragorn Verlag, Sankt Augustin, 2008, 1. Auflage, S. 111

676 Cash, Ausgabe Nr. 3, März 2017, 35. Jahrgang: „Nadel im Heuhaufen“, Cash.Print GmbH, Hamburg, ein Unternehmen der Cash.Medien AG, S. 70

sollten Eigentümer von selbstgenutzten Immobilien in angemessener Beschaffenheit vollständig von einer Grundsteuer befreit werden. Letztendlich führt eine solche Grundsteuer zu einem gewissen Freiheitsverlust. In einer Lebenssituation, in der finanzielle Mittel kaum ausreichen, um elementare Grundbedürfnisse zu decken, ergibt sich aktuell zusätzlich die Angst, sein zu Hause zu verlieren, wenn die Grundsteuer nicht aufgebracht werden kann. Sicher hat man auch als Immobilieneigentümer Anspruch auf soziale Leistungen in schwierigen Lebenslagen, so dass eine Zahlung der Grundsteuer über solche Zuwendungen gegebenenfalls sichergestellt ist. Dennoch ist das Absenken der Grundsteuer für selbstgenutzte Immobilien in geeigneter Größe auf null Euro zu empfehlen. Die Frage der Angemessenheit könnte nach dem von Felber beschriebenen Prinzip über Konvente erörtert werden.

Anders kann es sich mit Immobilien verhalten, bei denen eine Vermietung erfolgt. Im Verhältnis zur vereinnahmten Miete sollte die Grundsteuer steigen und zwar derart, dass sich das Kaufen von Immobilien ab einem gewissen Bestand nicht mehr lohnt. Ein solches steuerliches Abgreifen des Mietzinses führte dazu, dass ein Anleger mit geringem oder keinem Immobilienbestand bessergestellt wäre als ein Investor mit bereits umfangreichem Immobilienvermögen. Allein jener Effekt wirkte extremen Konzentrationen entgegen. Der Familienvater, der gern eine Eigentumswohnung für das eigene Kind am Studienort erwerben will, wäre immer noch steuerlich entlastet, wenn es sich um seine Zweitimmobilie handeln würde. Dies trüge auch dazu bei, dass er leichter eine gegebenenfalls gewünschte Finanzierung zu besseren Konditionen erhielte, da wegen der geringeren steuerlichen Belastung Risiken niedriger ausfallen und solche Faktoren bei der Zinssatzhöhe banktechnisch eine Rolle spielen. Kreiß formuliert ähnliche Ansätze. Er ist der Meinung, das Immobilien- und Bodenbesitz, der nicht selbstgenutzt wird und der lediglich zur Erzielung von Nicht-Arbeits- bzw. Renteneinkommen dient, besteuert werden und selbstgenutzter Wohnraum sowie selbst bearbeiteter Boden, steuerfrei bleiben solle.⁶⁷⁷

⁶⁷⁷ vgl. Kreiß, Christian: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt“, Tectum Verlag Marburg, 2013, S. 149

Für viele Freunde des Fließenden Geldes ist eine progressive Grundsteuer deutlich zu kurz gesprungen. Nicht ohne Grund forderte Silvio Gesell eine Geld- und Bodenreform. Organisationen der Geldreformszene, die sich für eine konstruktive Geldumlaufsicherung einsetzen, fordern deshalb wie Gesell auch eine Bodenreform in einer ganz anderen Dimension. Geldreformer, die sich zeitgleich zu wenig für eine Bodenreform einbringen, werden deshalb oft aus diesen Reihen kritisiert. Grundsätzlich ist deren Kritik berechtigt, wenn man die umverteilende Wirkung des Mietzinses und die sich hieraus bildenden extremen Kapitalkonzentrationen untersucht.

Kriminelle Auswüchse gibt es beim weltweit stattfindenden *Land Grabbing*. Mit Bestechung, Betrug und Diebstahl eignen sich Investoren große landwirtschaftliche Flächen an. Regierungen sind zum Teil regelrecht gezwungen, Land zu verkaufen, um an erforderliche Devisen zu kommen. Mit diesen Mitteln versuchen sie dann, beispielsweise die erdrückende Schuldenlast in den Griff zu bekommen. Mit welchen üblen Methoden Staaten überhaupt erst in die extreme Verschuldung gelangt sind, wird an anderer Stelle dieses Buches beschrieben.

Oft werden in jenen Gebieten arbeitende Kleinbauern seit Generationen ihrer Lebensgrundlage beraubt. Menschen, die sich hier für mehr Gerechtigkeit engagiert einsetzen, sind vielleicht an dieser Stelle enttäuscht, da das Thema nur angeschnitten und die stattfindende himmelschreiende Ungerechtigkeit nicht gebührend verdeutlicht wird. Wollte man jedoch sämtliche Inhalte zum Boden seriös aufbereiten, wäre ein Werk gleichen Umfangs wie das vorliegende erforderlich. Und es gibt auch hierzu bereits wertvolle Literatur. Handlungsbedarf besteht beim Land Grabbing in jedem Fall, auch ganz unabhängig von der Diskussion über das Geldsystem.

Bei Rohstoffen wie auch bei Grund und Boden stehen weitere grundsätzliche Fragen im Raum. Unter anderem sind diese Güter nur begrenzt verfügbar und von Natur aus vorhanden. Generell ist der Ansatz plausibel, dass jene Ressourcen allen Menschen gehören. Nun kann man diskutiert, ob Bürger aus dieser Betrachtung heraus überhaupt Eigentümer eines Grundstücks werden können oder ob es schlüssiger wäre, die Verwendung von Grund und Boden über ein Nutzungsrecht zu regeln. Diejenigen, denen das Nutzungsrecht zugesprochen wird, können gegebenenfalls zeitlich befristet über den Boden verfügen. Wenn nun der Nutzer ein Wohnhaus auf diesem

Stück Land errichtet, dann ist er Eigentümer des Domizils und Verwerter des Grundstücks. Erfahrungsgemäß werden die Nutzungsansprüche durch das Setzen eines Zaunes sichtbar gemacht. Im Zuge dessen wird die Gemeinschaft von der Nutzung des eingezäunten Bereichs ausgeschlossen. Deshalb zahlt der Nutzer an die Gemeinde eine Nutzungsgebühr, die allen Ansässigen zu Gute kommt. Damit wird der Nachteil der Gemeinschaft, über das betreffende Grundstück nicht mehr verfügen zu können, finanziell ausgeglichen.

Man kann eine solche Vorgehensweise mit den in der Gegenwart geschlossenen Erbbaupachtverträgen⁶⁷⁸ vergleichen, allerdings wäre der Grundstückseigentümer dann die zuständige Gemeinde. Auch ließe sich mit diesem Verfahren besser steuern, wie das vergebene Land genutzt wird. Heute kann ein Eigentümer aus Spekulationsgründen eine Agrarfläche kaufen und den Acker dann unbestellt verwil dern lassen, obwohl die Menschen die Früchte einer Bewirtschaftung dringend benötigen. Auch könnte wirksamer Einfluss darauf genommen werden, dass Grund und Boden durch schädliche Bewirtschaftung – zum Beispiel durch exzessiven Einsatz von Pestiziden oder Überdüngung mit gesundheitsgefährlichen chemischen Substanzen – nicht zerstört wird.

Niessen kommt zu ähnlichen Feststellungen:

„Heute gibt es fast keinen Flecken Erde mehr, der nicht irgendjemandem gehört. Das ist natürlich zum großen Nachteil derer, die im Wettlauf um die Besitznahme der Natur leer ausgingen. [...] Um dennoch überleben zu können, müssen sie hoffen, dass andere ihnen einen *Arbeits-Platz* anbieten. [Hervorhebung im Original]⁶⁷⁹“

Die Ausführungen über eine prinzipielle Nutzungsgebühr, da Land der Verwendung der Gemeinschaft entzogen und jene dafür entschädigt wird, steht im Widerspruch zu oben genannten Forderungen, die

678 Ein Erbbaurecht berechtigt über die Nutzung eines Grundstückes gegen Zahlung eines Erbbauzinses. Das Recht wird ins Grundbuch eingetragen und ist veräußerlich, vererb- und belastbar. Die Regeln zwischen Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigten werden im Erbbauvertrag vereinbart.

679 Niessen, Frank: „Entmachtet die Ökonomen! – Warum die Politik neue Berater braucht“, Tectum Verlag Marburg, 2016, S. 52

Grundsteuer für Einfamilienhauseigentümer abzuschaffen. Hier sollen beide Ansätze besprochen werden: In einem Konvent, bei dem diese zwei Varianten erörtert würden, käme sicher eine lebhafte Debatte zustande. Jedoch soll klar herausgestellt werden, dass das selbstgenutzte Einfamilienhaus mit vertretbarer Wohnfläche keine Gefahr für demokratische Strukturen darstellt. Die Blickrichtung sollte eher auf die illegitime Aneignung von Land durch Diebstahl im Sinne des Land Grabblings, auf die Bodenzerstörung durch Umweltgifte und auf die umverteilende Wirkung des Mietzinses gelenkt sein. Die Profiteure der aktuellen Strategien würden ideologisch besetzt bei Diskussion der zweiten oben beschriebenen Variante schnell lautstark über die zur Verfügung stehenden Mainstreammedien vor Kommunismus warnen, um Ängste zu schüren – obwohl nach einer Rückführung des Bodens in Gemeinschaftseigentum eine darauffolgend sinnvolle Vergabe an Nutzerinnen und Nutzer erfolgen würde. Sie ließen verlauten, dass solche Gedanken das im Grundgesetz geschützte Recht auf Eigentum⁶⁸⁰ angreife. Allerdings sollte man dabei nicht vergessen, dass im selben Artikel des Grundgesetzes steht:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“⁶⁸¹

Wichtig ist, an dieser Stelle noch einmal auf die umverteilende Wirkung gerade auch im Immobilienbereich hinzuweisen. Typisch für vermietete Immobilien ist, dass jene zum großen Teil über Darlehen finanziert sind. Das hat unter anderem auch steuerliche Ursachen. Deshalb ist es charakteristisch, dass 60 bis 70 Prozent der vereinnahmten Kaltmiete vom Vermieter für Zinszahlungen eingesetzt werden. Wenn ein Mieter demnach eine Wohnung bewohnt, für die er beispielsweise 500 Euro Kaltmiete aufbringen muss, zahlt er, ohne dass er es merkt, statistisch monatlich über diesen Weg ca. 300 bis 350 Euro Schuldzinsen. Mit Einführung des Fließenden Geldes wird das Zinsniveau massiv nach unten abgesenkt. Die besseren Refinanzierungsmöglichkeiten werden die Mieten deshalb deutlich fallen lassen. Damit

680 Grundgesetz, § 14, Absatz 1: „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.“

681 Grundgesetz, § 14, Absatz 2

werden alle Mieter spürbar entlastet! Ein nicht zu unterschätzender Vorteil des Fließenden Geldes.

Nun kann man die Frage stellen, warum dies nicht bereits jetzt geschieht, wo doch die Zinssätze krisenbedingt in den vergangenen Jahren sichtbar gefallen sind, auch ausgelöst durch die Interventionen der Europäischen Zentralbank. Die Information, dass Ansprüche auf Geld langfristig nicht werthaltig sind, ist im Markt in gewissem Maße angekommen. Deshalb ist das Kaufinteresse an Immobilien gravierend gestiegen. Bei erhöhter Nachfrage und gleichbleibenden oder reduziertem Angebot steigen die Preise. Damit wird ein Teil der besseren Finanzierungskonditionen durch die angewachsenen Kosten beim Immobilienkauf kompensiert. Des Weiteren werden in Deutschland typischerweise längere Zinsbindungen vereinbart, so dass bei den Finanzierungen von Bestandsimmobilien teilweise noch die höheren Zinssätze der Vergangenheit gelten. Außerdem fehlt ein Mechanismus, der die Profitabilität nimmt, wenn die zehnte, zwanzigste oder dreißigste Immobilie erworben wird oder besser die Summe der Kaltmieten einen definierten Wert übersteigt. Wenn sich Eigentümer von Großvermögen, die sich wegen bestehender Systemfehler gebildet haben, auf die Suche nach Sachwerten begeben, ganze Straßenzüge aufzukaufen, um sich vor zu erwartenden Anleiheausfällen zu schützen, kann das Ergebnis nicht freundlich aussehen.

Fließendes Geld beendet teilweise den über den Mietzins stattfindenden Umverteilungsmechanismus. Nun kann eine vermietete Immobilie auch vollständig über Eigenkapital angeschafft werden. Hier würde eine progressive Grundsteuer oder die oben beschriebene Nutzungsgebühr, die auch bezüglich ihrer Höhe mit bereits vorhandenem Immobilienvermögen korrelieren kann, ansetzen. Bei schrittweisem Anheben solcher Steuern und Gebühren ließen sich sogar Fehlentwicklungen der Vergangenheit korrigieren, da sich Eigentümer großer Bestände dieser Anlageklasse von Objekten trennen werden, wenn es sich immer weniger lohnt. Die dadurch auf den Markt gelangenden Immobilien würden die Angebotsseite unterstützen und damit preissenkend wirken. Nur was passiert, wenn die durch Immobilienverkauf freigesetzten Mittel oder andere zukünftige Ersparnisse in den Aktienmarkt fließen?

1.b Aktien und Aktienfonds

Wenn die Nachfrage nach Aktien und Aktienfonds bei unverändertem Angebot steigt, erhöhen sich ihre Kurse. Solche Preissprünge wird es als Wirkung der Einführung des Fließenden Geldes geben. Der monetäre Vorteil von Haltern dieser Werte ist ungerecht gegenüber Menschen, die solche Anlagenklassen bis zum Zeitpunkt der Änderung der Geldumlaufsicherung oder deren Bekanntwerden gemieden haben. Prinzipiell ist ein größeres Interesse am Sachkapital aus breiten Bevölkerungsschichten zu begrüßen, erst recht dann, wenn der Käufer von Aktien zugleich Mitarbeiter der betreffenden Aktiengesellschaft ist. Auf diese Weise kann eine zusätzliche Identifizierung mit dem Unternehmen erfolgen. Die an den Firmen beteiligten Angestellten nehmen an den Aktionärsversammlungen teil, bringen sich über gegebene Aktivitäten hinaus ein, da sie ein erweitertes Interesse daran besitzen, dass sich ihr eigener Betrieb positiv entwickelt. Auch wird eine solche Veränderung der Eigentümerstrukturen die Haltedauer von börsennotierten Aktien wieder erhöhen. Damit werden spekulativ bedingte Schwankungsbreiten reduziert.

Vor der Installation von Fließendem Geld ist es somit in jedem Fall geboten, die Besteuerung von realisierten Kursgewinnen massiv anzuheben, ein zeitlich befristeter Steuersatz von 80 bis 90 Prozent ist hier gerechtfertigt. Dieser hohe Satz muss nach einer gewissen Dauer wieder reduziert werden, wenn die Effekte, die sich durch die Änderung der Geldumlaufsicherung ergeben haben, verklingen und eingepreist sind.

Gartz meint, dass Börsen mit Einführung des Fließenden Geldes nicht mehr benötigt würden, da Börsen nur der Kapitalbeschaffung dienten.⁶⁸² Dem ist zu widersprechen. Eine Aktie verkörpert einen Anteil am Gesamtunternehmen. Es gibt Gründe, weshalb sich Eigentümer von ihren Aktien trennen wollen. Es empfiehlt sich, dass funktionale Plattformen zur Übertragung von solchen Vermögenswerten erhalten bleiben. Diese Aussage soll jedoch nicht die Empfehlung relativieren, dass sich an den Eigentumsstrukturen etwas ändern muss und

⁶⁸² vgl. Gartz, Ludwig: „Fließendes Geld. Die Geburt des Goldenen Zeitalters“, Aragorn Verlag, Sankt Augustin, 2008, 1. Auflage, S. 134

andere Unternehmensformen wie beispielsweise Genossenschaften gefördert werden sollten.

Zur steuerlichen Gestaltung in Deutschland etwas Grundsätzliches: Ein Single hatte 2016 ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen in Höhe von 53.666 Euro den Spitensteuersatz von 42 Prozent zu zahlen. Ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 254.446 Euro steigt der Spitensteuersatz um weitere drei Prozent⁶⁸³ auf insgesamt 45 Prozent an. Schaut man in die Geschichte, muss man feststellen, dass Arbeitseinkommen inflationsbedingt und durch Zunahme der Real-einkommen durch Produktivitätssteigerungen immer früher mit den Höchststeuersätzen belastet werden. Oswald Metzger liefert hier neben anderen einen Beleg:

„Während vor gut fünfzig Jahren [1957; Anm. S. H.] das Jahreseinkommen des durchschnittlichen Arbeitnehmers bei rund 3000 DM lag, war damals der Spitensteuersatz von 53 Prozent erst ab 60000 DM Jahresverdienst fällig – also dem Zwanzigfachen des Durchschnittseinkommens. Heute [Metzgers Grundlage ist hier das Jahr 2008; Anm. S. H.] liegt das durchschnittliche Jahreseinkommen eines vollbeschäftigte Arbeitnehmers bei rund 35000 Euro. Doch der Spitensteuersatz ist bereits von Steuerpflichtigen zu bezahlen, die rund das Anderthalbfache verdienen. Im Jahr 2008 langte der Fiskus bereits ab einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 52152 Euro mit 42 Prozent plus Solidaritätszuschlag (und evtl. Kirchensteuer) zu.“⁶⁸⁴

Nach Alfred Boss, Hans Christian Müller und Axel Schrinner hat sich die mathematische Struktur der Einkommenssteuertarife unter anderem im Jahr 1958 grundlegend geändert. Seither wäre sie weitgehend konstant, nur die Parameter seien angepasst worden. In ihrer Arbeit findet man Tabellen mit den wesentlichen Größen seit 1958. So griff der Spitensteuersatz von 53 Prozent bei Ledigen 1958 bei einem zu versteuerndem Einkommen von 110.040 DM. Der Eingangssteuersatz lag in jenem Jahr bei 20 Prozent, der Grundfreibetrag betrug 1.680 DM. Die oben in diesem Absatz genannten Autoren stellen fest, dass in

683 auch Reichensteuer genannt

684 Metzger, Oswald: „Die verlogene Gesellschaft“, Rowohlt Berlin Verlag GmbH, Berlin, März 2009, 1. Auflage, S. 68 f.

allen untersuchten Fällen die durchschnittliche Belastung durch die Einkommenssteuer in 2012 wesentlich höher als im Jahre 1958 gelegen hätte.⁶⁸⁵

Dagegen werden bei leistungslosen Zinseinnahmen auf Kapitalvermögen nach Berücksichtigung des Sparerpauschbetrages⁶⁸⁶ nur pauschale 25 Prozent⁶⁸⁷ steuerlich erhoben. Arbeitseinkommen sollten im Gegensatz zu Zinseinkommen steuerlich bessergestellt sein. Ein unverheirateter Arbeitnehmer mit einem zu versteuernden Einkommen von 50.000 Euro zahlt bereits in Summe mehr Steuern⁶⁸⁸ als ein Rentier⁶⁸⁹ mit Zinseinkünften in gleicher Höhe.

Metzger soll der Politiker gewesen sein, der 1996 als finanzpolitischer Sprecher der GRÜNEN den damaligen Bundesfinanzminister Theo Waigel mit dem Vorschlag zur Einführung einer zinsfreien Zweitwährung auf Landesebene, der *Grünmark*, konfrontiert haben soll.⁶⁹⁰ Laut dem Magazin Focus ging die Idee auf einen Politiker ebenfalls der GRÜNEN aus Magdeburg, Michael Rost, zurück.⁶⁹¹ Ziel dieser Initiative sollte unter anderem sein, über diese Zahlungsmittel den Absatz heimischer Waren zu fördern und damit die Arbeitslosigkeit zu senken. Im Focus-Artikel heißt es, dass die Vorschläge im Zentralbankrat großes Schmunzeln ausgelöst hätten. Vielleicht ist es verständlich, dass Zentralbanker, die auf die klassische Zinstheorie konditioniert sind, solche alternativen Ansätze schwer denken können. Dem Protokoll des Deutschen Bundestages ist zu entnehmen, was Waigel von derartigem Vorschlag hielt, er wandte sich bei seiner Rede im Bundestag am 13.09.1996 an Metzger mit folgenden Worten:

685 vgl. Boss, Alfred / Müller Hans, Christian / Schrinner, Axel: „Einkommenssteuertarife in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Folgen für die Belastung ausgewählter Haushaltsgruppen“, Kiel Working Paper 1837, Kiel Institute for the World Economy, Kiel, März 2013

686 2016 gilt ein Freibetrag von 801 € je Steuerpflichtigen

687 zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer

688 nach deutschem Steuertarif 2016

689 Menschen mit sehr hohen Kapitaleinkommen

690 vgl. Bichlmaier, Simon: „Zu Geld und Ökonomie. Von der Erstellung eines diskutierbaren Ganzen“, Wagner Verlag GmbH, Gelnhausen, 2009, 1. Auflage, S. 361

691 FOCUS Magazin, Nr. 38: „Zweitwährung. Grünmark gegen Miese“, Brüning Nicola, 16.09.1996

„Lieber Kollege Metzger, der Sie einen Funken von volkswirtschaftlichem Verstand bewahrt haben: Sagen Sie den Kameraden, daß sie verrückt gewesen sind, oder nehmen Sie von diesem Chaotenhaufen Abschied, theoretisch und praktisch.“⁶⁹²

Nach diesem kleinen Ausflug in politische Sphären zurück zum Aktienmarkt. Die mit Einführung von Fließendem Geld steigenden Preise von Aktien bringen einen interessanten Vorteil: Die dividendenbedingte Umverteilung wird reduziert. Zum besseren Verständnis ein Beispiel: Betrachten wir eine fiktive Aktiengesellschaft, deren Aktien an der Börse aktuell zu einem Kurs von 100 Euro gehandelt werden. Unterstellen wir, dass das Unternehmen gegenwärtig drei Euro Dividende im Jahr an die Aktionäre ausschüttet. Diese Gewinnausschüttung entspricht damit drei Prozent bezogen auf den Aktienkurs. Man spricht auch von einer Dividendenrendite in entsprechender Höhe.

Wenn sich nun die Nachfrage nach Aktien bei unverändertem Angebot mit schrittweiser Installation von Fließendem Geld erhöht, da man keine wesentlichen Zinseinnahmen mehr erzielen kann und damit das Vereinnahmen von Dividenden anstrebt, steigen die Preise von Aktien. Angenommen, der Aktienkurs verdoppelt sich durch den eben beschriebenen Effekt (solche Kurssprünge sind absolut realistisch), dann wird die Aktie unserer fiktiven Gesellschaft nach ihrer preislichen Aufwärtsbewegung mit 200 Euro gehandelt. Den Kursgewinn von 100 Euro sollte die zuständige Finanzbehörde, wie oben bereits beschreiben, bei Veräußerung der Werte durch den Halter zum großen Teil steuerlich abschöpfen. Manche Aktieneigentümer werden sich von ihren Werten trennen, um den verbleibenden Kursgewinn (nach Steuern) für sich zu realisieren. Damit stehen potentiellen Käufern, die bisher in solchen Anlagen nicht engagiert waren, die nun angebotenen Titel zum Erwerb zur Verfügung. Die mit Verwenden von Fließendem Geld durch erhöhte Nachfrage erzeugten Kurssteigerungen von Aktien führen nicht zu einer steigenden Wertschöpfung der Unternehmen. Bei unveränderter Dividendenzahlung durch unser Musterunternehmen in Höhe von drei Euro je Aktie an die Eigentümer errechnet sich bei einem angesetzten Aktienkurs von 200 Euro eine Dividendenren-

692 Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 13/123 vom 13.09.1996, S. 11087 (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/13/13123.asc> (abgerufen am 03.02.2017)

dite von 1,5 Prozent. Das bedeutet, die dividendenbedingte Umverteilung wird drastisch abgesenkt, sie hat sich in unserem Beispiel halbiert.

Grundsätzlich ist das Vereinnahmen von Dividenden durch die Eigentümerin oder den Eigentümer von Aktien akzeptierbar. Die Dividende ist mit dem Zins nicht zu vergleichen. Geldnahe Einlagen sind zumindest bis zur Höhe der Einlagensicherung risikofreie Kapitalanlagen, insofern nicht das gesamte System wegen des Fehlers im Geldsystem kollabiert. Hier sind jetzt die vergangenen Jahrzehnte gemeint, in der kein Einleger bis zur Höhe der Einlagensicherung und darüber hinaus bei Kreditinstituten, die den deutschen Gesetzen unterliegen, Verluste erleiden musste. Dagegen ist das Kaufen von Aktien prinzipiell mit entsprechenden Risiken behaftet. Solche Risiken kann man zum Beispiel durch eine geeignete Auswahl der Titel und eine große Risikostreuung abmildern. Auch ist es möglich, anstatt eine Einmalanlage zu tätigen, in monatliche Sparpläne zu investieren. Auf diese Weise kauft man die Werte zu unterschiedlichen Zeiten und Kursen und erzielt einen sogenannten Durchschnittskaufpreis⁶⁹³. Dennoch sind Aktien und damit auch Aktienfonds starken Kursschwankungen unterlegen. Unternehmen können große Gewinneinbrüche verzeichnen und dadurch fallende Wertpapierpreise ergeben, dass vereinnahmte Dividenden die kursbedingten Wertverluste noch nicht einmal andeutungswise kompensieren.

Deshalb ist eine Dividende aus Aktienbesitz vergleichbar mit Einnahmen aus Wagniskapital, welches der Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurde. Es ist richtig, einen Anreiz zu geben, damit Risiken von Investorinnen und Investoren eingegangen werden. Der Marxist sieht die Dividende als Mehrwert aus der Produktion, den sich keine Privatperson aneignen sollte. Als Schlussfolgerung hieraus wird das Privateigentum an Produktionsmitteln abgelehnt bzw. als Ursache fehlerhafter Entwicklungen verortet. Diese Position wird nicht geteilt. Sollten sich über Dividendeneinnahmen und Kursentwicklungen extreme Kapitalkonzentrationen ergeben, ist ihnen über Besteuerung entgegenzuwirken. Hier gäbe es verschiedene Ansätze: Man könnte mit höheren Steuersätzen ab einer definierten Größe an Dividendeneinnahmen arbeiten (progressive Dividendenbesteuerung). Auch lassen sich heut-

693 auch Cost-Average-Effekt genannt

zutage Aktienvermögen leicht ermitteln,⁶⁹⁴ insofern könnte eine Vermögenssteuer ab einem bestimmten gehaltenen Aktienportfolio greifen. Darüber hinaus wäre es spätestens nach dem Tod der Halter großer Aktienbestände möglich, einen Ausgleich über die Erbschaftssteuer herzustellen. Ansatzweise wird das bereits heute über das bestehende Erbschaftssteuergesetz versucht. Bei Übertragungen zu Lebzeiten steht die Schenkungssteuer zur Verfügung.

In gewissem Maße erinnert die Unterscheidung zwischen Zinsen und Dividenden auch an das Islamic Banking⁶⁹⁵. Bei Islamic Banking sind Guthabenzinsen verboten. Wie jedoch bereits erläutert, ist das Verbot nicht der Ansatz des Fließenden Geldes. Hier wird über die Einführung einer Gebühr auf Geld der Zins auf mittelfristige Einlagen auf null Prozent gebracht.

Katharina Pfannkuch formuliert zur Dividende im Rahmen ihrer Untersuchung zu Islamic Banking folgendes:

„[...] Dividenden [sind] laut deutschem Recht nicht als Zinsen anzusehen, da sich die Höhe einer Dividende ‚nicht allein nach dem überlassenen Kapital richtet‘. Zwar handelt es sich hier um eine dem Anteil des Kapitals eines Aktionärs entsprechende Auszahlung am Gewinn, doch es wurde – zusätzlich zum Überlassen des Kapitals auch Arbeit verrichtet.“⁶⁹⁶

Im Islamic Banking werden sogenannte Investitionskonten⁶⁹⁷ angeboten. Das Kreditinstitut erhält von den Einlegern den Auftrag, die fi-

694 Bei den meisten Aktiengesellschaften gibt es keine effektiven Stücke mehr. Das sind Aktien, die man physisch (Mantel) mit nach Hause nehmen kann. Man erhielt Kupons (Gewinnanteilscheine), diese waren einer zuständigen Bank vorzulegen und man bekam die einem zustehende Dividendenzahlung. Heute werden Aktien als buchungstechnischer Eintrag gehalten und über Depots verwaltet. Effektive Stücke werden von Liebhabern als historische Wertpapiere gesammelt.

695 Bei Islamic Banking werden islamkonforme Bankgeschäfte getätig. Es besteht ein allgemeines Zins-, Spekulations- und Glücksspielverbot.

696 Pfannkuch, Katharina: „Das Zinsverbot in der Praxis des Islamic Banking“, IGEL Verlag GmbH, 1. Auflage 2009, S. 6

697 Investitionskonten: Profit-sharing investment accounts (kurz: PSIA), rechtliche Grundlage dieser Konten sind sogenannte Mudaraba-Verträge oder Waka-Verträge, es gibt beschränkte und unbeschränkte PSIA-Konten, bei den beschränkten PSIA-Konten werden Einschränkungen mit dem Kreditinstitut

finanziellen Mittel gewinnbringend anzulegen. Allerdings gilt für solche Anlagen, dass Verluste vollständig von den Kontoinhabern zu tragen sind. Mahlknecht schreibt im Gegensatz hierzu:

„In der Praxis kann es jedoch geschehen, dass ein islamisches Finanzinstitut auf einen Teil oder gar auf all jene Gewinne [...] verzichtet, um seinen Kontoinhabern eine attraktivere Rendite zu ermöglichen, oder aber, weil das islamische Finanzinstitut von der zuständigen Aufsichtsbehörde de facto dazu gezwungen wird, aus Gründen des Investorenschutzes und um das potentielle systemische Risiko abzuwenden, das aus dem massiven Rückzug von Kundengeldern durch unzufriedene Investitionskontoinhaber entstehen könnte.“⁶⁹⁸

In jedem Fall wird bei Islamic Banking deutlich zwischen verbotener leistungsloser Zinseinnahme und möglicher risikobehafteter unternehmerischer Beteiligung unterschieden.

1.c Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) und Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) der Banken und Stiftungen

Wie im Kapitel I.8 („Das gesetzliche Zahlungsmittel“) ausgeführt, handelt es sich bei Einlagen gemäß BGB im engeren Sinne um Darlehen. Im BGB sind auch die Normen von Darlehensverträgen geregelt. Typischerweise entstehen bei Darlehensaufnahme für den Darlehensnehmer Pflichten. Die althergebrachte Pflicht eines Darlehensnehmers ist das Zahlen von Zinsen an den Gläubiger. Wenn demnach ein Bankkunde seiner Hausbank Geld leihgt, da er zum Beispiel eine Termineinlage zeichnet, ergibt sich hieraus ein Zinsanspruch gegenüber dem Kreditinstitut. Die aktuelle Fassung des BGB gibt auch noch her,

vereinbart, worin die finanziellen Mittel angelegt werden dürfen, bei unbeschränkten PSIA-Konten hat der Einleger keinen Einfluss auf die von der nach islamischen Recht arbeitenden Bank gewählten Investition. Jedoch muss das Kreditinstitut alle weiteren Regeln des Islamic Banking beachten (z. B.: keine Leerverkäufe, im islamischen Finanzwesen darf man nichts verkaufen, was man nicht besitzt, keine Beteiligung an Unternehmen, die in Verbindung mit der Produktion alkoholischer Erzeugnisse oder Pornografie stehen)

698 Mahlknecht, Michael: „Islamic Finance. Einführung in Theorie und Praxis“, WILEY-VCH Verlag GmbH & Co. KGaA, 1. Auflage, 2009, S. 70

dass der Zins auf null Prozent fallen kann. Rechtsanwalt Andreas Warkentin meint hierzu:

„Typischerweise schuldet der Darlehensnehmer bzw. Verwahrer dem Darlehensgeber bzw. Hinterleger Zinsen. Aus § 488 III 3 BGB ist aber ersichtlich, dass ein Darlehen auch zinslos gewährt werden kann.“⁶⁹⁹

Wird der Zins dank konstruktiver Geldumlaufsicherung bei Fließendem Geld bei kurz- bis mittelfristigen Einlagen auf unter null Prozent gebracht, ergibt sich für den Einleger aus dem bisherigen Anspruch auf Zinsen die Pflicht zum Zahlen der Kosten an die Bank. Nach Auffassung von Warkentin steht die veränderte Situation im Widerspruch zum BGB, insofern sind die betreffenden Paragrafen vor Einführung des Fließenden Geldes anzupassen.

Ähnliches gilt für die allgemeinen Geschäftsbedingungen von Banken. Hierzu führt Warkentin in derselben, bereits eben zitierten Spezialausgabe der kapital-markt-intern-Verlagsgruppe aus:

„,Negative Zinsen‘ können im Rahmen atypischer unregelmäßiger Verwahrungsverträge oder Typenmischverträge eigener Art zwischen Bank und Kunde vereinbart werden. Gegenüber Bestandskunden kann eine derart fundamentale Vertragsänderung aber nicht auf dem Weg der Änderung von AGB mit Zustimmungsfiktion (Nr. 1 II AGB Banken) erfolgen (vgl. auch §§ 305c I und 307 II Nr. 1). Aus einem Angebot zur Vertragsänderung muss klar ersichtlich sein, dass bzw. unter welchen Umständen ein Kunde ein Entgelt in Form von ‚Negativzinsen‘ schuldet; die Ausnahme kann nur ausdrücklich erklärt werden.“⁷⁰⁰

Diese Position kann zutreffen, wenn aktuell vereinzelte Banken bei Kundeneinlagen ab gewissen Größenordnungen ihre Kosten wegen des Zinses unter null Prozent für Überschussreserven bei der NNB an ihre Kunden weitergeben. Im Falle einer Systemumstellung sind gesetzliche Vorkehrungen zu treffen, damit die AGB aller im Geltungs-

699 markt intern Verlagsgruppe – kapital-markt intern Verlag GmbH, RA Warkentin Andreas: „,Negative Zinsen‘ im Einlagengeschäft rechtlich zulässig?“, Düsseldorf, 40. Jahrgang, Beilage zu Nr. 48/16, 02.12.2016

700 ebd.

gebiet ansässigen Banken entsprechen angepasst werden können. Über die vorzunehmenden Änderungen sind die Kunden fristgerecht zu informieren. Wenn dieser Bekanntgabe nicht widersprochen wird, treten die Novellierungen in Kraft. Bei Widerspruch kann der Vertrag von beiden Parteien zum Wirksamwerden der Änderung aufgelöst werden. Kreditinstitute sollten in diesen Fällen die Kosten für das gegebenenfalls vorzeitige Ende eines Vertrages per Gesetz nicht berechnen dürfen.

Nach Schätzungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen gibt es schon allein in Deutschland über 30.000 kirchliche Stiftungen.⁷⁰¹ Diese setzen sich unter anderem für Schwache, Schutzbedürftige, kranke und alte Menschen ein. Des Weiteren werden Bildung, Kunst und Kultur gefördert und denkmalgeschützte Gebäude erhalten. Darüber hinaus unterstützen sie internationale Begegnungen, Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung.

Das Prinzip der Stiftung besteht darin, das vorhandene Vermögen nicht auszugeben, sondern mit den Erträgen aus dem Stiftungskapital den Zweck der Einrichtung laut Stiftungssatzung zu verfolgen. Typische Einnahmen solcher in Deutschland meist gemeinnützigen Institutionen sind Zinsen. Deshalb kann man in der bereits erwähnten Broschüre des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen lesen:

„Da Stiftungen aus den Erträgen ihres Vermögens fördern, macht das derzeit sehr niedrige Zinsniveau gerade vielen kleineren Stiftungen zu schaffen.“⁷⁰²

Da bei Fließendem Geld Zinseinnahmen so gut wie nicht mehr generiert werden können, sind Stiftungen darauf angewiesen, bei der Anlage des Stiftungskapitals umzustellen, damit der wertvolle Stiftungszweck weiterhin erfüllt werden kann. Bereits heute finden wir alternative Strategien. So erfolgten Investitionen in Solaranlagen oder Kooperationspartner bewirtschaften nachhaltig Äcker, um Erträge zu erzielen. Auch kann das Vermögen für Landkauf eingesetzt und die erworbenen Grundstücke können darauffolgend jungen Familien zu

701 vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.: „Engagiert für Gott und die Welt. Kirchliche Stiftungen in Deutschland“, Berlin, Januar 2016, 1. Auflage, S. 12

702 ebd. S. 20

sehr niedrigen Erbbaupachtzinsen angeboten werden.⁷⁰³ Es wird in diesem Zusammenhang jedoch auf die Ausführungen zu großem Immobilienvermögen unter Kapitel IV.1.a: „Immobilien“ verwiesen.

Auch heute, wo das Vereinnahmen von Zinsen durch Stiftungen noch möglich ist, greift kein Zinseszinseffekt, da die vereinnahmten Zinsen immer für die Aufgaben der Institution laut Satzung eingesetzt werden. Eine Wiederanlage der Zinsgutschriften erfolgt nicht.

2. Die Einführung von Fließendem Geld

Fließendes Geld sollte erst zum Tragen kommen, wenn breite Bevölkerungsschichten die wertvolle Veränderung unterstützen. Insofern sollten sich zunächst die fundamentalen, destruktiven Funktionsweisen und Wirkungen des ausgedienten Systems ausreichend herumsprechen. Gerade die Tatsache, dass nur wenige Menschen finanziell vom Zins und Zinseszins profitieren und die sehr große Mehrheit immer mehr Schuldzinsen bezahlt,⁷⁰⁴ als sie jemals an Guthabenzinsen vereinnahmen kann, dürfte langfristig helfen, die alten Denkmuster zu überwinden.

Betrachtet man darüber hinaus den zinsbedingten Wachstumszwang und die damit verbundene unvermeidbare Umweltzerstörung sowie die Zerstörung demokratischer Strukturen wegen extremer Kapitalkonzentrationen, sind handfeste Argumente für das Fließende Geld gegeben.

Man kann heute kaum einen Tag verleben, ohne die Forderung nach Wachstum oder nach mehr Wachstum wahrzunehmen. Durch derartige Indoctrination hat sich bei vielen eine verschobene Vorstellung über die Notwendigkeit von Wachstum zwecks Wohlstandserhalts herausgebildet. Gäbe es den in diesem Buch beschriebenen Fehler im Geldsystem nicht, wäre Nullwachstum kein Stillstand und würde keinen Verlust des Wohlstands bedeuten. Die jährlich produzierten Waren werden nur teilweise verbraucht. Der gegessene Apfel oder das getrunkene Bier sind unwiederbringlich verkonsumiert. Doch die

703 vgl. ebd. S. 37

704 siehe 4. Hauptsatz der alternativen Wirtschaftswissenschaft (Kapitel IV.9: „Fünf Hauptsätze der alternativen Wirtschaftswissenschaft“)

gebaute Straße, die sanierte Schule, das gekaufte Fahrrad oder die neuen Küchenmöbel sind auch nach Ablauf eines Wirtschaftsjahres noch vorhanden. Wenn also in diesen Bereichen die wirtschaftliche Aktivität sogar schrumpft, da weitere Investitionen gerade nicht notwendig sind, bedeutet dies immer noch keinen Verlust von Wohlstand.

Moewes erklärt dies am Beispiel einer Stadt mit 100.000 Wohnungen. Entschließt man sich, jedes Jahr weitere 4.000 Wohnungen wegen des Bevölkerungswachstums zu erstellen, lässt sich im ersten Jahr ein Wachstum von vier Prozent feststellen. Obwohl im zweiten Jahr die gleiche Zahl an Wohneinheiten erneut errichtet wird, beträgt das Wachstum null Prozent. Um wiederholt vier Prozent Wachstum beim Wohnungsbau auch im zweiten Jahr zu erreichen, müssten 4.160 Wohnungen hochgezogen werden. Die Wirtschaftsleistung wird immer mit dem Ergebnis des Vorjahres verglichen. Die absolute Menge an Wohnungen vergrößert sich auch bei Nullwachstum ab dem zweiten Jahr fortlaufend weiter, es kommen jedes Jahr 4.000 Wohnungen hinzu. Die relative Zunahme der Bauleistung ist ab dem zweiten Jahr jedoch null. Nach 25 Jahren hat sich der Wohnungsbestand trotz null Prozent Wachstum ab dem zweiten zu betrachtenden Jahr verdoppelt.⁷⁰⁵

Gesellschaftliche Vermögenssteigerung durch Akkumulation ist die richtige Beschreibung solcher Vorgänge. Große Teile des Wirtschaftswachstums benötigen wir demnach im aktuellen System nur, um die Last der systembedingt steigenden Schuldzinsen zu tragen. Sobald die Wachstumsrate der Wirtschaft unter die Zinsrate rutscht, stellen sich Nachteile für das soziale Gleichgewicht ein.

In einem Interview wird der Fernsehmoderator, Börsenreporter und Buchautor Raimund Brichta gefragt, warum wir ein derart instabiles, von Menschen geschaffenes Geldsystem nutzen und wie wir es reformieren können? Seine Antwort lautet:

„Gut dotierte Spitzenpositionen werden oft von der Finanzwirtschaft finanziert, etwa über Stiftungen. Das heißt, in einer solchen Position ist man in besonderer Weise von jenen Leuten abhängig,

705 vgl. Moewes, Günther: „Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern“, Signum – Amalthea Signum VerlagsGmbH Wien-München, 2004, S. 95

die vermutlich gar nicht daran interessiert sind, dass sich am gegenwärtigen System etwas ändert. Und als Wissenschaftler gelangt man am leichtesten in Amt und Würden, wenn man dem Mainstream gefällt. Querdenker sind in der Regel chancenlos, weil sie zu viele Gegner haben. Ähnliches gilt für politische Ämter, etwa Führungspositionen bei Notenbanken oder Jobs in offiziellen Beratergremien wie im ‚Rat der Fünf Weisen‘. Diese werden oft nur nach parteipolitischen Kriterien vergeben. Und zu alledem ist bei Leuten in diesen Ämtern auch eine Art Scheuklappeneffekt zu beobachten: Wer einen solchen Posten hat, kann nicht mehr wirklich frei denken und entscheiden, sondern er denkt und entscheidet so, wie das Amt es von ihm erfordert. Da bleibt für Systemkritik kein Raum.

Gegen all diese Einflüsse ist also schwer anzukommen. Und deshalb muss erst einmal ein hinreichend großer Teil der Bevölkerung aufgeklärt sein, damit der nötige Druck entsteht, um über Geld-Alternativen überhaupt ernsthaft nachzudenken. Erst danach könnte der zweite Schritt erfolgen, nämlich eine breite Diskussion in der Gesellschaft über die Kernprobleme des Geldes und deren mögliche Beseitigung.⁷⁰⁶

Deshalb sollte, bevor der Erkenntnisprozess zum grundlegenden Mechanismus unseres Finanzsystems ausreichend vorangeschritten ist, die Einführung des Fließenden Geldes auf überregionaler Ebene abgelehnt werden. Denn man kann bereits heute eine destruktive und vor allem fachlich falsche Berichterstattung der Leitmedien zum sogenannten Negativzins der Zentralbanken erleben. Die Artikelüberschriften sind gut vorstellbar, die erschienenen, würde eine Gebühr auf Bargeld entgegen eines fortgeschrittenen Erkenntnisstandes der Allgemeinheit eingerichtet werden: „Jetzt müssen Sie auf Ihr schwer verdientes Geld Gebühren zahlen“, „Staat zwingt Bürger zur Geldausgabe“, „Statt Zinsen bekommen, Kosten tragen“ oder „Sparen wird zukünftig bestraft!“ Wenn dann die fundamentalen Zusammenhänge in breiten Bevölkerungsschichten nicht klar sind, würde das Fließende Geld schnell verworfen, als politischer Streich abgetan und die meisten

706 BNP Paribas S.A., Niederlassung Deutschland, Frankfurt am Main, Märkte & Zertifikate, Interview mit Raimund Brichta: „Für viele Mainstream-Ökonomen sind die Probleme gar nicht existent“, Ausgabe: November / Dezember 2013, S. 46 f.

Menschen atmeten auf, da es nach Umstellen der Geldumlaufsicherung auf die alte Methode endlich wieder Zinsen auf das Ersparte gäbe. Man muss bei einem solchen Ablauf noch nicht einmal große Böswilligkeit unterstellen. In jeder Gesellschaft gibt es Gruppen, die ihre Interessen verfolgen. Das wird auch immer so bleiben. Sicher ist es ungerecht, wenn elitäre Strukturen, die über Zins und Zinseszins einen monströsen Nutzen einfahren, mit fehlerhaften Informationen beispielsweise über den Medienmainstream hantieren, um die Masse auf das falsche Gleis zu setzen. Doch das können wir gemeinsam ändern. Folgendes Zitat von Moewes passt zu diesem Gedankengang:

„Alle Macht lebt von der permanenten Erzeugung von Machtlosigkeit auf der anderen Seite.“⁷⁰⁷

Insofern ist das Bilden von Wissen über die Wirkungen unseres aktuellen Geldsystems sehr wichtig. Kindern sollten erste Kenntnisse ab der Grundschule in einem Schulfach „Allgemeine Volkswirtschaftslehre“ gelehrt bekommen. Erwachsene könnten über ein ideologiefreies Fernsehangebot über wichtige volkswirtschaftliche Zusammenhänge und deren Auswirkungen informiert werden. Allerdings wäre es eine enorme Herausforderung, dass solche Bildungsangebote tatsächlich frei von Einflüssen der vorhandenen Machtstrukturen wären und blieben.

Zu oben hypothetisch dargestellten Falschaussagen sollte deshalb dem Empfänger der Nachricht sofort in den Sinn kommen, dass sich in jedem Geldsystem die Frage stellt, wie die Umlaufsicherung des Geldes geregelt ist. Ohne Regelung wird sich immer automatisch ein Zins größer null Prozent einstellen. Ein Halter von Geld kann dieses bei fehlendem Anreiz zur Freigabe zurückhalten. Dadurch entstehen wirtschaftliche Störungen, besonders wenn viele Marktteilnehmer gleichzeitig Geld horten und dem Wirtschaftskreislauf entziehen. Man könnte deshalb etwas hart formulieren, dass in einem solchen Fall Zinsen vom Geldhalter geradezu erpresst werden können. Das Ergebnis eines Zinses größer null Prozent, der sich hieraus ergebende Zinseszinseffekt und seine damit negativen sozialen Auswirkungen wurden in diesem Buch ausführlich beschrieben (siehe z. B. Kapitel

707 Moewes, Günther (2004), a. a. O., S. 296

III.7.c.a: „Die typischen Eigenschaften von exponentiellen Wachstumsprozessen“).

Wird die Umlaufsicherung des Geldes gesetzlich organisiert, bleiben zwei Möglichkeiten: die Variante der Vergangenheit oder die Alternative der Zukunft, eine Gebühr auf Bargeld, Fließendes Geld.

Man sollte beim Wahrnehmen oben genannter fiktiver Sätze gegen eine konstruktive Geldumlaufsicherung wissen, dass die Gebühr auf Bargeld als Mechanismus gedacht ist, damit das Geld im Wirtschaftskreislauf gleichmäßig zirkuliert. Dies ist eine intelligente Voraussetzung für eine krisenfreie Gemeinwohlökonomie. Auch sollte einem bewusst sein, dass die Zahlungen, die man durch eine Gebühr auf Bargeld leistet, verschwindend gering sind im Vergleich zu den Kosten, die man im alten System zu schultern hat. Bei Fließendem Geld entstehen nur Kosten auf Bargeld und kurz- bis mittelfristige Einlagen. Dagegen wird man heute durch die Schuldzinsen, die man über eigene Darlehen, über Konsum und über Steuern zahlen muss, extrem belastet (siehe Kapitel IV.3: „Eine einfache Rechnung“).

Der Anleger wird demnach beim Sparen nicht bestraft, bei mittel- bis langfristigen Laufzeiten bleibt die Einlage in vollem Umfang erhalten. Es kommen leistungslos so gut wie keine Guthabenzinsen hinzu, dafür muss auch niemand die Guthabenzinsen der Reichen bezahlen. Das ist keine Neiddiskussion, sondern eine Gerechtigkeitsfrage und eine Frage des Völkerfriedens. Da die Vermögen heute enorm ungleich verteilt sind, wird sich für die meisten Menschen ein finanzieller Vorteil ergeben. Lügen, wie niedrige Guthabenzinsen wären eine „Strafe“ gerade für Kleinsparer, haben dann eine geringe Wirkung, wenn maßgebliches Wissen abrufbar ist. Zum Glück basiert ein Finanzsystem in weiten Zügen auf mathematischen Grundlagen. Zahlen „verbiegen“ ist deutlich schwerer, als theoretische Inhalte zielkonform anzupassen.

Das gegenwärtige zinsbasierte Geldsystem muss aus simplen mathematischen Betrachtungen heraus in regelmäßigen Abständen kollabieren. Man kann sich deshalb auf die Werthaltigkeit geldwerter Anlagen nicht verlassen. Schaut man in die Geschichte: Wie viele Guthaben wurden immer wieder vernichtet? Überall redet man von einer Überschuldung. Dass den Schulden eins zu eins Guthaben gegenüberstehen, wird oft weggelassen. Erst recht ist den meisten Menschen (noch) nicht bewusst, dass das relevante Abschmelzen von Schulden auch die Guthabenseite verringern muss. Beim Schuldenschnitt in Griechen-

land 2012 wurden die Verpflichtungen des Staates reduziert; hielt man als Privatperson in diesem Moment griechische Staatsanleihen, hat man genau den Betrag, um den das Land entschuldet wurde, verloren. Beim Fließenden Geld dagegen kann man sich wegen des ausgeschalteten Zinseszinseffekts und einer Inflationsrate von null Prozent darauf verlassen, dass man sein Erspartes zum angepeilten Zeitpunkt verlustfrei zurückhält.

Die Einführung von Fließendem Geld wird einige Erkenntnisse ans Tageslicht fördern, die heute noch nicht in vollem Umfang vorhanden sind. Deshalb gilt es, Erfahrungen zu sammeln und professionell auszuwerten. Das kann auf verschiedene Weise geschehen. Man könnte, natürlich in Absprache mit den Initiatoren, ein funktionales vorhandenes regionales Tauschmittel zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklären. Ab diesem Moment ist den Unternehmen eine beachtliche Hemmschwelle im Geltungsbereich genommen, denn die eingenommenen finanziellen Mittel könnten ab der Regeländerung für kommunale Steuern verwendet werden. Damit würden sich die Wirtschaftskreisläufe beim betreffenden regionalen Zahlungsmittel viel leichter schließen lassen.

Es wäre jedoch keine notwendige Voraussetzung, dass ein bereits bestehendes regionales System genutzt werden muss. Es kann auch in einem Gebiet, in einem Bundesland oder Deutschland oder auch einer Metropolregion der Eurozone, unabhängig von Landesgrenzen, eine zweite Währung als gesetzliches Zahlungsmittel mit dem Charakter des Fließenden Geldes initiiert werden. Diese finanziellen Mittel hätten dann nur Geltung in der definierten Zone. Alle Regeln, die für den Euro bestehen, wären auch automatisch für die neuen Zahlungsmittel mit konstruktiver Umlaufsicherung zutreffend, abgesehen vom eingeschränkten räumlichen Geltungsbereich. Man könnte diese finanziellen Mittel in Umlauf bringen, indem zum Beispiel anfangs zehn Prozent von sozialen Leistungen, Renten, Löhnen usw. in Form des neuen Zahlungsmittels in der betreffenden Region ausgegeben werden. Zu Beginn entspricht ein Euro genau einer Einheit der Währung, der der Umlaufmechanismus von Fließendem Geld zu Grunde liegt. Nach einem Jahr wird der Wechselkurs entsprechend der Inflationsrate angepasst. Bei zwei Prozent Inflation beim Euro würde der Wechselkurs zum neuen Geld folgendermaßen aussehen: 1,02 Euro entsprächen dann einer solchen neuen Währungseinheit.

Im Supermarkt, auf dem Kontoauszug und dem Gehaltszettel werden die beiden Währungen ausgewiesen, ähnlich der Situation 2002 nach der Umstellung von Deutsche Mark auf Euro. Auch damals waren beide Währungen an den verschiedenen Stellen zu sehen. Das Entscheidende und Nützliche bei derartiger Vorgehensweise ist, dass sich die Menschen an die neue Geldumlaufsicherung gewöhnen können. Man wird schnell merken, dass man sich nicht mehr mit der jeweiligen Höhe der zu den Stichtagen fälligen Gebühr beschäftigt. Man hat verinnerlicht, dass das verfügbare Fließende Geld einerseits für den Konsum eingesetzt wird. Die finanziellen Mittel in Form des Fließenden Geldes, die andererseits aktuell nicht gebraucht werden, werden angelegt, um so die Kosten zu minimieren oder ganz auf Null zu setzen. Banken werden sich schnell auf diese Situation eingestellt haben und geeignete Produkte anbieten. Schließlich können sie über solche Einlagen sehr günstige Kredite vergeben, die das Publikum sehr gern nachfragen wird.

In welcher Weise die technische Umsetzung erfolgt und die Gebühr auf Bargeld erhoben werden kann, wird weiter unten beschrieben (siehe Kapitel IV.6: „Technische Umsetzungsvarianten des Fließenden Geldes“). Wenden wir uns jetzt den enormen finanziellen Vorteilen für den Normalbürger durch Fließendes Geld zu.

3. Eine einfache Rechnung

Es ist ein unglaubliches Phänomen, dass bis zum heutigen Tag die Wirkungsweise der Zinsflüsse derart geringe Beachtung geschenkt wird. Gerade Menschen mit kleinerem Vermögen bringen oft ihr Bedauern über gefallene Guthabenzinsen zum Ausdruck, obwohl sie zu den Zinsverlierern gehören, da sie über indirekte Wege immer mehr Schuldzinsen zahlen, als sie je Guthabenzinsen vereinnahmen können (siehe Haushaltsgruppen, Abbildung 37). Günter Emde sagt:

„Für die meisten Bürger sind die Zinsen ein Verlustgeschäft“⁷⁰⁸

708 Emde, Günter: „Wir brauchen ein anderes Wirtschaftssystem auf der Grundlage einer Finanzordnung mit fließendem Geld“, Interview mit Fragen von Günther Hartmann, Terra Viva Heft 5, Schriftenreihe für menschenwürdige

Wenn das Zinsniveau für relativ bescheidene Rücklagen hoch liegt, wird auf stattlicheres Kapital meist ein noch höherer Zinssatz geboten. Größere Anlagen sind per se bevorrechtigt. Bessere Konditionen bekommt man auch, wenn man eine Palette Senf erwirbt im Vergleich zum Kauf eines einzelnen Glases. Bei den Überlegungen zu den Zinsströmen ist prinzipiell die bestehende ungleiche Vermögensverteilung zu berücksichtigen. So stellt sich die einfache Frage: Wo kommen denn die Zins-einnahmen auf voluminöse Einlagen überhaupt her?

Wenn ein Anleger sein Geld einem Betrieb leihst, dann ist dieses Unternehmen für die Zinszahlungen zuständig. So, wie Material- oder Personalkosten in den Waren- und Dienstleistungspreisen einkalkuliert werden, so müssen auch die Zinskosten für aufgenommene Darlehen in die Preisfindung einfließen. Eine Firma kann nur dann ihre Produkte mit einem Gewinn verkaufen, wenn alle Kostenfaktoren im Preis berücksichtigt sind. Fazit: Die Zinskosten tragen letztendlich die Käufer der betreffenden Artikel oder die Nutzer von entsprechenden Dienstleistungen.

Wenn Regierungen zusätzliche Kredite aufnehmen, steigt die Staatsverschuldung. Dies wird beispielsweise über den Verkauf von Staatsanleihen bewerkstelligt. Wenn sich eine Anlegerin oder ein Anleger eine deutsche Staatsanleihe ins Depot legt, erhält die Investoren oder der Investor die vereinbarte Zinszahlung. Sie muss über den Staatshaushalt finanziert werden. Ein Staat ist nur deshalb in der Lage, Zinszahlungen zu bedienen, weil er zuvor von allen Bürgern Steuern eingefordert hat. Wenn man Auto mit Verbrennungsmotor fährt, zahlt man Mineralölsteuer, wenn man arbeitet, muss Einkommens- bzw. Lohnsteuer abgeführt werden, beim Einkaufen trägt man eine Mehrwertsteuer und als Raucher ist man über eine Tabaksteuer dabei. Seine Schuldzinsen bezahlt der Staat aus der Summe aller Steuereinnahmen. Reichen die Steuereinnahmen nicht aus, muss sich der Staat neu verschulden, um über zusätzliche Kredite die Schuldzinsen für bereits bestehende zu stemmen. Ein solches Vorgehen ist üblich, führt jedoch langfristig zu einer Überschuldung des Staates mit der Folge, dass über einen Schuldenschnitt die Verschuldung wieder gesenkt werden muss. In diesem Fall werden Guthaben und Schulden durch einen Betrag X

geteilt, damit die Verschuldung auf ein tragbares Niveau gebracht wird, demnach die Schuldzinsen in einer Höhe anfallen, wie sie der Staat dann wieder verkraften kann. Es wird hier beispielhaft noch einmal an den Fall Griechenland im Jahr 2012 erinnert.

Wenn man persönlich ein Darlehen aufgenommen hat, ist man natürlich auch selbst für die Schuldzinszahlungen zuständig. Fallen die Zinsen für solche Darlehen, ist eine Zinsersparnis offensichtlich. Bei Immobilienfinanzierungen kann man aktuell die Wirkung der mit der Zeit stark gefallenen Zinssätze sehr gut beobachten. 2006 lag der Zinssatz für Bauvorhaben bei selbstgenutztem Wohneigentum bei Zinsbindungen⁷⁰⁹ von zehn Jahren ca. drei Prozent höher als heute. Bei einer hypothetisch angenommenen Restschuld von zum Beispiel 100.000 Euro bedeutet dies, dass ein Jahr nach erfolgter Umschuldung in 2016 ca. 3.000 Euro Zinsen weniger vom Darlehensnehmer an den Gläubiger überwiesen werden müssen. Je nach Tilgungssatz liegt die Gesamtersparnis, bezogen auf die zukünftigen zehn Jahre im spürbaren fünfstelligen Bereich.

Nun zu dem eingangs angedeuteten Phänomen zu den Zinsflüssen. Die große Aufmerksamkeit gilt oft den Zinseinnahmen, aber:

Alle Menschen zahlen Schuldzinsen! Das erfolgt über drei Wege: 1. über Konsum die Schuldzinsen der Industrie, 2. über Steuern die Schuldzinsen des Staates und 3. über Darlehensverträge die Schuldzinsen für selbst eingegangene Verpflichtungen. (Dritter Hauptsatz der alternativen Wirtschaftswissenschaft, siehe Kapitel IV.9)

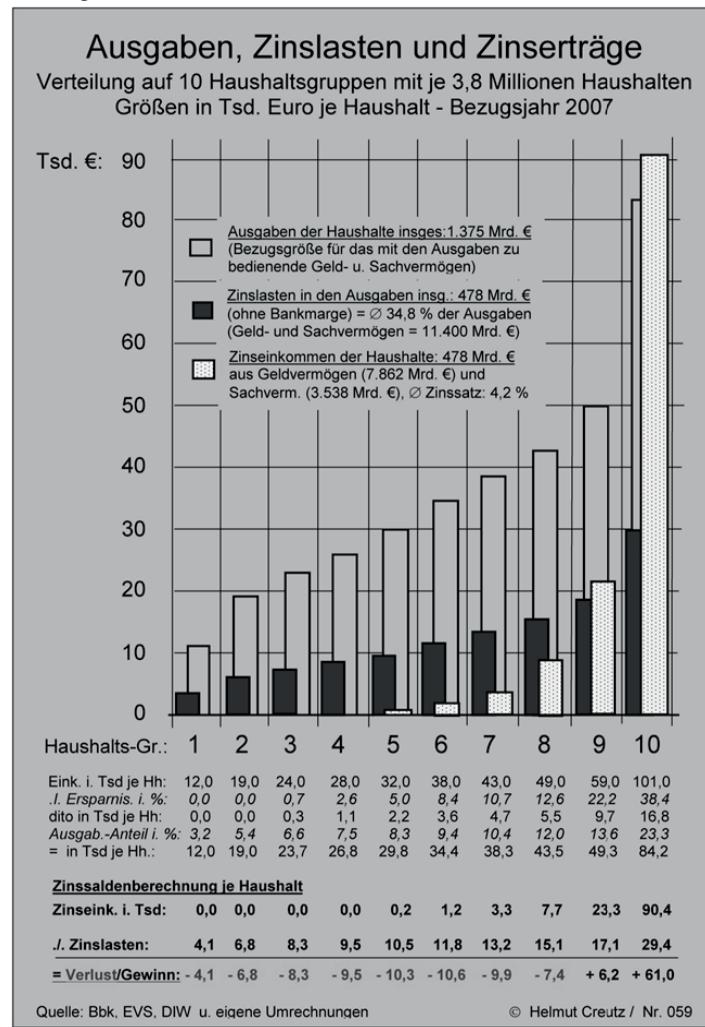
Ein höherer Darlehenszins trifft demnach ganz offensichtlich alle unglücklich, bei sinkenden Darlehenszinsen dagegen sparen alle Zinskosten. Doch warum schaut jeder Zinsempfänger vor allem auf seine Zinseinnahmen, beachtet jedoch meist nicht die Zinskosten, die er zwangsläufig über direktem oder indirektem Weg zu zahlen hat? Um herauszubekommen, ob man vom aktuellen Zinsmechanismus profitiert, muss man Zinseinnahmen und Zinsausgaben saldieren. Das Ergebnis ist folgendes:

709 Zinsbindung: Innerhalb einer Zinsbindung, auch Zinsfestschreibung genannt, darf die Bank den im Darlehensvertrag vereinbarten Zinssatz nicht ändern.

Statistisch betrachtet zahlen etwa acht von zehn Menschen in Deutschland ihr Leben lang immer mehr Schuldzinsen, als sie je in der Lage sind, Guthabenzinsen zu vereinnahmen. (Vierter Haupt-
satz der alternativen Wirtschaftswissenschaft, siehe Kapitel IV.9)

Bei einem von zehn Menschen entsprechen die Zinseinnahmen in etwa den Zinsausgaben. Nur einer von zehn erzielt einen Zinsgewinn. Wichtig ist, dass eben dieser Zinsüberschuss jener kleinen Gruppe überhaupt nur möglich ist, weil die große überwiegende Mehrheit jeden Tag Schuldzinsen über die drei oben genannten Wege zu entrichten hat. Ein kaum vorstellbarer Umverteilungsmechanismus in exorbitanter Dimension!

In der nachfolgenden Grafik ist die deutsche Bevölkerung in zehn Haushaltsgruppen aufgeteilt und die Zinsflüsse anhand von Zahlen der Deutschen Bundesbank dargestellt:

Abbildung 37:⁷¹⁰

710 Creutz, Helmut: „Das Geld-Syndrom 2012 – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“, aktualisierte Neuausgabe 2012, Druck- und Verlagshaus Mainz, Wissenschaftsverlag Aachen, S. 284 (diese und viele weitere interessante Grafiken von Helmut Creutz zu finden auch unter: <http://helmut-creutz.de/grafiken.htm>)

Erläuterungen von Helmut Creutz zur Grafik:

„Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge der Haushalte

In der Darstellung werden mit den grauen Säulen im Hintergrund und verteilt auf zehn Haushaltsgruppen, die mit den Einkommen ansteigenden Haushaltsausgaben wiedergegeben, die sich – nach Abzug der Ersparnisse – aus den Haushaltseinkommen in jeder Gruppe ergeben.

In den schwarzen Säulen davor sind die Zinslast-Anteile wiedergegeben, die im Jahr 2007, mit einem Durchschnittssatz von 34,8 %, mit sämtlichen Haushaltsausgaben, einschl. der Steuern und Abgaben, getragen werden mussten. Dabei sind in diesem Satz die Zinszahlungen für die Privat-Kredite ebenso enthalten wie die Zinsanteile für die Schulden des Staates wie die Zinsanteile in allen Preisen, die z. B. alleine bei den Mieten durchweg bei 60 bis 65% liegen. Alle diese Zinslasten müssen – direkt oder indirekt – am Ende der Ausgabenkette immer von den Haushalten getragen werden, die ihrerseits keinerlei Möglichkeiten mehr zu einer Überwälzung auf Dritte haben!

Die dritte Säulenreihe (weiß mit schwarzen Punkten) im Vordergrund gibt dann wieder, in welchem Umfang diese von allen gezahlten Zinsen wiederum als Einnahmen an die Haushalte zurückfließen. Der Schlüssel für diese Rückverteilung resultiert jedoch aus den jeweiligen Vermögensbeständen in den Haushaltsgruppen, die sich jedoch bereits mit rund 66 % bei dem reichsten Zehntel konzentrieren, während die ersten vier Haushaltsgruppen – fast ohne Vermögen und Vermögenseinkommen! – weitgehend nur Zinszahler sind. *)

Aus der Verrechnung der schwarzen mit den gelben [hier weißen; Anm. S. H.] Säulen gehen dann die Salden hervor, die bei den ersten acht Haushaltsgruppen als Verluste zu Buche schlagen, während sich das Gros der Gewinne bei der zehnten Haushaltsgruppe konzentriert. (s. auch unterste Reihe in der Tabelle!) – Und aufgrund des Zinseszinseffekts und der damit exponentiell wachsenden Zinsströme, nehmen diese Umverteilungen von Arm zu Reich in unseren Volkswirtschaften mit wachsendem Tempo ständig weiter zu! – Zumindest so lange, wie man diese Mechanismen unverändert lässt! (Helmut Creutz – 2010)

*) Auch bei diesen Zinseinkommen von rund 90 Tsd. Euro je Haushalt in dem reichsten Zehntel ist zu beachten, dass dieser Betrag sich auf ein Durchschnittsvermögen von rund 2 Millionen Euro und auf 3,8 Millionen Haushalte bezieht! Ein Besitzer von 10 Millionen Euro hätte also Zinseinnahmen von 450 Tsd. Euro p. a. und der Besitzer von einer Milliarde Euro – ebenfalls in diesem Zehntel erfasst! – Zinseinnahmen von 45 Mio. Euro und damit täglich rund 123 Tsd. Euro! – Und Milliardäre gibt es inzwischen mehr als hundert in Deutschland, davon vier mit zweistelligen Beträgen! (Quelle: Manager-Magazin 2007)“

Jede Leserin und jeder Leser kann für sich selbst ermitteln, ob sie oder er monetär betrachtet zu den „Zinsgewinnern“ oder „Zinsverlierern“ des aktuellen Geldsystems gehört. Berücksichtigt man jedoch Umweltzerstörung wegen des zinsbedingten Wirtschaftswachstumszwangs oder den Demokratieverlust über das zinsbedingte Herausbilden extremer Kapitalkonzentrationen, gibt es letztendlich nur Verlierer in diesem System. Gero Jenner schlussfolgert deshalb richtig: Würde man dem Normalbürger keine Zinsen zahlen und müsste dieser im Gegenzug auch keine Zinsen an andere abführen, würde sich sein Einkommen schlagartig erhöhen. 90 Prozent der Bevölkerung würden durch einen Verzicht auf Zinsen den größten Gewinn haben.⁷¹¹

Übereinstimmungen zu Christoph Pfluger findet der Autor dieses Buches an folgender Textstelle:

„Wir alle betrachten den Zins als eine universell profitable Einrichtung, besonders am Jahresende, wenn wir mehr oder weniger beseidene Kapitaleinkünfte verbuchen dürfen. Doch weit gefehlt: Das ist nur der Moment, wo wir die Zinseinnahmen feststellen. Die Zinsausgaben dagegen nehmen wir höchstens wahr, wenn wir selber Schuldner sind und eine Zinsrechnung erhalten.“

Aber das ist nur der kleinste Teil der Zinsen, die wir bezahlen. [...] [Der Zins] versteckt sich in den Preisen der Güter, die wir kaufen und der Dienstleistungen, die wir beziehen.“⁷¹²

711 vgl. Jenner, Gero: „Das Pyramidenpiel. Finanzkapital manipuliert die Wirtschaft“, Amalthea Signum Verlag GmbH, Wien, 2008, S. 45

712 Pfluger, Christoph: „Das nächste Geld. Die zehn Fallgruben des Geldsystems und wie wir sie überwinden“, Synergie Verlag und Mediengruppe Darmstadt, copyright: edition Zeitpunkt, 2. revidierte Auflage, 2016, S. 120

Jedoch macht Pfluger für diese Situation eine Geldschöpfung der Geschäftsbanken und nicht den Zins größer null Prozent als destruktive Geldumlaufsicherung verantwortlich. Bei seinen Ausführungen bezieht sich Pfluger auf Helmut Creutz, obwohl Creutz nicht die Ansichten zur Geldschöpfung von Pfluger teilt. Ein Hinweis von Pfluger diesbezüglich wäre sicher angebracht gewesen.

Für Paul C. Martin sind Zinsen im Allgemeinen nicht als arbeitslose Einkommen anzusehen. Werden nach seiner Ansicht die Zinsen beispielsweise von Unternehmen bezahlt, wurde in diesen Firmen für den Schuldendienst gearbeitet. Dass in letzter Konsequenz die Konsumenten und nicht die Unternehmen diese Zinsen tragen, da sie in den Waren- und Dienstleistungspreisen enthalten sind, sieht er nicht. Die wirklich arbeitslosen Einkommen würden aus Staatspapieren fließen. Für derartige Zinsen hätten weder der Staat noch irgendeiner seiner Bürger gearbeitet.⁷¹³ Der Staat zahlt seine Schuldzinsen aus seinen Steuereinnahmen, die er nur deshalb generiert, da gearbeitet wird. Warum man seinen Blick ausschließlich auf die Staatsschulden richten und exponentielle Wachstumsprozesse ausblenden kann, wenn die Kreditnehmer keine öffentlich-rechtlichen Institutionen sind, erschließt sich dem Autor dieses Buches nicht.

Thomas Seltmann bringt es besser auf den Punkt:

„Nebenbei würden in dem Maß, in dem das allgemeine Zinsniveau [wegen der Einführung einer Gebühr auf Bargeld; Anm. S. H.] sinkt, auf Dauer letztendlich auch die in allen Preisen enthaltenen Kapitalkosten aus Krediten und Eigenkapitaleinlagen [sinken]. Heute sind das nach Schätzungen von Helmut Creutz im Durchschnitt etwa 30 bis 40 % der Ausgaben privater Haushalte und damit für jeden Bürger jährlich einige Tausend Euro. Die Kosten für die Liquiditätsgebühr [bei Fließendem Geld; Anm. S. H.] werden

713 vgl. Martin Paul C.: „Die Krisenschaukel. Staatsverschuldung macht arbeitslos. Macht noch mehr Staatsverschuldung. Macht noch mehr Arbeitslose“, Wirtschaftsverlag Langen Müller / Herbig in F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH, München, 1997, S. 9

insgesamt für Otto-Normalverbraucher nur einen Bruchteil dessen betragen, vielleicht in der Größenordnung einiger Hundert Euro.“⁷¹⁴

Simon Bichlmaier drückt es folgendermaßen aus:

„Die Tabuisierung dieser Kostenanteile [z. B. Schuldzinsen, die in den Warenpreisen enthalten sind; Anm. S. H.] der Einen und spiegelbildliche Wertzuwächse der Anderen ermöglicht immerhin, dass sich immer noch die meisten ‚kleinen Leute‘ über ihre mickrigen Zinserträge auf ihre kleinen Ersparnisse freuen, während sie von ihren wahren, effektiven jährlichen Zinslasten absolut keine Ahnung haben.“⁷¹⁵

Giegold, Philipp und Schick liegen dagegen falsch, wenn sie annehmen, dass die Zinssenkung die private Altersvorsorge erschweren würde. Laut ihrer Position müssten die Bürgerinnen und Bürger ihre Sparleistung erhöhen, wenn sie ihre Rente konstant halten wollten.⁷¹⁶ Betrachtet man nur das Konto, auf welchem Vermögen verzinslich angesammelt werden soll, trifft das zu. Berücksichtigt man, dass die Mehrheit der Menschen eben immer mehr Schuldzinsen zahlt, als sie Guthabenzinsen generieren kann, stimmt das nicht. Die Autoren sehen nur die eine Seite der Medaille. Dies wird durch ihre Aussage belegt, dass hohe Zinsen natürlich aus Verbrauchersicht positiv wären.⁷¹⁷ Woher die Zinsgutschriften der Anleger stammen, hinterfragen sie nicht. Sie sind im Gegenteil der Ansicht, dass, wenn die Investitionen wieder in Gang kämen, die Zinsen wieder stiegen und damit Verwerfungen im Banken- und Finanzsystem verhindert werden könnten.⁷¹⁸ Diese Annahme ist falsch.

714 Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, März / April. 02/2010, Seltmann Thomas: „Umlaufsicherung von Banknoten. Wie sich die Einführung der Liquiditätsgebühr bei Geldscheinen systemkonform realisieren lässt“, S. 9

715 Bichlmaier, Simon: „Zu Geld und Ökonomie. Von der Erstellung eines diskutierbaren Ganzen“, Wagner Verlag GmbH, Gelnhausen, 2009, 1. Auflage, S. 332

716 vgl. Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard: „Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern“, Verlag Klaus Wagenbach, 2016, S. 20

717 vgl. ebd. S. 135

718 vgl. ebd. S. 144

Silvio Gesell hat das treffender beschrieben:

„Fällt der Zins, so wird alles entsprechend billiger und ich werde entsprechend größere Summen sparen können. Meinen Verlust an Zinsen auf die schon gesparten Summen werde ich also tausendfach wiedergewinnen durch meine größeren Ersparnisse.“⁷¹⁹

Es werden hier im vorliegenden Buch unter anderem die Autoren Matthias Weik und Marc Friedrich kritisiert, da sie sehr verschwommen mit dem Begriff Geld hantieren. Das unterscheidet sie jedoch nicht von vielen anderen Verfassern bis hin zur herrschenden Wirtschaftswissenschaft. Ungeachtet dessen kommen die eben genannten Autoren zu folgendem Ergebnis:

„Aus diesem Grund [sie beziehen sich hier auf die ungleiche Vermögensverteilung; Anm. S. H.] erfolgt durch den Zinseszins-Mechanismus und die daraus resultierende exponentielle Zunahme der Verschuldung eine kontinuierliche Einkommens- und Vermögensumverteilung von ‚unten nach oben‘ – von den Fleißigen zu den Reichen. Dieser Mechanismus lässt kontinuierlich immer mehr Menschen verarmen. Die exponentiell steigende Staatsverschuldung sowie die Verschuldung von Unternehmen und Privatpersonen treiben diese Umverteilung immer weiter voran.“⁷²⁰

Sie nehmen dabei Bezug auf Jürgen Kremer, ihr Fazit:

„Vorteile ziehen aus unserem Finanzsystem also nur diejenigen, deren Zinseinnahmen die Zinszahlungen übertreffen. Je mehr das Vermögen bei den Profiteuren des Systems wächst, desto größer werden logischerweise bei der Verlierermehrheit die Zinslasten.

Der kontinuierliche Vermögenszuwachs der wenigen Reichen und Superreichen ist ausschließlich möglich dadurch, dass laufend den

⁷¹⁹ Gesell, Silvio: „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“, gesammelte Werke, Band 11, 1920, 4. letztmalig vom Autor überarbeitete Auflage, Gauke GmbH / Verlag für Sozialökonomie, Kiel, S. 274

⁷²⁰ Weik Matthias / Friedrich Marc: „Der größte Raubzug der Geschichte. Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“, Bastei Lübbe Taschenbuch Band 60804, 2. Auflage Juni 2014, überarbeitete und aktualisierte Taschenbuchausgabe, Originalausgabe: Tectum Verlag, Marburg, 2012, S. 287 f.

unteren und mittleren Schichten direkt oder indirekt Vermögen entzogen wird.“⁷²¹

Obwohl Weik und Friedrich auch Hermann Benjes⁷²² erwähnen, der umfangreich das Fließende Geld beschrieben hat, findet das Fließende Geld, trotz eben genannter Zitate, in ihrem Werk keine Beachtung. Ein klarer Widerspruch. Es werden ein paar Fragen aufgeworfen und dann empfehlen die Autoren lediglich: „Denken Sie bitte einmal darüber nach!“ Denjenigen, die über Vermögen verfügen, wird ein weiterer Tipp gegeben:

„Sie haben nun das Wissen und die Möglichkeit, diesem nachweislich gescheiterten System die Grundlage für sein gefährliches Handeln zu entziehen und sich von Papierwerten zu verabschieden und sie in Sachwerte umzuschichten.“⁷²³

Würde eine repräsentative Anzahl an Menschen dieser Empfehlung folgen, wäre das System blitzartig am Anschlag. Denn „sich von Papierwerten zu verabschieden“ bedeutet, sie zu verkaufen. Doch Anleihen abstoßen funktioniert nur dann, wenn es auch potentielle Käufer dafür gibt, die zudem bereit sind, einen akzeptablen Preis zu bezahlen. Steigt die Zahl derer, die sich von solchen Titeln trennen wollen, schnell an, stieße der Markt kurzfristig an seine Grenzen. Es käme zu starken Kursverlusten bei Festverzinslichen und zu explosionsartigen Preissprüngen nach oben bei Sachwerten. Staatsfonds und Zentralbanken könnten zwar erneut intervenieren, jedoch gibt es für diese Option quantitative Limits.

In jedem Fall ist es tragisch, wenn in einem Buch, das derart immense Aufmerksamkeit erlangt, einerseits der Zinseszinseffekt und seine Wirkungen klar beschrieben, andererseits keine Alternativen zum Zins größer null Prozent plus Inflation als destruktive Geldumlaufsicherungen aufgezeigt werden. An vielen Stellen ist bei Weik und Friedrich von „ungedecktem Papiergegeld“ die Rede. Dadurch entsteht eher der Eindruck, sie wünschten sich eine edelmetallgedeckte Währung. Wie allerdings bei einer solchen Währung die Geldumlaufsiche-

721 ebd. S. 288 f.

722 Benjes, Hermann: „Wer hat Angst vor Silvio Gesell?“, Herausgeber: Benjes Herrmann, 1995 – 2002 (vier Auflagen)

723 Weik Matthias / Friedrich Marc (2014), a. a. O., S. 328

rung organisiert werden soll, wird nicht erklärt. In ihrem zweiten Werk schreiben die Autoren:

„Eigentlich hatten wir nicht die Absicht, ein zweites Buch zu schreiben. Aber die unglaublichen Ereignisse und Entwicklungen seit 2012 sowie das Versagen der Politik und Finanzwirtschaft, aus der Krise die notwendigen Schlüsse zu ziehen, zwingen uns regelrecht dazu.“⁷²⁴

Werden nun vielleicht in ihrem zweiten Buch Alternativen aufgezeigt? Überraschend kann man lesen:

„Verstärkt wird der Schrecken durch die Tatsache, dass wir alle seit Jahren durch die Notenbanken schleichend enteignet werden. In allen wichtigen Wirtschaftsräumen liegen die Leitzinsen nahe null.“⁷²⁵

Die Autoren beziehen sich zwar im weiteren Verlauf des Textes auf die negativen Realzinsen auf Grund von Inflation. Jedoch wird der Leserin und dem Leser der Eindruck vermittelt, dass eine höhere Verzinsung wünschenswert sei. Das würde im Widerspruch zu getroffenen Feststellungen zu exponentiellen Wachstumsprozessen stehen. Mit Formulierungen wie der folgenden lenken die Autoren von systemischen Fehlern ab und suchen eher nach Schuldigen:

„So perfide es klingt, die Krisenverursacher [Banken; Anm. S. H.] sind die Krisengewinner.“⁷²⁶

Ob uns das dabei hilft, bessere Wege zu finden, ist zu bezweifeln. Wie zuvor festgestellt, haben wir es mit einem systemischen Fehler zu tun. Das sieht auch Fabian Scheidler so:

„Die Ursache für die zunehmende Instabilität liegt nicht, wie oft geglaubt wird, in der Skrupellosigkeit von ein paar Topbankern, sondern in der Tatsache, dass die Akkumulation von Kapital durch

724 Weik, Matthias / Friedrich, Marc: „Der Crash ist die Lösung. Warum der finale Kollaps kommt und wie Sie Ihr Vermögen retten“, Bastei Lübbe Taschenbuch, Band 60858, vollständige Taschenbuchausgabe der beim Eichborn Verlag erschienenen Hardcowaerausgabe, 2015, S. 18

725 ebd. S. 14 f.

726 ebd. S. 16

den Kreislauf von Produktion, Verkauf, Profit und Reinvestition global ins Stocken geraten ist.“⁷²⁷

Im zweiten Buch von Weik und Friedrich gibt es eine eigene Überschrift zum Zinseszinseffekt: „In der Falle des exponentiellen Wachstums“⁷²⁸. In diesem Kapitel stellen sie absolut korrekt fest:

„Die Schulden der einen sind immer die Guthaben der anderen.“⁷²⁹

und

„Aber das System, das *muss* irgendwann platzen. [...] Am Ende aber, wenn die maximale mathematische Ausdehnung des Systems erreicht wurde, muss unweigerlich der Schuldenschnitt kommen. Eine Währungsreform. [Hervorhebung im Original]“⁷³⁰

Hat man das gelesen, könnte man denken, die beiden Autoren üben Zinskritik. Im krassen Widerspruch dazu steht, wenn es im selben Buch weiter unten heißt:

„Allein 2012 haben die deutschen Versicherungskonzerne zinsbedingt vier Milliarden Euro weniger eingenommen. Die wahren Verlierer sind aber die Kunden. Diese haben seit dem Jahr 2000 sarge und schreibe 210 Milliarden Euro an Überschussbeteiligungen in den Wind geschrieben.“⁷³¹

Die von Weik und Friedrich selbst herausgearbeitete Tatsache, dass, auf Grund der ungleichen Vermögensverteilung dieser Milliardenzinsfluss einen gigantischen zinsbedingten Umverteilungsmechanismus darstellt, wird plötzlich komplett ignoriert.

Fast am Ende ihres Werkes kommen sie erneut auf das Zinsthema zu sprechen:

„Jedes Finanzsystem mit Zins und insbesondere Zinseszins erfordert exponentielles Wachstum. Uns ist völlig klar, dass ein moder-

727 Scheidler, Fabian: „Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiterten Zivilisation“, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien, 2015, S. 198

728 Weik, Matthias / Friedrich, Marc (2015), a. a. O., S. 92

729 ebd. S. 94

730 ebd. S. 94 f.

731 ebd. S. 222

nes, hochgradig arbeitsteiliges Wirtschaftssystem ohne Kredit, folglich auch ohne die Risikoprämie des Zinses, unmöglich funktionieren kann. Jede Art von Zinsverbot ist daher völlig utopisch.“⁷³²

Zum Schluss werden somit die Risikoprämien mit den an Einleger ausgeschütteten Guthabenzinsen, die wegen der bestehenden Sicherungssysteme auf große Einlagensummen risikofrei vereinnahmt werden können, durcheinandergebracht. Auch soll nicht das Verbieten von Zinsen diskutiert werden, sondern welche Methoden es gibt, um den mittelfristigen Zins auf Null zu bringen. Weik und Friedrich schreiben selbst:

„Worüber es sich allerdings nachzudenken lohnt ist die Frage, wie man die exponentielle Logik des Zinseszinses begrenzen kann.“⁷³³

Eine ihrer Antworten findet sich in folgendem Text:

„Die Rückkehr zu einem von realen Werten gedeckten Geldsystem sollte daher unserer Meinung nach überlegt werden. Ob dabei Golddeckung, Deckung durch andere begrenzte Rohstoffe, ein Vollgeldsystem oder eine striktere Bindung der Geldmenge an die realwirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft der richtige Weg ist, muss man sehen.“⁷³⁴

Die Frage, wie zum Beispiel das goldgedeckte Geld im Umlauf gehalten werden soll, wird erneut nicht besprochen. Wird hierfür ein Zins größer null Prozent verwendet, sind exponentielle Wachstumsprozesse die direkte Folge. Vollgold unter der Überschrift „gedecktes Geld“ zu nennen, ist eher irreleitend. Die führenden Protagonisten des Vollgeldes streben keine Deckung des Vollgeldes mit realen Werten an. Das ist vernünftig. Grundsätzlich hat man den Eindruck, dass sich Weik und Friedrich nicht ausreichend genug mit den alternativen Geldsystemen auseinandergesetzt haben, obgleich ihre Beschreibung des Gegebenen spannend ist. Dieser Verdacht trifft vermutlich auch deshalb zu, da sie dem Fließenden Geld auf überregionaler Ebene keine Beachtung schenken.

732 ebd. S. 297

733 ebd. S. 297

734 ebd. S. 298

Regionale Währungen werden inhaltlich angeschnitten. Es werden detaillierte Informationen zu regionalen alternativen Tauschsystemen über einen Gastbeitrag von Christian Gelleri, dem Begründer des Chiemgauers⁷³⁵, geliefert. Auf das Vollgeld gehen sie ebenfalls nicht persönlich ein, sondern lassen diesbezüglich einen Gastbeitrag von Mark Joób abdrucken. Sie kritisieren nicht, dass dieser zur Umlaufsicherung des Geldes bemerkt:

„Zugleich hätten die Bankkunden weiterhin die Möglichkeit, ihr Geld den Banken als Investition anzuvertrauen, und würden für das damit verbundene Risiko mit einer entsprechenden Rendite entschädigt.“⁷³⁶

Worin besteht das Risiko einer in Vollgeld getätigten Einlage? Soll es tatsächlich bei Vollgeld keine Einlagensicherungssysteme mehr geben? Warum wird beim Übertragen von Vollgeld an eine Bank rhetorisch geschickt von einer „Investition“ gesprochen und weshalb taucht für die „Entschädigung“ des Einlegers der Begriff „Rendite“ und nicht Zins auf?

Wer also mehr über den Irrsinn der Finanzwelt erfahren will, vergleichbar mit dem Lesen eines spannenden Krimis mit realem Hintergrund, der wird mit den Büchern von Weik und Friedrich auf seine Kosten kommen. Diejenigen, die sich vor allem mit alternativen Lösungsansätzen beschäftigen möchten, werden beim Studieren dieser Schriften allenfalls bemerken, dass Alternativen zum existierenden Finanzsystem kaum diskutiert werden (siehe auch Kapitel III.11.a: „Matthias Weik und Marc Friedrich“).

735 Chiemgauer: regionale Währung, Umlaufsicherung zwei Prozent je Quartal, einen Chiemgauer erhält man für einen Euro, beim Rücktausch von Chiemgauern in Euro wird eine Gebühr in Höhe von fünf Prozent erhoben, zwei Prozent finanzieren die Verwaltung, drei Prozent kommen einem gemeinnützigen Zweck zu Gute

736 Weik, Matthias / Friedrich, Marc (2015), a. a. O., S. 311

4. Wirkungen des Fließenden Geldes

4.a Umweltschutz

Noch nie hat eine Generation die Lebensgrundlagen der Menschheit derart zerstört, wie es aktuell stattfindet. Doch gibt es einen klaren Zusammenhang mit unserem Geldsystem? Dieser Frage wollen wir folgend nachgehen.

Wenzlaff, Kimmich und Richters stellen fest:

„Die Wahrnehmung sowie ein zunehmendes Interesse an der Untersuchung einer monetär bedingten Wachstumsnotwendigkeit sind [...] unzweifelhaft. [...] Zu problematisieren ist daher ausschließlich der Zins bzw. Zinsanteil, der mit der oben erläuterten *Liquiditätspräferenz*⁷³⁷ zusammenhängt [...] [Hervorhebung im Original]⁷³⁸“

Mit dieser Formulierung signalisieren die Autoren, dass ein zinsbedingter Wirtschaftswachstumszwang existiert. Allerdings, wie an anderer Stelle bereits bemerkt, sagen sie auch:

„Werden Zinseinkommen vollständig konsumiert, ist eine stationäre Umverteilungswirtschaft möglich, die keines zusätzlichen Wirtschaftswachstums bedarf. Die Wachstumsnotwendigkeit kann erst durch den unvollständigen Konsum von Zinseinkommen begründet werden.“⁷³⁹

Dem ist zuzustimmen. Die Entwicklung der geldnahen verzinslichen Anlagen von Vermögenden belegen jedoch, dass real eine annähernd vollständige Konsumtion der Zinseinkommen nicht erfolgt. Im Gegen teil, die Ersparnisbildung wächst mit steigenden Einnahmen aus beruf-

737 Liquiditätspräferenz: Neigung von Marktteilnehmern, Liquidität kurzfristig zu halten, insofern erklärt sich ein steigender Zins mit der Laufzeit der Zinsbindung (siehe Kapitel III.6: „Die Zinsstrukturturkurve“)

738 Wenzlaff Ferdinand, Kimmich Christian, Richters Oliver: „Theoretische Zugänge eines Wachstumszwangs in der Geldwirtschaft“, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS), Fachbereich Sozialökonomie, Universität Hamburg, Fakultät WISO, September 2014, S. 5

739 ebd. S. 44

licher Tätigkeit und die Einkünfte aus anderen Einkunftsarten⁷⁴⁰ kommen ab einer gewissen Größenordnung nicht mehr nachfragewirksam zum Einsatz. Insofern ist es plausibel, dass Zinsgutschriften von den Empfängern erneut verzinslich angelegt werden (Zinseszinsfeffekt) und sich hieraus ein zinsbedingter Wachstumswang für die Wirtschaft ergibt. Und selbst wenn der Wachstumswang bei nachfragewirksamer Zinseinkommensverwendung aufgehoben wäre, ist dies aus sozialer Sicht deutlich zu kritisieren, da in diesem Fall von den Vermögenden die Arbeitsleistung anderer verkonsumiert wird.

Wolfgang Kessler empfiehlt, dass die wichtigsten Zentralbanken ihren Leitzins unterhalb der Wachstumsraten der Wirtschaft halten sollten, damit von den Zinsen kein Wachstumswang ausgehe.⁷⁴¹ Bedeutet dies, dass er sich bei null Prozent Wirtschaftswachstum Zinsen unter null Prozent vorstellen kann oder wünscht er sich immer ein gewisses Maß an Steigerung der Wirtschaftsleistung? Kessler geht auf diesen Sachverhalt explizit nicht ein. Er meint, dass die Armen der Welt durch eine zinsfreie Wirtschaft noch nicht mehr Geld hätten.⁷⁴² Dem kann nicht zugestimmt werden. Bei Verwendung von Fließendem Geld sinkt die Belastung durch Schuldzinsen der sehr großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich (siehe Kapitel IV.3: „Eine einfache Rechnung“). Letztendlich widerspricht sich Kessler selbst, weil er in einer anderen Arbeit darauf hinweist, dass ganz normale Konsumenten negativ von Zins und Zinseszins betroffen wären, da steigende Zinskosten in den Warenpreisen enthalten seien.⁷⁴³

Auch Christian Kreiß kommt zu dem Fazit, dass alle Arten von Zinseszins über lange Zeiträume zu explosionsartigem Wachstum führen, welches durch die reale Wirtschaft nicht gedeckt werden könne.⁷⁴⁴ Mathias Binswanger schreibt:

740 zum Beispiel: Einkünfte aus Dividenden, Mieten, Zinsen

741 vgl. Kessler, Wolfgang: „Weltbeben. Auswege aus der Globalisierungsfalle“, Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH, Oberursel, März 2004, 5. aktualisierte und erweiterte Neuauflage, 2007, S. 238

742 vgl. ebd. S. 238

743 vgl. Kessler, Wolfgang: „Zukunft sozial: Wegweiser zu mehr Gerechtigkeit“, Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt und Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH, Oberursel, Mai 2004, 5. Auflage 2006, S. 53

744 vgl. Kreiß, Christian: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt“, Tectum Verlag Marburg, 2013, S. 24

„Wahrscheinlich würden sich viele Menschen wohler fühlen in einer Wirtschaft, die etwas gemächlicher wächst, aber dafür weniger krisenfällig ist, weil sie kurzfristig auf spekulative Wachstumsmöglichkeiten verzichtet und gewisse ökologische Risiken meidet. In dieser Wirtschaft sind dann zwar die Renditen für Geldanlagen insgesamt geringer, aber dafür ist die Lebensqualität höher.“⁷⁴⁵

Hier übersieht er einiges. Erstens fühlen sich nicht immer mehr Menschen „wohler“, wenn die Wachstumsrate der Wirtschaft unterhalb der zinsbedingten Wachstumsrate von Guthaben und Schulden liegt. Ein gemächlicheres Wachstum, wie es Binswanger vorschlägt, ist in Verbindung mit dem aktuellen Geldsystem, kritisch. Denn die sich stetig erhöhenden Verpflichtungen aus dem systembedingten Schuldenaufbau sind von allen zu tragen. Steigt die zinsbedingte Belastung aller unvermeidbar an, sinkt Schritt für Schritt die Lebensqualität von immer mehr Menschen. Der Zwang zum Wirtschaftswachstum ist ein systemischer Fehler, daher ist die Jagd nach Rendite nicht ursächlich für die *neurotisch* angestrebte Zunahme des Bruttosozialprodukts von einigen Prozentpunkten pro Jahr verantwortlich zu machen.

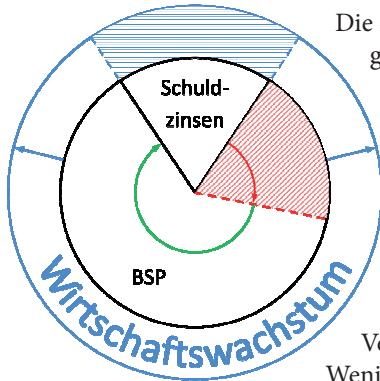
Zweitens: Es verhält sich genau entgegengesetzt zu Binswangers Aussage. Bei hohen Wachstumsraten der Wirtschaft im aktuellen System ist die Krisenwahrscheinlichkeit geringer.⁷⁴⁶ Erst wenn die Leistungssteigerungsraten fallen oder anders – unterhalb der Wachstumsraten von Guthaben und Verpflichtungen liegen – wird das System krisenfällig. Wirtschaftliche Störungen sind in solchen Phasen dann unvermeidbar.

Und drittens führt der Wachstumzwang der Wirtschaft nicht nur zu ökologischen Risiken, sondern zu real stattfindender Zerstörung.

745 Binswanger, Mathias: „Geld aus dem Nichts. Wie Banken Wachstum ermöglichen und Krisen verursachen“, S. 323

746 Bedingung: Zinsrate unterhalb der Wirtschaftswachstumsrate

Abbildung 38: Wirtschaftswachstumszwang im bestehenden System



Die nebenstehende Grafik beschreibt die gegebene Problematik. Der innere Kreis steht für das aktuelle Brutto-sozialprodukt (BSP). Über dieses wirtschaftliche Ergebnis sind die Schuldzinsen zu bedienen. Aus den Schuldzinsen werden wiederum die Guthabenzinsen an die Halter der verzinsten Anlagen gezahlt. Wegen der ungleichen Vermögensverteilung profitieren Wenige besonders.

Verwenden wir einen Zins größer null Prozent als Geldumlaufsicherung, müssen mit den Guthaben systemimmanent auch die Schulden steigen. Unterstellen wir einen unveränderten Zinssatz, erhöht sich damit der aufzubringende Schuldzinsbetrag. Würde es sich bildhaft gesprochen um eine Torte handeln, würde das Tortenstück, welches die Schuldzinsen symbolisiert, zinsbedingt ohne Wirtschaftswachstum ständig wachsen (siehe Abbildung 38: rot schraffierte Fläche). Wenn bei einer Geburtstagsfeier ein Gast ein größeres Stück Kuchen erhält, heißt das, dass andere Gäste weniger von der Torte abbekommen. Das nun größere Tortenstück stellt demnach auch die leistungslos gestiegenen zinsbedingten Kapitaleinkommen dar. Damit steht weniger Geld für gemeinwohlorientierte Aufgaben zur Verfügung. In der realen Welt spricht man in solchen Momenten oft von einer Reform. Leistungen im sozialen Bereich, bei der Gesundheitsversorgung oder den Rentenzahlungen werden nach unten angepasst, um den fehlenden Betrag auszugleichen. Langfristig führt damit fehlendes Wirtschaftswachstum im aktuellen Geldsystem zu extremen sozialen Spannungen.

In unserem Bild bedeutet nun Wirtschaftswachstum, dass im Folgejahr eine Torte mit größerem Durchmesser gebacken wird (siehe Abbildung 38: blauer äußerer Kreis). Bei realisiertem Wirtschaftswachstum ist, wie in der Grafik sichtbar, das BSP umfänglicher. Der Anteil des Kuchens, der nun für die Schuldzinsen benötigt wird, bleibt prozentual unverändert. Der oben abgebildete Fall tritt ein, wenn das

Wirtschaftswachstum genau die systembedingt gestiegenen Schuldzinsansprüche kompensiert (siehe Abbildung 38: blau schraffierte Fläche). Jedoch:

Nichts auf der Welt kann zeitlich unbegrenzt exponentiell wachsen. (Erster Hauptsatz der alternativen Wirtschaftswissenschaft, siehe Kapitel IV.9)

Jedes System, das mit einem derartigen Wachstumzwang ausgestattet ist, muss in regelmäßigen Zeitabständen an seine Grenzen stoßen. Ein Zins deutlich größer null Prozent als destruktive Geldumlaufsicherung in einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft führt zu einem solchen krankhaften Wachstumsprozess. Der Versuch, diesen Fehler im Geldsystem mit Wirtschaftswachstum zu kompensieren, ist ein Irrweg. Er zerstört unsere Lebensgrundlagen. Fabian Scheidler schreibt: „Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und planetarer Zerstörung ist so offensichtlich, dass man nur seine fünf Sinne benutzen muss, um ihn zu begreifen.“⁷⁴⁷ Die Erde verfügt nur über begrenzte Ressourcen. Diese sollten schonend eingesetzt werden und dem Gemeinwohl dienen. Deshalb sollten vor allem auch Umweltverbände ihr Augenmerk auf die zinsbedingte Wachstumzwangproblematik legen.

Voraussetzung für ein exponentielles Wachstum von geldnahen Anlagen ist, dass die Zinsen, die Einleger vereinnahmen, erneut angelegt werden. Dazu Wenzlaff, Kimmich und Richter:

„Zentral für die Auslösung dieses Wachstumzwangs ist ein positiver Zinsertrag [...] und die Entscheidung des Kreditgebers, diesen Betrag zu sparen.“⁷⁴⁸

Oft wird behauptet, dass eine Geldschöpfung der Geschäftsbanken die Ursache des Wachstumzwangs sei, da die zu erfolgenden Zinszahlungen nur möglich wären, wenn sie ebenfalls geschöpft würden. Eine

⁷⁴⁷ Scheidler, Fabian: „Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiterten Zivilisation“, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien, 2015, S. 200

⁷⁴⁸ Wenzlaff Ferdinand, Kimmich Christian, Richters Oliver (2014), a. a. O., S. 31

ursprünglich geschöpfte Geldmenge würde lediglich der Tilgungs-
summe entsprechen.⁷⁴⁹

Martin Sauber und Benedikt Weihmayr liefern zu diesem Gedanken-
knoten eine hilfreiche Auflösung:

„Die Kritiker [Geldsystemkritiker, Anm. S. H.] vernachlässigen die Eigenschaft des Zinses als Flussgröße, d. h., dass durch vollständigen Konsum der Zinseinkommen Tilgung und Zinszahlungen seitens des Schuldners in voller Höhe erfolgen können. Eine stabile Nullwachstumsökonomie ist aus dieser Perspektive mit einem positiven Zins vereinbar. Erst der Nicht-Konsum, also das Sparen von Kapital- und Arbeitseinkommen führt zu einer zwingenden Dynamik.“⁷⁵⁰

Ob man einer Bank Zinsen überweist, das Institut den Zinsertrag dann benutzt, um einen Angestellten zu bezahlen und dieser durch seine Lebenshaltungskosten die finanziellen Mittel wieder in Umlauf bringt oder ob man zu einer Friseurin geht, sich die Haare schneiden lässt und mit der Einnahme vergleichbar das Gehalt eines Mitarbeiters des Friseursalons anteilig getragen wird und über dessen Ausgaben das Geld in den Wirtschaftskreislauf gelangt, da besteht keine monetäre Differenz. Zwischen den Flussgrößen⁷⁵¹ Zinsen und Kosten eines Haarschnitts existiert kein Unterschied, sofern der Empfänger der finanziellen Mittel diese auf direktem oder indirektem Wege (z. B.: Lohnzahlung) verkonsumiert. Erst, wenn die vereinnahmte Summe gespart wird, wenn also der Zinsbetrag oder der Haarschnittpreis angelegt wird, ergeben sich neue Betrachtungsfelder.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich eine weitere Schlussfolgerung. Wird ein Nullwachstum der Wirtschaftsleistung angestrebt und unterstellt, dass Guthabenzinsen von den Empfängern nicht verkonsumiert werden, muss das Zinsniveau deutlich unter null Prozent rutschen, damit der Geldkreislauf nicht gestört wird und es nicht zu

749 vgl. Sauber, Martin / Weihmayr, Benedikt: „Vollgold und Full Reserve Banking – Geldreformen auf dem Prüfstand“, ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, S. 8

750 ebd. S. 8

751 Flussgröße (auch Strom- oder Bewegungsgröße genannt): sind zeitraumbezogene Größen (zum Beispiel das Einkommen), im Unterschied zur Bestandsgröße (zum Beispiel das Vermögen)

ökonomischen Krisen kommt. Dies wird über eine Gebühr auf Zentralbankgeld, wie sie beim Fließenden Geld gedacht ist, erreicht.

Ich lese seit vielen Jahren das Greenpeace-Magazin. Mit Überzeugung kann ich sagen, dass ich dieser Lektüre bisher eine Vielzahl für mich wertvoller Informationen entnehmen konnte. Deshalb bin ich dankbar, dass es ein solches Heft gibt. Umso mehr war ich begeistert, als ich die Ausgabe 01.16 in den Händen hielt, deren Überschrift lautete: „Geld Spezial“.

Es begann hoffnungsvoll: Eine junge Dame wird dem Leser vorgestellt, es wird mitgeteilt, dass sie die Volkswirtschaftslehre umkrepeln wolle.⁷⁵² Ich besuchte die genannte Internetseite *plurale-ökonomik.de*, dort sind assoziierte Gruppen sichtbar gemacht, auch einen Button „Leipzig“ gibt es. Ich klickte ihn an, Oikos Leipzig erscheint. Das freute mich: 2015 hielt ich an der Universität Leipzig einen Vortrag über Fließendes Geld auf Einladung dieser Gruppe.

Auf den folgenden Seiten wird kurz die Bargeldabschaffung⁷⁵³ thematisiert und es wird darüber berichtet, wie die USA mit Geld eine Entschädigung der Bikinianer erreichen will, da man sie in den 1940ern umsiedelte, um ihre Heimat für Atomwaffentests zu verwenden. Später kommen 64 Wohlhabende zu Wort, die freiwillig, unter Berücksichtigung einer Schongrenze von 500.000 Euro (bei Betriebsvermögen fünf Millionen Euro), mehr Steuern zahlen möchten, da ihnen die wachsende Ungleichverteilung der Einkommen und des Vermögens in Deutschland große Sorgen bereiten würde.⁷⁵⁴

Weiter hinten im Heft wird diskutiert, ob es zielführend wäre, der Natur einen Preis zu geben. Es wird erklärt, dass die Befürworter dieser Strategie damit eine Versöhnung der Ökonomie und Ökologie erreichen wollten. Die Kritiker meinen, dass derartige Herangehensweise gefährlich sei, da „[...] alles, was einen Preis hat, auch zur Ware werden kann.“⁷⁵⁵

Des Weiteren wird aufgezeigt, wie Eliten mit blumigen Begriffen versuchen, der Bevölkerung Maßnahmen zu verkaufen, die dem Ge-

752 vgl. Greenpeace Magazin, Ausgabe: 01.16, Greenpeace Media GmbH Hamburg, S. 7

753 vgl. ebd. S. 10 ff.

754 vgl. ebd. S. 18

755 ebd. S. 26

meinwohl schaden.⁷⁵⁶ Wenige Seiten später liest man, dass die „[...] neoliberale Idee, den Staat soweit es irgendwie geht aus allem herauszuhalten und Regulierung bis zur Unkenntlichkeit abzubauen [...] in die Katastrophe geführt hat.“⁷⁵⁷ Gemeint ist die 2007 ausgebrochene Finanzmarktkrise.

Dann soll der Leser mit einem Rätsel sein Wissen zur Geschichte des Geldes testen. Ein folgender Text verrät, dass das Kapital der großen Investmentgesellschaften der wichtigsten Volkswirtschaften im Jahr 2013 ca. 85 Billionen Euro betrug. Dies sei „[...] fast doppelt so viel, wie alle 34 Industriestaaten der OECD im gleichen Jahr gemeinsam erwirtschafteten.“⁷⁵⁸ Doch es stellt sich die Frage: Was sind die Ursachen einer solchen Fehlentwicklung?

Auch die Vollgeldinitiative⁷⁵⁹ hat es in das Heft geschafft. In einem kurzen Artikel wird erläutert: „Geschäftsbanken sollen künftig kein Geld mehr schöpfen dürfen.“ Was mit Geld gemeint ist, wird nicht beschrieben. Auch wird nicht hinterfragt, wie das Vollgeld gleichmäßig im Umlauf gehalten werden kann, damit der Austausch von Waren und Dienstleistungen möglichst krisenfrei absolviert wird.

Später werden nachhaltige Geldanlagen⁷⁶⁰ beleuchtet und es wird über die Ornamentik⁷⁶¹ der Banknoten philosophiert. Auch wird das kritikwürdige Wahlsystem der USA vorgestellt,⁷⁶² indem mit Milliarden Dollar entschieden wird, wer politisch das Sagen hat und wie die Würfel bei wichtigen Entscheidungen, zum Beispiel beim Umweltschutz, fallen. Wie ZEIT ONLINE berichtete, legt Donald Trump kurz nach seiner Amtseinführung ein umstrittenes Pipelineprojekt neu auf, obwohl starke Klimaschutzbedenken bestehen. Damit nahm der neue US-Präsident aus ökonomischen Interessen zentrale Umweltentscheidungen seines Vorgängers zurück.⁷⁶³

756 vgl. ebd. S. 33

757 ebd. S. 37 f.

758 ebd. S. 41

759 vgl. ebd. S. 45

760 vgl. ebd. S. 50

761 vgl. ebd. S. 56

762 vgl. ebd. S. 64

763 vgl. ZEIT ONLINE: „US-Regierung. Trump legt umstrittene Pipelineprojekt neu auf“, 24.01.17

Das Finale der Greenpeace-Magazinausgabe liefert ein Artikel mit der Überschrift *Die Schatzinsel*⁷⁶⁴. Milliardäre kommen auf einer paradiesischen Insel zusammen, um Wege zu suchen, wie man aus der Bitcointechnologie Kapital schlagen könne. Die Theorie eines Redners: Die Ursache für Armut läge in fehlenden Eigentumsrechten. Hätte demnach ein Slumbewohner auf seine Hütte einen „[...] verbrieften Eigentumsanspruch, dann wäre die Hütte etwas wert.“ Eine ziemlich aggressive neoliberale Theorie, denke ich.

Viele weitere Inhalte der Ausgabe enthalten durchaus hohen Informationsgehalt. Doch meine Hoffnung, dass sich ein so großer und wirkungsvoller Verband wie Greenpeace mit den grundlegenden systemrelevanten Inhalten beim Geld beschäftigt, wurde enttäuscht. Denn, solange der Fehler im Geldsystem existiert, werden sämtliche Umweltschutzgruppen vergeblich wie Don Quichote gegen Windmühlen anrennen. Erfolge der Umweltverbände verbessern zwar unbestritten in vielen Teilbereichen wertvoll die Situation. Mit den Mechanismen des aktuellen Finanzwesens können wir jedoch nicht zu einer nachhaltigen Produktionsweise finden, die unsere Lebensgrundlage, unseren Planeten, erhält.

Kann man nicht von den Herausgebern eines Printmediums eines Umweltschutzverbandes, dessen Cover noch dazu den Schriftzug „Geld Spezial“ trägt und an derselben Stelle „Wir zeigen neue Wege [...]“ geschrieben steht, erwarten, dass die Wirkungen von Zins und Zinseszins beleuchtet werden? Ist das Fließende Geld kein „neuer Weg“, der zumindest auf breiter Ebene diskutiert werden sollte?

In der Zeitschrift Ökologisches Wirtschaften sprechen die Autoren Harry Schindler, Sebastian Strunz und Bartosz Bartkowski über den „Mythos monetärer Wachstumszwang“⁷⁶⁵. Sie erkennen zwar beim Geld „erhebliche Abgrenzungsprobleme“⁷⁶⁶, liefern jedoch keine Lösung, sondern argumentieren unter Beibehaltung der ungenauen Begriffsdefinition weiter. Sie schreiben, dass die von ihnen vorgestellten

764 ebd. S. 75 f.

765 Ökologisches Wirtschaften: Schindler, Harry / Strunz, Sebastian / Bartkowski, Bartosz: „Mythos monetärer Wachstumszwang. Am Gelde hängt doch alles?“, Ausgabe 01-2017 (März), Herausgeber: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gGmbH, Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) e. V., Berlin, S. 23

766 ebd. S. 23

und vor allem im deutschsprachigen Raum populären Thesen eines monetären Wachstumszwangs sie nicht überzeugen könnten.⁷⁶⁷ Sie erklären weiter:

„Dies bedeutet zwar nicht, dass eine Reform des Geldwesens, etwa in Form eines Verbotes der Zinsnahme auf Geldkredite, keine wachstumshemmenden Folgen zeitigte.“⁷⁶⁸

Weshalb die Autoren gerade ein „Verbot“ von Zinsen herausstellen, ist nicht nachvollziehbar. Eine solche Forderung der breitgefächerten Geldreformszene ist absolut untypisch. Auch steht bei ihnen das Wort Verbot in Verbindung mit Kreditzinsen. Beim Fließenden Geld wird über eine konstruktive Geldumlaufsicherung der Guthabenzins bei mittelfristigen Laufzeiten auf null Prozent geführt. Beim Kredit sind unverändert Risiko und Dienstleistung des Anbieters vom Verpflichteten zu tragen.

Schindler, Strunz und Bartkowski empfehlen, dass keine Reformenergie in „unsichere Geldexperimente“⁷⁶⁹ gesteckt werden sollte. Dem ist mit Nachdruck zu widersprechen. Es muss das „Experiment exponentieller Wachstumsstrategien“ beendet werden, damit notwendige Veränderungen bei der Geldumlaufsicherung dem Gemeinwohl dienen und unsere Natur schützen.

Es empfiehlt sich, dass wir uns noch einen weiteren Sachverhalt anschauen: das sogenannte Abzinsen. In der Ökonomie spricht man von einer dynamischen Investitionsberechnung. Diese berücksichtigt im Rahmen der Barwertmethode⁷⁷⁰, wann die jeweiligen Zahlungsströme erfolgen. Kosten in der Zukunft werden abgezinst. Je höher der Zinssatz, desto geringer schlagen Kosten in weiter Zukunft in der Investitionsberechnung zu Buche. Bei Fließendem Geld wird der mittelfristige Zins dank konstruktiver Nutzungsgebühr auf Bargeld auf null Prozent gebracht. Durch die Zinsabsenkung rechnen sich nach der dynami-

767 vgl. ebd. S. 24 ff.

768 ebd. S. 25

769 ebd. S. 25

770 Barwertmethode: Bei der Barwertmethode wird der Wert einer Zahlung, die erst in der Zukunft erfolgt, für die Gegenwart ermittelt.

schen Investitionsrechnung⁷⁷¹ Investitionen mit hohen Kosten in der Zukunft deutlich schlechter.

Wolfgang Berger stellt zum Thema Abzinsen in einer Ausgabe der *Humanen Wirtschaft* folgende Frage und liefert auch gleich selbst die Antwort:

„Was ist Ihnen lieber: eine Million Euro heute oder eine Million Euro in zehn Jahren? Natürlich ziehen Sie die Million heute vor, denn wenn Sie es geschickt anfangen, können daraus in zehn Jahren schon zwei Millionen Euro werden. Und Unternehmern geht es nicht anders.

Sie können auch umgekehrt rechnen:

Eine Million in zehn Jahren ist dann heute nur eine halbe Million wert ist. Eine sichere Million in zehn Jahren und eine halbe Million heute haben somit für Sie den gleichen Wert. Das ist deshalb so, weil Sie die Million in zehn Jahren auf den heutigen Wert herunter gerechnet haben – die Fachleute nennen diesen Rechenvorgang ‚Abzinsen‘. Ich habe dabei für Sie hier gerade mit etwa sieben Prozent gerechnet. Um zukünftige Ausgaben und Einnahmen, die durch eine Investition ausgelöst werden, miteinander vergleichen zu können, müssen wir also alle Zahlungsströme auf den heutigen Wert abzinsen. Das erst macht sie vergleichbar. Erst danach können wir die Ausgaben von den Einnahmen abziehen und dadurch wissen, ob die Investition vorteilhaft ist oder nicht.“⁷⁷²

Nun sollte der Umweltschutz nicht nur auf wirtschaftliche Berechnungen abgestellt werden, sondern auch auf Vernunft, da der Mensch mit der Zerstörung der Natur sich seiner eigenen Lebensgrundlagen beraubt. Dennoch ist der Hinweis wertvoll, dass auch beim Analysieren

771 dynamische Investitionsberechnung: Es werden bei dieser Rechnung in Zusammenhang mit einer Investition die Einnahmen und Ausgaben, bezogen auf den Zeitpunkt, zu dem die Zahlungen erfolgen, berechnet. Die zu unterschiedlichen Zeitpunkten stattfindenden Zahlungen werden mittels Auf- oder Abzinsens rechnerisch damit vergleichbar gemacht. Ziel der Rechnung ist, zu ermitteln, ob sich eine Investition unter Berücksichtigung der zeitversetzten Zahlungsströme rechnet.

772 Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, März / April 2012, Ausgabe: 02/2012, Berger Wolfgang: „Die Welt braucht fließendes Geld“, S. 4 f.

der makroökonomischen Vorgänge unter Zuhilfenahme bestehender ökonomischer Modelle das Fließende Geld brillante Impulse gibt. Denn Unternehmen berechnen prinzipiell, ob sich ein Investment lohnt. Derartige mathematische Betrachtung wird mit einem Zins ausgeführt, der über dem Zins für sichere Geldanlagen liegt. Ließe sich mit einer betrieblichen Investition nur ein Ertrag erwirtschaften, der auch durch Zinsen bei simpler Anlage in gefahrlose geldnahe Werte erzielbar wäre, würde ein Investor eher diesen einfachen Weg wählen und müsste nicht die Risiken einer unternehmerischen Maßnahme in Kauf nehmen. Suhr formuliert hierzu:

„So werden z. B. alle Investitionen, die in realen Größen an sich noch profitabel wären, deren Erträge aber den monetären Standard der Zinserträge aus angelegtem Geld nicht erreichen, durch die künstlichen Transaktionskosten des monetären Systems blockiert.“⁷⁷³

Ein beim Fließenden Geld bei mittelfristigen Laufzeiten auf null Prozent abgesenktes Zinsniveau macht Investitionen bei Berechnung nach der Barwertmethode deutlich schneller rentierlich. Damit werden Projekte aus dieser Sicht interessant, die sich im gegenwärtigen Geldsystem nicht rechnen. Berger schreibt im oben genannten Artikel hierzu:

„In unserem heutigen destruktiven System können die Unternehmen deshalb nur die kurzfristigen Vorteile berücksichtigen. Sie holzen Bäume ab, die über Generationen gewachsen sind, zerstören Böden und Fischbestände für kurzfristigen Ertrag, ruinieren unser Klima und riskieren Endlagerkosten für atomare Abfälle für hunderttausend Jahre. Der Erhalt von Trinkwasserquellen, sauberer Luft, Artenvielfalt, tropischen Regenwäldern und dem klimatischen Gleichgewicht ist nicht rentabel.“

773 Suhr, Dieter: „Netzwerk neutrales Geld. Eine kritische Analyse des herkömmlichen Geldes und das Konzept einer Finanzinnovation für neutrales Geld“, Seminar für freiheitliche Ordnung der Kultur, der Wissenschaft und des Staates e. V., Zeitschrift: „Fragen der Freiheit“, 1994, Heft Nr. 228, S. 32 f.

Bergers Fazit:

„Fließendes Geld ändert das: Weil es nicht verzinst wird, wird es auch nicht abgezinst. Eine Million heute und eine Million in zehn oder in hundert Jahren haben den gleichen Wert. Das hat schwerwiegende Folgen: Zum Beispiel müssen dann die Trilliardenkosten für die Endlagerung atomarer Abfälle in den heutigen Preis des Atomstroms hineingerechnet werden.“

Fließendes Geld würde demnach auch in diesem Feld die richtigen Anreize liefern: Unternehmen, die sich heute systembedingt falschen Mechanismen hingeben, könnten unter veränderten Bedingungen ganz neue Wege gehen. Investitionen in Zukunftstechnologien fielen leichter, da die errechneten Kapitalkosten für solche Investitionen deutlich geringer wären.

Auch bei Anwendung bestehender ökonomischer Modelle und Formeln würden Kosten in der Zukunft bei einem mittelfristigen Zins von null Prozent eine viel höhere Relevanz erlangen. Dies führt automatisch dazu, dass Firmen intensiv darüber nachdenken werden, wie sie bei einer Produktionseinheit ihre Aufwendungen in den Folgejahren reduzieren können. Die Reparier- oder Recycelfähigkeit wird einen völlig neuen Stellenwert einnehmen. Dies wird zu einem beachtlichen Beitrag im Sinne des Umweltschutzes führen.

Die Tragweite für den Umweltschutz bei Einführung von Fließendem Geld ist exorbitant. Der Autor hofft, dass er die Zusammenhänge gerade auch für Umweltschützerinnen und Umweltschützer nachvollziehbar herausgearbeitet hat. Wenn das aktuelle Geldsystem einen Wirtschaftswachstumszwang erzeugt, sind langfristig alle Bemühungen bei Beibehaltung des beschriebenen Geldsystemfehlers zum Scheitern verurteilt. Beim Wechsel von der Plastiktüte zum wiederholt einsetzbaren Stoffbeutel fehlt der Umsatz in der Kunststoffindustrie. Beim Ausbau von Car-Sharing werden weniger Autos benötigt, doch wir brauchen gegenwärtig zwingend Wachstum, auch beim Output im Fahrzeugbau. Wir zerstören unsere Böden mit Umweltgiften, um darüber in der Landwirtschaft Wachstum zu erzwingen. Monokulturen beim Wald sollen in diesem Bereich die stetigen Steigerungen bringen. Sobald sich Politiker, die sich der Natur gegenüber verpflichtet fühlen, Vorschläge einbringen, die an der Wachstumskomponente kratzen,

bleiben diese systembedingt zwangsweise zum großen Teil unberücksichtigt.

Das Entfernen der Wachstumszwangskomponente durch die Änderung der Geldumlaufsicherung im Geldsystem hat einen immens hohen Stellenwert. Es erscheint kaum möglich, diese starke Relevanz ausreichend zu betonen.

4.b Soziales Gleichgewicht

Frank Niessen meint, dass das Zinssystem eine immer reicher und mächtiger werdende Elite hervorbringen würde und den Rest der Bevölkerung in zunehmende Verschuldung und Abhängigkeit treibe.⁷⁷⁴ Deshalb charakterisiert er das bestehende Geldsystem als verstecktes Ausbeutersystem mit begrenzter Haltbarkeit.⁷⁷⁵ Christian Kreiß schreibt, dass man mit Fug und Recht bezüglich der extremen Ungleichverteilung der Vermögen von einem neuen Adelsstand – den Superreichen – sprechen könne, so, wie das bereits der berühmte amerikanische Verfassungsrichter Louis Brandeis zur ähnlichen Situation 1912 getan haben soll.⁷⁷⁶ Besprechen wir einmal diese Positionen und schauen wir uns gemeinsam die sich herausgebildeten Ungleichgewichte an.

Im Buch *Unnützes Wissen – 1374 skurrile Fakten, die man nie mehr vergisst*⁷⁷⁷ findet man unter Punkt 770 folgendes:

„Das Vermögen der drei reichsten Menschen der Welt entspricht den gesamten Bruttoinlandsprodukten der 48 ärmsten Nationen.“⁷⁷⁸

Träfe das zu, wäre diese Tatsache ein weiterer Beweis, dass sich etwas in eine völlig absurde Richtung entwickelt hat. Bei der eben zitierten Formulierung ist jedoch zu kritisieren, dass ein niedriges Bruttoin-

774 vgl. Niessen, Frank: „Entmachtet die Ökonomen! – Warum die Politik neue Berater braucht“, Tectum Verlag Marburg, 2016, S. 83

775 vgl. ebd. S. 84

776 vgl. Kreiß, Christian: „Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt“, Tectum Verlag Marburg, 2013, S. 5

777 „Unnützes Wissen“, Wilhelm Heyne Verlag München in der Verlagsgruppe Random House GmbH, 12. Auflage, 2008

778 ebd. Fakt 770

landsprodukt (BIP) nicht pauschal zu der Schlussfolgerung führen darf, es würde sich um eine „arme Nation“ handeln. Unter anderem muss die Einwohnerzahl eines Landes Berücksichtigung finden. Das BIP pro Kopf kann ein ganz anderes Bild liefern. Des Weiteren wäre es falsch, bei der Beurteilung nur auf monetäre Messgrößen wie dem Bruttoinlandsprodukt abzustellen. In einem Staat mit einem geringeren BIP pro Kopf können sich Menschen deutlich wohler fühlen als in einem Land mit einem deutlich höheren. Ein solches Resultat stellt sich ein, wenn zum Beispiel ein beachtliches soziales Gleichgewicht besteht und damit Kriminalitätsraten sehr niedrig ausfallen. Darüber hinaus spielen bei der Zufriedenheit von Menschen auch die Qualität der Gesundheitsversorgung, der Zugang zu Kunst und Kultur, die verfügbaren Bildungsangebote, die Beschaffenheit der demokratischen politischen Strukturen und der Schutz der Umwelt eine wesentliche Rolle. Aus diesem Grund hat beispielsweise bereits vor vielen Jahren Bhutan eine Kommission zur Ermittlung des sogenannten Bruttonationalglücks ins Leben gerufen.

Trotz des Wissens über den beschriebenen Fehler beim Spruch 770 des genannten Buches galt es, diese Information zu überprüfen.

Das Magazin Forbes veröffentlicht regelmäßig die benötigten Zahlen zu den reichsten Menschen der Welt. Nach einem Bericht der *Welt*⁷⁷⁹, die Zeitschrift bezieht sich auf Forbes, handelte es sich im Jahr 2016 um folgende Superreiche auf den ersten drei Plätzen:

- Bill Gates: 75,0 Milliarden \$
- Amancio Ortega: 67,0 Milliarden \$
- Warren Buffet: 60,8 Milliarden \$

In Summe besaßen damit diese drei Personen im Jahr 2016 202,8 Milliarden US-Dollar.

Im zugehörigen Text des oben zitierten *Welt*-Artikels heißt es:

„Die Liste sendet ein neues Signal. Sie offenbart nicht nur die fortschreitende Macht der personifizierten Tech-Giganten. Sie führt auch vor Augen, wie die Arbeitswelt in Zukunft aussehen könnte: eine Zweiteilung der Gesellschaft in vermögende Eliten und eine

⁷⁷⁹ vgl. *Welt*: „Superreiche werden zur Gefahr für die Mittelschicht“, Nando Sommerfeldt und Holger Zschäpitz, 01.03.2016

Unterschicht. Die Mittelschicht wird in dieser neuen Welt ausgedünnt. Denn ihren Aufstieg verdanken die „Forbes“-Giganten ihrer kreativen Zerstörung.“

Oft wird in Deutschland diskutiert, in welcher Höhe soziale Leistungen gezahlt werden sollten, damit für die elementarsten Grundbedürfnisse gesorgt ist und für jede und jeden eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre ein Ansatz. Götz Werner schreibt hierzu treffend:

„Wir profitieren aber nicht davon, dass wir immer weniger arbeiten müssen [da wegen extremer Produktivitätssteigerungen immer weniger Menschen das herstellen, was alle zum Leben brauchen; Anm. S. H.], weil unser gegenwärtiges System das Einkommen aller nicht mit dem Ergebnis der Produktion – das eben nach wie vor hervorragend ist – verknüpft, sondern mit dem sozial versicherten Arbeitsplatz des Einzelnen. Wenn immer weniger erwerbstätig sind, bekommen auch immer weniger Einkommen. Also brauchen wir neue Wege der Existenzsicherung.“⁷⁸⁰

Warum wird so selten thematisiert, dass Vermögen und Einkommen gegebenenfalls auch nach oben begrenzt werden sollten, um den gesellschaftlichen Frieden zu bewahren und demokratische Strukturen zu schützen? Christian Kreiß stellt fest, dass einzelne Bürger Vermögen in beliebiger Höhe ohne jegliche Rechtsgrenzen anhäufen könnten und damit beliebig große ökonomische Macht erringen würden.⁷⁸¹ Man könnte ein Gesetz einführen, welches ein maximales Vermögen von einer Milliarde Dollar pro Person zulässt, eine derartige Obergrenze würde nur gut 2.500 Menschen weltweit tangieren. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Betroffenen mit Einführung eines solchen Vermögensmaximums um ihre Lebensleistung gebracht würden, sollten sich die Reichtümer anteilig über wirtschaftlichen Erfolg eingestellt haben.

Derartiger Reichtum ist immer auch Ergebnis des Fleißes von Millionen von Menschen und weiterer Voraussetzungen. So könnte keine

780 Götz, Werner / Goehler, Adrienne: „1000 € für jeden. Freiheit Gleichheit Grundeinkommen“, Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin, 2010 / Econ Verlag, 1. Auflage Dezember 2011, S. 25

781 vgl. Kreiß, Christian (2013), a. a. O., S. 15

Ware transportiert werden, bestünde nicht die verfügbare Infrastruktur, keine Daten könnten in Hochgeschwindigkeit ausgetauscht werden, gäbe es nicht die dafür notwendigen Netze, jedes Produkt kann nur deshalb nach durchlaufener Wertschöpfungskette entstehen, weil Ressourcen der Natur entnommen werden. Es ist plausibel, das Vermögen eines Menschen zu beschränken, auch wenn man damit rechnen muss, dass eine solche Position das Gemüt der ein oder anderen Leserin oder des ein oder anderen Lesers erhitzten wird. In welcher Höhe die Messlatte hängt, kann auf demokratischem Weg ermittelt werden. Es wird hier an die von Christian Felber beschriebenen Konvenzien erinnert.

Für die Überprüfung der Aussage aus dem Buch „Unnützes Wissen“ benötigen wir noch die Bruttoinlandsprodukte (BIP) der Länder mit den geringsten BIPs der Welt.

Abbildung 39:

Die 57 Länder mit den geringsten Bruttoinlandsprodukten weltweit in 2015⁷⁸²

| Land | BIP* | Land | BIP* | Land | BIP* |
|----------------|--------|--------------------|-------|--------------------------|-------|
| Malta | 10.293 | Barbados | 4.422 | Antigua und Barbuda | 1.353 |
| Mazedonien | 10.054 | Fidschi | 4.391 | Salomonen | 1.130 |
| Madagaskar | 9.744 | Togo | 4.165 | Guinea-Bissau | 1.041 |
| Bahamas | 8.854 | Montenegro | 4.022 | Grenada | 984 |
| Haiti | 8.672 | Swasiland | 3.929 | Gambia | 892 |
| Republik Kongo | 8.554 | Malediven | 3.192 | St. Kitts & Nevis | 876 |
| Benin | 8.295 | Guyana | 3.183 | Samoa | 804 |
| Ruanda | 8.277 | Burundi | 3.002 | St. Vincent & Grenadinen | 738 |
| Tadschikistan | 7.857 | Timor-Leste | 2.874 | Vanuatu | 738 |
| Niger | 7.175 | Lesotho | 2.364 | Komoren | 589 |
| Guinea | 6.738 | Liberia | 2.038 | Dominica | 517 |
| Kirgisistan | 6.678 | Bhutan | 2.027 | Tonga | 414 |
| Moldawien | 6.496 | Belize | 1.743 | São Tomé & Príncipe | 318 |
| Kosovo | 6.444 | Dschibuti | 1.727 | Mikronesien | 315 |
| Malawi | 6.407 | Zentralafrik. Rep. | 1.593 | Palau | 284 |
| Suriname | 4.879 | Kap Verde | 1.575 | Marshall-Inseln | 179 |
| Mauretanien | 4.844 | San Marino | 1.571 | Kiribati | 160 |
| Eritrea | 4.666 | St. Lucia | 1.431 | Nauru | 100 |
| Sierra Leone | 4.543 | Seychellen | 1.359 | Tuvalu | 33 |

* in Millionen US-Dollar

Summe: 201.543

Werte in den grau unterlegten Zellen sind Schätzungen des IWF (Syrien n.a.)

Es werden die Werte von 192 Staaten genannt. Summiert man die Bruttoinlandsprodukte von Malta (Platz: 136) bis Tuvalu (Platz: 192) ergibt sich ein Betrag von 201.543 Milliarden US-Dollar.

Demnach entsprach das Vermögen der drei reichsten Menschen im Jahr 2016 ca. den Bruttoinlandsprodukten (BIP) der 57 Länder mit den geringsten Bruttoinlandsprodukten der Welt.⁷⁸³

782 Internationaler Währungsfonds (IWF), Datenbank, Stand April 2017, <http://www.imf.org/external/data.htm> (abgerufen am 18.05.2017)

783 Grundlage: Bruttoinlandsprodukte von 2015 (Syrien n.a.), für 2016 lagen zum Zeitpunkt der Untersuchung noch zu wenige bestätigte Zahlen der Länder vor,

In dem oben zitierten Buch „Unnützes Wissen“ war von den „ärmsten“ 48 Ländern der Welt die Rede. Für den Leser soeben nachvollziehbar ermittelt, wurde aufgezeigt, dass man mittlerweile das BIP der 57 Staaten mit den geringsten Bruttoinlandsprodukten benötigt, um das betreffende Vermögen abzubilden. Insofern kann man hier ebenfalls die gefährliche Entwicklung ablesen. *Unnützes Wissen* wurde 2008 veröffentlicht. In dem Ihnen vorliegenden Buch wurden soeben die Zahlen von 2015 und 2016 als Grundlage genommen. Offensichtlich ist die Kapitalkonzentration bei wenigen Superreichen über die betreffenden Jahre schneller vorangeschritten, als ein Wirtschaftswachstum die Wirtschaftsleistung der betrachtenden Staaten erhöht hat.

Um fachlich korrekt zu argumentieren, ist noch folgende Bemerkung notwendig: Bei Vermögen handelt es sich, wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, um eine sogenannte Bestandsgröße⁷⁸⁴, das Brutto- sozialprodukt dagegen ist eine Flussgröße⁷⁸⁵. Denn ein Haarschnitt eines Friseurs ist ebenfalls im BIP enthalten. Nach ein paar Wochen ist von derartiger Dienstleistung jedoch nicht mehr viel zu sehen. Der Apfel ist gegessen und die Urlaubsreise noch eine, hoffentlich herrliche, Erinnerung. Immobilienvermögen, geldnahe Anlagen, Gold, Firmenanteile, usw. sind indessen auch zukünftig vorhanden. Natürlich schwanken solche Investments, zumindest zeitweise, im Wert. Auch können zum Beispiel Anleihen im Kurs massiv einbrechen oder vollständig wertlos werden. Dennoch ist es angebracht, auf den Unterschied zwischen einer verbrauchten Dienstleistung und beispielsweise einem Sachwert wie einer Immobilie hinzuweisen. Berücksichtigt man diesen Fakt, zeigt der Vergleich der 3 Superreichen mit den BIPs der betreffenden 57 Länder, dass die Situation noch deutlich drastischer zu bewerten ist.

bei Verwenden der BIPs von 2016 würde sich jedoch an der Kernaussage nichts ändern

784 Bestandsgröße (zum Beispiel: Vermögen): zu einem bestimmten Zeitpunkt (Stichtag) ermittelter Wert

785 Flussgröße (zum Beispiel: Bruttoinlandsprodukt): über einen bestimmten Zeitraum (Periode) ermittelter Wert, auch als Strom- oder Bewegungsgröße bezeichnet, Stromgrößen verändern Bestandsgrößen durch stattfindende Zu- und Abgänge

In einer Pressemitteilung vom 18. Januar 2016 meldete Oxfam⁷⁸⁶ Erstaunliches: 62 Menschen besäßen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.⁷⁸⁷

Im Text der Meldung heißt es konkret:

„Soziale Ungleichheit nimmt weltweit dramatisch zu. Inzwischen besitzen die 62 reichsten Einzelpersonen – vor einem Jahr waren es noch 80 – genauso viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Dies geht aus dem Bericht ‚An Economy for the 1%‘ hervor, den Oxfam im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos veröffentlicht. Die Entwicklungorganisation fordert, das Geschäftsmodell der Steueroasen zu beenden und sehr hohe Vermögen stärker zu besteuern.“

Im Bericht wird jedoch nicht auf die umverteilende Wirkung des Zinses hingewiesen.

Oxfam stellt weiter fest:

„Das Gesamtvermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung verringerte sich in den vergangenen fünf Jahren um rund eine Billion US-Dollar, eine Abnahme um 41 Prozent, trotz eines Bevölkerungszuwachses von 400 Millionen Menschen. Gleichzeitig wuchs das Vermögen der reichsten 62 Personen um mehr als eine halbe Billion US-Dollar.“

Es sieht danach aus, als ob sich das, was bei vielen fehlt, bei ganz wenigen konzentriert. Die Leserin und der Leser weiß nun warum: Zum großen Teil von der Arbeitsleistung zu leistungslosem Einkommen über den Zinseszinseffekt.

Zur Ursache derartiger Trends schreibt Oxfam in derselben Pressemitteilung:

⁷⁸⁶ Oxfam: Oxford Committee for Famine Relief. 1942 in Großbritannien gegründet, globale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die sich für eine Welt ohne Armut einsetzt. Oxfam Deutschland existiert seit 1995.

⁷⁸⁷ vgl. Oxfam Deutschland e. V. Berlin: „62 Menschen besitzen so viel wie die Hälfte der Weltbevölkerung“, 18.01.2016, <https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2016-01-18-62-menschen-besitzen-so-viel-haelfte-weltbevoelkerung> (abgerufen am 19.10.16)

„Ein Grund für diese Entwicklung ist die unzureichende Besteuerung von großen Vermögen und Kapitalgewinnen sowie die Verschiebung von Gewinnen in Steueroasen.“

Wie hoch müsste man Guthabenzinsen besteuern, damit ihre umverteilende Wirkung entfällt? Ist die Steuer auf Zinseinnahmen zu hoch, besteht kein Anreiz mehr, Geld mittel- und langfristig verzinslich anzulegen. Auf diese Weise wäre dem System die wichtige Geldumlaufsicherung genommen. Es ist jedoch offensichtlich, dass eine funktionale Geldumlaufsicherung eine wesentliche Voraussetzung für ein krisenfreies Wirtschaften darstellt. Deshalb: Steueroasen schließen, gerechte Besteuerung von sehr großen Vermögen? – Einverstanden. Doch darüber hinaus ist die zinsbedingte Umverteilung von allen zu wenigen durch die schrittweise Einführung von Fließendem Geld zu beenden.

In einer älteren Oxfam-Veröffentlichung wurden weitere schockierende Fakten zur fortgeschrittenen Vermögenskonzentration geliefert. Unter anderem berichtete die Süddeutsche Zeitung darüber:

„Ein Prozent der Weltbevölkerung wird 2016 mehr Vermögen anhäuft haben, als die restlichen 99 Prozent zusammen. „Die soziale Ungleichheit wächst schockierend schnell“, heißt es in einem Bericht der britischen Aktivistengruppe Oxfam zur Vermögensverteilung auf der Welt.

Demnach gehörten 2009 noch 44 Prozent des Wohlstands einem Prozent der Weltbevölkerung. Vergangenes Jahr lag der Anteil bereits bei 48 Prozent. 2016 wird dieses eine Prozent reicher Menschen wohl 50 Prozent des weltweiten Vermögens besitzen – die andere Hälfte verteilt sich wiederum [sic] sehr ungleich auf die restlichen 99 Prozent.“⁷⁸⁸

Die Entwicklung braucht in keiner Weise zu überraschen. Wenn zum Beispiel eine Milliarde Euro bei 7,18 Prozent Zinsen pro Jahr angelegt werden und die Zinsen auf dem Anlagekonto verbleiben und mit demselben Zins verzinst werden (Zinseszinseffekt), verdoppelt sich der investierte Betrag innerhalb von zehn Jahren (siehe Vorwort: Abbil-

788 Süddeutsche Zeitung GmbH: „Ein Prozent hat mehr als der Rest der Welt“, 19.01.2015

dung 1). Liegt der jährliche Zins bei 4,73 Prozent, dauert es 15 Jahre, bis eine Verdopplung eingetreten ist. Egal, welchen Zinssatz wir als Berechnungsgrundlage verwenden, nach endlicher Laufzeit ergibt sich immer eine Verdoppelung des Ursprungsbetrages. Das passiert auch, wenn wir die Zahlen inflationsbereinigt zu Grunde legen. Eine Milliarde Euro bei fünf Prozent per anno investiert, bringen dem Einleger ca. 136.000 Euro Zinsen am Tag. Da wir nun wissen, dass die Zinsen, die der oder die eine erhält, über Schuldzinsen von allen über die beschriebenen drei Wege gezahlt werden, stellt sich unmittelbar die Gerechtigkeitsfrage.

Christian Felber macht hierzu folgende Aussage:

„Was fehlt, sind die entscheidenden Informationen über die systemische Wirkung des Zinses und über mögliche Alternativen. Das vielleicht größte Problem am Zinssystem ist seine Verteilungswirkung. Neunzig Prozent der Bevölkerung alimentieren über Zinsen eine schmale Gewinnerschicht von vielleicht zehn Prozent. Das wissen sie allerdings nicht, weil nur die Sparzinsen, die wir empfangen, auf dem Papier ausgewiesen sind. Die Kreditzinsen, die alle KonsumentInnen bezahlen, über die Produkte und Dienstleistungen des täglichen Einkaufs, bleiben unsichtbar, sie werden nirgendwo ausgewiesen.“⁷⁸⁹

Im Ergebnis bilden sich extreme Ungleichgewichte. Diese erzeugen grausame Wirkungen, die auch den wenigen Zinsgewinnern einer Gesellschaft keine Freude bringen. Um nochmals Felber zu zitieren:

„Die Epidemiologen Richard Wilkinson und Kate Pickett aus Großbritannien haben unzählige Studien, die den Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Sozialindikatoren bestätigt, zusammengetragen und eine beeindruckende Übersicht vorgelegt: Übermäßige Ungleichheit führt zu einem Anstieg von Unsicherheit, Angst, Gewalt, Kriminalität, Gefängnispopulation, Drogenmissbrauch, Teenager-Schwangerschaften, der Schlechterstellung von Frauen und zu einem Rückgang der Lebenserwartung.“⁷⁹⁰

789 Felber, Christian: „Geld. Die neuen Spielregeln“, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2014, S. 120

790 ebd. S. 218

Auch Giegold, Philipp und Schick verlangen, dass die in den letzten Jahrzehnten stark aufgegangene Schere der Einkommens- und Vermögensungleichheit wieder geschlossen wird.⁷⁹¹ Mit dem bildhaften Vergleich einer immer weiter aufgehenden Schere zwischen arm und reich wird oft gearbeitet, jedoch spiegelt er nicht die Realität wider. Nachdem der Autor des Ihnen vorliegenden Buches in Vorträgen die exponentielle Entwicklung von Guthaben und Verpflichtungen erklärt und grafisch dargestellt hat, legt er meist eine überdimensionale Pappsche re an. Das Typische einer Schere besteht darin, dass ihre Schenkel linear verlaufen. Die Vermögensumverteilung findet jedoch mit exponentiell wachsender Beschleunigung statt. Die beiden spiegelbildlich verlaufenden Kurven, die das starke Auseinandertriften von Superreichtum auf der einen und bitterer Armut auf der anderen Seite abbilden, erinnern daher eher an eine Sense. Der Sensenmann, die personifizierte Allegorie des Todes aus den Zeiten des Mittelalters, führt eine Sense bei sich.

Es fällt bei diesen Zahlen deshalb schwer, zu verstehen, wie Milton Friedman zu folgendem Ergebnis gelangen konnte:

„Eine weitere auffallende Tatsache ist, dass – entgegen einer weit verbreiteten Meinung – der Kapitalismus weniger Ungleichheit hervorbringt als alternative Systeme und dass die Entwicklung des Kapitalismus das Ausmaß der Ungleichheit stark verringert hat.“⁷⁹²

Als Beispiele bringt er Indien und Ägypten an. Vielleicht liegt Friedmanns Fehleinschätzung daran, dass die englischsprachige Erstausgabe bereits im Jahre 1962 veröffentlicht wurde. Zu dieser Zeit befand sich die Exponentialfunktion noch in ihrem anfänglich flachen Verlauf (siehe Exponentialfunktionen: Abbildung 1). Das eben genannte Zitat stammt allerdings aus der 6. Auflage der deutschsprachigen ungetakteten Taschenbuchausgabe des Piper Verlages, die im September 2009 erschien.

791 vgl. Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard: „Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern“, Verlag Klaus Wagenbach, 2016, S. 16

792 Friedman, Milton: „Kapitalismus und Freiheit“, © der deutschsprachigen Ausgabe: Eichborn AG, Frankfurt am Main, 2002, ungetaktete Taschenbuchausgabe, Piper Verlag GmbH, München, 6. Auflage September 2009, S. 201

Fließendes Geld kann die in der Vergangenheit aufgebauten Ungleichgewichte nicht abschmelzen. Die Einlagen, die in diesem Segment nach Umstellung verbleiben würden, würfen keine relevanten Zinseinnahmen mehr ab. Jedoch würden sich die historisch entstandenen Volumina nicht reduzieren. Will man somit die gewachsenen extremen Ungleichgewichte abtragen, wären weitere Maßnahmen notwendig. Die Politik könnte Vermögensabgaben beschließen. Doch der Aufschrei wäre groß, wenn nur die Diskussion darüber entflammen würde. Mit solchen Schritten ist keineswegs zu rechnen, gerade auch deshalb nicht, da der Einfluss derer, bei denen sich jene gewaltigen Kapitalien angehäuft haben, enorm ist – ein Zeichen bereits fortgeschrittener Demokratieerosion.

Leichter ließen sich dagegen höhere Schenkungs- und Erbschaftssteuern durchsetzen. Jedoch würde die Minderung von Guthaben und Schulden über diesen Weg nur über einen längeren Zeitraum erfolgen können, da höhere Erbschaftssteuern schließlich erst mit dem Ableben der Superreichen erhoben würden. Wirft man einen Blick auf die bestehenden und weiter wachsenden Ungleichgewichte, ist davon auszugehen, dass die erforderliche Zeit für diese Methode nicht mehr zur Verfügung steht.

Es wird seit Ausbrechen der Finanzkrise alles Erdenkliche unternommen, um das alte System am Laufen zu halten, damit die bestehenden Forderungen der Gläubiger erhalten bleiben. Dabei handelt es sich um eine riesige Illusion: Den Guthaben stehen zu den gegenwärtigen Preisen keine realen Werte in genügender Menge gegenüber. Würden sich zu viele Eigentümer von ihren verzinslichen Papieren trennen wollen, brächen die Märkte zusammen. Gelingt es durch weitere massive Eingriffe der Notenbanken, extreme Kursstürze der Anleihemärkte weitgehend zu verhindern, indem sie mit frischem Zentralbankgeld die betreffenden Wertpapiere ankaufen, wird die Geldmenge (G1) radikal ausgeweitet. Dieser Prozess findet in schwindelerregender Dimension seit Jahren bei den dominierenden Währungen statt. Teile jener finanziellen Mittel fragen nun andere Vermögenswerte nach. Preise für Edelmetalle, Immobilien in lukrativen Lagen und verschiedene Aktien stiegen deshalb bereits rasant an und werden bei Fortsetzung der Anleiheankaufprogramme weiter nach oben springen. Obwohl beispielsweise die Gewinne der Aktiengesellschaften solche

nachfrageinduzierten Kurssprünge in vielen Bereichen gar nicht mehr rechtfertigen.

Vor allem wegen des systemischen Fehlers im Geldsystem hat sich eine unvorstellbare Menge an Anlagekapital gebildet. Dieses nach Anlage nachfragende Volumen an Ansprüchen ist eine der Hauptursachen für die gesunkenen Zinsen. Giegold, Philipp und Schick ist nicht zuzustimmen, wenn sie der Ansicht sind, dass zu geringe Investitionen in der Welt hauptverantwortlich für die niedrigen Zinsen seien.⁷⁹³ Würde jenes aufgebaute Potential in Investments fließen, käme es zu einer starken Ausweitung der Wirtschaftsleistung. Den auf diese Weise geschaffenen Produkten stünde keine ausreichende Nachfrage gegenüber. Letztendlich steckt hinter der Aussage der Autoren die Hoffnung, basierend auf der klassischen Denkweise, man könne mit Wirtschaftswachstum aus dem bestehenden Dilemma hinausfinden. Das ist einerseits schon wegen begrenzter Ressourcen gar nicht möglich, andererseits ist allein der Versuch eine solche vermeintliche Lösung anzuwenden eine zusätzliche schädliche Belastung für unsere Umwelt.

Es ist leider am wahrscheinlichsten, dass die extremen Ungleichgewichte im Finanzsystem danach streben werden, sich unkontrolliert auszugleichen. In vergleichbaren Augenblicken wurde es in der Menschheitsgeschichte stets extrem leidvoll. Deutliche Vorstufen solcher Situationen können wir bereits seit einiger Zeit weltweit beobachten. Es erschüttert, dass ein menschengemachtes System für derart viel Leid verantwortlich ist. Und kommt alles wie erwartet in Bewegung, wird die Not mit absoluter Sicherheit an zahlreichen Orten der Welt noch viel größer, als sie heute schon ist. Auf all das könnten garantiert alle Menschen verzichten. So bleibt, dass wir die zukünftigen wilden Momente als Chance sehen, damit Fließendes Geld stärker diskutiert wird, um das friedliche Miteinander unter anderem auch über diesen Weg zu fördern. Fabian Scheidler meint:

„Die wachsende Instabilität und der mögliche Zerfall dieses Systems eröffnen einen Möglichkeitsraum für Veränderungen, wie es ihn seit Jahrhunderten nicht gegeben hat. Je weiter ein komplexes System vom Gleichgewicht entfernt ist, desto größere Wirkungen können unter Umständen selbst kleine Bewegungen hervorbrin-

793 vgl. Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard (2016), a. a. O., S. 22

gen, wie der berühmte Schmetterling, der einen Tropensturm auslöst.“⁷⁹⁴

Starten wir jedoch mit Fließendem Geld nach einem tiefgreifenden Ausfall von Anleihen, ist die Frage nach den Vermögenskonzentrationen beim Aggregat der geldnahen Anlagen mehr oder weniger gegensstandslos geworden. Allerdings besteht unverändert Handlungsbedarf, da sich auch bei den Aktien- und Immobilienbeständen extreme Anhäufungen in wenigen Händen gebildet haben. Diese Werte verschwinden nicht nach einem Crash. Deshalb muss die Diskussion, wie man hier vernünftige Verhältnisse im Sinne des Gemeinwohls schaffen kann, in jedem Fall geführt werden.

Unser aktuelles Geldsystem muss immer zu extremen Ungleichgewichten führen, vor allem dann, wenn das erforderliche Wirtschaftswachstum nicht mehr erzielt werden kann und Guthaben wie auch die Schulden ein entsprechendes Niveau erreicht haben. Deshalb kommt Helmut Creutz zu dem Fazit:

„Entweder steuern wir ohne Wachstum auf den sozialen – oder mit Wachstum auf den ökologischen Kollaps zu.“

Fließendes Geld beendet die zinsbedingte Umverteilung von allen zu wenigen. Damit kann die Änderung der Art der Geldumlaufsicherung in diesem Sinne einen überragenden Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und sozialem Gleichgewicht leisten!

4.c Demokratie

Das Wort Demokratie leitet sich aus dem Griechischen ab und bedeutet sinngemäß „Herrschaft des Volkes“. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht im Artikel 20 (2):

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

794 Scheidler, Fabian: „Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiterten Zivilisation“, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien, 2015, S. 205

Über Wahlen werden Repräsentanten gewählt, die die Entscheidungen im Sinne der Allgemeinheit treffen sollen. Dabei gelten weitere Regeln, zum Beispiel der Schutz von Minderheiten und der Bürger- und Menschenrechte, die Achtung des Grundgesetzes und vieles mehr.

Ob eine Regierung bei fortgeschritten, vor allem zinsbedingter Kapitalkonzentration, noch ausreichend in der Lage ist, Verordnungen zu erlassen, die dem Volkswillen entsprechen und das Gemeinwohl fördern, ist fraglich.

Bernd Senf meint, dass die Bilanzsummen großer nationaler Konzerne mittlerweile Größenordnungen erreicht hätten, zu denen sich im Vergleich die Budgets ganzer Staaten gerade lächerlich ausnehmen würden. Entsprechend wäre der Spielraum der Politik gegenüber diesen gigantischen Machtgebilden immer mehr eingeschränkt und es drohe die Gefahr, dass die Demokratie zur reinen Farce verkomme.⁷⁹⁵

Auch die Finanzkrise seit 2007 hat deutlich gezeigt, dass die starke Deregulierung von Banken ein enormer Fehler gewesen ist. Die systemischen Risiken haben massiv zugenommen. Dieser destruktiven Entwicklung wollte man mit den Gesetzen von Basel, wie weiter oben bereits beschrieben (siehe Kapitel III.8: „Die Eigenkapitalanforderungen“), entgegenwirken. Unter anderem wurden Banken verpflichtet, höhere Eigenkapitalanforderungen zu erfüllen. Die Bankenlobby ist jedoch mit dem Gesetzeswerk zutiefst unzufrieden. Admati und Hellwig schreiben hierzu:

„Dass Basel III⁷⁹⁶ so schwach ausfiel, war das Ergebnis einer intensiven Lobbykampagne der Banken gegen jede nennenswerte Verschärfung der Regulierung. Diese Kampagne hält bis zur Stunde an.“⁷⁹⁷

Lobbyismus höhlt demnach ganz offensichtlich Demokratie aus. In Spiegel Online ist zu lesen:

795 vgl. Senf, Bernd: „Die blinden Flecken der Ökonomie. Wirtschaftstheorien in der Krise“, Gauke GmbH / Verlag für Sozialökonomie, Kiel, 2007, 5. Auflage November 2008, S. 259

796 Basel III: Regelwerk, am 16.12.2010 vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht veröffentlicht, löst seit 2013 schrittweise die Vorschriften von Basel II ab

797 Admati, Anat / Hellwig, Martin: „Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss“, FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchener Verlagsgruppe GmbH, 2. Auflage 2014, S. 157

„Kaum ein EU-Mitglied setzt Lobbyisten so wenig Grenzen wie Deutschland. Transparency International kritisiert in einer neuen Studie: Es fehlt ein Lobby-Register, Beratergremien sind undurchsichtig. [...] Kaum ein Land in Europa ist ein so interessantes Ziel für Lobbyisten wie Deutschland. Einerseits ist es das wirtschaftlich stärkste und einflussreichste EU-Mitglied, andererseits können die Interessenvertreter hier so ungestört Einfluss auf Gesetze und ihre Verfasser nehmen wie fast nirgendwo sonst.“⁷⁹⁸

Im Lobbybericht 2013 einer Initiative für Transparenz und Demokratie heißt es:

„Lobbyismus in Deutschland und der EU findet vor dem Hintergrund wachsender gesellschaftlicher Ungleichheiten und verfestigter Machtstrukturen statt. Diese spiegeln sich im Feld des Lobbyismus wider und sorgen für ungleiche Ausgangsbedingungen. Ohne politische Gegenkräfte oder institutionelle Schranken begünstigt diese ungleiche Verteilung der Ressourcen große, einflussreiche Akteure und gefährdet einen demokratischen, am Gemeinwohl orientierten Interessenausgleich. Das pluralistische Ideal einer ausgewogenen und gleichberechtigten Interessenvertretung, bei der sich praktisch von selbst das beste Argument durchsetzt, ist eine Illusion.“⁷⁹⁹

Vor allem auch wegen eines fehlerhaften Geldsystems konnten sich extreme Kapitalkonzentrationen herausbilden. Wenn es Bereiche gibt, in denen im Prinzip finanziell unbegrenzte Möglichkeiten herrschen und sich bei den Machtstrukturen ein Netzwerk aus Mainstreammedien, elitärer Politik, global aufgestellter Großkonzerne und systemrelevanten Banken herausgebildet hat, sind Ergebnisse im Sinne des Gemeinwohls immer seltener zu erwarten.

Moewes kommt zu einem ähnlichen Fazit:

„Und es ist das Todesurteil für alle Demokratie, weil die tatsächliche politische Macht immer mehr in die Hände weniger Milliardä-

798 SPIEGL ONLINE: „Lobbyisten in Deutschland. Paradies für Einflüsterer“, Alexander Demling, Brüssel, 15.04.15

799 Lobbyreport 2013, LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie e.V., Köln, www.lobbycontrol.de

re, Medienzaren, Konzernchefs und Plutokraten übergeht, die sich ihre eigene Welt mit ihrer eigenen Moral schaffen: die Welt der Plutokratie, der reinen Geldherrschaft, die Welt der Millionenabfindungen, der Kriegslügen und der Reformlügen“⁸⁰⁰

Kreiß formuliert es vergleichbar, wenn er sagt, dass eine fortschreitende Bündelung von Macht bei immer weniger Menschen zu einer schleichenden Unterhöhlung oder Aushöhlung der Demokratie führe.⁸⁰¹

Warum die Reichen reich und die Armen arm blieben, begründet Robert T. Kiyosaki damit, da die Reichen im Gegensatz zu den Armen ihren Kindern beibringen würden, wie sie mit Geld umgehen müssten. Kiyosakis Fazit:

„Wenn Sie für Geld arbeiten, geben Sie Ihrem Arbeitgeber die Macht. Wenn Geld für Sie arbeitet, liegt die Macht in Ihrer Hand.“⁸⁰²

Demnach geht es ab einem gewissen Vermögen nach Kiyosaki nicht darum, den Wohlstand zu erhöhen, sondern Macht zu erlangen. Was passiert jedoch, wenn die auf diese Weise erlangte Macht dem Gemeinwohl schadet? Welche negativen Konsequenzen ergeben sich, wenn sich der Einfluss in der Art entwickelt, dass die Leitmedien, anstatt als Kontrollinstrument als Handlanger fungieren, also eine Berichterstattung zum großen Teil im Interesse mächtiger Gefüge erfolgt?

Uwe Krüger wünschte sich deshalb, dass ein Sicherheitsabstand zwischen Journalisten und Eliten definiert würde, damit ein kritischer Diskurs stattfinde könne.⁸⁰³ Krüger untersuchte die deutschen Leitme-

800 Moewes, Günther: „Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern“, Signum – Amalthea Signum VerlagsGmbH Wien-München, 2004, S. 94

801 vgl. Kreiß, Christian: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt“, Tectum Verlag Marburg, 2013, S. 99

802 Kiyosaki T. Robert: „Rich Dad. Poor Dad. Was die Reichen ihren Kindern über Geld beibringen“, FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchener Verlagsgruppe GmbH, München, 2015, 5. Auflage 2016, S. 114

803 vgl. Krüger, Uwe: „Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse“, Institut für Prakti-

dien unter anderem am Beispiel der Münchener Sicherheitskonferenz, einer Zusammenkunft militärischer Strukturen mit privatem Veranstaltungscharakter und vernachlässigter gewaltfreier Konfliktlösungsstrategien.

Ulrich Teusch schreibt zum Thema:

„Was die Auswahl der von ihnen [den Leitmedien; Anm. S. H.] vermittelten Informationen angeht, weisen sie mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede auf. Bei manchen besonders wichtigen Themen (Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschaft und Finanzen) sprechen sie nicht selten mit einer Stimme, und wenn doch Differenzen auftreten, handelt es sich eher um Streitigkeiten innerhalb ein und derselben Denkschule.“⁸⁰⁴

Der französische Rüstungskonzern Dassault Aviation verkaufte 24 Rafale-Kampfjets an den Golfstaat Katar. Bei Vertragsunterzeichnung in Doha war auch der französische Präsident Hollande anwesend.⁸⁰⁵ Laut Bericht der *La Gazette de Berlin* saß der Chef des Waffenproduzenten, Serge Dassault, für zwei Tage in Untersuchungshaft wegen des mutmaßlichen Stimmenkaufs in Zusammenhang mit seinen politischen Aktivitäten.⁸⁰⁶ Über das Handelsblatt erfährt man:

„Nach jahrelangem Bemühen ist es dem Industriekonglomerat Dassault gelungen, die Mehrheit am Verlagshaus *Socpresse* zu bekommen. [...] *Socpresse* gibt die zweitgrößte französischen [sic] Tageszeitung „*Le Figaro*“ heraus. Damit wird der französische Großindustrielle Serge Dassault – dessen Gruppe sowohl Zeitungen als auch Jagdflugzeuge herstellt – einer der mächtigsten Medienmogule Frankreichs. [...] *Socpresse* verlegt mehr als 70 Print-Titel. Flaggschiff ist die Tageszeitung „*Le Figaro*“, mit 352 000 verkauften Exemplaren hinter „*Le Monde*“ die Zeitung mit der zweit-

sche Journalismus- und Kommunikationsforschung / IPJ, Herbert von Halem Verlag, Köln, 2013, S. 264

804 Teusch, Ulrich: „Lückenpresse. Das Ende des Journalismus, wie wir ihn kennen“, Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2016, S. 18

805 vgl. SPIEGEL ONLINE: Milliardenauftrag. Katar kauft französische Kampfjets“, 04.05.2015

806 vgl. *La Gazette de Berlin*: „Medien und Kampfmittel – alles aus einer Hand“, 07.03.2014

höchsten Auflage in Frankreich. Darüber hinaus gehört Socpresse auch die Gruppe Express-Expansion. Hierzu zählt neben dem Nachrichtenmagazin „L'Express“ (verkaufte Auflage: 547 000) das Wirtschaftsmagazin „L'Expansion“. Darüber hinaus verlegt das Unternehmen eine ganze Reihe regionaler Tageszeitungen.“⁸⁰⁷

Im Berliner Kurier stand, dass:

„Katar im Verdacht [steht], die brutalen Glaubenskrieger des ‚Islamischen Staates‘ (IS) zu finanzieren. Entwicklungsmiester Gerd Müller (CSU) hat diesen Vorwurf kürzlich erhoben. [...] Viele Nahost-Experten sind sich sicher, dass Katar nicht nur die Hamas finanziert und Hamas-Chef Chalid Maschaal in Doha Asyl gewährt.“⁸⁰⁸

Das ist nur ein Beispiel, was sich für menschenverachtende Strukturen außerhalb demokratischer Ansprüche entwickeln können, wenn ein systemischer Fehler im Geldsystem die zerstörerischen Bedingungen dafür schafft. Fließendes Geld stoppt den zinsbedingten Umverteilungsmechanismus von fast allen Menschen zu wenigen Personen und liefert damit einen wertvollen Beitrag für den Erhalt demokratischer Gefüge.

4.d Frieden

Starten wir unter dieser Überschrift mit einem Zitat von Christoph Pfluger:

„Eine gewaltfreie Welt, in der wir alle sicher leben können, ist nur mit ökonomischer Gerechtigkeit zu haben. Da spielt unser Geldsystem die entscheidende Rolle.“⁸⁰⁹

Herr Pfluger und der Autor des Ihnen vorliegenden Buches nehmen unterschiedliche Positionen ein, wenn es um Fragen bezüglich der

807 Handelsblatt GmbH: „Dassault übernimmt Kontrolle bei „Le Figaro“, 15.03.2004

808 Berliner Kurier: „Emir von Katar zu Besuch. Begrüßt Merkel hier einen Terror-Sponsor?“, 17.09.14

809 Pfluger, Christoph: „Das nächste Geld. Die zehn Fallgruben des Geldsystems und wie wir sie überwinden“, Synergie Verlag und Mediengruppe Darmstadt, copyright: edition Zeitpunkt, 2. revidierte Auflage, 2016, S. 119

sogenannten Geldschöpfung der Geschäftsbanken geht, bei dieser Aussage stimmen der Autor des vorliegenden Buches und Pfluger überein. Frieden kommt von Zufriedenheit.

Helmut Creutz schreibt:

„Etwa zwei bis drei Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg waren die Menschen in den kriegszerstörten Ländern mit dem Wiederaufbau beschäftigt. [...] An Rüstungs- oder gar Kriegsgeschäfte dachte in dieser Zeit kaum jemand. Im Gegenteil: Viele Unternehmer hatten damals geschworen, nie mehr Rüstungsgüter zu produzieren! Mit dem Auslaufen des Wiederaufbaus, den ersten Sättigungserscheinungen auf den Konsummärkten und einer zunehmenden Geldvermögensbildung, kam der Zins jedoch langsam wieder⁸¹⁰ unter Druck.“⁸¹¹

Creutz sagt demnach: Wenn mit friedlicher Produktion keine ausreichende Rendite mehr erzielt werden kann, fließt automatisch zusätzliches Kapital in den militärischen Sektor. Da die Politiker aller Industrienationen den Fehler im Geldsystem mit Wirtschaftswachstum kompensieren wollen, werden Wachstumsraten eben auch über die Herstellung von todbringendem Gerät akzeptiert. Hinzu kommt, dass der notwendige Wiederaufbau zerstörter Gebiete nach kriegerischen Einsätzen zusätzliche Wachstumsimpulse liefert. Ökonomisch vielleicht hilfreich, humanitär eine riesige Katastrophe. Die *Zeit* zitiert Befürchtungen von Anton Börner, damaliger Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels:

„Bei der Vergabe der Aufträge wird sich deutlich bemerkbar machen, dass Deutschland die USA im Krieg [Irakkrieg, 2003; Anm. S. H.] nicht unterstützt hat.“⁸¹²

Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Interessen und Kriegen kann kaum direkter formuliert werden, in diesem Fall hat sich

810 mit „wieder“ bezieht sich Helmut Creutz auf die Situation vor dem ersten Weltkrieg Ende des 19. Jahrhunderts

811 Creutz, Helmut: „Das Geldsyndrom. 2012. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“, aktualisierte Neuausgabe 2012, Druck & Verlagshaus Mainz, Wissenschaftsverlag, Aachen, S. 382

812 ZEIT ONLINE: „Irak-Wiederaufbau. Basar Bagdad“, Pinzler / Vannahme u.a., 16.04.2003 (Quelle: Zeit, N: 17/2003)

Deutschland militärisch zum Glück zurückgehalten. Moewes sieht es vergleichbar:

„Reichen alle Erfindungen neuer Anlagemöglichkeiten nicht mehr aus, kommt es zur explosionsartigen Entladung des Anlagedrucks, für die sich besonders Kriege eignen. Schon George Bernard Shaw hat bemerkt, dass Kriegen immer größere Niedrigzinsphasen vorausgehen.“⁸¹³

Im Oktober 2016 wurde von der Bundesregierung der damals aktuelle Rüstungsexportbericht für das erste halbe Jahr 2016 bekanntgegeben. Hierzu wurde folgende Meldung veröffentlicht:

„BERLIN (dpa-AFX) – Das Bundeskabinett hat am Mittwoch den Rüstungsexportbericht für das erste Halbjahr 2016 verabschiedet. Trotz steigender Lieferungen in Spannungsregionen bezeichnete die Bundesregierung ihre Politik als restriktiv und transparent. Wegen unzureichender Voraussetzungen seien 34 Anträge für Ausfuhr genehmigungen mit einem Gesamtwert von 9,6 Millionen Euro abgelehnt worden, hieß es.

Nach dem Bericht liegen fünf der zehn wichtigsten Zielländer der Exporte in Spannungsregionen. Die Türkei rückte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von Platz 25 auf Platz 8 vor. Unter den ersten zehn Waffenkäufern befinden sich Algerien, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Südkorea.

„Die Regierung erteilte Ausfuhr genehmigungen für Waffen und Ausrüstung im Wert von 4,029 Milliarden Euro – mehr als eine halbe Milliarde mehr als im Vorjahreszeitraum. Ein Viertel davon ist auf eine Fregatte für Algerien zurückzuführen. Die Ausfuhr von Kleinwaffen ging zwar leicht zurück, die Exporte von Munition für diese Waffen verzehnfachten sich zugleich.“⁸¹⁴

813 Moewes, Günther (2004), a. a. O., S. 188

814 ABC New Media AG Zürich, FinanzNachrichten.de (FN), dpa-AFX: „Kabinett verabschiedet Rüstungsexportbericht“, 26.10.2016, <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2016-10/38969477-kabinett-verabschiedet-ruestungsexportbericht-016.htm> (abgerufen am 28.10.2016)

Ausfuhrgenehmigungen von 9,6 Millionen Euro wurden laut des zitierten Berichts abgelehnt; das sind ca. 0,24 Prozent der bewilligten Exporte. Damit sind die nicht genehmigten Waffenlieferungen, bewertet nach ihrem pekuniären Volumen, mehr oder weniger vernachlässigbar.

Unverändert zählt unter anderem Saudi-Arabien zu den großen Importeuren deutscher Rüstungsprodukte. Michael Lüders schreibt:

„2009 beklagte sich Außenministerin Hillary Clinton in einer diplomatischen Depesche, die von WikiLeaks ins Netz gestellt wurde, dass Geldgeber aus Saudi-Arabien die größte Finanzierungsquelle für sunnitische Terrorgruppen weltweit darstellten. Allerdings betreibt nicht notwendigerweise die Regierung selbst diese Finanzierung, meist sind es vermögende Einzelpersonen und religiöse Stiftungen.“⁸¹⁵

Seit 2008 darf Saudi Arabien das G3- und G36-Sturmgewehr von Heckler und Koch auf Lizenz produzieren. Und dies, obwohl Amnesty International sagt:

„So hat Saudi-Arabien 2015 mindestens 151 Menschen hingerichtet, ein trauriger Höchstwert seit knapp 20 Jahren.“⁸¹⁶

Im September 2009 hat sich der „Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDVS)“ gegründet. Das ist ein interessanter Name – es geht demnach um Sicherheit und Verteidigung. Derartige Erwartung steht im Widerspruch zum Beispiel zu dieser Handelsblattmeldung:

„Die Attentäter vom vergangenen Freitag [Terroranschläge 13.11.15 in Paris, 130 Menschen starben; Anm. S. H.] sind für ihre

815 Lüders, Michael: „Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet“, Verlag C. H. Beck oHG, München, 2015, 23. Auflage 2017, S. 84

816 Amnesty International, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V. Berlin: „Nach Massenhinrichtung: Menschenrechtsorganisation kritisiert saudi-arabische Regierung. Amnesty: Saudi-Arabien setzt die Todesstrafe als politisches Druckmittel ein“, 04.01.2016, http://www.amnesty.de/presse/2016/1/4/amnesty-saudi-arabien-setzt-die-todesstrafe-als-politisches-druckmittel-ein?destination=suche%3Fwords%3DSaudi%2BArabien%26search_x%3D0%26search_y%3D0%26form_id%3Dai_search_form_block, (abgerufen am 28.10.2016)

menschenverachtenden Taten allein verantwortlich und müssen mit der Härte des Rechtsstaats zur Rechenschaft gezogen werden. Aber für das feindliche Klima zwischen den Kulturkreisen trägt der Westen eine Mitschuld.

Von den 1,3 Millionen Menschenleben, die das Kriegsgeschehen von Afghanistan bis Syrien mittlerweile gekostet hat, bringt es allein der unter falschen Prämissen und damit völkerrechtswidrig geführte Irak-Feldzug auf 800.000 Tote. Die Mehrzahl der Opfer waren friedliebende Muslime, keine Terroristen. Saddam Hussein war ein Diktator, aber am Anschlag auf das World Trade Center war er nachweislich nicht beteiligt. „Diejenigen, die Saddam 2003 besiegt haben, tragen auch Verantwortung für die Situation im Jahr 2015“, sagt mittlerweile selbst Tony Blair, einst der willige Krieger an der Seite der USA.“⁸¹⁷

Im Falle des Irakkrieges ist bekannt, dass bereits im Oktober 2002, also ein halbes Jahr vor Kriegsbeginn, in London eine Konferenz stattfand, bei der der Wiederaufbau des Landes verhandelt wurde.⁸¹⁸ Im Februar 2003 wurden vom Weißen Haus die ersten Aufträge an Firmen vergeben, obwohl erste Bombenabwürfe erst im März 2003 befohlen wurden.⁸¹⁹ Vergleichbare Erkenntnisse liefert Naomi Klein, liest man beispielsweise ihre Berichte über den Wiederaufbau des Iraks nach seiner Bombardierung 2003.⁸²⁰ Sie beschreibt das unermessliche Leid, welches unter anderem durch kriegerische Handlungen und Geheimdiensteinsätze der NATO-Mitgliedsländer ausgelöst wurde. Nach Daniele Ganser ließ der amerikanische Präsident Bush im Januar 2003 verlauten, dass die USA in den Irak müssten, da dieses Land Massenvernichtungswaffen hätte.⁸²¹ Es wurden nie welche gefunden.

817 Handelsblatt Morning Briefing, Handelsblatt GmbH, Düsseldorf, 16.11.2015

818 vgl. Moewes, Günther (2004), a. a. O., S. 190

819 vgl. ebd. S. 190

820 vgl. Klein, Naomi: „Die SCHOCKSTRATEGIE. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus“, S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 2007, 4. Auflage Februar 2012

821 vgl. Ganser, Daniele: „Regime-Change in der Ukraine? Ein Vortrag des Schweizer Historikers Dr. Daniele Ganser vom 25.05.2015, Herausgeber: Tommy Hansen, 1. Auflage Oktober 2015

Michael Lüders erklärt:

„Washington besitzt ein großes Talent, die Feinde des Westens erst zu züchten, um sie anschließend wieder mit großem Aufwand zu bekämpfen – zur Freude der Rüstungsindustrie.“⁸²²

Christian Kreiß schreibt, dass Ende November 2013 bekannt wurde, dass mindestens 22 deutsche Hochschulen und Forschungsinstitute seit dem Jahr 2000 mehr als zehn Millionen US-Dollar aus dem Haushalt des Pentagon bekommen hätten, um Rüstungsforschung, zum Beispiel an Munition und Sprengstoffen, für das US-Militär durchzuführen.⁸²³ Und Fabian Scheidler formuliert:

„Obwohl das Wissen über die verhängnisvollen Folgen eines Weiter-so mit jedem Tag wächst, halten die Kapitäne der Großen Maschine [globales Finanz-, Wirtschafts- und Energiesystem; Anm. S. H.] unabirrt Kurs in Richtung einer todsicheren Havarie.“⁸²⁴

Sieht man einen Zusammenhang zwischen dem stattfindenden Wahnsinn und dem bestehenden Geldsystem, kann man sich nur eine Änderung der Gegebenheiten wünschen. Graeber sagt, damit wir uns befreien könnten, müssten wir uns zunächst wieder als historische Akteure betrachten, als Menschen, die Einfluss auf den Lauf ihrer Welt nehmen könnten.⁸²⁵

822 Lüders, Michael: „Die den Sturm ernten. Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte“, Verlag C.H.Beck, München, 2017, 4. Auflage 2017, S. 52

823 vgl. Kreiß, Christian: „Geplanter Verschleiß. Wie die Industrie uns zu immer mehr und immer schnellerem Konsum antreibt – und wie wir uns dagegen wehren können“, Europa Verlag GmbH & Co. KG, Wien Berlin München, 2014, S. 179

824 Scheidler, Fabian: „Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation“, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien, 2015, S. 9

825 vgl. Graeber, David: „Schulden. Die ersten 5000 Jahre“, J. G. Cotta’sche Buchhandlung Nachfolger GmbH, Stuttgart, 2012, S. 402

5. Die Hürden des Fließenden Geldes

Ergibt es demnach überhaupt Sinn, sich für eine systemische Änderung im Geldwesen einzusetzen?

Charles Eisenstein gibt auf diese Frage folgende Antwort:

„Eine Geldreform ist kein Allheilmittel für die Welt, und sie sollte auch keine Priorität über andere Bereiche des Aktivwerdens haben. Wenn wir nur Bits im Computer neu kombinieren, wird das nichts an der ganz realen materiellen und sozialen Verwüstung auf unserem Planeten ändern. Dennoch kann heilende Arbeit auf jedem anderen Gebiet nur dann ihre volle Wirkung entfalten, wenn gleichzeitig auch das Geld transformiert wird, da es mit unseren sozialen Strukturen und Lebensgewohnheiten sehr eng verflochten ist.“⁸²⁶

„Geld ist so zentral, es prägt unsere Zivilisation so sehr, dass es naiv wäre, zu hoffen, es könnte irgendeine glaubwürdige gesellschaftliche Veränderung geben, die nicht auch eine fundamentale Veränderung des Geldes mit einschließt.“⁸²⁷

Karl-Heinz Brodbeck schreibt:

„Das Geld als soziale Denkform *ist* kein Ding, sondern eine Denkform. Mehr noch, das Denken in Geld, genauer das Rechnen erweist sich nicht als Ausfluss einer (womöglich angeborenen) Ratio, sondern als etwas, das *historisch geworden* und veränderlich ist. [Hervorhebungen im Original]“⁸²⁸

Brichta und Voglmaier wirken dagegen ein wenig mutlos:

„Allerdings lassen wir hier noch völlig offen, ob überhaupt etwas geändert werden sollte. Eine Abwägung aller Alternativen könnte nämlich letztendlich auch zu dem Ergebnis führen, dass das jetzige

826 Eisenstein, Charles: „Ökonomie der Verbundenheit. Wie das Geld die Welt an den Abgrund führte – und sie dennoch jetzt retten kann“, Scorpio Verlag GmbH & Co. KG, Berlin München, 2013, S. 24

827 ebd. S. 232

828 Brodbeck Karl-Heinz und Graupe Silja: „Geld! Welches Geld? Geld als Denkform“, Metropolis-Verlag, Marburg, 2016, S. 334

System trotz seiner Schwächen anderen Lösungen vorzuziehen ist.“⁸²⁹

Jedoch sollte nach Ansicht dieser Autoren darüber erst entschieden werden, wenn eine Diskussion über Alternativen stattgefunden hätte.

Fabian Scheidler erklärt:

„Klar ist aber, dass ein tiefgreifender, systemischer Umbruch unausweichlich ist – und teilweise schon begonnen hat. Dabei geht es um weit mehr als um eine Überwindung des Neoliberalismus oder den Austausch bestimmter Technologien (auch wenn beides notwendig ist); es geht um eine Transformation, die bis in die Fundamente unserer Zivilisation reicht. Die Frage ist nicht, *ob* eine solche Transformation stattfinden wird – das wird sie auf jeden Fall, *ob* wir wollen oder nicht-, sondern *wie* sie verläuft und in welche Richtung sie sich entwickelt. [Hervorhebungen durch den Verf.]“⁸³⁰

Mit der Ihnen vorliegenden Arbeit soll ein Beitrag geliefert werden, damit eine intensivere Diskussion über Geld in breiten Bevölkerungsschichten in Gang kommt.

2010 hat der Autor des Buches an eine exponentielle Entwicklung beim Erkenntnisprozess rund um den Fehler im Geldsystem geglaubt. Zehn Befürworter erreichen zehn potentielle Unterstützer, zwanzig Freunde des Fließenden Geldes sprechen mit zwanzig interessierten Zuhörern, vierzig Aktive lassen an vierzig weiteren Stellen die Information fließen. Zumindest an den vom Autor leicht messbaren Stellen geschieht dies in derartiger Form aktuell nicht.

829 Brichta, Raimund / Voglmaier, Anton: „Die Wahrheit über Geld. Wie kommt unser Geld in die Welt – und wie wird aus einem Kleinkredit ein großer Finanzcrash“, Börsenmedien AG, Kulmbach, 2013, S. 222

830 Scheidler, Fabian (2015), a. a. O., S. 13

Nehmen wir als Beispiel soziale Netzwerke wie Facebook. Wenn nicht ständig neue Beiträge auf der Facebookpräsenz von „Neues Geld“ eingesellt werden, ändert sich die Zahl der „Likes“ kaum. Dagegen steigt sie mit jedem interessanten frischen Artikel, der stark geteilt wird. So wurde in diesem Medium am 1. April 2016 davon berichtet, dass ein Baumarkt damit begonnen hätte, die in den Preisen enthaltenen Schuldzinsen auf dem Kassenbon auszuweisen, um darauf aufmerksam zu machen, wie jede Käuferin und jeder Käufer beim Einkauf mit Schuldzinsen belastet wird. Ca. 15.000 Menschen wurden mit dieser außergewöhnlichen Aktion erreicht. Natürlich wurde am nächsten Tag darüber aufgeklärt, dass der Bon ein Aprilscherz war, obwohl der beschriebene Zinsmechanismus der vollen Realität entspricht.

| Endsumme in € | | | 18,96 |
|--|-------|--|-------|
| Bar | | | 20,00 |
| Rückgeld | | | 1,04 |
| Die Endsumme enthält an MwSt 19,00 % MwSt B | 15,93 | | 3,03 |
| Die Endsumme enthält an Zinsen 40,00 % Zins Z | 11,38 | | 7,58 |
| * Vielen Dank für Ihren Einkauf! | | | * |
| Umtausch original verpackter Ware nur mit Kassenbon innerhalb von 3 Monaten. Vom Umtausch ausgeschlossen: Lebend-, Zuschnittware und Sonderbestellungen | | | * |

Man könnte wegen der eben geschilderten Situation schlussfolgern, dass viele Befürworter des Fließenden Geldes diesen spannenden Gedanken entweder nicht ausreichend weitertragen oder aber eine besser wahrnehmbare Resonanz ausbleibt.

Hinzu kommen gleich mehrere Hürden, die zu überwinden sind. Wer will sich schon ausführlich mit dem Geld beschäftigen? Für viele ist Geld immer noch ein Tabuthema. Dazu ist der Zins auf das Ersparnte doch das Normalste der Welt. Es ist für uns Menschen eine besondere mentale Herausforderung, Allgemeingültiges wie Guthabenzinsen in Frage zu stellen. Wenn sich das kleine private Vermögen über Zins-einnahmen vergrößert, wirkt dies erst einmal grundsätzlich sympathisch. Was sich bedauerlicherweise noch nicht ausreichend herumgesprochen hat, ist, dass man, wenn man Guthabenzinsen bekommen möchte, auch bereit sein muss, Schuldzinsen in entsprechender Höhe zu bezahlen. Doch wer stellt die zum Beispiel beim Einkauf gezahlten Schuldzinsen (Schuldzinsen, die von den Unternehmen an die Gläubi-

ger überwiesen werden, sind in den Preisen enthalten) den vereinahmten Guthabenzinsen auf angelegte Gelder gegenüber (siehe Kapitel IV.3: „Eine einfache Rechnung“)? Würden dies viele Menschen vollziehen, kämen schnell breite Bevölkerungsschichten zu dem Ergebnis, dass sie bei derartigem Mechanismus immer nur verlieren können. Die extrem ungleiche Vermögensverteilung befeuert die schädliche Entwicklung zusätzlich. Jedoch würde ein solcher eben beschriebener Erkenntnisprozess auf der Verstandesebene ablaufen. Einer der bedeutendsten britischen Philosophen des 18. Jahrhunderts, David Hume, kam allerdings zu der Schlussfolgerung, dass nicht der Verstand oder die Vernunft den Menschen regieren würde, sondern seine Gefühle.⁸³¹

Ludwig Gartz glaubt:

„Solange in einer Gesellschaft das unterschwellige Verlangen vorherrscht, selbst einmal auf der Gewinnerseite zu stehen und durch eigenes Vermögen auf Kosten anderer leben oder sogar reicher werden zu können, gibt es auch bei der benachteiligten Mehrheit eine Zustimmung zur Zinswirtschaft an sich.“⁸³²

Noch einmal zurück zu Precht:

„Das stärkste Gefühl trägt den Sieg davon. Und der Verstand ist nichts als der Pressesprecher des Gehirns, der wortreich rechtfertigt, was unser Kanzler, das Gefühl, längst entschieden hat.“⁸³³

Das hieße, ein weitgreifender Erkenntnisprozess über die Wirkungen und Mechanismen von Zins und Zinseszins würde nicht genügen, damit neue Wege beschritten werden. Müsste sich der Mensch demnach zumindest teilweise zuerst von seiner Gier befreien, bevor brillante Alternativen Realität werden können? Genügt es, die Gier zu überwinden? Andreas Bangemann sieht das folgendermaßen:

831 vgl. Precht, Richard David: „Die Kunst, kein Egoist zu sein. Warum wir gerne gut sein wollen und was uns davon abhängt“, Wilhelm Goldmann Verlag, München, 2010, Taschenbuchausgabe Mai 2012, 1. Auflage, S. 113

832 Gartz, Ludwig: „Fließendes Geld. Die Geburt des Goldenen Zeitalters“, Aaragon Verlag, Sankt Augustin, 2008, 1. Auflage, S. 68

833 Precht, Richard David (2010/2012), a. a. O., S. 114

„Der Kampf gegen die Gier ist eine nicht leistbare Sisyphusarbeit. Die Gier gehört wie viele weitere Eigenschaften in einen Bereich, dessen Ursprung außerhalb des direkten menschlichen Einflusses liegt. Alles von Menschenhand geschaffene können wir verändern. Deshalb müssen wir uns über die strukturellen Ursachen Gedanken machen und Rahmenbedingungen schaffen, innerhalb derer die menschliche Gier nicht in einer Form zum Ausbruch kommen kann, welche die ganze Gemeinschaft in Gefahr bringt.“⁸³⁴

Hans-Joachim Maaz schreibt: „Gier ist nicht Ausdruck einer normalen menschlichen Wesensart, sondern immer ein Krankheitssymptom.“⁸³⁵ Nach Charles Eisenstein würde unser heutiges Wirtschaftssystem Selbstsucht und Gier belohnen⁸³⁶ und nach dem populären Investmentberater Marc Faber wären Gier und Furcht die treibenden Kräfte bei den meisten, wenn nicht sogar bei allen Investmententscheidungen.⁸³⁷ Wollen wir nicht alle zumindest ab und zu den Gewinnern zählen? Man darf nur nie vergessen, wo es Gewinner gibt, findet man auch Verlierer, also welcher Preis ist für das Gewinnen zu entrichten? In China besteht die Neigung, einen „Marktplatz“ mit einem „Kriegsschauplatz“ zu vergleichen.⁸³⁸ Wer sich mit List einen Wettbewerbsvorteil verschafft, gilt als klug. Das Wissen über Wege, ein Geschäft zu eigenen Gunsten abzuschließen, wurde in den 36 Strategemen⁸³⁹ manifestiert. Senger schreibt:

834 Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, Juli / August 2010, Ausgabe: 04/2010, Bangemann Andreas: „Politik gegen Finanzmarkt – David gegen Goliath“

835 Maaz, Hans-Joachim: „Die narzisstische Gesellschaft. Ein Psychogramm“, Verlag C.H. Beck oHG, München 2012, unveränderte Taschenbuchausgabe 2014, S. 64

836 vgl. Eisenstein, Charles: „Ökonomie der Verbundenheit. Wie das Geld die Welt an den Abgrund führte – und sie dennoch jetzt retten kann“, Scorpio Verlag GmbH & Co. KG, Berlin München, 2013, S. 33

837 vgl. Faber, Marc: „Zukunftsmarkt Asien. Die Wiederentdeckung der asiatischen Märkte“, FinanzBuch Verlag GmbH, 1. Auflage 2004, S. 12

838 vgl. von Senger, Harro: „36 Strategeme für Manager“, Carl Hanser Verlag, München Wien, 3. Auflage 2004, S. 20

839 Strategem: „Strategem ist ein unbelastetes Wort für ‚List‘. Also ist zu klären, was eine ‚List‘ ist. List wird meist mit Täuschung gleichgesetzt. Doch von dieser Verengung der List sollte man sich lösen. Die beste chinesische Umschrei-

„[...] man [geht] in China vielfach davon aus, dass die Weisheit, die einem General in einer Schlacht zur Seite steht, dieselbe sei, die den Kaufmann in seinem Geschäftsleben anleite. Dies ist in China eine über 2.000 Jahre alte Vorstellung.“⁸⁴⁰

Es lässt sich nur erahnen, welche Risiken eine Unternehmerin oder ein Unternehmer eingeht, wenn sie oder er, ohne jene Informationen zu den kulturellen Unterschieden, Geschäfte in China mit deutscher Mentalität abwickeln möchte. Also in welchen Gebieten kann es Sieger geben und in welchen Bereichen sollten wir die in uns liegenden Instinkte möglichst nicht wecken?

Nach Sampson würde auch in Japan der Wettkampf zwischen den Konzernen zum Teil eher an militärische Auseinandersetzungen erinnern. Man hätte die Regeln der Kriegskunst auf den kommerziellen Bereich übertragen, schreibt er. So wäre der Klassiker Art of War (Die Kunst des Krieges) von Sun Tzu aus dem 5. Jahrhundert v. Chr. für viele Firmenchefs zur Pflichtlektüre geworden, um Strategie und Taktik des Krieges zu erlernen und die Kenntnisse kämen dann bei den beruflichen Aufgaben zum Tragen.⁸⁴¹

William Bonner und Addison Wiggin bemerken:

„Sehen Sie sich nur die Fans bei einem Fußballspiel an; die stehen auf und feuern wild ihre Mannschaft an, so, als wäre das Ergebnis des Spiels wirklich wichtig für sie. Die Idee, auf der Seite des Winners zu stehen, ist eine primitive Form des Gruppendenkens.“⁸⁴²

bung von ‚List‘ lautet: [...] „Etwas Außergewöhnliches erzeugen, um den Sieg zu erringen“. (Quelle: Von Senger, Harro: „36 Strategeme für Manager“, Carl Hanser Verlag, München Wien, 3. Auflage 2004, S. 15)

840 von Senger, Harro: „36 Strategeme für Manager“, Carl Hanser Verlag, München Wien, 3. Auflage 2004, S. 20

841 vgl. Sampson, Anthony: „Global. Macht. Geld. Der neue Reichtum oder warum Geld die Welt regiert“, © der deutschen Ausgabe 1990: Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, ungekürzte Taschenbuchausgabe, Wilhelm Heyne Verlag GmbH & Co. KG, München, 1995, S. 119

842 Bonner William, Wiggin Addison: „Tage der Abrechnung. Die internationalen Finanzmärkte im Umbruch oder: Wie wir die schleichende Wirtschaftskrise des 21sten Jahrhunderts überleben können“, FinanzBuch Verlag GmbH, 1. Auflage 2005, S. 207

Müssen wir demnach solche Verhaltensmuster bezwingen oder ist zu empfehlen, dass wir uns mit Hilfe des Wissens über menschliches Handeln durch Regeln ein Klima schaffen, welches die richtigen Anreize liefert, damit sich die notwendigen Veränderungen einstellen?

Andreas Bangemann malt in diesem Zusammenhang ein schönes Bild:

„In einem Milieu, das gemeinschaftliches Handeln belohnt, bewussten Umgang mit der direkten Umwelt befördert und Solidarität aktiv erstrebenswert macht, werden sich die Menschen ändern. Und zwar alle. Die entscheidenden Fragen lauten: Welche Bedingungen brauchen wir dafür? Was genau muss geändert werden?“⁸⁴³

Hermann Hesse lässt seine Hauptfigur Siddhartha folgendes sagen:

„Wenn jemand sucht, dann geschieht es leicht, daß sein Auge nur noch das Ding sieht, dass er sucht, daß er nichts finden, nichts in sich einzulassen vermag, weil er nur immer an das Gesuchte denkt, [...]“⁸⁴⁴

Haben Bangemann und Hesse recht, brauchen wir eine andere Umgebung, eine friedvolle Atmosphäre, damit wir kostbare Dinge sehen können, die unter gegebenen Bedingungen im Verborgenen bleiben.

Helfen aktuell die Leitmedien bei diesem wertvollen Prozess oder schickt die geballte Macht der Mainstreammedien die Konsumenten oft gedanklich in die falsche Richtung? Fabian Scheidler meint:

„In dem Maße, wie Information zur Ware wird, bekommen diejenigen, die über das meiste Geld verfügen, tendenziell auch die besten Chancen, die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen.“⁸⁴⁵

Bezeichnenderweise werden Zinsen kleiner null Prozent oft auch als Strazfzinsen bezeichnet. Dass der Zins kleiner Null den Halter von

843 Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, Juli / August 02/2010, Bangemann Andreas: „Die Probleme der Welt erzeugen Rebellen“, S. 1

844 Hesse, Hermann: „Siddhartha“, Erstausgabe: Fischer Verlag, Berlin, 1922, © Hermann Hesse, Montagnola Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1953, Suhrkamp Taschenbuch, erste Auflage 1974, S. 111

845 Scheidler, Fabian (2015), a. a. O., S. 167

Einlagen nur dazu motivieren soll, seine aktuell nicht benötigten finanziellen Mittel mittel- oder langfristig anzulegen, damit vom betreffenden Kreditinstitut risikoärmer auch langfristige Kredite vergeben werden können, wird konsequent weggelassen. Auch erfährt der Konsument der klassischen Medienwelt, bis auf wenige Ausnahmen, nicht, dass bei Fließendem Geld – dank einer Gebühr auf Bargeld – der mittelfristige Zins auf null Prozent gebracht werden soll und dadurch mathematisch exakt die sehr große Mehrheit der Bevölkerung auch finanziell profitieren würde. Von weiteren Vorteilen, wie beispielsweise dem Schutz der Umwelt wegen Beendigung des zinsbedingten Wachstumszwangs, ganz abgesehen.

Darüber hinaus wirkt wenig zielführend, dass die Geldreformbewegung vor allem zwei Ursachen für viele Fehlentwicklungen ausfindig gemacht hat, die sie dann auch noch entzweit, anstatt gemeinsam an einem Strick zu ziehen. Die einen kritisieren die in dieser Arbeit diskutierte Geldschöpfung aus dem Nichts seitens der Geschäftsbanken. Andere lenken das Licht auf die Art der Geldumlaufsicherung, also auf die Frage, mit welcher Methode das bereits in Umlauf befindliche Geld im Wirtschaftskreislauf gehalten wird. Verwendet man hierfür einen Zins größer Null, ergeben sich die beschriebenen exponentiellen Wachstumsprozesse.

Auch aus der Politik sind keine radikalen Vorschläge zu erwarten. Es ist nicht zeitgemäß, dass Politiker Visionäres denken und versuchen, dafür Mehrheiten zu gewinnen. Typisch ist eher, dass politische Strukturen dann Inhalte aufnehmen, wenn sie bereits sichtbar in breiten Bevölkerungsschichten vorzufinden sind. Also zuerst diskutieren die Menschen, da sich eine Unzufriedenheit über die bestehenden Gegebenheiten herausgebildet hat, über alternative Wege, dann greifen politische Strukturen die Themen, die die Masse interessieren, auf. Treffende Beispiele für einen solchen Ablauf sind die Antiatomkraft-, Umwelt-, Gewerkschafts- und Frauenbewegung. Die entscheidenden Impulse kamen hier immer von unten. Scheidler meint, dass das kurzfristige Ziel von Politikern darin bestünde, Wahlen zu gewinnen. Dies würde dazu führen, dass systemische Fragen aus der Debatte herausgehalten würden.⁸⁴⁶

846 vgl. ebd. S. 219

Wie schaut es mit ausschlaggebenden Impulsen aus der Wirtschaftswissenschaft aus? Niessen antwortet auf die Frage folgendes:

„Würden die Ökonomen die tieferen Ursachen der gegenwärtigen Krisen *umfassend* deuten, müssten sie konsequenterweise wirtschaftspolitische Empfehlungen formulieren, die aus heutiger politischer Perspektive als subversiv gälten. Ökonomen *müssen* Teile der Wahrheit ausblenden, sonst zerbricht die herrschende gesellschaftliche Ordnung. [Hervorhebungen im Original]“⁸⁴⁷

Falls Sie als Leserin oder als Leser nun denken, das klingt ja alles nicht sehr zuversichtlich – weit gefehlt. Diejenigen, die den Autor persönlich kennen, wissen, dass es bei ihm immer Grund zu Optimismus gibt. Der Autor hat als Leipziger das große Glück, die Erfahrungen der Wende 1989 mit intensiver Wirkung in sich zu tragen. Wenige Monate vor den friedlichen sichtbaren Bewegungen auf den Leipziger Straßen konnte man kaum ahnen, was sich entwickelt. Nun meint der Autor nicht, dass er erwartet, dass im kommenden Jahr erneut 200.000 Menschen über den Leipziger Innenstadtring ziehen und die Einführung des Fließenden Geldes mit Sprechchören wie „Fließendes Geld für eine gerechtere Welt“ fordern.

Wolfgang Kessler zitiert die US-amerikanische Entwicklungsforcherin Margaret Mead:

„Zweifle nie daran, dass eine kleine Gruppe nachdenklicher engagierter Menschen die Welt verändern kann. Ja, das sind überhaupt die Einzigsten, die dies je geschafft haben.“⁸⁴⁸

Es ist alles möglich und die schrecklichen Auswirkungen des aktuellen Systems werden leider nicht geringer. Deshalb werden auch immer mehr Menschen auf die Suche nach Antworten gehen und aktiv werden. Auch Precht meint, so wichtig Gefühle seien, so wenig wären wir ihnen hilflos ausgeliefert. Unsere Vernunft würde uns in die Lage versetzen, unsere sozialen Gefühle zu bewerten, auch wenn wir davon

847 Niessen, Frank: „Entmachtet die Ökonomen! – Warum die Politik neue Berater braucht“, Tectum Verlag Marburg, 2016, S. 41

848 Kessler, Wolfgang: „Weltbeben. Auswege aus der Globalisierungsfalle“, Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH, Oberursel, März 2004, 5. aktualisierte und erweiterte Neuauflage, 2007, S. 221

nicht immer Gebrauch machen würden. Das Verhältnis von Vernunft und Gefühl wäre zwar bei jedem Menschen verschieden, doch prinzipiell wären wir dazu fähig, dass beides in unsere Entscheidungen einfließen würde.⁸⁴⁹ Im Juni 2016 lief ein spannender Film in kleinen Kinos in Leipzig. Er trägt den Namen *Tomorrow – Die Welt ist voller Lösungen*. In dieser Dokumentation wird eine Vielzahl an vortrefflichen Aktivitäten präsentiert, über die sich Menschen einbringen und positive Veränderungen auslösen. Auch die Wirkungen von Zins und Zinseszins werden thematisiert. Allerdings wird auch von einer vermeintlich stattfindenden Geldschöpfung aus dem Nichts gesprochen.

Der Autor dieses Buches denkt, dass sich Menschen elementare Veränderungen, die in der Zukunft geschehen werden, nur begrenzt vorstellen können. Viele Neuerungen kommen schleichend, fast unbemerkt, stellt man dann jedoch den gegebenen Zustand den Verhältnissen zwanzig Jahre zuvor gegenüber, werden die Abweichungen meist sichtbar. Bei dieser Vorgehensweise wird allerdings die Gegenwart mit der Vergangenheit verglichen und nicht die kommende Zeit betrachtet. In einer Ausbildungseinheit des Autors Anfang der 1990er Jahre wurde besprochen, wie man einem Kunden Inflation am besten erklärt. Schon damals wurde empfohlen, zuerst Preisbeispiele von Waren und Dienstleistungen aus der Vergangenheit zu wählen und diese mit aktuellen Werten ins Verhältnis zu setzen. Mit Hilfe solcher Vergleiche kann man im zweiten Schritt eine zu erwartende Preisentwicklung in der Zukunft besser verdeutlichen.

Der Wirtschaftsjournalist Volkmar Muthesius beschreibt, dass Anfang des 20. Jahrhunderts manche städtische Verkehrsverwaltungen an den Treppen ihrer doppelstöckigen von Pferden gezogenen Omnibussen Schilder angebracht hätten. Auf diesen wäre zu lesen gewesen:

„[...] daß ‚die [verehelichten] Damen‘ sich bemühen möchten, beim Treppensteigen in das obere Stockwerk des Fahrzeugs ‚nichts ans Tageslicht treten zu lassen, was zu sehen dem Herrn Gemahl vorbehalten bleiben‘ müsse.“⁸⁵⁰

849 vgl. Precht, Richard David (2010/2012), a. a. O., S. 124 f.

850 Muthesius, Volkmar: „Augenzeuge von drei Inflationen. Erinnerungen und Gedanken eines Wirtschaftspublizisten“, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt/M., 1973, S. 31 f.

Seit der Anbringung solcher Hinweise sind nun gerade einmal einhundert Jahre vergangen. Sicher ist es passend, dass verheiratete Frauen ihre Knöchel nicht mehr mit ihrer Kleidung verstecken müssen. Wohin die Entwicklung einer Art von Freizügigkeit insgesamt geführt hat, will der Autor hier lieber nicht diskutieren. Der Autor des Ihnen vorliegenden Buches will damit verdeutlichen, dass uns Menschen oft die Vorstellungskraft fehlt, in welche Richtung die Reise gehen kann. Der ICE braucht heute von Leipzig nach Frankfurt am Main gerade einmal gute drei Stunden. Große Entfernungen werden bei bezahlbaren Preisen dank wissenschaftlichen Fortschritts mit Leichtigkeit überbrückt. Ende des 18. Jahrhunderts dauerte eine Postreise für dieselbe Strecke noch eine Woche. Kein Mensch, der vor 50 Jahren gelebt hat, hätte sich die modernen Möglichkeiten des Internets ausmalen können. Vergleichsweise visionär wirkt die Betrachtung einer anderen Art der Geldumlaufsicherung. Das liegt jedoch nicht am Thema, sondern eher an der Struktur unseres Denkens.

Fließendes Geld ist eine ausgezeichnete Basis für viele weitere wertvolle Veränderungen.

6. Technische Umsetzungsvarianten des Fließenden Geldes

Für uns Menschen ist es eine Herausforderung, von Gewohntem abzuweichen. Das folgende Bild liefert eine passende Metapher. Das Denken in unserem Gehirn können wir uns wie einen verschneiten Winterwald vorstellen. Wandern wir in einer solch bezaubernden Landschaft immer auf demselben Weg, sind die Spuren unübersehbar. Schneit es über Nacht, ist es uns dennoch möglich, den bisher verwen-deten Pfad gut zu erkennen und benutzen erneut dieselbe Strecke. Dadurch wird das neue Weiß mit unseren Schuhsohlen bearbeitet, so dass am nächsten Tag das Beschreiten der gewohnten Route ohne zusätzliche Kraftanstrengung geschehen kann. Dies ist ein Pendant zu einem Gedanken, den wir bereits tausende Male erfasst haben oder Prozesse, die dank zahlreicher Wiederholungen automatisiert ablaufen. Neues Denken ist vergleichbar mit dem Verlassen des bekannten Kur-ses durch den schneebedeckten, unberührten Landstrich. Wir geraten in tiefen Schnee und müssen viel Energie aufwenden, um uns fortzu-

bewegen. Manchmal ist das Vorankommen unmöglich, da uns große Schneeberge daran hindern. Wir sind gezwungen, die Richtung zu ändern und nach alternativen Strecken zu suchen, um das Ziel dennoch zu erreichen.⁸⁵¹

Das Erlernen des Autofahrens ist ebenfalls ein passendes Bild. Erinnern Sie sich an die Zeit, als Sie Fahranfänger waren? Man musste bewusst die einzelnen Handlungen ausführen, um ein Kraftfahrzeug unfallfrei durch die Straßen zu bewegen. Hatte man eine überschaubare Zeit einen Wagen gefahren, spürte man danach eine gewisse Er schöpfung, das Bedienen des Gefährts hatte Kraft gekostet. Doch mit der Zeit gelangten die notwendigen Handlungen für das Gebrauchen eines Autos ins Unterbewusste. Die erforderliche Energie für das Benutzen eines fahrbaren Untersatzes reduzierte sich auf ein Minimum. Man war, nachdem sich etwas Routine eingestellt hatte, in der Lage, während des Lenkens einem Gespräch zu folgen und nahm neben den Verkehrsschildern auch an der Straße stehende Werbeplakate wahr. Ging die routinierte Fahrt durch die Berge, war man nun fähig, den genussvollen Blick über die herrlichen Gipfel für kleine Blitzlichtmomente streifen zu lassen, ohne dass man sich oder gegebenenfalls Mitreisende Risiken aussetzte. Das Fazit lautet: Wenn man mit einer neuen Sache eine Zeitlang umgegangen ist, kommt alles damit Verbundene viel freundlicher in Fluss. Die meisten Dinge werden dann so selbstverständlich, dass es fast Mühe bereitet, sich vorzustellen, dass es einst anders war.

Nun weiß auch unser Unterbewusstsein, dass Neues auszuprobieren eine ordentliche Portion Energie kostet. Hat man einmal begonnen, zum Beispiel um der Gesundheit etwas Gutes zu tun, ein wenig Sport zu treiben, kann man sich bestimmt noch deutlich an den inneren Schweinehund erinnern. Man kam geschafft von der Arbeit nach Hause und die Laufschuhe luden nicht dazu ein, eine Runde mit ihnen zu drehen. Hat in der Vergangenheit der Schweinehund gewonnen, sollte man das Vorhaben erneut angehen. Der Kerl ist in den folgenden

851 vgl. Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, Juli / August 2011, Ausgabe: 04/2011, Susanne Wiegel: „Vom Wissen zum Handeln oder wie Veränderung möglich wird“, Susanne Wiegel bezieht sich im Artikel auf den Hirnforscher Manfred Spitzer

Trainingseinheiten schon kleiner geworden. Ist das gelungen und man ist dabei geblieben, fällt es nun leichter, sich zu überwinden, auch, wenn einmal ein Tag nicht die optimalen Voraussetzungen für eine sportliche Betätigung liefert. Unser Gehirn belohnt uns nun mit Glückshormonen, nachdem wir die gesundheitsfördernde Bewegung absolviert haben. Ja, aller Anfang ist schwer. Das Flugzeug braucht beim Start die größte Treibstoffmenge, fliegt es in geeigneter Höhe mit Reisegeschwindigkeit, ist der Energieverbrauch deutlich geringer als beim Abflug. Insofern sollten wir uns bewusst machen, dass es wertvoll ist, Mut zu fassen und eine alternative Geldumlaufsicherung zu wählen. Die bereits dargestellten, dem Gemeinwohl und uns allen dienenden Wirkungen des Fließenden Geldes liefern ausgezeichnete Argumente, dass sich die Anstrengungen lohnen!

In der an anderer Stelle beschriebenen Brakteatenzeit (siehe Kapitel IV.7.a: „Die Brakteatenzeit“) hat man Dünnblechmünzen hergestellt, die von Zeit zu Zeit verrufen wurden. Das bedeutete, sie konnten ab einem bestimmten Termin nicht mehr als Zahlungsmittel verwendet werden. Bei den ebenfalls weiter unten vorgestellten Arbeitswertscheinen von Wörgl mussten die Nutzer monatlich Marken kleben, damit die Gültigkeit jener Zahlungsmittel erhalten blieb. Nun leben wir im 21. Jahrhundert und so werden effizientere Methoden zu finden sein, als das Erwerben von Klebemarken, die dann auf dafür vorgesehene Felder aufzubringen sind – auch wenn diese Verfahrensweise noch heute bei regionalen Tauschmittelsystemen zur Anwendung gelangt (siehe Abbildung).

Abbildung 40: 20 Chiemgauer



Am Einfachsten ließe sich eine Gebühr erheben, wenn das Bargeld ausschließlich in elektronischer Form bereitgestellt würde. Dies ist nicht mit einer Abschaffung des Bargeldes zu verwechseln, welche kategorisch abgelehnt

wird. Die Macht, die dann in den Händen von Entscheidungsträgern läge, wäre unermesslich. Spricht man mit einem Unternehmer, der in seinem Leben von einer Insolvenz betroffen war, kann man erahnen, welche Risiken sich bei der Abschaffung von Bargeld ergeben würden. Menschen, die zwangsläufig, aus welchen Gründen auch immer, eine Firma schließen mussten, erhalten einen Schufaeintrag.⁸⁵² Mit einem solchen Vermerk ist man kaum in der Lage, eine Kreditkarte von einer namenhaften Gesellschaft zu bekommen. Angebote von Dienstleistern im Internet, zum Beispiel von Urlaubsreiseveranstaltern, die ausschließlich Zahlungen per Kreditkarte akzeptieren, sind dann nicht mehr möglich, weil die Plastikkarte fehlt. So muss man sich auf Offeren beschränken, bei denen andere Bezahlverfahren zugelassen sind. Jedoch kann man sich grob ausmalen, welche Konsequenzen es hätte, könnte einem nicht nur die Option des bargeldlosen Bezahlens von Diensten mit Karte, sondern durch die Abschaffung von Bargeld jeglicher Zugang zu finanziellen Mitteln verwehrt werden. Ganz abgesehen davon, dass ohne Bargeld eine vollständige Überwachung aller Zahlungsvorgänge ermöglicht wird.

Im April 2005 wurde per Gesetz die Möglichkeit von Kontenabfragen⁸⁵³ durch Behörden vereinfacht. Als Rechtfertigung wurde oft die Bekämpfung von Terrorismus und von Geldwäsche genannt. Auf einer interessanten Website⁸⁵⁴ ist Folgendes zu lesen:

„Kritik zum Verfahren automatisierter Kontenabfragen entstand allein dadurch, dass der ursprüngliche Grund für derartige Abfragen immer mehr in den Hintergrund geriet. Diese Maßnahmen, die sich anfänglich auf die Bekämpfung von internationalem Terrorismus bezogen, wurden zunehmend ausgeweitet auf unterschiedlichste Behörden als auch zum Teil Gemeinden und schließlich Gerichtsvollzieher übertragen.“

852 Schufa (Schufa Holding AG): Wirtschaftsauskunftei aus Wiesbaden, es werden eine Vielzahl an Daten von natürlichen Personen und Unternehmen gespeichert, um deren Bonität und Zahlungsverhalten beurteilen zu können.

853 gemäß § 93 Abs. 7 und 8 AO

854 Franke-Media.net – Quality Content Provider seit 2006, Daniel Franke Leipzig: „Automatisierte Kontenabfragen“, <http://www.konto.org/ratgeber/allgemein/automatisierte-kontenabfragen/>, (abgerufen am 25.08.2016)

Die Verantwortung für den Datenabruf trägt die ersuchende Behörde selbst, eine weiterführende Kontrolle erfolgt nicht. Dem Betroffenen muss der Kontenabruf nicht angezeigt werden, damit er wirksam ist. Die Zahl der Abfragen hat sich seit Einführung der betreffenden Paragraphen massiv erhöht:

Abbildung: 41: Entwicklung Kontenabrufe 2004 bis 2015⁸⁵⁵

| Jahr | BaFin | Polizeibehörden | Finanzbehörden/ Steuerfahndung | Staatsanwalt- schaften | Zollbehörden | Sonstige | Gesamtzahl | Veränderung zum Vorjahr |
|------|-------|-----------------|-----------------------------------|---------------------------|--------------|----------|------------|----------------------------|
| 2004 | 1.380 | 26.212 | 6.057 | 3.038 | 2.251 | 479 | 39.417 | |
| 2005 | 632 | 38.675 | 10.008 | 7.494 | 5.160 | 441 | 62.410 | +58,33 % |
| 2006 | 972 | 47.805 | 11.838 | 12.861 | 7.202 | 478 | 81.156 | +30,04 % |
| 2007 | 472 | 54.111 | 13.061 | 18.002 | 7.167 | 747 | 93.560 | +15,28 % |
| 2008 | 277 | 46.132 | 10.936 | 18.520 | 7.604 | 469 | 83.938 | -10,28 % |
| 2009 | 547 | 52.367 | 11.691 | 20.915 | 6.198 | 158 | 91.876 | +9,46 % |
| 2010 | 1.371 | 58.477 | 13.673 | 23.765 | 8.054 | 275 | 105.615 | +14,95 % |
| 2011 | 757 | 69.330 | 13.122 | 25.997 | 7.316 | 386 | 116.908 | +10,69 % |
| 2012 | 992 | 68.066 | 13.286 | 24.629 | 7.207 | 184 | 114.346 | +8,27 % |
| 2013 | 1.218 | 75.296 | 13.397 | 25.434 | 7.052 | 267 | 122.664 | +7,27 % |
| 2014 | 370 | 89.542 | 14.020 | 26.495 | 7.052 | 300 | 137.779 | +12,32 % |
| 2015 | 1.183 | 86.702 | 13.003 | 25.851 | 6.915 | 301 | 133.955 | -2,78 % |

2013 trat wie bereits oben angedeutet eine weitere Änderung der Richtlinie in Kraft. Dies führte zu einem zusätzlichen deutlichen Anstieg der Kontenabrufe.

855 ebd., Ursprungsquelle Zahlenmaterial: Jahresberichte BaFin

Abbildung 42:

Kontenabrufe durch Familienkassen und Wohngeldstellen von 2012 bis 2015⁸⁵⁶

| Jahr | Familienkassen | Wohngeldstellen |
|------|----------------|-----------------|
| 2012 | 0 | 108 |
| 2013 | 68.648 | 72.992 |
| 2014 | 79.719 | 150.823 |
| 2015 | 97.631 | 204.519 |

Auf der Internetseite von „Lohnsteuer kompakt“ wurde unter der Rubrik Steuerwissen am 22.08.16 der Artikel: „Kontenspionage: Rekordabrufe im Jahre 2015“ veröffentlicht. Darin heißt es:

„Aktuell ist von einem neuen zweifelhaften Rekord bei den Kontenabfragen für das Jahr 2015 zu berichten: Finanzämter und Sozialbehörden einschließlich Gerichtsvollzieher und Jugendämter haben im Jahre 2015 so viele heimlichen [sic] Kontenabfragen gestartet wie noch nie zuvor – insgesamt 302.150 (Vorjahr: 230.542). Dies ist eine Zunahme von 31 Prozent.“

Doch selbst dieser unrühmliche Rekord ist nur zwei Drittel der ganzen Wahrheit: Zusätzlich zu den Kontenabfragen der Finanz- und Sozialbehörden haben Polizei, Staatsanwaltschaften, Zoll- und Steuerfahndung weitere 133.955 Kontenabrufe vorgenommen. Insgesamt sind dies 436.105 Kontenabfragen (Vorjahr: 368.321). [Hervorhebung im Original]⁸⁵⁷

Momentan sind weitere Novellierungen der Gesetzgebung in Planung. Die Entwicklung im Zusammenhang mit Kontenabrufen einschließlich der anvisierten Modifikationen von Seiten der Politik ist nur ein Beleg dafür, dass die Nutzung eines anonymen Zahlungsmittels fun-

856 ebd., Ursprungsquellen Zahlenmaterial: Bundestag, BZSt – Bedarfsträger nach § 93 Absatz 8 AO – undifferenziert – ab 2008 differenziert, BMF) Hinweis [des Urhebers, Anm. S. H.]: Für 2013 – 2015 konnten uns vom BMF bisher nur die Gesamtzahlen zur Verfügung gestellt werden.

857 Lohnsteuer kompakt (forum GmbH) Berlin: „Kontenspionage. Rekordabrufe im Jahre 2015“, Thilo Rudolph, 22.08.2016, <https://www.lohnsteuer-kompakt.de/steuerwissen/kontenspionage-heimliche-kontenabrufe-im-jahre-2015-auf-neuem-rekordstand/> (abgerufen am 25.08.2016)

damental für die Erhaltung grundlegender demokratischer Strukturen ist.

„Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.“⁸⁵⁸

Insofern steht unverändert die Frage: Wie kann technisch eine kreative Umlaufsicherung bei Bargeld umgesetzt werden?

Bei der Beantwortung dieser Frage hilft ein Artikel, publiziert in der Zeitschrift *Humane Wirtschaft* von Thomas Seltmann, weiter.⁸⁵⁹ Da beim Fließenden Geld der Betrag einer Banknote linear abnimmt, ließe sich die Entwicklung des Wertes über eine Tabelle sichtbar machen. Bei einem 100-Euro-Geldschein und einer Gebühr in Höhe von einem Prozent je Quartal, immer bezogen auf den Anfangsnennwert, würde sich der Wert pro Vierteljahr um einen Euro reduzieren.

Abbildung 43:

Entwicklung des Wertes einer 100-Euro-Banknote nach dem Prinzip des Fließenden Geldes

| Geltungszeitraum | Wert | Geltungszeitraum | Wert | Geltungszeitraum | Wert |
|-------------------|-------|-------------------|------|-------------------|------|
| I. Quartal 2017 | 100 € | I. Quartal 2018 | 96 € | I. Quartal 2019 | 92 € |
| II. Quartal 2017 | 99 € | II. Quartal 2018 | 95 € | II. Quartal 2019 | 91 € |
| III. Quartal 2017 | 98 € | III. Quartal 2018 | 94 € | III. Quartal 2019 | 90 € |
| IV. Quartal 2017 | 97 € | IV. Quartal 2018 | 93 € | IV. Quartal 2019 | 89 € |

Das Prüfen des Wertes eines einzelnen Scheines ist schnell und unkompliziert über eine solche aufgebrachte Tabelle möglich. Wenn man jedoch in einem Geschäft steht und an der Kasse einen größeren Betrag mit mehreren verschiedenen Banknoten bezahlen möchte, kann man nicht erst den Gesamtwert über die jeweiligen aufgedruckten Listen auf den Geldscheinen ermitteln, indem man die einzelnen Beträge addiert. Hier könnte ein Magnetstreifen helfen, der von einem Gerät ausgelesen wird.

858 Zitat frei nach Benjamin Franklin

859 vgl. *Humane Wirtschaft* (02/2010), a. a. O., Seltmann Thomas: „Umlaufsicherung von Banknoten. Wie sich die Einführung der Liquiditätsgebühr bei Geldscheinen systemkonform realisieren lässt“, S. 10

Ergänzend sei noch Folgendes erwähnt: Wird eine Banknote länger als in der abgebildeten Tabelle dargestellt, gehalten, setzt sich die Reduzierung des Wertes einfach linear fort. Das Geld kann dann in jeder Bank gegen einen Geldschein umgetauscht werden, bei dem der Wert über die aufgedruckte Tabelle wieder herauszulesen ist. Wird demnach eine Banknote, bezogen auf die oben zu sehende Mustertabelle, im IV. Quartal 2022 zwecks Umtausch zu einer Bank gebracht, bekommt der Überbringer Bargeld im Wert von 77 Euro. Die neu erhaltenen Scheine zeigen die aktuellen Nennwerte wiederum über die aufgebrachte Übersicht an. An dieser Stelle noch einmal der wichtige Hinweis, dass man dieser geldumlaufsichernden Gebühr leicht entgehen kann, indem man sein Geld entweder ausgibt oder Geld, welches man selbst aktuell nicht benötigt, mittelfristig anlegt. Den destruktiven inflationären Wirkungen im derzeitigen Geldsystem dagegen kann man nicht entfliehen.

Der Austausch von verschlissenen Banknoten ist auch im gegenwärtigen System ein ganz normaler Prozess. Die Bundesbank erklärt dazu:

„Die Lebensdauer der Banknoten hängt vom Nennwert ab. Banknoten kleiner Stückelungen (5, 10, 20, 50 Euro) werden nach ein bis vier Jahren vernichtet und ersetzt. Banknoten großer Stückelungen (100, 200, 500 Euro) haben zum Teil eine Lebensdauer von weit über zehn Jahren.“⁸⁶⁰

Da Bargeld ständig bei Kreditinstituten ein- und ausgezahlt wird, erfolgt der Austausch von Banknoten beim Fließenden Geld, deren Tabellen nur noch für kurze Zeiträume die Nennwerte anzeigen, automatisch. Eine Bank aktiv aufzusuchen muss man danach nur, wenn man einen Geldschein versehentlich verlegt hat und diesen erst später wiederfindet.

Wenn man heute Geld bei einer Bank einzahlt, werden die Banknoten gleichfalls auf eine Zählmashine gelegt, die die Summe der Einzahlung ermittelt und die Noten auf Echtheit prüft. Dies ließe sich

860 Deutsche Bundesbank: „Das Bargeld. Bargeldumlauf“, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Dossier/Service_schule_und_bildung_kapitel_2.html?notFirst=true&docId=149302 (abgerufen am 25.08.2016)

auch leicht mit Bargeld der Kategorie Fließendes Geld realisieren, dessen Nennwert sich je Quartal verändert.

Des Weiteren könnte auch ein Strichcode zum Einsatz kommen. Man kann schon heute in vielen Läden den Barcode von optischen Lesegeräten erfassen lassen, damit man unter anderem den Preis einer betreffenden Ware angezeigt bekommt. Eine vergleichbare Technik könnte genutzt werden, um den aktuellen Wert einer Banknote zu ermitteln.

Damit im aktuellen System Onlineüberweisungen ausgeführt werden können, muss man eine Transaktionsnummer (TAN) zur Autorisierung des Vorganges eingeben. Viele Banken arbeiten auch heute noch mit sogenannten TAN-Listen, die man vom Kreditinstitut zugesandt bekommt. Sind die TAN fast verbraucht, trifft beim Benutzer automatisch eine neue TAN-Liste ein. Jene ist dann mit Hilfe einer TAN der alten Liste freizuschalten, um Missbrauch zu vermeiden. Alternativ bieten einige Bankhäuser an, dass die erforderlichen TAN unter Verwendung eines TAN-Generators generiert werden. Nutzer, die Bankgeschäfte mit dem Handy erledigen, laden sich spezielle Apps auf ihr Smartphone, um über kleine Programme⁸⁶¹ TAN im sicheren Modus zu erlangen. Diese Methoden werden vom Publikum rege angenommen und die Zahl derer, die solche Varianten bereits verwenden, steigt rasant. Das Beispiel zeigt, dass wir Menschen durchaus in der Lage sind, auf neue Lösungen umzustellen. Mit größter Wahrscheinlichkeit wird es nach Einführung des Fließenden Geldes Apps geben, die bei der Wertermittlung helfen. Man legt mehrere Banknoten einfach nebeneinander, fährt mit dem Handy kurz darüber und im Bruchteil einer Sekunde wird der aktuelle Gesamtwert angezeigt.

Zahlt ein Händler erst nach Ablauf eines Quartalsstichtages Fließendes Geld bei seiner Hausbank ein, bekommt er den entsprechend geringeren Betrag seinem Konto gutgeschrieben. Damit ist jeder Kaufmann daran interessiert, möglichst zügig das eingenommene Bargeld weiterzugeben.

In Feldversuchen sollte geprüft werden, ob eine quartalsweise erfolgende Berechnung der Gebühr ausreichend funktional ist oder ob es zu ungünstigen Spitzen beim Einsatz von finanziellen Mitteln vor den

⁸⁶¹ Man spricht von einem sogenannten pushTAN-Verfahren, dank der App wird kein zusätzliches Gerät (z. B.: TAN-Generator) benötigt.

vierteljährlichen Stichtagen kommt. Gegebenenfalls sind kürzere Zeiträume zu wählen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass eine vierteljährliche Erhebung der Gebühr den gleichmäßigen Fluss des Geldes in gewünschter Weise regelt.

Die Zeit wird zeigen, dass, nachdem Fließendes Geld eine gewisse Dauer benutzt worden ist, kaum noch jemand die aufgedruckten Tabelle beachten oder die Nennwerte vor Zahlvorgängen checken wird. Die auf den Banknoten abgebildeten Listen und die Scanner zum Anzeigen der Nennwerte der Scheine liefern eine Kontrollfunktion. Die Möglichkeit des Prüfens hat vor allem vertrauensbildenden Charakter, besonders in der Umstellungsphase. Das Geld, welches man sich vom Bankautomaten gezogen oder als Wechselgeld beim Einkauf erhalten hat, ist innerhalb eines Zeitintervalls – zum Beispiel einem Quartal – im Wert unveränderlich. Hat man die Noten über einen Stichtag in seinem Besitz, weiß man, was bei einer Umlaufsicherungsgebühr in Höhe von einem Prozent an Gebühr angefallen ist. Verfügt man demnach zum Stichtag über 2.000 Euro Bargeld, ist jedem klar, dass Kosten in Höhe von 20 Euro im betreffenden Quartal entstanden sind. Sobald man das verinnerlicht hat, wird man bemüht sein, nur so viel Bargeld wie gerade notwendig, verfügbar zu halten. Genau das ist schließlich der Sinn der Umlaufsicherungsgebühr.

An dieser Stelle ist zum wiederholten Mal ein wesentlicher Hinweis zweckmäßig. Im aktuellen System freuen sich viele Menschen über die Möglichkeit, Guthabenzinsen zu vereinnahmen. Man sollte dabei nicht auf die letzten Jahre schauen. Der niedrige Zins ist krisenbedingt, es ist deshalb erforderlich, längere Zeiträume zu betrachten. Jedoch gilt:

Die Guthabenzinsen, die wenige in exorbitanter Größenordnung leistunglos generieren, sind in den Schuldzinsen, die alle bezahlt werden, enthalten. (Zweiter Hauptsatz der alternativen Wirtschaftswissenschaft, siehe Kapitel IV.9)

Unter der Überschrift „Eine einfache Rechnung“ (siehe Kapitel IV.3) wird ausführlich auf die Situation eingegangen. Wenn der Anteil des Guthabenzinses aus den gesamten Darlehenszinsen herausfällt, werden alle Menschen massiv finanziell entlastet. Für die sehr große Mehrheit stehen den oben beispielhaft dargestellten 20 Euro im betreffenden Quartal angefallenen Kosten Ersparnisse in x-facher Größen-

ordnung gegenüber. Man sollte deshalb niemals die Kosten beim Fließenden Geld betrachten, ohne gleichzeitig auf den enormen finanziellen Nutzen zu schauen. Es geht bei der pekuniären Bewertung immer um die persönliche Bilanz. Auf was für einen Betrag an Guthabenzinsen muss man beim Fließenden Geld einerseits verzichten und wie hoch ist andererseits die Ersparnis, da man bei allen Steuerzahlungen, bei jedem Einkauf und bei eigens eingegangen Kreditverpflichtungen außerordentlich entlastet wird?

Bei den Leserinnen und Lesern, welche zu den Zinsgewinnern des alten Systems gehören, ergibt sich beim Bilanzziehen im ersten Moment ein für sie negatives Ergebnis. Doch sollten diese Menschen sich die vielen weiteren nützlichen Vorteile des Fließenden Geldes genau ansehen. Was bringt es, wenn man zwar über Zins und Zinseszins in der Lage ist, sein Vermögen massiv auszubauen, aber gefährliche Wirkungen des sich daraus einstellenden Mechanismus das eigene Leben und das der Familie bedrohen? Zinsbedingter Wirtschaftswachstumszwang zerstört unsere Natur. Die sich hieraus ergebenden gesundheitlichen Konsequenzen treffen ebenfalls alle.

In jedem Fall führt die konstruktive Umlaufsicherung dazu, dass sich das Bunkern von Bargeld in Tresoren – vielleicht auch für illegale, kriminelle und menschenfeindliche Zwecke – nicht mehr lohnt.

Die Höhe der Gebühr schafft einen wertvollen Gestaltungsspielraum für die Geld ausgebende Institution. Sie sollte jedoch innerhalb eines gesetzlich fixierten Fensters von vier bis acht Prozent liegen. Erfahrungen aus regionalen Komplementärwährungen zeigen, dass eine Umlaufsicherung im Bereich eines solchen Rahmens funktional das Tauschmittel in Bewegung hält. Die zuständige Einrichtung kennt darüber hinaus den genauen Betrag, um den sich die Geldmenge zum Stichtag reduziert. Diese Abnahme des Gesamtwertes von G2 (siehe Kapitel I.5: „Die Geldmengenaggregate“) ist beim Inflationsziel null Prozent zu berücksichtigen. Die in G2 enthaltenen Mindestreserven sind von der Gebühr freizustellen. Dies ist vergleichbar mit dem aktuellen Einlagenzins, der von der EZB gegenwärtig mit unter null Prozent eingestellt wurde. Jener Zins wird im derzeitigen System auf Mindestreserven von der EZB ebenfalls nicht berechnet.

Zu den Kosten des Banknotenaustausches schreibt Seltmann:

„Die Herstellung einer Banknote kostet nach Auskunft der Europäischen Zentralbank „in der Größenordnung von unter 10 Cent.“⁸⁶²

Bei einer Umlaufsicherungsgebühr von vier Prozent pro Jahr ergeben sich bei der kleinsten Einheit, der 5-Euro-Banknote, Kosten von 20 Cent im Jahr. Damit wäre der Aufwand in jedem Fall abgedeckt. Da das Horten von Bargeld bei der Verwendung von Fließendem Geld kaum noch Sinn macht, wird sich die Menge des ausgegebenen Bargeldes, im Vergleich zu heute, sehr stark reduzieren. Insofern werden sich bezüglich der Bargeldproduktion deutlich geringere Gesamtkosten einstellen.

Zahlt man sein überschüssiges Fließendes Bargeld bei seiner Hausbank ein, bekommt man den Betrag unverändert seinem Konto gutgeschrieben. Die zusätzlich geschaffene Einlage wird auf dem nächsten Kontoauszug ausgewiesen. Da nun das tangierte Kreditinstitut im Besitz der abgegebenen Banknoten ist, wird zunächst sie mit den Kosten belastet. Da jedoch eine Bank diese finanziellen Mittel wegen eingeschränkt möglicher Fristentransformation nur begrenzt verleihen kann, wird sie sich den größeren Teil dieser Gebühren vom Einleger zurückholen. Demnach sind als Folge der Gebühr auf Bargeld täglich fällige Einlagen ebenfalls mit Kosten belegt. Vergleicht man die Kosten auf Bargeld mit den Kosten auf täglich fällige Einlagen, wird die Differenz der Gebühr entscheidend davon abhängen, in welchem Umfang man den Kreditinstituten eine Fristentransformation (siehe Kapitel II.10.d: „Die Fristentransformation“) gestattet. Je stärker eine Transformation der Fristen zugelassen wird, desto leichter können Banken auch Sichteinlagen mittel- und langfristig ausleihen und dadurch selbst zu tragende Gebühren auf eingenommenes Bargeld vermeiden. Die Gebühr auf täglich fällige Einlagen fällt demnach umso niedriger aus, desto stärker Fristentransformation von Banken betrieben werden darf.

Es ist hiermit jedoch nicht gemeint, dass unter Inkaufnahme von überdurchschnittlichen Risiken einer extremen Fristentransformation

862 Seltmann, Thomas: „Umlaufsicherung von Banknoten. Wie sich die Einführung der Liquiditätsgebühr bei Geldscheinen systemkonform realisieren lässt“, S. 8

zugestimmt wird, damit die Liquiditätsgebühren bereits für täglich verfügbare Einlagen merklich gesenkt werden können. Absolute Priorität hat die Stabilität des Geldsystems. Diese ist nicht gefährdet, wenn Banken ihrer Aufgaben gerecht werden und in gesundem Rahmen Fristen von Einlagen im Verhältnis zu den Krediten transformieren. Entscheidend ist, dass eine Bank durch eine bereits für täglich fällige Einlagen leicht herabgesetzte Gebühr gegenüber Bargeld eine Motivation für potentielle Einleger erzeugt, überschüssiges Bargeld einzuzahlen.

Sollte man das seiner Hausbank zur Verfügung gestellte Fließende Geld einen gewissen Zeitraum selbst nicht benötigen, empfiehlt es sich in jedem Fall, eine Zinsbindung mit seinem Bankpartner zu vereinbaren. Je länger man sein Geld dem Kreditinstitut überlässt, desto geringer fällt die Gebühr aus. Bei mittelfristigen Laufzeiten entfällt die Gebühr vollständig, bei sehr langen Laufzeiten wird sich sogar ein geringer Zins größer null Prozent einstellen. Ermittelt man jedoch makroökonomisch den durchschnittlichen Zins über alle Laufzeiten, wird dieser knapp unter null Prozent liegen. Viele Menschen werden unverändert einen überschaubaren Betrag kurzfristig verfügbar halten, um überraschend anfallende Ausgaben damit zu bestreiten. Der notwendige Kauf einer Waschmaschine, ein spontaner Wochenendtrip oder die finanzielle Hilfe an einen Freund werden aus diesen zugriffsfähigen Rücklagen bestritten. Alle Mittel darüber hinaus werden für die gewünschte Laufzeit angelegt, um die Kosten deutlich zu senken bzw. sie komplett zu vermeiden.

Zur Wirkung von Fließendem Geld schreibt Seltmann treffend:

„Die Einführung der Liquiditätsgebühr soll das Bereithalten von Zahlungsmitteln mit Kosten belasten. Was bei Waren seit je her üblich ist, gilt künftig auch für liquide Geldbestände: Die Lagerung verursacht Arbeitsaufwand und Kosten. Diese Kosten führen dazu, dass Zahlungsmittelbestände auf ein notwendiges Minimum verringert werden. Die Funktion der Zahlungsmittel wird dadurch verbessert, dass deren Missbrauchsmöglichkeit als Wertspeicher verringert wird.“⁸⁶³

863 Humane Wirtschaft / Seltmann Thomas (02/2010), a. a. O., S. 9

Der monetäre Nutzen des Fließenden Geldes für die Allgemeinheit beläuft sich in Deutschland auf einen hohen dreistelligen Milliardenbetrag. Es handelt sich ziemlich genau um den Guthabenzinsbetrag, der bisher jährlich an alle Gläubiger ausgeschüttet wurde und darüber hinaus. Alle Menschen haben für sich mehr Liquidität zur freien Verfügung. Diese können sie zur Steigerung der Lebensqualität einsetzen oder weniger arbeiten, um sich interessanten Dingen zuzuwenden. Die allgemeine Zufriedenheit in der Bevölkerung steigt. Soziale und kulturelle Bedingungen verbessern sich enorm. Wegen des Wegfalls des zinsbedingten Wachstumszwangs können Umweltprojekte zum Schutz der Natur in ganz neuer Dimension angegangen werden. Demokratische Strukturen werden gefördert, da sich zinsbedingt keine extremen Kapitalkonzentrationen mehr bilden können. All diese hervorragenden Wirkungen des Fließendes Geldes sind exzellente Voraussetzungen, um Frieden in bisher unbekanntem Ausmaß zu erreichen.

7. Beispiele von Fließendem Geld in der Geschichte

7.a Die Brakteatenzeit (ca. 1150 – 1450)

Der Erzbischof Wichmann von Magdeburg, der nach Fritz Schwarz im 12. Jahrhundert einer der „rührigsten und einflussreichsten Staatsmänner der damaligen Zeit“⁸⁶⁴ gewesen sein soll, ist wesentlich für das Einführen des *Verrufens* von Münzgeld verantwortlich. Das Prinzip ist schnell erklärt. Es waren Dünnglechmünzen als Münzgeld mit einer entsprechenden Prägung im Umlauf. Ohne Vorankündigung wurden in regelmäßigen, aber nicht genau definierten Abständen, jene Münzen *verrufen*. Verrufen bedeutete, dass sie ihre Einsatzmöglichkeit als Zahlungsmittel verloren. Aus diesem Grund war es nicht zweckdienlich, derartige Zahlungsmittel als Wertspeicher anzuhäufen, da der Verlust nach dem Tausch in die neu ausgegebenen Münzen zu groß gewesen wäre.

Der Wertverlust lag meist im Bereich von 20 bis 25 Prozent. Demnach gab man vier oder fünf verrufene Münzen ab, um im Tausch drei

⁸⁶⁴ vgl. Schwarz, Fritz: „Der Christ und das Geld“, Synergie Verlag, Darmstadt, überarbeitete Neuauflage 2007, S. 20

oder vier neue Münzen, die sofort volle Akzeptanz erlangten, zu bekommen. Fritz Schwarz schreibt hierzu:

„Mit seinen regelmäßigen Verrufungen wurden die Geldbesitzer veranlasst, das Geld im ständigen Umlauf zu erhalten. So wurde gekauft, gearbeitet, gespart, nicht nur in Geldforderungen, sondern auch in besseren Dingen.“⁸⁶⁵

Diese Methode des Münzverrufens war ein wesentlicher, wenn nicht sogar der wesentliche Punkt für die positive wirtschaftliche Entwicklung und den Frieden jener Zeit. Es ist festzustellen, dass die Blütezeiten von Regionen immer mit einem funktionierenden Geldwesen korrelierten. So ist ein intaktes Tauschmittel keine hinreichende Bedingung erfolgreichen Wirtschaftens, aber bestimmt eine notwendige! Benjes meint hierzu:

„Als Studenten der Harvard Universität vor einigen Jahren die Aufgabe gestellt bekamen, herauszufinden, welche Zeiträume in der Geschichte der Menschheit wohl zu den glücklichsten gezählt werden können, kamen sie mit Unterstützung namhafter Historiker und der Welt größten Hochschulbibliothek (8 Millionen Bände) zu der eindeutigen Aussage, dass dies die 300-jährige Hochkonjunktur der Brakteatenzeit gewesen sei!“⁸⁶⁶

Kritiker des Münzverrufes bezeichnen den Verruf von Münzen als eine andere Art der Inflation. Im klassischen Fall der Inflation verliert das Geld beständig an Kaufkraft. Es wird zum Beispiel über verschiedene Mechanismen die Geldmenge ausgeweitet; wächst die nachfragewirksame Menge der Zahlungsmittel schneller als die Waren- und Dienstleistungsmenge bei gleichbleibender Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, steigen die Preise. Würde man nun dem Kreislauf Geld entziehen und es sich unter das vielzitierte Kopfkissen legen, hieße das, man nimmt den Nachteil in Kauf, für die gehorteten Mittel bei späterem Einsatz entsprechend weniger Waren oder Dienstleistungen eintauschen zu können. Die gleiche Wirkungsweise tritt auf, wenn sich durch

865 ebd. S. 21

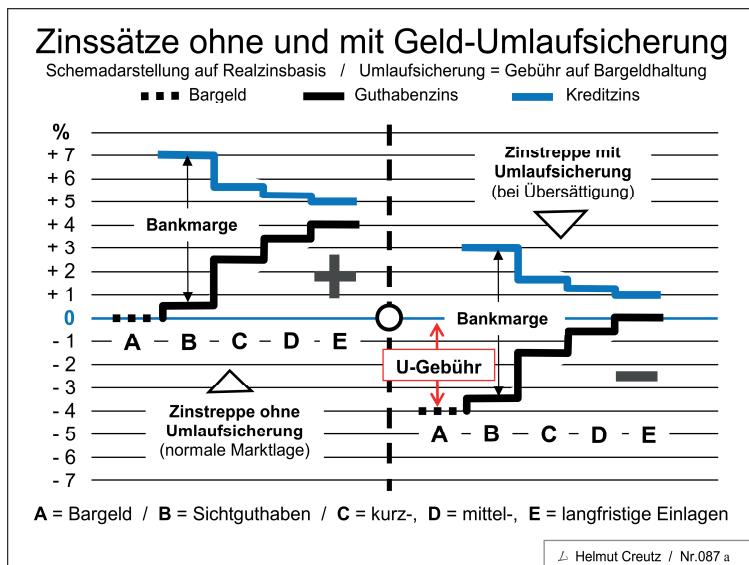
866 Benjes, Hermann: „Wer hat Angst vor Silvio Gesell?“, Herausgeber: Benjes Herrmann, 2002, 4. Auflage, S. 17

Verrufen die Anzahl der verfügbaren Münzen bei gleichbleibenden Preisen reduziert.

Entscheidend ist jedoch, dass die Inflation vieles entwertet: Löhne, soziale Leistungen, Renten, Geld, Guthaben, usw. Dagegen wirkt die konstruktive Umlaufsicherung des Fließenden Geldes nur auf Geld sowie kurz- bis mittelfristige Einlagen. Diesen Kosten kann man leicht entgehen, indem man sein Geld ausgibt oder mittel- bis langfristig anlegt. Das Inflationsziel bei Fließendem Geld ist null Prozent. Insofern ist Inflation und die Gebühr auf Geld nicht vergleichbar!

Gern wird von den Befürwortern einer Zinswirtschaft – es wird ein Zins größer null Prozent als destruktive Geldumlaufsicherung verwendet – hochgerechnet, nach welchem Zeitfenster bei einer angenommenen Verrufungsfrequenz der Tauschwert des Zahlungsmittels bei nahezu null angekommen sei. Eine solche Argumentationskette wird angewendet, um den Sinn des konstruktiv umlaufgesicherten Geldes in Frage zu stellen bzw. seine vermeintliche Unbrauchbarkeit zu belegen. Dieser Ansatz ist jedoch falsch, da wesentliche Teile des verdienten Geldes von den Menschen unmittelbar für Lebenshaltung wieder ausgegeben wird. Überschüssige finanzielle Mittel können angelegt werden, damit sie wertstabil bleiben.

Die Beendigung der negativen Wirkungen einer Geldumlaufsicherung größer null Prozent in der modernen Finanzwelt ist über Fließendes Geld leicht zu erreichen. Im strengen Sinne ist das Verrufen im Wesentlichen nur die Motivation, Geld nicht zu horten. Das Verrufen der Brakteaten im Mittelalter ist mit dem Installieren einer konstruktiven Geldumlaufsicherungsgebühr in der heutigen Zeit, wie sie beim Fließenden Geld gedacht ist, vergleichbar, allerdings sind die technischen Möglichkeiten heute deutlich praktikabler.

Abbildung 44:⁸⁶⁷

Die linke Seite der Abbildung zeigt das aktuelle Geldsystem bei typischer Zinsstruktur (siehe Kapitel III.6: „Die Zinsstrukturkurve“). Es dient ein Zins größer null Prozent als destruktive Geldumlaufsicherung. Helmut Creutz spricht hier von der „Zinstreppe ohne Umlaufsicherung“. Die rechte Seite der Abbildung stellt die Zinstreppe dar, die sich mit Einführung von Fließendem Geld ergibt. Es wird eine Gebühr auf Geld als konstruktive Geldumlaufsicherung, in der Grafik als U-Gebühr bezeichnet, eingesetzt. Helmut Creutz liefert zur Abbildung folgende Erläuterungen:

„Mit dieser auf das Bargeld erhobenen Umlaufsicherungsgebühr wird der Liquiditätsvorteil des Geldes gegenüber den Gütern neutralisiert. Diese Gebühr – hier bei kaufkraftstabilem Geld mit vier Prozent angesetzt – verstetigt den Geldumlauf, vergrößert das

867 Creutz, Helmut: „Das Geld-Syndrom 2012 – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“, aktualisierte Neuausgabe 2012, Druck- und Verlagshaus Mainz, Wissenschaftsverlag Aachen, S. 426, (diese und viele weitere interessante Grafiken finden Sie auch unter: <http://helmut-creutz.de/grafiken.htm>)

Geldangebot und führt nach und nach zu einem Absinken der Guthabenzinssätze in den Minusbereich. In gesättigten und inflationsfreien Marktlagen könnte es dann im Extremfall – wie hier dargestellt – selbst im langfristigen Bereich zu Absenkungen der Guthabenzinsen gegen null kommen, während die Zinssätze für die kürzerfristigen Einlagen schon lange vorher ins Minus gehen. Das heißt, die oft strittige Umlaufsicherung für die Sichtguthaben ergibt sich automatisch.

Die umgekehrte Abtreppung der Kreditzinsen, die im Gleichschritt mit den Guthabenzinsen absinken, ergibt sich aus den unterschiedlichen Arbeits- und Risikokosten der Banken, die mit den Laufzeiten der Kredite durchweg abnehmen. Diese Bankkosten bleiben auch bei einer [konstruktiven; Anm. S. H.] Umlaufsicherung weitgehend konstant und nehmen allenfalls marginal mit den Reduzierungen der Risiken und Eigenkapitalverzinsungen ab. Ein Absinken der Kreditzinsen auf null oder in den Minusbereich dürfte jedoch ausgeschlossen bleiben.

Auswirkungen: Die Folgen sinkender und sich den Marktentwicklungen anpassender Zinssätze sind auf vielfältige Weise positiv: Das Wachstum der Guthaben und Schulden lässt nach und damit die zinsbedingten Einkommensumschichtungen und die daraus resultierenden sozialen Spannungen. Damit baut sich wiederum der ständige Wachstumszwang ab, dem wir heute unsere Umwelt und Zukunft opfern.

Bei evtl. vorübergehenden Wachstumsanstiegen und Knaptheiten auf den Kapitalmärkten, können die Guthabenzinsen selbstverständlich auch wieder marktgerecht mehr oder weniger über die Nullgrenze ansteigen, was bei den Sichtguthaben jedoch seltener [bzw. nie; Anm. S. H.] der Fall sein dürfte.“

Nochmal: Diejenigen, die ihre monatlichen Einnahmen vollständig zum Leben benötigen, sind von einer Nutzungsgebühr kaum berührt, da sie ihr Geld jeden Monat für das Notwendige ausgeben. Diejenigen, die Geld übrig haben, können es so anlegen, damit es wertstabil bleibt und keine Kosten anfallen. Das Inflationsziel ist null Prozent. Wegen der ausgeführten Argumentation ist somit die Inflationskritik, bezogen auf das Fließende Geld, gegenstandslos.

Wenn hier die Überzeugung vertreten wird, dass die Zirkulation des Geldes in der Brakteatenzeit bestens gelang und sich hieraus reger Handel ergab, der den arbeitenden Menschen nur dienlich war – warum wurde diese Methode dennoch wieder aufgegeben? Die Antwort ist in der menschlichen Gier zu finden. Der Schlagschatz – das ist der Anteil der beim Verrufen des Geldes einbehaltenen Münzen – war eine verlockende Einnahme für den Fürsten, in dessen Besitz sich das Prägerecht befand. Und so missbrauchten gierige Landesherren ihre Münzgewalt und erhöhten die Häufigkeit des Verrufens des Geldes mit dem primitiven Ziel, sich mehr von der harten Arbeitsleistung ihrer Abhängigen auf niederträchtige Art und Weise anzueignen. Hieraus lässt sich ableiten, dass auch heute eine demokratische Kontrolle der Geld ausgebenden, öffentlich-rechtlichen Instanz zwingend notwendig ist. Dann bleibt der Allgemeinheit der hohe Nutzen des Fließenden Geldes nach Einführung auch in der weiteren Zukunft uneingeschränkt erhalten.

7.b Der Feldversuch von Wörgl

Auf der Internetpräsenz der Deutschen Bundesbank findet man zu Wörgl folgenden Eintrag:

„Die Idee ist nicht neu: Mitten in der Weltwirtschaftskrise, im Jahr 1932, mussten auch in dem kleinen Tiroler Ort Wörgl Fabriken schließen, die Menschen litten unter Arbeitslosigkeit. Das Hauptproblem sah der Bürgermeister Michael Unterguggenberger darin, dass das Geld nicht mehr in ausreichendem Maße für Warenkäufe verwendet wurde: ‚Es versickert in den Zinskanälen und sammelt sich in den Händen weniger Menschen, die das Geld nicht mehr dem Warenmarkt zuführen, sondern als Spekulationsmittel zurückhalten‘, sagte er bei einer Sitzung des Wohlfahrtsausschusses. Und weiter: ‚Jede Geldstauung bewirkt Warenstauung und Arbeitslosigkeit.‘“

Mit einem Geldexperiment wollte Unterguggenberger deshalb den stockenden Geldumlauf wieder zum Fließen bringen: Er führte für die Angestellten der Gemeinde sogenannte ‚Arbeitsbestätigungsscheine‘ ein, von den Wörglern selbst nur als ‚Schwundgeld‘ bezeichnet. Dieser Name zeigte die wichtigste Eigenschaft des neuen Geldes gleich an, denn tatsächlich ‚schwand‘ sein Wert im Zeit-

verlauf. Um den Wert zu erhalten, mussten die Wörgler jeden Monat eine neue Marke auf den Schwundgeldschein kleben, für die sie ein Prozent des aufgedruckten Wertes der Note bezahlen mussten. Jeden Monat verlor das Geld damit einen Prozent an Wert – ganz geplant. Dank dieses eingebauten Kaufkraftverlustes, so das Kalkül Unterguggenbergers, würde die Papiere wohl niemand lange in der Tasche behalten wollen. Das Geld würde zum Fließen gebracht und die Wirtschaft in Wörgl käme endlich wieder in Schwung.

Tatsächlich konnten die Menschen in Wörgl anfänglich von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage profitieren. Während des 14-monatigen Experiments verringerte sich die Arbeitslosigkeit, die Wirtschaft wurde angekurbelt, in der Folge stiegen vorerst auch die steuerlichen Einnahmen des kleinen Ortes. Die Presse feierte den Versuch als das ‚Wunder von Wörgl‘. Ob das ‚Schwundgeld‘ auch über diese kurze Phase hinaus seine gewünschte Wirkung entfaltet hätte, bleibt bis heute ungewiss: Die österreichische Nationalbank stoppte das Experiment im September 1933, weil es das Monopol der Zentralbank zur Ausgabe von Banknoten untergrub.⁸⁶⁸

Dieser Beitrag ist mit Einfärbungen von Denkweisen geschrieben, wie wir sie in der heutigen Bankenwelt vorfinden. Negativ besetzte Begriffe werden intensiv wiederholt. Soll die Formulierung „Die Presse feierte“ sagen, dass gefeiert wurde, obwohl es nichts zu feiern gab? Wieso wird erklärt, dass die Menschen in Wörgl nur „anfänglich“ von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage profitiert hätten? Das Wörtchen „anfänglich“ suggeriert einem oberflächlichen Leser, dass es einen brauchbaren Start gab, später jedoch die Arbeitswertscheine ihren guten Zweck nicht mehr erfüllten. Eine Verschlechterung der positiven Wirkung dieser regionalen Initiative ist allerdings nie eingetreten, dass Projekt wurde durch die Staatsgewalt gestoppt.

Nach Fritz Schwarz wurden alle Beschlüsse bezüglich der Wörgler Arbeitswertscheine im Gemeinderat einstimmig gefasst. Das Interesse an diesem Projekt war über die Ländergrenzen hinaus erheblich. Die

868 Deutsche Bundesbank: „Teuer und männlich: Regionalwährungen in Deutschland“, http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Themen/2013/2013_06_26_teuer_und_maennlich Regionalwaehrungen_in_deutschland.html (abgerufen am 30.08.2016)

Arbeitslosigkeit in Wörgl sank mit Einführung der Arbeitswertscheine, wirtschaftliche Aktivitäten wurden massiv gefördert. Die Umlaufgeschwindigkeit der Arbeitswertscheine war enorm, da alle das Tauschmittel schnell weitergaben, um so wenig wie möglich Kosten tragen zu müssen. Dadurch erlebte Wörgl inmitten der Weltwirtschaftskrise einen unvorstellbaren wirtschaftlichen Aufschwung.

7.c Regionale Tauschmittelsysteme

Solche Systeme überzeugen auch deshalb, weil sich die Nutzer von dem Gedanken weg bewegen, es müsse immer nur *ein* Tauschmittel geben. Ein gesetzliches Zahlungsmittel spielt in einer arbeitsteiligen Wirtschaft eine wichtige Rolle. Doch es spricht einiges dafür, dass es parallel zum überregionalen gesetzlichen Zahlungsmittel noch wertvolle Alternativen gibt. So kann es auch Bereiche geben, in denen Geld überhaupt keine Bedeutung mehr erlangt. Ein gutes Beispiel für einen solchen Weg ist das japanische Fureai-Kippu-System⁸⁶⁹. Benutzt man die Begriffsdefinition von Geld aus dem Ihnen vorliegenden Buch, sollte man nicht von *Regio-Geld* sprechen, da es sich aktuell nicht um Geld handelt.

Ein Vorteil eines regionalen Tauschmittels besteht darin, dass es nur für einen begrenzten Raum verwendet werden kann. Damit wandern Gutscheine aus dem Geltungsbereich nicht ab und lokale Strukturen werden spürbar unterstützt. Gerade kleinere Betriebe profitieren davon. Dies wiederum trägt dazu bei, dass Arbeitsplätze in den betreffenden Gebieten erhalten werden oder überhaupt erst entstehen. Ökologische Ziele können auf jene Weise besser erreicht werden. Darüber hinaus ist es nützlich, wenn es zum überregionalen gesetzlichen Zahlungsmittel im Falle einer Krise einen Plan B gibt. Hat man die zeitlich begrenzte Funktionalität von exponentiellen Wachstumsprozessen verinnerlicht, ist es hilfreich, wenn bereits eine Alternative existiert. Auch mental sind Regios wertvoll, denn schon das Wissen über vorhandene alternative Mittel ist eine Prophylaxe gegen Resignation und erzeugt Hoffnung. So schreibt Sebastian Leinert:

⁸⁶⁹ Als Einheit wird eine Stunde Zeit verwendet. Die Zeit, die man beispielsweise für die Pflege von bedürftigen Menschen einsetzt, kann man „ansparen“ und später für Hilfsleistungen, die man selbst benötigt, abrufen. Die angesammelten Einheiten lassen sich auch auf andere Menschen übertragen.

„Seit Jahrhunderten, zunehmend jedoch seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, entstanden Komplementärwährungen als Antwort auf ökonomische Problemlagen. Ausgangspunkt der mehr als 5000 heute weltweit bekannten Systeme ist in nahezu allen Fällen ein entsprechender Leidensdruck.“⁸⁷⁰

Leinert zählt weitere kostbare Punkte auf, die in Verbindung mit den Regios stehen. So wird soziales und kulturelles Engagement sowie ethisch vertretbares und solidarisches Verhalten gefördert. Überhaupt helfen ortsgebundene Gutscheinsysteme, die Lebensqualität zu verbessern und das Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Das ist auch der Eindruck, welcher in vielen Gesprächen mit Aktiven aus solchen Initiativen gewonnen werden konnte.

Leinert hat mit seinem Werk, aus dem eben zitiert wurde, herausragende Arbeit geleistet. So hat er für Deutschland 165 Systeme ermittelt und diese kategorisiert. Er unterscheidet zum Beispiel nach institutionellen, gewerblichen oder privaten Trägern. Darüber hinaus hat er überprüft, ob die Systeme leistungs-, zeit- oder eurogedeckt sind. Von den genannten Projekten sind einige erst als Idee vorhanden, 31 Regios wurden aufgegeben. Er recherchierte über zwei Jahre, versandte detaillierte Fragebögen an die vielen Organisationen und führte unzählige Gespräche mit Engagierten. Auch wenn es darum geht, warum Initiativen ihre Pläne wieder einstampedt, nimmt er kein Blatt vor dem Mund, sondern beschreibt klar die von ihm ermittelten Ursachen. Man muss nicht in allen Aussagen seiner Meinung sein, dennoch erfährt man eine Menge Hilfreiches. Schön wäre, wenn sich bestehende Initiativen an den Autor wenden würden, um ihn mit fehlenden Informationen zu versorgen, damit noch nicht verfügbare Puzzleteile in seiner Arbeit ergänzt werden können.

Eine Vielzahl von Regios verwendet eine konstruktive Umlaufsicherung, wie sie in diesem Buch für das überregionale gesetzliche Zahlungsmittel gefordert wird. Bedauerlich ist, dass die Regios so gering von Gemeinden und Kommunen unterstützt werden. Eine Herausforderung von alternativen Zahlungssystemen ist die oft feh-

870 Leinert, Sebastian: „Regionale Komplementärwährungen in Deutschland. Stand und Entwicklungsmöglichkeiten“, BoD – Books on Demand, Norderstedt, 2. Verbesserte Auflage, 2016, S. 9

lende geschlossene Wertschöpfungskette im Rahmen funktionierender Wirtschaftskreisläufe. Beim Biobauern sammeln sich zu viele Regios an, die er nicht wieder ausreichend einsetzen kann. Bei Gutscheinen, die wieder in Euro umgetauscht werden können, ist das weniger problematisch. Beim Rücktausch fallen typischerweise Kosten an. Oft kommen zumindest Teile dieser Gebühren gemeinnützigen Organisationen zu Gute. Jedoch besteht mit der Kopplung an den Euro auch in dem Moment Handlungsbedarf, wenn der Euro sich wegen seines eingebauten Fehlers – Zins größer null Prozent als destruktive Geldumlaufsicherung – „in Wohlgefallen“ auflöst. Bereits bei hohen Inflationsraten beim gesetzlichen Zahlungsmittel müssten die Entscheidungsträger von eurogebundenen Systemen aktiv werden. Deshalb gibt es zum Beispiel in Leipzig den *Lindentaler*⁸⁷¹, der völlig losgelöst vom Eurosystem existiert und über ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) zu den am System angeschlossenen Mitgliedern gelangt. Jedoch handelt es sich nicht um eine Art BGE, das die Existenz sichert und die Teilhabe am kulturellen Miteinander ermöglicht. Es geht mehr darum, Neues auszuprobieren, Erfahrungen zu sammeln, solidarisches Handeln zu fördern, in Kontakt zu kommen und ein soziales Netzwerk zu entwickeln.

Herausgeber von regional geltenden Gutscheinen, die als Zahlungsmittel verwendet werden, sollten sensibilisiert bezüglich der gesetzlichen Regelungen sein, damit kein böses Erwachen droht. Leinert nennt fünf Punkte⁸⁷², die nicht alle zugleich erfüllt sein dürfen:

- Es wird eine Währungseinheit repräsentiert.
- Die Währung erfreut sich allgemeiner Anerkennung.
- Sie weist eine Stückelung auf, die den allgemeinen Bedürfnissen entspricht.
- Sie ist formlos übertragbar.
- Sie kann ständig als Zahlungsmittel Verwendung finden.

Wenn die Regios nur in ausgewählten Läden eingesetzt werden können und mit einer konstruktiven Umlaufsicherung ausgestattet sind, besteht wohl gegenwärtig kein Risiko, dass der Gesetzgeber einen Riegel vorschiebt.

871 *Der Lindentaler*, Rainer Kühn, Leipzig, www.lindentaler.org

872 Leinert, Sebastian (2016), a. a. O., S. 252

Des Weiteren nennt Leinert Anforderungen⁸⁷³, von denen mindestens drei erfüllt sein sollten:

- Optisch klare Unterscheidung der Gutscheine von Banknoten.
- Deutliche Kennzeichnung als (Waren- oder Geld-) Gutscheine.
- Räumlich und zeitlich eingeschränkte Verwendbarkeit.
- Bezeichnung der zu beziehenden Waren oder Dienstleistungen.
- Keine Umtauschmöglichkeit in Bargeld.
- Ausstellung auf den Namen einer bestimmten Person.

Er schreibt weiter:

„Sobald jedoch derartige Systeme als Bonus-System (sog. Loyalty-System) in digitaler Form auf einer E-Geld-Basis abgewickelt werden, sind sie dagegen in aller Regel rechtlich zulässig. [...] Eurogedeckte E-Regionalwährungen werden als E-Geld eingestuft: elektronisches Geld, das beispielsweise im Regelfall auf einer Chipkarte gespeichert sein kann. Diese Systeme müssen von der BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen) genehmigt werden.“⁸⁷⁴

Sollte die ausgebende Institution eine Bank sein, ist eine solche Genehmigung jedoch nicht erforderlich. Die Zulassung eines Kreditinstitutes deckt die Erlaubnis, elektronisch zirkulierende Regios herauszugeben, mit ab. Darüber hinaus schreibt Leinert:

„Regionalwährungen, die von Kommunen maßgeblich betrieben werden [...], wären nicht genehmigungspflichtig“⁸⁷⁵

Er führt weiter aus:

„Diese sind grundsätzlich durch das Kommunalverfassungsrecht („Allzuständigkeit“, „Aufgabenfindungsrecht“) gedeckt. Zudem ist die Finanzhoheit nach dem Gemeindewirtschaftsrecht ein „Kernbestandteil kommunaler Selbstverwaltung“. Auch sind Kommunen nach dem Abgabenrecht nicht daran gehindert, Zahlungen für

873 ebd. S. 252 f.

874 ebd. S. 253

875 ebd. S. 256

kommunale Abgaben in Regiogeld [der Begriff *Regiogeld* sollte vermieden werden; Anm. S. H.] entgegen zu nehmen.“⁸⁷⁶

Die Deutsche Bundesbank signalisiert, dass sie kein großer Freund von Regios ist:

„[A]uch der regionale Handel wird, zumindest langfristig, nicht zwangsläufig profitieren. Mit der regionalen Abschottung durch lokale Währungen entscheiden sich Verbraucher und Unternehmen bewusst gegen eine überregionale, effiziente Arbeitsteilung. Die Waren und Dienste des täglichen Bedarfs liefert hier nämlich nicht der Fabrikant mit den besten Produktionsbedingungen, sondern stets der Nachbar. Was bei Dienstleistungen wie dem Friseurbesuch noch harmlos erscheint, wird schon bei der Flasche Wein zum Problem, denn wer die am preiswertesten anbieten kann, darüber entscheiden neben dem Können des Winzers vor allem die Qualität des Bodens und das Wetter.“⁸⁷⁷

Diese Position ist schwer nachvollziehbar. Mit Regios will sich eine Gemeinschaft nicht „abschotten“, sondern zum Beispiel kurze Transportwege fördern und Arbeitsplätze in der Region halten und aufzubauen. Gutscheinsysteme sollen auch nicht das gesetzliche Zahlungsmittel ersetzen; Ziel ist es, verschiedene Wege zu benutzen. Die unterschiedlichen Zahlungsmittel haben abweichende Vor- und Nachteile. Warum kann nicht jeweils das Zahlungsmittel zum Einsatz gelangen, welches im speziellen Fall die beste Lösung darstellt? Das Weinbeispiel im Bundesbanktext ist deplatziert: Es wird bestimmt keinen Befürworter von regionalen Tauschsystemen geben, für den es eine Herausforderung darstellt, eine Flasche fremdländischen Wein mit Euros zu erwerben, auch wenn sich neben den Euro-Banknoten in der Brieftasche zahlreiche Regios für andere Einsatzzwecke befinden.

Werden die oben angegebenen Vorgaben eingehalten, haben deutsche Behörden in der Vergangenheit die Initiativen gewähren lassen. Man sollte jedoch berücksichtigen, dass alle Regios bisher bezüglich ihres wirtschaftlichen Umfangs eine überschaubare Größe

876 ebd. S. 256

877 Deutsche Bundesbank: „Teuer und männlich: Regionalwährungen in Deutschland“, a. a. O.

einnehmen. Bei dieser Aussage wird auf das Volumen der Transaktionen in Stückzahl und Umsatz abgestellt.

Das mit Abstand stärkste Projekt, der Chiemgauer, hat 2015 immerhin über sieben Millionen Euro umgesetzt – ein Chiemgauer entspricht dabei einem Euro. Das ist beachtlich und liegt dennoch in einem Bereich, der bisher von der Obrigkeit geduldet wird. Es wäre auch unglücklich, hier nur von Umschlagzahlen zu reden. Regionale Konzepte haben viele Menschen zusammengeführt, soziale Strukturen gestärkt, Wissen vermittelt, die Gemeinschaft belebt und die Seelen berührt. Diese Impulse sind nicht in Geld ausdrückbar. Und doch soll im Zusammenhang mit dem Chiemgauer noch eine Zahl genannt werden. Beim Rücktausch der Chiemgauer in Euro fallen fünf Prozent Gebühren an, davon werden zwei Prozent für die Verwaltung verwendet, drei Prozent gehen an Vereine. Welcher Verein unterstützt wird, entscheidet der Rücktauscher. Über diesen Mechanismus sind bisher den geförderten Vereinen sage und schreibe 560.257,80 Euro⁸⁷⁸ zugeflossen.

Insofern bleibt zu hoffen, dass der Gesetzgeber zukünftig solche Aktivitäten nicht nur duldet, sondern rege fördert. Wie oben beschrieben ist eine der größten Herausforderungen bei der Installation eines Regios, so weit wie möglich geschlossene Wirtschaftskreisläufe zu erreichen. Leinert ermittelte, dass als Untergrenze mindestens 80 Unternehmen, die Waren des täglichen Bedarfs anbieten und in räumlicher Nähe liegen, mitmachen sollten. Die Bereitschaft, sich einem solchen Vorhaben anzuschließen, würde massiv beflügelt, wenn das regionale Tauschmittel auch zum Bezahlen kommunaler Abgaben verwendet werden könnte. Dies ist bereits heute bei manchen Regios möglich. Die Verantwortung von Gemeinden gegenüber jenen Initiativen kann kaum offensichtlicher sein. Weitere wertvolle Informationen findet man unter anderem auch auf den Internetseiten des Regiogeld e.V.⁸⁷⁹

878 Chiemgauer Regiogeld UG Traunstein: “3%-Förderstatistik”, <http://www.chiemgauer.info/informieren/statistik/>, (abgerufen am 17.10.2017)

879 Fachverband Regiogeld, c/o BUND Magdeburg: <http://regionetzwerk.blogspot.de/> (abgerufen am 30.08.2016)

8. Zusammenfassung der Forderungen im Sinne eines krisenfreien Geldsystems

- Einführung von Fließendem Geld mit vorhergehenden gesetzlichen Änderungen (z. B.: AGB Banken, BGB, Regelungen für den Immobilien- und Aktienmarkt, usw.)
- Trennbankensystem
- Pflicht zum Ausweisen aller Bankgeschäfte in den Bankbilanzen
- Verbot, dass Geschäftsbanken Risiken zum Beispiel über Zweckgesellschaften verstecken
- Höhere Eigenkapitalanforderungen, bessere Balance zwischen Renditeinteressen von Kreditinstituten und der Aufgaben von Banken im Sinne des Gemeinwohls, zum Beispiel Gewährleistung der Geldzirkulation in der Realwirtschaft
- stärkere Begrenzung der Fristentransformation, wobei sich mit Einführung des Fließenden Geldes die Fristentransformation automatisch reduziert, da Einleger zwecks Vermeidung der Gebühren längere Fristen wählen werden
- Aufbau europäischer Ratingagenturen mit unterschiedlichen Eigentümerstrukturen, u.a. auch öffentlich-rechtliche Institutionen
- Annahmezwang für gesetzliches Zahlungsmittel, ohne Einschränkungen, wir haben festgestellt, dass Vertrauen prinzipiell eine wesentliche Komponente in einem Geldsystem darstellt. Insofern ist es kontraproduktiv, wenn gerade Behörden das Verwenden von Bargeld z. B. beim Zahlen von Steuern nicht zulassen.
- Steuer, die ab einer definierten Größe mit Umsatz und Gewinn eines Unternehmens steigt, um das Ausbilden systemrelevanter Unternehmen zu verhindern
- Verbot bestimmter Derivate
- Verbot der Spekulation auf Lebensmittel
- Begrenzung von Vorstandsgehältern auf das x-fache des durchschnittlichen Einkommens der Belegschaft

9. Fünf Hauptsätze der alternativen Wirtschaftswissenschaft

1. Hauptsatz:

Nichts auf der Welt kann zeitlich unbegrenzt exponentiell wachsen.

Jedes System, das mit einem Mechanismus exponentiellen Wachstums ausgestattet ist, muss zusammenbrechen. Ein Zins deutlich größer null Prozent und Inflation als destruktive Geldumlaufsicherungen im bestehenden Finanzsystem führen zu einem solchen krankhaften Wachstumsprozess. Der Versuch, diesen Fehler im Geldsystem mit Wirtschaftswachstum zu kompensieren, ist ein Irrweg. Eine derartige vermeintliche Lösung zerstört unsere Lebensgrundlage, unseren Planeten. Die Erde verfügt nur über begrenzte Ressourcen. Jene sollten dem Gemeinwohl dienen.

2. Hauptsatz:

Die Guthabenzinsen, die wenige in exorbitanter Größenordnung leistungslos generieren, sind in den Schuldzinsen, die alle bezahlen, enthalten.

Bei ungleicher Vermögensverteilung findet allgegenwärtig eine extreme Umverteilung von der sehr großen Mehrheit zu einer geringen Minderheit statt. Dieser Mechanismus muss zwangsläufig das soziale Gleichgewicht zerstören.

3. Hauptsatz:

Alle Menschen zahlen Schuldzinsen! Das erfolgt über drei Wege: 1. über Konsum die Schuldzinsen der Industrie, 2. über Steuern die Schuldzinsen des Staates und 3. über Darlehensverträge die Schuldzinsen für selbst eingegangene Verpflichtungen.

Doch gerade die über 1. und 2. bedienten Schuldzinsen sind nicht sichtbar. Auch aus diesem Grund konnte sich dieses destruktive System bis zum heutigen Tage halten. In der persönlichen Bilanz des Zinsflusses muss man den vereinnahmten Guthabenzinsen immer die gezahlten Schuldzinsen gegenüberstellen. Bei der Verwendung von Fließendem Geld verbessert sich die Bilanz der Zinsströme bei der sehr großen Mehrheit der Bevölkerung.

4. Hauptsatz:

Über 8 von 10 Menschen zahlen immer mehr Schuldzinsen (über die betreffenden drei Wege, siehe 3. Hauptsatz), als sie je in der Lage sind, Guthabenzinsen zu vereinnahmen.

Deshalb ist ein Geldsystem mit einem Zins größer null Prozent als Geldumlaufsicherung zutiefst unsozial, ungerecht und vor allem nur zeitlich begrenzt funktional. Kommt der Mechanismus an seine Grenzen, wie wir es gerade erleben, ergeben sich extreme Risiken. Insofern besteht dringender Handlungsbedarf. Jedoch sind die notwendigen Veränderungen nur dann erfolgreich umsetzbar, wenn breite Bevölkerungsschichten über Kenntnisse der hier dargelegten Inhalte verfügen.

5. Hauptsatz:

Geld kann nicht arbeiten. Nur Menschen, Maschinen und die Natur können das.

Wertschöpfung entsteht ausschließlich durch Arbeit. Fließendes Geld ist ein gemeinwohlförderndes alternatives Geld, um den Wertschöpfungsprozess auf intelligente Weise zu unterstützen.

Begriffe wie „Strafzinsen“ und „Negativzinsen“ werden propagandistisch eingesetzt und führen breite Bevölkerungsschichten auf die falsche Fährte. Den Kosten, die jede Bürgerin und jeder Bürger durch eine Gebühr auf Fließendes Geld zu tragen hat, kann man leicht entgehen und sie sind im Vergleich zu den Belastungen im aktuellen System minimal. Langfristiges Sparen ist bei Fließendem Geld kostenfrei und wertstabil möglich, nur werden die persönlichen Rücklagen nicht in regelmäßigen Abständen, wie dies im gegenwärtigen System der Fall ist, durch Finanzkrisen vernichtet.

Danksagung

Ohne Winrich Prenk würde es dieses Buch nicht geben. Er besuchte im Oktober 2015 eines meiner Tagesseminare zum Thema und empfahl danach eindringlich, dass ich meine Erkenntnisse niederschreibe und sie damit auch über das Medium Buch zugänglich mache. Es ist ihm offensichtlich gelungen, den entscheidenden Impuls für diese Arbeit zu geben. Darüber hinaus bin ich ihm und seiner Gattin Anne Archinal zu großem Dank verpflichtet, da sie mit immensem Einsatz dazu beigetragen haben, das Buch in Ausdruck, Struktur und Verständlichkeit deutlich zu verbessern. Des Weiteren danke ich ganz herzlich Brigitte Rolfes. Sie lieferte ebenfalls ausgesprochen wertvolle Ratschläge, die unter anderem die Verständlichkeit und Lesbarkeit des Werkes wirksam steigerten.

Ich danke meinem älteren Sohn Konstantin für das Korrekturlesen, die wertvollen Empfehlungen und die brillanten Satzarbeiten sowie meinem jüngeren Sohn Dustin für das Erstellen fast aller Grafiken. Meiner Frau Claudia danke ich für ihr Verständnis – viele Stunden hat sie mich wegen dieser Arbeit entbehren müssen.

Des Weiteren danke ich Gudrun Bernhardt, Sigrid Jäckel, Helmut Creutz, Alfons Föhrenbach, Steffen Bogs, Uwe Flohrer und Andreas Bangemann für die zahlreichen Tipps und Hinweise, die die Qualität dieses Werkes ebenfalls spürbar gesteigert haben.

Ich konnte dieses Buch nur in derartiger Form schreiben, weil ich auch über eine enorme Zahl an wertvollen Gesprächen in über zwanzig Jahren lernen durfte. Deshalb bedanke ich mich auch bei all jenen Menschen, auch bei meinen Kritikern, die mir in den erlebten Debatten unter wertschätzender Kommunikation ihre Zeit geschenkt haben.

Auch bedanke ich mich beim Verlag für die herzliche und professionelle Zusammenarbeit.

Schlusswort

Fließendes Geld wird es in der Zukunft geben. Damit Geld gleichmäßig in einer krisenfreien arbeitsteiligen Wirtschaft zirkuliert, bedarf es einer Geldumlaufsicherung. Dies ist absolut unabhängig davon, welche Art von Geld verwendet wird, ob es sich beispielsweise um Kryptowährungen auf Blockchainbasis in elektronischen Brieftaschen oder Bargeld in Form von Banknoten handelt. Die zerstörerischen Wirkungen, solange wir einen Zins größer null Prozent als destruktive Geldumlaufsicherung benutzen, wurden in diesem Buch ausführlich beschrieben. Ziel sollte sein, dass das von Menschen gemachte Geldsystem dem Gemeinwohl dient, den Frieden sichert und die Natur schützt. Geld greift in fast alle Bereiche unserer Gesellschaft ein. Insfern ist es empfehlenswert, dass sich möglichst viele Menschen mit den Mechanismen rund um das Geld auseinandersetzen. Dadurch beschleunigt sich der notwendige Erkenntnisprozess. Für diesen, so hoffe ich, liefert diese Arbeit einen nützlichen Beitrag.

Milliardärsgespräch



nen die Banken doch kein Geld mehr schöpfen?“

Daraufhin Carlos: „Machen die das? – Keine Ahnung. Für mich ist wichtig, dass ich auf jede Milliarde Dollar, die ich bei fünf Prozent pro Jahr angelegt habe, ca. 136.000 \$ täglich an Zinsen kassiere. Ob ich die Zinsen in Dollar oder in Vollgeld-Dollar bekomme, ist mir egal, Hauptsache, ich erhalte sie.“

Warren fasst nach: „Carlos, warum spricht dann Ihrer Meinung nach alle Welt vom Vollgeld, anstatt die umverteilende Wirkung des Zinsmechanismus stärker zu hinterfragen?“

Carlos lächelt: „Habe wie Sie auch ein paar Dollar in Medien und Politik investiert – rentiert sich. Banken haben echt üble Dinge getan, die eignen sich deshalb hervorragend als Schuldige für die Masse. Das lenkt wunderbar von systemischen Fragen ab, oder?“

Warren: „Ja, habe kürzlich eine weitere Studie zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Zinses als Liquiditätsprämie in makroökonomischen Zusammenhängen unter Berücksichtigung des Zinsdifferenzials bei unterschiedlichen Inflationspotentialen an einer Universität in Auftrag gegeben, um der Sache auch auf wissenschaftlicher Ebene noch mehr Präsenz zu verschaffen.“ Warren grinst.

Carlos: „Sie Schlitzohr! Wir sehen uns am kommenden Wochenende an der Pferderennbahn?“

Warren: „Leider nicht, muss nächstes Wochenende das Leder und das Furnier für meine neue Yacht in Monte Carlo aussuchen – bis bald!“

Carlos: „Guten Flug, wir sehen uns!“

(Namen frei erfunden)

Fragt Milliardär Warren den Milliardär Carlos: „Hey, was halten Sie eigentlich vom Vollgeld?“

Antwortet Carlos: „Das ist eine richtig geniale Sache!“

Der fragende Warren ist überrascht: „Wieso, dann kön-

„Nach der Umstellung auf Vollgeld sind die Banken auf Anlagegelder mehr angewiesen als heute, um Kredite vergeben zu können. Deshalb werden sie Anstrengungen unternehmen, um Geld anzuziehen. Neben normalen Anlagekonten wird es vermutlich auch solche mit speziellen Risikoprofilen und Zinssätzen geben [...].“⁸⁸⁰

„Als Gegenleistung [wenn einer Bank Vollgeld zur Verfügung gestellt wird; Anm. S. H.] erhalten die Kunden Gutschriften auf Sparkonten oder ähnliche Anlagekonten.“⁸⁸¹

(Hervorhebungen S. H.)

880 Mayer, Thomas / Huber, Roman: „Vollgeld – Das Geldsystem der Zukunft“, Tectum Verlag Marburg, 2014, S. 135

881 Huber, Joseph / Robertson, James: „Geldschöpfung in öffentliche Hand. Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter“, Gauke GmbH / Verlag für Sozialökonomie, 2008, S. 41

Literaturverzeichnis

ABC New Media AG Zürich, FinanzNachrichten.de (FN), dpa-AFX:
„Kabinett verabschiedet Rüstungsexportbericht“, 26.10.2016

Admati Anat und Hellwig Martin: Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss“, FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchener Verlagsgruppe GmbH, 2. Auflage 2014

Amnesty International, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V. Berlin: „Nach Massenhinrichtung: Menschenrechtsorganisation kritisiert saudi-arabische Regierung. Amnesty: Saudi-Arabien setzt die Todesstrafe als politisches Druckmittel ein“, 04.01.2016

Bank-Lexikon, Handwörterbuch für das Bank- und Sparkassenwesen, bearbeitet von Dr. Gerhard Müller und Dr. Josef Löffelholz, Copyright by Springer Fachmedien Wiesbaden 1973; ursprünglich erschienen: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Thomas Gabler GmbH, Wiesbaden 1973, 7. unveränderte Auflage

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht: „Basel III: Ein globaler Regulierungsrahmen für widerstandsfähigere Banken und Bankensysteme“, Dezember 2010 (rev. Juni 2011)

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht: „Basel III: Mindestliquiditätsquote und Instrumente zur Überwachung des Liquiditätsrisikos“, BIZ, Januar 2013

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht: „Basel III: Rahmenregelung für die Höchstverschuldungsquote und Offenlegungsanforderung“, BIZ, Januar 2014

Benjes Hermann: „Wer hat Angst vor Silvio Gesell?“, Herausgeber: Benjes Herrmann, 2002, 4. Auflage

Berger Wolfgang: „Anleitung zur Artgerechten Menschenhaltung im Unternehmen. Mehr Freude, Farbe & Fülle im Job“, J. Kamphausen Verlag & Distribution GmbH, Bielefeld, 2012

Berliner Kurier: „Emir von Katar zu Besuch. Begrüßt Merkel hier einen Terror-Sponsor?“, 17.09.14

Betz Thomas, Zeitschrift Sozialimpulse: „Vollgeld. Zur Kontroverse über das Thema Geldschöpfung in öffentlicher Hand“, Ausgabe: 01-2013

Bichlmaier Simon: „Zu Geld und Ökonomie. Von der Erstellung eines diskutierbaren Ganzen“, Wagner Verlag GmbH, Gelnhausen, 2009, 1. Auflage

Bierbach, Streifler und Partner Rechtsanwälte Partnergesellschaft mbB, Berlin: „Die Ratingagentur Standard & Poor's wird von einem Lehmann-Anleger verklagt“, 22.06.2010

Binswanger Mathias: „Geld aus dem Nichts. Wie Banken Wachstum ermöglichen und Krisen verursachen“, Wiley-VCH Verlag & Co. KGaA Weinheim, 2015

BNP Paribas S.A., Niederlassung Deutschland, Frankfurt am Main, Märkte & Zertifikate, Interview mit Raimund Brichta: „Für viele Mainstream-Ökonomen sind die Probleme gar nicht existent“, Ausgabe: November / Dezember 2013

Bocker Hans J.: „Freiheit durch Gold. Sklavenaufstand im Weltreich der Papierkönige“, Verlag Johannes Müller, Bern, Juni 2009, 2. erweiterte Auflage

Bofinger Peter: „Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle“, Pearson Studium, ein Imprint der Pearson Education Deutschland GmbH, 2005

Böhl Meinrad: „Das Christentum und der Geist des Kapitalismus. Die Auslegungsgeschichte des biblischen Talentgleichnisses“, Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln Weimar Wien, 2007

Bohn – Bruhn: „Der Lastenausgleich. Unter besonderer Berücksichtigung der Hypothekengewinnabgabe“, Handbücher, Band 23, Verlag E. Bohn, Baden-Baden, 1952

Bonner William, Wiggin Addison: „Tage der Abrechnung. Die internationalen Finanzmärkte im Umbruch oder: Wie wir die schleichende

Wirtschaftskrise des 21sten Jahrhunderts überleben können“, Finanz-Buch Verlag GmbH, 1. Auflage 2005

Boss Alfred, Müller Hans Christian und Schrinner Axel: „Einkommensteuertarife in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Folgen für die Belastung ausgewählter Haushaltsgruppen“, Kiel Working Paper 1837, Kiel Institute for the World Economy, Kiel, März 2013

Brichta Raimund und Voglmaier Anton: „Die Wahrheit über Geld. Wie kommt unser Geld in die Welt – und wie wird aus einem Klein-Kredit ein großer Finanzcrash“, Börsenmedien AG, Kulmbach, 2013

Brodbeck Karl-Heinz und Graupe Silja: „Geld! Welches Geld? Geld als Denkform“, Metropolis-Verlag, Marburg, 2016

Bundesministerium der Finanzen: „Der Staat als privilegierter Schuldner – Ansatzpunkte für eine Neuordnung der öffentlichen Verschuldung in der Europäischen Währungsunion“, Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, 02-2014

Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht: „Weiterentwicklung der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung“, 19.08.2016

Bundesverband deutscher Banken e. V. (BDB): „Statut des Einlagensicherungsfonds“, Berlin, August 2014

Bundesverband deutscher Banken e. V. (BDB), Pressemitteilung: „Schnelle Entschädigung für Bankkunden – Auszahlungsfrist der gesetzlichen Einlagensicherung verkürzt sich auf sieben Tage“, 30.05.2016

Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.: „Engagiert für Gott und die Welt. Kirchliche Stiftungen in Deutschland“, Berlin, Januar 2016, 1. Auflage

Cash, Ausgabe Nr. 3, März 2017, 35. Jahrgang: „Nadel im Heuhaufen“, Cash.Print GmbH, Hamburg, ein Unternehmen der Cash.Medien AG

Chomsky Noam: „Die Herren der Welt. Essays und Reden aus fünf Jahrzehnten“, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Wien, 2014

Cicero: „Vollgeldsystem. So lösen sich Schulden in Nichts auf“, 08.04.2015

Couerto Film GmbH: „Man made epidemic – Die verschwiegene Wahrheit“, 2016

Creutz Helmut: „Das Geld-Syndrom 2012. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“, aktualisierte Neuausgabe 2012, Druck- und Verlagshaus Mainz, Wissenschaftsverlag Aachen

Dahn Daniela: Wehe dem Sieger! Ohne Osten kein Westen“, Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg, Mai 2009, 1. Auflage

Das Magazin, Grassegger Hannes und Krogerus Mikael: „Ich habe nur gezeigt, dass es die Bombe gibt“, Nr. 44, Tamedia AG Zürich, 03.12.2016

DiePresse.com: „Drei Millionen Griechen ohne Krankenversicherung“, 10.12.2013

Deloitte: „Der neue Kreditrisiko-Standardansatz. Mehr Risikosensitivität, mehr Komplexität“, White Paper Nr. 65 – Stand: 11.06.2015, Katrin Budy, Andreas Cremer, Gerhard Dengl,

Deloitte: „Die zweite Konsultation zum neuen Kreditrisiko-Standardansatz“, White Paper Nr. 72 – Stand: 26.01.2016, Michael Cluse, Gerhard Dengl, Sebastian Geyer und Dr. Gil Opher

DER STANDARD: „Banken erfinden Geld aus Luft“, Gespräch Franz Hörmann mit Daniela Rom, veröffentlicht am 13.10.2010

Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 13/123 vom 13.09.1996

Deutsche Bundesbank: „Basel III – Leitfaden zu den neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln für Banken. Zentralbereich Banken und Finanzaufsicht“, 2011

Deutsche Bundesbank, Rundschreiben, Mindestreserven, Nr.: 50/2014 vom 05.08.2014

Deutsche Bundesbank, „Geld und Geldpolitik“, Stand: Frühjahr 2015

Deutsche Bundesbank: „Staatsschulden müssen mit Eigenkapital unterlegt werden“, Frankfurt am Main, 30.03.2015

Deutsche Bundesbank, Rundschreiben, Mindestreserven, Nr.: 41/2015 vom 20.07.2015

Deutsche Bundesbank: „Monatsbericht September 2015“, 67. Jahrgang, Nr.: 9, 18.09.2015

Deutsche Bundesbank: „Zahlungsverhalten in Deutschland 2014“, 3. Studie über die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten, 2015

Deutsche Bundesbank Eurosystem: „Gesetz über das Kreditwesen – KWG“, überarbeitete Lesefassung, nichtamtlicher Text, In der Fassung der Bekanntmachung vom 09. September 1998 BGBl. I S. 2776, zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie vom 20. November 2015, BGBl. I S. 2029, Stand Januar 2016

Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, September 2016

Deutsche Bundesbank: „Übersicht der Gewinnverteilung 1957 – 2016, Frankfurt am Main, 23.02.2017

Deutschlandfunk: „Fairtrade-Produkte. Kaffee liegt in der Verbrauchergunst vorne“, Philip Banse, 11.05.2015

DIW Berlin: „Verschärfte Eigenkapitalanforderungen für EU-Staatsanleihen – Ein Schritt in Richtung eines stabileren Finanzsystems“, Wochenbericht Nr.: 20/2015, 13.05.2015

Eisenstein Charles: „Ökonomie der Verbundenheit. Wie das Geld die Welt an den Abgrund führte – und sie dennoch jetzt retten kann“, Scorpio Verlag GmbH & Co. KG, Berlin München, 2013

Emde Günter: „Wir brauchen ein anderes Wirtschaftssystem auf der Grundlage einer Finanzordnung mit fließendem Geld“, Interview mit Fragen von Günther Hartmann, Terra Viva Heft 5, Schriftenreihe für menschenwürdige Wirtschaftsordnung, Günter Emde Verlag, Pittenhardt, 3. Ausgabe, März 2010

Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH: „Kurzinformation und Verzeichnis der zugehörigen Institute“, Berlin, Dezember 2016

Ettmann Bernd, Wolff Karl und Wurm Gregor: „Kompaktwissen Bankbetriebslehre“, Bildungsverlag EINS GmbH, Köln, 2014, 22. Auflage

EZB, Press Release: “Monetary developments in the euro area: May 2014”, 30.06.2014

EZB: „The list of significant supervised entities and the list of less significant institutions“, letztes Update: 04.09.2014

Faber Marc: „Zukunftsmarkt Asien. Die Wiederentdeckung der asiatischen Märkte“, FinanzBuch Verlag GmbH, 1. Auflage 2004

FAIRCONOMY: „Negativzinsen find ich gut“, Hrsg.: INWO Deutschland e. V., Frankfurt, 11. Jahrgang, Nr. 3, September 2015

FAIRCONOMY: „Negativzinsen – auch auf Bargeld“, Hrsg.: INWO Deutschland e. V., Frankfurt, 12. Jahrgang, Nr. 4, Dezember 2016

FAZ: „Söldnerfirma Blackwater. Eine Ansammlung zweifelhafter Charaktere“, von Hemicker Lorenz, 23.10.2014

Felber Christian: „Geld. Die neuen Spielregeln“, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2014

Fisher Irving: „100 %-Geld“, Gauke GmbH, Verlag für Sozialökonomie Kiel, 2007

FOCUS Magazin, Nr. 38: „Zweitwährung. Grünmark gegen Miese“, Brüning Nicola, 16.09.1996

Forum Fairer Handel e. V. Berlin: „Zahlen und Fakten zum fairen Handel in Deutschland“

Freystedt Volker und Bihl Eric: „Equilibrium. Neue Konzepte statt Reformen für eine Welt im Gleichgewicht“, Signum Verlag – Amalthea Signum VerlagsGmbH, Wien, 2005

Friedman Milton: „Kapitalismus und Freiheit“, © der deutschsprachigen Ausgabe: Eichborn AG, Frankfurt am Main, 2002, ungekürzte Taschenbuchausgabe, Piper Verlag GmbH, München, 6. Auflage September 2009

Galbraith John Kenneth: „Der große Crash 1929 – Ursachen Verlauf Folgen“, FinanzBuch Verlag GmbH München, 3. unveränderte Auflage 2007

Ganser Daniele: „Illegal Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien“, Orell Füssli Verlag AG, Zürich, 2016, 5. Auflage 2017

Ganser Daniele: „Regime-Change in der Ukraine? Ein Vortrag des Schweizer Historikers Dr. Daniele Ganser vom 25.05.2015, Herausgeber: Tommy Hansen, 1. Auflage Oktober 2015

Gartz Ludwig: „Fließendes Geld. Die Geburt des Goldenen Zeitalters“, Aragorn Verlag, Sankt Augustin, 2008, 1. Auflage

Gemeinwohl-Ökonomie „Eine demokratische Alternative wächst“, Stand Januar 2016

Gesell Silvio: „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“, gesammelte Werke, Band 11, 1920, 4. letztmalig vom Autor überarbeitete Auflage, Gauke GmbH / Verlag für Sozialökonomie, Kiel

Giegold Sven, Philipp Udo, Schick Gerhard: „Finanzwende. Den nächsten Crash verhindern“, Verlag Klaus Wagenbach, 2016

Götz Werner und Goehler Adrienne: „1000 € für jeden. Freiheit Gleichheit Grundeinkommen“, Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin, 2010 / Econ Verlag, 1. Auflage Dezember 2011

Graeber David: „Schulden. Die ersten 5000 Jahre“, J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger GmbH, Stuttgart, 2012

Greenpeace Magazin, Ausgabe: 01.16, Greenpeace Media GmbH Hamburg

Greenpeace Magazin, Ausgabe: 04.17, Greenpeace Media GmbH Hamburg

Grethe Holger: „Geld macht nicht glücklich – oder doch?“, 13.07.2013

Grunert Günther, „Kritische Analysen und Kommentare zu Wirtschaft und Politik. Wo bleibt denn nur die Inflation? (Teil 2)“, flassbeck-economics, 29.01.2015

Hamburger Morgenpost: „Banken: Bankgesellschaft Berlin wird umbenannt“, 14.07.2006

Handelsblatt GmbH: „Terminbörsen wehren sich“, Udo Rettberg, 17.03.2003

Handelsblatt GmbH: „Dassault übernimmt Kontrolle bei „Le Figaro“, 15.03.2004

Handelsblatt: „Buffett senkt Anteil an Moody's weiter“, 02.05.2013

Handelsblatt GmbH: „Wie die Aufseher S&K gewähren ließen“, Jens Hagen, 27.02.2014

Handelsblatt GmbH: „Deutsche Bank. Immer diese Rechtsstreitereien“, 29.07.2014

Handelsblatt Morning Briefing, Handelsblatt GmbH, Düsseldorf, 16.11.2015

Heinsohn Gunnar und Steiger Otto: „Eigentumstheorie des Wirtschaftsversus Wirtschaftstheorie ohne Eigentum“, Ergänzungsband zur Neuauflage von „Eigentum, Zins und Geld“, Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH, Marburg, 2002

Herrmann Ulrike: Der Sieg des Kapitals. Wie der Reichtum in die Welt kam: Die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen“, Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main, 2013, 4. Auflage Juni 2016

Hesse Hermann: „Siddhartha“, Erstausgabe: Fischer Verlag, Berlin, 1922, © Hermann Hesse, Montagnola Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1953, Suhrkamp Taschenbuch, erste Auflage 1974

Hörmann Franz: „Argumente gegen die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Schadens von Banken bei Kreditausfällen aufgrund der buchtechnischen Giralgeldschöpfung“, Wirtschaftsuniversität Wien, 2013

Horstmann Ulrich: „Die geheime Macht der Ratingagenturen. Die Spielmacher des Weltfinanzsystems“, FinanzBuch Verlag, 2013, 1. Auflage

Huber Joseph und Robertson James: „Geldschöpfung in öffentliche Hand. Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter“, Gauke GmbH / Verlag für Sozialökonomie, 2008

Huber Joseph: „Stellungnahme zur Studie: „Kredite entstehen aus Einlagen. Eine kritische Untersuchung der Kreditschöpfung der GLS Gemeinschaftsbank“, Em Lehrstuhl für Wirtschaftssoziologie Martin Luther Universität, 06099 Halle an der Saale, 4. Februar 2016

Hübner Otto: „Die Banken“, historisches Wirtschaftsarchiv, Imprint der Salzwasser Verlag GmbH Paderborn, 1. Auflage 2011, Ursprung: Verlag von Heinrich Hübner Leipzig, 1835

Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, Mai / Juni 2010, Ausgabe: 03/2010, Creutz Helmut: Dauerbrenner Geldschöpfung

Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, Juli / August 2010, Ausgabe: 04/2010, Bangemann Andreas: „Politik gegen Finanzmarkt – David gegen Goliath“

Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, Juli / August 2011, Ausgabe: 04/2011, Susanne Wiegel: „Vom Wissen zum Handeln oder wie Veränderung möglich wird“

Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, Januar / Februar 2012, Ausgabe: 01/2012, Senft Gerhard: „Dezentrale Geldschöpfung. Ein aktuelles Zukunftsthema“

Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, März / April 2012, Ausgabe: 02/2012, Berger Wolfgang: „Die Welt braucht fließendes Geld“

Humane Wirtschaft, Herausgeber: Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Essen, www.humane-wirtschaft.de, Juli / August 2016, Ausgabe: 04/2016, Bangemann Andreas: „Die Probleme der Welt erzeugen Rebellen“

Jenner Gero: „Das Pyramidenspiel. Finanzkapital manipuliert die Wirtschaft“, Amalthea Signum Verlag GmbH, Wien, 2008

Kennedy Margrit: „Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel das jedem dient“, Wilhelm Goldmann Verlag, München, in der Verlagsgruppe Random House GmbH, aktualisierte Neuauflage Januar 2006, 8. Auflage

Keynes Maynard John: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, Duncker & Humblot GmbH, Berlin, 9. Auflage, 2002, unveränderter Nachdruck der 1936 erschienen ersten Auflage

Kessler Wolfgang: „Zukunft sozial: Wegweiser zu mehr Gerechtigkeit“, Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt und Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH, Oberursel, Mai 2004, 5. Auflage 2006

Kessler Wolfgang: „Weltbeben. Auswege aus der Globalisierungsfalle“, Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH, Oberursel, März 2004, 5. aktualisierte und erweiterte Neuauflage, 2007

Kieler Nachrichten: „Nonnenmacher darf Abfindung behalten“, 19.11.2012

Kindleberger Charles P.: „Die Geschichte der Finanzkrisen dieser Welt. Manien. Paniken. Crashes“, BÖRSENMEDien AG, Kulmbach, Neuauflage 2001

Kiyosaki T. Robert: „Rich Dad. Poor Dad. Was die Reichen ihren Kindern über Geld beibringen“, FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchener Verlagsgruppe GmbH, München, 2015, 5. Auflage 2016

Klein Naomi: „Die SCHOCKSTRATEGIE. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus“, S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 2007, 4. Auflage Februar 2012

Köhn Julia: „Kredite entstehen aus Einlagen – eine kritische Untersuchung der Kreditschöpfung der GLS Gemeinschaftsbank“, Universität Witten/Herdecke

Kostolany André: „Kostolany Börsenpsychologie“, Econ Ullstein List Verlag GmbH & Co. KG, München, 4. Auflage 2000

Kreiß Christian: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt“, Tectum Verlag, Marburg, 2013

Kreiß Christian: „Geplanter Verschleiß. Wie die Industrie uns zu immer mehr und immer schnellerem Konsum antreibt – und wie wir uns dagegen wehren können“, Europa Verlag GmbH & Co. KG, Wien Berlin München, 2014

Kremer Jürgen: „Grundlagen der Ökonomie. Geldsysteme, Zinsen, Wachstum und die Polarisierung der Gesellschaft“, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Metropolis Verlag, Marburg, 2013

Krüger Uwe: „Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse“, Institut für Praktische Journalismus- und Kommunikationsforschung / IPJ, Herbert von Halem Verlag, Köln, 2013

Krugman Paul: „Die große Rezension. Was zu tun ist, damit die Weltwirtschaft nicht kippt“, © für die deutsche Ausgabe: Campus Verlag GmbH, Frankfurt/M., 1999, Econ Taschenbuch, Ullstein Taschenbuchverlag, ein Unternehmen der Econ Ullstein List Verlag GmbH & Co. KG, München, 1. Auflage 2001

Kuchling Horst: „Taschenbuch der Physik“, Fachbuchverlag Leipzig im Carl Hanser Verlag München, 21. aktualisierte Auflage 2014

La Gazette de Berlin: „Medien und Kampfmittel – alles aus einer Hand“, 07.03.2014

Le Bon Gustave: „Psychologie der Massen“, Nikol Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Hamburg, 2009

Leinert Sebastian: „Regionale Komplementärwährungen in Deutschland. Stand und Entwicklungsmöglichkeiten“, BoD – Books on Demand, Norderstedt, 2. Verbesserte Auflage, 2016

Leuschel Roland und Claus Vogt: „Das Greenspan-Dosier. Wie die US-Notenbank das Weltwährungssystem gefährdet. Oder: Inflation um jeden Preis“, FinanzBuch Verlag GmbH, München, 2004, 2. erweiterte Auflage

Lips Ferdinand: „Die Gold-Verschwörung. Ein Blick hinter die Kulissen der Macht von einem Privatbankier aus der Schweiz“, Jochen Kopp Verlag, Rottenburg, 3. Auflage April 2004

Lobbyreport 2013, LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie e.V., Köln, www.lobbycontrol.de

Lohnsteuer kompakt (forum GmbH) Berlin: „Kontenspionage. Rekordabrufe im Jahre 2015“, Thilo Rudolph, 22.08.2016

Löhr Dirk: „Geldschöpfung und kein Ende. Robinson und die Eichhörnchen“, 06. August 2015

Lüders Michael: „Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet“, Verlag C. H. Beck oHG, München, 2015, 23. Auflage 2017

Lüders Michael: „Die den Sturm ernten. Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte“, Verlag C.H.Beck, München, 2017, 4. Auflage 2017

Maaz, Hans-Joachim: „Die narzisstische Gesellschaft. Ein Psychogramm“, Verlag C.H. Beck oHG, München 2012, unveränderte Taschenbuchausgabe 2014

Magazin enorm, Wirtschaft. Gemeinsam. Denken: „Unser Geld ist kaputt! Das Finanzsystem ist marode und ungerecht. Was sich ändern muss – und wie Bürger jetzt an einer Geldwende arbeiten“, Ausgabe 01, März / April 2015

Mahlknecht Michael: „Islamic Finance. Einführung in Theorie und Praxis“, WILEY-VCH Verlag GmbH & Co. KGaA, 1. Auflage, 2009

Mankiv N. Gregory und Taylor Mark P.: „Grundzüge der Volkswirtschaftslehre“, 5. überarbeitete und erweiterte Auflage, aus dem amerikanischen Englisch übertragen von Adolf Wagner und Marco Herrmann, Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart, 2012

markt intern Verlagsgruppe – kapital-markt intern Verlag GmbH, RA Warkentin Andreas: „„Negative Zinsen“ im Einlagengeschäft rechtlich zulässig?“, Düsseldorf, 40. Jahrgang, Beilage zu Nr. 48/16, 02.12.2016

Martin Paul C.: „Die Krisenschaukel. Staatsverschuldung macht arbeitslos. Macht noch mehr Staatsverschuldung. Macht noch mehr Arbeitslose“, Wirtschaftsverlag Langen Müller / Herbig in F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH, München, 1997

Mayer Thomas und Huber Roman: „Vollgeld – Das Geldsystem der Zukunft“, Tectum Verlag Marburg, 2014

Mayer Thomas: „Die neue Kunst Geld anzulegen. Mit Austrian Finance zu einem besseren Portfoliomangement.“ FinanzBuch Verlag München, 1. Auflage 2016

Metzger Oswald: „Die verlogene Gesellschaft“, Rowohlt Berlin Verlag GmbH, Berlin, März 2009, 1. Auflage

Miegel Meinhard: „EXIT. Wohlstand ohne Wachstum“, Ullstein Buchverlage GmbH Berlin, 2010

Monetative e.V.: „Die Vollgeldreform – Warum wir eine neue Geldordnung brauchen“, Flyer Version: 2.0

Moewes Günther: „Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern“, Signum – Amalthea Signum VerlagsGmbH Wien-München, 2004

Müller Dirk: „Crashkurs. Weltwirtschaftskrise oder Jahrhundertchance? Wie Sie das Beste aus Ihrem Geld machen“, Droemer Verlag, Ein Unternehmen der Droemerschen Verlagsanstalt Th. Knaur Nachf. GmbH & Co. KG, München, 2009, überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Taschenbuchausgabe, Juni 2010

Muthesius Volkmar: „Augenzeuge von drei Inflationen. Erinnerungen und Gedanken eines Wirtschaftspublizisten“, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt/M., 1973

Niessen Frank: „Entmachtet die Ökonomen! – Warum die Politik neue Berater braucht“, Tectum Verlag Marburg, 2016

Ökologisches Wirtschaften: Schindler Harry, Strunz Sebastian und Bartkowski Bartosz: „Mythos monetärer Wachstum. Am Gelde hängt doch alles?“, Ausgabe 01-2017 (März), Herausgeber: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gGmbH, Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) e. V., Berlin

Otte Max: „Der Crash kommt. Die neue Weltwirtschaftskrise und wie Sie sich darauf vorbereiten“, Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin, 2006, 7. Aktualisierte und erweiterte Auflage 2007

Oxfam Deutschland e. V. Berlin: „Mit Essen spielt man nicht. Die deutsche Finanzbranche und das Geschäft mit dem Hunger“, 2. Auflage 2013

Oxfam Deutschland e. V. Berlin: „62 Menschen besitzen so viel wie die Hälfte der Weltbevölkerung“, 18.01.2016

Perkins John: „Bekenntnisse eines Economic Hit Man. Unterwegs im Dienst der Wirtschaftsmafia“, Wilhelm Goldmann Verlag, München, in der Verlagsgruppe Random House, München, 1. Auflage, Taschenbuchausgabe, April 2014

Pfannkuch Katharina: „Das Zinsverbot in der Praxis des Islamic Banking“, IGEL Verlag GmbH, 1. Auflage 2009

Pfluger Christoph: „Das nächste Geld. Die zehn Fallgruben des Geldsystems und wie wir sie überwinden“, Synergie Verlag und Mediengruppe Darmstadt, copyright: edition Zeitpunkt, 2. revidierte Auflage, 2016

Pick Albert: „Das Buch vom Geld“, Zweiter Bank, Eine Kulturgeschichte des Papiergebeldes, Urbes Verlag Hans Jürgen Hansen Hamburg, 1959

Precht Richard David: „Die Kunst, kein Egoist zu sein. Warum wir gerne gut sein wollen und was uns davon abhält“, Wilhelm Goldmann Verlag, München, 2010, Taschenbuchausgabe Mai 2012, 1. Auflage

Robin Marie-Monique: „Monsanto. Mit Gift und Genen. Vom Dioxin zum gentechnisch veränderten Organismus“, ARTE France Développement, in Zusammenarbeit mit ARTE Deutschland, im Vertrieb von absolut MEDIEN GmbH, 2008

Rose Mathew D.: „Eine ehrenwerte Gesellschaft – Die Bankgesellschaft Berlin“, Transit Buchverlag Berlin, 2003

Sampson Anthony: „Global. Macht. Geld. Der neue Reichtum oder warum Geld die Welt regiert“, © der deutschen Ausgabe 1990: Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, ungekürzte Taschenbuchausgabe, Wilhelm Heyne Verlag GmbH & Co. KG, München, 1995

Samuelson Paul A. und Nordhaus William D.: „Volkswirtschaftslehre – Das internationale Standardwerk der Makro- und Mikroökonomie“, 4. aktualisierte Auflage 2010, mi-Wirtschaftsbuch, FinanzBuch Verlag GmbH, München, 2010

Sauber Martin und Weihmayer Benedikt: „Vollgeld und Full Reserve Banking – Geldreformen auf dem Prüfstand“, ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft

Scheidler Fabian: „Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation“, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Wien, 2015

Schwarz Fritz: „Der Christ und das Geld“, Synergie Verlag, Darmstadt, überarbeitete Neuauflage 2007

Schwarz Fritz: „Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise“, Synergia Verlag, Darmstadt, Neuauflage 2008

Schwarz Fritz: „Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker“, Band I, Synergia Verlag, Darmstadt, überarbeitete Neuauflage, 2010

Sedláček Tomáš: „Die Ökonomie von GUT und BÖSE“, Carl Hanser Verlag, München, 2012

Seiffert Horst: Geldschöpfung. Die verborgene Macht der Banken“, Verlag Horst Seiffert, 2. überarbeitete Auflage August 2014

Senf Bernd: „Der Nebel um das Geld. Zinsproblematik. Währungssysteme. Wirtschaftskrisen“, Gauke GmbH / Verlag für Sozialökonomie, 1996, 7. Auflage

Senf Bernd: „Die blinden Flecken der Ökonomie. Wirtschaftstheorien in der Krise“, Gauke GmbH / Verlag für Sozialökonomie, Kiel, 2007, 5. Auflage November 2008

Senf Bernd: „Und es gibt sie doch! Die Geldschöpfung der Banken aus dem Nichts. Entgegnung auf Gero Jenner's Buch ‚Wohlstand und Armut‘“, April 2011

Smart Investor: „Ein Hauch von Nichts“, Märkte, Titelstory, Daniel Haase, 07/2008

Spahn Peter: Streit um die Makroökonomie. Theoriegeschichtliche Debatten von Wicksell bis Woodford“, Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH, Marburg, 2016

SPIEGEL ONLINE: "Wirtschaftskrise. Suizidrate in Griechenland deutlich gestiegen", 03.02.2015

SPIEGEL ONLINE: „Lobbyisten in Deutschland. Paradies für Einflüsterer“, Alexander Demling, Brüssel, 15.04.2015

SPIEGEL ONLINE: Milliardenauftrag. Katar kauft französische Kampfjets“, 04.05.2015

SPIEGEL ONLINE: „Bundesregierung gibt Lücke bei Waffenexport-Kontrolle zu“, Matthias Gebauer, 12.06.2015

Süddeutsche Zeitung GmbH: „Millionen-Boni für Manager der Krisenbank“, 19.09.2010

Süddeutsche Zeitung GmbH: „Ein Prozent hat mehr als der Rest der Welt“, 19.01.2015

Suhr Dieter: „Netzwerk neutrales Geld. Eine kritische Analyse des herkömmlichen Geldes und das Konzept einer Finanzinnovation für neutrales Geld“, Seminar für freiheitliche Ordnung der Kultur, der Wissenschaft und des Staates e. V., Zeitschrift: „Fragen der Freiheit“, Heft Nr. 228, Seite 32 ff., 1994

Telepolis: „Standard & Poor's zu Schadensersatz wegen Rating verurteilt“, Ralf Streck, 05.11.2012

Teusch, Ulrich: „Lückenpresse. Das Ende des Journalismus, wie wir ihn kannten“, Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2016

Thorndorff Axel und Schütze Tobias: „Geldschöpfung und Zins – heute und morgen“, Zeitschrift für Sozialökonomie, 51. Jahrgang, 180. / 181. Folge, April 2014

Turk James und Rubino John: „Der Kollaps des Dollars. Der Untergang einer Weltwährung. Und wie Anleger davon profitieren können“, FinanzBuch Verlag GmbH, München, 2005

Universität Hohenheim, Pressemitteilung: „Glücksspielsüchtige kosten Deutschland 326 Millionen Euro“, Forschungsstelle Glücksspiel, 05.09.2011

„Unnützes Wissen“, Wilhelm Heyne Verlag München in der Verlagsgruppe Random House GmbH, 12. Auflage, 2008

Verein für monetäre Modernisierung (Hrsg.): „Die Vollgeld-Reform“, edition Zeitpunkt, Solothurn, April 2015, 4. aktualisierte Auflage

Verhaag Bertram: „Gekaufte Wahrheit. Gentechnik im Magnetfeld des Geldes“, Denkmal – Film GmbH, München, 2010

Verlag Finanz und Wirtschaft AG Zürich: „Basel III schreibt Verschuldungsquote von 3 % vor“, 13.01.2014

Walker Karl: „Überwindung des Imperialismus“, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg, Dezember 1946

Walker Karl: „Das Buchgeld. Ein Beitrag zur theoretischen Klärung“, Vita-Verlag, Heidelberg-Ziegelhausen, 1951

Walker Karl: „Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie“, Vortrag anlässlich der Internationalen Kundgebung im hundertsten Geburtsjahr Silvio Gesells, gehalten am 23.06.1962 in St. Vith, Herausgeber: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V.“ Rudolf Zitzmann Verlag Lauf, 1973

Wendt Kurt: „Die unerwünschte Freiheit“, Copyright: ZEIT ONLINE, <http://www.zeit.de/1967/09/die-unerwuenschte-freiheit>, 03.03.1967

Weik Matthias & Friedrich Marc: „Der größte Raubzug der Geschicke. Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“, Bastei Lübbe Taschenbuch Band 60804, 2. Auflage Juni 2014, überarbeitete und aktualisierte Taschenbuchausgabe, Originalausgabe: Tectum Verlag, Marburg, 2012

Weik Matthias und Friedrich Marc: Der Crash ist die Lösung. Warum der finale Kollaps kommt und wie Sie Ihr Vermögen retten“, Bastei Lübbe Taschenbuch, Band 60858, vollständige Taschenbuchausgabe der beim Eichborn Verlag erschienen Hardcoverausgabe, 2015

Weiss Stefani und Schmierer Jocha (Hrsg.): „Prekäre Staatlichkeit und Internationale Ordnung“, zitiert nach Wolfgang Berger, „Konzerne an die Macht – CETA, TTIP und TISA – Rolle rückwärts von der Demokratie zum Feudalismus“ in: HUMANE WIRTSCHAFT 03/2016, S. 12 – 18

Welt: „Superreiche werden zur Gefahr für die Mittelschicht“, Nando Sommerfeldt und Holger Zschäpitz, 01.03.2016

WeltN24 GmbH, Mandler Daniel: „Globale Verschuldung steigt auf 199 Billionen Dollar“, Berlin, 05.02.2015

Wenzlaff Ferdinand, Kimmich Christian, Richters Oliver: „Theoretische Zugänge eines Wachstumswangs in der Geldwirtschaft“, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS), Fachbereich Sozialökonomie, Universität Hamburg, Fakultät WISO, September 2014

ZEIT ONLINE: „Die unerwünschte Freiheit“, Wendt Kurt, 03.03.1967

ZEIT ONLINE: „Sparkassenskandal in den USA. ,Unsere Kinder müssen zahlen“, Christian Tenbrock, 20.07.1990

ZEIT ONLINE: „Irak-Wiederaufbau. Basar Bagdad“, Pinzler / Van-nahme u.a., 16.04.2003 (Quelle: Zeit, Nr.: 17/2003)

ZEIT ONLINE: „Spekulanten. Von den Guten und den Bösen . Die Nahrungsmittelindustrie fürchtet Rohstoffspekulanten – und braucht sie zugleich.“, Gunhild Lütge, 24.02.2011

ZEIT ONLINE: „Staatsverschuldung. Ökonomen schlagen Zwangsanleihe für Reiche vor“, 11.07.2012

ZEIT ONLINE: „Hypo Real Estate. 237 Euro von jedem. Vor fünf Jahren rettete der Steuerzahler die Hypo Real Estate. Er wird nur einen Bruchteil seines Geldes wiedersehen.“, Anne Storm, 26.09.2013

ZEIT ONLINE: „Schusswaffen. Amerikas gefährliche Routine“, 02.10.2015

ZEIT ONLINE: „US-Regierung. Trump legt umstrittene Pipelineprojekt neu auf“, 24.01.17

Namensverzeichnis

| | |
|----------------------------|--------------------------|
| Admati, Anat | Giegold, Sven |
| Bangemann, Andreas | Goehler, Adrienne |
| Bartkowski, Bartosz | Götz, Werner |
| Benjes, Hermann | Graeber, David |
| Berger, Wolfgang | Grethe, Holger |
| Betz, Thomas | Graupe, Silja |
| Bichlmaier, Simon | Grunert, Günther |
| Bihl, Eric | Heinsohn, Gunnar |
| Binswanger, Hans Christoph | Hellwig, Martin |
| Binswanger, Mathias | Herrmann, Ulrike |
| Bocker, Hans J. | Hesse, Hermann |
| Bofinger, Peter | Hörmann, Franz |
| Böhl, Meinrad | Huber, Joseph |
| Bonner, William | Huber, Roman |
| Boss, Alfred | Hübner, Otto |
| Brichta, Raimund | Jebsen, Ken |
| Brodbeck, Karl-Heinz | Jenner, Gero |
| Buffet, Warren | Joób, Mark |
| Chomsky, Noam | Kennedy, Margrit |
| Creutz, Helmut | Kessler, Wolfgang |
| Dahn, Daniela | Keynes, John Maynard |
| Eisenstein, Charles | Kimmich, Christian |
| Emde, Günter | Kindleberger, Charles P. |
| Ettmann, Bernd | Kiyosaki, T. Robert |
| Faber, Marc | Klein, Naomi |
| Felber, Christian | Kosinski, Michal |
| Fisher, Irving | Kostolany, André |
| Freystedt, Volker | Kreiß, Christian |
| Friedman, Milton | Kremer, Jürgen |
| Friedrich, Marc | Krüger, Uwe |
| Galbraith, John Kenneth | Krugman, Paul |
| Ganser, Daniele | Kuchling, Horst |
| Gartz, Ludwig | Le Bon, Gustave |
| Gesell, Silvio | Leinert, Sebastian |

| | |
|--|-----------------------|
| Leuschel, Roland | Sampson, Anthony |
| Lips, Ferdinand | Sauber, Martin |
| Löhr, Dirk | Scheidler, Fabian |
| Maaz, Hans-Joachim | Schick, Gerhard |
| Mahlknecht, Michael | Schindler, Harry |
| Martin, Paul C. | Schrinner, Axel |
| Mastronardi, Philippe | Schütze, Tobias |
| Mayer, Thomas (Mehr Demokratie e. V.) | Schwarz, Fritz |
| Mayer, Thomas (Ex-Chefvolkswirt Deutsche Bank) | Sedláček, Tomáš |
| Metzger, Oswald | Seltmann, Thomas |
| Miegel, Meinhard | Senf, Bernd |
| Moewes, Günther | Senft, Gerhard |
| Müller, Dirk | Shaw, George Bernhard |
| Müller, Hans Christian | Smith, Adam |
| Muthesius, Volkmar | Spahn, Peter |
| Niessen, Frank | Steiger, Otto |
| Ötsch, O. Walter | Strunz, Sebastian |
| Otte, Max | Stützel, Wolfgang |
| Perkins, John | Suhr, Dieter |
| Pfannkuch, Katharina | Teusch, Ulrich |
| Pfluger, Christoph | Thorndorff, Axel |
| Philipp, Udo | Turk, James |
| Pick, Albert | Verhaag, Bertram |
| Popp, Andreas | Voglmaier, Anton |
| Precht, Richard David | Vogt, Claus |
| Richters, Oliver | Walker, Karl |
| Robertson, James | Weihmayr, Benedikt |
| Rose, Mathew D. | Weik, Matthias |
| Rubino, John | Wenzlaff, Ferdinand |
| | Wiggin, Addison |
| | Wolff, Karl |
| | Wurm, Gregor |

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Exponentialfunktionen bei 4,73 Prozent und 7,18 Prozent
- Abb. 2: Geldmengen der herrschenden Volkswirtschaftslehre (M0, M1, M2 und M3), Mai 2014
- Abb. 3: Bilanzsummen der zehn größten deutschen und der zehn größten weltweit agierenden Banken
- Abb. 4: Fast so viele Schusswaffen-Opfer wie Verkehrstote in den USA
- Abb. 5: Anteil von Zahlungsinstrumenten nach Umsatz und Transaktionszahl 2014, 2011 und 2008
- Abb. 6: Bankzinerträge, Zinsaufwendungen und Zinsüberschüsse
- Abb. 7: Die Bankbilanz
- Abb. 8: Aktiva und Passiva der deutschen Banken
- Abb. 9: Unterteilung der Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken nach Laufzeit
- Abb. 10: Erhöhung des Kassenbestands an Zentralbankgeld im Volumen der täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken durch Notenbankkredit
- Abb. 11: Vollgeldentstehung – Herausziehen der täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken aus der Bankbilanz
- Abb. 12: Bankbilanz ohne täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken
- Abb. 13: Vollgeld wird einer Geschäftsbank übertragen – Bilanzverlängerung
- Abb. 14: Kreditvergabe im Vollgeldsystem – Aktivpostentausch
- Abb. 15: Vergleich der Fristen von Kredit und Einlage im Vollgeldsystem – hier Fristenkongruenz
- Abb. 16: Die drei weltweit größten Ratingagenturen
- Abb. 17: Bankbilanzveränderung nach Kreditvergabe an Nichtbank
- Abb. 18: Bankbilanzveränderung nach Barauszahlung des Kreditbetrages
- Abb. 19: Bankbilanzveränderung nach Überweisung des Kreditbetrages an ein anderes Kreditinstitut
- Abb. 20: Bilanzausgleich nach Überweisung durch Saldierung

- Abb. 21: Bilanzausgleich nach Überweisung über Interbankenmarkt
- Abb. 22: Bilanzausgleich nach einer Überweisung durch Zentralbankgeld
- Abb. 23: Passivpostentausch durch Sparbriefkauf
- Abb. 24: Zinsstrukturkurven
- Abb. 25: Änderung der Geldumlaufsicherung
- Abb. 26: Anstieg der weltweiten Verschuldung seit 2000
- Abb. 27: Wirtschaftswachstum 1950 bis 2016
- Abb. 28: Grundfreibetrag 2010 bis 2015 unter Berücksichtigung von Inflation
- Abb. 29: Bilanzsumme, Eigenkapital und Eigenkapitalquote großer deutscher Banken
- Abb. 30: Neue Regeln beim Eigenkapital – Anforderungsänderungen von 2012 bis 2019
- Abb. 31: Ratingcodes der Großen Drei nach Risikogewicht und Bonitätsstufe
- Abb. 32: Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank an den Bundshaushalt von 1989 bis 2015
- Abb. 33: Bilanzveränderung nach Vermögenswertanschaffung durch eine Bank
- Abb. 34: Entwicklung G0, E1 und M3-M1 von 01-2006 bis 01-2017
- Abb. 35: Entwicklung von Mindestreserven und Überschussreserven von 2013 bis 25.07.2017
- Abb. 36: USA: Anzahl der Lebensmittelmarken-Bezieher in Millionen
- Abb. 37: Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge
- Abb. 38: Wirtschaftswachstumszwang im bestehenden System
- Abb. 39: Die 57 Länder mit den geringsten Bruttoinlandsprodukten weltweit in 2015
- Abb. 40: 20 Chiemgauer
- Abb. 41: Entwicklung Kontenabrufe 2004 bis 2015
- Abb. 42: Kontenabrufe durch Familienkassen und Wohngeldstellen von 2012 bis 2015
- Abb. 43: Entwicklung des Wertes einer 100-Euro-Banknote nach dem Prinzip des Fließenden Geldes
- Abb. 44: Zinssätze ohne und mit Geld-Umlaufsicherung nach Helmut Creutz